

E 61292



30. Jahrgang · 2003 · Heft 1

Franz Steiner Verlag

Vierteljahresschrift für
Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Begründet von Otto Borst



Schwerpunkt:

Stadt und Universität

Herausgegeben von Johann Jessen



Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt in Verbindung mit Gerd Albers, Helmut Böhme, August Gebeßler, Friedrich Mielke, Jürgen Reulecke, Erika Spiegel und Jürgen Zieger

Begründet von Otto Borst

Redaktionskollegium:

HANS SCHULTHEISS (Chefredakteur) – Prof. Dr. AUGUST GEBESSLER (Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V.) – Dr. WINFRIED MÖNCH (Besprechungen). Prof. Dr. HARALD BODENSCHATZ, TU Berlin, Institut für Sozialwissenschaften – Prof. Dr. DIETRICH DENECKE, Universität Göttingen, Geographisches Institut – Prof. Dr. ANDREAS GESTRICH, Universität Trier, Fachbereich Geschichte – Prof. Dr. TILMAN HARLANDER, Universität Stuttgart, Institut Wohnen und Entwerfen – Dr. HELMUT HERBST, Galerie der Stadt Waiblingen – Prof. Dr. JOHANN JESSEN, Universität Stuttgart, Städtebau-Institut – Prof. Dr. RAINER JOOSS, PH Schwäbisch Gmünd, Historisches Seminar – Dr. URSULA VON PETZ, RWTH Aachen, Planungstheorie und Stadtplanung – VOLKER ROSCHER, Bund Dt. Architekten Hamburg – Prof. Dr. JOACHIM SCHULTIS, Heidelberg – Prof. Dr. DIETER SCHOTT, University of Leicester, Dep. of Economic and Social History – Prof. Dr. HOLGER SONNABEND, Universität Stuttgart, Historisches Institut.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Redaktionsadresse erbeten: Die alte Stadt, Postfach 10 03 55, 73726 Esslingen a.N., Marktplatz 16, 73728 Esslingen a.N., Tel.: (0711) 3512 3242, Fax: (0711) 3512 2418.

Die Zeitschrift Die alte Stadt ist zugleich Mitgliederzeitschrift der ca. 140 Städte umfassenden Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V.

Erscheinungsweise: Jährlich 4 Hefte zu je 88 Seiten

Bezugsbedingungen: Jahresabonnement EUR 76,- Einzelheft EUR 19,-, jeweils zuzüglich Versandkosten. Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung EUR 57,- zzgl. Versandkosten. Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,

des Abonnements können nur zum Ablauf eines Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November des laufenden Jahres beim Verlag eingegangen sein.

Verlag: Franz Steiner Verlag Wiesbaden GmbH, Sitz Stuttgart Birkenwaldstraße 44, D-70191 Stuttgart; Postfach 101061, D-70009 Stuttgart Tel.: (0711) 2582-0, Fax: (0711) 2582-408 (390), Internet: http://www.steiner-verlag.de, E-mail: cfelmik@steiner-verlag.de Anzeigenleitung (verantwortlich): Susanne Szoradi (sszoradi@steiner-verlag.de)

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingereichte Manuskripte. Die der Redaktion angebotenen Originalbeiträge dürfen nicht gleichzeitig in anderen Publikationen veröffentlicht werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung online und offline. Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden.

Druck: DIP-Digital Print, D-58453 Witten

© 2003 Franz Steiner Verlag Wiesbaden GmbH, Sitz Stuttgart



Stadt und Universität

Herausgegeben von Johann Jessen

JOHANN JESSEN, Editorial 1
HANS-DIETER NÄGELKE, Einheitswunsch und Spezialisierungszwang: Stadt und Universität im 19. Jahrhundert 7
STEFAN MUTHESIUS, Die Nachkriegsuniversität: "Stadt" vor der Stadt 20
ECKART KRÖCK, Die Region, die Universität und die Stadt: Ruhr-Universität Bochum 32
ROBERT LEMMEN, Die Universität in der Stadt: Beispiel Bremen – wechselnde Leitbilder und Lösungen 44
HANS-JOACHIM AMINDE, Rückkehr in den Stadtraum und Erweiterung: Die Technische Universität Dresden nach der Wende 57
HARALD BODENSCHATZ, TU Berlin – Aschenputtel in der Innenstadt? 67
GERD DE BRUYN, Politisierte Tristesse und ästhetisierter Leistungsdruck. Über den Wegzug der Frankfurter Universität aus der Stadt 78
Besprechungen
GEORG DEHIO, Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler, Bayern I: Franken (Martin Burkhardt) 91
GEROLD BÖNNEN, Das Stadtarchiv Worms und seine Bestände (Martin Burkhardt) 91
CHRISTINA SIMON / THOMAS HAFNER, 50 Wohnquartiere in Stuttgart von 1890 – 2002 (Peter Goerke) 93
Eingegangene Bücher 2002 95

Johann Jessen

Stadt und Universität *Editorial*

Man könnte es in diesen Tagen, da ein Zauberwort Hochschulmarketing heißt, fast vergessen: Hochschulen haben nicht nur einen Platz im Ranking und Präsenz im Internet, sie positionieren sich nicht nur in einem globalen Wettbewerb, sie haben auch einen Ort und sind Teil einer Stadt. Das Verhältnis von Universität und Stadt ist so alt wie die Universitäten selbst und hat ebenso seine eigene wechselhafte Geschichte wie das Nachdenken über dieses Verhältnis.¹ Dieses Heft nimmt sich ein Thema vor, das seit einem Vierteljahrhundert fast in wissenschaftlicher und publizistischer Versenkung verharret, nachdem es davor über eineinhalb Jahrzehnte unter dem damaligen Zauberwort Hochschulplanung eine üppige, aber dann rasch welkende Blüte erlebte.² Das damalige Abreißen der Debatten ist leicht erklärt: Die wichtigsten Neugründungs-, Standort- und Ausbauentscheidungen waren gefallen, der größte Teil der geplanten Bauvolumina war errichtet. Zugleich gab es mit dem Einbruch in den öffentlichen Finanzen die ersten Ausbaustopps, schließlich waren schon zuvor Hoffnungen zerstoßen, dass die Realität des Planungsalltags den anspruchsvollen Konzept- und Programmvorgaben der Hochschulplaner folgte. Anders als die Theorie es vorsah, war auch der Universitätsbau geprägt von Brüchen, Sackgassen, Kehrtwendungen und Widersprüchen. Schließlich gerieten einige der neuen Universitäten – ähnlich wie manche der Großsiedlungen – kaum errichtet, in die öffentliche Kritik: hier die Lernmaschinen, dort die Wohnmaschinen. Seither gab es praktisch kaum mehr Beschäftigungen mit diesem Thema, abgesehen von vereinzelten, von lokalhistorischen Interessen geprägten Monographien.

Auch das wieder erwachte Interesse, das sich nicht nur in dieser Publikation spiegelt, kommt nicht von ungefähr. Zum einen ist es ohne Frage ein Teil der Hinwen-

1 Vgl. *E. Maschke / J. Sydow* (Hrsg.), *Stadt und Universität im Mittelalter und in der früheren Neuzeit*, Sigmaringen 1977 und *dies.* (Hrsg.), *Stadt und Hochschule im 19. und 20. Jahrhundert*, Sigmaringen 1979.

2 Ein Ende lässt sich datieren mit der Umfrage des Deutschen Instituts für Urbanistik bei Verwaltungen von insgesamt 60 Hochschulstädten zu allen denkbaren Facetten der Hochschulplanung aus kommunaler Perspektive. Es war wohl bezeichnend für den damaligen thematischen Erschöpfungszustand, dass die Autoren, noch bevor sie ihre Ergebnisse vorstellten, sich gegen den damals offenbar nahe liegenden Vorwurf verwarnten, es mit einem „überforschten“ Gegenstand zu tun zu haben: *H.-. Franke / M. Herrmann / H. Janssen / H. Lange / K. Uhlig*, *Hochschulplanung und Stadtentwicklung. Eine Erhebung in 60 Hochschulstädten*, Berlin 1977, S. 32 f.; außerdem gleichzeitig das Themenheft der Informationen zur Raumentwicklung Heft 3/4 (1977): *Raumordnung und Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau*, Bonn-Bad-Godesberg.

derung zu den 1960er Jahren, den die Architektur- und Planungsgeschichte der Moderne in jüngerer Zeit vollzogen hat. Weltweit war in den 1960er und 1970er Jahren der Neu- und Ausbau der Universitäten ein prominentes Element in der „heroischen Phase“ des modernen Städtebaus. Zum anderen sind die Bauten der neuen Universitäten und Universitaterweiterungen nun in die Jahre gekommen. Nach drei Dekaden geben Instandsetzungs- und Erneuerungsnotwendigkeiten den zuständigen Planern in den Hochschulbauamtern und kommunalen Planungsabteilungen hinreichend Anlass, sich grundlegender mit den ehrgeizigen Hinterlassenschaften und den ursprünglichen Intentionen ihrer Vorgänger zu befassen. Wieder aktualisiert wurde das Thema dann Anfang der 1990er Jahre mit der Transformation der DDR-Universitäten in das bundesrepublikanische Hochschulsystem. Schließlich – und dies ist mehr Forderung als Realität – legt die gegenwärtige Legitimationskrise den Universitäten nahe, Standortbestimmung nicht nur in den Kategorien des Marketings zu begreifen, sondern auch einen neuen Blick auf Funktion und Position in ihrer Stadt und Region zu werfen.

Der erste große Ausbausub deutscher Universitäten und Technischer Hochschulen fiel in das letzte Quartal des 19. Jahrhunderts. Noch heute sind die Innenstadtstandorte der alten Hochschulen baulich vielfach durch die wichtigen Seminar- und Laborgebäude der wilhelminischen Epoche geprägt. Eine Tour d’Horizon durch die damaligen Gründungs- und Ausbaukonzepte aus städtebaulicher Sicht bietet der Beitrag von *Hans-Jürgen Nägelke*. Angesichts ihrer jetzigen stadtstrukturellen Einbettung erstaunt die pragmatische Offenheit, mit der man seinerzeit mit diesen „Großprojekten“ an die damalige Peripherie auswich, sich zu Standortteilungen durchrang und damit gegen das „Geschlossenheitsideal der Humboldtschen Universität“ entschied – häufig mit Argumenten, die auch heute noch vertraut klingen.

Den zweiten großen Schub brachten die 1960er und 1970er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Dieser lief zeitlich parallel mit dem Bau der Großsiedlungen der Nachkriegszeit, die Thomas Sieverts in dieser Zeitschrift vor Jahren als die „Experimentierfelder der Moderne“ apostrophiert hat.³ Auch die „Neuen Universitäten“ waren solche „Experimentierfelder“ (*Hans Joachim Aminde*), und zwar in Potenz. Diese Potenz erwuchs vor allem daraus, dass die öffentliche Hand nicht nur als Planer, sondern auch als Bauherr auftreten konnte und gleichsam Laborbedingungen bestand, was das Umsetzen baulicher, städtebaulicher, erschlieungstechnischer und organisatorischer Neuerungen betraf. Für einen kurzen historischen Moment schien sich selbstgewisses Expertentum voller Zukunftsoptimismus und vermeintlich unbehelligt von den Launen des Marktes mit ihren Vorstellungen durchsetzen zu können. Sowohl die Universitatsneugrundungen als auch die großen Erweiterungen bestehender Universitäten waren städtebauliche Werkstätten für Modelle im Maßstab 1:1. Einen Überblick über die Ideen und Konzepte der Universitätsgründungen in

3 *Th. Sieverts*, Die Neuen Städte als Experimentierfelder der Moderne, in: *Die alte Stadt* 14 (1/1987), S. 51–71.

den 1960er und 1970er Jahren gibt der Beitrag des Kunsthistorikers *Stefan Muthesius*. Mit Schwerpunkt auf England und der Bundesrepublik resümiert der Aufsatz Ergebnisse einer umfassenden vergleichenden Monographie des Verfassers zum Thema.⁴ Manche der Konzepte wurden nur als Torso realisiert wie in Bremen, andere in nahezu planmäßig vollendeter Gestalt wie in Bochum. Sein Überblick zeigt die Vielfalt als ein internationales Phänomen. Die Universitatsneugrundungen in den beiden Ländern gelten als die ambitioniertesten ihrer Zeit, wobei die englischen Lösungen für viele deutsche Hochschulplaner wichtige Vorbilder lieferten. Die Konzepte variieren vor allem darin, ob sie die Optimierung der inneruniversitaren Abläufe verfolgen und diese gestalterisch überhöhen oder aber ob sie die funktionale Verflechtung mit der Stadt in den Vordergrund stellen, wobei Verflechtung jedoch nicht als stadträumliche, die Besonderheiten des Ortes aufnehmende Orientierung missverstanden werden darf.

Gegenwärtig zeichnet sich ab, dass die große Masse der in den 1960er und 1970er Jahren errichteten Hochschulbauten dringend instand gesetzt und modernisiert werden muss. Dabei lassen sich die seinerzeit geschaffenen Strukturen danach unterscheiden, inwieweit sie den notwendigen baulichen, infrastrukturellen und funktionalen Anpassungen „Widerstand entgegenbringen“ (*Robert Lemmen*). Das städtebaulich und architektonisch spektakulärste und in den nachfolgenden Jahren wohl auch umstrittenste Projekt war die Ruhr-Universität Bochum, die erste Universität im Ruhrgebiet überhaupt und in den 1960er Jahren die größte Baustelle Europas: der Inbegriff einer Retortenuniversitat als Lernmaschine, die besonders konsequent dem Leitbild einer eigenständigen „Bau- und Strukturform“ folgte. Wie eine Stadt sich mit diesem monumentalen Manifest technokratischer Potenz und utopischer Energie über die Jahre arrangiert hat und dabei den Anschluss an ein Gebilde sucht, das diesen Anschluss ursprünglich nie wollte, davon berichtet aus der Perspektive der planenden Verwaltung der Beitrag von *Eckart Kröck*. In die gleiche Reihe ambitionierter Universitätsgründungen der ersten Stunde gehört auch die Universität Bremen. Der Beitrag von *Robert Lemmen*, seit langen Jahren verantwortlicher kommunaler Planer für den Universitätsbereich, vollzieht die verschiedenen planerischen Ansätze nach, die neue Universität vor den Toren der Stadt mehr und mehr und häufig über Umwege zu einem städtebaulich und funktional verknüpften Bestandteil des städtischen Gesamtgefüges werden zu lassen.

Mit der langen und wechselhaften Planungsgeschichte steht die Universität Bremen nicht allein. Zwar war das große fachübergreifende Interesse an der Hochschulplanung⁵ als ein besonders vielversprechendes Anwendungsfeld des „rationalisti-

4 *S. Muthesius*, *The Postwar University. Utopianist Campus and College*, Yale University Press, New Haven / London 2000.

5 Exemplarisch die Publikationen des Sonderforschungsbereichs „Hochschulplanung“ am Institut für Öffentliche Bauten der Universität Stuttgart: *H. Linde* (Hrsg.), *Hochschulplanung* (4 Bände), Düsseldorf 1969–1971.

schen Planungsmodells“ im Sinne der amerikanischen „comprehensive planning“ erloschen, aber dies bedeutete keineswegs das Ende des Hochschulausbaus. Im Gegenteil: In manchen Universitäten lagen die eigentlichen Ausbauswerpunkte in den achtziger Jahren, wie z.B. bei der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg oder der Technischen Universität Hamburg-Harburg. Auch an den übrigen Neugründungen und Ausbaustandorten sind nach und nach einzelne Lehr- und Forschungseinrichtungen sowie Ergänzungsbauten erstellt worden.⁶ Aber das Tempo hatte sich verringert: Universitätsentwicklung vollzieht sich bis heute in vielen kleinen, meist nicht koordinierten Schritten – durchaus analog zum Grundmuster der Stadtentwicklung in den achtziger Jahren.

Damit waren nicht nur Änderungen in Tempo und Quantitäten, sondern auch in Inhalten und Konzepten verbunden. Es bedeutete das Ende der Anwendung der in den 1960er Jahren mit großem Bauforschungsaufwand entwickelten Hochschulbausysteme: Es wurde nicht mehr „getypt“ (Heinle / Heinle). Statt Systemvariationen waren nun individuelle städtebauliche und architektonische Lösungen gesucht, die auf die besonderen landschaftlichen (Oldenburg) oder städtischen Eigenschaften des Standorts (Harburg, Kassel) Bezug nahmen.⁷

Regionalstrukturelle Überlegungen hatten bei der Standortsuche für Hochschulneugründungen Pate gestanden. Sie waren ein neues Element regionaler Strukturpolitik und sicherlich auch eines der erfolgreichsten, da hier die öffentliche Hand durch Planung nicht nur Rahmen setzen konnte, sondern auch als Bauherr mit erheblichen Investitionssummen auftrat. Sowohl in den Industrieregionen als auch in den strukturschwachen ländlich geprägten Regionen haben die Universitätsgründungen durchweg wichtige wirtschaftliche, soziale und kulturelle Impulse geben können – ob nun in Bochum oder in Kaiserslautern, ob in Bayreuth oder in Oldenburg. In den 1980er Jahren folgte die direktere Einbindung der Universitäten in die kommunale und regionale Wirtschaftsförderung. Universitätsnahe Technologie-Parks und Gründerzentren sollten die Standortprofile sowohl der Hochschulen wie der Hochschulstädte schärfen. Vorreiter und Vorbild für viele war die Planung und Umsetzung des Technologie-Parks an der Universität Dortmund.⁸ Zugleich sah man in den Hochschulerweiterungen und -ergänzungen – wie auch das vorgestellte Bremer Beispiel zeigt – eine neue Chance, die inzwischen als Defizit empfundene städtebauliche und funktionale Isolation der neuen Universitätsstandorte wenn nicht zu beheben, so doch zu mildern.

6 Dies bestätigt auch der materialreiche Überblick (mit Schwerpunkt auf dem eigenen Werk) über Hochschul- und Forschungsbauten der letzten vier Jahrzehnte von E. Heinle / Th. Heinle, Bauten für Lehre und Forschung, München / Stuttgart 2001.

7 Als frühes Beispiel der Neubau der Naturwissenschaften an der Carl-von-Ossietzky-Universität in Oldenburg; vgl. A. Kleinloh, Die Baugeschichte der Carl-von-Ossietzky Universität Oldenburg, Oldenburg 1998.

8 A. Günther, Die Planung des Technologiegebietes in Dortmund, in: Stadtbauwelt 99 (1988), S. 1556–1564.

So wie es Analogien zwischen den Konzepten und Leitbildern der Neuen Städte und der Neuen Universitäten der Moderne gibt, so gibt es auch Parallelen in der Reaktion darauf: in der gemeinsamen Hinwendung zum städtebaulichen Repertoire, das mit den in den 1990er Jahren dominanten Leitvorstellungen der Europäischen Stadt verbunden wird. Auch bei der Planung von Technologie-Parks und Universitätserweiterungen versuchte man, soweit es Programm und Funktion der Einrichtungen überhaupt vertragen, zum Baublock, zur Korridorstraße, zur kleinräumigen Nutzungsmischung und schließlich zur engen Verknüpfung mit der umgebenden Stadt zurückzukehren. Dem Ziel der Integration in die bestehende Stadt kam an manchen Standorten entgegen, dass infolge des Strukturwandels innerstädtische Flächenreserven auf Industrie- und Militärbrachen zur Verfügung standen, die neue Hochschulstandorte in zentraler Lage und unter Umnutzung bestehender Bauten gestatteten. An der TU Hamburg-Harburg ist dies exemplarisch gelungen.

Auch bei der Erweiterung der Technischen Hochschule Dresden zu einer Voll-Universität nach der politischen Wende war die funktionale und stadträumliche Integration des alten und erweiterten Universitätsstandorts in das bestehende Stadtgefüge die übergreifende Leitlinie. Hans-Joachim Aminde stellt den Masterplan vor, der heute die Grundlage für den weiteren Ausbau bildet. Konzentration der Neubauflächen durch Nachverdichtung auf dem bestehenden Universitätsgelände, Rekonstruktion des Dresdner Stadtraums durch bauliche Ergänzungen mit Plätzen und Parks, die allen offen stehen, und eine starke Verknüpfung mit den Nachbarquartieren durch ein enges Wegenetz sind dabei die wichtigsten Stichworte. Ähnlichen Orientierungen sind die Pläne für die beiden großen neuen Hochschulstadtteile verpflichtet: für die Wissenschaftsstadt Adlershof in Berlin und den Hochschulstadtteil in Lübeck.⁹

Das vorgestellte Dresdner Beispiel einer von einem starken Rahmenplan geleiteten Universitätsentwicklung im Bestand ist – so auch der Verfasser selbst – keineswegs selbstverständlich. Im Gegenteil: Woanders dominiert immer noch das Stückwerk aus punktuell hinzugefügten oder erneuerten Einzelbauten, das keinem erkennbaren übergreifenden Konzept folgt. Und je kleiner die Stadt im Verhältnis zur Universität, desto problematischer wird es für die Stadt. Dann können die planenden Verwaltungen – denen in „company towns“ nicht unähnlich – oft nur neue und veränderte Raum- und Nutzungsansprüche ihrer Universität achselzuckend zur Kenntnis nehmen und die Folgen für die Stadt irgendwie abfangen. Aber auch in den großen Städten ist die Bereitschaft der Hochschule, den nötigen Modernisierungsschub für eine neue Öffnung zur Stadt zu nutzen, begrenzt und die Ignoranz beträchtlich, wie dies Harald Bodenschatz am Beispiel der TU Berlin anhand zahlreicher verbau-

9 Vgl. F. Kunst, Leitbilder für Berliner Stadträume – der „innovative Nordosten“ und die „Wissenschaftsstadt Adlershof“, in: H. Becker / J. Jessen / R. Sander (Hrsg.), Ohne Leitbild? Städtebau in Deutschland und Europa, Stuttgart / Zürich 1998, S. 205–214 und HEG Hochschulstadtteil-Entwicklungsgesellschaft mbH (Hrsg.), Hochschulstadtteil Lübeck. Rahmenplan 2000. Lübeck 2001.

ter und ungenutzter Optionen zeigt. Die TU Berlin ist nicht das einzige universitäre „Aschenputtel“ in deutschen Innenstädten. Sich ihrer Aschenputtelexistenz gänzlich entledigt hat sich die Universität Frankfurt. Mit der völligen Aufgabe des Standorts Bockenheimer wurde in der Tat ein ungewöhnlicher Schnitt vollzogen, der von *Gerd de Bruyn* in seinem Kommentar zum Umzug sehr kritisch bewertet wird. Das freiwillige Verlassen des tradierten Universitätsstandorts – in dieser Radikalität bisher vermutlich einzig in der Bundesrepublik – dürfte wohl nur möglich gewesen sein, weil als Alternative mit dem Poelzig-Bau ein zwar überaus ambivalenter, aber unstrittig markanter Symbolträger parat stand, der den Verlust stadtgeschichtlicher Verortung zu kompensieren verspricht. Möglicherweise ist dieser Umzug in ein Baudenkmal der Weltarchitektur der erste Vorbote einer Entwicklung, in der die Universitäten im Zuge des Marketings der Privatwirtschaft, namentlich den Großen des Dienstleistungsgewerbes, den Banken und Versicherungen, auch hierin folgen: Potenz durch Architektur symbolisch weit sichtbar zu repräsentieren. Klüger und wünschenswerter jedoch wäre ein anderer Pfad: die reichlich vorhandenen, oft aber verborgenen und verkannten Verknüpfungen zwischen der Stadt und der Universität zu kräftigen und ihnen zum wechselseitigen Vorteil Gestalt zu geben.

PROF. DR. JOHANN JESSEN, Universität Stuttgart, Städtebau-Institut, Keplerstraße 11, 70174 Stuttgart

Hans-Dieter Nägelke

Einheitswunsch und Spezialisierungszwang: Stadt und Universität im 19. Jahrhundert

So weit die Geschichte der deutschen Universität zurück reicht, so diffus blieb über lange Jahrhunderte ihre bauliche Gestalt. Universitätsbau in Deutschland war seit dem Mittelalter vor allem durch die Übernahme fremder Bausubstanz geprägt – sei es wie im 14. und 15. Jahrhundert in Rostock, Freiburg oder Greifswald durch die Umnutzung von Bürgerhäusern, sei es wie im 16. und 17. Jahrhundert in Marburg, Jena, Straßburg oder Kiel durch die Einrichtung neuer Hochschulen in aufgelassenen Klöstern. Selbst die 1737 eröffnete Göttinger Universität, damals Reformhochschule ersten Ranges, musste mit einem notdürftig umgebauten Kloster auskommen. Hatte im Ausland die Konzentration auf wenige Hochschulorte mit entsprechend höheren Studentenzahlen den kontinuierlichen Ausbau der Lehrgebäude und damit die Ausbildung typischer Baumuster – vom englischen ‚college‘ bis hin zum italienischen ‚Palazzo della Sapienza‘ – befördert, blieben in Deutschland Neubauten die seltene Ausnahme. Wenn sie errichtet wurden, entwickelten sie kaum ein eigenes, ihrer Bestimmung entsprechendes Profil, sondern griffen auf Verwandtes und Bekanntes zurück: In Würzburg (1578) oder in Breslau (1743) auf Elemente der Klosterbaukunst, in Helmstedt (1576) oder in Greifswald (1747) auf Grundriss und Gliederungen gängiger Herrschaftsarchitektur.¹

An diesem Bild änderte die Universitätsreform zu Beginn des 19. Jahrhunderts nur wenig. Im Gegenteil: So radikal der Bruch auch war, den Humboldt, Fichte, Steffens, Schelling und Schleiermacher mit dem überkommenen Hochschulsystem vollzogen hatten² – in Struktur und Organisation der Universitäten setzte er auf Kontinuität. Das Festhalten an der Einheitsuniversität – etwa im Gegensatz zum französischen Modell der Zergliederung in eigenständige Fachschulen – beinhaltete nicht zuletzt das Festhalten an dem einen, alle Funktionen umfassenden Universitätsgebäude. Nicht von ungefähr vollzogen sich die Neu- bzw. Wiedergründungen in Berlin (1810) und Bonn (1818) beide in umgenutzten Schlössern. Sowohl das Prinz-Heinrich-Palais Unter den Linden als auch die Bonner Residenz wurden nicht

1 Den besten, wenngleich bisweilen ungenauen Überblick über die Entwicklung des Hochschulbaus in Deutschland bis zum 19. Jahrhundert bietet immer noch *K. Rückbrod*, *Universität und Kollegium, Baugeschichte und Bautyp*, Darmstadt 1977.

2 Aus der umfangreichen Literatur zur Reform siehe besonders die komprimierte Darstellung von *U. Muhlack*, *Die Universitäten im Zeichen von Neuhumanismus und Idealismus*: Berlin, in: *P. Baumgart / N. Hammerstein* (Hrsg.), *Beiträge zu Problemen deutscher Universitätsgründungen der frühen Neuzeit*, Nendeln 1978, S. 299–340.

aus repräsentativen Gründen gewählt, sondern weil sie, mehr schlecht als recht dafür angepasst, geeignet schienen, an zentraler Stelle Platz genug für alle Aufgaben der neuen Universitäten zu bieten.³ Wenig anders verhielt es sich mit den wenigen Neubauten, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts errichtet werden konnten: Die Hauptgebäude in Leipzig (1836) oder München (1840) zielten wie die Kollegiengebäude des 17. und 18. Jahrhunderts darauf, wenn nicht alle, so doch die allermeisten Funktionen ihrer Universitäten in einem Gebäude zu vereinen.⁴

Unter der Oberfläche eines bis in die sechziger Jahre hinein nur verhaltenen äußeren Wachstums freilich bahnte sich eine Entwicklung an, die dieses Konzept weniger wegen steigender Studentenzahlen, denn aufgrund einer fortschreitenden fachlichen Differenzierung fragwürdig werden ließ, die mit immer neuen Einzellehrstühlen insbesondere im Bereich experimenteller Forschung zunehmend auch eigene bauliche Ansprüche stellte. Hatten die 19 Universitäten des späteren Reiches zwischen 1800 und 1870 nur 34 Institutsbauten erhalten, die meisten davon für Anatomische Theater oder Chemische Laboratorien, so kamen in den folgenden zwanzig Jahren allein für Institute 76, für Bibliotheken vier und für Kollegienhäuser sechs Neubauten hinzu. Zwischen 1890 und 1918 waren es noch einmal 62 Institute, neun Bibliotheken und sechs Hauptgebäude – ungezählt bleiben die großen, sich ebenfalls seit der Reichsgründung in Zahl und Größe rapide ausdehnenden Klinikbauten, die Sternwarten, Gewächshäuser, Dienstvillen und die vielen Nebengebäude, die jede Universität begleiteten. Nach sechzig Jahren relativ geringer Bautätigkeit hatte der Hochschulbau damit bereits im ersten Jahrzehnt des Kaiserreiches eine Dynamik entwickelt, die nicht nur das Konzept des Gesamtgebäudes obsolet werden ließ, sondern auch die engen Grenzen der Altstädte sprengte und eigene städtebauliche Lösungen einforderte.

Eine Aussiedelung der Hochschule auf das „freie Feld“ am Stadtrand, eine „Campus-Universität“ eben, blieb in Deutschland dennoch die Ausnahme. Für die älteren Universitäten wurde nur einmal der Versuch dazu unternommen: In Tübingen, wo die Universität ab 1841 Zug um Zug aus ihren alten und zu engen Gebäuden in ein Erweiterungsgebiet nordöstlich der Altstadt umgesiedelt wurde.⁵ Dazu wurde zu-

3 Zu Berlin: *K.-D. Gandert*, Vom Prinzenpalais zur Humboldt-Universität. Die historische Entwicklung des Universitätsgebäudes in Berlin mit seinen Gartenanlagen und Denkmälern, Berlin 1985, S. 25 ff.; zu Bonn: *H. Lützel*, Die bauliche Entwicklung von 1818–1939, in: *ders.* (Hrsg.), Die Bonner Universität – Bauten und Bildwerke, Bonn 1968, S. 43 ff.

4 Zur Entwicklung des Universitätshauptgebäudes im 19. Jahrhundert: *S. Marschall*, Das Hauptgebäude der deutschen Universität und Technischen Hochschule im 19. Jahrhundert, Diss. phil. Tübingen 1993 sowie *H.-D. Nägelke*, Hochschulbau im Kaiserreich. Historistische Architektur im Prozess bürgerlicher Konsensbildung, Kiel 2000, S. 19 ff.

5 *J. Zänker*, Die architektonische Selbstdarstellung der Universität Tübingen. Die „Neue Aula“ von 1841/45 und ihre Erweiterung von 1928/31, in: *M. Doehlemann* (Hrsg.), Wem gehört die Universität, Lahn/Gießen 1977, S. 67–88, hier: S. 68.

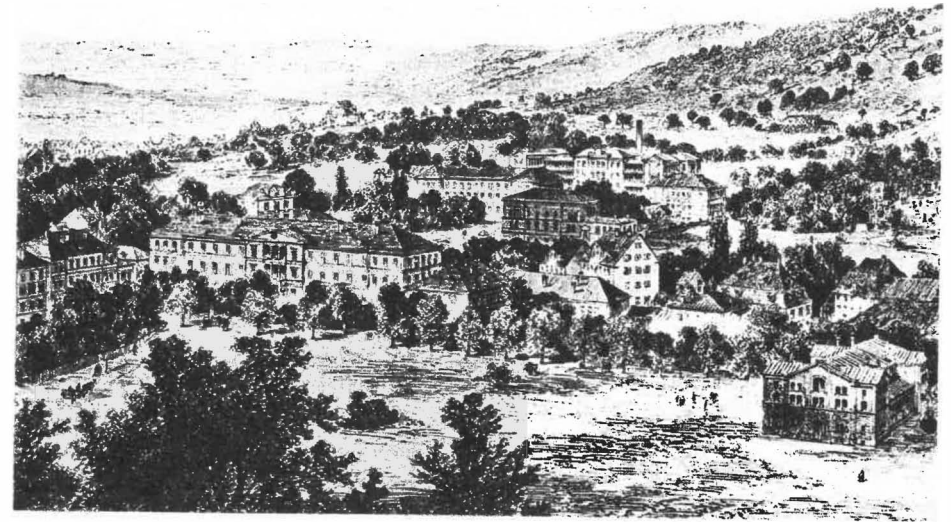


Abb. 1: Gebäude der Universität Tübingen an der Wilhelmstraße, Lithografie 1889 (Archiv Universität Tübingen).

nächst 1841–46 die „Neue Aula“ errichtet, die mit ihren beiden flankierenden Institutsbauten ursprünglich eine nach vorn zur Straße orientierte Platzarchitektur bildete.⁶ Schon bald allerdings machten neue Institute Erweiterungen notwendig, die nun rückwärtig erfolgten und das Hauptgebäude damit zum Kopf eines relativ geschlossenen Universitätsbezirkes machten (Abb. 1), bis auch dieses Gebiet zur Jahrhundertwende zu klein wurde und sich die Hochschule mit weiteren Neubauten mit der inzwischen um den Campus herumgewachsenen Stadt zu verbinden begann.⁷

Was sich in Tübingen durch das Glück der zunächst freien Lage über einen langen Zeitraum entwickeln konnte, wurde für die Neugründung der Universität Straßburg im 1870 annektierten Elsaß-Lothringen in einem Zug entworfen: ein Campus, der die Idee von der Einheit der Universität als geschlossene Gebäudegruppe sinnfällig ausdrücken sollte.⁸ Zwar hatte die Hochschule bereits zu ihrer Eröffnung 1872

6 Ebd., S. 71 ff.

7 Einen Überblick der städtebaulichen Entwicklung von Kliniken und Instituten gibt *D. Lembke*, Universitätsbau in Tübingen. Die Bauten der Universität in 500 Jahren, Tübingen 1977, S. 21 ff.

8 Zur Geschichte der Straßburger Universitätsgründung in ihrer politischen Dimension vgl. *J.E. Craig*, Scholarship and Nation Building: The University of Strasbourg and Alsatian Society 1870–1939, Chicago/London 1984, S. 29 ff.; als politische Deutung der Baugeschichte grundlegend *H. Hammer-Schenk*, „Wer die Schule hat, hat das Land“ – Gründung und Ausbau der Universität Straßburg nach 1870, in: *E. Mai / S. Waetzold* (Hrsg.), Kunstverwaltung, Bau- und Denkmalpolitik im Kaiserreich, Berlin 1981, S. 121–144.

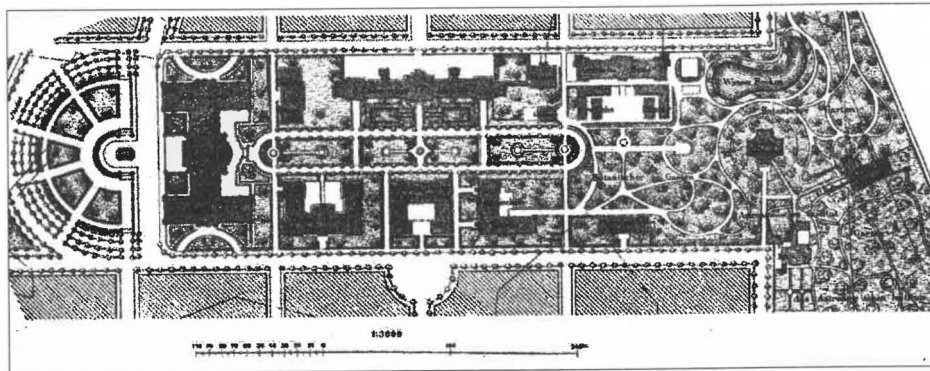


Abb. 2: Hermann Eggert, Entwurf für den Straßburger Campus 1875, verändert ausgeführt (aus: Handbuch der Architektur, 4.T., 6.Hb, Stuttgart 1902, S. 67).

eine Vielzahl umgenutzter Gebäude erhalten, die sich im Verhältnis zur Studentenzahl großzügiger ausnahmen als jene der meisten anderen Hochschulen im Altreich. Dem kulturpolitischen Anspruch einer „Universität, zu welcher die hier aus selbständigen Fakultäten bestehende Akademie nach deutschen Begriffen umgewandelt werden müsse“⁹ konnte dieser verstreute Bestand kaum genügen. Für die „Reichsuniversität“ mischten sich machtpolitische Motive mit solchen, die zwar vordergründig den Einheitsgedanken der Humboldtschen Universitätsidee ins Feld führten, ihn als Spezifikum der deutschen Universität aber zugleich kulturpolitisch instrumentalisierten:

„Als erstes und wichtigstes Interesse der Universität wurde die örtliche Vereinigung der Neubauten hervorgehoben. Dieses Interesse sei nicht nur eine äußerliches, sondern ein fachliches, im Wesen der deutschen Hochschule, der „universitas litterarum“ begründetes. Es würde durch diese Vereinigung nicht nur der Zusammenhang der verschiedenen Fakultäten hergestellt und aufrecht erhalten, sondern auch das Ineinandergreifen der wissenschaftlichen Arbeit gefördert, die Gefahr, dass die Universität in Fachschulen zerfalle, gemindert.“¹⁰

Damit wurden Neubauten möglich, die an Zahl, Größe und Kosten alles übertrafen, was bis dahin in Deutschland möglich gewesen war und – bis hin zur Expansion der Hochschulen in den 1960er Jahren – möglich werden sollte. Binnen zweier Jahr-

9 So bereits am 7.11.1870 ein Erlass des Straßburger Zivilkommissars: zit. nach S. Hausmann, Die Kaiser-Wilhelms-Universität Strassburg. Ihre Entwicklung und ihre Bauten, Straßburg 1897, S. 22.

10 Festschrift zur Einweihung der Neubauten der Kaiser-Wilhelms-Universität zu Straßburg, Straßburg 1884, S. 4.

zehnte wurden ein Hauptgebäude, eine Bibliothek, elf medizinische und naturwissenschaftliche Institute sowie vier Kliniken mit einem Gesamtbauvolumen von über 15 Millionen Reichsmark errichtet (Abb. 2).¹¹ Eine Summe, die an jenen Bauetat heranreichte, den die Berliner Universität mit ihrer viermal größeren Zahl an Studierenden während des ganzen Kaiserreiches zur Verfügung hatte.

Die Universität sollte nichts weniger als der „Kristallisationspunkt“¹² des neuen, „deutschen“ Straßburg werden, das seit 1871 als großzügige Erweiterung im Norden der Altstadt geplant und nach Aufgabe der alten Umwallungen 1880 in einem Bebauungsplan festgeschrieben worden war.¹³ So bildet das repräsentative, 1878–1884 nach Entwürfen Otto Warths ausgeführte Kollegiengebäude den Auftakt einer nach Westen führenden Prachtallee, die, gesäumt von Reichspost und evangelischer Garnisonskirche, zum Kaiserplatz führt, wo Kaiserpalast, Landesausschussgebäude, Universitäts- und Landesbibliothek und die Ministerialgebäude das eigentliche Zentrum der deutschen Machtentfaltung in der elsässischen Stadt markierten¹⁴. Der Campus selbst wird gegenüber dieser Achse zwar durch das Kollegiengebäude abgeschirmt, führt sie zugleich aber durch die symmetrische Anlage seiner Institute fort – bis hin zur erhöht gelegenen Sternwarte, die point de vue der gesamten Stadterweiterung sein sollte.¹⁵

Gleichwohl blieb auch hier das Idealbild des geschlossenen, Zusammenhangs der verschiedenen Fakultäten¹⁶ unerreicht, indem die Medizinische Fakultät längst einen anderen Standort erhalten hatte. Bereits 1874 war für sie ein erster Institutsneubau in Nachbarschaft zum Bürgerspital genehmigt worden, ohne dass zu diesem Zeitpunkt der Standort der übrigen Hochschulgebäude schon endgültig feststand. Als dann die von der Universität propagierte Erweiterung nach Süden aus fortifikatorischen Gründen ausschied, wurde mit dem Nordprojekt die Teilung der Hochschule unvermeidlich: in und um das Kollegiengebäude Jura, Theologie, Natur- und Geisteswissenschaften, im Süden des Bürgerspitals die Medizinische Fakultät mit ihren Instituten und Kliniken.

Diese stadträumliche Zweiteilung war weder ungewöhnlich, noch behinderte sie den täglichen Hochschulbetrieb. Weit stärker als die Naturwissenschaften, die an

11 Eine Übersicht findet sich bei S. Hausmann (S. A 9), S. 103.

12 So auch die Begründung der Stadt für ein Universitätsprojekt im Verein mit den übrigen Repräsentationsbauten im Norden der Altstadt: H. Hammer-Schenk (s. A 8), S. 130.

13 Zur Planungsgeschichte der Stadterweiterung K. Nohlen, Baupolitik im Reichsland Elsaß-Lothringen 1871–1918. Die repräsentativen Staatsbauten um den ehemaligen Kaiserplatz in Straßburg, Berlin 1982, S. 31 ff.

14 Zu diesen Bauten ausführlich ebda., S. 45 ff.; vgl. ferner den Überblick: Das neue Straßburg, in: Straßburg und seine Bauten, hrsg. vom Architekten- und Ingenieurverein für Elsaß-Lothringen, Straßburg 1894, S. 381 ff.

15 H. Hammer-Schenk (S. A 8), S. 133.

16 Festschrift zur Einweihung der Neubauten (s. A 10), S. 4.

den meisten deutschen Universitäten noch nach der Jahrhundertwende Teil der Philosophischen Fakultät blieben, war infolge der wachsenden Bedeutung des klinischen Unterrichts¹⁷ das Studium der Medizin von einer Herauslösung aus der „universitas litterarum“ geprägt. Noch weniger jedoch als der Laborbetrieb der Naturwissenschaften waren die Erfordernisse eines Krankenhauses einer als Einheit gedachten Universität zu integrieren. Versuche wie in Berlin oder Bonn, Kliniken im Hauptgebäude anzusiedeln, waren zum Scheitern verurteilt. Bonn hielt noch bis 1872 an diesem Modell fest, die übrigen deutschen Universitäten gingen andere Wege. In München, Würzburg, Göttingen oder Halle schloss man sich an bestehende städtische Einrichtungen an, um einerseits Kosten zu sparen, andererseits aber ein „ungewöhnlich reiches Unterrichtsmaterial“¹⁸ zur Verfügung zu haben, wie es zusätzliche eigene Häuser kaum hätten stellen können. In Berlin wurde die Königliche Charité so sehr von der Friedrich-Wilhelm-Universität vereinnahmt, dass sie schließlich ganz von ihr übernommen und zur Jahrhundertwende großzügig ausgebaut wurde.¹⁹

Andersherum wurden hochschuleigene Kliniken errichtet, um mit städtischen Zuschüssen die medizinische Versorgung der Bevölkerung allein zu übernehmen: so bereits ab 1824 in Erlangen, in Freiburg ab 1829 oder in Tübingen ab 1844. Hier wie auch im dritten Fall, der Ergänzung bestehender Anstalten durch Universitätskliniken (ab 1843 in München)²⁰, war die Grundlage zu jenen medizinischen Vierteln geschaffen worden, die sich seit den sechziger Jahren in rascher Folge zu entfalten begannen. Mit fortschreitender Differenzierung der klinischen Fächer wurden solche Klinikgruppen als funktionales Gefüge planbar. Parallel zu den großen städtischen Krankenhäusern²¹ wurden für viele Universitäten umfassende, nach einheitlichem Entwurf in kurzer Zeit fertig gestellte Kliniken errichtet, die vielfach noch

17 Vgl. *H.G. Wenig*, Medizinische Ausbildung im 19. Jahrhundert, Bonn 1969, S. 101 ff.

18 *L. von Tiedemann*, Medizinische Lehranstalten der Universitäten, in: Handbuch der Architektur, 4.6.2b, Stuttgart 1905, S. 89.

19 Vgl. dazu *I. Wirth / B. Luther / J. Grosser*, Zur Topographie und baulichen Entwicklung der Charité, in: Charité-Annalen, N.F. 3/1983, S. 233–54. Zur Baugeschichte der einzelnen, im folgenden behandelten Institute s. den Katalog deutscher Hochschulbauten im Kaiserreich bei *H.D. Nägelke* (s. A 4), S. 227 ff.

20 Hier begann die Universität nach ihrer Translozierung in die Hauptstadt 1826 zunächst das 1809–1813 von der Stadt im ehemaligen Kloster und Partialkrankeninstitut der Barmherzigen Brüder eingerichtete allgemeine Krankenhaus vor dem Sendlinger Tor zu nutzen, in dessen Nähe 1825 von der Akademie der Wissenschaften das ebenfalls durch die Universität genutzte Anatomische Theater Klenze errichtet wurde. 1843 folgte dann mit der Universitäts-Poliklinik das erste Klinikum unter der Verwaltung der Hochschule; vgl. *H. Geiger*, Die Universität München. Ihre Anstalten, Institute und Kliniken, Düsseldorf 1928, S. 23 ff.

21 So in Berlin 1868–1874 am Friedrichshain (Gropius & Schmieden) und 1883–1890 am Urban (Hermann Blankenstein) oder 1884–1889 in Hamburg-Eppendorf (Zimmermann & Ruppel). Den besten Überblick bietet m.E. immer noch der von Oswald Kuhn editierte Band *Krankenhäuser* des Handbuchs der Architektur, 4.5.1., Stuttgart 1897.

heute in Benutzung sind: ab 1867 in Leipzig, 1869 in Heidelberg, 1872 in Bonn, 1875 in Halle (vgl. Abb. 3), 1886 in Breslau, 1887 in Gießen, 1889 in Göttingen, 1897 in Berlin mit dem Neubau der Charité und schließlich ab 1915 in Münster, wo die 1818 zur Akademie zurückgestufte Hochschule erst 1904 nach der Neugründung einer Juristischen und einer Medizinischen Fakultät wieder Universitätsrang erlangt hatte.

Mit dem Wachstum der Kliniken standen die Medizinischen Fakultäten freilich vor einem ähnlichen Dilemma wie die Universitäten als Ganzes: Sollte man die Fakultät räumlich teilen, indem Anatomie und Physiologie den übrigen naturwissenschaftlichen Labors und Instituten beigestellt würden, oder sollten die medizinischen Institute am Klinikum zusammengefasst, damit aber der Bezug zur übrigen Hochschule ganz aufgegeben werden? Beide Wege wurden begangen, und bei ihrer Wahl ließen sich die Universitäten durchweg von pragmatischen, nicht von ideologischen Argumenten führen.

In Straßburg war die Entscheidung dadurch vorweggenommen worden, dass Anatomie und Pathologie ihre Neubauten erstens in Nähe des Bürgerspitals als „Bezugsquelle des anatomischen Materials“²² angesiedelt wissen wollten, zweitens aber, um „täglich ihr Arbeitsmaterial austauschen“²³ zu können, auf einen Gemeinschaftsbau drängten. Damit waren die je wichtigsten Institute des vorklinischen und des klinischen Studiums auf das Bürgerspital fixiert, eine Hinübernahme der übrigen medizinischen Institute: Physiologie, physiologische Chemie und Pharmakologie wurde kaum mehr ernsthaft diskutiert.²⁴ In Breslau, stärker aber noch in Halle, verhinderte die verstreute Lage und die noch mangelnde Differenzierung der Naturwissenschaften deren Verbindung mit den medizinisch-naturwissenschaftlichen Instituten. Einen Institutskern, dem sich Anatomie und Physiologie hätten anschließen können, gab es ebenso wenig, wie eine bauliche Konzentration der Naturwissenschaften. Die Hineinnahme aller medizinischen Institute in das Klinikum bedeutete deshalb nicht die Ausgrenzung der Medizin aus der übrigen Hochschule, sondern die Möglichkeit, überhaupt einmal Universitätsbauten in freier Lage sinnvoll verbinden können.

Dort hingegen, wo sich bereits vor Gründung einer Klinik Ansätze zur Bildung von naturwissenschaftlichen Vierteln abzeichneten, diese aber zu klein waren, um auch die Krankenhäuser aufzunehmen, wurden Anatomie und Physiologie den Na-

22 Festschrift zur Einweihung der Neubauten (s. A 10), S. 95.

23 *S. Hausmann* (s. A 9), S. 152.

24 Für das Pharmakologische Institut hatte Hermann Eggert in seinem ersten Campusplan noch einen Standort zwischen Kollegengebäude und Chemischen Institut angenommen: Eine Wahl, die durchaus auch der inneren Verbindung des Faches zur reinen Chemie entsprochen hätte. Bald darauf jedoch wurde auf diese Zuordnung verzichtet, Eggerts anschließende Planungen vom Herbst 1876 bezeichnen das fragliche Gebäude statt dessen als „Reserve-Gebäude“; vgl. ebda., S. 99.

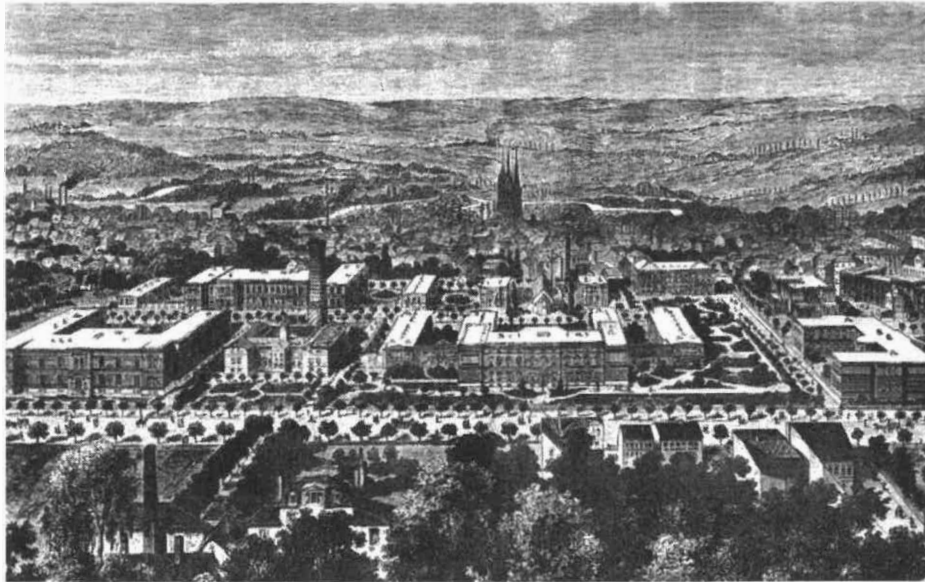


Abb. 3: Medizinisches Viertel der Universität Halle (aus: Leipziger Illustrierte Zeitung, 77/1881, S. 241).

turwissenschaften zugeschlagen. In Bonn wurden 1872 das Anatomische und 1878 das Physiologische Institut südlich des Poppelsdorfer Schlosses eröffnet, das seit Gründung der Universität den Naturwissenschaften gedient hatte und in dessen Nähe zuvor schon die Gebäude der Landwirtschaftlichen Akademie (ab 1850) und das Chemische Institut (1867) ausgeführt worden waren. 1911 bzw. 1913 folgten hier noch das Geologische und das Physiologische Institut, während die Pathologie gemeinsam mit den Kliniken ab 1872 im Norden der Altstadt ihren Standort erhielt (vgl. Abb. 4).²⁵ Ganz ähnlich in Heidelberg: Dort hatten sich seit 1804 die Chemie, Anatomie und Klinik in einem ehemaligen Dominikanerkloster eingerichtet, in dessen Nähe 1849 eine neue Anatomie, 1864 ein naturwissenschaftliches Gemeinschaftsgebäude, 1854 ein Chemisches Institut und 1875 die Physiologie entstanden, während Pathologie (1876) und Hygiene (1891) gemeinsam mit dem neuen Klinikum Bergheim im Westen der Stadt ihre Gebäude erhielten.²⁶

²⁵ Vgl. H.D. Nägele (s. A 4), S. 253 ff.

²⁶ Zu den Naturwissenschaften: B. Albrecht, Die ehemaligen Naturwissenschaftlichen und Medizinischen Institutsgebäude im Bereich Brunnengasse, Hauptstraße, Akademiestraße und Plöck, in: Semper apertus. Sechshundert Jahre Ruprecht-Karl-Universität Heidelberg 1386–1986, Bd. 5, Heidelberg 1986, S. 336–365; zum Klinikum: J. Schneider, Das Alt-Klinikum Bergheim, ebda., S. 382–431.

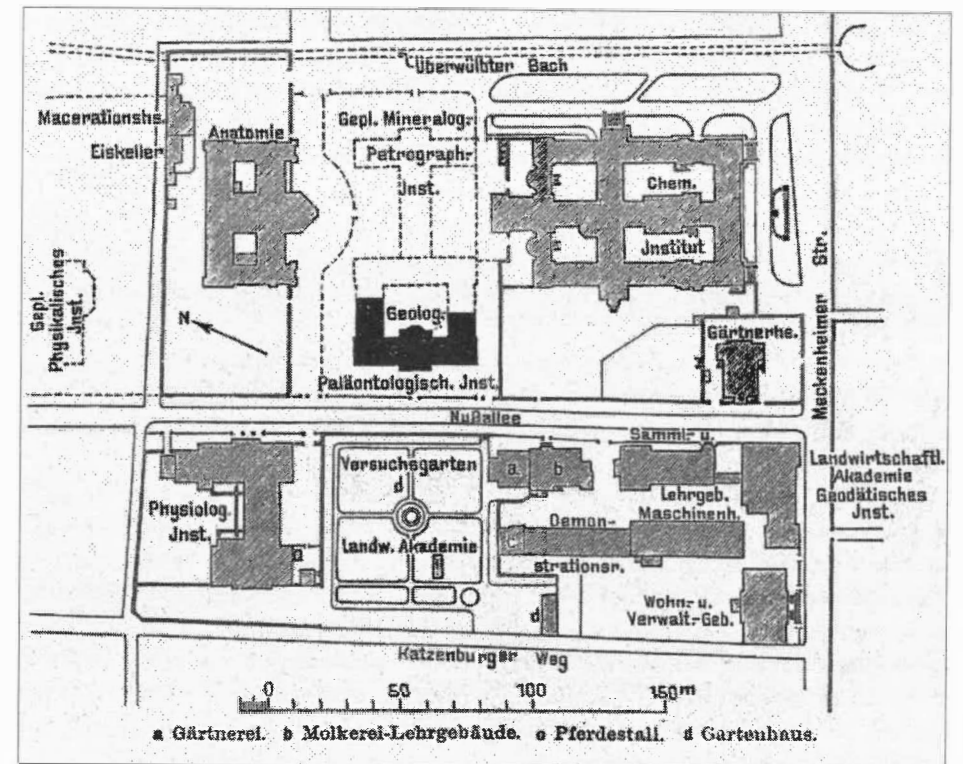


Abb. 4: Lage der medizinischen und naturwissenschaftlichen Institute der Universität Bonn in Poppelsdorf (aus: Zentralblatt der Bauverwaltung, 32/1912, S. 249).

Andersherum konnten auch die Naturwissenschaften den Kliniken nachfolgen. In Freiburg etwa markierte die 1829 auf einem weitläufigen Terrain im Norden der Altstadt errichtete Medizinische Klinik den Ausgangspunkt eines Universitätsbezirkes, der Zug um Zug und neben weiteren Kliniken die Anatomie (1867), die Botanik (1876), das Chemische Institut (1882), die Pathologie (1883), das Zoologische Institut mit Museum (1886), Physik und Physiologie (1890), das Hygienische Institut (1896) und schließlich das Mineralogisch-Geologisches Institut (1902) aufnehmen sollte. In Würzburg war es das Juliusspital, in dessen Nähe sich 1853 ein Gemeinschaftsbau („Medizinisches Studiengebäude“) für Anatomie und Pathologie (Neubauten 1877 und 1883), dann Physik (1878), Physiologie (1887), Zoologie (1889), Chemie (1896) und Geologie (1903) ansiedelten. In Leipzig wurde ab 1865 im Stadtteil Johannistal ein komplettes medizinisch-naturwissenschaftliches Viertel erschlossen, in dem sich binnen der nächsten zwanzig Jahre alle entsprechenden Institute

und Kliniken versammelten.²⁷ Einer hierarchischen Abstufung folgt keines dieser Viertel, weder im Verhältnis der Institute zueinander, noch in jenem zwischen Instituten und Kliniken. In Freiburg wuchsen die verschiedenen Kliniken und Institute über einen Zeitraum von fast achtzig Jahren langsam zusammen, in Würzburg reihen sich die Institute auf dem Glacis der aufgelassenen Wallanlagen aneinander, in Leipzig schließlich bildeten Institute und Kliniken eine Art lockere Vorstadtbebauung, indem sie sich teils enger, teils offener gefügt auf den Karrees eines vorbestimmten Straßennetzes gruppierten.

Auffällig bleibt der Ausschluss von Hauptgebäuden und Bibliotheken, bleibt der Verzicht auf das in Straßburg so nachdrücklich eingeforderte Ideal der sichtbaren baulichen Einheit der ganzen Universität. Die Gründe dafür lagen auch hier neben hygienischen Motiven zunächst in der Dynamik der Fächerdifferenzierung und dem diskontinuierlichen, kaum planbaren Wachstum der Universitäten. Historische oder umgenutzte Hauptgebäude wie jene in Breslau, Heidelberg, Freiburg, Berlin oder Bonn, aber auch die Neubauten in Halle (1834), Leipzig (1835), Göttingen (1836), München (1840), Königsberg (1862) und Rostock (1870) befanden sich in städtebaulich schon derart verdichteten Gebieten, dass die Bildung eines ausreichenden Universitätsbezirkes in unmittelbarer Nähe nur sehr selten möglich war. Aber auch die Standortwahl späterer Kollegiengebäude folgte anderen Kriterien denn solchen einer Anbindung an bestehende Institutsviertel. In Leipzig wurde 1892–1897 das neue Hauptgebäude an Stelle des alten errichtet, nachdem 1885 die Verlegung der ganzen Universität ins Johannistal diskutiert worden war.²⁸ In Würzburg wurde das neue Hauptgebäude 1893–1896 nicht im Institutsviertel am Nordrand, sondern am Südrand der Altstadt aufgeführt und in Freiburg das 1911 eingeweihte Kollegienhaus ebenfalls im Altstadtgebiet angesiedelt, das Medizin und Naturwissenschaften inzwischen vollständig verlassen hatten. Der Prozess einer stadträumlichen Aufteilung der Universität mit Seminaren im Zentrum und Labors an der Peripherie prägte nach der Jahrhundertwende auch die übrigen Universitäten Deutschlands: Hauptgebäude wurden wie in Königsberg oder Göttingen nach dem Auszug der naturwissenschaftlichen Sammlungen und Kabinette für die geisteswissenschaftlichen Seminare umgenutzt, wie in München (1907–1910) und Berlin (1913–1920) großzügig dafür umgebaut und erweitert oder schließlich durch spezielle Seminargebäude ergänzt. So in Halle (1903), Greifswald (1911), Göttingen (1912) und abermals in Halle (1911), wo sich damit um das alte Hauptgebäude ein ausschließlich von den Geisteswissenschaften genutztes Forum gebildet hatte (Abb. 5).

27 Vgl. neben dem Überblick in: Leipzig und seine Bauten, herausgegeben von der Vereinigung Leipziger Architekten und Ingenieure, Leipzig 1892, S. 178 ff; die Lagepläne in: Festschrift zur Feier des 500-jährigen Bestehens der Universität Leipzig, Bd. 3: Die Institute der medizinischen Fakultät sowie Bd. 4,1 u. 2: Die Institute und Seminare der Philosophischen Fakultät, Leipzig 1909.

28 Das akademische Viertel zu Leipzig, in: Leipziger Illustrierte Zeitung 86/1885, S. 48.

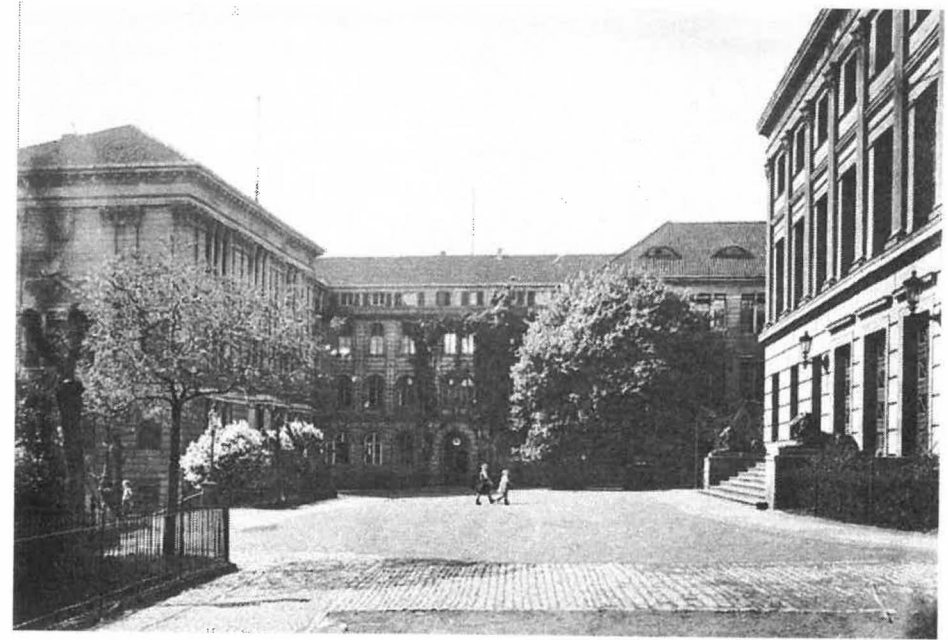


Abb. 5: Universitätsforum in Halle, Fotografie 1922 (Archiv Universität Halle).

Damit hatte sich die paradoxe Situation ergeben, dass fast ausschließlich jene Hochschulen über geschlossene, das Ideal der Vereinigung aller Bereiche von Forschung und Lehre verkörpernden Campus-Anlagen verfügten, denen die Universitäten immer noch die Teilhabe am Humboldtschen Bildungsideal absprechen wollten: die Technischen Hochschulen. War man ursprünglich auch dort davon ausgegangen, wie in München, Dresden oder Berlin alle Aufgaben mit nur einem oder zwei Gebäuden bewältigen zu können, so ermöglichte ihre meist randstädtische Lage zugleich auch spätere Erweiterungen: Der in Berlin, Hannover oder Darmstadt aus verschiedenen Gründen vollzogene Verzicht auf einen zentralen Standort erwies sich später als Glücksfall, indem zusätzliche Bauten problemlos angegliedert werden konnten. Die Neugründungen der Jahrhundertwende – Danzig 1899 und Breslau 1905²⁹ – wurden, nachdem sich das Bauprogramm Technischer Hochschulen inzwischen erheblich erweitert hatte, von vornherein als Campushochschulen geplant, die wiederum in Randlage zur Stadt geschlossene, ja sogar umzäunte Anlagen bildeten (Abb. 6). Bewusst wurde dabei auf eine axialsymmetrische Anlage verzichtet, um im lockeren Gefüge der Einzelbauten spätere Erweiterungen problemlos integrieren zu können.

29 Vgl. H.-D. Nägelke (s. A 4), S. 271 ff. und 277 ff.

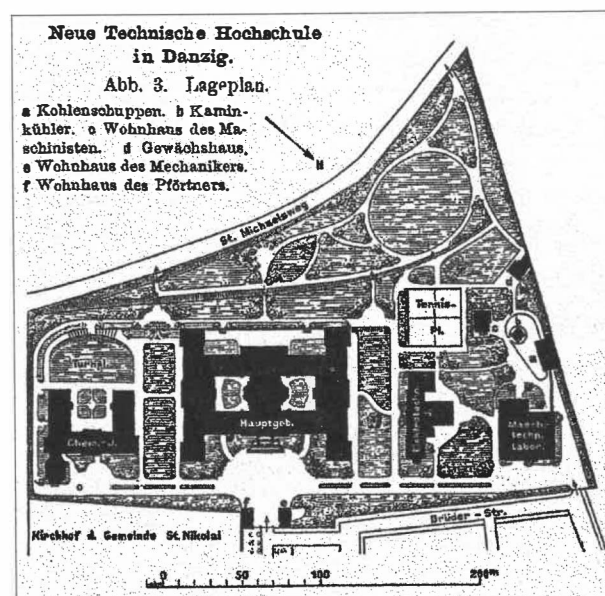


Abb. 6: Lage der Gründungs-
bauten der Technischen
Hochschule Danzig (aus:
Zentralblatt der Bauverwal-
tung, 24/1904, S. 455).

Ähnliche Überlegungen waren es, die den langjährigen preußischen Hochschulreferenten Friedrich Althoff (1839–1908)³⁰ bereits 1892 den Plan entwerfen ließen, der akuten Raumnot der Berliner Universität mit einer Verlegung nach Dahlem zu begegnen. Doch bezog sich auch diese Idee eben nicht auf die ganze Hochschule, sondern auf „sämtliche naturwissenschaftlichen Institute der Universität samt den Anatomien, „um so ‚alle‘ aus den Verhältnissen der Großstadt entspringende Not der Naturwissenschaften mit einem Schlage“³¹ zu beseitigen. Keine zwanzig Jahre nachdem in Straßburg so vehement gegen eine „Zerreißung“ in den „bloßen Betrieb des Fachstudiums“³² gekämpft worden war, wurde die Einheit der Wissenschaften ausgerechnet dort verabschiedet, wo sie durch Wilhelm von Humboldt formuliert worden war. Zwar blieben von dem Projekt neben zwei mit dem neuen Botanischen Garten verbundenen Universitätsinstituten nur die außeruniversitären Forschungs-institute der 1910 gegründeten „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der

30 Zu seiner beherrschenden Position vgl. *B. vom Brocke*, Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Preußen zur Zeit des Kaiserreichs. Das „System Althoff“, in: *P. Baumgart* (Hrsg.), *Bildungspolitik in Preußen zur Zeit des Kaiserreichs*, Stuttgart 1980, S. 9–118.

31 So der Rückblick des Chemikers *Emil Fischer*, Eröffnungsfeier des neuen I. Chemischen Instituts der Universität Berlin am 14. Juli 1900, Berlin 1900, S. 35. Ein umfangreicher Schriftwechsel zu dem Projekt hat sich erhalten im *GStA Preußischer Kulturbesitz*, Rep. 92, Nachlass Althoff, Abt. A I, Nr. 129 u. 130: Verlegung von Instituten nach Dahlem.

32 So der Abgeordnete Dr. von Schulte am 9. Dezember 1876 im Reichstag: *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages 1876*, Bd. 2, S. 697.

Wissenschaften“ übrig,³³ dennoch offenbart Althoffs Plan das Bewusstsein, die „Idee der Universität“ nicht mehr als planbare, geschlossene Ordnung umsetzen zu können, sondern angesichts der weiterhin dynamischen Wissenschaftsentwicklung eine offene Struktur suchen zu müssen.

Nimmt man dieses Konzept als pragmatische und sachgerechte Annäherung an die Bauaufgabe Wissenschaft, erscheinen Idealentwürfe wie jener einer „Universitätsstadt an der Havel“, für den die Berliner Architekten Havestadt & Contag, Bruno Schmidt und Otto Blum im städtebaulichen Wettbewerb „Gross-Berlin“ 1910 den vierten Preis erhielten (Abb. 7),³⁴ in fast naiver Weise das Thema zu verfehlen. Doch steckt mehr dahinter als eine oberflächliche, für deutsche Verhältnisse unpassende Übertragung „amerikanischer Anlagen moderner Art,³⁵ die wie z.B. in Berkeley tatsächlich einen ähnlich organisierten Campus zeigen. War die hierarchische Gliederung dort der äußere Ausdruck einer starken Verschulung des Studiums und engen Verzahnung der Fachbereiche,³⁶ ging der Berliner Entwurf den umgekehrten Weg. Hier ist der Campus nur Teil einer architektonischen Utopie, deren eigentliches Ziel die ganze Gesellschaft war: „Um die Industriegebiete herum werden Vororte entstehen, die hauptsächlich durch die Arbeiterbevölkerung ihr Gepräge erhalten; an landschaftlich hervorragenden Stellen wird der bessere Mittelstand... seine Wohnhäuser bauen... und endlich wird in der neuen Universitätsstadt jenseits der Havel ein neues Zentrum des geistigen Berlins entstehen, eine Stätte der Bildung, Erziehung und Erholung.“³⁷

So ist es auch nicht mehr (wie in Straßburg) die „Idee der Universität, die hier zur Grundlage ihrer städtebaulichen Einheit und architektonischen Hierarchie gemacht wird. An ihre Stelle tritt der vollkommen von der Einzelaufgabe gelöste Versuch des Städtebauers, „die ordnende Kraft der Architektur gegen die Bilder der Unordnung durchzusetzen“.³⁸ Das wirkte auf die Einzelaufgabe zurück. Im Gegensatz zur Offenheit und Heterogenität der Dahlemer Planung entwickelt sich die „Universitätsstadt an der Havel“ als geschlossenes und hierarchisches Ensemble, das anstelle des Konzepts dynamischer Wandlungsfähigkeit die Utopie totaler Organisation setzt – eine Utopie, die mit dem Janusgesicht des neunzehnten Jahrhunderts ebenso auf den Machbarkeitsanspruch der Moderne wie auf totalitäre Phantasien einer bis in jede Einzelheit überschaubaren und kontrollierbaren Welt voraus weist.

DR. HANS-DIETER NÄGELKE, Technische Universität Berlin, Schinkelzentrum für Architektur, Stadtforschung und Denkmalpflege, Straße des 17. Juni 150, 10623 Berlin.

33 Zur Geschichte vgl. *R. Vierhaus* (Hrsg.), *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*, Stuttgart 1990.

34 Wettbewerb Groß-Berlin 1910. Die preisgekrönten Entwürfe mit Erläuterungen, Berlin 1910.

35 Erläuterungen Havestadt & Contags, Schmitz' und Blums zu ihrem Entwurf, ebda., S. IV–41.

36 Vgl. *P.V. Turner*, *Campus. An American Planning Tradition*, New York 1987, S. 231 f.

37 Erläuterungen Havestadt & Contags, Schmitz' und Blums (s. A 35).

38 *S. Custozza / P. Alferi*, *Intercity – elf historische Stationen des Abenteuers Stadt*, in: *Freibeuter 3/1980*, S. 65.

Stefan Muthesius

Die Nachkriegsuniversität: „Stadt“ vor der Stadt

Die Stadt der 1950er bis 1970er Jahre und die Universität: Wohl kaum je in der Geschichte der Stadt wie der Universität waren die beiden sich gegenseitig so entfremdet. Natürlich idealisierte man immer noch, wie seit langem, die altherwürdigen Universitätsstädte wie Tübingen, Oxford oder New Haven und selbstverständlich das Quartier Latin. Aber eine neue Universität im Stadtzentrum – das sollte es nicht mehr geben. Das Paradox jener Jahrzehnte war jedoch, dass mit einer solchen Abkehr von den real existierenden Städten die Überzeugung einherging, eine Universität auf der grünen Wiese könne selbst den Charakter einer ‚Stadt‘ annehmen. Dafür aber bedürfte es höchster architektonischer und planerischer Anstrengung. Eine neue Universität, die diese Bezeichnung verdiene, müsse von Anfang an ein *Ganzes* darstellen. Im Folgenden soll es vornehmlich um dieses *Ganze* gehen, wie auch um die vielen unterschiedlichen Ausprägungen, die dieses Ganze erfuhr. Die Darstellung konzentriert sich dabei auf die neuen Universitätsgründungen der 1960er Jahre in England und in der Bundesrepublik.

1. Wagnis des Neuen: die Universität als Stadt

Die Sorgen, mit denen sich heute, am Beginn des 21. Jahrhunderts, die Universitäten herumschlagen, jedenfalls in Deutschland und im Vereinigten Königreich, lassen nostalgisch zurückschauen auf die Nachkriegszeit. Im Blick hat man allerdings nicht den Charme des Festhaltens an ‚Traditionen‘, sondern eher das Gegenteil: Es war eine Zeit, in der man das Wagnis des Neuen betonte. Die ‚Moderne Universität‘ wollte eine neue, von Grund auf reformierte Universität sein. Sie sollte eine Erweiterung der gesellschaftlichen Basis schaffen, und diese Erweiterung sollte sich des Instrumentariums der neuesten Architektur und Stadtplanung bedienen. Dabei war die moderne Architektur erst spät zur Universität gekommen. Noch bis in die 1950er Jahre beschäftigte man in England, zumal in Oxford und Cambridge, wie auch in den USA eher die konservativen Architekten.

Es war dann der Ruf nach rapider Ausweitung ab Mitte der 50er Jahre, der völlig neue und viel größere Einheiten nahe legte und der zur Auswanderung jenseits der Städte und auch der Vorstädte führte. Hier waren die amerikanischen Universitäten weit voraus. Das lag auch an der dortigen, schon mehrere hundert Jahre alten Tradition des *Campus*: Eine Universität im angelsächsischen Raum ist eine geschlossene Institution und so vollständig, dass sie den ganzen Lebensbereich der Studenten und selbst den vieler Lehrenden einschließt. Nur übernahmen die Universitäten in den USA gewöhnlich nicht das geschlossene College englischen Typs, sondern sie bau-

ten für die Studenten ‚dormitories‘ und verteilten alles auf einem weitläufigen Areal, das mit seiner strengen Regelmäßigkeit und seinen großen Grünanlagen oft einer ‚Anstalt‘ in einem Park glich. Viele dieser Anlagen wuchsen nun zu erheblicher Größe an. Wichtig war vor allem der Gesichtspunkt der Erweiterbarkeit. Auch baulich zog in jedem Fall hier nun die Moderne ein, meist in Form von gleichmäßig utilitaristischen zeilenbauartigen Gebäuden. Lediglich für die repräsentativen Hauptgebäude wurde eine anspruchsvollere Architektur geschaffen. Die französischen Universitäten folgten sehr bald dem amerikanischen Muster, wie auch viele Erweiterungen westdeutscher Universitäten auf der ‚grünen Wiese‘ und schließlich auch die Universitäten des ehemaligen Ostblockes. Das Wort Campus wurde dabei in Europa übernommen.

In den frühen 1960er Jahren verstärkte sich überall erneut das Bewusstsein der Einheit der Institution. Bei dem Terminus ‚Campus-Universität‘ dachte man an mehr als nur flexible Nutzung und unbeschränkte Erweiterbarkeit, man betonte nun auch die Überschaubarkeit. In den USA wuchs die Befürchtung, dass die stark erweiterten Institutionen in desorientierende *multiversities* ausarten würden. Daher plante man nun eher Neugründungen statt Erweiterungen. Mehr als bisher sollte jede dieser Neugründungen einen speziellen Charakter aufzeigen. In England von 1958 und in der Bundesrepublik von 1960 an bildete sich die Bewegung der ‚Neuen Universitäten‘. Sie sollten sich, von alten Institutionen völlig unabhängig, in Regionen entwickeln, die bislang der höheren Schulen entbehrten. Der spektakulärste Fall dieser Konzeption war wohl die Bochumer Ruhr-Universität.

2. Neue Universitätsgründungen in Großbritannien

In England kam es bei den Neugründungen der Universitäten zu einem geschickten, oft wiederholten Spiel: Der Zentralstaat beschloss die Anzahl der Neugründungen und gab das meiste Geld; entscheidend für die jeweilige Lokalisierung waren aber die Förderer in den einzelnen Orten. Der Staat wiederum baute, zusammen mit der Londoner Architektenelite, dann die Anlagen, ein, drei oder mehr Kilometer vor der Stadt gelegen. Diese englischen ‚Seven‘: Sussex bei Brighton, York, East Anglia bei Norwich, Essex bei Colchester, Warwick bei Coventry, Kent bei Canterbury und Lancaster, alle zwischen 1958 und 1962 gegründet, stellten ein gewagtes Unternehmen dar, das im wesentlichen planmäßig verlief: Nach meist weniger als zehnjähriger Bauzeit, die jeweils etwa 6 Millionen Pfund (damals etwa 60 Millionen DM) verschlang, kam man auf jeweils 3.000 Studenten – davon wohnten ein Drittel bis über die Hälfte auf dem Campus.

Einheit und Individualität jeder Institution waren, wie gesagt, die Hauptforderungen. Aber wie genau dieses Ideal erreicht werden sollte, darüber waren sich die Gründungs-Vice-Chancellors, die Universitätspräsidenten und ihre Architekten keineswegs einig. Heraus kam eine Planungsvielfalt, die ihresgleichen sucht. Natürlich stellte sich jede der Sieben selbst als die beste Lösung dar.

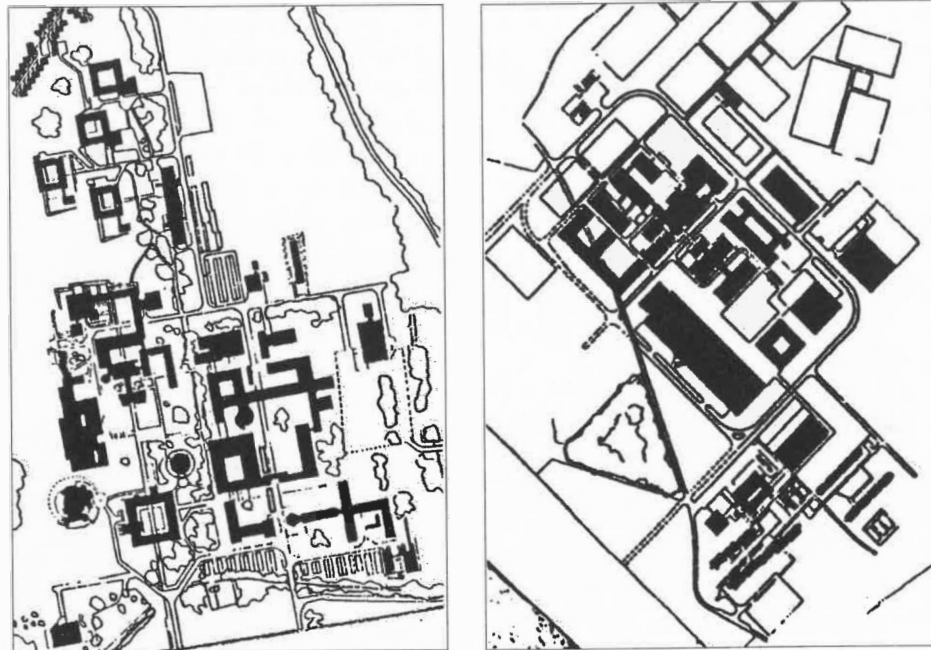


Abb. 1 und 2: Lageplan der Universität von Sussex bei Brighton (li.) und der Universität von Warwick bei Coventry (re.).

Die früheste Gründung, die Universität von Sussex, optierte für einen Campus amerikanischer Art, weit von der Stadt Brighton in einen alten Park gebettet. Entworfen wurde sie von Sir Basil Spence, der teuren Architektenprimadonna. Bekannt geworden als Kirchenbauer, umging er hier weitgehend die Moderne in einer eigenwilligen Backsteinarchitektur. Auch die Universität Warwick übernahm den Campus amerikanischer Art; aber hier sollte nicht das Image des englischen Parks wirken, sondern das der effizienten vollmotorisierten Büro-Stadt. Architekten des Hauptgebäudes waren Yorke, Rosenberg & Mardall, die sich bis dahin durch Flugplatzbauten und Hospitäler ausgezeichnet hatten. In Sussex und Warwick bedeutete Campus vor allem eine klare, einfache Verteilung der Hauptfunktionen: in zentraler Stellung die Bibliothek, die Verwaltungs- und die studentischen Gemeinschaftseinrichtungen; dann nach der einen Seite die Geisteswissenschaften und nach der anderen Seite die Naturwissenschaften; die Studentenheime kamen an die ruhigen Ränder.

Eine völlig andere und radikal neue Lösung versuchte man in East Anglia und Essex. Die Universität wurde als ein einziges großes Gebäude aufgefasst. Um es zu präzisieren: In der neuen Universität in Essex sind Lehre, Forschung, Verwaltung und ein Teil der Sozialgebäude in einem einzigen Komplex untergebracht. In East Anglia beherbergt ein riesenlanger Gebäuderiegel alle Lehr- und Forschungsgebäu-

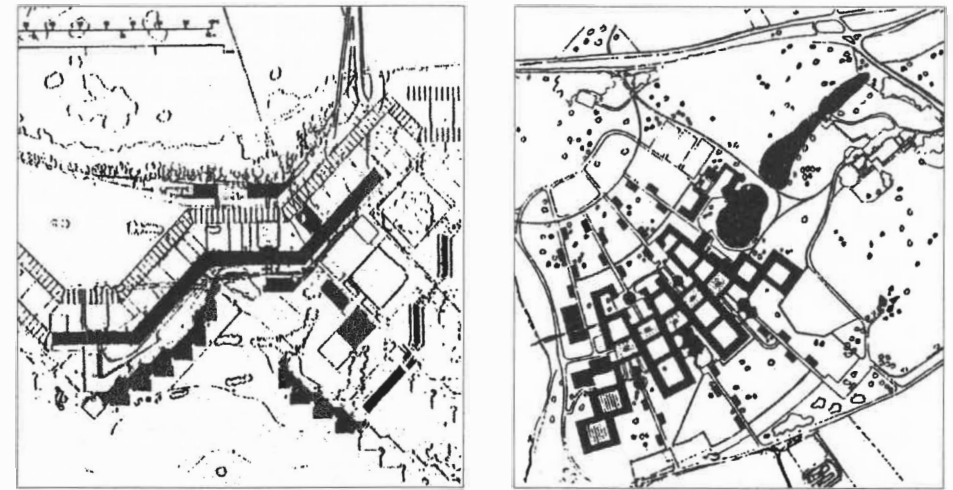


Abb. 3 und 4: Lageplan der Universität von East Anglia in Norwich (li.) und der Universität von Essex bei Colchester (re.).

de. Die architektonische Gliederung gibt dabei keinerlei Anhaltspunkte, welcher Teil des Baues welche Funktionen enthält. Die Gestaltung der studentischen Wohnheime unterscheidet sich zwar von der des Hauptkomplexes, ist aber ebenfalls eng an diesen an- bzw. eingegliedert: in Essex als Wohntürme und in East Anglia als komplexe Pyramidenbauten. Die Architekten in East Anglia (Denys Lasdun) und in Essex (Architects' Co-Partnership / Kenneth Capon) hassten Gebäudegruppen, die aus einzelnen, abgesonderten Teilen bestanden: hier der Block für die Chemie, dort der für die Philologen, mit Grün dazwischen und Wegen und Straßen und Parkplätzen. Für Lasdun und Capon, – wie auch für ihre Auftraggeber erschien dies zu primitiv, um die Einheit einer Institution erzielen.

Bei den restlichen drei New Universities dachten die Verantwortlichen dagegen wieder ganz anders. Tatsache war, dass man in England nicht nur den amerikanischen Campus als Organisations- und als Einheitsmodell bewunderte, sondern sich gleichzeitig wieder auf das altenglische College-Modell besann. Auch dort handelte es sich um eine Einheit, um eine sehr starke Einheit sogar: Zu Lehre und Forschung kommt im anglo-amerikanischen Verständnis der Universität auch die charakterliche wie staatsbürgerliche Erziehung der jungen Erwachsenen. Besonders in Bezug auf die soziale Öffnung der Universität in jenen Jahren schienen solche Vorhaben angebracht. Und da lag das traditionelle College nahe. Alles geschah praktisch in einem Haus. Das englische College faszinierte fast alle Reformer, beileibe nicht nur in England; auch in den USA berief man sich wieder verstärkt darauf; vor allem die ältesten amerikanischen Universitäten wie Harvard oder Princeton hatten sich schon

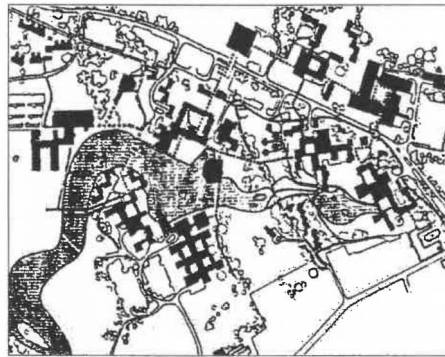
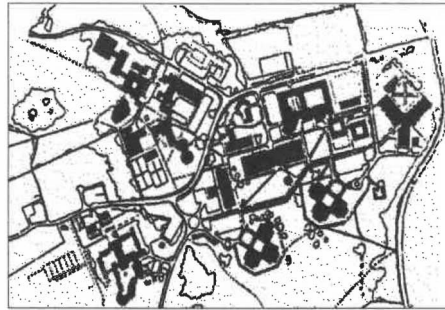


Abb. 5 und 6: Lageplan der Universität von Kent (Canterbury) und der Universität von York (re.).

immer für College-Universitäten gehalten. Neue kamen in den 1960er und 1970er Jahren hinzu, am bekanntesten unter ihnen die University of California in Santa Cruz. In der Frühphase der Bundesrepublik Westdeutschland war das englische College schließlich Vorbild für die neue öffentliche Förderung der Errichtung von Studentenheimen.

Es war also nicht verwunderlich, dass sich die Vizekanzler (d.h. die Präsidenten) und die Architekten von drei neuen englischen Universitäten für das alte College-Modell entschieden. York (Architekten Richard Matthew Johnson / H. Marshall; RMJM), Kent (Architekten Sir William Holford u.a.) und Lancaster (Architekt Gabriel Epstein). Das alte College ermöglichte natürlich eine direkte, persönliche Universitätserziehung nur, weil es mit etwa 300–600 Studenten klein war. Für die drei neuen Universitäten bedeutete es nun, dass sie von vornherein mit mehreren Colleges anfi-

ngen.¹

Damit aber erschöpfen sich schon die Ähnlichkeiten zwischen den dreien. In jeder anderen Hinsicht sind sie völlig verschieden. Kent folgte der Oxbridge-Formel am treuesten und steigerte sie eher noch, indem jedes der vier bis fünf zunächst geplanten Colleges ein nahezu klösterlich abgeschlossenes Gemeinwesen bildet und architektonisch fast wie eine Festung erscheint – mit nur einem einzigen Eingang für Studenten. Natürlich sind daneben viele Funktionen der Universität, wie die Hauptbibliothek und die Naturwissenschaften, in gesonderten Gebäuden untergebracht. In York sind die einzelnen Colleges sehr viel enger miteinander verbunden. Die Hauptwege durch die Universität führen nicht an den Colleges vorbei, sondern gehen durch sie hindurch. Noch viel ausgeprägter sind die Verbindungen und Überschneidungen zwischen den Colleges und den anderen Universitätsbauten in Lancaster. Alles ist in einen einzigen Komplex verschmolzen. Wer die Universität zum ersten Mal besucht,

1 T. Birks, *Building the New Universities*, Newton Abbot 1972; S. Muthesius, *The Postwar University. Utopianist Campus and College*, New Haven und London 2000.

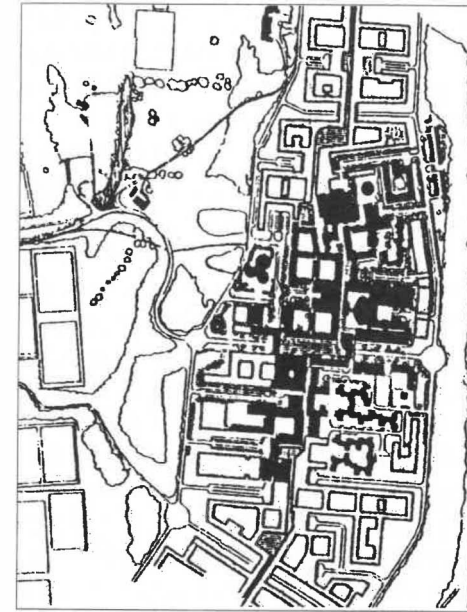


Abb. 7: Lageplan der Universität von Lancaster.

kann unmöglich von der Gestalt der Gebäude her erraten, was Bibliothek, Lehrgebäude oder Wohntrakt ist – alles geht ineinander über.

Beobachter schlossen bis in die mittleren 1960er Jahre daraus, dass in England das College nach wie vor das einflussreichste Modell einer Universität war bzw. von den New Universities wiederbelebt wurde. Sussex nannte sein erstes Gebäude, das Studentenhaus, ‚College House‘ (später ‚Falmer House‘). Lediglich East Anglia und Essex wollten sich der Klassifizierungs-Alternative Campus / College entziehen. Aber auch sie wurden als ‚College writ large‘ (East Anglia) bezeichnet.²

Als weiteres Element der Planung eines Baukomplexes in der klassischen Moderne trat noch die Verkehrserschließung hinzu. Sie wurde als separate Funktion aufgefasst. Die Architekten von York, East Anglia, Essex und Lancaster widmeten ihr ganz besondere Aufmerksamkeit. In York sind die Fahrzeugzugänge der Colleges und der anderen Gebäude quasi versteckt. Der Haupteindruck des Campus ist der einer von malerischen Fußgängerwegen durchzogenen Parklandschaft. Viele der Wohnheimeile der Colleges blicken direkt auf einen künstlichen See. Auch in den Universitäten von East Anglia und Essex herrscht die von der extremen Moderne und in den 1960er und 1970er Jahren besonders geschätzte völlige Trennung von Fahrzeugen und Fußgängern. Letztere bewegen sich auf einer den größten Teil

2 F. Thistlethwaite, *The Founding of UEA. A Reminiscent Chronicle*, November 1963, Typoscript, Archiv der University of East Anglia; vgl. P. Dormer / S. Muthesius, *Concrete and Open Skies. Architecture at the University of East Anglia*, London 2000.

der Gebäude durchziehenden künstlich gehobenen Ebene, ermöglicht durch eine komplexe Akrobatik der Betonkonstruktion. Natürlich unterschieden sich East Anglia und Essex wiederum radikal in der Ausgestaltung dieser Trennung im Einzelnen. In Lancaster wiederum bildet der Komplex einen geschlossenen inneren Freiraum, der völlig den Fußgängern vorbehalten ist, während der ganze äußere Rand dem Auto zugänglich ist. Was die heutige Bewältigung der Parkprobleme betrifft, so umhülle man fast alle sieben Hochschulen besser mit einem Mantel des Schweigens.

Wovon die englischen Gründer und ihre Architekten der neuen Universitäten nichts mehr wissen wollten, war der zerstreute Komplex, die Zufälligkeit der Anordnung, die simple Streuung der einzelnen Funktionen der Universität; und genau deshalb wollte man, abgesehen von den rein praktischen Gesichtspunkten der Zeitersparnis, auch nichts wissen von einer neuen Universität in der existierenden Stadt mit den dann meist weit verstreuten Gebäuden. Zwar hatte man nichts gegen Oxford und Cambridge als Universitätsstädte. Im Gegenteil, die Planer von Essex oder Lancaster schätzten ganz besonders Oxford, denn dort schien eine nahtlose Verbindung von Universität, Universitätsleben und Stadtleben auf engstem Raum zu herrschen. Aber die Ansammlung gewöhnlicher Gebäude in der gewöhnlichen großen Stadt lehnte man ab.

Die Planung der New Universities geschah in der Tat zu einer Zeit radikaler Wandlungen in den Auffassungen von Städtebau und Bildungspolitik. In den 1950er Jahren gingen man davon aus, dass das Leben einer neuen Universität auf einem Campus stattfinden sollte, der, abgesondert von anderen Lebensbereichen, nur den eng verstandenen Funktionen dieser Institution dient. Eine genau kalkulierte Zoneneinteilung schien diesem Ziel am besten zu entsprechen. Der Campus in Sussex, der ersten englischen Neugründung, entsprach dem Ideal der durchgrünten Stadt oder der neuen Siedlungen der 1930er bis 1950er Jahre, wobei aber diese Analogie in diesem Falle kaum betont wurde. Mit den Universitäten in East Anglia und vor allem in Essex trat dann der Vergleich mit der Stadt in den Vordergrund: „Eine kleine Universitätsstadt, voll des Lebens, selbst um Mitternacht träumt das Licht über die Plätze und Fußgängerbrücken.“³

Im letzten Beispiel, Lancaster, 1963–64 geplant, betonte der Architekt gerade nicht die einzelnen Funktionsbereiche, sondern die Verbindungswege und den Hauptplatz im Zentrum. Zudem ist man im Innern von Lancaster völlig von der Außenwelt abgeschottet. Lancaster University erschien als ein *environment*, von verschiedenen Universitätsfunktionen wie auch von studentischen Einrichtungen durchsetzt, fast wie eine enge alte Universitätsstadt ähnlich Oxford – jedoch zwei Kilometer weit vom Rand der kleinen (wiewohl geschichtsträchtigen) Mittelstadt Lancaster entfernt.

3 C.K. Capon, Bright Lights at Midnight, in: Essex County Standard. University Supplement, Oktober 1964.

In der Tat, „urban character“ (,städtisch‘; deutsch ,urban‘ = englisch ,urbane‘) wurde das neue Schlagwort der Planer und Architekten, und zwar nicht nur für die Stadt als Ganzes betreffend, sondern auch für einzelne Institutionen und selbst für eine kleine einzelne Siedlung. Für die Zeitgenossen der 1960er Jahre konnte wohl die Frage aufkommen: ist das alles noch ,moderne‘ Architektur? Die englischen Protagonisten, vor allem das Architektenehepaar Alison und Peter Smithson, auf deren Ideen aus den 1950 Jahren vor allem East Anglia und Essex in vieler Hinsicht beruhten, haben darauf eine doppelte Antwort gegeben: Wir gehören zur Avantgarde, zur Vorhut der Moderne; aber unsere ,Moderne‘ ist nicht mehr der banale Zeilenbau eines Gropius der 1930er Jahre.

3. Neue Universitätsgründungen in der Bundesrepublik

Die deutschen Universitätsreformer und ihre Architekten waren in den frühen 1960er Jahren voller Bewunderung für die englischen Ideen. Neben England ist die Bundesrepublik wohl das Land mit den gewagtesten Neubauten (wenn man bei diesem Urteil die generell größere Vielfalt der Architektur in den USA und Kanada beiseite lässt).⁴ Zwei wesentliche Gründe sind dafür verantwortlich, dass diese deutschen Bauten nicht die verdiente Wertschätzung fanden. Zum einen diskreditierte sich die generelle deutsche ,Universitätsreform‘ im Ganzen wegen ihrer Langsamkeit, zum anderen waren die neuen Universitätsbauten nur selten mit großen Architektennamen verbunden, während in England sich die Architektenelite förmlich dieses Bautyps bemächtigte.

Wie anderswo folgte die deutsche utopistische Phase einer Periode des pragmatischen Bauens der Nachkriegsjahre. Das deutlichste Beispiel ist wohl die Freie Universität in Berlin-Dahlem. Kilometerweit sind die Gebäude verstreut; dies gilt für selbst das mit amerikanischer Hilfe erbaute Hauptgebäude, den Henry Ford Bau. Im Prinzip stellt jedes Fach, jedes Institut für sich eine Einheit dar.

Drei Orte stehen am Anfang einer langen Reihe neuer westdeutscher Universitäten: Bremen, Bochum und Konstanz. Alle drei traten mit mächtigem Anspruch auf, und jede auf ihre eigene Weise. Alle drei forderten eine radikale Abwendung vom deutschen Universitätsideal, oder zumindest eine starke Umwandlung.

Bremen zeigte, zunächst freilich nur auf dem Papier, eine erstaunliche Anlehnung an den älteren amerikanischen Campustyp in der Gebäudeformation.⁵ Bezüglich der fast landschulheimmäßigen Betreuung der Studenten war das Bremer Konzept auch an älteren englischen Modelle orientiert. In unserem Zusammenhang bedeutet der Bremer Plan von 1961 eine radikal von der Umwelt abgegrenzte Institu-

4 H. Linde (Hrsg.), Hochschulplanung, 4 Bde., Dusseldorf 1970.

5 Vgl. zur weiteren Entwicklung der Bremer Universität den Beitrag von Robert Lemmen in diesem Heft.

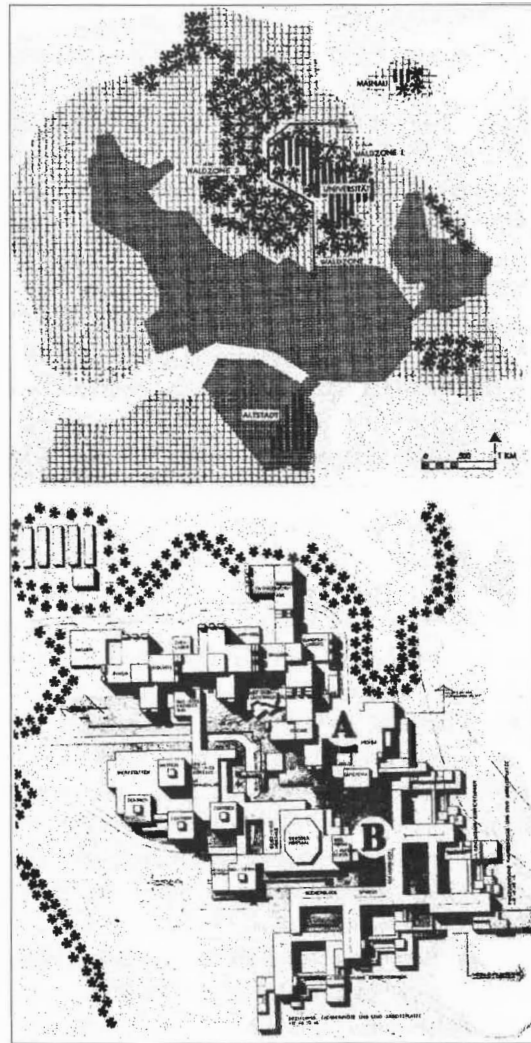


Abb.8: Strukturskizze und Lageplan der Universität Konstanz.

frühen 1970er Jahren heran. Während in Bochum das Hauptgewicht auf der Quantität und der sozialen Öffnung lag, beanspruchte man in Konstanz Qualität und ‚Reform‘. Konstanz ähnelt zunächst einigen der kleineren englischen New Universities oder mehr noch den älteren amerikanischen vornehmen Colleges, zumindest in der

6 Vgl. den Beitrag von Eckart Kröck in diesem Heft.

Art wie es völlig selbstgenügsam jenseits des Stadtrandes in der Landschaft platziert ist. Wenn man einmal davon absieht, dass die 30% Studentenwohnheimplätze in einem Kilometer Entfernung gesondert untergebracht sind, erscheint Konstanz noch stärker am Konzept *des Ganzen* orientiert als die englischen Universitäten. Dies drückte sich zunächst auch in der Art aus, wie Universitätsgremien, das Land Baden-Württemberg und das Universitätsbauamt zusammenarbeiteten. Ganz anders als in England und in den USA steht hier nicht der Name eines einzelnen Architekten an der Spitze. Überall, bei jeder Ansicht, außen oder innen, wird einem klar, dass es sich um einziges Gebäude handelt. Das Grundprinzip klingt sehr einfach: alles ist auf die ‚Mitte‘ ausgerichtet, die allerdings, wie kann es anders sein, in der Architektur der späten 1960er Jahre, nicht in der Mitte, sondern asymmetrisch an der oberen Ecke das *Ganzen* liegt. Das Schema drückt sich zunächst in der Höhenentwicklung aus. Die äußeren Ränder sind niedrig. Im ‚Zentrum‘, oder nahe des Zentrums, türmt sich der Bau mit hochhausartigen Teilen auf. Um diese ‚Mitte‘ sind alle Funktionen gleichsam hierarchisiert. Der architektonischen Hierarchie des Von-Außen-Nach-Innen entspricht genau die Hierarchie der Funktionen: am Außenrand die individuellen, privaten Räume, die Büros der einzelnen Lehrkräfte, nach innen zunehmend gemeinschaftliche Funktionen. Auch die Bibliothek besteht aus einem allgemein benutzten Teil nahe des Zentrums und reicht dann nach außen in die Fachbereiche hinein. Die Idee einer separaten, dominierenden Universitätsbibliothek, wie sie noch in den meisten der englischen New Universities existiert, ist in Konstanz völlig aufgegeben.

Wie in Essex, York, East Anglia und Lancaster soll man sich auch in Konstanz dauernd treffen können, und zwar überall im Gebäude: „Ein Campus muss als Ganzes konzentriert sein, während die sozialen Räume dezentralisiert werden müssen“, schrieb der Planungstheoretiker Peter Jokusch in den frühen 1970er Jahren.⁷ Wie in der Stadtplanung machte die Universitätsplanung in den 1960er Jahren einen tief greifenden Wandel durch. Natürlich sollte man sich auch in der ‚gegliederten‘ Stadt des klassischen Funktionalismus treffen können, aber dort waren die Wege wohl definiert, klar gerichtet und verbanden die einzelnen Zonen oder Funktionsbereiche, unter denen es auch einen spezifischen Sozialbereich gab. Nun aber ist das Ganze eher diffus aufgeteilt. In Konstanz findet man immer wieder Treffpunkte für kleine Gruppen, genannt ‚common centers‘ für die Geisteswissenschaftler und ‚Rekreativonräume‘ für die Naturwissenschaftler. Konstanz war und ist wohl einzigartig in seinem utopistischen Anspruch exakter Planung, die sowohl Forschung und Lehre wie auch Erholung einschließt und miteinander verzahnt. Man kann von einer umfassenden räumlichen ‚Betreuung‘ aller Mitglieder der Universität sprechen, einer Betreuung aber, die so flexibel wie möglich wirken und viele Begegnungen spon-

7 H. Linde (s. A 4), Bd. 2, S. 84.

tan erscheinen lassen wollte: ein Gegenpol zu den traditionellen Hauptgebäuden deutscher Universitäten im Stadtzentrum, in denen man sozusagen beliebig ein und ausgeht. Bauten, die zwar meist bedeutend aussehen, die sich aber nicht wesentlich von anderen wichtigen Gebäuden der Stadt unterscheiden.

Kurz nach Bochum wurde die neue Universität in Bielefeld gebaut. Bielefeld verbindet quasi die rigide Zeilenbauweise in Bochum mit der Konzentration auf den inneren überdachten Gemeinschaftsraum und einer den ganzen Bau durchdringenden Bibliothek à la Konstanz. Auch die Universität Bielefeld kann man als einen einzigen Bau ansehen, dem man, wie in Essex oder East Anglia, aber anders als in Bochum, eine Unterteilung in verschiedene Funktionen von außen nicht ansieht. Am meisten wohl entsprach die neue Universität Regensburg den englischen Vorbildern: eine reduzierte, sanftere, weniger konzentrierte Version von Essex oder Lancaster etwa, und das genaue Gegenteil von der gewaltigen Maschine Ruhr-Universität Bochum, und anders auch als der intensiv verschränkte Komplex von Konstanz.

Hans-Joachim Aminde hat rückblickend die neuen Universitäten als ‚Experimentierfeld‘ für die Stadt bezeichnet.⁸ Bei den englischen New Universities sah man sich in vieler Hinsicht einer ‚Stadt‘ nahe gekommen. Verstanden sich auch die deutschen neuen Universitäten als ‚Städte‘? Wie die englischen Gründungen wollten auch sie neue, selbständige Einheiten mit einem vitalen Innenleben schaffen, und dies musste außerhalb oder neben der Stadt geschehen. In einer wichtigen Hinsicht sind diese deutschen Universitäten unvollständig: im krassen Gegensatz zum englisch-amerikanischen Campus wohnen die Studenten dort nicht. Im Endeffekt ist auch das Verhältnis ‚Campus – Stadt‘ bei den neuen deutschen Universitäten vielfältiger als bei den englischen Neugründungen. In Konstanz steht die Universität recht isoliert, in Regensburg ist sie eher vorstädtisch, in Bielefeld thront sie über der Vorstadt, in Bochum dreht sie dem Stadtgebiet quasi den Rücken zu. In Berlin, in der Freien Universität, nimmt der neue Bau der Geisteswissenschaften, ab 1964 von dem französisch-internationalen Architektenteam Candilis, Josic & Woods geplant, auf die vorstädtische Umgebung Dahlems keinerlei Rücksicht. Spätere deutsche Gründungen in den 1970er Jahren, wie Augsburg oder Bayreuth, versuchten weiterhin die Entsprechung zum Modell einer mittleren Stadt mittels sorgfältig geplanter Zentren und einer Lage in der Nähe von Wohngebieten.

4. Resümee

Kaum waren die neuen Universitäten fertig gestellt, war ein grundlegendes Urteil bereits gefällt. Gerade jenen Campus-Universitäten, die sich am intensivsten bemüht hatten, als ‚Stadt‘ zu funktionieren, wurde rundheraus bescheinigt, dass sie

⁸ Interview 1999.

dieses Ziel verfehlt hätten. Im Jahre 1972 befand der junge Architekt und Kritiker John Maule McKean, dass die Universität Essex, gerade weil sie versuchte, die Institution Universität zu einer ‚Modell-Gesellschaft‘, zu einer Utopie zu erweitern, weder als Universität, noch als Stadt überzeuge, und auch „nicht mit dem Paradox, beides sein zu wollen, zurechtkommt“.⁹ Dies wurde in den Jahren der Studentenunruhen geschrieben, die in Essex besonders heftig und lange anhielten. Als die Architekten und Universitätsplaner sich fragten, wer oder was die Schuld dafür trug, wurden die Planung und die Architektur als die wichtigen Faktoren angeführt. In Deutschland unterlag Bochum einer ähnlichen Kritik.

So war es denn auch nicht verwunderlich, dass man bald eine direkte, jedenfalls so weit wie nur irgend praktisch mögliche Rückkehr der Universität in die Stadt, oder jedenfalls in eine ‚städtische‘ Umgebung predigte, vor allem im französischen Sprachraum. Die Universität Louvain la Neuve in Woluwe-St Lambert, einer Vorstadt von Brüssel, tut denn auch so, als ob sie ganz mit einer Stadt vermischt sei.¹⁰

Vielleicht ist es nicht ganz treffend, die Neuen Universitäten als ‚Experimentierfeld‘ für die Stadt zu bezeichnen, wohl aber kann man sie als Reflektion der Wandlungen in der Stadtplanung betrachten: vom Ideal der völlig neu und umfassend geplanten Stadt, getrennt von allen alten Strukturen, zur Akzeptanz der Stadt so wie sie ist und von alters her war, ungeplant; ein Wandel von bewusst zu spontan, von neu zu prä-existent. In die Geschichte des Städtebaus wie der Universitätsplanung werden wohl, *sui generis*, vor allem jene Anlagen eingehen, die wie Essex, Lancaster oder Konstanz versuchten, auch die Spontaneität zu planen. Aus der historischen Entfernung von dreißig oder mehr Jahren erscheint ein simples Urteil, ob dies gelang oder nicht, noch kaum angebracht.

PROF. DR. STEFAN MUTHESIUS, School of World Art Studies and Museology, University of East Anglia, Norwich, Norfolk, UK NR4 7TJ

⁹ J.M. McKean, The University of Essex. Case Study, in: Architects' Journal 20, September 1972, S. 637–678.

¹⁰ Vgl. P. Merlin, L'urbanisme universitaire a l'étranger et en France, Paris 1995.

Eckart Kröck

Die Region, die Universität und die Stadt: Ruhr-Universität Bochum

1. Einführung

Nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft und noch vor dem Sturm auf die Talare nahm in Bochum eine Vision Gestalt an. Die Funktionalität einer Lernmaschine, die Versprechungen der modernen Architektur und ein gewagter Bruch mit den Grundstrukturen einer ganzen Region verdichten sich in der RUB: Ruhr-Universität Bochum. Ihre Entstehungsgeschichte reicht von ersten Diskussionen im Landtag von Nordrhein-Westfalen im Jahre 1948 über die offizielle Eröffnung im Jahre 1965 hinweg bis in die 80er Jahre hinein. In dieser Zeit entstanden eine Universität für heute 35.000 Studierende, neue Stadtteile, eine Fachhochschule, ein Technologiequartier, ein neu gestalteter Landschaftsraum am Ruhrhang und ein Stausee mit zahlreichen Freizeitanlagen. Auch weil in unmittelbarer Nachbarschaft zur Universität neue Vorhaben anstehen, ist die Baugeschichte der RUB noch lange nicht abgeschlossen.

1.1. RUB: Die Region im Zeichen der Burg

Der kleine Fluss Ruhr hat einer ganzen Region den Namen gegeben: Ruhrgebiet. Zur vollständigen Geschichte des Ruhrtals gehören zweifelsohne seine zahlreichen Burgen- und Herrnsitze auf und an den Bergen. Die Industrialisierung hat sie in schwarzen Rauch gehüllt, mit neuen Monumenten überragt und in den Hintergrund gedrängt. Riesige Stahlwerke und ausgreifend angelegte Zechen mit den weit sichtbaren Fördertürmen sind ihre baulichen Hinterlassenschaften. Die Ruhr-Universität Bochum, auf der Ruhrhöhe und dem Gelände der ehemaligen Zeche Mansfeld V. entstanden, ist in diesem Sinne die dritte Burgengeneration im Ruhrtal. Nach der Herrschaft der Ritter und der Mechanisierung folgte nunmehr die des Geistes.

Mit der festlichen Einweihung der Ruhr-Universität Bochum lässt sich die Geburtsstunde des Strukturwandels einer ganzen Region auf den 30. Juni 1965 datieren. Gebrochen wurde mit dem Diktum, das Wilhelm II. zugeschrieben wird: „An der Ruhr keine Soldaten und keine Studenten“. Der Findungsprozess einer Region und der Emanzipationsprozess ihrer Städte und Gemeinden sind noch lange nicht abgeschlossen. Auch 1965 hatte der Staat gehandelt. Der Bauherr, das Land Nordrhein-Westfalen, wählte den Standort, bestimmte das Programm und stellte die Mittel bereit. Doch diesmal gehen Staat und Stadt eine auf Dauer angelegte neue Kooperation ein. Die Bezeichnung „Ruhr-Universität Bochum“ benennt Akteure und Aufgabe der gemeinsamen weit reichenden Entwicklung.



Abb. 1: 1966: Bau der Universität (Stadtarchiv Bochum); Förderturm der Zeche Holland (Planungsamt Bochum).

1.2. Der Strukturwandel

An der Ruhr gab es fast keine bürgerliche Mittelschicht. Die Errichtung von fünf bzw. sechs neuen Universitäten sowie zahlreichen Fachhochschulen mit heute ungefähr 180.000 Studierenden ist seit 40 Jahren ein wesentlicher Motor für die Herausbildung einer neuen Bildungsschicht. Vielleicht noch wichtiger ist die breite Wirkung der ruhrstädtischen Bildungsrevolution. Auch im Ruhrgebiet steigen das Alter der Erstgebärenden und die Abiturientenzahlen, die Dienstleistungsquote entspricht dem nationalen Schnitt und die mentale Abkehr von der schweren Industrie ist abgeschlossen.¹ Die Wirkung der RUB auf diesen Prozess ist weiterhin ungebremst. Lag bislang eine wesentliche Aufgabe der Wissenschaft in der Entmystifizierung des Alltags, so ist möglicherweise heute durch die Entmystifizierung des Alltags der Wissenschaft eine neue Ausgangslage für eine weitergehende Kooperation gege-

¹ K. Tenfelde, Jetzt geht wieder alles von vorne los. Wer Geschichte schreibt, will sie auch machen: Im Ruhrgebiet fängt das deutsche Bürgertum noch einmal ganz neu an, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 06.03.2002, S. 46.



Abb. 2: Gesamtanlage von Süd nach Nord; unten der Kernader See, der Landschaftsraum, die Universitätsbauten und die Universitätswohnstadt; oben die Bochumer Innenstadt (Presseamt Stadt Bochum, o. J.).

ben.² In der Bewältigung der vielleicht aktuell wichtigsten Aufgabe des Strukturwandels, der Internationalisierung der Region, wird die Zusammenarbeit erneut gefordert. Der Zwang zu einer strikten ökonomischen Ausrichtung wird den Spielraum der RUB für außeruniversitäre Aktivitäten zwar einschränken, zugleich steigt die Notwendigkeit zu neuen, auch regional ausgerichteten Allianzen.

1.3. Traditionell groß

An der Ruhr nahm die Industrialisierung und damit der Aufstieg des Ruhrgebietes seinen Anfang. Riesige Stahlwerke und Kohlezechen mit ihren Abraumhalden und Lagerbergen, durch Kanäle und Eisenbahnstränge oder an den steilen Ufern der Ruhr mit Seilbahnen verbunden, bildeten baulich dominante, wirtschaftlich selbständige Archipele aus industrieller Hauptnutzung und infrastruktureller Peripherie. Nicht stadtverträglich, entstanden eigene Fabrik- bzw. Zechenstädte.

² M. Hard, Die Entzauberung der Ingenieurwissenschaften, in: W.J. Schoeller / H. Böhme / E. Abendroth (Hrsg.), *Erinnerte Zukunft. Was nehmen wir mit ins nächste Jahrtausend?*, Hamburg 2000.

Auch die Ruhr- Universität Bochum wurde nicht in die Stadt hineingebaut. Sie sollte auf freier Fläche entstehen. Wie ihre industriellen Vorläufer benötigte sie nunmehr eine umfassende Peripherie aus Stadtersatzeinrichtungen: Studenten- und Professorenwohnungen, Läden und Freizeitanlagen sowie Anschlüsse an die Stadt durch die Versorgungsbänder Straßen und ÖPNV-Verbindungen. Das daraus bereits umfangreiche Gesamtprogramm wurde unter dem Eindruck positiver Wachstumsraten dann noch deutlich erweitert. Die Universität mit U-Bahn- und Autobahnanschluss sowie einer Universitätswohnstadt übertraf sogar die bisher erfolgten Standortentwicklungen Krupp'scher Größenordnung.

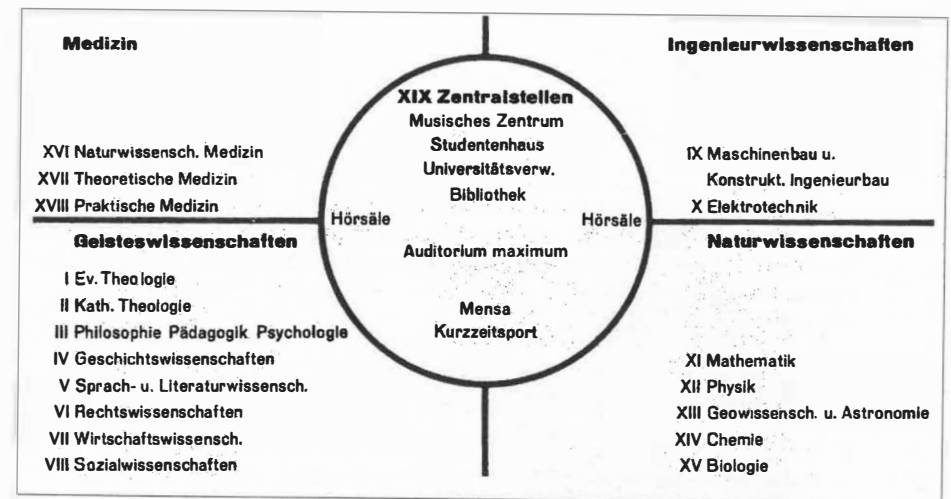


Abb. 3: Strukturschema der Ruhr-Universität Bochum, aus: J. Nehammer / H. Thol (s. A 3), S. 56.

2. RUB: Die Universität

2.1. Wissenschaftliches Konzept: Ein verflochtenes Gesamtangebot

Die Studentenlawine aus den Jahrgängen 1938 bis 1943, die Schwächung des Lehrkörpers durch Kriegsverluste, die Vertreibung der jüdischen Hochschullehrer sowie die vernachlässigte Förderung der wissenschaftlichen Ausbildung nach 1945 erhöhten den Handlungsdruck auf den Bund und die Länder, die wissenschaftliche Ausbildung zu intensivieren. Ende der 50er Jahre gründeten sie zur Konzentration ihrer Überlegungen und Möglichkeiten einen Wissenschaftsrat. Dessen Empfehlungen hatten erhebliche Auswirkungen auf das Konzept der Ruhr-Universität Bochum. Diese Aufgabe oblag einem 1961 einberufenen Gründungsausschuss aus 16 Professoren. Dieses aus einem breit gespreizten Disziplinenfeld zusammengesetzte Gremium

entwarf Strukturpläne für die vorgesehenen wissenschaftlichen Disziplinen und Lehrgebiete mit ihren Einrichtungen. Herausragende Merkmale ihrer Überlegungen waren die Aufgabe der etablierten Fakultätengliederung, das Einfügen der Ingenieurwissenschaften in den klassischen Universitätskanon sowie eine partielle Zusammenfassung der Disziplinen in sechs Abteilungen und deren Verflechtung mittels Institute, die über die Abteilungen hinausgreifen sollten. Die schematischen Darstellungen wurden den Wettbewerbsarchitekten mit der Empfehlung zur direkten Umsetzung an die Hand gegeben. Ausformuliert ergab sich ein Flächenprogramm von insgesamt rd. 840.000 qm Bruttogeschossfläche für die Lehrstühle und Institute der 18 Abteilungen.

2.2. Bau- und Planungskonzeption: kompakt, modern, grün

Über erste räumliche Grundüberlegungen für den Bau der Universität entschied nach mehrtägiger Beratung am 14. Februar 1963 ein Preisgericht in einem städtebaulichen Wettbewerb, zu dem über 86 Entwürfe eingereicht wurden. Der erste Preis ging an das Büro Hentrich-Petschnigg/Düsseldorf. Mit einem 1. Ankauf sollte ein Architekten-, Planer- und Verkehrsplanerteam des Staatshochbauamtes bedacht werden. Da jedoch das Team außer Konkurrenz angetreten war und um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, wurde das Büro Candilis mit einem 1. Ankauf bedacht. Die Entwürfe von Hentrich-Petschnigg und dem Staatshochbauamt lagen am dichtesten an der Zielbeschreibung des Gründungsausschusses. „Dies erstreckte sich auf die Konzentrierung der Baumassen, die Trennung von Fußwegen und Fahrstraßen und auf die vorgeschlagene Baustruktur mit stapelbaren Nutzungseinheiten und den darunter liegenden bandartig angeordneten Flachbauten für Hörsäle, Werkstätten, Labors, etc.“³

Im Weiteren wurden die beiden Entwürfe in einer neunmonatigen Projektpartnerschaft zu einem Rahmenplan vereint (vgl. Abb. 5). Das Ergebnis zeigt eine noch stärkere Konzentration der Baumassen auf ca. 400 x 900 m in vier etwa gleich große und erweiterbare Rechteckfelder für die Bereiche Geisteswissenschaften (S/W), Naturwissenschaften (S/O), Ingenieurwissenschaften (N/O) und Medizin (N/W). Entlang der Nord-Süd verlaufenden Hauptachse orientieren sich die zentralen Einrichtungen: Verbindungsbrücke über die Universitätsstraße zum neuen Versorgungszentrum der Universitätswohnstadt, Musisches Zentrum, Studentenhaus, Universitätsverwaltung, Bibliothek, Audi Max und Mensa sowie der Anschluss an den Botanischen Garten. In der Ost-West-Achse liegen die Hörsaalzentren Ost und West sowie zwei landschaftlich gestaltete Querforen. Auf dem Forumsplatz zwischen Bibliothek und Audi Max sowie den beiden Hörsaalzentren treffen sich die beiden Hauptachsen.

3 J. Nehammer / H. Thol, Ruhr-Universität Bochum und Universitätswohnstadt, Bochum 1987, S. 64.

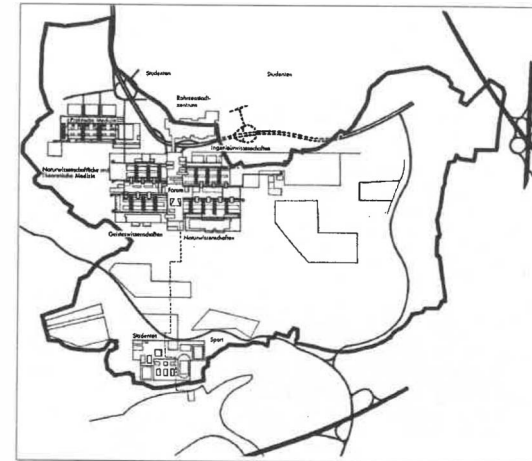


Abb. 4: Rahmenplan der Projektgemeinschaft Hentrich-Petschnigg und Staatshochbauamt.

Der Entwurf ist in sich hermetisch abgeschlossen. Eine Mischung mit Wohnfunktionen, um eine echte Campuskonzeption zu realisieren, wie dies etwa Walter Gropius mit seinem Entwurf vorschlug, wurde konsequent ausgeschlossen. Die radikale Trennung der Funktionen und die kontrollierte Anbindung der Universität mit ihrer neu zu schaffenden Peripherie machen den Anspruch der Gründungsmitglieder nach einer autonomen Denk- und Ausbildungsfabrik überdeutlich.⁴

2.3. Realisierung

Auf der größten Baustelle Europas herrschte ein hoher Erwartungs- und Zeitdruck. Das riesige Bauprogramm entsprach etwa dem einer Stadt von 60.000 Einwohnern. Neue und ungewöhnliche Planungs- und Organisationsschritte, die unterschiedlichsten Kooperationsformen zwischen staatlichen und städtischen Stellen und auch zwischen privaten und öffentlichen Institutionen sowie die möglichst durchgreifende Technisierung der Realisierungsschritte sollten Abhilfe schaffen. Die noch neue EDV wurde zur Vorplanung und Projektsteuerung wie auch zur Auswertung von Fragebögen der Fachberater, zur Bestimmung der optimalen Größe, Lage und technischen Ausstattung der Universitätsinstitute eingesetzt. In einer Feldfabrik entstanden am „Fließband“ die Betonelemente, die dann nach Zeit- und Bauplan eingebaut wurden. Trotzdem gab es schnelle und eher langsame Realisierungsphasen. Insbe-

4 A. von Cube, Die Ruhr-Universität Bochum, Bauaufgabe – Baugeschichte – Baugedanke. Eine kunsthistorische Untersuchung, Bochum 1992, S. 119.

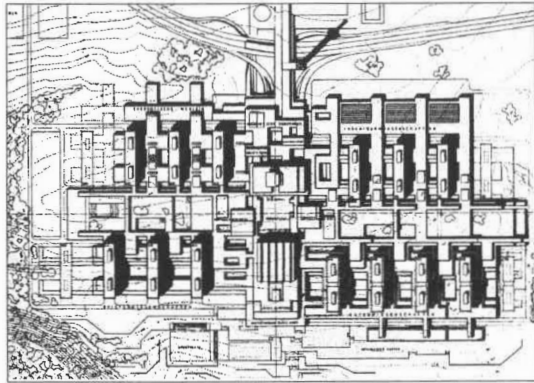


Abb. 5: Bauplan der Universität 1963, aus J. Nehammer / H. Thol (s. A 3), S. 65.

sondere die Entwicklung der nicht der Universität direkt zugeordneten Teilbereiche folgte bis in die 80er Jahre hinein einer eigenen Logistik, wie auch der schnelle bauliche Realisierungsprozess der Universitätsbauten nicht über den mehrere Dekaden umfassenden Gesamtentwicklungszeitraum hinweg täuschen darf.

2.4. Labor und Lapidarium

Die Universitätsbauten lesen sich als der Versuch einer direkten Verlängerung des Neuen Bauens über 1945 hinaus und zugleich als Abbild einer auf nüchterne Funktionalität setzenden, nach Sinn und Orientierung suchenden jungen Demokratie. Beseelt von dem Wunsch nach dem großen Ausdruck und dem Glauben, man könne durch die Formgebung Einfluss auf Inhalte nehmen, fallen die Prinzipien der Technisierung und Taylorisierung des Bauens ins Auge, wird die antistädtische Haltung der Architektengeneration sowie die Vorbildwirkung der animierenden Bilder von Ludwig Hilberseimer und Kenzo Tange spürbar. Ähnlich Corbusiers Chandigarh (1950), Costas Brasilia (1957) oder den Großformen des sozialistischen Städtebaus wurde die RUB zu einem großen Laboratorium einer mittlerweile gereiften Moderne. Der Gesamtkomplex hat die Zeit postmoderner Ironie fast unbeschadet überstanden. Daran ändern die Dachaufbauten oder der Einsatz von Farbe als Placebo gegen die vermeintlich unentwegte Wiederholung gleicher Bauelemente nichts. Zugleich aber verspricht die Architektur heute auch keinen euphorischen Aufbruch in eine bessere und gerechtere Zukunft mehr.

Normalität ist eingekehrt. Dies gilt vor allem für die größte Nutzerschaft, die Studierenden. Für sie ist die Uni ein Ort des kurzen Aufenthaltes für eine knappe Zeit ihres Lebens. Sie vermittelt nicht die Behaglichkeit oder Gemütlichkeit, die den alten Universitäten zugeschrieben wird. Diese Art von Heimat oder Identifikation



Abb. 6: Forum vor dem Audi Max, aus: RUB (s. A 5).

kann sie nicht bieten. Den Nutzern der transitorischen Funktionsanlage wird mehr abverlangt. Ist das funktionale Grundgerüst erst einmal verstanden und die Orientierung verinnerlicht, können sich andere Betrachtungen eröffnen: Der Blick aus der Ferne auf eine faszinierend große Burg auf dem Ruhrhang etwa oder aus der Halbdistanz auf die horizontale Staffelung der unterschiedlichen Gebäude: zuunterst die flacheren Laborgebäude und darüber auf einer durchlaufenden Mittelebene die verbindenden Erschließungselemente mit Mensa und Audi Max und zuletzt die streng gefassten und leiterförmig aufgereihten, über 100 m langen und achtgeschossigen Zeilen. Nähert sich der Blick, werden die Räume zwischen den hohen und niedrigeren Gebäudeteilen wichtig. Die Perspektive flieht und zugleich erweitert sich der Blick in die grünen Kammern der tiefer liegenden Höfe, oder er trifft, entlang der Terrassen gerichtet, auf weit hervor kragenden Gebäudeelemente. In direkter Nähe dominiert das Material Glas, Stahl und vor allem der unbehandelte Beton. Seine nach Herzog & de Meuron'sche Art zurückgenommene Dekorstruktur verweist zurück auf die Form, indem er moduliert und modelliert: von Monotonie keine Spur.

2.5. Weiterentwicklung der Architektur

Die bauliche Überarbeitung der RUB war nach nunmehr einer Generation zu erwarten. Bauschäden müssen beseitigt werden und die energetischen Mängel der Konstruktion sind zu beheben. Für die bauliche und sozialräumliche Weiterentwicklung des zentralen Forumsplatzes hat die Universitätsverwaltung mit dem Künstler Mischa Kuball einen interessanten Weg eingeschlagen. Der mehrstufig geplante Prozess umfasst mehrere Elemente: eine Bestandsaufnahme der baulichen Struktur wie auch der ursprünglichen Planungskonzeption(?), die Entfernung der zwischenzeitlich installierten Dekorelemente, die Beseitigung der Bauschäden und der Spontanvegeta-

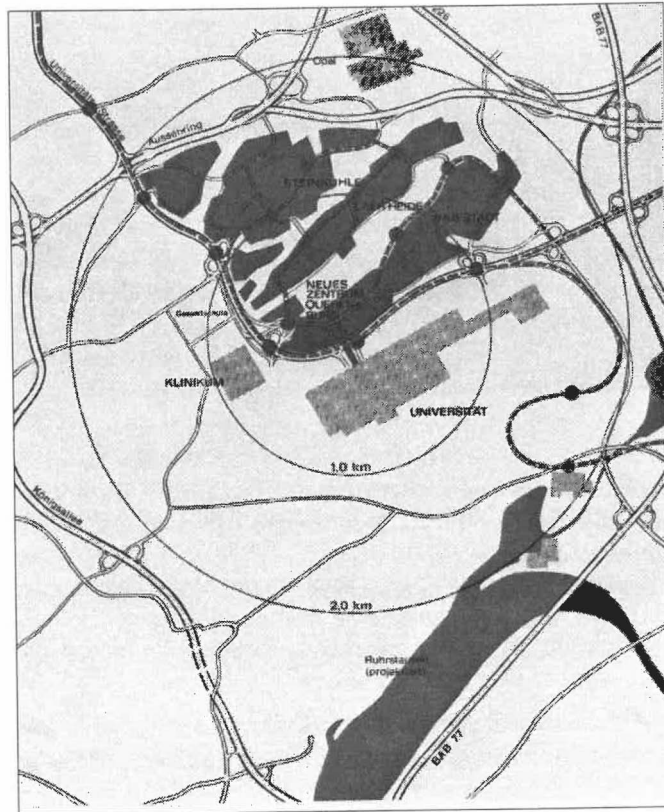


Abb. 7: Schematische Darstellung des Gesamtbereichs Universität und Universitätswohnstadt; oben rechts das etwa zeitgleich errichtete Opel Werk I, aus: J. Nehammer / H. Thol (s. A 3), S. 230.

tion sowie die Bespielung des Platzes in Kooperation mit anderen Institutionen innerhalb und außerhalb von Bochum. Dazu wird ein kunst- und architekturtheoretisches Diskussionsforum vorbereitet, aus dem dann ein künstlerisches Projekt hervorgehen soll.⁵

3. RUB: Die Stadt

3.1. Ab in die Mitte

Aus Bochum wurde auch nach fast 40 Jahren Universitätsstandort keine typische Universitätsstadt. Dazu fehlt nicht zuletzt die Präsenz der Universität in der Mitte der Stadt. Verfechter dieses Standortes gaben damals der räumlichen Verflechtung von Bürgerschaft mit den universitären Einrichtungen den Vorrang vor einer kom-

⁵ RUB, Unveröffentlichter Bericht zum Projekt „forum / passage“- Umgestaltung des Forumsplatzes der Ruhr, Universität Bochum 2002.

pakten, primär dem interdisziplinären Austausch dienenden großflächigen Struktur. Eine zusammenhängende Denkfabrik hätte aber in der Mitte der Stadt keinen Platz gefunden. Eine Ansiedlung auf mehrere innenstadtnahe Standorte war nicht durchsetzbar.

Bisher hat sich nur die Bibliothek des Ruhrgebietes, eine Fachbibliothek mit Seminarbetrieb und höchst aktiver öffentlicher Präsenz, in der Innenstadt niedergelassen. Ansonsten weisen lediglich das noch immer auch studentisch geprägte Vergnügungsviertel „Bermuda Dreieck“ und der Hauptbahnhof als zentrale Umsteige zur U 35, die in 8 Minuten die Universität erreicht, eine auch in der Innenstadt spürbare Studentendichte auf. Die umfangreichen Wohnangebote in der Universitätswohnstadt, aber auch der hohe Pendleranteil aus den benachbarten Ruhrstädten, haben eine Konzentration der Studierenden auf die anderenorts studententypischen Wohnlagen aus preisgünstigen und flexibel nutzbaren gründerzeitlichen Gebäudebeständen (noch) nicht ermöglicht. Weder das normale „Studentenleben“ noch die „Inszenierungen“ der Universität erreichen wirklich das städtische Zentrum.

3.2. Das Verbindende und das Trennende

Nachdem die weithin sichtbaren Fördertürme der Zechen und die monumentalen Fabrikationsanlagen der Stahlindustrie bereits seit den 60er Jahren fast vollständig abgebrochen wurden, müssen heute die ruhrgebietstypischen langen und breit angelegten Einfallstraßen die Hauptorientierung im Stadtgeflecht übernehmen. An diesen, auf die City ausgerichteten Straßen, finden sich die meisten Nebenzentren mit ihrem stadtteilbezogenen Geschäftsbesatz, den Kirchen und der sozialen Infrastruktur. In diese Struktur passen sich die Universitätsstraße und das Uni-Center als Brückenkopf der Universitätswohnstadt ein. Die gewerblichen Nutzungen des Nebenzentrums waren auf rd. 58.000 Einwohner und 20.000 Studierende ausgerichtet. Neben den 50 Ladengeschäften waren u.a. ein Hallenschwimmbad, Kindergärten, Kirchen, eine Bezirksverwaltungsstelle sowie Post und Polizei vorgesehen. 1972 wurde das Uni-Centrum in die formelle Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Querenburg einbezogen. Auf rd. 230 ha sollten zudem die Wohnbereiche Laerheide, Steinkuhl/Markstraße und Auf dem Aspei die bereits fertig gestellten Bereiche Hustadt und Teile von Steinkuhl ergänzen. Insgesamt wurden in den fünf Siedlungen rd. 7.500 Wohneinheiten für rd. 21.000 Einwohner realisiert. In 25 Studentenwohnheimen kamen nochmals rd. 4.000 Wohnheimplätze dazu.⁶

Eine isolierte, von der Stadt abgeschiedene Universität ist nicht entstanden. Vielmehr hat der Wohnbereich Querenburg die RUB mit der übrigen Stadt vernäht. Die Wohnsiedlungen wurden nicht zu „Akademikerghettos“ und die heute üblichen so-

⁶ Stand 31.12.1980 nach J. Nehammer / H. Thol (s. A 3), S. 286.

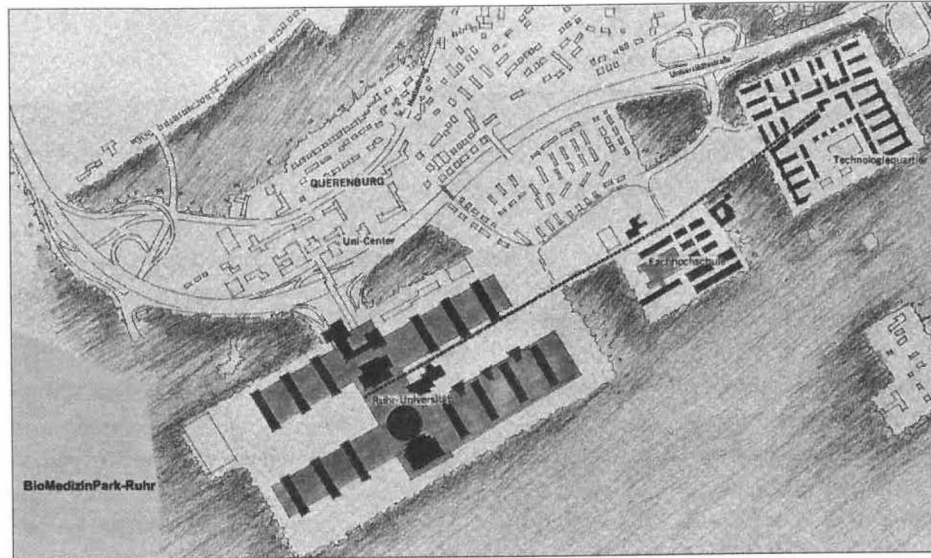


Abb. 9: Universität, Fachhochschule, Technologiequartier und unten links: das neue Baufeld für den vierten Park (Bildmontage: E. Kröck).

zialen und baulichen Probleme anderer Großsiedlungen aus den 1960er und 1970er Jahren sind nicht entstanden.

Eine unmittelbare räumliche und nutzungsbezogene Verbindung zur Universität ist weder durch die breite Fußgängerbrücke über die Universitätsstraße zwischen Uni-Center und der Universität geschlagen, noch ist (bisher) ein „start up“ aus der RUB in den Wohnsiedlungen angekommen. Die Universitätsstraße bleibt die scharfe Grenze zwischen dem Wohnen im Norden und den universitären und gewerblichen Nutzungen im Süden. Sie ist das Rückgrat der gegliederten und funktionsgeteilten Gesamtkonzeption.

3.3. Die Grünflächen und die „Parks“

Im Süden der Universität ziehen sich die Grünanlagen den Ruhrhang bis zum neu aufgestauten Kemnader See hinunter. Deren Planung und Entstehung stehen zwar in direktem Kontext mit den Planungen für die RUB, ihre intensive Nutzung durch die Bürgerschaft machen sie jedoch zu einem neuen Bürgerpark. Nicht nur die Exotik des Chinesischen Gartens und die lehrreich ausgebreitete Pflanzenwelt des Botanischen Gartens ziehen die Besucher aus den benachbarten Wohnbereichen und darüber hinaus an. Am See ist an bestimmten Tagen bereits eine „Übernutzung“ durch die zahllosen Besucher entstanden.

Für die Wirtschaftsstruktur der Stadt hat sich die Ansiedlung der Ruhr-Universität Bochum in vielfachem Sinne ausgezahlt. Neben den positiven strukturellen Effekten für die Gesamtstadt bieten das Umfeld und die Ausstrahlungskraft von Universität und der Fachhochschule günstige Ausgangsbedingungen für gewerbliche Ansiedlungen. Schon bald sollen sich südlich der Universitätsstraße vier jeweils auf sich bezogene thematisch definierte Nutzungsbereiche nebeneinander aufreihen. Das seit 1995 in der Entwicklung stehende rd. 12 ha große Technologiequartier im Osten, die Fachhochschule aus dem Jahre 1979 und die Ruhr-Universität Bochum sollen um einen rd. 25 ha großen „BioMedizinParkRuhr“ auf dem ursprünglich für die Praktische Medizin (Klinikum) vorgesehenen Gelände ergänzt werden. Damit wird auch die Erfolgsgeschichte des Technologiezentrums Ruhr weiter geschrieben, das im nord-westlichen Quadranten der Universität seit 1990 den Gebäudeteil MB für Gründer und Starter aus der Universität anbietet. Den gründungswilligen Wissenschaftlern wird in verkehrsgünstiger Lage und zu vernünftigen Konditionen der weitere Kontakt zu den wissenschaftlichen Einrichtungen geboten. Eine hochwertige Gestaltung und die konsequente Sicherung der planerischen Vorgaben sollen definierte Nachbarschaften innerhalb und zwischen den „Parks“ schaffen.

Des Kritikers Urteil lässt sich erahnen: „Die funktional gegliederte (segmentierte) Siedlung verweigert den Auftrag des Städtischen. Sie bildet wieder geschlossene Gesellschaften, teilweise auch gar keine, etwa in den beliebten Parks.“⁷ Alle Teile des großen Planes: die Ruhr-Universität Bochum, die Universitätswohnstadt, die Landschaftsbereiche und das neue Umfeld sind dieser Debatte ausgesetzt. Sie können ihr nicht entfliehen. Konzeption und Dimension sind im Grunde nicht reversibel. Man muss sie akzeptieren wie sie sind und zugleich Verknüpfungen zum Städtischen suchen. Die Weiterplanung der RUB ist eine höchst anspruchsvolle und lohnende, zugleich pragmatisch zu behandelnde Aufgabe, die notwendig ist, um die anstehenden Veränderungsprozesse erfolgreich zu bewältigen. Auch davon wird abhängen, ob die große, älter gewordene Vision der modernen Architektur und die erste Universität der Region der Gesellschaft von morgen noch offen steht.

Dipl.-Ing. Eckart Kröck, Stadtplanungsamt Bochum, Rathaus, 44777 Bochum.

Robert Lemmen

Die Universität in der Stadt

Beispiel Bremen – wechselnde Leitbilder und Lösungen

1. Einführung

Die Universität Bremen ist eine der Neugründungen, die in der Bundesrepublik nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrates 1960 in Angriff genommen wurden. Sie ist zu sehen in einer Reihe mit den neuen Universitäten in Bochum, Dortmund, Konstanz, Regensburg und Bielefeld. Der Lehrbetrieb wurde 1971 aufgenommen. Die Universität hat heute ca. 18.000 Studenten. Im Umfeld wurde ein Technologiepark mit inzwischen ca. 6.000 Arbeitsplätzen entwickelt.

Bei der Neugründung in Bremen stand die Diskussion um die inhaltliche Orientierung und die Entscheidungsstrukturen in der Universität im Vordergrund. Das „Bremer Modell“, das letztlich in politischen Konflikten durchgesetzt wurde, ist gekennzeichnet durch Demokratisierung und Projektstudium. Ziel war „die Stellung der Universität in der Gesellschaft als Stätte kritischer Bewusstseinsbildung“. Mit diesem Ziel verbanden sich von Anfang an auch Erwartungen an Städtebau und Architektur. Die neue Stellung der „Universität in der Gesellschaft“ sollte durch „Integration in die Stadt“ oder „Verflechtung mit der Stadt“ zum Ausdruck kommen.

Seit dem städtebaulichen Wettbewerb 1967 – seit mehr als 30 Jahren – wurden dazu unterschiedliche Leitbilder und Lösungen mit unterschiedlichem Erfolg entwickelt und propagiert. Das Universitätsareal zeigt heute die Spuren dieser Ansätze. Die Folge der Leitbilder, die in Bezug auf die Einbindung der Universität in die Stadt bedeutsam waren, spiegelt – über Aspekte der Universitätsplanung hinaus – den Gang der städtebaulichen Diskussion in der Bundesrepublik in den vergangenen 30 Jahren. Schlagworte waren z.B. Urbanität, Nutzungsmischung, Dichte sowie Städtebau als Standortpolitik. Zugleich zeigte sich, wie neben solchen Planungsprinzipien bildhafte Vorstellungen („Images“) von Stadt in den Köpfen der Beteiligten als wechselnde Leitbilder wirksam wurden und die Vorbildwirkung von Leitprojekten.¹

2. Städtebauliche Großform – Universität als optimiertes Stadtsystem

Die Geschichte der städtebaulichen Ideen, die im Bremer Universitätsareal wirksam wurden, beginnt 1967. Die Ausschreibung des „Ideenwettbewerbs zur Erlangung

¹ Überarbeiteter und aktualisierter Text eines Vortrags an der Universität Stuttgart 1999. Die der Stadtplanung für die Bremer Universität zugrunde liegenden Leitbilder werden ausführlich präsentiert in R. Lemmen, Vom Campus zum Stadtteil, Delmenhorst 1999.

von Vorschlägen für einen Generalbebauungsplan“ wendet sich explizit von Vorstellungen zur städtebaulichen Integration, aber auch von Vorstellungen des klösterlichen Lernens auf dem Campus ab. Konfrontiert mit der völlig neuen und gewaltigen Bauaufgabe, eine Massenuniversität in einem Zuge zu errichten, betont das Programm einseitig die technische und betriebliche Optimierung: „Die Integration der deutschen Stadtuniversität in das Stadtgefüge verhinderte bis in die heutige Zeit ihre Gestaltung als Gesamterscheinung. Seit dem Zweiten Weltkrieg vollzieht sich an allen Hochschulen eine Entwicklung, die ein Überdenken der Situation und die Neugestaltung der Universitäten nach funktionellen Gesichtspunkten verlangt. Es gilt, die Einheit und Freiheit von Forschung und Lehre organisatorisch zu bewältigen und die Erfüllung des allgemeinen Bildungsauftrages durch entsprechende städtebauliche Gestaltung zu ermöglichen. Da die Größenordnung der modernen Universität eine reine Stadtlage unmöglich macht, entwickelt sich aus der alten deutschen Stadtuniversität die stadtbezogene Universität in Stadtrandlage. Die permanente Weiterentwicklung der Universität fordert eine städtebauliche Großform, die in ihrer Anlage dem freien Wachstum alle Möglichkeiten offen hält.“²

In den Vordergrund gestellt werden Diagramme zu den „Forschungs- und Lehrbeziehungen“, wie sie damals aus Systemforschung und operations research übernommen wurden. Gefordert werden:

- Rationalisierung in Planung, Ausführung und Unterhaltung durch weitgehende Typisierung
- Anpassungsfähigkeit für Veränderungen der Organisationsformen und Forschungsmethoden
- Wachstumsmöglichkeiten
- die Universität als „Fußgängerstadt“ mit Fahrverkehr und Einstellplätzen an der Peripherie.

Der Bezug zur Stadt wird nur an einer Stelle angesprochen: Der zentrale Bereich (Forum) „soll von Leben erfüllt sein und durch kulturelle Veranstaltungen auch außerhalb der Vorlesungszeit Kontakte zwischen Studenten, Professoren und den Bürgern der Stadt fördern.“

Die Wettbewerbsbeiträge folgen diesen Vorgaben. Die publizierten Arbeiten schlagen ganz überwiegend Bausysteme vor, die neutral und grenzenlos in alle Richtungen erweiterbar sind. Der offenkundig als Problem empfundene Schematismus solcher Entwürfe wird in vielen Arbeiten gemindert durch malerische, bauplastische Variation in der zentralen Zone. Dazu bieten sich Hörsäle, Mensa und Bibliothek an. Das Prinzip einer vom Fahrverkehr getrennten Fußgängerebene enthalten alle Arbeiten.

² Senator für das Bauwesen Universität Bremen, Ideenwettbewerb zur Erlangung von Vorschlägen für einen Bebauungsplan, Bremen 1966.

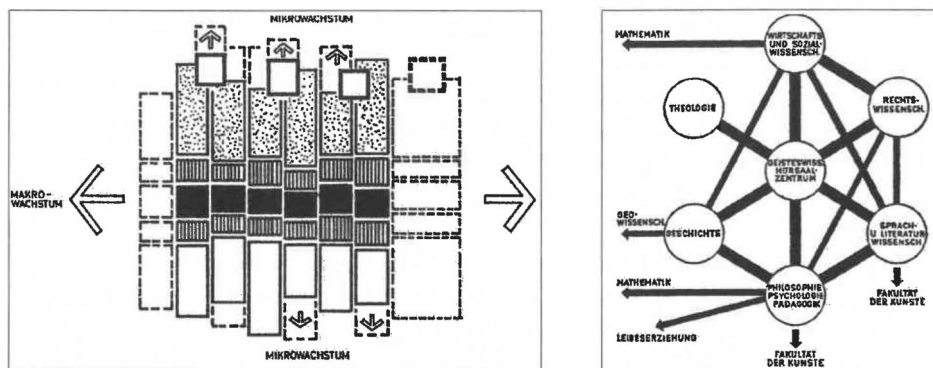


Abb. 1: Planungsprinzipien: Aus dem Wettbewerbsbeitrag Lehrstuhl Prof. Horst Linde, Stuttgart.

Abb. 2: Teil des Wettbewerbsprogramms: Forschungs- und Lehrbeziehungen der naturwissenschaftlichen und geisteswissenschaftlichen Einrichtungen und der Fakultät der Künste.

Prämiert wurden gleichrangig drei Arbeiten. Für die weitere Planung waren einflussreich die Arbeiten von Behnisch & Partner (die innere Organisation wurde übernommen) und (außer Konkurrenz) der Entwurf des Universitätsbauamtes Bremen (die Verkehrsanbindung und Anordnung im Gelände wurde übernommen).

2.1. Marburg: „Ein Bausystem für Hochschulen“

Welche Vorstellungen von Stadt lagen den Arbeiten zugrunde? Welche Vorbilder waren beherrschend für das städtebauliche Denken dieser Jahre? Neben den Arbeiten aus dem Institut für Hochschulbau in Stuttgart war eine von der Staatlichen Neubauleitung Marburg publizierte Broschüre wirksam: „Ein Bausystem für Hochschulen“ liest sich wie ein kurzes, aber umfassendes Lehrbuch der Architektur (das Personenregister reicht von Alberti bis Wright). Ziele des Bausystems sind:

- kurze Bauzeiten (darum Vorfertigung),
- universelle Erweiterbarkeit (darum Rasterung),
- Anpassungsmöglichkeiten (darum Typisierung).

Das System enthält Aussagen unter anderem zur Trennung von Primär- und Sekundärstruktur, zur Stützstellung bezogen auf die Fassade, zu Bandraster und Modul und zur Anordnung der Erschließungskerne.

Das Bausystem wird dargestellt in Schemazeichnungen, die im Entwerfen dieser Zeit wörtlich genommen werden. Es entsteht ein Image, das Einfluss nimmt auf den Bildvorrat der Architekten. Das Bausystem enthält Lösungen für Typologie und Konstruktion. Es liefert zugleich die Bildsprache und – bei Ausdehnung in der Fläche – die städtebauliche Grammatik.



Abb. 3: Wettbewerbsbeitrag Behnisch und Partner, Stuttgart (1. Rang).

In diesem Denken ist das Bausystem die Antwort auf alle Fragen, auch auf die Frage nach der Bildwirkung der Architektur und des Städtebaus: „Während alle Bauten in Form, Stellung und Gruppierung innerhalb des zu schaffenden Rasters ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten folgen können und dadurch eine Architektur-Landschaft von eigenem und individuellem Ausdruck entsteht, wird die Einheitlichkeit der Bauteile zum Ausdruck der Gemeinsamkeit, der Gemeinschaft der Universität.“ Ein Spielraum für die Integration anderer Nutzungen ist in einer Stadtstruktur, die sich aus einem solchen Bausystem ergibt, schwer vorstellbar.

2.2. Buchanan: „Traffic in Towns“

1963 erscheint in England „Traffic in Towns“, der Bericht einer von der Regierung eingesetzten Arbeitsgruppe über die Zukunft des Verkehrs in den Städten (Buchanan-Report). Vorhergesagt wird eine enorme Zunahme des Autoverkehrs (die von der Realität übertroffen wurde). Um die Städte vor dem totalen Niedergang zu bewahren, wird der verkehrsgerechte Umbau empfohlen: die Trennung der Verkehre, oft in mehreren Ebenen, um damit geschützte Fußgängerbereiche entwickeln zu können.

Die Stadtbauwelt druckt Auszüge in ihrem ersten Heft 1964. Die deutsche Ausgabe des Reports erscheint 1967. Trotz dieser Publizität ist die Wirkung für die Pla-

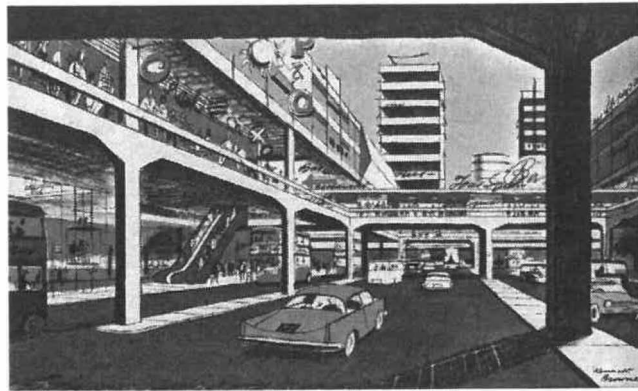


Abb. 4: Traffic in Towns: Verteilerstraße in einer völlig neu gestalteten Stadt.



Abb. 5: Universität Bremen: Getrennte Ebenen für Straße und Fußweg im Zentralbereich.

nungspraxis in den deutschen Städten gering. Die im Buchanan-Report enthaltenen Diagramme, gedacht als Vorschläge für den Umbau kleinerer und mittlerer Städte, scheinen dagegen bei der Planung der neuen deutschen Universitäten nahezu buchstäblich umgesetzt worden zu sein. Die Wettbewerbsbeiträge – und die in Bremen, Bochum und Regensburg realisierten Projekte – enthalten sämtlich periphere Ringstraßen und vom Fahrverkehr getrennte, auf einer zweiten Ebene gelegene Fußgängerbereiche, von denen man die Gebäude im ersten Obergeschoß erreicht.

2.3. Team 10

Die Vorstellungen von der neuen Universität trafen sich mit dem neuen urbanistischen Denken der 1960er Jahre, das sich von den braven 1950er Jahren absetzte. 1962 wurde in *Architectural Design* „Team Ten Primer“ veröffentlicht, ein skizzenhaftes Manifest der Architekten, die sich in Abgrenzung zu CIAM zusammengefunden hatten.

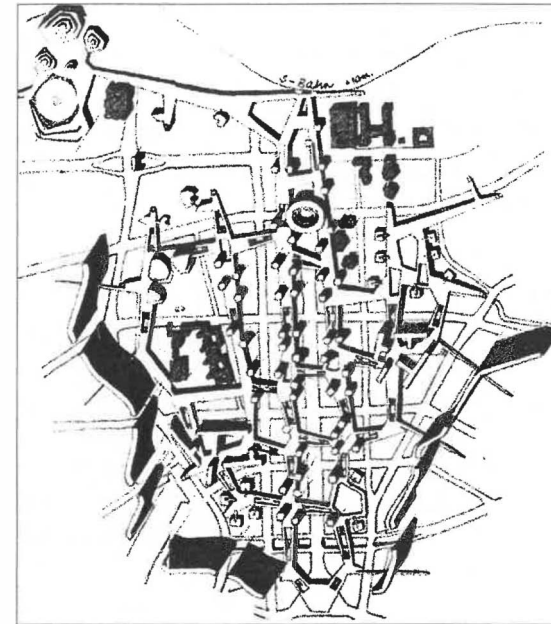


Abb. 6: Wege als das räumliche Gerüst der neuen Stadt (Smithson/Sigmond: Skizze für die Neugestaltung Berlins, 1958).

Das Neue ist, dass die Stadt definiert wird als Summe der Bewegungslinien der Straßen, Wege und Schienen. Das neue Lebensgefühl heißt „freedom to move“ und wird bildhaft zum Ausdruck gebracht. Das verbindende Element der Stadt sind die gebauten Wege „streets in the air“. Häuser stellen mit ihren Decksystemen diese Wege bildhaft dar (Wohnbauten Park Hill in Sheffield) oder sind an separate Decksysteme angedockt (Wohnbauten von J. Stirling in Runcorn).

Beispiele sind auch die Universitätsplanungen von Candilis für Berlin und Bochum. In England und Deutschland scheinen die Planungen für neue Universitäten die willkommenen Experimentierfelder zu sein, die Vorstellungen von einem neuen Urbanismus und die Vorschläge für die technische Beherrschung des Verkehrs auszuprobieren. Hier gab es Mittel, Flächen und Planungsmacht, um umzusetzen, was anderswo in der Stadt utopisch blieb: Die „Neue Universität“ als Städtebaulabor der neuen Ideen. Gemeint war die Universität, zugleich aber auch die „Neue Stadt“ – einerseits als Gegenbild zur sterilen Normalität der Stadterweiterung, andererseits als Gegenbild zu der durch Verkehr belasteten, sanierungsbedürftigen alten Stadt. Ausgeschlossen war damit die Vorstellung von der Universität in der Stadt. Die städtebauliche Großform ist praktisch nicht integrierbar. Sie ist die Stadt oder stellt die Stadt dar.

Aus der Rückschau von heute scheinen den Kernbereich der Bremer Universität vor allem drei Strömungen im Städtebau der 60er Jahre geprägt zu haben:

- das Denken in neutralen, wachsenden Bausystemen,
- die perfekte Trennung von Fußgängerebenen und Fahrverkehr,
- der neue Urbanismus der inszenierten Verkehrswege.

Alle drei Strömungen trugen dazu bei, die Universität als separates Gebilde neben der Stadt und städtebaulich als Fremdkörper in der Stadt zu entwickeln, der sich einer Integration noch heute kräftig widersetzt.

3. Gebaute Urbanität durch Dichte und Nutzungsvielfalt

Das „Bremer Modell“ betonte die Stellung der Universität in der Gesellschaft als Stätte kritischer Bewusstseinsbildung. Damit wurde – aus heutiger Sicht etwas mechanisch – die Frage der städtebaulichen Verknüpfung mit der Stadt und den umliegenden Stadtteilen aufgeworfen. Auf Vorschlag des Gründungssenats wurde, „um die städteplanerische Phantasie anzuregen“, ein Gutachten zur theoretischen Klärung der Verflechtung zwischen Stadt und Universität in Auftrag gegeben. Die Wissenschaft (Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen unter Leitung von Hans-Paul Bahrdt / SOFI) sollte den Architekten zur Hilfe kommen.

3.1. Verflechtung

Die Autoren gehen aus von der Kritik an der Funktionstrennung, die in den 60er Jahren in den Büchern von Jane Jacobs, Hans-Paul Bahrdt und Alexander Mitscherlich vorgetragen wurde und öffentliche Wirkung entfaltet hatte.³ Kritisiert wird der systemtheoretische Verflechtungsbegriff, wie ihn das Universitäts-Bauamt verwendete, der sich auf die Optimierung der Bezüge innerhalb der Universität beschränkt. Ziel der SOFI-Überlegungen ist es, „der Universität aus ihrem Elfenbeinturm herauszuhelfen“: „Das Konzept einer praktisch-experimentellen Universität... ist das zentrale Argument für eine partielle Verflechtung... Die einem solchen Modell zugrunde liegenden Handlungsabläufe... beziehen die Reflexion der Einfügung wissenschaftlich technischer Erkenntnisse in die Lebenspraxis mit ein... (Es) könnte eine partiell verflochtene Baustruktur jenes oszillierende Verhältnis von Theorie und Praxis ermöglichen und fördern, dem durch eine praktisch-experimentelle Universität Raum gegeben werden soll.“⁴ Ziel sei, die Verflechtung dabei so zu strukturieren,

- dass eine Entfaltung aller städtischen Gruppen durch die räumlich-materiellen

3 J. Jacobs, *Tod und Leben großer amerikanischer Städte*, 1961; H.-P. Bahrdt, *Humaner Städtebau*, 1968; A. Mitscherlich, *Die Unwirtlichkeit unserer Städte*, 1965.

4 *Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen*, *Verflechtung Universität – Stadt*. Gutachten zur Universitätsneugründung in Bremen im Auftrag des Senators für das Bauwesen, Göttingen 1969.

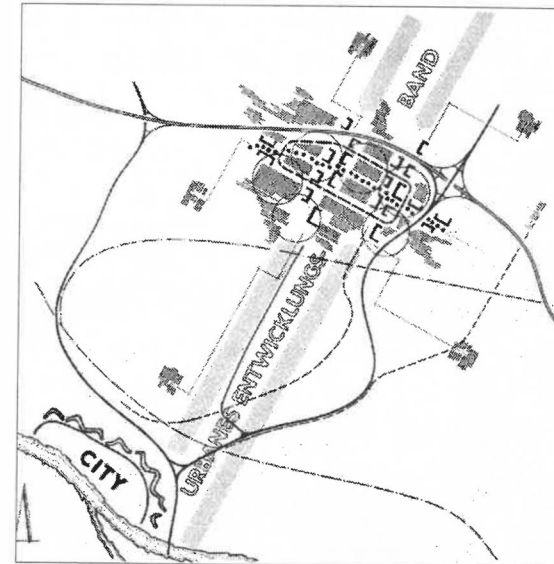


Abb. 7: Die Kernuniversität als „verflochtene Raumkontinuum mit Schwerpunkten, erlebbaren Nahzonen und städtischen Schneisen längs des urbanen Entwicklungsbandes“.

Systeme nicht behindert, sondern gefördert wird,

- dass die Verschränkung von zweckrationalen und nicht zweckrationalen Handlungsabläufen, d.h. die Ausdehnung arbeitsfreier Bereiche in reine Arbeitsbereiche eine Antwort in der materiell-räumlichen Umwelt findet,
- dass das Eindringen der Universität in praktische Lebenszusammenhänge partiell durch räumliche Zuordnung erprobt werden kann,
- dass räumliche Erreichbarkeit, ökonomische Effizienz und menschliche Entfaltungschancen sich überlagern, nicht Verflechtung schlechthin, sondern in ihren gegenseitigen Wirkungen dezidiert überprüfbare Zuordnungen,
- dass eine sinnlich erfahrbare Nahwelt, mit hohem Abwechslungsgrad der Angebotsvielfalt entsteht.

Aus heutiger Sicht und nach Entwicklung des Technologieparks in den vergangenen zehn Jahren ist festzustellen, dass die Verflechtungsziele teilweise erreicht wurden, insbesondere das zuletzt genannte Ziel jedoch verfehlt wurde.

Das Wohnen im Universitätsgebiet wird nur kurz behandelt. Die Autoren sehen das Risiko der „Sozialmontage“, zugleich aber „realistische Bedingungen für Wohnmöglichkeiten nicht zur Universität gehörender Bevölkerungsgruppen“. Ausführlicher – und letztlich realistischer – wird die Verflechtung mit Produktionsbetrieben erörtert. SOFI sieht durch die Nachbarschaft von Betrieben die Chance zur Aufwertung der Arbeitsgebiete, für Zusammenarbeit sowie für Beschäftigung und Praktika für Universitätsabsolventen. Alle drei Chancen sind später mit dem Technologiepark in gewissem Umfang genutzt worden.

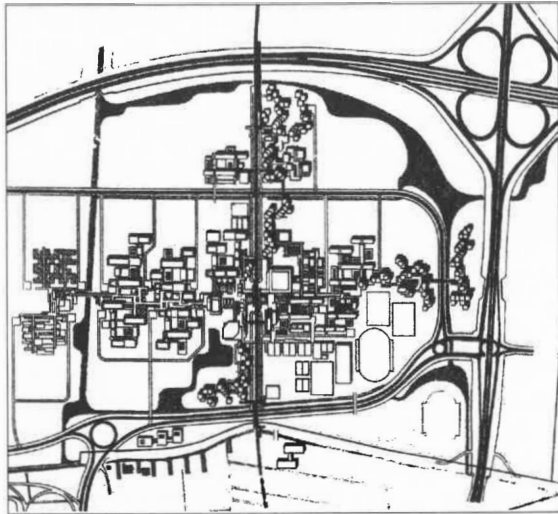


Abb. 8: Universitätsbauamt,
1970: Plan D/Baumassenplan.
Verflechtung von Wissenschaft
und Wohnen.

3.2. Wohnhochhäuser am Boulevard

Ergebnis auf der Basis des SOFI-Gutachtens entwickelten Planungen ist der „Plan D“. Er enthält Wohnungen für 7.000 – 10.000 Einwohner (also etwa so viele wie die damals geplante Zahl der Studenten) auf dem Universitätsareal. Der Wohnungsbau wird zungenförmig von den Wohngebieten im Osten und Süden und dem geplanten Wohngebiet nördlich der Autobahn bis an das Zentrum der Universität herangeführt, „ohne die Entwicklungschancen universitärer Einrichtungen einzuschränken. Im Sinne der Gebäudeverflechtung sollen in diesen Zonen Wohnbauten neben universitär genutzten Bauten stehen. Läden, nicht störendes Gewerbe, Kindergärten oder auch Anlagen für Freizeitbeschäftigung werden direkt im Zentrum der Universität mit der Mensa verbunden, die auch als allgemeine Gaststätte dienen soll. In diesem Gebiet gesteigerter Attraktivität wird die Zone der Begegnung, der Interaktionen und der Handlungsüberlagerung entstehen.“

Über der erhöhten Fußgängerebene („Boulevard“) sind im Mittel neun Wohngeschosse angeordnet. Sie folgen damit einer Typologie, die Anfang der 1970er Jahre bei Projekten in vielen Städten Anwendung fand. In Bremen wurde in Osterholz-Tenever ein Demonstrativ-Bauvorhaben mit 2.500 Wohneinheiten am östlichen Stadtrand nach einem solchen Konzept realisiert. In München entstand das „Olympische Dorf“.

Allerdings wurde nichts aus dieser Verflechtungsvision für die Universität. Im ganzen Land schrumpfte die Wohnungsnachfrage, und der Wohnungsbau in Form von Hochhausscheiben geriet in die Kritik. Der „Plan D“ blieb ohne praktische Folgen.

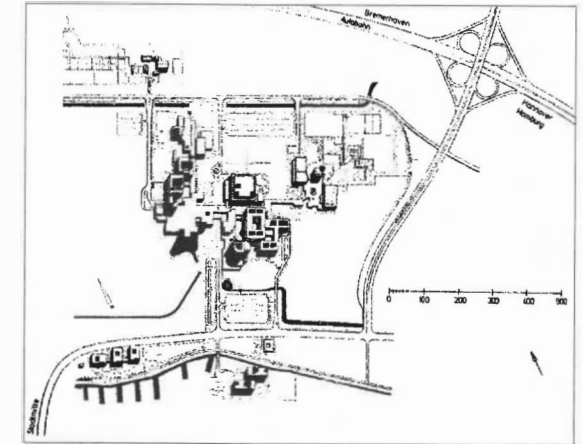


Abb. 9: Der Übersichtsplan zeigt
die bis 1974 realisierten Gebäude
und Erschließungsanlagen:
Enorme Verdichtung im Zentral-
bereich und große Erweiterungs-
flächen.

Man fragt sich heute, was zu der vehementen Suche nach urbaner Verflechtung führte. Die Sorge allein, die Universität könne im „Elfenbeinturm“ stecken bleiben, kann es nicht gewesen sein. Die Überlegung, dass die Orientierung einer kritischen Wissenschaft an den Anforderungen der Gesellschaft eine Verflechtung und enge Nachbarschaft mit den anderen Nutzungen der Stadt voraussetzt oder zumindest durch sie gefördert wird, klingt aus heutiger Sicht recht mechanisch oder naiv. Wirksamer erscheint in der Rückschau auf jene Jahre die Faszination eines utopischen Gegenbildes, das sich unterscheidet von der beklagten funktionalistischen Auflösung der Städte. Auch hier erscheinen heute die Universitätsplanungen als städtebauliches Labor, um stellvertretend Urbanität zu realisieren, die andernorts nicht gelingen konnte.

Bis zur Aufnahme des Studienbetriebs 1971 wurde der Zentralbereich der Universität realisiert. Dabei kamen die zuvor von den Planern und Gutachtern formulierten und vom Gründungssenat übernommenen anspruchsvollen Verflechtungsziele nicht zum Zuge. Für die Aufgabe, eine große Universität in einem Zuge und in kurzer Zeit zu errichten, war nicht die Logik des Städtebaus mit nutzungsneutralen Feldern, sondern die Logik des speziellen (Universitäts-) Bausystems frühzeitig festgelegt worden. Gänzlich andere Nutzungen, Investoren und Gebäudetypologien waren darin ohne Verluste für einen effizienten Lehr- und Forschungsbetrieb und ohne erheblichen Planungsaufwand nicht unterzubringen. Als es praktisch wurde, lehnte die Universität die enge Verflechtung ab. Realisiert wurden (mit großem Gewinn für den Alltag in der Universität) Läden, Kneipen, ein Kindergarten auf dem Boulevard sowie ein Studentenheim am westlichen Ende.

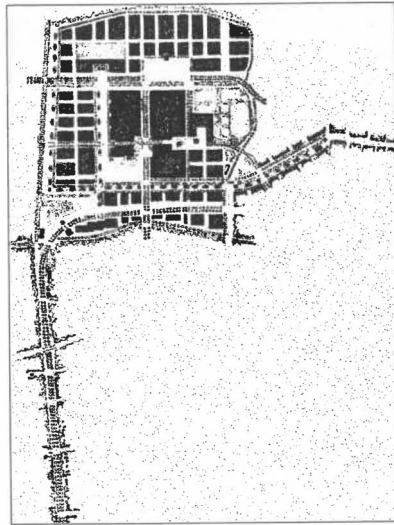


Abb. 10: Büro Böhm: Universitäts- und Technologiestadt Bremen, 1987.

4. Zurück zum klassischen Stadtgrundriss – Betriebsansiedlungen im Technologiepark

Ende der 1980er Jahre entwickelte sich die Universität in neuen Bahnen weiter. Während bisher die Geistes- und Sozialwissenschaften im Vordergrund standen, wurden nun die Natur- und Technikwissenschaften stärker ausgebaut. Dabei setzte die Universität vorrangig auf den Ausbau jener wissenschaftlichen Sparten, die für die Stärkung der bremischen Wirtschaft von Bedeutung waren. Mit der Idee eines „technologieorientierten Verdichtungsraums“ im Umfeld der Universität wurde angeknüpft an erfolgreiche regionalwirtschaftliche Strategien andernorts. Der Technologiepark bot ein Grundstücksangebot für Firmen, die von der Nähe der Universität und den Kooperationsmöglichkeiten zwischen Wissenschaft und Wirtschaft profitieren wollten.

Ehemals für die Universität vorgesehene Flächen von ca. 30 ha wurden für die Ansiedlung von Unternehmen bestimmt, während ca. 35 ha für die Erweiterung der Universität und Institute der Drittmittelforschung verblieben. Dieser „historische Kompromiss“ verbindet das Interesse der Universität an ausreichenden Erweiterungsmöglichkeiten mit dem Interesse an einer städtebaulichen Einbindung: vier geschlossene Gewerbequartiere sind kleeblattartig um die Universität gruppiert, während die Entwicklungslinien der Universität in den Richtungen Nord-Süd und Ost-West streifenförmig frei bleiben.

Mit der Planung für den Technologiepark wurde ein neues Kapitel der Universitätsentwicklung aufgeschlagen. Damit konnten zum ersten Mal in größerem Umfang nichtuniversitäre Nutzungen am Standort der Universität integriert werden. Ein Stück weit konnte so die städtebauliche Isolation aufgehoben werden.

4.1. Böhm – Plan

Auf dieser Basis wurde 1987 im Büro Professor Böhm in Köln zunächst ein Massenmodell und dann ein Rahmenplan erarbeitet. Dabei wurde die räumliche Qualität in den Vordergrund gestellt. Ergebnis war weniger ein klassischer Plan mit Aussagen zu Nutzungen, Gebäudetypologie und Erschließung, sondern eine bildhafte Vision. Die Darstellung erinnert teilweise an repräsentative Fabrikgebäude aus der Frühzeit der Industrialisierung und teilweise an Wohnquartiere der Gründerzeit. Vorgeschlagen wird

- die Trennung des Verkehrs in zwei Ebenen nicht fortzusetzen, sondern Gebäude ebenerdig an Straßen zu errichten,
- die rasterförmige Ergänzung des kammartigen Straßennetzes,
- blockartig geschlossene Bebauung mit bis zu vier Geschossen,
- an klassischen Vorbildern orientierte Straßen und Plätze,
- klare Raumkanten zur offenen Landschaft,
- bauliche Ergänzung des Zentralbereiches der Universität, um das in Verruf geratene Erscheinungsbild (Sichtbeton) abzudecken oder zu korrigieren,
- Gestaltungsregeln, die die Geschlossenheit der Blockstruktur auch bei Abweichung im Detail unterstreichen.

Die Festlegung auf den Backstein als bestimmendes Fassadenmaterial bezog sich auf lokale Traditionen und hatte ihr Vorbild in den Stadterweiterungen in Hamburg und Altona in den 1920er und 1930er Jahren, als es gelang, individuelle Architekturen durch das gemeinsame Material Backstein zu einem geschlossenen Bild zu verbinden. Diese Regelung reagierte auf die beklagte Materialvielfalt in vielen Gewerbegebieten und kam zugleich dem Interesse vieler Bauherren an einer wertbeständigen und repräsentativen Fassade entgegen. Sie steht zudem im Einklang mit den in den 1980er Jahren aktuellen regionalistischen Strömungen in der Architektur. Bei der Planung stellten sich die Fragen:

- Welchen Ausdruck in Architektur und Städtebau können neue Produktionstechniken finden, die durch Informationsaustausch in Datenetzen geprägt sind?
- Wie kann zwischen städtebaulicher Struktur und den Gebäudetypologien vermittelt werden, wenn die künftigen Nutzer und ihre Gebäude weitgehend unbekannt sind?

Böhm und die Planer in Bremen entscheiden sich für den Versuch, die Aufgabe mittels einer regelmäßigen, erweiterbaren Straßen- und Blockstruktur in den Griff zu bekommen, die offen ist für unterschiedliche Typologien. Das in der Planung enthaltene Ziel, weitgehend geschlossene Straßenräume und damit den Eindruck urbaner Dichte zu schaffen, wird mehr und mehr erreicht. Durch die klare räumliche Organisation und gestalterische Koordination gelingt es, auch Gebäude mit mittelmäßiger Qualität einzubinden. Dies erscheint angesichts der gestalterischen Aufregtheit und Materialvielfalt in den meisten Gewerbegebieten als Erfolg.

Die Grundstücke sind inzwischen weitgehend vergeben oder reserviert. Die städtebauliche Isolation der Universität wurde gemindert. Die Verbindungen zu den angrenzenden Stadtteilen fehlen jedoch weiterhin. Der Technologiepark gilt als Bürostandort mit sehr guter Adresse. Die Universität begrüßt die Entwicklung, auch wegen der vielfältigen Kooperationen mit den Firmen. Was im Hinblick auf den Wohnungsbau nicht gelang, konnte mit dem Technologiepark zum Teil realisiert werden: die Integration städtischer Nutzungen in den Universitätsbereich.

5. Die Neue Universität und die Stadt von morgen

Stadtplanung für die Universität Bremen – das sind bisher 30 Jahre mit wechselnden Leitbildern, welche die jeweils aktuelle Diskussion in Architektur und Städtebau spiegeln. Das Ergebnis ist, anders als z.B. bei den Universitäten in Bochum oder Regensburg, eher heterogen und lückenhaft. Die Lücken indes könnten sich als Potenzial für Anpassungen in der Zukunft erweisen.

Die Aufgabe, die sich Ende der 1960er Jahre den jungen Universitätsstädten stellte, nämlich Universitäten von der Größe eines ganzen Stadtteils in einem Zuge zu planen, war in der Geschichte ohne Vorbild. Sie setzte die Phantasie der Pragmatiker und der Visionäre in Gang. Die Pragmatiker sahen vor allem die Herausforderung der organisatorischen und technischen Fragen. Planung und Neubau einer ganzen Universität in wenigen Jahren schien nur denkbar durch rationalisierte Bauproduktion. Typisierung und Vorfertigung konnten so in einem bis dahin weitgehend unbekanntem Maßstab eingesetzt werden. Sie bestimmen das städtebauliche Muster und die Gestaltung in der Mitte des Bremer Universitätsareals bis heute.

Die Visionäre sahen in der Neuen Universität zugleich ein Modell der Neuen Stadt. Die Planungen für die Universität Bremen begannen in einer Zeit, als die Leitbilder für die Stadt, die für die Nachkriegsmoderne verbindlich waren, in Zweifel gerieten. Angesichts des Mangels an Urbanität in neuen Stadtteilen wurden Aspekte wie Baudichte und Nutzungsmischung neu bewertet. Es entstanden neue Leitbilder und beispielgebende Projekte. Die Folge der städtebaulichen Konzepte für die Bremer Universität, die hier nachgezeichnet wurde – von der Campus-Idee zur Einbindung in die Stadt mit unterschiedlichen Ansätzen – spiegelt die städtebaulichen Diskussionen der Jahre seit 1967, als die Entwicklung mit dem städtebaulichen Wettbewerb begann. Die Universität zeigt sich dabei – über die ihr eigene Entwicklungslogik hinaus – immer wieder auch als Experimentierfeld bei der Suche nach der Stadt von morgen.

DIPL.-ING. ROBERT LEMMEN, Waterloostraße 62, 28201 Bremen.

Hans-Joachim Aminde

Rückkehr in den Stadtraum und Erweiterung: Die Technische Universität Dresden nach der Wende

1. Lage und Entwicklung

Die ehemals Königliche Technische Hochschule besteht seit 1890. Ihren heutigen Standort südlich der Innenstadt erhielt sie im Jahre 1900 am Stadtgut Räcknitz, mit Neubauten, die seinerzeit die modernsten waren: technische Institute mit Maschinenbau-Laboratorien, elektrotechnischen und mechanischen Versuchshallen. Diese bildeten eine einfache Ordnung freistehender Gebäude entlang von Straßen und waren um baumbestandene Höfe gruppiert. Eine umfassendere städtebauliche Konzeption entstand erst 1913 durch den Architekten Martin Dülfer. Er entwickelte einen Hochschul-Lageplan im Kontext der Südstadt mit ihren Schmuckplätzen. Die dominierende Baugruppe darin ist die für Bauingenieure am heutigen Fritz-Förster-Platz. Dieser Lageplan konnte wegen des Ersten Weltkriegs nur zum Teil realisiert werden. Das Bauingenieur-Gebäude mit seiner geodätischen Kuppel ist jedoch bis heute das weithin sichtbare Wahrzeichen der Technischen Universität Dresden (TUD). Im Jahre 1924 baute Martin Dülfer den noblen und raumprägenden Förster-Bau an der Mommsenstraße im Kerngebiet der TUD, seinerzeit ein großes chemisches Institut, nach seiner Sanierung in Zukunft für die Architektenausbildung vorgesehen. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges kamen viele Einzelbauten im Hochschulgebiet hinzu, gruppiert inmitten bürgerlicher Wohnviertel.

Die Bombennacht vom Februar 1945 hinterließ bekanntlich im Stadtgebiet Dresden ungläubliche Schäden. Erheblich getroffen wurde auch die TUD. In der Zwischenzone hin zum Hauptbahnhof waren weite Teile der Südstadt Dresdens dem Erdboden gleich, nur Villen in unmittelbarer Hochschulumgebung blieben erhalten. Die beschädigten Bauten der TU wurden nach und nach wieder aufgebaut. Seit 1948 sahen großzügige Ausbauplanungen einen vergrößerten Hochschulstadtteil vor. Dazu wurde das Kerngebiet der TU nach Osten hin für Neubauten der Mathematik und Physik erweitert. Am Weberplatz, noch weiter östlich, entstand eine Pädagogische Hochschule, Bauten der Elektrotechnik an der Helmholtzstraße und schließlich durch den Architekten Walter Henn der Friedrich-List-Bau für das Verkehrswesen am Nordrand des Kerngebietes. Die drei- bis fünfgeschossigen Gebäude der 50er Jahre wurden als einfache Zeilen errichtet, dabei die Stadtbausteine der Moderne wie selbstverständlich variierend. Erst in den 60er Jahren wurden die zerstörten Quartiere entlang der Hochschulstraße bis zum Hauptbahnhof wieder aufgebaut, jedoch gänzlich anders: als 17-geschossige Hochhaustürme zum Wohnen für Studierende. Unmittel-

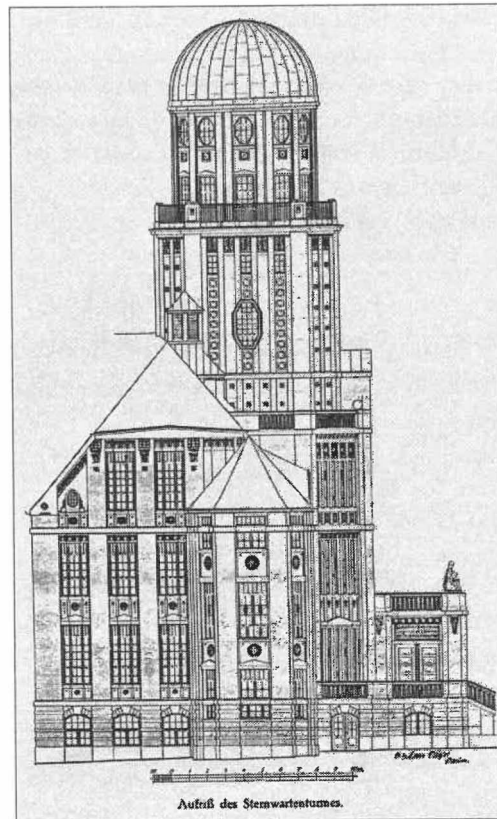


Abb. 1: Die geodätische Kuppel des Beyerbaus am Försterplatz ist heute das Wahrzeichen der TUD in der Südstadt; Zeichnung des Architekten Martin Dülfer, 1912.

bar am Hauptbahnhof, dort, wo 1890 die ersten Bauten der TU entstanden waren, wurde ein historisierender Stadtpalast für die neue verkehrswissenschaftliche Hochschule errichtet. Bis in die 80er Jahre hinein gelang es leider nicht, die tradierten Stadträume von Dresden-Süd wieder aufzubauen, man wollte es wohl auch nicht.

Es prägte die Entwicklung des Hochschulstadtteils nach dem Kriege, dass sich die Technische Universität sowohl mit den Neubauten wie mit den vielen Provisorien weitgehend aus dem Stadtraum und von den ehemaligen Baulinien entlang der bestehenden Straßen zurückgezogen hatte. Ab 1978 empfahl der so genannte Brennerplan für die TUD freistehende Großbauten mit gestaffelten oder gereihten Gebäudescheiben und vernetzten Baugruppen. In dieser Zeit war die Erweiterung der TUD auf vermeintlich funktionsoptimale, gebäudeinnere Wegenetze hin ausgerichtet. Vernachlässigt wurden die bestehenden Straßenraumprofile, wie dies, wohl unter dem Einfluss der „Campus-Idee“, an vielen Hochschulorten in Europa so geplant wurde. Glücklicherweise waren jedoch in Dresden die städtebaulichen Konzepte den Investitionsmöglichkeiten weit voraus. Die geplanten Hochhausreihen entstanden

nicht mehr, und die baulichen Provisorien, zum Teil Baracken, konnten nach der Wende zugunsten neuer Entwicklungskonzepte aufgegeben werden.

Heute zieht sich das Hochschulgelände vom Hauptbahnhof und der Innenstadt auf sanft geneigten Terrassen bis zu den Räcknitzer Höhen im Süden des Stadtrandes. Ungewöhnliche Lagevorteile heben die Dresdener Hochschule über viele andere hinaus. Es sind dies zum einen die nahe Lage zur Innenstadt, zum anderen die freundliche Umgebung eines Villenstadtteils mit vielen alten Bäumen und Alleen und schließlich eine Gehentfernung von nur 15 Minuten bis zum Hauptbahnhof – und mit der Straßenbahn entsprechend kürzer.

2. Strukturelle Rahmenbedingungen und neue Schwerpunkte nach 1989

Im letzten Jahr der DDR betrug die Zahl der Studierenden ca. 14.000. Kernziel der neuen Landesregierung nach der Wende 1989 war der Ausbau der Technischen Universität zu einer „Voll-Universität“ mit geisteswissenschaftlichen und medizinischen Disziplinen und eine entsprechende Erhöhung der Studentenzahl. Dafür wurde zu den bestehenden technischen Fakultäten eine wirtschaftswissenschaftliche und eine juristische Fakultät neu gegründet, die Friedrich List-Hochschule für das Verkehrswesen eingegliedert und die PH zur neuen erziehungswissenschaftlichen Fakultät umgewandelt. Schließlich wurde eine bis dahin selbstständige medizinische Akademie als medizinische Fakultät in der TUD fortgeführt.

Eine damalige HIS-Prognose erwartete 19.500 flächenbezogene Studienplätze für das Jahr 2005. Tatsächlich hat sich die Zahl der Studierenden mit dem Wintersemester 2002/03 bereits auf 30.466 erhöht. Trotz dieses dramatischen Anstiegs wird infolge Geburtenrückgang langfristig von einer eher geringeren Zunahme ausgegangen. Dennoch: Nach den Zielvorstellungen des Kultusministeriums soll in Dresden die Studienplatzzahl in den Geisteswissenschaften etwa der in den technisch-naturwissenschaftlichen Fächern entsprechen; anders als etwa an den Universitäten Stuttgart und Karlsruhe, in denen die Geisteswissenschaften gegenüber der „Technik“ im Gewicht ihrer Studentenzahlen eher nachgeordnet erscheinen. Hier in Dresden ist eine moderne „*universitas litterarum*“ als „neue (Voll-)Universität“ mit allen Studienrichtungen von den Geisteswissenschaften über die technischen, juristischen bis hin zu den medizinischen Wissenschaften inzwischen Realität.

Von vornherein war klar, dass der beschlossene Ausbau zur Universität und die damit verbundene Erhöhung der Studentenzahlen eine erhebliche bauliche Erweiterung erfordern würde. Die frühen HIS-Prognosen ermittelten einen langfristigen Ausbaubedarf für den gesamten TUD-Bereich von insgesamt 336.000 qm HNF (bei bestehenden Flächen von 210.000 qm); das entspricht einem Neubaubedarf von 125.000 qm HNF = ca. 24.500 flächenbezogenen Studienplätzen. Geplant war ein stufenweiser Ausbau der Lehr- und Forschungsflächen. Für Bauinvestitionen wurden im Mittel jährlich ca. 25 Mio. Euro bereitgestellt, nicht nur für Bestandserhalt

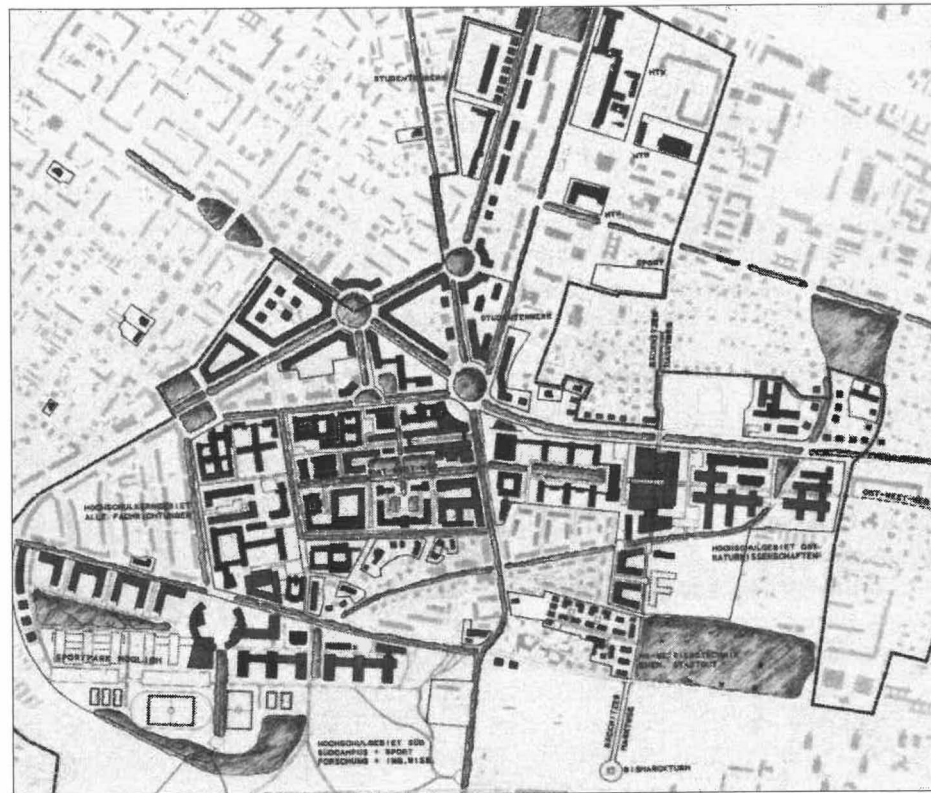


Abb. 2: Masterplan zur städtebaulichen Entwicklung der TUD. Grau = vorgeschlagene Neubauten im Hochschulstadteil und an den wichtigsten Straßen und Plätzen in der Dresdener Südstadt mit raumprägenden Baulinien an Straßen, Plätzen, zentralem Anger und an Höfen; Architekten: Aminde + Partner.

und Modernisierung, sondern vor allem für Neubauten. Damit bot sich eine große Chance für die Stadt wie für die Universität, ihr Verhältnis zueinander auch städtebaulich neu zu definieren. Das sollte mit einer grundsätzlichen städtebaulichen Entwicklungsplanung nach einem langfristigen Masterplan geschehen, um für Hochschulerweiterungen einen Rahmen zu gewinnen sowie dringendste Bauvorhaben und Architekten-Wettbewerbe vorzubereiten. Für diesen Masterplan erhielten wir im Jahre 1992 vom Dresdener Staatshochbauamt II den Auftrag und kurz darauf vom Studentenwerk den Auftrag für eine Hochschul-Wohnentwicklung.

3. Masterplan zur städtebaulichen Entwicklung: räumliches Konzept

Der Masterplan hat die genannten Ziele aus dem Sächsischen Kultus- und Wissenschaftsministerium, insbesondere die Reorganisation und Erweiterung der TUD zur

Voll-Universität aufgenommen und die Wechselbeziehungen zwischen Universität und Stadt zum Ausgangspunkt gemacht.

Diese Wechselbeziehungen sind zum einen durch die große Zahl von Studierenden und Hochschul-Bediensteten geprägt, deren Wirken auf die Stadt durchschlägt. Solche Effekte erlangten in der Theorie-Diskussion vergangener Jahrzehnte in vielen Hochschul-Denkschriften als „geistige Verflechtung“ eine große Bedeutung. Damit sind das geistige Klima, der Wissensbeitrag, sind die Diskussionsforen, Forschungserkenntnisse auch für die örtliche Industrie und eine strukturelle Veränderung städtischer Bevölkerung durch neue Hochschulen gemeint. Darauf hat etwa Horst Linde seit den 60er Jahren nachdrücklich hingewiesen.

Zum anderen ist der materielle Beitrag einer Hochschule mit ihren Bauten und Einrichtungen für einen lebendigen Stadtraum zu betonen. Dabei konnte es in Dresden von vornherein nicht um eine besondere Bauform Universität gehen, wie sie etwa in den 70er Jahren in den viel kleineren Reformhochschulen der BRD in Ulm, Bielefeld oder Konstanz gefunden wurde. Die TUD ist nach Mischung und funktionaler Bedeutung eine Großorganisation, ein „gemischter“ Stadtteil, bestehend aus Lehr- und Forschungskomplexen mit Labors und Büros, großen Bibliotheken, Service-Angeboten in Sprach- und Sozialeinrichtungen, in Hörsälen und Ausstellungsflächen mit vielfältigen kulturellen Aufgaben. Dazu kommen die Sportanlagen, aber auch viele Versuchshallen und nicht zuletzt die stadtweit verteilten studentischen Wohneinrichtungen. Sie alle erfordern unterschiedlichste Bauten mit eigener architektonischer Charakteristik. Deren Zusammenhang kann nur der gemeinsame öffentliche Raum im Hochschul-Stadtteil sichern: Straßen, Plätze, Alleen, Anger, kleine Parks, Höfe und Promenaden, befestigte und offene Freiräume. In der Wiedergewinnung und Gestaltung des öffentlichen Raums haben wir die entscheidende städtebauliche Aufgabe des Masterplans gesehen. Dem Masterplan liegen folgende Leitlinien zu Grunde:

- *Nachverdichtung des Bestands:* Bestandsanalysen belegten, dass alle Quartiere der TUD erhebliche Baureserven enthalten; sie sind oft nur bis zu einem Drittel der baurechtlich möglichen Dichte bebaut. Erste Testentwürfe ergaben, dass auch unter Sicherung natürlicher Grundlagen im gesamten Hochschulgebiet sowie unter Einhaltung baurechtlicher Grenzwerte der Baudichte eine Gebäudeflächenkapazität für ca. 40.000 Studierende in Form von Zeilen, Spangen und Blöcken bis fünf Geschossen besteht. Es war dies zunächst nur eine theoretische Feststellung aus Voruntersuchungen, doch sie belegte eine große Spannweite der Möglichkeiten, die es für die bauliche Weiterentwicklung der TUD in funktionaler und gestalterischer Hinsicht zu nutzen galt.
- *Konsolidierung und Neuorientierung des funktionalen Gefüges:* Das Hochschulkerngebiet bleibt Standort für Ingenieur- und Naturwissenschaften einschließlich der Studienrichtung Architektur. Vor allem die Bauten der Bauingenieure, des Verkehrswesens, des Maschinenbaus, der Elektrotechnik und schließlich der

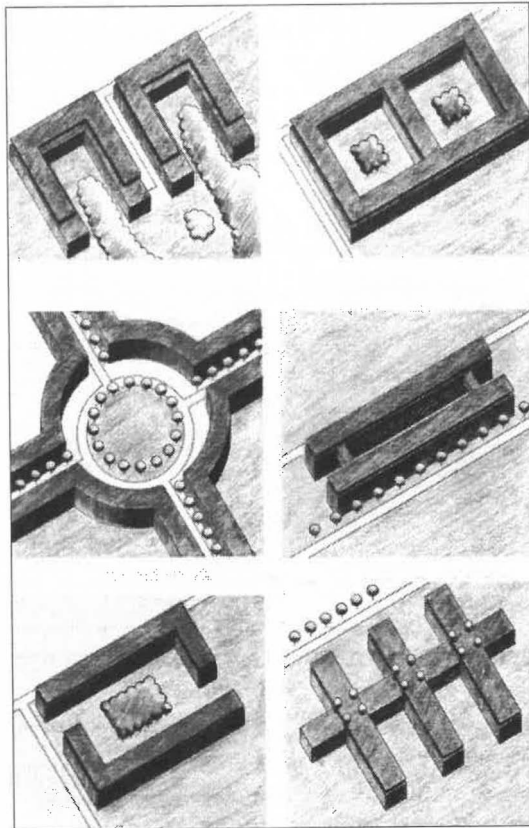


Abb. 3: Verwendete Stadtbausteine für eine Hochschulbebauung im Masterplan; Architekten: Aminde + Partner.

Chemie haben hier ihren Standort. Hinzu kommen die Wirtschaftswissenschaften. Naturwissenschaftliche Einrichtungen wie Mathematik, Physik, Biologie, Wasserwesen sowie Rechenzentrum bleiben im TU-Ostgebiet am Zelleschen Weg mit ausreichenden Neubauf Flächen. Das südlich an das Kerngebiet anschließende große Hochschulgrundstück ist als „Südcampus“ zum Erweiterungsgebiet für Forschungsinstitute an der Universität ausgewiesen. Hier darf nur dreigeschossig gebaut werden, und es müssen nach unserem Masterplan breite Frischluftschneisen hangabwärts offen bleiben. Schon heute befinden sich dort die Hochschul-Sportanlagen mit Möglichkeiten zu ihrer Erweiterung und neue Max-Planck-Institute.

- *Hohes Versorgungsniveau mit Wohnungen für Studierende.* Nach einer Untersuchung der studentischen Wohneinrichtungen im gesamten Dresdener Stadtraum untermauert der Masterplan mit Vorschlägen für Ergänzungsbauten die Absicht des Studentenwerks, dass – anders als in den alten Bundesländern – auch in Zukunft etwa die Hälfte der Studierenden in Wohnheimen wohnen kann. Dies hat

seine Wurzeln in der einstigen, für die DDR typischen „Vollversorgung“, in der Studierende in Dreibettzimmern mehr einen „Schlafplatz“ als einen Wohnraum mit Arbeitsplatz erhielten. Heute sind es überwiegend Ein- und Zweibettzimmer in vielen Hochhäusern und Zeilen.

- *Rückkehr zum Dresdner Stadtraum:* Die TU Dresden hat mit ihren Lehr- und Forschungsgebäuden im Kerngebiet bis in die 50er Jahre jede falsche Monumentalität vermieden. Ihre eher unaufdringliche Putz- und Ziegelmodernität setzte auf eine freundliche Erscheinung im Fußgängermaßstab, deren Qualität und Brauchbarkeit bis heute überzeugt. Auch im Kerngebiet könnten noch Neubaulprojekte entstehen und trotzdem gleichzeitig die alten Bäume erhalten bleiben. Die TUD hat dort die große Chance anzuknüpfen, wo ihre städtebaulichen Konzepte fruchtbar gegründet waren, d.h. an perspektivische vier- bis fünfgeschossige Baulinien entlang bestehender Straßen. Dagegen ist aus heutiger Sicht vor allem am Rand des Hochschulstadtteils der immense Verlust perspektivisch wirkender Stadträume zu beklagen. Entsprechend verfolgt der Masterplan als Kernidee, dass die Hochschule in den Stadtraum der Dresdener Südstadt mit neuen Baulinien entlang wichtiger Straßen zurückkehrt. Verloren gegangene Plätze müssen neu konturiert werden.
- *Neuordnung durch Kombination unterschiedlicher Stadtbausteine:* Die Elemente des Masterplans zur Neuordnung bestehen aus verschiedenen Stadtbausteinen, die wir entsprechend den funktionalen Anforderungen der Hochschule gewählt und den jeweiligen lokalen Vorgaben zu einer „gemischten“ Stadtbaukonzeption gefügt haben: Straßenrandbebauung, netzartige Bebauung, Platzkonturen, hofartige Bauten, kammartige Bebauung für naturwissenschaftliche Forschungsbauten, Doppelspangen usw. Sie sind im Städtebau auch für ganz andere Aufgaben üblich.
- *Platz als zentraler Hochschuleingang:* Der Fritz- Förster- Platz, der zentrale Platz des Kerngebiets soll als Kreisplatz wieder entstehen und zum wichtigsten Hochschuleingang mit neuem Hörsaal-Zentrum, Audimax und bestehender Mensa werden. Auch das Rektoramt könnte in seiner Baulinie als neue Platzkante hierher erweitert werden.
- *Vielfältiges Angebot an Grün- und Freiflächen:* Das Hochschulkerngebiet erhält einen inneren Hochschulgarten und Hochschulpark als Angebot für eine Hochschulbevölkerung, als Stadtoase, zum Treff oder zum Ausruhen in den Vorlesungspausen. Wichtige Verknüpfungspunkte zwischen Hochschule und öffentlichem Raum sind angrenzende Stadtteilplätze, die vegetationsräumlich mit jeweils eigener Charakteristik aufzuwerten oder überhaupt wieder herzustellen sind. Wichtige Fuß- und Radwegachsen innerhalb der TU sollen durch große Baumreihen hervorgehoben werden. Die am Fuß der Räcknitzer Höhe gelegenen Erweiterungsflächen der TUD nach Süden sollen umweltverträglich in die Stadtrandzone eingebunden werden. Dort befinden sich viele Kleingärten sowie die

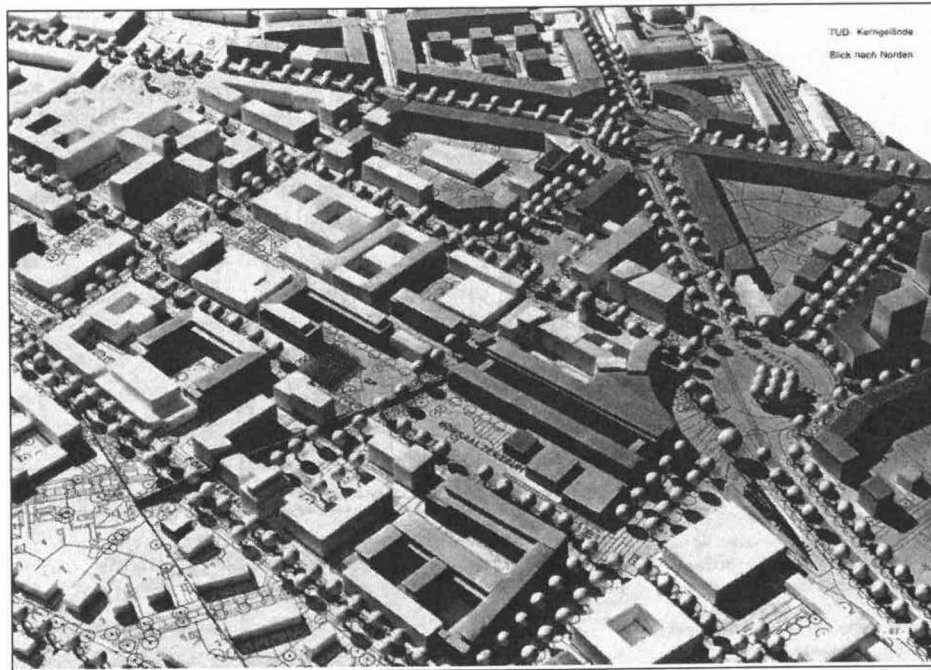


Abb. 4: Modell-Foto zur Neuordnung im TUD-Kerngebiet nach dem Masterplan. Hell = Bestandsbauten; Dunkel = Neubauvorschläge. Die Dichte ist auf eine GFZ von ca. 1.6 erhöht; Architekten: Aminde + Partner.

Brachflächen einer ehemaligen Ziegelei mit einer Lehmgrube. Hier bietet sich die willkommene Möglichkeit, größere zusammenhängende Freiflächen zu entwickeln, die einerseits eine hohe Bedeutung als Frischluftschneise erlangen können, zum anderen den Hochschulangehörigen wie der benachbarten Wohnbevölkerung einen Stadtteil-Park bieten. Die Architekten Burger + Tischer haben inzwischen für das Freiraumkonzept detaillierte Pflanz- und Belagspläne vorgelegt, die schrittweise realisiert werden.

- *Universität der kurzen Wege:* Die gesamte TUD soll auch im größerem räumlichen Zusammenhang ein Stadtteil für Fußgänger und Radfahrer werden. Im Innern werden Hochschulquartiere fahrverkehrsfrei und erhalten nur Geh-/Radwege, deren bedeutendster eine Ost-West Verbindungsachse ist. Insgesamt sind im Masterplan alle Lehr- und Forschungseinrichtungen in maximal 20 Minuten Gehentfernung untereinander erreichbar. Aufgrund von Standortuntersuchungen und Testentwürfen wurde die große Bibliothek, zusammengesetzt aus Sächsischer Landesbibliothek und TU-Bibliothek und an einen Standort im Ostgebiet platziert, der von allen Hochschuleinrichtungen höchstens zwölf Minuten Gehminuten entfernt ist.

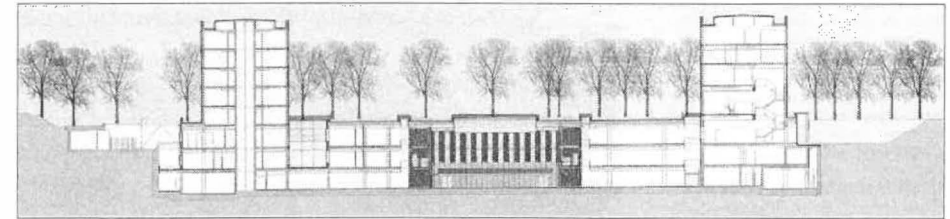


Abb. 5: Schnitt durch die Sächsische Landes- und Universitätsbibliothek in Dresden mit Lesesaal und Magazinen im UG. Ein schöner Baumbestand sollte erhalten bleiben; Architekten: Ortner & Ortner Baukunst.

- *Gute Erreichbarkeit im Öffentlichen Nahverkehr:* Die TU Dresden ist derzeit sowohl mit dem öffentlichen Personennahverkehr als auch mit dem Individualverkehr günstig erreichbar. Bus und Straßenbahn bieten Anschluss an die Stadt und gewährleisten eine kurze Fahrzeit zum Hauptbahnhof mit Übergang in S-Bahn, Vorortbahn und Fernbahn. Im Einzugsbereich der Straßenbahn-Haltestellen wird die Hochschulnutzung räumlich verdichtet, um ein Nachfragepotenzial für den öffentlichen Nahverkehr zu konzentrieren. Hätte man den in der HIS-Prognose genannten ca. 20.000 Studienplätzen wie üblich einen Stellplatzschlüssel von 1 Pkw je 4 Studienplätzen zugrunde gelegt, wären 5.000 Pkw baurechtlich nachzuweisen. Damit wären hohe Kosten und große Bauflächen verbunden gewesen; der überwiegende Teil der Stellplätze müsste in Tiefgaragen entstehen. Der Masterplan empfiehlt in Anlehnung an die Dresdener Stellplatzsatzung der Innenstadt mit 1:10 eine niedrigere Stellplatzzahl. Damit soll der ÖPNV gestärkt werden. Die vorgeschlagenen 2.000 neuen Stellplätze sollen sich am Rand des Hochschulstadtteils verteilen, wobei Stellplätze an öffentlichen Straßen mitgerechnet sind.

4. Realisierungen und weitere Schritte

Der Masterplan bildet seit 1995 eine Grundlage für die bauliche Entwicklung der TUD. Im Hochschulkerngebiet sind inzwischen öffentliche Architekten-Wettbewerbe entschieden und erste Ergebnisse realisiert: das Hörsaal-Zentrum und die chemischen Institute sowie Neubauten für die juristische Fakultät. Im kleineren Süd-Campus wurden zwei Max-Planck-Institute neu errichtet: MPI für die „Physik komplexer Systeme“ und die „Physikalische Chemie fester Stoffe“. Im Osten sind Neubauten für Naturwissenschaftliche Institute in Vorbereitung, z.B. für die Biologie und das Wasserwesen. Die dringend benötigte Brücke für Fußgänger und Radfahrer über die stark belastete Bergstraße auf Höhe der Mensa in Richtung Hörsaalzentrum ist als wichtiger Teil des Ost-West-Querwegs endlich in der Realisierung. Damit wird die zunehmende Zerschneidung des TU-Geländes durch wachsenden städtischen Durchgangsverkehr deutlich gemildert.

Wichtigster Neubau, im östlichen Teilgebiet gelegen, ist die kooperierende Landes- und Universitätsbibliothek, die in zwei prägnanten Baukörpern am Zelleschen Weg mit einem gemeinsamen Bücherspeicher und mit Leseflächen im Untergeschoss alle Funktionsbereiche einer Großbibliothek versammelt. Sie wurde durch die Architekten Ortner & Ortner nach einem Realisierungs-Wettbewerb gebaut. Zusammen mit sechs zugeordneten Zweig-Bibliotheken und einem Fachsprachen-Zentrum ist hier eine in der deutschen Hochschullandschaft einzigartige Konzentration abrufbaren Wissens entstanden.

5. Resümee

Ein städtebaulicher Masterplan für die Hochschulentwicklung ist keine Selbstverständlichkeit und in der Planungsgeschichte der Hochschulentwicklung in den neuen Ländern schon gar nicht, weil oft nur dringende Umbauten und Erweiterungen möglich sind. In Dresden hatte man den Mut zu einer „Universität neuen Typs“ und zu einer stadträumlichen Langfrist-Konzeption. Der Masterplan wird jetzt vom Staatshochbauamt Dresden II gemeinsam mit dem Planungsdezernat der Technischen Universität fortgeschrieben. Erstaunlich sind die großen Baufortschritte in wenigen Jahren seit seiner Fertigstellung und die Verdoppelung der Studentenzahlen in der gleichen Zeit. Inzwischen sind die großen Neubauten der TUD, gefördert mit Mitteln auch aus den „alten Bundesländern“, wieder tragende Bausteine für den Stadtraum in Dresden-Süd.

Literatur: H.J. Aminde / A. Loweg, Städtebauliche Entwicklung für Studentenwohnheime in Dresden, Projektbericht im Auftrage des Studentenwerks Dresden, Stuttgart 1995; M. Dülfer, Der Neubau der Königlich-Sächsischen Technischen Hochschule in Dresden, in: Zirkelmonographien, Bd. 1, Berlin 1914; *Geschichte der Technischen Universität Dresden 1928-1988*, Berlin 1988; *HIS-Hochschulinformationssystem GmbH*, Nutzungskonzept Technische Universität Dresden, Hannover 1992; *dies.*, Belegungskonzeption und bauliche Entwicklung, Technische Universität Dresden, Teil II, Hannover 1995; H. Linde (Hrsg.), Hochschulplanung, 4 Bde., Düsseldorf 1970; R. Rothe, Die bauliche Entwicklung der Technischen Universität Dresden, in: Zentralinstitut für Hochschulbildung, Abt. Hoch- und Fachschulbau Dresden (Hrsg.), Hochschulbauplanung in der DDR. Geschichte, gegenwärtige Situation, Entwicklungstendenzen, Forschungsarbeit, Dresden 1984; *Sächsische Landes- und Universitätsbibliothek in Dresden*, in: Baumeister 9/2002, S. 38-47; *Städtebauliches Entwicklungskonzept für die Technische Universität Dresden*, Arbeitsbericht von H.J. Aminde (Stuttgart), C. Bott (Korntal), Bender + Stahl (Ludwigsburg), H. Billinger (Stuttgart), hrsg. vom Staatshochbauamt Dresden II, vertreten durch D. Janosch, Dresden, 1994.

PROF. DR. HANS JOACHIM AMINDE, Aminde + Partner, Olgastraße 19, 70182 Stuttgart.

Harald Bodenschatz

TU Berlin – Aschenputtel in der Innenstadt?

Die deutschen Universitäten stehen vor einer neuen Herausforderung: Sie müssen sich einem nationalen und internationalen Wettbewerb stellen. Das gilt vor allem für die drei großen Universitäten der finanzschwachen Hauptstadt Berlin. Auch meine Hochschule, die Technische Universität Berlin, wird sich neu positionieren müssen; und zwar nicht nur hinsichtlich ihres Kernauftrags – der Forschung und der Lehre, sondern auch, das wird oft übersehen, hinsichtlich ihres Verhältnisses zur Stadt. Jede Universität wird sich in Zukunft auch dadurch behaupten müssen, dass sie sich gestalterisch erneuert und gleichzeitig zur Stadt hin weiter öffnet. Die Chance, ihr Verhältnis zur Stadt zu bestimmen, eröffnet sich einer Universität nur selten. Die Technische Universität Berlin erhält jetzt, so meine These, ihre dritte Chance.

1. Erste Chance: Gründung zu Beginn der Kaiserzeit

Mit der Wahl des Standorts der neuen Technischen Hochschule im Jahre 1876 ist das Verhältnis der neuen wissenschaftlichen Institution zur Stadt Berlin begründet worden. Insgesamt waren zwölf verschiedene Standorte in der Diskussion, aber die Wahl fiel schließlich auf Charlottenburg, außerhalb der Stadt Berlin. Was war das damals für ein Standort? Das Areal der künftigen Technischen Hochschule war in einem urbanistisch diffusen Raum mit ungewisser Zukunft gelegen, in einem suburbanen Raum des damaligen Berlin, der durch eine Vielzahl von einzelnen, nicht miteinander abgestimmten Standortentscheidungen gekennzeichnet war. Seit den 1830er Jahren waren folgende urbanistische Veränderungen in diesem Raum zu verzeichnen: Im Jahre 1835 eröffnete Ernst March eine Töpferei, die sich bald zu einer Tonwarenfabrik entwickelte; in den 1840er Jahren entstand mit der Anlage des Neuen Sees der Seepark; südlich des Seeparks wurde 1845 die großflächige Reitbahn, das Hippodrom, angelegt; bereits 1844 öffnete der Zoologische Garten seine Tore; 1845-1850 wurde ein alter Graben zum Schifffahrtskanal, dem Landwehrkanal, ausgebaut. 1862 wurde der Hobrechtplan genehmigt, der auch die Bebauung Charlottenburgs regelte.

1865 erreichte mit der ersten Berliner Pferdeisenbahn der moderne öffentliche Verkehr diese Gegend; im gleichen Jahr wurde die Hardenbergstraße angelegt – durch den Ausbau eines alten Triftwegs. Damit war dieser Teil von Charlottenburg der Bebauung juristisch und materiell erschlossen: Es entstand beispielsweise 1866 die Villa Bleichröder am Knie, dort, wo die neue Hardenbergstraße die historische Achse der Kurfürstenallee traf. Weitere Villen folgten, darunter die Villa March. 1871 wurden die Anlagen der Porzellanmanufaktur auf dem Charlottenburger Standort konzentriert, der erst 1816

begründet worden war. Im Jahre 1873 wurde an der Fasanenstraße mit dem Bau der ersten großen Unterrichtsanstalt, der Artillerie- und Ingenieurschule, begonnen.

Das Gebiet um die künftige Technische Hochschule ist ein Paradebeispiel der zügigen Suburbanisierung des 19. Jahrhunderts im Großraum Berlin – Beispiel für den Patchworkstädtebau dieser Zeit und für die Zersiedelung bereits im 19. Jahrhundert, aber auch für die Ungewissheit der Entwicklung, die sich in der Anlage unterschiedlicher, sich widersprechender Bauten und Nutzungen zeigte: Was war die Zukunft dieses Gebietes? Würde es ein Gewerbegebiet werden, wie die Unternehmungen von Ernst March und der Porzellanmanufaktur verhiessen? Oder ein Villengebiet? Oder eine Freizeitlandschaft, wie es der Zoo, der Tiergarten und das Hippodrom nahe legten? Oder ein vornehmes, bürgerliches Mietshausgebiet? An eine City West war damals nicht einmal im Traum zu denken. Der heutige Breitscheidplatz wurde auf dem Situationsplan von 1877 noch als Platz F geführt.

Wenn wir die Zeitschiene betrachten, so wurde mit dem Hobrechtplan die Grundlage für eine Bauspekulation geschaffen, die in der Gründerzeit 1871-1873 einen Höhepunkt erreichte und nach dem Gründerkrach 1873 in eine langjährige Krise mündete. In diesen Krisen Jahren galt es, öffentliche Baumaßnahmen anzukurbeln, nicht nur, um der Bauwirtschaft das Überleben zu erleichtern, sondern auch, um Ankernutzungen für die weitere Stadtentwicklung zu akquirieren. Nach der Gründerkrise waren die Verwertungsinteressen in dem Charlottenburger Entwicklungsbereich erheblich beeinträchtigt, wie schon Zeitgenossen bemerkten. Im April 1876 übergab der Berlin-Charlottenburger Bauverein dem zuständigen Minister eine Denkschrift, in der das Gelände der Königlichen Baumschule am Hippodrom als Standort der neuen Hochschule vorgeschlagen wurde. Der Bauverein wies zugleich darauf hin, dass er selbst für Lehrer und Studenten genügend Wohnungen in der näheren Umgebung bauen könne. Die Technische Hochschule wurde völlig zu Recht als Motor der Stadtentwicklung betrachtet.

Bei der Standortwahl zugunsten Charlottenburgs bündelten sich offensichtlich verschiedene Interessen. Wichtig war der Wunsch des Interessenblocks im Bauwesen, den Neuen Westen aufzuwerten, aber auch das Interesse der Bildungspolitiker, der Berufsinstitutionen und des wissenschaftlichen Personals, mit der Wahl eines vornehmen Villengebietes das Bild einer im Vergleich zur Universität zweitklassigen Industrieschule abzuschwächen, schließlich der Wunsch des Hofes, die königliche Achse zwischen Stadtschloss und Schloss Charlottenburg durch repräsentative Bauten zu nobilitieren.

Die erfolgreiche Ansiedlung der Technischen Hochschule darf hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Stadtentwicklung nicht unterschätzt werden. Zusammen mit der zeitgleichen Vollendung der Berliner Stadtbahn und der Anlage des Bahnhofs Zoologischer Garten waren nunmehr die Grundlagen für einen sozial privilegierten neuen Stadtteil gelegt worden, der sich mittelfristig zum Zentrum des Neuen Westens und langfristig zur City West entwickeln sollte. Der Bau der Technischen Hoch-

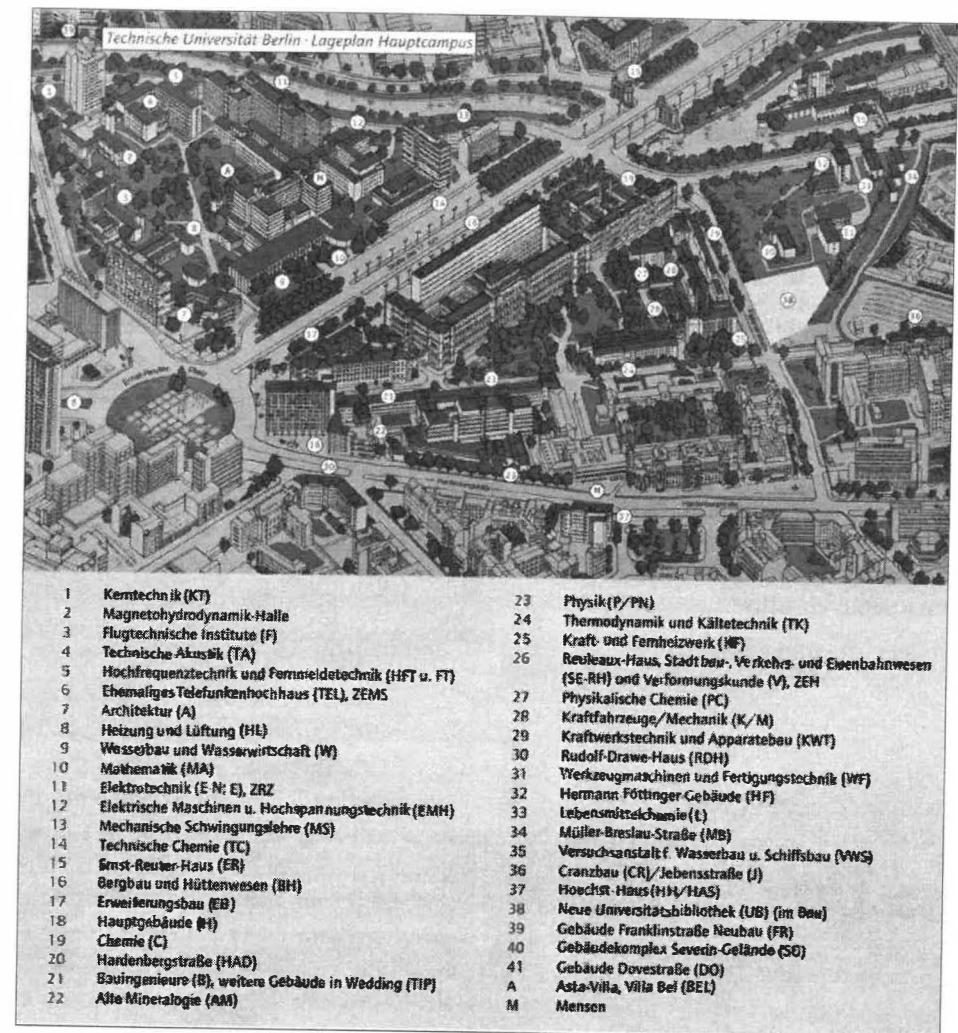


Abb. 1: Aktueller Lageplan des „Hauptcampus“ der TU Berlin mit Stammgelände (Bildmitte) und Nordgelände (oben links); Quelle: TU Berlin.

schule war ein entscheidender Faktor, der die Urbanisierung des suburbanen Raums im östlichen Charlottenburg verstärkte. Der Aufstieg des Neuen Westens war auch der Technischen Hochschule geschuldet.

Kleinräumig war zwischen einer Lage der neuen Hochschule an der historischen Westachse der Berliner Straße oder an der neuen Hardenbergstraße zu entscheiden. Die Wahl des Standortes an der Berliner Straße hatte sicher eine Vielzahl von Grün-

den. Wichtig war die stadtentwicklungspolitische Botschaft. Die neue Technische Hochschule verortete sich nicht nur an der Verbindung zweier Residenzen der Hohenzollern, sie verdeutlichte auch ihren Bezug auf das alte Berlin, auf die Allee Unter den Linden, die faktische Schlossstraße des historischen Berlin. Die Technische Hochschule war auf das historische Zentrum ausgerichtet, nicht auf das Gebiet um den gerade erst neu angelegten Bahnhof Zoologischer Garten, das spätere Hauptzentrum des Neuen Westens.

Das erste Areal der Technischen Hochschule war durch diese kleinräumige Standortwahl eindeutig begrenzt: Es entfaltete sich auf dem Dreieck zwischen der Berliner Straße im Norden, der Kurfürstenallee im Süden und dem beschnittenen Hippodrom im Osten. Neben dem Hauptgebäude befanden sich 1899 auf diesem Gelände noch das Gebäude des Chemischen Laboratoriums, das Kessel- und Maschinenhaus sowie das Gebäude für die technischen Versuchsanstalten. Das übrige Grundstück war in einen Park verwandelt worden. Die Gesamtanlage war auf die Zahl von 2.000 Studenten ausgelegt. Der Park umfasste einige architektonische Spolien, die Ausdruck und Opfer der Stadterneuerung und Stadterweiterung der Kaiserzeit sind: zuallererst eine einsame große Säule, die heute weitgehend unbeachtet im ruhigen Gartenbereich des Stammgeländes vor sich hin bröckelt. Diese Säule stammt vom alten Dom, der durch Schinkel erneuert worden war. Die Schinkelsäule erinnert so nicht nur an die mit dem Namen Schinkel verbundene Frühphase der Technischen Hochschule, an die Bauakademie, sondern auch an die Teilzerstörung der Schinkelschen Stadtlandschaft. Einen engeren Bezug zur Technischen Hochschule stellen die architektonischen Überreste der Borsigschen Eißengießerei und Locomotivanstalt am Oranienburger Tor dar, die hinter wucherndem Grün nahe der Schinkelschen Säule im Garten des Stammgeländes zu finden sind.

Während in den späten 1880er Jahren der Standort der Technischen Hochschule begründet und bis zum Ersten Weltkrieg ausgebaut wurde, kamen in der Zwischenkriegszeit nur wenige Erweiterungen hinzu. Die wichtigste war zweifellos die Expansion des Hochschulgeländes nach Süden, über die Kurfürstenallee hinaus, in einen Bereich, wo bereits seit der Jahrhundertwende die Hochschule für die bildenden Künste sowie die Hochschule für Musik ihren Platz gefunden hatten. Das alte Physikgebäude markiert diese Erweiterung eindrucksvoll. Den entscheidenden Schritt in Richtung Hardenbergstraße stellte dann 1935/36 das „Studentenhaus“ dar, das zusammen mit dem „Brandenburger Tor“ angelegt wurde. Dieses Tor verdoppelte die Orientierung der Technischen Hochschule: Bezug war nicht mehr nur das historische Zentrum, sondern nunmehr auch das aufstrebende Zentrum des Neuen Westens. Damit war die Konsequenz aus den Folgen des städtischen Wachstums und der Schwerpunktverlagerung der Gesamtstadt in Richtung Westen gezogen. Die Technische Hochschule hatte sich neu positioniert, sie war nunmehr funktional und symbolisch doppelt in der Stadt verankert.

2. Zweite Chance: Neugründung nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Verhältnisse in der gesamten Stadt unklar. Was würde aus Berlin werden? Niemand konnte in den ersten Jahren nach Kriegsende auf diese Frage eine klare Antwort geben. Auch für die Technische Hochschule war die Zukunft ungewiss. In dieser Zeit der Unsicherheit gewann zunächst ein Gebäude eine historische Schlüsselbedeutung, das gerade erst den Anschluss an das Zentrum des Neuen Westens hergestellt hatte: das „Studentenhaus“. Dieses Gebäude bot 1946 Raum für die Neugründung der Technischen Hochschule als Technische Universität und symbolisiert diesen Akt.

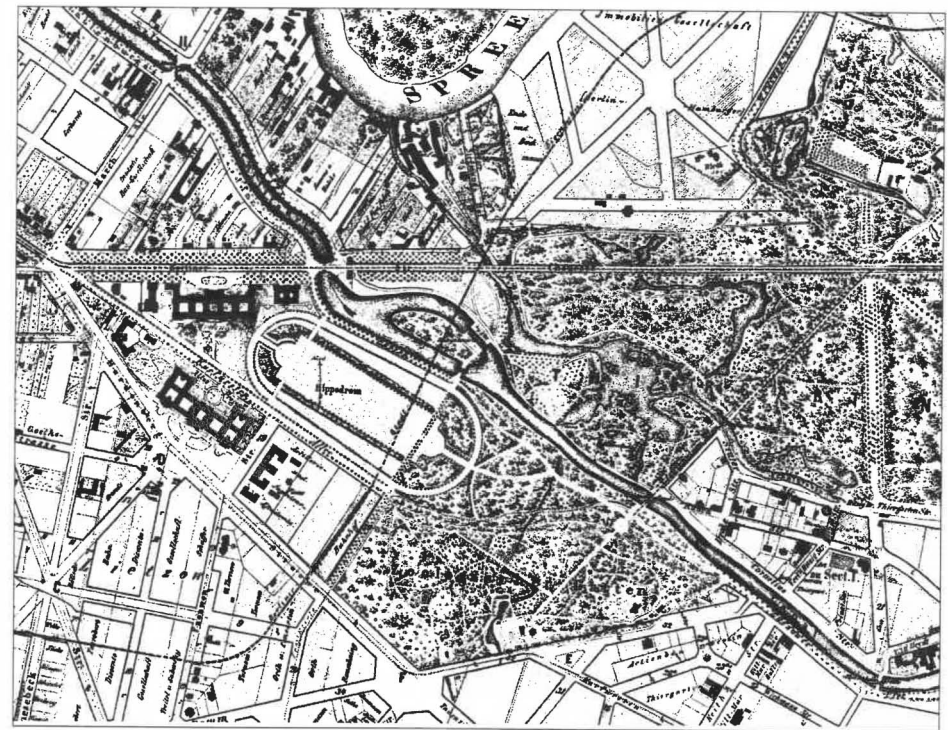


Abb. 2: Allgemeiner Situationsplan des Umfeldes der künftigen Technischen Hochschule zu Berlin, 1877. Für die Technische Hochschule selbst sind zwei alternative Standorte dargestellt; Quelle: *Plansammlung der TU Berlin*.

In den 1950er Jahren wurde das Zentrum des Neuen Westens zur symbolischen City West ausgebaut. Städtebaulich bedeutete dies die moderne Neugestaltung des Platzes um die Ruine der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, aber auch die Neugestaltung eines repräsentativen modernen Hauptstraßenraums zwischen diesem neu-

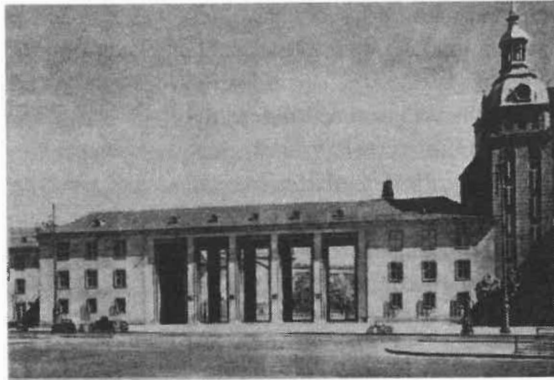


Abb. 3: Das „Brandenburger Tor“ an der Hardenbergstraße, später zugunsten der Mensa abgebrochen; Quelle: *TU Berlin, Hochschularchiv*.

en Zentrum und dem Ernst-Reuter-Platz. In der Tat kann die Hardenbergstraße als ein Schlüsseldokument des West-Berliner Zentrumsbaus der Nachkriegszeit gelten. Seinen Höhepunkt erlangte dieser Kraftakt am Ernst-Reuter-Platz, dem herausragenden Dokument des autogerechten Städtebaus der Nachkriegszeit in West-Berlin. Am Ernst-Reuter-Platz realisierte die neu gegründete TU Berlin auch ihr erstes architektonisches Manifest: das Gebäude für Bergbau und Hüttenkunde, 1955-1959 nach Entwürfen von Willy Kreuer errichtet. Dieses Gebäude setzte die neuen Zielsetzungen des anti-axialen Städtebaus programmatisch um: Es brach die barocke Achse der Kurfürstenallee, nunmehr Hertzallee genannt, es verweigerte die Ausrichtung auf die Ost-West-Achse der Straße des 17. Juni, es nahm aber auch keinen Bezug zur Hardenbergstraße, sondern akzentuierte den neuen Ernst-Reuter-Platz. Ohne jeden Eingang zum Platz verdeutlichte es zugleich den Sinn des neuen Platzes, nämlich Clearing Point zu sein für den damals erwarteten, ja geradezu ersehnten automobilen Massenverkehr. Der Neubau von Willy Kreuer symbolisiert die neu gegründete TU Berlin wie kein zweiter Bau.

Das zweite bauliche Manifest der TU Berlin in der Nachkriegszeit ist weniger beeindruckend. Das alte, teilzerstörte Hauptgebäude wurde im Norden mit einem 1961-1968 errichteten Neubau konfrontiert, dessen Gestaltung nicht mehr an ein Universitätsgebäude erinnert. Es zeigt vor allem eines: Die Universität ist nicht mehr vorrangig eine Unterrichtsanstalt, eine Institution, die auf einem bildungspolitischen Programm ikonographisch aufbauen will, sondern eine Großinstitution, die einer erheblichen Verwaltung bedarf. Das neue Hauptgebäude präsentiert sich wesentlich als Verwaltungsgebäude, das sich nicht von anderen Verwaltungsgebäuden unterscheidet. Vor allem aber bringt es die Botschaft der Expansion der TU Berlin zum Ausdruck. Denn die Nachkriegszeit war durch die Überwindung der Straße des 17. Juni in Richtung Norden und die Inbesitznahme des Nordgeländes geprägt. Diese Expansion kann als Suburbanisierung der TU Berlin bezeichnet werden, als kontrollierte Suburbanisierung. Mit der Bebauung des Nordgeländes wurde im Jahre 1958 begonnen. Die neuen Gebäude nahmen auf überkommene Bauten und Parzellen-



Abb. 4: Wettbewerb zur Erweiterung der Technischen Universität: erster Preis 1968, nicht realisiert (B. Lambart und Ö. Özyar mit W. Eisele); Quelle: *Die Bauverwaltung* 8/1969, S. 415.

richtungen wenig Rücksicht, wie noch heute die beiden erhaltenen, „schräg“ stehenden Altbauten zeigen.

Der städtebaulich und architektonisch bedeutendste Bau dieser Norderweiterung ist zweifellos das 1963-1967 errichtete Architektur-Gebäude, das einzige Gebäude, das sich in großzügiger Weise zum Ernst-Reuter-Platz hin öffnet. Es zeigt seine Bestimmung und ist nicht mit einem beliebigen Verwaltungsgebäude zu verwechseln. Dies kann man nicht von allen Gebäuden des Nordgeländes behaupten. Im Zuge der 1960er Jahre wurde dieses durch eine Vielzahl von Solitären vollgebaut, deren städtebauliche Komposition wie architektonische Feinheit zu wünschen übrig lassen. Anders als das Stammgelände mit der Hertzallee fehlt dem Nordgelände ein städtebaulicher Zusammenhalt. Wissenschaft erscheint hier als Addition von Instituten. Den Solitärbauten ist ein gemeinsamer Bezugspunkt verloren gegangen. Kontrollierte Suburbanisierung meint: Es gibt eine klare äußere Grenze, aber innerhalb dieser Grenze entfaltet sich ein additiver Städtebau, Ausdruck der Partikularisierung der Wissenschaften. Mit der Erschließung des Nordgeländes war die zweite große Erweiterung des Geländes der TU Berlin vollzogen.

Stadträumlich ist diese dritte Phase eindeutig bestimmt: Aus der doppelten Orientierung der Zwischenkriegszeit wurde – bedingt durch die Spaltung der Stadt – die einseitige Orientierung auf die City-West. Das Hauptgebäude war nunmehr auf die Rückseite des Uni-Geländes gerückt, sein Bezug zum historischen Zentrum war gebrochen. Doch die Orientierung auf die City-West war auch nicht gerade großartig: Der direkte Bezug über den Ausgang an der Fasanenstraße spielte keine Rolle, da die simulierte City-West keine Kraft besaß, über die Gebäude an der Hardenbergstraße hinaus sich nach Norden zu erweitern. Der Block nordwestlich des Bahnhofs Zoo blieb untergenutzt – als Busbahnhof wie als Standort für einige TU-Gebäude, die bereits in den 1950er Jahren errichtet worden waren. Das „Brandenburger Tor“ wurde beseitigt, um dem Neubau der Mensa 1965-1967 Platz zu machen. Zwar war die Mensa insbesondere in der Zeit der Studentenbewegung ein wichtiger Treffpunkt, in gestalterischer Hinsicht schloss sie aber das TU-Gelände ab, statt es weiter zu öffnen.

Das gewaltige Wachstum der TU Berlin führte schließlich zu einer Diffusion in unterschiedliche Gebiete West-Berlins, eine Entwicklung, die die räumlichen Ver-

hältnisse der TU Berlin verunklärte und die institutionelle Partikularisierung für alle sichtbar zum Ausdruck brachte und weiter förderte. Aus der kontrollierten Suburbanisierung wurde die suburbane Zersiedelung der Wissenschaften, der Scientific Sprawl. Die 1960er Jahre können als eine Zeit betrachtet werden, in der das Verhältnis zur Stadt kein wichtiges Thema mehr war. Diese Achtlosigkeit prägt das TU-Areal bis heute.

Die räumliche Lösung von der Stadt fand schließlich in den Ergebnissen des im Mai 1968 entschiedenen städtebaulichen Wettbewerbes zur Erweiterung der TU Berlin ihren Höhepunkt. Der preisgekrönte Entwurf zeigt eine Universität, die über die überkommene Stadt hinweggeht und diese ignoriert. Die Universität wurde buchstäblich als Elefant im Porzellanladen der Stadt präsentiert. Nach diesem urbanistischen Overkill wurde die Bebauung des Nordgeländes durch den Neubau eines Gebäudes bereichert, das wieder zur Stadt zurückgefunden hat: Das 1973-1983 errichtete Mathematikgebäude öffnet sich zur Straße des 17. Juni und stärkt die wichtige Nord-Süd-Verbindung durch das TU-Gelände.

3. Dritte Chance: Neuorientierung nach der Wiedervereinigung Berlins

Mit der Vereinigung Berlins im Jahre 1990 haben sich die Verhältnisse zwischen der Technischen Universität und der Stadt wiederum grundlegend verändert. Die TU Berlin kann sich nun wieder in Richtung Gesamtberlin orientieren. Eine Neuauflage der in der Zwischenkriegszeit realisierten doppelten Orientierung auf die Stadt steht auf der Tagesordnung. Gleichzeitig ist die TU Berlin wie die Stadt in einer prekären Situation: sie steht vor gewaltigen Haushaltsproblemen, sie muss schrumpfen und sich zugleich zukunftsfruchtig erneuern. Wie bei der Stadt lässt der Druck zur Schrumpfung nur wenig Spielraum für eine Erneuerung – und dies ausgerechnet in einer Zeit, in der der Wettbewerb zwischen den Universitäten national und international schärfer wird. Während die Stadt sich bewusst ist, dass in der Städtekonkurrenz das eigene Bild, die Kraft zur Gestaltung und die Schaffung attraktiver Stadträume von außerordentlicher Bedeutung sind, hat die Hochschulpolitik sich dieses Thema – trotz der Zweihundertjahrfeier 1999 noch nicht konsequent zu eigen gemacht.

Der institutionelle und stadträumliche Status Quo der TU Berlin bietet keine gute Ausgangsbasis für die Zukunft. Es gibt zu wenig Aktivitäten, die die TU Berlin als gemeinsame Institution erlebbar machen, es gibt kein Gebäude, das die TU Berlin symbolisch repräsentiert, und es fehlen öffentliche Räume, die als gemeinsame wahrgenommen werden. Das Potenzial dafür ist sicher vorhanden, es muss nur besser genutzt werden. Die personelle und räumliche Schrumpfung bietet auch die Chance, die TU Berlin im Bereich des Stamm- und Nordgeländes zu konzentrieren und neu zu positionieren.

Anders als die TU Berlin selbst ist ihr städtebauliches Umfeld bereits in Bewegung geraten. Vor allem jenseits des Landwehrkanals verändert sich die Stadt erheblich. Unter dem begrifflichen Mantel „Spreestadt Charlottenburg“ wird ein Stadt-

umbau vorbereitet, der mit der Eröffnung des Daimler-Chrysler-Komplexes im Jahre 2000 schon unübersehbar geworden ist. Dagegen ist für den Bereich der kompakten Stadt westlich der Hardenbergstraße eine Mischung von partiellem Stadtbau und Stagnation charakteristisch. Von Stagnation geprägt ist auch das Umfeld westlich der Marchstraße. Die City West selbst ist – bislang allerdings nur programmatisch – ein Schwerpunkt des Berliner Stadtbbaus. Der für die TU Berlin außerordentlich bedeutsame Bereich östlich der Fasanenstraße, ist ein Schlüsselgebiet für die Konsolidierung der City West. Mit der Bibliothek, die derzeit dort errichtet wird, ist ein erster Anfang gemacht.

4. Perspektiven für eine City-Universität

Das im Umbau befindliche Umfeld ist Herausforderung wie Spiegel für die TU Berlin. Der Stadtbau verdeutlicht, dass sich auch die TU erneuern muss, ihr jedoch dazu noch die Kraft fehlt. Dass die TU sich erneuern soll, wird auch von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung betont. Wie aber kann eine gestalterische Erneuerung der TU Berlin angestoßen werden?

Zunächst stellt sich die Grundsatzfrage, ob der überkommene Campus qualifiziert oder langfristig zugunsten einer verstädterten Struktur aufgeben werden soll. Meine Antwort wäre: Die TU Berlin muss nicht neu erfunden werden. Vielmehr gilt es, die Stärken herauszuarbeiten, zu denen auch die Innenräume des Stamm- und Nordgeländes gehören. In einem zweiten Schritt ist der strukturelle Bestand zu prüfen, die inneren wie äußeren Vernetzungsräume des Universitätsgeländes. Der wichtigste innere Vernetzungsraum ist der Nord-Süd-Weg von der Mensa über das Hauptgebäude, die Straße des 17. Juni, entlang des Mathematikgebäudes in Richtung Landwehrkanal. Diese innere „Main Street“ der TU Berlin ist alles andere als überzeugend gestaltet: Ihr Beginn an der Mensa ist seit dem Abriss des „Brandenburger Tores“ nicht mehr erlebbar. Die Passage durch das Hauptgebäude ist nur für Eingeweihete zu orten, und der Durchgang zum Landwehrkanal ist durch ein Quergebäude optisch versperrt. Diese Achtlosigkeit in Richtung Norden ist vor dem Hintergrund der Entwicklung der Spreestadt Charlottenburg nicht mehr zeitgemäß. Neben der Nord-Süd-Verbindung ist die Achse der alten Kurfürstenallee im Stammgelände von großer Bedeutung, deren jetziger Zustand aber sehr unbefriedigend ist. Gleiches gilt für die potenziellen Haupteingänge: Für das Stammgelände sind das die beiden wenig einladenden Eingänge des Nord-Süd-Weges im Bereich der Mensa und des Hauptgebäudes, aber auch für die beiden Zugänge zur Hertzallee. Ungeklärt ist schließlich das räumliche Verhältnis zwischen TU Berlin und der benachbarten Universität der Künste, die sich bisher sehr hart gegeneinander abriegeln.

Mit der äußeren Vernetzung steht es nicht viel besser als mit der inneren. Das Nordgelände ist entlang der Marchstraße und des Kanals völlig abweisend, als ob es irgendwo weit draußen im anonymen suburbanen Raum verortet wäre. Auch an der

Hardenbergstraße gibt sich die TU Berlin relativ verschlossen. Die mangelhafte Vernetzung zum Stadtumfeld zeigt sich dort nicht zuletzt in einem verkehrstechnischen Detail – in der Barriere, die in der Straßenmitte die Fußgänger am Überqueren der Straße hindern soll, eine Lösung, die die überragende Dominanz des Autos auch in diesem innerstädtischen Straßenraum unterstreicht.

Aber nicht nur die Bezüge zur City West sind wichtig. Mit dem Fall der Mauer hat sich der Standort des Hauptgebäudes der TU radikal verändert. Während die Straße des 17. Juni bis 1989 an der Sektorengrenze endete und daher im Osten kein städtisches Ziel hatte, fungiert sie jetzt wieder als kürzeste Verbindung zum historischen Zentrum und verbindet nunmehr auch die Humboldt-Universität mit der Technischen Universität. Zwischen den beiden Universitäten liegen weitere wissenschaftsbezogene Einrichtungen von außerordentlichem Rang – etwa die Staatsbibliothek Unter den Linden und das Ernst-Reuter-Haus. Hier hat die Stadt Berlin eine einzigartige, ost-west-übergreifende Wissenschaftsachse, allerdings nur als Potenzial, nicht als Realität. Nicht einmal ein Bus-Shuttle verbindet bislang die beiden großen Berliner City-Universitäten miteinander.

Im Zentrum der TU Berlin zwischen Hauptgebäude und Mathematikgebäude präsentiert sich die Straße des 17. Juni als Riesenparkplatz. Das Problem ist hier der ruhende und nicht der fließende Verkehr. Die TU Berlin ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln hervorragend erreichbar. Exzessive Quantität der Parkplätze und Kostenfreiheit des Parkens sind typologische Merkmale von Shopping Malls. Auch die Straße des 17. Juni ist ausschließlich Erschließungsband, kein städtischer Straßenraum. Immerhin öffnen sich das Hauptgebäude und das Mathematikgebäude einladend zur Straße hin.

Die Probleme im öffentlichen Raum erreichen am Ernst-Reuter-Platz ihren Gipfelpunkt. Dieses gebaute Manifest der autogerechten Stadt kann mit seiner in der Regel toten Mitte und seinen unwirtlichen Rändern heute als antistädtischer Platz schlechthin bewertet werden. Er ist schwer nutzbar, abweisend und nur mit einem außerordentlichen Kraftakt durch den Fußgänger passierbar. Selbst in verkehrstechnischer Hinsicht gilt er nicht mehr als non plus ultra. Der graphische Reiz seiner Gestaltung erschließt sich nur dem Blick aus dem Hochhaus. Heute ist er faktisch ein Universitätsplatz und wird durch die besten Nachkriegsbauten der TU geprägt: das Gebäude für Bergbau und Hüttenwesen, das Telefunkenhochhaus, das inzwischen der TU Berlin gehört, und das Architekturgebäude. Allerdings weiß und merkt es kaum einer. Das beginnt schon beim Namen der U-Bahn-Station. Hier wäre ein Doppelname angemessener, wie dies auch in anderen Städten üblich ist: Ernst-Reuter-Platz/Technische Universität Berlin.

Schließlich ist eine Bestandsaufnahme der baulichen und räumlichen Schätze und Potenziale der TU Berlin nötig. Dazu gehören etwa die historischen Gebäude aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, aber auch das alte Physikgebäude und das Studentenhaus aus der Zwischenkriegszeit, und nicht zuletzt das Gebäude für Berg-

bau und Hüttenkunde, das bedauerlicherweise aus finanziellen Erwägungen von der TU Berlin aufgegeben werden soll. Zu den wertvollen Beständen sind im Nordgelände die beiden historischen Villen zu zählen, weiter das Architekturgebäude und das Mathematikgebäude, beides Gebäude, die sich über fachliche Veranstaltungen vorbildlich zur Stadt hin öffnen. Beachtung verdienen die heute kümmerlichen Reste der für die Entwicklung der TU Berlin wichtigen Hertzallee, die grünen Ruheräume im Stammgelände wie im Nordgelände, die ein großartiges Potenzial bergen, und nicht zuletzt das skulpturale Programm mit der Schinkelsäule als Highlight. Ziel sollte es sein, vorhandene Werte zu bewahren und herauszuarbeiten. Dafür müssen sie überhaupt erst einmal zur Kenntnis genommen werden.

Die Notwendigkeit, die TU Berlin weiter zur Stadt hin zu öffnen, ist natürlich nicht nur eine Frage der Eingänge. Erforderlich sind mehr Foren der Wissenschaft, die den Dialog mit der Stadt suchen. Für diesen Dialog gibt es gut geeignete und für stadtweite Veranstaltungen inzwischen auch genutzte Räume – vor allem im Hauptgebäude, im Mathematikgebäude und im Architekturgebäude. So finden in den Hörsälen des Architekturgebäudes immer wieder Veranstaltungen statt, die sich über die Universität hinaus an das Fachpublikum in der Stadt wenden. Seit kurzem hat das Haus sogar ein exzellentes Ausstellungsforum, das erstmals auch die sachgerechte Präsentation von historischen Dokumenten der Plansammlung der TU Berlin erlaubt, einer der bedeutendsten Plansammlungen der Welt, deren Schätze bislang nur auf Ausstellungen außerhalb der TU Berlin bewundert werden konnten.

Die TU Berlin muss sich im Neuen Berlin positionieren. Aber noch steht die These der 1960er und 1970er Jahre im Raum: Der beste Standort einer Großstadtuniversität ist der Stadtrand. Die Vorteile einer städtischen Universität werden dagegen noch zu wenig erkannt. Nicht nur Kultur, Cafés, Restaurants und Einzelhandel beleben ein Großstadtzentrum, sondern auch eine lebendige, offene Universität. Allerdings sind Hochschulen nicht per se ein Beitrag zur städtischen Öffentlichkeit. Gerade die schlummernden Potenziale der TU Berlin müssen erst noch entfaltet werden. Die Technische Universität Berlin ist im Kern noch eine suburbane Universität, sie muss erst noch eine City-Universität werden.

Literatur: H. Bodenschatz, Vom Werderschen Markt zum Ernst-Reuter-Platz. Zur Standortgeschichte der TU Berlin, in: K. Schwarz (Hrsg.), 1799 – 1999. Von der Bauakademie zur Technischen Universität Berlin. Geschichte und Zukunft. Berlin 1999; M. Bollé (Hrsg.), Der Campus. Ein Architekturführer durch das Gelände der Hochschule der Künste und der Technischen Universität Berlin. Berlin 1994; Chr. Brachmann / R. Suckale, Die Technische Universität Berlin und ihre Bauten, Berlin 1999; E. Konter, Zur Standortwahl der Königlichen Technischen Hochschule zu Berlin, in: K. Schwarz, 1799 – 1999 (s.o.); K. Schwarz (Hrsg.), 100 Jahre Technische Universität Berlin 1879-1979. Berlin 1979.

PROF. DR. HARALD BODENSCHATZ, TU Berlin, Institut für Soziologie, Franklinstraße 25, 10587 Berlin.

Gerd de Bruyn

Politisierte Tristesse und ästhetisierter Leistungsdruck Über den Wegzug der Frankfurter Universität aus der Stadt

1. Einführung

In gesellschaftskritischer und in städtebauteoretischer Perspektive lässt sich der Wegzug der Goethe-Universität aus Bockenheim nur bedauern: als Verwandlung einer „urbanen“ Hochschule in zwei neue Standorte suburbanen Charakters. Der eine (Campus Riedberg) beherbergt die naturwissenschaftlichen Fakultäten „auf der grünen Wiese“ weit vor den Toren der Stadt. Der andere hingegen (Campus Westend), der für die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften zuständig ist, liegt allenfalls geographisch innerhalb der Stadt. Handelt es sich doch um ein Areal, das, ob schon beherrscht von Hans Poelzigs IG-Farbenhochhaus, einem Denkmal der Weltarchitektur, für lange Jahrzehnte aus dem kollektiven Gedächtnis der Bürger gestrichen war, solange dort die US-Army ihr Hauptquartier (1955-1996) aufgeschlagen hatte. Daran wird sich auch in Zukunft wenig ändern, weil der im Westen angrenzende Grüneburgpark und die Wohngebiete im Osten ein städtisches Leben, wie es in Bockenheim möglich war, eher verhindern denn begünstigen werden.

Doch wen stört das schon? Allenthalben wird verbreitet (und sicher nicht zu Unrecht), der in einem Park gelegene geisteswissenschaftliche Bereich der Frankfurter Universität sei wegen der freundlich hellen Monumentalität des Poelzig-Baus, in dem nun schon seit zwei Jahren gelehrt und geforscht wird, in der Beliebtheit der Studierenden stark gestiegen. Das Programm des zur Zeit laufenden städtebaulichen Realisierungswettbewerbs „Campus Westend“ lässt darum auch keinen Zweifel daran, dass hier ein eingefriedetes Areal für eifrige Studenten entstehen soll und „eine optimale Arbeitsumgebung für exzellente wissenschaftliche Leistungen“, die sich mit den umgebenden „stillen“ Stadtteilen weder groß verzahnen wird noch muss. Von einem „Zusammenwachsen“ ist ehrlicher Weise erst gar nicht die Rede.

Verantwortlich für den neuen akademischen Geist ist die Tatsache, dass auch das öffentliche Hochschulwesen einem verschärften Wettbewerb unterworfen ist. Unsere Universitäten konkurrieren zunehmend um sinkende Studentenzahlen in den „klassischen“ Fachbereichen. Dabei fällt nicht nur die Qualität der Lehre und die Prominenz bestimmter Lehrstühle ins Gewicht, von wachsender Bedeutung ist auch die Lage und *architektonische* Attraktivität einer Hochschule. Das ist sicher nicht verkehrt. Auch muss uns nicht skeptisch stimmen, dass die Initiativen zur Verbesserung universitärer Standorte zunehmend dem amerikanischen Vorbild folgen. An ihm orientierte sich ja schon der Wiederaufbau der Frankfurter Universität in den 1950er Jahren. Während das Diplom ganz ohne Not dem Masterabschluss geopfert

werden soll, sind es durchaus nachvollziehbare wirtschaftliche Überlegungen, die für artige Campus-Universitäten sprechen, denen schon von außen das Recht auf hohe Studiengebühren anzusehen ist. Nur schwer ist einer Logik zu widersprechen, die den Hochschulen neue Einnahmequellen verspricht und dabei teure citynahe Areale, die von universitärer Nutzung „befreit“ werden, einer ökonomisch profitableren Verwertung zuführt.

2. Raum-Zelle und Gartenstadt

Die Verquickung von Universität, Stadtplanung und kapitalistischer Ökonomie führt uns zu dem von Manfredo Tafuri 1969 veröffentlichten Aufsatz „Radikale Architektur und Stadt“,¹ der innerhalb der modernen Stadtplanung zwei antagonistische Konzepte unterscheidet. Das eine wurde 1928 von Ludwig Hilberseimer in seinem Buch „Großstadt-Architektur“ formuliert, das die moderne Stadt als eine gewaltige „soziale Maschine“ beschreibt, die auf einen einzigen Baustein reduziert wird. Dieser wird als „Raum-Zelle“ bezeichnet, als standardisierte Grundlage eines Produktionsprogramms, das „keiner weiteren typologischen Komponenten“ mehr bedürfe.² Das andere Konzept stand in der Tradition der Gartenstadt, die in den 1920er Jahren dem „sozialdemokratischen“ Siedlungsbau zum Vorbild diente. Mit ihm versuchte eine reformfreudige Gesellschaft soziale Spannungen im Kapitalismus durch eine philanthrope Gestaltung und Organisation der Reproduktionssphäre auszugleichen. Auf diese Weise entstanden Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Badeanstalten und Volkshäuser etc., die dem Verwertungszwang entzogen waren, wobei es keine Rolle spielte, ob sie eher an der Realität oder an einer Fiktion der Bedürfnisse orientiert waren, die die Architekten des Neuen Bauens der werktätigen Bevölkerung unterstellten.

Mit der Raum-Zelle schaffte Hilberseimer den Architekten als Künstler und Produzenten bedeutsamer Objekte ab. Statt signifikanter Gebäude, die zur Identität einer Stadt beitragen, schien es ihm weit wichtiger und fortschrittlicher zu sein, Organisationsmodelle zu entwickeln und damit einer planerischen Tätigkeit nachzugehen, „die der Notwendigkeit der Arbeitsteilung in der Bauproduktion und den neuen Aufgaben des in eine solche Bauproduktion eingegliederten Technikers völlig entspricht.“³ Der Marxist Tafuri bewunderte in Hilberseimer den kompromisslosen Agenten einer konsequenten Rationalisierung des Kapitalismus, die eben jene Steigerung der Produktivkräfte ermöglichen sollte, von der sich der Kommunismus die Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft versprach.

1 In: M. Tafuri, Kapitalismus und Architektur. Von Corbusiers „Utopia“ zur Trabantenstadt, Hamburg/Westberlin 1977.

2 Ebda., S. 78.

3 Ebda., S. 81.

Hilberseimer machte die Zukunft der Architektur davon abhängig, ob sie in der Lage sei, Einfluss auch auf den produktiven Sektor zu nehmen. Im Unterschied hierzu hatten sich Stadtbau Direktoren vom Schlage eines Ernst May in Frankfurt, Martin Wagner in Berlin oder Fritz Schumacher in Hamburg in den Dienst einer Reformpolitik gestellt, die den Kräften des freien Marktes nicht im Wege stehen wollte. Stattdessen sollte den zur Lohnarbeit Gezwungenen mit Hilfe einer Umverteilungspolitik zu einer gesunden und einigermaßen bequemen Lebensweise verholfen und ihren Kindern der Besuch moderner Schulen und Kindergärten ermöglicht werden. Anders gesagt: In der Weimarer Republik wurde der unternehmerische Profit um die Kosten für jene „Wohnungen für das Existenzminimum“ geschmälert, die dem Großstadtproletariat von der Architektenavantgarde auf den Leib geschneidert wurde.

Noch heute werden die von den „roten Kommunen“ initiierten und gebauten Siedlungen an den ehemaligen Rändern unserer Städte als Glanzleistungen des Neuen Bauens gefeiert. Tafuri dagegen bezeichnet die Planung der viel bewunderten Gartenstädte der 1920er Jahre wegen ihres defensiven Charakters und aufgrund der Tatsache, kaum Einfluss auf die großstädtische Wirklichkeit und ihre Widersprüche genommen zu haben, als fragwürdigen Kompromiss zwischen funktionalistischer Ästhetik und herrschender Politik. Die sozialdemokratische Siedlungsarchitektur verharrte im Bann der Tradition und prägte der Industrialisierung des Bauens den Stempel des Künstlerischen auf. Ob Frankfurter Römerstadt oder Berliner Hufeisensiedlung – in den Gartenstädten des frühen 20. Jahrhunderts sollte Camillo Sitte romantischer Städtebau mit Ludwig Hilberseimers Idee der industriell vorgefertigten Raum-Zelle versöhnt werden.

3. Westhausen und Römerstadt

Mit diesem Trend mochte sich einer im Planungsteam Ernst Mays nicht recht anfreunden: der Frankfurter Architekt Ferdinand Kramer. Er wollte den Aspekt der radikalen „Ökonomisierung und Homogenisierung der Architektur“, den Hilberseimer seit der „Hochhausstadt“ von 1924 in der strengen geometrischen Ordnung seiner Großstadtvisionen wiederholte, kompromisslos auf die Siedlungsplanung übertragen. Was Hilberseimer im großen Maßstab demonstrierte, übertrug Kramer auf das unerbittliche Raster, dem sich die Zeilen der Reihen- und Mehrfamilienhäuser in der von ihm geplanten Siedlung Westhausen unterordnen müssen.

Der Kontrast zur gefälligen Römerstadt, die sein Chef Ernst May zwei Jahre zuvor entworfen hatte, fiel entsprechend groß aus. Verlangte Kramer Westhausen ab, was Hilberseimer als „Reduktion der architektonischen Form auf das Knappste, Notwendigste, Allgemeinste“ beschrieb, billigte sich May gewisse Spielräume zu, das Notwendige zu überschreiten. Entsprechend fügte er seine Siedlung geschmeidig der Topographie ein, befestigte sie in Erinnerung an das römische Lager, auf

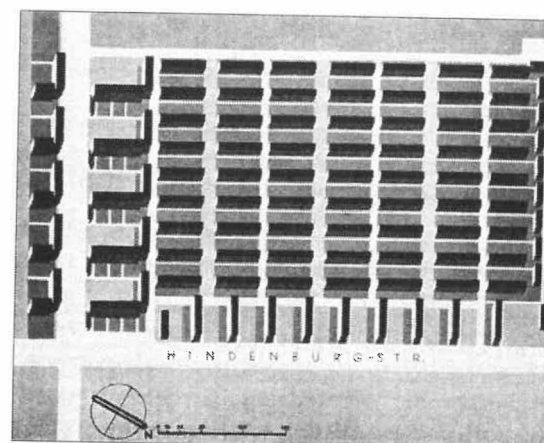


Abb. 1: Plan der Siedlung Westhausen 1929, aus: DW Dreyse, May-Siedlungen. Architekturführer durch acht Siedlungen des Neuen Frankfurt 1926-1930, Frankfurt a.M. 1987.

dessen Reste man bei den Ausschachtungen gestoßen war, mit imposanten Bastionen und tat darüber hinaus einiges, um den Homogenisierungszwang der modernen Stadtplanung mit unerwarteten Variationen, Störungen und geschwungenen Linien zu unterlaufen.

Das Resultat war, dass die Mietpreise in der Römerstadt aufgrund des gestalterischen Aufwands, den man dort betrieben hatte, zu hoch gerieten, als dass sich schließlich andere Mieter als kleine Beamte und Angestellte finden ließen. Kramer hatte mit seiner rigorosen Zeilenplanung durch preiswerte Bauweise Mietpreise erreicht, die Westhausen zu einer reinen Arbeitersiedlung machten, in der kommunistisch gewählt wurde. Mays idyllische Römerstadt muss dagegen mit dem Makel leben, dass nicht wenige ihrer Bewohner mit den Nazis sympathisierten.

4. Ferdinand Kramer und der Wiederaufbau der Goethe-Universität

Noch bevor die Nationalsozialisten in Deutschland die Macht an sich rissen, gehörte Ferdinand Kramer zum Freundeskreis Theodor W. Adornos, des wohl prominentesten Mitglieds der Frankfurter Schule. Es war sicher die Übereinstimmung in politischen Fragen, die gemeinsame Bewunderung für Adolf Loos (den Kramer 1928 in Wien besuchte, während Adorno zur gleichen Zeit bei Alban Berg Kompositionsunterricht nahm) und ein wenig auch die Vorliebe für attraktive Studentinnen, die den praktisch denkenden Architekten und den in Fragen der Alltagsbewältigung eher hilflosen Philosophen miteinander verbanden. Noch heute zeigt die Witwe Lore Kramer dem Besucher Erstausgaben Adornos mit Widmungen an den „lieben Ferdi“, die dieser in seinem Bücherschrank verwahrte.

1937 als „entarteter Architekt“ verunglimpft, emigrierte Kramer ein Jahr später nach New York, wo er als Architekt und Designer arbeitete und wieder mit Adorno und Max Horkheimer, dem Leiter des inzwischen nach New York verlegten Instituts

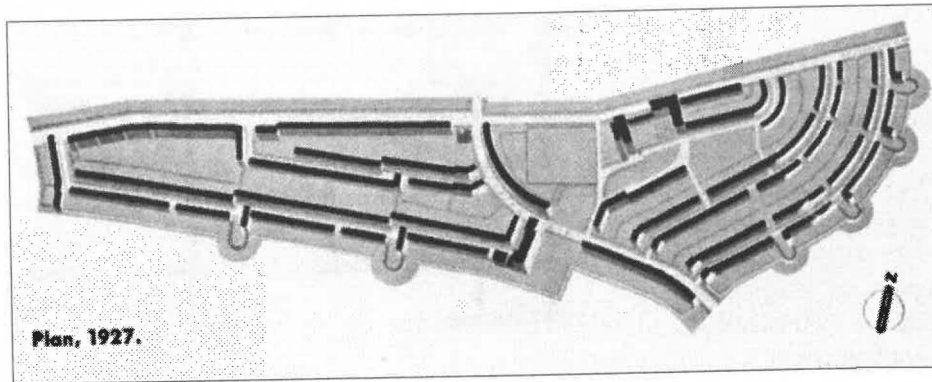


Abb. 2: Plan der Römerstadt 1927, aus: *DW Dreyse* (s. Abb. 1).

für Sozialforschung, in Kontakt kam. Die in Amerika aufgefrischte Freundschaft sollte sich auszahlen: Als das berühmte Institut nach dem Krieg wieder nach Frankfurt zurück verlegt und kurz darauf Horkheimer zum Rektor der dortigen Universität gewählt wurde (1951-1953), entsann er sich Kramers und machte ihn 1952 zum Baudirektor der Frankfurter Universität.

Die Situation, die dieser in seiner Heimatstadt vorfand, war kompliziert genug: Studenten und Dozenten litten unter argen Raumnöten, weil die Universität während des Krieges nahezu vollständig zerstört worden war. Die finanziellen Mittel zum Wiederaufbau waren äußerst begrenzt. Um so mehr reizte es Kramer, mit Hilfe seines Generalbebauungsplans, den er 1955 vorlegte, ein architektonisch vereinheitlichtes und sinnvoll vernetztes Areal in den Stadtteil Bockenheim zu integrieren, nachdem sein Ansinnen, eine Campus-Universität nach amerikanischem Vorbild außerhalb der Stadt zu bauen, abgelehnt worden war. Hierauf galt es, den Campus-Gedanken innerhalb von Frankfurt durchzusetzen und den räumlichen Zusammenhang der unterschiedlichen Wissenschaftsgebiete zu unterstreichen.

Astrid Hansen betont, Kramers Plan versuche, der Interdisziplinarität der Fakultäten gerecht zu werden und räumliche Distanzen aufzuheben: „Zusammengefasst wurde ein Teil der naturwissenschaftlichen Institute, die Institute der Mathematik, die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, die Rechtswissenschaften und schließlich die Geisteswissenschaften, die je ein gemeinsames Haus erhielten... Die traditionelle Abspaltung der Medizinischen Fakultät mit den Kliniken wurde beibehalten. Obwohl Kramer vorschlug, hierfür ein in der Nähe des Universitätszentrums gelegenes Gebiet zu erwerben, verblieben diese auf der anderen Mainseite.“⁴ Damit

4 A. Hansen, Bauten für die Wissenschaft, in: C. Lichtenstein (Hrsg.), Ferdinand Kramer. Der Charme des Systematischen (Katalogbuch zur gleichlautenden Ausstellung), Gießen 1991, S. 83.

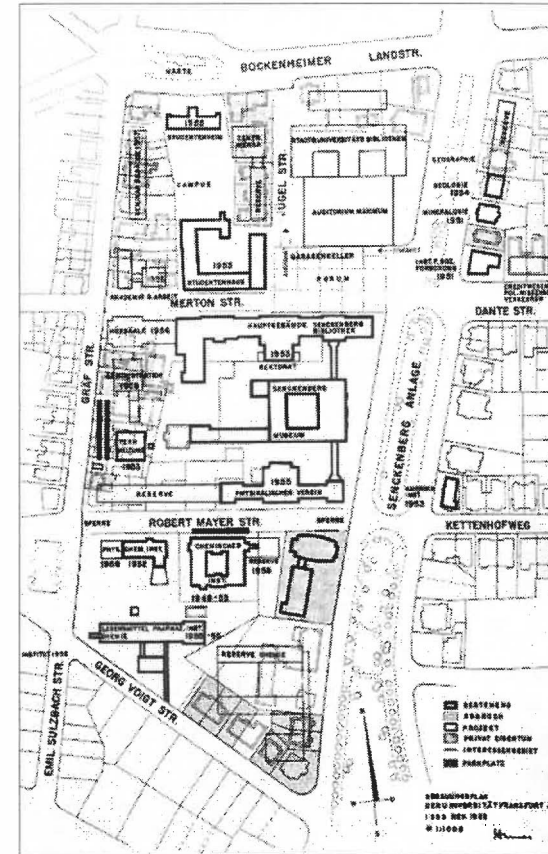


Abb. 3: Generalbebauungsplan für die Goethe-Universität 1955; aus: C. Lichtenstein (s. A 4).

kam es dann doch nicht zu einer vollständig ausgebildeten Campus-Universität, bei der alle Fakultäten um einen freien Platz angeordnet sind. Im Gegenteil: Obschon Kramer und seine Mitarbeiter zwischen 1952 und 1964 dreiundzwanzig Hochschulgebäude errichteten und schon allein deshalb in der Lage waren, der Universität ein unverwechselbares Gesicht zu geben, hatten die Studenten der Frankfurter Universität niemals das Gefühl, in einem eigenständigen, von der Stadt unterschiedenen und „geschützten“ Areal zu studieren. Spätestens in den 1970er Jahren während des Frankfurter Häuserkampfes lösten sich die

räumlichen Grenzen zwischen Universität und Stadt vollends auf. Ungewollt trugen auch die Universitätsbauten zur Politisierung einer Studentenschaft bei, die zwischen dem, was nach 1968 unter linker Politik verstanden wurde, und den emanzipatorischen Zielen des Neuen Bauens keine Verbindung mehr herzustellen wusste. Statt mit dem Bauhaus sympathisierte der Frankfurter ASTA mit der Stadt des 19. Jahrhunderts, die der Abneigung der modernen Architekten und dem Bombenterror des Zweiten Weltkriegs zum Opfer gefallen war. Es war dies das Votum für ein architektonisches Erbe, das gegen die Verwertungsinteressen der Bodenspekulation verteidigt werden musste. Ausgerechnet die alten Gründerzeitvillen aus dem Frankfurter Westend, in denen noch vor kurzem das Großbürgertum residierte, wurden nun für weit wertvoller erachtet als die modernen Bauten, die sie zu verdrängen drohten.

Auch der Funktionalismus Ferdinand Kramers, der über Jahre hinweg den adäquat sachlichen Hintergrund für die intellektuelle Brillanz der Frankfurter Schule

bot, büßte sogleich an Kraft ein, als die Lehre blass und nüchtern zu werden drohte. Vielleicht muss man sogar sagen, dass die Kramersche Architektur entscheidend dazu beitrug, eine nervöse Studentenschaft, die nicht nur andächtig zuhören, sondern kritisches Denken in politisches Handeln ummünzen wollte, in die Stadt hinaus zu jagen und heimatlos zu machen. In den Kramerschen Institutsgebäuden bewahrheitete sich Walter Benjamins Begriff von der „neuen Armut“ der modernen Architektur,⁵ die der Besitzlosigkeit der Großstadtmassen Räume zur Verfügung stelle, die mit Stuhl und Bett auskommen, damit sich die Menschen von ihrem Tagwerk ausruhen und von einem besseren Leben träumen können. Wahrscheinlich „funktionierte“ die schmucklose Architektur Kramers nur bis zu dem Zeitpunkt, als die Studenten aus ihren Träumen erwachten und Gebäude, die sie nie wirklich zu schätzen gelernt hatten, verließen, um im benachbarten Westend Häuser zu verteidigen, die einer Vergangenheit entstammten, mit der sie nichts verband.

5. Westend und Nordweststadt

1964 hatten Gutachten, die vom Baudezernenten Hans Kampffmeyer, Sohn des einstigen Generalsekretärs der Deutschen Gartenstadt-Gesellschaft, in Auftrag gegeben worden waren, bestätigt, dass das Frankfurter Westend der geeignete Standort für eine Erweiterung der sogenannten Cityfunktionen sei. Die regierende Sozialdemokratie versprach sich von der Umwandlung des Stadtteils in einen Standort für finanzstarke Investoren und Gewerbetreibende eine Steigerung ihrer Steuereinnahmen, nachdem der Aufbau der Universität enorme Summen verschlungen hatte. Die finanzielle Verausgabung hatte dazu geführt, dass der Haushalt immer schwerer auszugleichen war, bis schließlich die Gesamtschulden der Stadt 1,6 Milliarden DM betragen und 1968 die Pro-Kopf-Verschuldung der Bevölkerung auf das drei- bis vierfache des bundesweiten Durchschnitts angestiegen war. Die Finanzlage der Stadt war höchst prekär, was zur Folge hatte, dass die für 1969 vorgesehene Bundesgartenschau abgesagt und 1967, drei Jahre nach Kramers Pensionierung, die gesamten Grundstücke, Bauten und der Betrieb der Universität an das Land abgegeben werden mussten. 700 Millionen DM hatte sich die Kommune den Wiederaufbau der Universität kosten lassen und gab nun ihr Renommierprojekt kleinlaut aus der Hand.

Den Studenten konnte es egal sein, ob das Land Hessen oder weiterhin die Stadt Frankfurt als Träger der Universität auftrat. Keineswegs aber war ihnen gleichgültig, dass nach der Öffnung des Westends zuhauf Spekulanten auftraten, die raffigierig Immobilien zusammenkauften, Mieter schikanierten und vertrieben, Wohnbauten verfallen ließen und abrisen, um dann die frei geräumten Grundstücke so schnell

5 W. Benjamin, Erfahrung und Armut, in: *ders.*, Illuminationen. Ausgewählte Schriften, Frankfurt a.M. 1980.

wie möglich und mit höchstem Profit an Investoren zu veräußern, die darauf moderne Bürobauten errichten ließen. Diese Praxis politisierte zunächst die ansässige Wohnbevölkerung, die schockiert den Niedergang ihres Stadtteils erlebte und die „Aktionsgemeinschaft Westend“ gründete. Von hier aus sprang der Funke schnell zu einer Studentenschaft über, die unter dem Anspruch handelte, jede Chance des Widerstands, die das Leben bot, sogleich ergreifen zu müssen, um ein „System“ zu treffen, dessen Rationalität sich als menschenverachtend entpuppt hatte.

Nicht, dass die regierenden Sozialdemokraten mit der Entwicklung im Westend einverstanden waren, doch hatten sie hierfür die Weichen gestellt. Sie hatten diesen Stadtteil, in dem die SPD immer schon nur auf wenige Wählerstimmen hoffen durfte, leichten Herzens aufgegeben. Zuvor war, ganz im Geist der modernen Planung, ein Großprojekt auf den Weg gebracht worden, das den verlorenen Wohnraum im Westend kompensieren sollte. Vor den Toren der Stadt hatte Hans Haferkampff den Bau der Nordweststadt initiiert, einer Trabantenstadt mit 7.000 Wohnungen für Mieter, denen man getrost unterstellen durfte, dass sie dem Leben in urbanen Altbauten die komfortable Langeweile eines Schlaftrabanten im Grünen vorziehen würden.⁶

Weit sparsamer noch als die Kramersche Universitätsbebauung und zudem gänzlich ohne architektonische Phantasie fiel die Nordweststadt aus, zu deren Erschließung obendrein das Schmuckstück Römerstadt „guillotiniert“ werden musste. Dass Ernst May der Zerteilung und partiellen Zerstörung seiner einstigen Vorzeigesiedlung zustimmte, macht die programmatisch unsentimentale Gesinnung deutlich, die die modernen Planer zur Schau stellten, wenn es um die Schaffung von Wohnraum ging. Zumal dann, wenn das neue Projekt auf einem fortschrittlichen Konzept aufzubauen schien. Bei der Nordweststadt, so hoffte man, war dies gewiss der Fall, nachdem Walter Schwagenscheidt, der „Erfinder“ der Raumstadt, mit der Planung beauftragt worden war. Er propagierte die Abkehr vom starren Zeilenbau, indem er eine moderne Interpretation der traditionellen Hofbebauung vorschlug.

Heraus kam eine auf niedrigstem architektonischen Niveau stehende Siedlung mit einem höchst fragwürdigen Verkehrskonzept, die gleichwohl in den Anfangsjahren – wie anderswo auch – auf große Zustimmung bei den Mietern stieß. Man war mit wenigem zufrieden. Das Auto vor der Tür musste stimmen, die Wohnung mitnichten. Nicht nur der ostdeutsche Plattenbau betrieb die Entvölkerung der Innenstädte unter dem Beifall von Familien, die sich in den standardisierten Wohnungsgrundrissen der Moderne weit wohler fühlten als in verwohnten Altbauten mit ungewohnt hohen Räumen und hohem Modernisierungsbedarf. Der Alterungsprozess, der an den Villen des Westends nagte, stieß damals nur bei Wohngemeinschaften auf Gegenliebe. Sie wussten sich dort besser aufgehoben als in modernen Woh-

6 Bei der Schilderung der Frankfurter Planungen und Planungskonflikte folge ich der Untersuchung von H.-R. Müller-Raemisch, Frankfurt am Main. Stadtentwicklung und Planungsgeschichte seit 1945, Frankfurt/New York 1996.

nungen mit ihren unterschiedlich großen Räumen. Der Altbau bot gleichwertige Zimmer und oft geräumige Küchen, in denen gemeinsam gekocht und gegessen werden konnte. Auch die Studentenwohnheime kamen dem Wunsch nach kollektiven Lebensformen nicht gerade entgegen. Wer aus ihnen in eine WG flüchten konnte, fühlte sich gerettet und der Stadt wiedergegeben.

6. Der Frankfurter Häuserkampf und Universität

Die in die Stadt verfranzte Frankfurter Universität, deren Gebäude von Anfang an wie Provisorien zwischen der alten Bausubstanz standen als würden sie bald schon durch markantere Bauwerke ersetzt werden, konnte es nicht verhindern, dass die Studenten kein Interesse für eine Architekturmoderne hegten, die ihrem innersten



Abb. 4: Plakate der Hausbesetzer im Westend, aus: H.-R. Müller-Raemisch (s. A 6).

Kern nach antiurban war. Avantgarde konnte man keine Planung nennen, die immer noch im Bann der Gartenstadt stand und die Stadtentwicklung den Spekulanten überließ. Die moderne Planung war längst zu einem Handwerk erstarrt, das gegen den Strich politisiert werden musste. In der Tradition der Situationisten, die fünfzehn Jahre zuvor schon ihren Kampf gegen den Funktionalismus aufgenommen hatten, mutierten die Studenten zu modernen Stadtnomaden. Sie verliefen sich gezielt in Areale, in deren verwitterten Gemäuern Chancen eines Neuaufbruchs vermutet werden durften. In verkommenen Wohnquartieren, dunklen Bahnhofsvierteln, vergessenen Industrie- und Hafensarealen entdeckten sie Enklaven des Widerständigen, Individuellen und Vitalen. Das lebendige Leben wurde nicht länger mit der modernen Architektur identifiziert, es wurde nur mehr in Quartieren vermutet, die sich dem Prozess der Modernisierung widersetzen.

Dieser hatte 1968 zu neuen Gesetzen geführt, mit denen die letzten Schranken gegen die Umwandlung von Wohnraum in Gewerberaum fielen. Die Auswirkungen

für das Westend ließen nicht lange auf sich warten: Der Prozess der Umwandlung in einen Standort für Bürobauten beschleunigte sich. Immer mehr Villen standen leer und verfielen oder wurden vor ihrem Abriss überbelegt und zu Wuchermieten an ausländische Familien vergeben. Die Empörung in der Stadt wuchs. In der Nacht zum 19. September 1970 wurde das erste leer stehende Haus von ca. zwanzig Studenten, Lehrlingen und einem Filmkollektiv des Fernsehens besetzt. Doch bevor die Verhandlungen mit einem angeblich wohlwollend gestimmten Magistrat zu einem friedlichen Ende geführt werden konnten, wurden weitere Häuser besetzt – diesmal von Leuten, die offenbar nicht davor zurückschreckten, ihre neuen Domizile notfalls mit Gewalt zu verteidigen. Der Häuserkampf begann.

Heute können wir feststellen, dass die einsetzenden Straßenschlachten Häuser galten, die nicht nur wegen des allgemeinen Unmuts verteidigt wurden, der sich innerhalb der Studentenschaft gegen den Kapitalismus im allgemeinen und die Spekulanten im besonderen breit gemacht hatte; es schwang darin die Sympathie für eine ornamentierte Architektur mit, die nicht völlig dem Sparsamkeitsgebot der Moderne unterworfen schien. Dazu kam: Die Fassaden der besetzten Häuser demonstrierten eine heruntergekommene Pracht, hinter der kein bornierter Bürgersinn mehr residierte, sondern Mäuse und Ratten. Nachts leuchtete im Widerschein rotierender Blaulichter eine Schönheit auf, eine Ästhetik der Verausgabung, wofür die modernen Architekten nur Hohn und Spott übrig hatten. Nun waren es ihre schmucklosen, „lustfeindlichen Kisten“, die in der Kritik standen.

Zum Kampf um die Häuser des Westends war es selbstverständlich auch deshalb gekommen, weil die Frankfurter Universität in der Stadt lag und die politische Verzahnung von Bürgerinteressen und studentischem Protest förderte. Außerdem luden die von Kramer wieder aufgebauten Institutsgebäude die Studenten nicht gerade zur Identifikation mit ihrer Hochschule ein. Gaben nicht die Unruhen in der Mainmetropole Walter Benjamin (dessen Habilitationsschrift an der Frankfurter Universität abgelehnt worden war) nachträglich recht, die neue Armut der modernen Architektur als Initialzündung revolutionärer Umtriebe interpretiert zu haben? Sicher, man

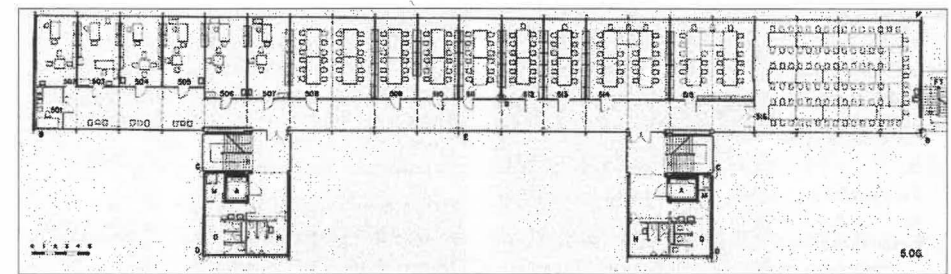


Abb. 5: Philosophicum, Grundriss des 5. Obergeschosses mit den beiden Treppenhaus-„Zacken“ (1959-1960), aus: C. Lichtenstein (s. A 4).

sollte die Wirkung von Architektur nicht überschätzen, doch scheint im Frankfurt der 1970er Jahre der Zusammenhang von Politisierung und architektonischer Tristesse ebenso offensichtlich wie heutzutage die Tatsache, dass sich eine durch wachsenden Leistungsdruck zu erhöhter Anpassung gezwungene Studentenschaft im Ambiente des ehemaligen IG-Farben-Prachtbaus geradezu wohl fühlen muss. Ganz nach dem Motto: Leistung muss sich wieder lohnen...

Was vermag glaubwürdiger den architektonischen Background für eine berufsorientierte Lehre in den Geisteswissenschaften zu bilden, als ein Verwaltungsgebäude mit Stil? Hans Poelzig war ganz ohne Zweifel ein außerordentlicher Architekt gewesen, ein Baumeister auf der Schwelle der Moderne, der sich als unpolitischen Menschen betrachtete. Im Grunde war er ein Konservativer und zugleich Künstler genug, um eine auffallend eigensinnige Ästhetik in einer Zeit zu entwickeln, in der die jüngeren Generationen längst ihr Heil in der Politisierung der Architektur suchten bzw. in dem, was man später als „Überführung von Kunst in Lebenspraxis“ bezeichnete.

So wie die Avantgarde der 1920er Jahre einem Poelzig davoneilte und die 68er-Generation sich dem modernen Epigonentum entgegen stemmte, um ihren eigenen politischen Kurs zu bestimmen, so haben inzwischen die Enkel zu den Urgroßvätern zurückgefunden: Wohlgelaunt sitzen sie im prächtigen Poelzigbau mitten in Frankfurt und doch nicht inmitten der Stadt. Sie hören interessiert, was ihnen Dozenten erzählen, die noch den Strand unter dem Pflaster vermuteten, während sie selber im Internet die globalisierte Welt erkunden und mit Last-Minute-Flügen Badestrände aufspüren, von denen der internationale Terrorismus noch nichts weiß.

7. Philosophicum und Poelzigbau

Sollen wir den Zeitläuften zürnen? Sicher scheint im Moment nur eins: Ehemalige Häuserkämpfer amüsieren sich im Varieté „Tigerpalast“ zu Tode und die Stadt Frankfurt fällt in einen hundertjährigen Schlaf. So wollen wir denn eine letzte Beobachtung anstellen. Sie gilt einem der leerstehenden Universitätsgebäude Ferdinand Kramers, dem so genannten Philosophicum. Es besteht aus einer fortschrittlichen Stahlskelettkonstruktion, die nicht konventionell ausgefacht, sondern mit vorgefertigten Wänden und Fensterprofilen aus Aluminium geschlossen wurde. Die tragenden Stützen liegen außerhalb des Gebäudes, um für die Grundrissgestaltung ein Höchstmaß an Flexibilität zu gewährleisten. Aus diesem Grund wurden auch die beiden Treppenhäuser ausgelagert und in Form zweier turmartiger Anbauten, die von einer durchgehenden Wand aus Glasbausteinen belichtet werden, vor das Gebäude gestellt.

Das Philosophicum gehörte damals zu den ersten Stahlskelettbauten in Deutschland, bei denen die Konstruktion nicht mit Beton ummantelt werden musste. Es ist von besonderer Raffinesse, dass dieser spröde Ingenieurbau mit den filigranen Nottreppen vor den Schmalseiten, der jedem technischen oder naturwissenschaftlichen Institut dieser Zeit zur Ehre gereicht hätte, die Geisteswissenschaften beherbergte. So saßen denn, als sich der Rauch des Häuserkampfes verzogen hatte, all die Germa-

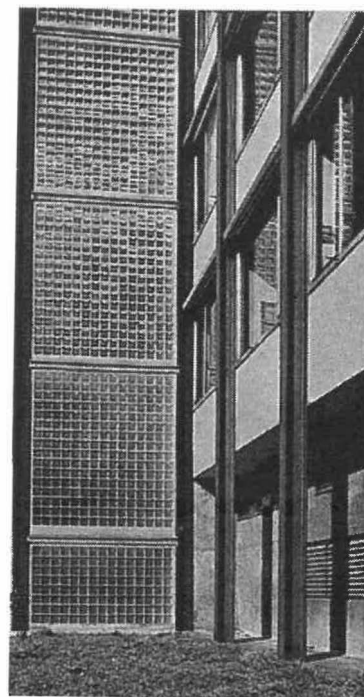


Abb. 6: Philosophicum, zurückgesetztes Erdgeschoss mit Stahlstützen, aus: C. Lichtenstein (s. A 4).



Abb. 7: Verwaltungsgebäude I.G. Farben, Teilansicht der Eingangsfront, aus: J. Posener (s. A 7).

nisten, Romanisten und Anglisten wieder in diesem nackten Haus, in dem der Glaube an die Technik so ungebrochen zutage trat, um sich fortan mit romantischer Ironie zu beschäftigen, die nach den Tagen des Zorns Konjunktur hatte. Hätten sie außerdem des Teufels Elixiere genossen und trunken in die Zukunft schauen können, um spätere Generationen in dem von der US-Army verlassenen ehemaligen Verwaltungsgebäude der berühmt berüchtigten I.G. Farben büffeln zu sehen, dann wäre ihnen folgende merkwürdige Koinzidenz aufgefallen:

Kramer baute eine neun Geschosse hohe Scheibe mit zwei kräftigen Treppentürmen aus Beton, die im Grundriss wie Zacken eines Kamms hervorstehen. Poelzig aber entwarf tatsächlich einen Kamm, der gebildet wird von einem langen gekrümmten Büroriegel mit sieben Geschossen, den mit gleicher Höhe zwei Seitenflügel und vier weitere, quer stehende Bürotrakte durchdringen. Übrigens handelt es sich auch bei diesem Bauwerk um einen Stahlskelettbau. Das kann man zwar nicht sehen, doch unterstreichen die horizontalen Reihen der Fenster im Hauptbau diesen Sachverhalt eher, als dass sie ihn verschweigen wollten. Zeigt der Kramerbau die „nackte Wahrheit“ der Konstruktion, verkleidete sie Poelzig mit Geschmack und Allüren. Julius

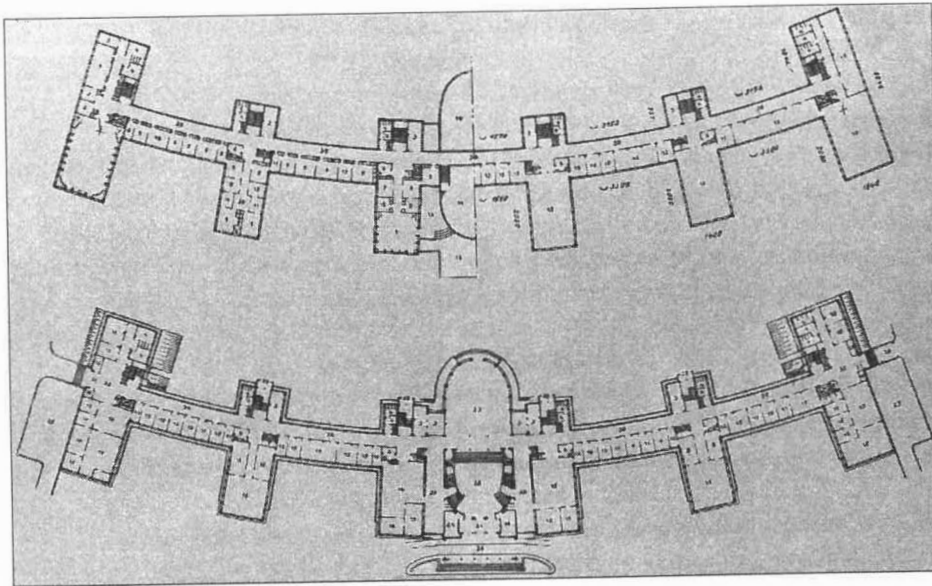


Abb. 8: Verwaltungsgebäude I.G. Farben, kammartige Struktur der Grundrisse (1928-30), aus: J. Posener (s. A 7).

Posener machte darauf aufmerksam, dass die Rahmen, die jeweils die sieben Fensterreihen in den Flügelbauten umschließen, die Sprache der Herrschaft sprechen.⁷ Insgesamt will die Monumentalität der Gesamtform von Vermittlung und Einbettung in einen städtebaulichen Kontext nichts wissen.

Posener vergisst auch nicht zu erwähnen, dass Poelzigs Bauwerk sogar der Vorwurf profaschistischer Architektur erreichte. Gemeint war die Vorhalle im Eingangsbereich. Heute wird man dieser Situation lieber den generösen Gestus eines Entwurfs bescheinigen wollen, bei dem alles Räumliche großzügig dimensioniert und ausgezeichnet detailliert wurde. Es ist ein Fest, durch die langen Korridore dieses Hauses zu schreiten oder die Stockwerke blitzschnell mit Hilfe der Paternoster zu wechseln, die das Ruhe und Gelassenheit ausstrahlende Bauwerk wie pochende Pulsadern durchziehen. Man verstehe gut, schreibt Posener, dass Poelzig auf dieses Gebäude stolz war, und wir können nachvollziehen, dass auch die Universität mit großer Genugtuung ein Gebäude in Besitz genommen hat, in dem die Fachbereiche mit den geringsten Drittmitteln und dem größtem Protestpotenzial residieren dürfen. Ob diese Taktik auf Dauer aufgeht?

PROF. DR. GERD DE BRUYN, Institut für Geschichte moderner Architektur, Fakultät Architektur und Stadtplanung, Keplerstraße 11, 70174 Stuttgart.

⁷ J. Posener, Hans Poelzig. Sein Leben, sein Werk, Braunschweig/Wiesbaden 1994, S. 236.

BESPRECHUNGEN

GEORG DEHIO, *Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler. Bayern I: Franken, 2. durchgesehene u. ergänzte Aufl., München/Berlin 1999, Euro 51,—.*

Mit dieser Neuauflage ist jetzt »der Dehio« für fast alle Regionen in einer aktuellen Fassung erhältlich. Zur Neuausgabe vorbereitet werden derzeit die Bände Rheinland, Westfalen und Hessen. Der seit Jahren vergriffene Vorgänger über Franken (1979) umfasste 1023 Seiten. Diesen übertrifft die aktuelle Ausgabe mit knapp 1.300 Seiten deutlich. Im handlichen Format 13 mal 18 cm kommt der Band wegen des guten Dünndruckpapiers dennoch nur auf 4,5 cm Stärke und passt damit noch in die Jackentasche. Ebenso selbstverständlich wie erfreulich bei einem solchen Handbuch sind Fadenheftung, fester Leinen einband und Lesebändchen. Die Abkürzungen, in einem Verzeichnis aufgeschlüsselt, bleiben zum Vorteil guter Lesbarkeit in engen Grenzen. Ein Index erwähnter Künstler auf 30 Seiten dürfte dem Bedarf von Fachleuten geschuldet sein. Ein zehnteiliges Glossar architekturhistorischer Fachbegriffe unterstützt das Verständnis der Laien.

Die Beiträge gründen auf der Sachkunde zahlreicher Autoren. Die Redaktion übernahm die Dehio-Vereinigung. Die Einträge erfolgen alphabetisch nach Ortsnamen, wobei eine Übersichtskarte und ein Kartenanhang die topographische Identifizierung der besprochenen Orte erleichtern. Der Textumfang variiert je nach Bedeutung zwischen einer Zeile und jeweils 94 Seiten für Bamberg und Würzburg und 128 Seiten für Nürnberg. Den Artikeln über die größeren Orte stehen kurze Abrisse zur Territorialgeschichte voran. Unter »Kunstdenkmälern« versteht das Handbuch die »ortsfesten«, was die Texte im Wesentlichen auf die Architektur beschränkt. Der zeitliche Schwerpunkt liegt auf dem Mit-

telalter und der Frühen Neuzeit. Entsprechend geben Sakralbauten den Hauptgegenstand ab, gefolgt von Architektur adliger und bürgerlicher Provenienz. Die Zahl der Beiträge über das 19. und 20. Jahrhundert fällt merklich ab. Industriebauten kommen selten vor. Die Sammlungen von Museen werden generalisierend zusammengefasst.

Die strikte Beschränkung auf die Architekturgeschichte erscheint allerdings notwendig. Sie lässt Raum für saubere und komplette Formalbeschreibungen, optisch ergänzt durch insgesamt 174 Grundrisse von Kirchen (durchgängig im Maßstab 1 : 800), von Befestigungsanlagen und Schlössern (1 : 800 bis 1 : 4000) und durch Planskizzen der Innenstädte (meist 1 : 10000). Von qualitativen Bewertungen halten sich die Beiträge fern. Die Ausnahme besteht in einem marginalen Stern, der »Laien« auf besonders Sehenswertes aufmerksam machen soll und der die »Kenner« auf vertiefende Studien »anhand der Literatur« verweist. Spezialisten können das Handbuch so als zuverlässiges Nachschlagewerk ebenso nutzen wie Touristen, die mehr wollen als nur einen der vielen, oft gar nicht so billigen, bunt bebilderten und dabei doch informationsarmen Reiseführer.

Martin Burkhardt, Stuttgart

GEROLD BÖNNEN (Bearb.), *Das Stadtarchiv Worms und seine Bestände, (Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz 79), Koblenz 1998, 293 S., Euro 14,—.*

In der Stadt Worms - einem wichtigen Schauplatz der zur Völkerwanderungszeit spielenden Nibelungensage - konstituierte sich zu einem im europäischen Vergleich herausragend frühen Zeitpunkt ein bürgerliches Gemeinwesen, dokumentiert in einer Urkunde König Heinrichs IV. vom Jahr 1074. Um das Jahr 1500 erreichte die Stadt den Zenit ihrer Bedeutung. Es gelang der Bürgerschaft, den

Status als freie Reichsstadt faktisch durchzusetzen. Auf einem der folgenreichsten deutschen Reichstage, der 1495 in Worms stattfand, wurde die erste Reichssteuer beschlossen und das Reichskammergericht installiert, das als Instrument zur Verrechtlichung ansonsten gewaltsam ausgetragener Konflikte wirkte. In der Frühneuzeit lebten parallel vier Religionsgemeinschaften in der Stadt: Eine lutherische Mehrheit sowie als anerkannte Minderheiten Katholiken, Calvinisten und eine jüdische Gemeinde. Der an sinkenden Bevölkerungszahlen abzulesende wirtschaftliche und politische Niedergang der Stadt dauerte vom 17. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Danach sorgte die Etablierung der Leder- und Textilindustrie für ein erneutes Aufblühen, das unter anderem im Bau der ersten Wormser Rheinbrücke im Jahr 1855 seinen Ausdruck fand. Am Ende der nationalsozialistischen Herrschaft wurde die bis dato fast unversehrte Stadt am 21. Februar und am 18. März 1945, zwei Tage vor dem Einmarsch US-amerikanischer Streitkräfte zerstört.

Bönnen bietet einen auf 17 Seiten gedrängten Durchlauf durch die gesamte Stadtgeschichte. Auf 28 Seiten wird die einschlägige Ortsliteratur aufgelistet. Bönnens Geschichte des Stadtarchivs, d.h. des Archivguts und seiner Betreuer, zeichnet auf 13 Seiten eine Abfolge von Bränden, Kriegsverlusten, Vernachlässigung und Personalmangel nach. Man kann sich nach der Lektüre nur wundern, dass überhaupt noch einiges von dem Bestand übrig geblieben ist.

Den Hauptteil des Bandes bildet auf 188 Seiten die Übersicht über die rund 2.400 Regalmeter umfassenden Bestände des Stadtarchivs. Nach kurzer Erläuterung der Beständegliederung, der sog. Tektonik, in ihren drei zeitlich bedingten Ausprägungen folgt die Beschreibung der einzelnen Bestände nach einem festen Schema: In Stichworten stehen Bestandsnummer, Bezeichnung, Gesamtlaufzeit, Gesamtumfang und der Erschließungsgrad voran. Dabei werden große Erschlie-

bungsrückstände deutlich, das im Personal-mangel begründet ist. Es folgen Bemerkungen zur Bestandgeschichte und zum Gehalt der Unterlagen. Die Einzelbeschreibung schließt in der Regel mit Literaturangaben sowie zahlreichen Verweisen auf ergänzende Fundstellen inner- und außerhalb des Hauses. Die einzelnen Beständegruppen weisen eine typische kommunalarchivische Struktur auf: I. Kernstadt; II. eingemeindete Kommunen; III. Schulen; IV. Wohlfahrtseinrichtungen; V. Gesellschaften, Vereine, Parteien, NS-Organisationen; VI. Kirchen, darunter die Kirchenbücher der Pfarreien der verschiedenen Konfessionen; VII. Archiv der jüdischen Gemeinde; VIII. das Adelsarchiv der Herren von Dalberg; IX. Nachlässe und Unternehmensarchive; X. Sammlungen, darunter Handschriften, Judaica, zeitgeschichtliche Sammlungen, Grafiken, Karten, Pläne, Plakate; XI. Lokalzeitungen; XII. deponierte Kommunalarchive rheinhessischer Gemeinden; XIII. Fotografien; XIV. Dienstbibliothek. Dazu findet sich eine Auswahl Wormser Betreffe in auswärtigen Archiven.

Für die in guter Qualität reproduzierten 31 Schwarzweißfotos hätte man sich die Legende direkt beim Bild gewünscht, anstatt sie auf den letzten Seiten zu finden. In der vorliegenden Beständeübersicht steckt sichtlich viel Arbeit. Gut strukturiert, gut lesbar und wunschlos komplett, dürfte sie nicht nur Fachgelehrten nützlich sein, sondern lädt auch stadtgeschichtlich interessierte Laien zum Studium der Quellen ein. Die knappe und doch treffende Beschreibung der Inhalte und die reichhaltig gebotenen Querverweise belegen, dass Bönnen und seine Mitarbeiter das Archiv bemerkenswert gründlich durchdrungen haben.

Martin Burkhardt, Stuttgart

CHRISTINA SIMON / THOMAS HAFNER (Hrsg.), *50 Wohnquartiere in Stuttgart von 1890 bis 2002*, Stuttgart: Karl Krämer Verlag 2002, ISBN 3-7828-1318-9, zahlr. s/w. Abb., 208 S., Euro 18,50.

Wer eine Stadt besucht, sieht zunächst ihre herausragenden Bauwerke. Neben den Türmen und Spitzen, für die dieses Attribut im ursprünglichen Sinn gilt, gehören dazu auch architektonische „Höhepunkte“ einer Stadt, die deshalb als herausragend gelten können, weil sie unser Bild von der Stadt wesentlich bestimmen. Denkt man an Stuttgart, so fallen bedeutende Bauwerke ein: Der Fernsehturm ist herausragend im doppelten Sinn. Der Bahnhof und die neue Staatsgalerie prägen ebenfalls das Bild der Stadt.

Einen festen Platz in der Geschichte der Baukunst hat Stuttgart jedoch nicht durch ein Einzelbauwerk errungen, sondern durch eine Siedlung: die Weißenhof-Siedlung gilt als eine Ikone der klassischen Moderne. Dabei stehen nicht einzelne Gebäude im Vordergrund, sondern die Siedlung als Ensemble.

Die Bekanntheit dieser Siedlung, die weit über die Grenzen der Stadt hinaus strahlt, ist eine seltene Ausnahme. In der Regel treten Siedlungen und Quartiere im Vergleich zu den architektonischen Höhepunkten einer Stadt nur wenig ins Bewusstsein. Sie erscheinen auf den ersten Blick nicht bemerkenswert, manchmal kaum unterscheidbar, sicherlich nicht geeignet, die Aufmerksamkeit des Besuchers auf sich zu lenken oder die Identität der eigenen Stadt zu prägen. Nichtsdestotrotz macht genau diese „graue Stadt“ in Stuttgart wie in jeder anderen Stadt auch einen großen Teil der besiedelten Fläche aus.

Anlässlich des 75-jährigen Jubiläums der Weißenhof-Siedlung ist jetzt in der Reihe „Stuttgarter Beiträge“ ein Band erschienen, der den Blick auf diesen Teil Stuttgarts richtet, auf ihre weniger bekannten „WohnOrte“, wie es im Titel heißt.

Der Architekturführer – besser: Quartier-

führer – lehnt sich in Umfang und innerem Aufbau an den von Braum und Millarg im Jahr 2000 herausgegebenen Band über die Stadt Hannover an. Wie dort wird jede Siedlung auf einer oder zwei Doppelseiten in einheitlicher Form vorgestellt. Mit Text, Plänen und Fotos wird ein kompakter Überblick von der Planungsgeschichte über Wohntypologien, Freiraum- und Verkehrskonzept bis hin zur Sozialstruktur und zur heutigen Situation der Siedlung vermittelt. Trotz der – bedingt durch das handliche Taschenformat teilweise sehr kleinen Darstellung von Plänen und Photos – erschließt sich eine Vielzahl von Hintergrundinformationen, die das Interesse für manches eher unauffälliges Quartier wecken können. Sehr übersichtlich ist ein kurzer Steckbrief zu jeder Siedlung mit städtebaulichen Kenndaten und anderen Angaben, von den planenden Architekten bis zur Erreichbarkeit mit Bus bzw. Stadtbahn. Wer neugierig geworden ist und mehr wissen möchte, findet zu jedem Fallbeispiel weiterführende Literaturhinweise.

WohnOrte ist ein handlicher Führer im Taschenformat, der sich für Entdeckungen abseits der bekannten architektonischen Pfade empfiehlt. Nicht nur Besucher der Landeshauptstadt, auch viele Stuttgarter, die ihre Heimatstadt gut zu kennen tadt (wieder-) entdecken können.

Der Band versteht sich jedoch nicht nur als Führer vor Ort. Den Herausgebern, Christina Simon und Thomas Hafner, geht es um mehr als nur um eine kompetente und sorgfältig recherchierte Präsentation einzelner Wohnorte. Die vorgestellten 50 Siedlungen und Quartiere aus der Zeit von 1890 bis 2002 wurden ausgewählt, weil sie exemplarisch für ihre Zeit stehen können. Nicht der Anspruch auf Vollständigkeit zieht sich als roter Faden durch die Beiträge, sondern das Bestreben, anhand der ausgewählten Beispiele übergeordnete Entwicklungslinien erkennbar zu machen.

Die vorgestellten Siedlungen und Quartiere sind chronologisch geordnet und nach

Leitbildphasen gruppiert, vom Werkswohnungsbau Ende des 19. Jh. bis zu Modellvorhaben und Stadtumbauprojekten der jüngsten Vergangenheit. Beiträge zur Wohnungsbau-geschichte in Stuttgart sowie zu Aspekten der Freiraumentwicklung und des Siedlungswachstums führen in das Thema ein und bilden eine wertvolle Ergänzung zur Darstellung der Einzelbeispiele. Dieses gilt insbesondere dort, wo Zusammenhänge erläutert werden, die die Einordnung der einzelnen Siedlung erleichtern, ohne dabei Details vorwegzunehmen oder das Thema des Bandes aus dem Blick zu verlieren. Nicht immer gelingt dieses so treffsicher und informativ wie in

den Ausführungen etwa zu Wiederaufbauplanungen nach dem Zweiten Weltkrieg oder zur Neuorientierung des Wohnungsbaus in den 70er Jahren.

In der Zusammenschau bietet das Buch wesentlich mehr als nur eine Führung durch 50 Siedlungen und Quartieren in Stuttgart; es bietet einen kompakten und sehr anschaulichen Überblick zur Siedlungsbau-geschichte in Stuttgart. Ein ausführlicher Index, getrennt nach Personen, Straßen und Sachthe-men, vervollständigt diesen kleinen und feinen Band.

Peter Goerke, Hamburg

Eingegangene Bücher 2002

(Besprechung bleibt vorbehalten)

0. Bibliographien und Hilfsmittel

- BICKELMANN, HARTMUT (Hrsg.), Bremerhavener Persönlichkeiten aus vier Jahrhunderten. Ein biographisches Lexikon, Bremerhaven: Stadtarchiv 2002 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bremerhaven 16).
- ECK-PFISTER, SILVIA / SCHUSTER, MARINA (Bearb.), Quellen zur Eisenbahn- und Straßenbahngeschichte in nichtstaatlichen westfälisch-lippischen Archiven, Dortmund: Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv 1996 (Veröffentlichungen der Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv).
- KERSKEN, NORBERT (Bearb.), Annotierte Bibliographie zur Geschichte der Stadt Coesfeld, Coesfeld: Stadt 1999 (Veröffentlichungen aus dem Stadtarchiv Coesfeld 1).
- KÖRNER, MARTIN (Hrsg.), Bibliographie der Stadtgeschichte der Schweiz 1986-1997, Berlin: Peter Lang 2002.

1. Reichsstädte

- HOHRATH, DANIEL / WEIG, GEBHARD / WETTENGEL, MICHAEL (Hrsg.), Das Ende reichsstädtischer Freiheit 1802. Zum Übergang schwäbischer Reichsstädte vom Kaiser zum Landesherrn, Begleitband zur Ausstellung "Kronenwechsel", das Ende reichsstädtischer Freiheit 1802, Ulm: W. Kohlhammer 2002 (Forschungen zur Geschichte der Stadt Ulm, Reihe Dokumentation 12).
- BORSODORF, ULRICH (Hrsg.), Essen eine Stadtgeschichte, Bottrop: Pomp Verl., 2002.

2. Ortsgeschichten

- BICKELMANN, HARTMUT (Hrsg.), Bremerhavener Beiträge zur Stadtgeschichte III, Bremerhaven: Stadtarchiv 2001 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bremerhaven 15).
- BLANK, BERND A., Bad Oldesloe früher und heute. Eine Stadt im immerwährenden Wandel. Stadtbau und Altstadtsanierung

in Bad Oldesloe 1973-1998 und Ausblick auf zukünftige Aufgaben, Bad Oldesloe: Oho-Verl. 1998.

- BRAKE, LUDWIG / FELSCHOW, EVE-MARIE, 50 Jahre Kriegsende. Stadt und Universität Gießen im Wiederaufbau, Gießen: Oberhessischer Geschichtsverein Gießen e.V. 1996.
- BRAND, FRIEDRICH, Bad Salzuflen. Daten und Strukturen einer mittelzentralen Stadt, Bielefeld: Verl. für Regionalgeschichte 1996 (Beiträge zur Geschichte der Stadt Bad Salzuflen 2).
- BRODT, BÄRBEL, Städte ohne Mauern. Stadtentwicklung in East Anglia im 14. Jahrhundert, Paderborn: Ferdinand Schöningh Verl. 1997 (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London 44).
- BURG, PETER, Saarbrücken 1789-1860. Von der Residenzstadt zum Industriezentrum, Blieskastel: Gollenstein Verl. 2000 (Saarland Bibliothek 14).
- DAHMEN, ANNEGRET / ROELEN, MARTIN WILHELM / RULOFS-TERFURTH, DORIS, Chronik 1945 bis 1999. 55 Jahre Weseler Geschichte, Wesel: Stadtarchiv 1999 (Studien und Quellen zur Geschichte von Wesel 22).
- EGGENSTEIN, GEORG / SCHWINZER, ELLEN / mit MECKLENBROUK, PETRA (Hrsg.), Zeitspuren. Die Anfänge der Stadt Hamm, Hamm: Druck Verl. Kettler 2001 (Notizen zur Stadtgeschichte 8).
- FRANZ, NORBERT, Die Stadtgemeinde Luxemburg im Spannungsfeld politischer und wirtschaftlicher Umwälzungen 1760-1890. Von der Festungs- und Garnisonsstadt zur offenen multifunktionalen Stadt, Trier: Kliomedia 2001 (Trierer Historische Forschungen 40).
- GERDES, FRAUKE, Pickelhaube und Ersatzkaffee. Bassum 1871-1918, Diepholz: Schröderischer Buchverlag, Verl. für Regionalkultur 2001 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bassum 2).

E 61292



30. Jahrgang · 2003 · Heft 2

Franz Steiner Verlag

Vierteljahresschrift für
Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung



Begründet von Otto Borst

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt
in Verbindung mit Gerd Albers, Helmut Böhme, August Gebeßler,
Friedrich Mielke, Jürgen Reulecke, Erika Spiegel und Jürgen Zieger

Begründet von Otto Borst

Redaktionskollegium:

HANS SCHULTHEISS (Chefredakteur) – Prof. Dr.
AUGUST GEBESSLER (Geschäftsführer der Arbeitsge-
meinschaft Die alte Stadt e.V.) – Dr. WINFRIED
MÖNCH (Besprechungen).
Prof. Dr. HARALD BODENSCHATZ, TU Berlin, Institut
für Sozialwissenschaften – Prof. Dr. DIETRICH
DENECKE, Universität Göttingen, Geographisches
Institut – Prof. Dr. ANDREAS GESTRICH, Universität
Trier, Fachbereich Geschichte – Prof. Dr. TILMAN
HARLANDER, Universität Stuttgart, Institut Wohnen
und Entwerfen – Dr. HELMUT HERBST, Galerie der
Stadt Waiblingen – Prof. Dr. JOHANN JESSEN, Uni-
versität Stuttgart, Städtebau-Institut – Prof. Dr.
RAINER JOOSS, PH Schwäbisch Gmünd, Histori-
sches Seminar – Dr. URSULA VON PETZ, RWTH
Aachen, Planungstheorie und Stadtplanung –
VOLKER ROSCHER, Bund Dt. Architekten Hamburg –
Prof. Dr. JOACHIM SCHULTIS, Heidelberg – Prof. Dr.
DIETER SCHOTT, University of Leicester, Dep. of
Economic and Social History – Prof. Dr. HOLGER
SONNABEND, Universität Stuttgart, Historisches
Institut.

Redaktionelle Zuschriften und Bespre-
chungsexemplare werden an die Redaktions-
adresse erbeten: Die alte Stadt, Postfach 10 03 55,
73726 Esslingen a.N., Marktplatz 16, 73728
Esslingen a.N., Tel.: (0711) 3512 3242,
Fax: (0711) 3512 2418.

Die Zeitschrift *Die alte Stadt* ist zugleich Mitglie-
derzeitschrift der ca. 140 Städte umfassenden
Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V.

Erscheinungsweise: Jährlich 4 Hefte
zu je 88 Seiten

Bezugsbedingungen: Jahresabonnement
EUR 76,- Einzelheft EUR 19,-, jeweils zuzüglich
Versandkosten. Vorzugspreis für Studierende
gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studien-
bescheinigung EUR 57,- zzgl. Versandkosten.
Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,

zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen
des Abonnements können nur zum Ablauf eines
Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. Novem-
ber des laufenden Jahres beim Verlag eingegan-
gen sein.

Verlag: Franz Steiner Verlag Wiesbaden GmbH,
Sitz Stuttgart
Birkenwaldstraße 44, D-70191 Stuttgart;
Postfach 101061, D-70009 Stuttgart
Tel.: (0711) 2582-0, Fax: (0711) 2582-408 (390),
Internet: <http://www.steiner-verlag.de>, E-mail:
cfelmik@steiner-verlag.de
Anzeigenleitung (verantwortlich): Susanne
Szoradi (sszoradi@steiner-verlag.de)

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Der
Verlag haftet nicht für unverlangt eingereichte
Manuskripte. Die der Redaktion angebotenen
Originalbeiträge dürfen nicht gleichzeitig in
anderen Publikationen veröffentlicht werden. Mit
der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der
Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht
für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts.
Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht
zur Herstellung elektronischer Versionen und zur
Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht
zu deren Vervielfältigung und Verbreitung online
und offline.
Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge
sind urheberrechtlich geschützt. Kein Teil dieser
Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des
Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmi-
gung des Verlags in irgendeiner Form reproduziert
oder in eine von Maschinen, insbesondere von
Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache
übertragen werden.

Druck: Druckerei Peter Proff,
D-82547 Eurasburg

© 2003 Franz Steiner Verlag
Wiesbaden GmbH, Sitz Stuttgart
Printed in Germany. ISSN 0170-9364



Inhalt

Editorial	101
MARKUS ELTGES, Kommunale Finanzen aus Sicht der Raumentwicklung	103
MICHAEL KUMMER, Die Hessischen Denkmalschutzgesetze 1974 und 1986. Voraussetzungen und Wirkungen	114
SANDRA SCHLUCHTER, „New Urbanism“ in Europa?	126
ROBERT KALTENBRUNNER, Werte und Umwertungen. Die Vitalität „klassischer“ Raumkonzepte in Peking, Neu-Delhi und Berlin	140
ULRICH FELLMETH, Die Einwohnerzahl einer antiken Stadt in Italien	157
Forum	
GERD KUHN, Gesellschaft für Stadt- und Urbanisierungsforschung	170
ADELHEID VON SALDERN / CHRISTOPH BERNHARDT, Positionspapier der Gesell- schaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung	172
Besprechungen	
FRANK KOLB, Rom. Die Geschichte der Stadt in der Antike (<i>Martin Burkhardt</i>)	176
DANIEL HOHRATH u.a. (Hrsg.), Das Ende reichsstädtischer Freiheit 1802 (<i>Daniel Kirn</i>)	177
HORST HELDMANN, 50 Jahre Verkehrspolitik in Bonn (<i>Winfried Mönch</i>)	178
STADT NAUMBURG (Hrsg.), Naumburg an der Saale, Beiträge zur Bau- geschichte und Stadtsanierung (<i>Dieter Martin</i>)	179



Editorial

Liebe Abonnenten und Leser der Zeitschrift „Die Alte Stadt“,

seit 2003 erscheint unsere Zeitschrift „Die alte Stadt“ beim Franz Steiner Verlag, Stuttgart. Gleichzeitig mit dem Verlagswechsel vollzog sich auch äußerlich sichtbar eine zeitgemäße Anpassung im Erscheinungsbild. Und für Abonnenten besonders erfreulich: eine Senkung des Bezugspreises um 10% bei gleichzeitiger Erhöhung des Jahresumfangs.

In Zeiten kommunaler Finanzkrisen sind dies ausgesprochen gute Nachrichten für eine wissenschaftliche Zeitschrift, die von 132 Mitgliedsstädten mit historischer Bausubstanz im deutschsprachigen Raum herausgegeben wird.

Dank also an unseren neuen Verlag, bei dem sich die „Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt“ künftig in besten Händen wähnt. Dank aber auch an alle Abonnenten und Leser, die uns inzwischen im 30. Jahrgang die Treue halten. All dies ist uns ein besonderer Ansporn, die Vielfalt städtischer Belange auch weiterhin im Dialog zwischen Wissenschaft und kommunaler Praxis zu erörtern und weiter zu entwickeln.

Ihr

Dr. Jürgen Zieger
Oberbürgermeister der Stadt Esslingen
Erster Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt

Markus Eltges

Kommunale Finanzen aus Sicht der Raumentwicklung

1. Kommunale Finanzen in der Krise

Um die finanzielle Situation aller öffentlichen Haushalte ist es schlecht bestellt. Die kommunalen Haushalte bilden keine Ausnahme. Im Jahre 2001 betrug das Defizit aller kommunalen Haushalte rund 4 Mrd. €. Allein im ersten Halbjahr 2002 ist dieses auf 4,8 Mrd. € gestiegen.¹ Der deutsche Städtetag hat seinen Gemeindefinanzbericht 2002 überschrieben mit dem Titel: „Städtische Finanzen: Kollaps oder Reformen!“ Eine große deutsche Sonntagszeitung titelte einen Bericht mit der Überschrift „Diese Stadt will leben“ und meinte damit die Ruhrgebietsstadt Gelsenkirchen.²

Bevor die Probleme und Perspektiven der gemeindlichen Finanzsituation näher beleuchtet werden, sollten folgende zentralen Eckpunkte genannt werden. Diese sind von grundlegender Bedeutung für alle öffentlichen Haushalte, so auch für die gemeindlichen:

- Das deutsche Steuer- und Abgabensystem und die darauf basierenden sozialen Sicherungssysteme sind auf wirtschaftliches Wachstum angewiesen. Dieses Wachstum bleibt zunehmend aus. Nach Wachstumsraten in den 1950er und 1960er Jahren von rund 5% konnten in den 1970er noch rund 3% erreicht werden. In den 1980er im Durchschnitt noch 2%. Trotz der wirtschaftlichen Effekte der deutschen Einheit pendelt sich das Wachstum seit den 90er Jahren auf rund 1,5% ein. Im Jahre 2002 waren es gerade noch 0,2%. Der „Kuchen“, der zu verteilen ist, wird also deutlich kleiner. Hiervon sind auch die Gemeinden betroffen.
- Wenn es „eng“ wird, rücken alle näher zusammen. So auch die öffentlichen Haushalte der föderalen Ebenen. Zusammenrücken heißt jedoch hier „Mischfinanzierung“. Diese Mischfinanzierung erfolgt sowohl auf der Ausgaben- wie der Einnahmenseite. Dieses System hat dazu geführt, dass sich keine föderale Ebene aus dieser Finanzkrise selbständig befreien kann. Die Städte und Gemeinden am allerwenigsten. Jede Änderung in der Steuergesetzgebung schlägt mittel- oder unmittelbar auf die gemeindlichen Kassen durch.³

1 Vgl. H. Rehm, Die öffentlichen Finanzen 2002, In: Wirtschaft und Statistik, Heft 10/2002, S. 893.

2 Vgl. G. Lachmann, Diese Stadt will leben, in: Welt am Sonntag, Nr. 8 vom 23. Februar 2003, S. 3.

3 Vgl. hierzu M. Fehr / M. Tröger, Die verdeckten Verteilungswirkungen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs, in: Wirtschaftsdienst, Jg. 82 (2002), Heft 10, S. 609 ff.

- Das deutsche Steuersystem fußt in seinen wesentlichen Zügen auf Regelungen aus der Weimarer Republik.⁴ Dieses System setzt einen starken und national verankerten und damit steuerzahlenden industriellen Sektor und Vollbeschäftigung voraus. Der „Trend zur Dienstleistungsgesellschaft“ und die „Globalisierung“ unterlaufen dieses System. Die Industrielandschaft bricht nach und nach weg, und die verbleibenden Unternehmen sind weltweit organisiert und zahlen ihre Steuern dort, wo es für sie am günstigsten ist.
- Darüberhinaus gehen seit Mitte der 1980er Jahre die Strukturwandlungsprozesse mit Massenarbeitslosigkeit einher. Mit der deutschen Einheit hat sich dieses Problem deutlich verschärft. Ist die „Sozialhilfe“ Ende der 1960er Jahre als Ausnahme von der Regel den Kommunen als Aufgabe übertragen worden, ist sie mittlerweile durch die Massenarbeitslosigkeit zur Regel geworden. Diese Ausgabeart bindet immer mehr finanzielle Mittel in den kommunalen Haushalten. Mit dem Zurückfahren arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen werden auch hier die ohnehin engen Spielräume durch das Ansteigen der Sozialleistungen heruntergefahren.

Die „Kollaps-Komponente“ kommt sowohl auf der Einnahme- wie Ausgabeseite zum Tragen. Die wichtigsten kommunalen Einnahmeposten haben sich wie folgt entwickelt:

- Die Gewerbesteuererinnahmen – als wichtigste Gemeindesteuer – gingen 2001 netto, d.h. nach Abführung der Gewerbesteuerumlage an Bund und Land, um rund 11% auf 17 Mrd. € zurück.
- Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer – die zweitgrößte Steuerquelle der Gemeinden – schwankt erheblich: 2001 ging das Aufkommen um rund 4% auf 20 Mrd. € zurück und sank damit noch unter den Betrag von 1992.
- Da ist es kein Trost, dass die übrigen Steuereinnahmen der Gemeinden (Grundsteuer, Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer, sonstige kleinere Gemeindesteuern) dagegen eine vergleichsweise stabile Entwicklung zeigen. Denn der Anteil dieser Steuern an den Gesamteinnahmen der Gemeinden ist eher bescheiden.
- Wesentlich für die kommunale Finanzausstattung sind neben den gemeindlichen Steuereinnahmen die Zuweisungen der Länder. Hierbei gibt es einen klaren strukturellen Unterschied zwischen alten und neuen Ländern. Der Anteil der öffentlichen Zuweisungen an den gemeindlichen Einnahmen liegt in den westlichen Gemeinden bei rund 55%, in den östlichen bei rund 75%. An Landeszuweisungen für laufende Zwecke erhielten die Gemeinden im Jahr 2001 mit 40 Mrd. € insgesamt etwas weniger als im Jahr zuvor. Wichtig ist hier die starke Abhängigkeit der Städte und Gemeinden von der Landeskasse.

4 Vgl. *Bundesministerium der Finanzen* (Hrsg.), *Unsere Steuern von A-Z*, 13. Aufl., Bonn 1990, S. 14 f.

- Stark reduziert haben die Länder in den vergangenen Jahren ihre investiven Zuweisungen an die kommunale Ebene. Die Gemeinden im Osten Deutschlands, deren Finanzlage stärker als die der westdeutschen Gemeinden von Zuweisungen des Landes abhängt, sind hiervon überproportional betroffen. Gegenüber 1991 hatten sie 2001 rund 30% weniger Einnahmen aus investiven Zuweisungen vom Land.

Diese unbefriedigenden Entwicklungen auf der Einnahmenseite bleiben nicht ohne Auswirkungen auf der Ausgabenseite:

- Im Zeitraum 1991 bis 2001 haben die kommunalen Ausgaben insgesamt deutlich weniger zugenommen (+16) als die von Bund (+31%) und Ländern (+52%).
- Seit 1993 sind die Ausgaben der Kommunen für Sachinvestitionen durchgängig rückläufig und liegen im Jahr 2001 mit 24 Mrd. Euro um 28% unter dem Wert von 1992 (34 Mrd. €). In den neuen Ländern fällt der Rückgang der kommunalen Investitionsausgaben im Jahr 2001 gegenüber 1992 mit –46% noch wesentlich stärker aus. Insbesondere die Bauwirtschaft, die massiv von den kommunalen Investitionen abhängig ist, hat diesen Einbruch schmerzlich erfahren und mit drastischem Arbeitsplatzabbau hierauf reagiert
- Die Ausgaben der Gemeinden für soziale Leistungen weisen dagegen zu Beginn der neunziger Jahre zweistellige Zuwachsraten auf. Hauptursachen sind zusätzliche Leistungen für die Pflege, für die Eingliederungshilfe Behinderter sowie für Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge. Neben der Hilfe zum Lebensunterhalt, was der Volksmund normalerweise unter Sozialhilfe versteht (2001: 9,7 Mrd. €), erweist sich die Hilfe in besonderen Lebenslagen (2001: 14,3 Mrd. €) und hier die Eingliederungshilfe für Behinderte (2001: 9,8 Mrd. €) zunehmend als finanzielles Schwergewicht. Diese Eingliederungshilfe ist in ihrer Höhe unabhängig von konjunkturellen Entwicklungen zu sehen. Damit nehmen diese Ausgaben eine Art „Fixkostencharakter“ für die Kommunen an.

2. Kommunale Finanzen in ihrer räumlichen Dimensionen

In einem Land mit 440 Kreisen und kreisfreien Städten versteht sich die Raumentwicklungsrelevanz dieser Eckdaten von selbst.⁵ Denn es kann nicht davon ausgegangen werden, dass die oben skizzierten Eckdaten sich gleichmäßig über den Raum verteilen. Dass dem nicht so ist, zeigt beispielsweise der Variationskoeffizient der kommunalen Steuerkraft je Einwohner. Dieser Wert beträgt in den alten Ländern im Durchschnitt der Jahre 1995-2000 rund 32%.⁶ Hätten alle kommunalen Gebietskör-

5 Hinter diesen 440 Kreisen und kreisfreien Städten stehen über 14.000 Gemeinden.

6 Auf der Basis der 325 Kreise und kreisfreien Städte ohne Stadtstaaten.

perschaften exakt die gleiche Steuerkraft je Einwohner, so läge dieser Wert bei Null. In den neuen Ländern beträgt die Streuung 23%. Diese räumlichen Ungleichgewichte bei einem zentralen Indikator der kommunalen Finanzsituation rechtfertigen somit einen genaueren Blick in diese räumlichen Strukturen, wobei insbesondere die Stadt-Umland-Relationen von Interesse sind. Denn die Finanzkrise vieler Städte wird mit den Konsequenzen einer dauerhaft ablaufenden Suburbanisierung in Zusammenhang gebracht.⁷ Diese räumlichen Wandlungsprozesse verstärken jene Wirkungen, die sich aus den wirtschaftsstrukturellen und konjunkturellen Ursachen ergeben. Eine Untersuchung des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen führte bereits 1992 aus: „Die Kommunen im Umland großer Städte, insbesondere im Raum München, sind in der Lage, den wachsenden Infrastrukturbedarf zu decken, und weisen trotzdem die günstigste Finanzlage unter allen Kommunen auf. Dabei besteht vor allem die Gefahr, dass sie eine ihrer jeweiligen Interessenslage entsprechende selektive Entwicklungspolitik betreiben und die für sie günstigen Entwicklungspotenziale an sich ziehen.“⁸

Diese Stadt-Umland-Relationen werden mit Hilfe der siedlungsstrukturellen Regions- und Kreistypen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung ermittelt. Dieses Analyseraster differenziert die Regionen nach räumlicher Lage, Zentralität und Einwohnerdichte und unterscheidet nach

- Agglomerationsräumen
- Regionen mit Verdichtungsansätzen sowie
- ländlichen Räumen.

Innerhalb der Agglomerationsräume können wiederum folgende Kreistypen identifiziert werden:

- Kernstädte,
- hochverdichtete Kreise,
- verdichtete Kreise sowie
- ländliche Kreise.

Die Regionen mit Verdichtungsansätzen können untergliedert werden nach

- Kernstädten,
- verdichtete Kreise sowie
- ländliche Kreise.

Die ländlichen Räume sind wiederum differenziert nach

- verdichteten Kreisen sowie
- ländlichen Kreisen.

⁷ Vgl. E. Münstermann, Kommunalen Finanz- und Lastenausgleich zwischen Kernstadt und Umland. Zur raumordnungspolitischen Funktion des kommunalen Finanzausgleichs, in: Informationen zur Raumentwicklung. Die Reform der Kommunal Finanzen, Heft 8./9. 1995, S. 619 ff.

⁸ Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (Hrsg.), Finanzausgleichsrelevante Probleme zwischen Stadt und Umland, München 1992, S. 64.

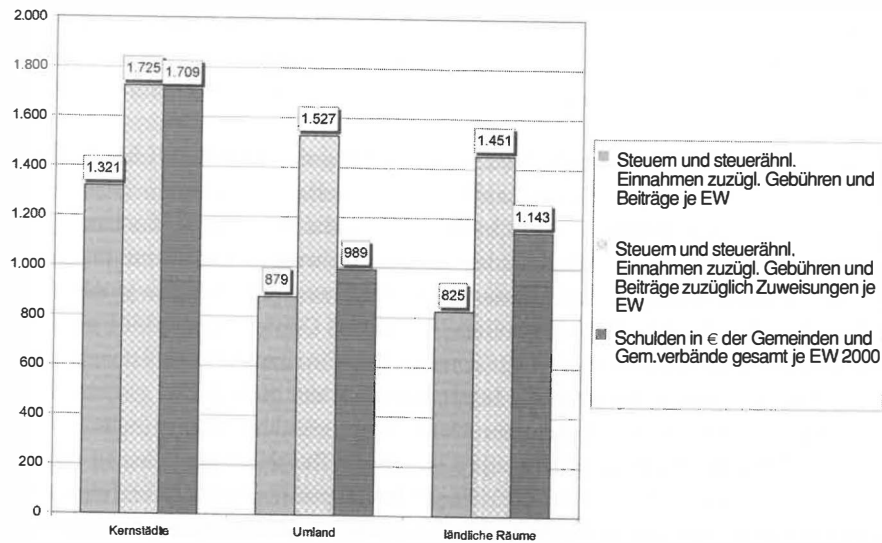
Um die Stadt-Umland-Beziehungen abbilden zu können, werden die Kernstädte der Agglomerationen und der Regionen mit Verdichtungsansätzen zusammengefasst. Gleiches gilt für deren Umlandkreise. Die ländlichen – meist peripheren – Räume bleiben als Einheit bestehen.

Wird zunächst die kommunale Steuerkraft je Einwohner nach diesem Raster untersucht, so kann deutliches Stadt-Land-Gefälle beobachtet werden. Dies gilt für alte und neue Länder gleichermaßen. In den alten Ländern erreicht das Umland nur rund 66% der Steuerkraft der Kernstädte. Interessant wird es nun, wenn die räumlichen Verteilungswirkungen des kommunalen Finanzausgleiches sowie die sonstigen Zuweisungen der Länder an ihre Gemeinden und Gemeindeverbände in die Betrachtungen einbezogen werden. Der kommunale Finanzausgleich ist neben dem Länderfinanzausgleich das zentrale Instrument bei der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilräumen Deutschlands und hat somit eine hohe raumordnungspolitische Bedeutung. Über ihre sonstigen Zuweisungen können die Länder jenseits der Ausgleichssysteme spezifische landespolitische Ziele verfolgen. Diese Zuweisungen erfolgen in der Regel mit einer Zweckbindung oder werden pauschaliert gezahlt.

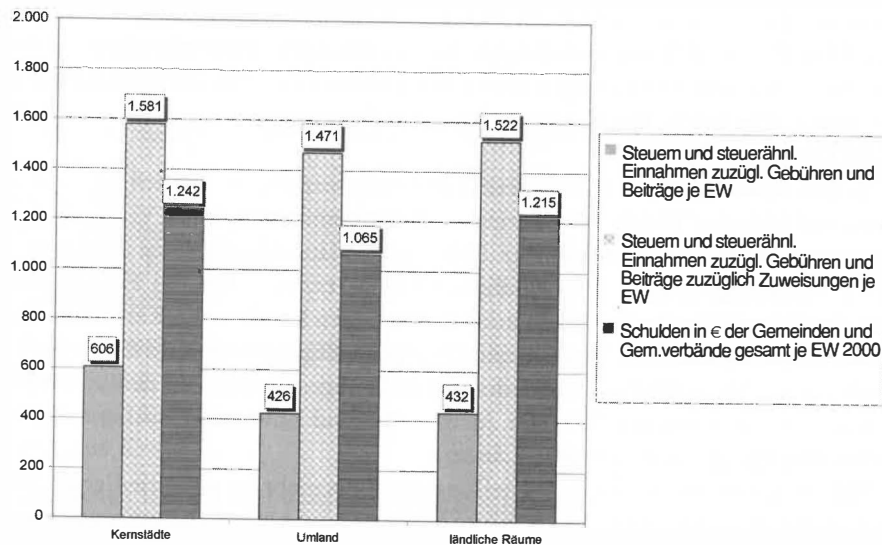
Der Finanzausgleich und die sonstigen Zuweisungen führen im Ergebnis dazu, dass sich das Finanzkraftgefälle deutlich abschwächt. Nach Finanzausgleich und investiven Zuweisungen beträgt der Variationskoeffizient in den alten Ländern nur noch 15%. Profitiert haben von diesem System vor allem die Umlandkreise. Diese erreichen nach den Zuweisungen durch die Länder fast 90% der Finanzkraft der Kernstädte. Die Städte und Kreise in den ländlichen Räumen kommen bis auf 85% an die Kernstädte heran.

In den neuen Ländern sehen diese Verteilungswirkungen ähnlich aus, nur auf einem viel höheren Niveau. Viel geringere Steuereinnahmen stehen viel höhere Zuweisungen und Zuschüsse gegenüber. Hier sind die ländlichen Räume die Gewinner dieses Verteilungssystems. Die ländlichen Räume erzielen fast das Finanzkraftniveau der Kernstädte. Zwar können auch in den neuen Ländern die Kernstädte ihren Finanzvorsprung nach den Verteilungszahlungen halten, jedoch wird dieser im Vergleich zu den Steuerkraftunterschieden deutlich abgeschwächt. In den neuen Ländern ist der Nivellierungseffekt der Ausgleichs- und Zuweisungssysteme deutlich stärker ausgeprägt als in den alten Ländern.

Für die Kernstädte ist dieses Verteilungsergebnis mehr als unbefriedigend. Denn strukturelle Besonderheiten dieser Städte verlangen ein höheres Ausgabenniveau im Vergleich zu deren meist kleineren Umlandgemeinden. Zu diesen strukturellen Besonderheiten zählt auch, dass die Kernstädte im Vergleich zu den Umlandgemeinden einen deutlich höheren Verschuldungsgrad aufweisen. Zwar ist der Verschuldungsgrad einer Gemeinde nicht notwendigerweise ein Indikator für Finanznot. Reiche Gemeinden können sich höher verschulden als arme Gemeinden. Arme Gemeinden können sich nicht hoch verschulden, da die Kommunalaufsicht dagegen hält.



Tab. 1: Wirkungen des kommunalen Ausgleichssystems im Durchschnitt der Jahre 1995-2000 in € je Einwohner im siedlungsstrukturellen Vergleich (alte Länder);⁹ Quelle: kommunale Kassenstatistik, eigene Berechnungen.



Tab. 2: Wirkungen des kommunalen Ausgleichssystems im Durchschnitt der Jahre 1995-2000 in € je Einwohner im siedlungsstrukturellen Vergleich (neue Länder);¹⁰ Quelle: kommunale Kassenstatistik, eigene Berechnungen.

⁹ Ohne Stadtstaaten Bremen und Hamburg.

¹⁰ Ohne Berlin.

Dennoch lässt sich der gravierende Unterschied in der Verschuldung zwischen Kernstädten und deren Umland sicherlich nicht nur über das Phänomen „reich-arm“ erklären.

Um sich den strukturellen Besonderheiten insbesondere der großen Kernstädte zu nähern, werden nachfolgend die Großstädte mit mehr als 500.000 im Spiegel der kommunalen Finanzstatistik beleuchtet. Hierbei handelt es sich um die Städte München, Stuttgart, Köln, Essen, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Frankfurt am Main und Hannover. Die folgende Tabelle ist nach Einzelplänen und finanziell wichtigen Abschnitten gegliedert und lässt erkennen, welche strukturellen Unterschiede bei der Höhe der Mehrausgaben¹¹ zwischen den westdeutschen Großstädten und der Summe aller Gemeinden und Gemeindeverbänden der alten Länder bestehen.

Zunächst fällt auf, dass die durchschnittlichen Mehrausgaben der westdeutschen Großstädte im Zeitraum 1994-1997 rund 12% über dem Durchschnitt der alten Länder liegen. Die Großstädte haben je Einwohner über das gesamte öffentliche Leistungsspektrum rund 300 DM höhere Mehrausgaben. Da in einzelnen Ländern (z.B. Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hessen) die Hilfe zur Pflege bzw. die Eingliederungshilfe für Behinderte weitgehend vom Land mitfinanziert wird, unterzeichnen die Daten der kommunalen Finanzstatistik die Mehrausgaben der Großstädte. Es ist davon auszugehen, dass der „Peak“ bei den Mehrausgaben noch stärker zu Lasten der Großstädte verläuft, als es in der Tabelle zum Ausdruck kommt.

Die Mehrausgaben der westdeutschen Großstädte liegen bei vier Aufgabenbereichen deutlich über dem Durchschnitt der Gemeinden und Gemeindeverbände der alten Länder. Im Einzelnen handelt es sich um die Bereiche:

- Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege (253 zu 117 DM)
- Öffentliche Sicherheit und Ordnung (185 zu 108 DM)
- Gesundheit, Sport, Erholung (216 zu 169 DM)
- sowie soziale Sicherung (1.216 zu 1.016 DM).

Im Aufgabenbereich „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ fällt bei den Großstädten neben der Funktion „Polizei und öffentliche Ordnung“ insbesondere die Funktion „Feuerschutz und Brandschutz“ auf. Die Mehrausgaben der Großstädte für „Feuer und Brandschutz“ sind mit 108 DM je Einwohner fast doppelt so hoch wie im Durchschnitt der alten Länder. Begründet liegt dies u.a. darin, dass Großstädte eine Berufsfeuerwehr vorhalten und die kommunalen Sicherheitsrisiken aufgrund der Bevölkerungskonzentration und Bebauung größer sind als in kleineren Gemeinden.

¹¹ Die Ausgaben sind als Indikator für einen Finanzbedarf nicht geeignet. Eher ist die Kennziffer „Mehrausgaben“ dafür geeignet. Diese werden definiert als Differenz zwischen den Bruttoausgaben und den Bruttoeinnahmen in den einzelnen Aufgabenbereichen. Sie geben Auskunft darüber, in welchem Umfang einzelne Aufgabenbereiche auf Deckung ihrer Ausgaben aus der allgemeinen Finanzwirtschaft angewiesen sind.

Abschnitte/Funktionen	Alte Länder			
	alle Gemeinden	darunter Großstädte über 500.000 Ew	Großstädte über „+“ oder unter „-“ Durchschnitt Flächenländer	Großstädte = 100
Mehrausgaben gesamt – Gemeinden und Gemeindeverbände Summe – DM/EW				
0 Allgemeine Verwaltung	265	235	-	89
00/01 Politische Führung	47	28	-	59
Zentrale Verwaltung	218	207	-	95
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	108	185	+	170
10/11/12 Polizei/Öffentliche Ordnung/ Umweltschutzamt	48	72	+	152
13 Feuerschutz/Brandschutz	57	108	+	190
2 Schulen	319	313	-	98
21 Grund- und Hauptschulen	114	79	-	69
23 Gymnasien	38	53	+	140
24 Berufs-, Berufsaufbau-, Berufsfachschulen	36	54	+	151
290 Schülerbeförderung	28	8	-	29
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	117	253	+	216
32 Museen, Sammlungen, Ausstellungen	16	32	+	203
33 Theater, Konzerte, Musikpflege	47	117	+	251
35 Volksbildung	26	52	+	202
4 Soziale Sicherung	1.016	1.216	+	120
40 Verwaltung der sozialen Angelegenheiten	89	149	+	168
410 Hilfe zum Lebensunterhalt	257	373	+	146
411 Hilfe zur Pflege	81	47	-	58
412 Eingliederungshilfe für Behinderte	126	24	-	19
413 Krankenhilfe; Hilfe bei Schwangerschaft ...	16	37	+	231
42 Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetz	56	51	-	92
43 Soziale Einrichtungen (ohne Einricht. d. Jugendhilfe)	23	49	+	211
45 Jugendhilfe nach dem KJHG	94	161	+	172
464 Tageseinrichtungen für Kinder	164	218	+	133
5 Gesundheit, Sport, Erholung	169	216	+	127
51 Krankenhäuser	33	28	-	83
58 Park- und Gartenanlagen	41	73	+	177
6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	330	314	-	95
60 Bauverwaltung	59	72	+	122
61 Städteplanung, Vermessung, Bauordnung	59	71	+	121
63/65 Gemeinde-/Kreisstrassen	150	112	-	75
7 Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	176	110	-	63
70 Abwasserbeseitigung	83	51	-	61
8 Wirtsch. Unternehmen, allg. Grund- und Sondervermögen	-65	-107	-	165
82 Verkehrsunternehmen	32	73	+	229
0-8	2.436	2.735	+	112

Tab. 3: Mehrausgaben je Einwohner der Großstädte und Gemeinden/Gemeindeverbände 94-97; Quelle: Kommunale Finanzstatistik, eigene Berechnungen des BBR.

Auch im Aufgabenbereich „Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege“ verbuchen die Großstädte aufgrund ihrer überregionalen Bedeutung und aktiven Kulturpolitik mehr als doppelt so hohe Mehrausgaben wie im Durchschnitt aller Gemeinden. Diese Aktivitäten nehmen die Großstädte auch für ihr Umland mit wahr. Spitzenreiter ist die Aufgabe „Theater, Konzerte, Musikpflege“.

Im Aufgabenbereich „Soziale Sicherung“ fallen bei den westdeutschen Großstädten nahezu durchgängig höhere Mehrausgaben je Einwohner an als im Durchschnitt aller Gemeinden. Dies gilt – mit Ausnahme der oben genannten Funktionen „Hilfe zur Pflege“ und „Eingliederungshilfen für Behinderte“ – sowohl für Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz als auch für Jugendhilfeleistungen nach dem KJHG und Tageseinrichtungen für Kinder. Die überdurchschnittlichen Mehrausgaben der Großstädte bei der Leistungserbringung finden ihren Niederschlag in höheren Mehrausgaben bei der Verwaltung der sozialen Angelegenheiten. Die sozialen Problemlagen in den Städten sind zum einen das Ergebnis des wirtschaftlichen Strukturwandels, der im dynamischen sozio-ökonomischen Umfeld der Städte am deutlichsten auftritt. Industrielle fertigungsorientierte Arbeitsplätze brechen meist ohne Ersatz in der Stadt weg, mit allen Konsequenzen für den städtischen Arbeitsmarkt. Zum anderen ist die Konzentration sozialer Problemlagen auch das Ergebnis selektiver Wanderungen: Meist gut verdienende und junge Bevölkerungsschichten ziehen aus der Stadt ins Umland, während Risikogruppen der Armut wie Arbeitslose, Alleinerziehende und Migranten in der Stadt bleiben.

Im Aufgabenbereich „Gesundheit, Sport und Erholung“ schlagen bei den Großstädten vor allem die Mehrausgaben für die Funktion „Park- und Gartenanlagen“ stark zu Buche. Diese Einrichtungen dienen der innerstädtischen Naherholung und besitzen wichtige ökologische Ausgleichsfunktionen für das Stadtklima. Die Mehrausgaben der Großstädte liegen um fast 80% über dem Durchschnitt der alten Länder. Demgegenüber fallen die Ausgaben für die Funktion „Krankenhäuser“ niedriger aus. Allerdings ist zu sehen, dass in der kommunalen Finanzstatistik die Ausgaben für Hochschulkliniken nicht erfasst werden, die ihren Standort vorwiegend in Großstädten haben und dort integraler Bestandteil der Krankenhausversorgung sind.

3. Zusammenfassung und Ausblick

Das deutsche Steuer- und Abgabensystem ist auf Zuwachs angelegt. Dieser Zuwachs bleibt zunehmend aus. Der „Kuchen“, der zu verteilen ist, wird zunehmend kleiner. Hiervon sind insbesondere die Gemeinden betroffen, da deren finanzielle Gestaltungsspielräume wesentlich enger geschnitten sind, als die von Ländern und Bund.

- Die enge Verzahnung aller öffentlichen Haushalte (Stichwort: Mischfinanzierung) macht es unmöglich, dass sich eine föderale Ebene aus dieser Finanzkrise selbständig befreien kann. Die Städte und Gemeinden am allerwenigsten. Jede Änderung in der Steuergesetzgebung schlägt mittel- oder unmittelbar auf die gemeindlichen Kassen durch.

- Die fortschreitende Globalisierung sowie der Trend zur Dienstleistungsgesellschaft höhlt nach und nach die gemeindliche Steuerbasis aus. Dies betrifft insbesondere die Gewerbesteuer. Von diesem Trend sind insbesondere die großen Städte betroffen. Diese leiden zudem finanziell unter der Suburbanisierung. Das Aufkommen aus der Einkommensteuer sinkt. Durch die Sockelbeträge¹² bei der Verteilung des Einkommensteueranteils sind die großen Städte ohnehin benachteiligt.
- Die Massenarbeitslosigkeit und das Auflösen familiärer Strukturen korrespondieren auf der Ausgabenseite mit immer höheren Ausgaben im sozialen Bereich sowie in der Kinder- und Jugendhilfe.
- Gleichzeitig werden durch den Trend zur Dienstleistungsgesellschaft die Ansprüche an das kommunale Dienstleistungsangebot gesteigert. Dies trifft insbesondere auf den Bereich der Kultur zu. Auch hier müssen die Kernstädte besondere Anstrengungen unternehmen, um im Standortwettbewerb bei diesen „weichen Standortfaktoren“ konkurrenzfähig zu bleiben.
- In der Gesamtschau befinden sich die Städte in einer Zange, aus der sie sich selbst nicht befreien können. Zwar sind alle Gemeinden von diesen Entwicklungen betroffen, gleichwohl sind es die größeren Städte, die am stärksten unter dem Auseinanderklaffen von Einnahmen und notwendigen Ausgaben leiden.
- Das Ausgleichs- und Zuweisungssystem stärkt nicht die Position der Kernstädte. Von diesem System profitiert mehr das Umland. Dieses wird so in die Lage versetzt, mehr und mehr in Konkurrenz zur Kernstadt zu treten. Dieses Zuweisungssystem begünstigt die weitere Suburbanisierung.
- Für die Kernstädte ist dieses Verteilungsergebnis mehr als unbefriedigend. Denn strukturelle Besonderheiten dieser Städte verlangen ein höheres Ausgabenniveau im Vergleich zu deren kleineren Gemeinden. Zwar wird dieser erhöhte Finanzbedarf im Rahmen der Finanzausgleichssysteme durch die Einwohnerwertungen (z.B. Hauptansatzstaffel) anerkannt und umgesetzt, dennoch zeigt das Ergebnis des gesamten Ausgleichs- und Zuweisungssystems, dass die Kernstädte das Umland hinsichtlich der Finanzkraft deutlich an sich herankommen lassen müssen. Die aktuell hohe Verschuldung der Kernstädte lässt deren finanziellen Spielraum ohnehin immer kleiner werden.

12 Zur Bestimmung des Verteilungsschlüssels für den Einkommensteueranteil der einzelnen Gemeinden werden nicht die gesamten Steuerleistungen eines Steuerpflichtigen berücksichtigt, sondern nur die Steuerbeträge, die auf ein zu versteuerndes Einkommen bis zu einer bestimmten Höchstgrenze (Sockelbeträge) entfallen. Das bedeutet, dass die Einkommensspitzen abgeschnitten werden und auf die Verteilung des Gemeindeanteils keinen Einfluss mehr nehmen. Gleichzeitig werden dadurch die kommunalen Aufkommensunterschiede erheblich abgemildert. Vgl. *BMF Dokumentation*, Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in der Gemeindefinanzreform, Berlin, 07. April 1999.

- Man findet keine dauerhafte Lösung der kommunalen Finanzierungsprobleme, wenn diese nicht grundlegend gelöst werden. In erster Linie muss es darum gehen, eine Niveausicherung für alle öffentlichen Haushalte zu erreichen. Erst wenn dies gelingt, können räumliche Verteilungsfragen in den Vordergrund rücken.
- Eine Gemeindefinanzreform ist notwendig. Zunächst müssen alle Städte eine ausreichende finanzielle Basis erhalten. Erst wenn dies gelingt, können zusätzliche räumliche Forderungen an das kommunale Finanzsystem gestellt werden. Hierzu bedarf es eines räumlichen Leitbildes, dessen Inhalt sich im kommunalen Finanzierungssystem widerspiegeln muss.
- Die Beurteilung einer Gemeindefinanzreform kann nur auf der Basis des gesamten Zuweisungssystems erfolgen. Was nutzt es den Kernstädten, wenn diese bei einer Finanzreform begünstigt werden, im Gegenzug dieser Effekt durch das Zuweisungssystem der Länder (im Rahmen von Konsensverhandlungen) konterkariert wird.
- Abschließend ist die Frage zu stellen, ob die vorhandenen administrativen Gliederungen unseres kommunalen Systems den Anforderungen an die Zukunft gewachsen ist. Die Diskussion um so genannte Stadtregionen ist in vollem Gange. Hannover ist mit gutem Beispiel vorangegangen. Viele andere potenzielle Stadtregionen tun sich mit diesem Schritt schwer oder lehnen einen solchen Schritt offen ab. Aber selbst wenn es gelingt, diese stadtreionalen Strukturen mehr und mehr zu schaffen, bleibt die Forderung nach einer soliden kommunalen Finanzierung bestehen.

DR. MARKUS ELTGES, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Referat Regionale Strukturpolitik und Städtebauförderung, Deichmanns Aue 31-37, 53179 Bonn.

Michael Kummer

Die Hessischen Denkmalschutzgesetze 1974 und 1986

Voraussetzungen und Wirkungen¹

Über die ältere Geschichte der Hessischen Denkmalpflege haben Wissenschaftler und Historiker geforscht. Dagegen berichte ich als Praktiker und Zeitzeuge über die jüngere Vergangenheit. Zunächst zwei Vorbemerkungen:

Was ist Denkmalschutz?

Die eine Vorbemerkung bezieht sich auf die Frage „Was ist denn eigentlich Gegenstand des Denkmalschutzes?“ Alle sind für den Denkmalschutz, aber die Meinungen darüber, was Denkmalschutz sei, sind höchst verschieden. Dem Einen ist es die sogenannte Sonntagsdenkmalpflege, also Bewahrung der Kirchen, Burgen, Schlösser. Dem Anderen ist es die sogenannte Alltagsdenkmalpflege, also die Verteidigung der Fachwerkbauten oder der anonymen Industriearchitekturen oder Arbeiterarchitekturen. Den Denkmalpflegern geht es mehr um die Geschichtszeugnisse, den Laien geht es mehr um ihr Lebensgefühl.

Ich möchte gar nicht den Versuch unternehmen, diese Widersprüche aufzulösen, sondern ich möchte nur auf diese hinweisen. Denn sie zeigen uns, dass Denkmäler ganz selten primär als Geschichtszeugnisse gewürdigt wurden. Vielmehr wurden Denkmäler deswegen erhalten, weil sie Lebenswerte enthielten, die auch für die Gegenwart etwas aussagten und die für die Gegenwart Kraft spendeten. Denkmalschutz ist in diesem Sinne auch immer eine Kompensationsreaktion auf die Gegenwart. Populistisch hat dies derzeitige Bundeskanzler treffend auf den Punkt gebracht.

¹ Im Jahre 1902 trat im damaligen Großherzogtum Hessen das „Gesetz, den Denkmalschutz betreffend“ in Kraft. Es war das erste Denkmalschutzgesetz eines deutschen Verfassungsstaates und Vorbild für alle modernen Denkmalschutzgesetze bis heute, da es den Konflikt zwischen Eigentumsfreiheit einerseits und öffentlichen Ansprüchen andererseits vorbildlich löste. Der hundertjährige Geburtstag dieses Gesetzes war Anlass eines Symposiums „100 Jahre Denkmalschutz in Hessen“ im Jagdschloss Kranichstein beim Darmstadt, zu dem auch ein kritischer Beitrag zum hessischen Denkmalschutz im Ausgang des 20. Jahrhunderts erbeten worden war. Der Referent und Autor dieses Beitrags war in den siebziger Jahren als Student der Kunstgeschichte, Philosophie und Rechtswissenschaft Mitstreiter der Bürgerinitiativbewegung, in den achtziger Jahren professioneller Denkmalpfleger in der Hessischen Landesverwaltung und in den neunziger Jahren Büroleiter des Planungsdezernenten der Stadt Frankfurt am Main. Zur Zeit leitet er die Bauaufsicht Frankfurt, die als größte Exekutivbehörde ihrer Art in der Bundesrepublik auch die Belange des Denkmalschutzes wahr.

Mit Blick auf die anerkanntermaßen sehr konservative Berliner Baupolitik und auf die Frage der Richtigkeit oder der Falschheit der Rekonstruktion des Berliner Stadtschlusses darf er zitiert werden mit dem Satz: „Wenn man dem Volk etwas für die Seele gibt, dann hat es etwas ungemein befriedigendes, und deswegen sollte man es tun“. In diesem Sinne ist auch der Denkmalschutz nicht ein Dienst an der Wissenschaft, sondern ein Dienst an der Gesellschaft und dieser Tatsache sollte man sich bewusst werden, bevor man grundsätzliche Äußerungen zu dem Thema macht.

Denkmalwert oder Bodenwert ?

Die zweite Vorbemerkung bezieht sich auf die Denkmaleigenschaft. Viele Menschen meinen, im Denkmalschutz und in Denkmalschutzgesetzen ginge es um den Denkmalwert und um den kulturellen Wert der Dinge. Das ist nach meiner Lebens- und Berufserfahrung ein Trugschluss. Es geht im Denkmalschutz überhaupt nicht um den Denkmalwert. Es geht im Denkmalschutz um den Bodenwert, und zwar um die Bodenrente. Der Denkmalbegriff ist in verfassungsrechtlicher Hinsicht ein Instrument zur Inhaltsbestimmung des Eigentums und damit ein Instrument zur Begrenzung der freien Verfügbarkeit des Eigentums. Im Denkmalschutz geht es natürlich immer um die Begrenzung des Eigentums und um die Begrenzung der Bodenwerte. Und deswegen gibt es Konflikte im Denkmalschutz auch immer dort, wo die Bodenwerte eine ganz besondere Bedeutung haben: das ist in aller Regel nicht auf dem flachen Lande, sondern in den Städten schwerpunktmäßig das Problem. Es geht also bei der Bestimmung des Denkmalwertes nur scheinbar um Wissenschaft. In Wahrheit geht es um ein ökonomisches Problem, und der Denkmalschutz und die Denkmalschutzgesetze bewähren sich immer in den Situationen, wo es um diese Probleme geht.

Und nun zum eigentlichen Thema. Ich erkenne im Ausgang des 20. Jahrhunderts drei Phasen des Denkmalschutzes, die sich in den Ringen der Jahrzehnte deuten lassen. Diese drei Jahrzehnte, die siebziger, die achtziger und die neunziger Jahre werde ich nachfolgend jeweils gesondert behandeln.

Das Ende des Wiederaufbaues

Wie war die Situation in den 1970er Jahren oder besser gesagt 1968 folgende? Diese Situation hat zu dem Hessischen Denkmalschutzgesetz 1974 geführt. Die Lage im Städtebau war so, dass wir in der Gesellschaft und im Städtebau mit einem Paradigmenwechsel zu tun hatten. Der Wiederaufbau der Industriegesellschaft war abgeschlossen, und die Dienstleistungsgesellschaft begann sich zu formieren. Es gab eine ganz ausgeprägte Krise des Städtebaus und der städtebaulichen Leitbilder, es gab eine nachhaltige Kritik am nur funktionalen Städtebau und an der Moderne, die in

heute berühmten Werken, wie von Alexander Mitscherlichs „Die Unwirtlichkeit unserer Städte“ ihren Ausdruck fanden. Selbst der damalige Bundespräsident konnte unwidersprochen formulieren, dass nach dem Kriege in Deutschland mehr Kulturdenkmäler zerstört worden seien, als im Kriege selbst. Wir hatten einen Wohnungsüberschuss, jedenfalls nach offizieller Lesart, und es gab einen Bundeskanzler, Willy Brandt, der eine programmatische Regierungserklärung abgegeben hat: „Mehr Demokratie wagen“. Das war also das Umfeld im Vorfeld des Denkmalschutzgesetzes 1974.

Denkmalpflege ist Sozialpolitik

Auch die Denkmalpflege, gerade die Hessische Denkmalpflege, hatte eine klare Position in diesem gesellschaftlichen Umfeld bezogen. Es gab unzählige Bürgerinitiativen gerade in den großen Städten. In Wiesbaden kämpfte man für die Erhaltung der sogenannten City Ost, in Frankfurt um das Westend und in Kassel um den mittleren Westen. Die Hessische Denkmalpflege entdeckte den Historismus. Für die Kunsthistoriker alter Prägung war dies ein unaussprechliches Wort. Aber immerhin war die Hessische Denkmalpflege damit wissenschaftlich auf der Höhe der Zeit. Dies belegt zum Beispiel ein damals viel beachtetes Forschungsprojekt der VW Stiftung zum 19. Jahrhundert.

Promotor dieser Entwicklung war damals ein „junger Wilder“, der Landeskonservator von Hessen, Gottfried Kiesow. Er repräsentierte eine Mischung von Rebellion und Anpassung und suchte, obwohl er Staatsbeamter war und von Amts wegen die Kommunen als Gesprächspartner hatte, ganz bewusst die Zusammenarbeit mit den Bürgerinitiativen in den Städten. Und diese Bürgerinitiativen interessierten sich in der Hauptsache für ihr Wohnumfeld und damit für die Zeugnisse des 19. Jahrhunderts. In dieser Zeit veranstaltete die damalige Gesamthochschule Kassel ein Symposium unter dem Titel „Denkmalpflege ist Sozialpolitik“, und die Universität Frankfurt führte Seminare durch unter der Überschrift: „Denkmalräume/Lebensräume“. Die Ergebnisse wurden publiziert und fanden große Beachtung. Auf der Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger kam es, ausgelöst durch die hessische Position, zu einer Art Palastrevolution, da man die Abwendung von der Sonntagdenkmalpflege zur Alltagsdenkmalpflege programmatisch forderte. Neben den Schlössern und Kirchen sollten Bürgerhäuser, die Arbeitersiedlungen und die anonymen Architektur gleiche Beachtung finden. Natürlich handelte es sich insgesamt nicht um einen hessischen, sondern um eine bundesrepublikanischen Meinungsumschwung. Dieser aber wurde von Hessen aus besonders offensiv und innovativ betrieben. Neu war daran insbesondere, dass man die hoheitliche Position als gesellschaftliche Kommunikationsmöglichkeit entdeckte und nutzte.

Das Gesetzgebungsverfahren 1974

Infolge der Umorientierung in Städtebau und Denkmalpflege suchten zunächst die Städte mit Unterstützung der Landesdenkmalpflege neue Wege. Bebauungspläne wurden in Alsfeld, in Wiesbaden für die City Ost, in Frankfurt für das Westend, in Darmstadt für das Martinsviertel aufgestellt. Ortsstatute zur Erhaltung von Kulturdenkmälern folgten in reicher Zahl, denn damals war die Versagung von Abbrüchen auf Grundlage der Bauordnung noch möglich. Man erkannte aber schnell, dass mit diesen Instrumenten zwar das Schlimmste verhindert werden konnte, aber eine positive Gestaltungsmöglichkeit nicht bestand. Die Baugestalt, die Qualität der Erhaltung des Historischen, die Qualität des Bauens überhaupt, konnte so nicht gesichert werden. Man verstand die Denkmalpflege und den Denkmalschutz als Katalysator für ein besseres Bauen, und so kam es zu einer Initiative des Landtages für ein Denkmalschutzgesetz.

Der Entwurf des Gesetzes übernahm einen Musterentwurf aus der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder und orientierte sich an der Übernahme des althessischen Listensystems. Der Entwurfsverfasser war Siegfried Dörfeldt aus dem Kultusministerium, der ein polyglotter homme littéraire war, aber kein Verwaltungsrechtsspezialist. Er hatte insbesondere keine Kenntnisse des baurechtlichen Verfahrensablaufes, konnte aber auf ein Gutachten des ehemaligen Verfassungsrichters Gerhard Leipholdt zur Eigentumsfrage zurückgreifen, das auf der Grundlage des damaligen Erkenntnisstandes die Position des Denkmalschutzes stützte. Zur Beratung des Vorgehens setzte der Landtag eine Kommission ein, die von Heinrich Klotz geführt wurde und der u.a. Ulli Krüger von der FDP und Hartmut Holzapfel von der SPD als treibende Kräfte angehörten. Hier wurde aus urbaner und bürgerlicher Erfahrung, aber ohne jede verwaltungspraktische und verwaltungsrechtliche Kenntnis debattiert.

Die Wirkungen des Denkmalschutzgesetzes waren durchschlagend. Mit ihm trat eine Verordnung über die vorläufigen Denkmälerverzeichnisse in Kraft, die das Überleben von Dutzenden von Bauten insbesondere in Frankfurt am Main und in Wiesbaden sofort sicherten. Besonders erwähnenswert ist vielleicht, dass diese Verordnung dem Zisterzienserinnen-Kloster Heydau in Morschen, das später zum landgräflichen Jagdschloss umgewandelt wurde, den Abbruch ersparte. In diesem Jahr, in dem dieses Renaissance-Kleinod endgültig wiederhergestellt ist, können wir uns vielleicht gar nicht mehr vorstellen, dass ein Projekt dieser Spitzenqualität tatsächlich dem Abbruch anheim gegeben werden sollte. Die Eintragungen in das Denkmalsbuch der „ersten Stunde“ lesen sich wie ein Wegweiser durch die damalige Bürgerinitiativbewegung. Am Anfang standen in Wiesbaden das „Schiffchen“, das heute im Zusammenhang mit der Diskussion um die Landtagserweiterung eine besondere Rolle spielt. Der Neroberg in Wiesbaden, heute eine ganz bevorzugte Wohngegend, bedurfte damals des Denkmalschutzes, weil ein Exodus der historischen Ar-

chitektur stattfand. Die Villenkolonie in Buchschlag, eine der ersten Gartenstädte in Kontinentaleuropa, wurde geschützt. Und in der Myliusstraße und an der Bockenheimer Landstraße in Frankfurt am Main wurden die letzten Villen unter Denkmalschutz gestellt. Gerade diese Unterschutzstellungen waren Gegenstand rechtlicher Überprüfungen durch alle Instanzen, und es geschah, was kaum jemand zu hoffen gewagt hatte: Die Rechtsprechung hielt.

In den Landkreisen und in den Städten wurden die Unteren Denkmalschutzbehörden installiert. Erstmals erhielt das Landesamt für Denkmalpflege Hessen örtliche Partner und damit eine breite Basis bei seinen Handlungen. Die Bürgerinitiativen bewährten sich auch als Baukontrolleure. Sie waren minder professionell, kaum historisch gebildet, aber bewegt, und ihr Engagement machte manche qualitative Lücke mehr als wett.

Die öffentliche Aufmerksamkeit für den Umschwung im Städtebau im allgemeinen und für den Denkmalschutz im besonderen war enorm. Die Landesdenkmalpflege war im ganzen Lande aktiv. Aber sie war insbesondere auch in den Städten präsent. Denn sie hatte die großen Städte, die ja auch zugleich Redaktionsitze beherbergten, als Zentren der Publizität erkannt.

Hessen als Dienstleistungsland

In den achtziger Jahren hatte sich die Lage konsolidiert. Die Postmoderne war die herrschende Architektursprache. Die Denkmalpflege war gesellschaftlich en vogue. Das bedeutete aber nicht, dass das Leben mit den historischen Bauten konfliktfrei war. Zum Beispiel wurde bei der Entwicklung des Museumsufers in Frankfurt am Main schnell klar, dass die Erhaltung historischer Bauten allenfalls fassadenorientiert sein durfte. Es ging weniger um Geschichte, als um schönen Schein, und die Denkmalpfleger wussten oft nicht, ob sie lachen oder weinen sollten.

Die „Gentryfikation“ wie die Soziologen sagen, also die Verbürgerlichung, die Veredelung des flachen Landes begann durch die Dienstleistungsschichten, die sich ihre Zweithäuser oder ihre Ersthäuser im historischen Gewand zulegte. Es gab Dorferneuerungsprogramme, Städtebauprogramme, es gab die steuerrechtlichen Abschreibungen für den Denkmalschutz, und die Verwaltung kam überhaupt nicht nach. Es gab viel mehr Nachfrage an Denkmalschutz als die Administration überhaupt liefern konnte, zum Beispiel in Form von Eintragungen in das Denkmalsbuch. Vor diesem Hintergrund gab es dann auch eine Kritik an dem Eintragungssystem, und man wusste, dass es in Bayern kein Eintragungssystem gab, sondern einen Denkmalschutz „ipso jure“. Selbst in Fragestellungen, die man überhaupt nie für beweglich hielt, kam Bewegung hinein. Zum Beispiel fiel in dieser Zeit die Entscheidung, die Grube Messel nicht zur Mülldeponie zu machen. Noch war man nicht so weit, an ein Weltkulturerbe zu denken. Da wurden Millionen DM an Vorinvestitionen in den Sand versenkt, es war eine halbe Revolution. Es begann auch die Diskussion um die

Parkdenkmalpflege, die Gartendenkmalpflege. Wer heute Rauschholzhausen sieht und sich 15 Jahre zurückerinnert, traut seinen Augen nicht: Der Park lag völlig darnieder und ist heute in einem sehr respektablen Zustand.

Denkmalschutz ist Umweltschutz

Die inhaltliche Position der Hessischen Denkmalpflege hatte sich auch etwas gewandelt. Sie ging mit dem Zeitgeist und lag in der Argumentationsrichtung: „Denkmalschutz ist Umweltschutz“. Es wurde formuliert: Bauerhaltung ist ein Teil der Nachhaltigkeit und jedes Gebäude, das nicht abgebrochen wird, produziert auch keinen Müll. Die Denkmalpflege verstand sich als Dienstleister für Denkmaleigentümer. Gerade die Hessische Denkmalpflege vertrat ganz besonders die Auffassung: „Konservieren statt restaurieren“. In der Praxis wurden diese Grundsätze allerdings sehr pragmatisch angewandt. Ich möchte daran erinnern, dass wir überhaupt kein Problem darin sahen, die sogenannte Rekonstruktion des Römerberges in Frankfurt am Main als Teufelswerk zu betrachten, aber Schloss Biebrich in Wiesbaden selbstverständlich zu rekonstruieren. Dass das intellektuell vielleicht etwas schwierig ist, haben wir damals so nicht gesehen. Überhaupt hatte die Hessische Denkmalpflege in der damaligen Zeit einen untrüglichen siebten Sinn für gesellschaftliche Trends. Man mag das populistisch nennen. Dem entsprach dann auch die Überlastung aller an dem Projekt Beteiligten und entsprechend schludrig waren manchmal die Ergebnisse. In dieser Zeit wurde das Projekt definiert, die Inventarisierungsdefizite zu beseitigen, d.h. Kulturdenkmäler zu erfassen. Die „Denkmaltopographie“ entstand mit großen Schritten, und dort wo sie nicht entstand, wurden „Arbeitslisten“ erarbeitet.

Das Denkmalschutzgesetz 1986

Alles fand seinen Kulminationspunkt in der Novellierung des Denkmalschutzgesetzes 1986. Die Erfordernisse waren wie folgt definiert: Es sollte umgestellt werden auf das nachrichtliche System, also auf den Denkmalschutz „ipso jure“ nach bayerischem Vorbild. Ich durfte das machen und musste da das Gegenteil dessen realisieren, was ich in meiner eigenen Dissertation für richtig gehalten hatte. Aber der Erfolg gab der Sache Recht. Berlin, das dann mit hessischer Begleitung anschließend dasselbe machte, hat die neue Regelung dann vor dem Oberverwaltungsgericht und auch vor dem Verfassungsgericht erfolgreich durchgeföhrt. Das Ergebnis kann man durchaus auf Hessen übertragen. Es wurde im Denkmalschutzgesetz ein Novum eingeföhrt, nämlich das Erfordernis der denkmalfachlichen Eignung für die Sanierung. Schließlich wurde die Einheit der Denkmalpflege durchgesetzt, d.h. archäologische Denkmäler, Gartendenkmäler und Baudenkmäler wurden insgesamt und einheitlich als Kulturdenkmäler in diesem Gesetz definiert.

Es gab auch einige Aspekte, die in diesem Gesetz hätten aufgegriffen werden sollen, die aber aufgrund politischer Entscheidung dann nicht aufgegriffen wurden. Ich möchte das ausdrücklich in Erinnerung rufen, weil diese Themen auch heute noch auf der Agenda stehen. Nicht aufgegriffen wurde eine Ausstattungsregelung für die Unteren Denkmalschutzbehörden, also die Sicherung einer angemessenen Personal- und Finanzausstattung der Unteren Denkmalschutzbehörden. Nicht aufgegriffen wurde die Anregung, den ziemlich uferlosen Genehmigungstatbestand des § 16 des Denkmalschutzgesetzes unter rechtstaatlichen Erfordernissen etwas zu präzisieren und auch zu differenzieren. Schließlich wurde auch ganz bewusst die Problematik der Salvatorischen Klausel ausgeklammert. Dazu muss den Nichtjuristen erläutert werden, dass es eine sogenannte Salvatorische Klausel im Hessischen Denkmalschutzgesetz gibt, wie sie damals übrigens in überaus vielen öffentlich-rechtlichen Rechtsnormen vorhanden war. Sie hat zum Inhalt, dass ein enteignungsgleicher Eingriff zu entschädigen ist. Das genügt, wie wir seit einer Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahre 1999 wissen, nicht mehr den heute anerkannten Rechtsstaatsanfordernissen. Das Bundesverfassungsgericht hat am Beispiel des Rheinland-Pfälzischen Denkmalschutzgesetzes den Gesetzgebern sehr herbe Worte ins Stammbuch geschrieben. Das Thema ist auch in Hessen virulent.

Wie war der politische Zusammenhang bei der Novellierung des Hessischen Denkmalschutzgesetzes 1986? Es gab eine Regierung Holger Börner. Herr Börner galt allgemein als nicht besonders kulturorientiert, was aus meiner Wahrnehmung keine faire Geschichtsschreibung ist. Ich habe in diesem Gesetzgebungsverfahren Herrn Börner und seine Ministerin Dr. Vera Rüdiger so kennen gelernt, dass diese den ganz bewussten Vorsatz hatten, Hessen zum Dienstleistungsland zu entwickeln und dass sie die Denkmalpflege und den Denkmalschutz als ein Instrument unter anderen gesehen haben, die Bedürfnisse einer Dienstleistungsgesellschaft zu befriedigen und auch zu befördern. Frau Rüdiger hat dieses Gesetzgebungsvorhaben, das mit eiserner Hand mit Unterstützung von Bürgermeistern aus der Arbeitsgemeinschaft der Fachwerkstädte gegen die Funktionäre in den kommunalen Spitzenverbänden durchgesetzt werden musste, auch deswegen bestehen können, weil der Ministerpräsident hinter ihr stand. Ausdrücklich muss erwähnt werden, dass es ein Trio von sehr starken Frauen in den Landtagsfraktionen gab, die uns zum Teil noch heute begleiten, die das Gesetzesvorhaben unterstützt haben. Das waren Ruth Wagner, damals kulturpolitische Sprecherin der FDP, Heide Degen, immer noch kulturpolitische Sprecherin der CDU und Priska Hinz für die Grünen. Sie haben sozusagen eine parteienübergreifende Koalition gebildet gegen die Widerstände in allen Fraktionen.

Die Wirkung dieses Denkmalschutzgesetzes war nachhaltig. Es setzte sich durch, dass die Denkmaltopographie identisch ist mit dem Denkmalbuch, dass man also aus der Denkmaltopographie unmittelbar den Denkmalwert entnehmen kann. Die Denkmalschutzbehörden in den Landkreisen und Städten wurden personell und sach-

lich ganz erheblich ausgebaut. Das war zwar nur eine mittelbare Folge des Gesetzes, aber es war strategisch vorbereitet durch das Ministerium und auch vom Landesamt für Denkmalpflege. Die Landräte wurden ganz systematisch angesprochen und mit Argumenten versehen, um die personelle Ausstattung zu verbessern. Erstmals wurden Lottogelder in Hessen für den Denkmalschutz mobilisiert. Da ging es nicht nur um die Frage, wie hoch ist der Zuschussetat des Landesamtes für Denkmalpflege, es ging auch um die Frage der Bereitstellung von Sondermitteln. Zum Beispiel wurde damals der „Sprudelhof“ in Bad Nauheim, eine wirtschaftlich völlig uninteressante Immobilie mit sehr hohen Millionenbeträgen aus Lottogeldern gefördert. Man ging Aufgaben an, wie die Sanierung von Kranichstein, an die vorher überhaupt nicht zu denken gewesen wäre. Zuvor hätte niemand den Mut gehabt, so etwas überhaupt anzupacken. Es begann die Wanderungsbewegung des Denkmalschutzes von den Städten weg in den ländlichen Raum. Ich kenne das Hessenland ziemlich gut und sehe die Denkmäler auch in regelmäßigen Abständen wieder. Daher kann ich bestätigen, dass viele Objekte, die damals als aufgegeben galten, sechzehn Jahre später noch stehen, und die allermeisten davon sind saniert. Das heißt, das Denkmalschutzgesetz hat gewirkt, in dem Sinne, dass es Aufschübe gebracht hat. Es wurden Denkmäler, die aktuell nicht zu gebrauchen waren oder für die kein Geld da war, zunächst einmal nicht abgebrochen. Durch die Lottogelder gab es ein Programm: „Rettet die Dächer jetzt“. Damit wurden nur Noteindeckungen gemacht. Mit der Zeit ist aus sehr vielen von diesen Kulturdenkmälern Respektables geworden

Denkmalschutz und Literatur

Ich möchte hier eine kleine Anekdote einfügen: Wie durchschlagend die Ergebnisse waren, das kann man manchmal in der Literatur am besten verfolgen. Die deutsche Literatur hat sich mit dem Denkmalschutz in Hessen in den 1970 und 1980er Jahren durchaus befasst. Es gibt zum Beispiel einen Roman von Martin Walser: „Die Verteidigung der Kindheit“. Das ist die Lebensgeschichte eines ministerialen Denkmalpflegers (Manfred Ranft), dem damit ein bleibendes Denkmal gesetzt wurde. Er kämpft als Alfred Dorn um die Erhaltung der Fachwerkkirche in Mücke-Bernsfeld und verheddert sich dabei kräftig im Gestrüpp des Staatskirchenvertrages. Die Kirche gibt es nicht mehr.

Es gibt das literarische Werk von Andreas Maier: „Wäldchestag“. Dieser Romaner ist der Sohn des Zerstörers der „Falk’schen Mühle“ in Friedberg, dem damals gleichsam in einem Akt der Generalprävention zur öffentlichen Verurteilung der Schandtat ein kräftiges Ordnungswidrigkeitsverfahren überzogen wurde, das auch vor den ordentlichen Gerichten in Frankfurt stand hielt. Dieser Andreas Maier schildert die gesellschaftliche Atmosphäre in den Dörfern der Wetterau, die damals zur Zerstörung von Denkmälern führte. Es ist vielleicht mal ganz amüsant, das nachzulesen, weil es zeigt, wie distanziert wir diese geistige Lage heute sehen.

Die Jahrtausendwende

Wir kommen in die neunziger Jahre und bis an die Jahrtausendgrenze. Die gesellschaftliche Lage hat sich wiederum grundlegend gewandelt. Wir haben nach meinem Empfinden derzeit einen Gefälligkeitsstaat, eine Betroffenheitsdemokratie. Wir haben auch eine Zeit, in der es keine gesellschaftlich anerkannten Prinzipien gibt. Wir haben vielmehr eine große Pluralität von Auffassungen. Das geht auch weit ins bildungsbürgerliche Lager hinein. Das ist eine Folge individualisierter Gesellschaft. Gleichzeitig haben wir eine in den Städten sehr spürbare soziale Segregation, d. h. einen Verlust städtischen Bürgertums. Das Bürgertum ist weitgehend in die sogenannten Speckgürtel gezogen, und die Folge davon ist, dass die Bürgerbewegungen, die den Denkmalschutz in den 1970er und 1980er Jahren auch weit vorangetragen haben, in der damaligen Form nicht mehr existieren. Es existieren natürlich noch Bürgerinitiativen, aber sie haben sich sehr verändert. Dann kommt hinzu, dass die zeitgenössische Architektur sehr vielschichtig geworden ist.

Wir haben natürlich einerseits nach wie vor den Tatbestand, dass der Denkmalschutz ein Werthaltigkeitsfaktor ist, auch bei der Immobilienentwicklung. Man könnte sagen, dass Denkmalschutz eine Lifestylekomponente darstellt, gerade im mittleren Bürgertum. Es ist eben für einen mit auskömmlichem Einkommen versehenen Mittelständler schön, in einer Metzendorfvilla zu wohnen, und auch Herr Dr. Jürgen Schneider hat seine Karriere als Immobilienentwickler der Tatsache zu verdanken, dass Bauherren, Mieter und Öffentlichkeit sich vom schönen Schein der historischen Bauten, die er so liebte, blenden ließen.

Andererseits muss man sehen, dass die zeitgenössische Architektur, anders als in den Jahrzehnten zuvor, wieder in der Lage ist, die Emotionen der Menschen zu befriedigen. Das gilt nicht nur für die Traditionalisten, wie zum Beispiel Christoph Mäckler, der sogar beim Deutschen Tag für Denkmalpflege 2002 in Wiesbaden sprechen durfte, obwohl er doch den Frevel des Abbruchs des Frankfurter Zürichhauses durchgesetzt hat. Auch die bewusst modernen, bewusst maßstabslosen und technoïden Bauten erfreuen sich allgemeiner Beliebtheit. Denken Sie an Jean Nouvel, die Vorarlberger Schule oder an Schneider + Schumacher. Und von diesen Bauten gibt es in Hessen viele, die akzeptiert werden. Von der Skyline des Frankfurter Bankenviertels bis zum Haus Jordan in Kassel-Wilhelmshöhe. Damit will ich nur beschreiben, dass der architektonische Zeitgeist den Denkmalschutz weder befördert noch beschädigt; er bleibt neutral.

Die hessische Denkmalpraxis der Gegenwart

Die Praxis des hessischen Denkmalschutzes hat sich erneut gewandelt. Beratung und Service für gefällige und nachfragende Denkmalpflege steht im Vordergrund. Eingriffsverwaltung, auch da wo sie Not tut oder einen produktiven Diskussionspro-

zess oder die Generalsprävention befördern würde, findet kaum statt. Konfliktstrategien findet man gegenwärtig im des hessischen Denkmalschutzes nicht. Das ist ja eigentlich nicht Schlechtes, im Gegenteil. Aber manchmal ist Eingriffsverwaltung ja erforderlich, wenn das mit der Ausübung bürgerlicher Freiheiten etwas zu bunt wird. Mir erschließt es sich zum Beispiel nicht, warum eine von Georg Moller in prominenter städtebaulicher Lage erbaute Villa heute einen Dacheinschnitt hat – und das auch noch illegal, und es passiert nichts. Es ist auch erkennbar, dass die Landesdenkmalpflege sich aus den großen Städten zurückgezogen hat. Man kann sagen, hessische Landesdenkmalpflege ist weitgehend identisch mit ländlicher und kleinstädtischer Denkmalpflege. Es gibt auch eine ganz auffällige Zurückhaltung in delikaten Fragen. Eckhardt Franz hat in einem Beitrag über die Geschichte des Denkmalschutzgesetzes von 1902 dargelegt, dass der Großherzog von Hessen und bei Rhein sich in geistig-konzeptionellen Fragen als inhaltssteuernde Führungsperson gesehen hat. Frau Staatsministerin Wagner hat dagegen bei diesem Symposium zu dem Thema Hochtief-Hochhaus in Frankfurt eine mehr moderierende Stellung eingenommen. Oder ein anderes Beispiel: Die Berliner Denkmalpflege oder die Rheinische Denkmalpflege haben offensiv für die Erhaltung historischer Plenarbauten geworben, nämlich das Preußische Herrenhaus und das Ständehaus in Düsseldorf einschließlich seiner Nachkriegsausstattung. Von der Hessischen Denkmalpflege habe ich zum Thema Plenarsaal des Hessischen Landtages bisher nichts wahrgenommen, obwohl dort 40 Jahre hessische Geschichte geschrieben wurde und obwohl der Plenarsaal im Ständehaus von Düsseldorf qualitativ sicher um Längen schlechter war als das, was wir in Wiesbaden haben. Es gibt auch eine bemerkenswerte Zurückhaltung bei Denkmälern der 1960er und 1970er Jahre. Während das Mannesmann-Hochhaus in Düsseldorf unter Denkmalschutz steht, tut man sich in Frankfurt doch immens schwer, beim Zürich-Hochhaus beispielsweise eine gerade Furche zu ackern. Das wäre die kritische Seite. Die positive Seite dabei ist wiederum, dass die Hessische Denkmalpflege sich nicht hat instrumentalisieren lassen als Vehikel für Globalisierungskritik oder als Vehikel eines Gegenregionalismus. Solche Tendenzen gibt es in anderen Ländern der Bundesrepublik durchaus. Hier wahrt die Hessische Denkmalpflege eine Tradition, die wir durch einen Beitrag von Winfried Speitkamp besser kennen gelernt haben. Sie wahrt eine gewisse Weltoffenheit des Denkmalschutzes. Es fällt auch auf, dass die in Norddeutschland und Berlin sehr stark beachtete Attacke von Antje Vollmer, die da hieß „Plädoyer für Entstaatlichung der Denkmalpflege“ in Hessen überhaupt keine gesellschaftliche Basis und Publizität gefunden hat. Das spricht ja dafür, dass es der Hessischen Denkmalpflege ganz gut gelingt, den Bogen nicht zu überspannen und im Konsens mit dem zu bleiben, was überwiegend erwartet wird.

Allerdings müssen wir die allgemeine rechtliche Entwicklung kritisch betrachten. Es ist eine völlige Veränderung des administrativen und rechtlichen Bezugssystems des Denkmalschutzes eingetreten. Auf der administrativen Ebene haben wir

zur Zeit einen signifikanten Abbau des Personals in den Unteren Denkmalschutzbehörden. Wir haben es auch zu tun mit einer ganz deutlich erkennbaren Überalterung der aktiven Mitarbeiter. Eine deutliche Begrenzung der finanziellen Möglichkeiten bei Zuschüssen hat die zuständige Ministerin selbst beschrieben. Wir haben in den Gesamtanlagen und beim Umgebungsschutz immense Vollzugsdefizite im Denkmalschutz festzustellen. Das hat den ganz trivialen Hintergrund, dass diese Anliegen nicht in der EDV dargestellt sind und in der praktischen Bauaufsicht funktioniert nur etwas, wenn es datenverarbeitungsfähig ist.

Wir haben auch eine Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Ich habe bereits angesprochen, dass die Voraussetzungen des § 16 des Hessischen Denkmalschutzgesetzes Bestimmtheitsanforderungen kaum genügen. In der Frage der Entschädigungsregelung besteht Handlungsbedarf. Die Einvernehmensregelung, d.h. dass die Untere Denkmalschutzbehörde nur im Einvernehmen mit dem Landesamt für Denkmalpflege handeln kann, ist nach heutiger Auffassung von effizienter Verwaltung kaum noch zeitgemäß. Wir haben weiter, und das ist noch viel gravierender, eine völlige Veränderung des baurechtlichen Umfeldes. Dieselbe Hessische Landesregierung, die den Denkmalschutz verbal so hoch hält, hat eine neue Hessische Bauordnung auf den Weg gebracht, die zum 1. Oktober 2002 in Kraft getreten ist und eine vollständige Entkoppelung von denkmalschutzrechtlichen und bauordnungsrechtlichen Verfahren mit sich bringt. In Zukunft werden die personell ausgedünnten Unteren Denkmalschutzbehörden auf weiten Strecken auf sich selbst gestellt sein, und sie sind in keinster Weise auf diese Aufgabe vorbereitet. Sie haben in administrativen Dingen keine Erfahrung, sie haben keine EDV und keinen Kontrolldienst. Sie sind bei diesen Vollzugsproblemen völlig überfordert. Meines Erachtens wurde diese Problematik noch gar nicht wahrgenommen. Durch das Freistellungsverfahren und die Baugenehmigungsfreiheit der Hessischen Bauordnung werden sehr viele denkmalpflegerisch relevante Tatbestände nicht mehr der bauordnungsrechtlichen Überwachung unterliegen.

Schließlich müssen wir auch eine Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen konstatieren. In der heutigen Bautechnologie dominiert der Wert der Technischen Ausstattung, die zwangsläufig nach dreißig Jahren spätestens auszutauschen ist und jedes Gebäude in einen Rohbau zurück verwandelt. Das heißt, dass sich die Veränderungszyklen beschleunigen, die Finanzierungsbedarfe sich erhöhen und der historische Anteil des Gesamtobjektes immer schneller an Wert verliert. Stellte früher der Rohbau noch einen beachtlichen wirtschaftlichen Wert dar, ist sein Wertanteil heute relativ gering. Das fördert Überlegungen für Abriss und Neubau.

Anforderungen des Wandels

Ich komme zum Schluss. Vor so einem Hintergrund muss man sich fragen, ob Stillstand nicht auch Rückschritt bedeuten kann. Sicher existiert das Denkmalschutzge-

setz unverändert. Aber müsste es nicht veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden? Ich meine, dass es eine trügerische Sicherheit ist zu glauben, man bleibt bei dem, was eingeführt ist, weil es eine ganze Zeit lang gut funktioniert hat. Das garantiert noch lange nicht, dass es in der Zukunft auch funktionieren wird. Wenn man das Denkmalschutzgesetz nicht novellieren kann, bleibt doch die Erfordernis untergesetzlicher Regelungen. Das Genehmigungsverfahren könnte durch Ausführungsrichtlinien auch für die Denkmaleigentümer besser berechenbar werden. Die Einvernehmensregelung könnte mit klaren Spielregeln aufgrund von Verwaltungsvereinbarungen delegiert oder suspendiert werden. Eine Beschleunigung und DV-Verfügbarkeit der Inventarisierung könnte die Verwaltungsverfahren wirtschaftlicher machen. Auch die Unteren Denkmalschutzbehörden müssten im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung reformiert und nicht nur abgebaut werden. Eine Konzentration der Kräfte wäre sehr wünschenswert, denn die Naturschutzbehörden und die Bauaufsichtsbehörden haben zum Teil dieselben Probleme. Wir haben uns diesen Verwaltungsluxus paralleler Strukturen in den 1970er und 1980er Jahren geleistet, als wir viel Geld hatten. Doch die Verhältnisse haben sich verändert. Man muss deutlich sehen, dass man zu besseren und preiswerteren Ergebnissen kommen kann. Ich formuliere das so ungeschminkt, weil es keinen Sinn macht, den Kopf in den Sand zu stecken. Wir brauchen einen neuen Aufbruch in einem deutlich veränderten Umfeld.

DR. MICHAEL KUMMER, Leiter der Bauaufsicht, Stadt Frankfurt am Main, Braubachstraße 15, 60311 Frankfurt am Main.

Sandra Schluchter

„New Urbanism“ in Europa ?¹

1. Every force evolves a form²

Die Diskussionen um den Neotraditionalismus in Architektur und Städtebau – beziehungsweise um die mit ihm eng verknüpfte Städtebaubewegung „New Urbanism“ – kulminierten Ende des letzten Jahres in einer Vielzahl an Veröffentlichungen, die sich mit einer weltweit anschwellenden – oder auch nur plötzlich wahrgenommenen – Zunahme von Suburb-Bebauungen und innerstädtischen Planungen im neotraditionellen Stil beschäftigen.³ So scheinen sich dem Neotraditionalismus weder Moskau noch China und (schockierenderweise) auch nicht die Niederlande, welche als „Cuba of modern architecture“⁴ gerühmt in den vergangenen Jahren gar Idolfunktion für deutsche Planer und Planungsstrukturen einnahmen, verweigern zu können bzw. zu wollen: „Es gibt keinen Grund, sich vor etwas mehr New Urbanism auf den Poldern zu fürchten“, schreiben auch van Rossum, van Wijk und Baljon in ihrem 2001 veröffentlichten Vergleich dreizehn verschiedener Stadterweiterungen in den Niederlanden.⁵

Der New Urbanism, der sich zu Beginn der 1990er Jahre in den USA formierte, basiert grundsätzlich auf einer Kritik am amerikanischen Sprawl und einer Kritik an Stadtplanung, wie sie schon von Jane Jacobs und Alexander Mitscherlich in den 1960er Jahren formuliert wurde. Demgegenüber stellen die New Urbanists Lösungsansätze, die primär mit gestalterischen Mitteln, mit Bildern einer romantisierenden bzw. historisierenden Urbanität arbeiten. Diesen Ansatz, der meist an vorindustrielle Stadtstrukturen erinnert, versuchen die New Urbanists mit Hilfe dreier Planungsinstrumentarien durchzusetzen: einem Masterplan, verbindlichen gestalterischen Auflagen, den sogenannten *Codes*, und einer Form der Partizipation, der sogenann-

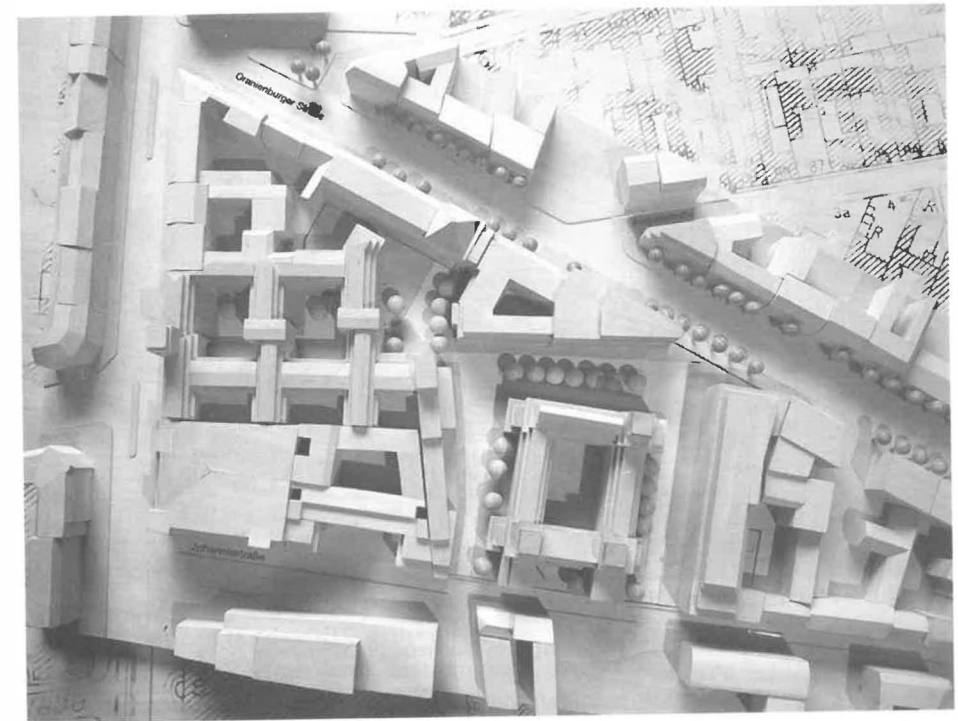


Abb. 1: Modell der Neuplanung Duany Plater-Zyberks für das Tacheles-Areal.

ten *Charrette*.⁶ Da der New Urbanism unter anderem mit der Imagination vergangener europäischer Städte arbeitet, entspräche eine Übertragung dessen nach Europa einem Rückimport ehemals europäischer, amerikanisch transformierter Traditionen, und es stellt sich die Frage, wie und ob sich diese Planungen in eine europäische Stadtlandschaft einfügen (können). In der Praxis jedoch haben New Urbanism-Projekte längst Einzug in Europa gehalten.

2. Das Tacheles und Wustrow

Die ersten beiden Projekte des New Urbanism in Deutschland werden durch die Kölner Fundus-Gruppe in Angriff genommen, die in den 1990er Jahren sowohl die 965 ha große Halbinsel Wustrow bei Rostock an der Ostsee als auch eine der letzten

1 Für Kritik, Unterstützung und Anregungen danke ich Prof. Dr. Tilman Harlander, der mich auch während meiner Diplomarbeit, aus welcher dieser Artikel einen Extrakt darstellt, betreute.

2 Sprichwort der Shaker (amerikanische Glaubensgemeinschaft).

3 Vgl. ARCH+: „Die Versuchung des Populismus“, 162, Oktober 2002; Stadtbauwelt: „Dirty Urbanism“, 48/2002, Dezember 2002; Archis: Archis is van het, met het, voor het volk, 1/2003.

4 H. Ibelings, *Anti-Modernist Megastructures. The Architecture and Urbanism of Krier and Kohl in the Dutch Context*, in: R. Krier / Chr. Kohl, *Town Spaces. Contemporary Interpretations in Traditional Urbanism*, Basel / Boston 2003, S. 236.

5 „Er is geen reden om angst te hebben voor wat meer New Urbanism in de polder“; vgl. H. van Rossum / F. van Wijk / L. Baljon, *De stad in uitersten. Verkenningstocht naar Vinex-land*, NAI Uitgevers, Rotterdam 2001, S. 159.

6 Vgl. H. Kegler, „Charrette“. Neue Möglichkeiten effektiver Beteiligung am Stadtumbau, in: *Die alte Stadt* 4/2002, S. 299-307.



Abb. 2: Eine meinungsmachende Perspektive in das neue „Johannisviertel“; rechts im Bild das Zitat des New Yorker „Flatiron“.

größeren Brachen in Berlin-Mitte, das von Künstlern besetzte Tacheles-Areal Ecke Oranienburger Straße – Friedrichstraße, erwerben konnte. Einige der Hauptprotagonisten des New Urbanism, das in Miami/Florida ansässige Büro DPZ mit Andres Duany und Elizabeth Plater-Zyberk, wurden zunächst nur mit der Beplanung Wustrows beauftragt.

Nachdem sich jedoch bei einem Fundus-internen Wettbewerb für die Berliner Brache, an dem unter anderen auch Rob Krier und Daniel Libeskind teilnahmen, keiner der 16 Entwürfe durchsetzen konnte, bekam auch hier das Büro DPZ den Auftrag für einen „finalen“ Entwurf. Sie entwickelten während einer einwöchigen *Charrette*, die gegen ihr eigentliches Prinzip unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, einen städtebaulichen Plan und einen verbindlichen gestalterischen *Code*. Hauptkriterium der Planung ganz im Sinne des New Urbanism ist die Perspektive des Fußgängers – werden die Protagonisten in diesem Viertel doch hauptsächlich Touristen sein. Aus Überlegungen, wie das Grundstück mit der restlichen Stadt zu vernetzen und die touristischen Fußgängerströme zu lenken wären, entstand eine städtebauliche Form, die die Phantasie der amerikanischen Planer weiter anregte: So bekam das spitz zulaufende Eckgebäude, das von der Oranienburger Straße kommend das neue zum „Johannisviertel“ umbenannte Areal repräsentieren soll, den



Abb. 3: Das von Fundus renovierte Tacheles-Gebäude: Der Versuch, den anarchischen Charme zu wahren (Foto: S. Schluchter).

Arbeitstitel „Flatiron“, der geplante Apartmentblock den Titel „Beresford“; beides sind direkte Anspielungen auf Bauten aus dem New York der 1920er Jahre.

Die Planungen für das 30.000 m² große Areal konnten aber erst beginnen, nachdem sich Fundus 1998 mit den Künstlern des Tacheles nach langwierigen Verhandlungen auf einen Mietvertrag einigen konnte, welcher die symbolische Miete von einer DM monatlich in Rechnung stellt. 2008 muss dieser Mietvertrag nachverhandelt werden, da eine beträchtliche Summe seitens Fundus in die Renovation des Tacheles-Gebäudes eingeflossen ist. Durch diese wurde das Tacheles auf die kommenden Veränderungen in seiner nächsten Umgebung vorbereitet: Mit einer hohen Ausnutzung des Grundstücks (GFZ 3,7) und Nutzungen wie einem Designer Hotel, exklusiven Apartments, besagtem klassisch mischgenutzten „Flatiron“ und Hofsituationen, die mit exklusiven Läden an die bereits erfolgreichen Hack'schen Höfe erinnern lassen, wird im gesamten Johannisviertel für eine „gehobenere Klientel“ geplant. Die Gentrifizierung in Berlin-Mitte, die Verdrängung sozial oder wirtschaftlich schwächerer Bevölkerungsschichten durch Sanierungsmaßnahmen, wird durch die Neuplanungen von Fundus einen weiteren kräftigen Schub erfahren. Nichtsdestotrotz sieht Fundus die Entwicklung des Johannisviertels in Anbetracht der internationalen Konkurrenzsituation der Städte als Chance für Berlin, heute wichtige Standortfaktoren wie „Identität“ oder „Freizeitkultur“ auszubauen.

Zieht das Tacheles durch seine exponierte Lage bislang die Aufmerksamkeit der Medien auf sich, bleiben die Planungen für Wustrow, wo eine in den 1930er Jahren, im Stile Heinrich Tessenows erbaute Gartenstadt zu neuem Leben erweckt werden soll, fast unbeachtet. Die Halbinsel, die jahrzehntelang militärisch genutzt wurde, besteht heute zu zwei Dritteln aus Naturschutzgebiet, zu einem Drittel aus Landschaftsschutzgebiet. Nahe dem „Wustrower Hals“, der fragilen Verbindung zum



Abb. 4: Faszinierend morbide: Die verlassene Gartenstadt auf Wustrow soll zur Feriensiedlung umgebaut werden. (Foto: A. Wäsch, Stuttgart).

Festland und damit zur Gemeinde Rerik, liegt die verlassene, „alte“ Gartenstadt, die erneuert und mit einem „neuen“ Gartenstadtteil erweitert werden soll – in Anlehnung an die Bautradition Tessenows. Zusätzlich sollen im Landschaftsschutzgebiet mehrere kleine Rundweiler, sogenannte ‚Hamlets‘, und ein Golfplatz entstehen.

Nach den Vorstellungen von Fundus soll die Hälfte der 2.300 zukünftigen Bewohner ihren Haupt- oder zumindest Zweitwohnsitz in Wustrow haben, die andere Hälfte sollen Urlauber sein. Fundus hofft vor allem auf betuchte Bevölkerungsschichten des In- und Auslands, die in geschützter Umgebung ihren dritten Lebensabschnitt verbringen und eventuell eine neue Freizeitkultur für Senioren entwickeln wollen. Katalysierende Wirkung dafür soll der Umzug des 73-jährigen Malers Günther Uecker auf die Insel haben, der ehemals seine Kindheit dort verbrachte und für seinen Lebensabend gar ein Haus von Fundus erbaut bekommen soll. So wird auf Wustrow die Kunst und ein Mythos – der Künstler Uecker und der Mythos der alten Gartenstadt – zum Zugpferd für die geplanten Entwicklungen, wie auch in Berlin-Mitte das Tacheles und der Mythos vom oppositionellen Stadtmilieu der Vermarktung dienen sollen.

Eine im Jahr 2000 durchgeführte *Charrette* diente vor allem dazu, die verschiedenen Interessen von Fundus, der Gemeinde Rerik und Natur- und Umweltschützern zu koordinieren. Heute jedoch scheinen die während der *Charrette* gefassten Beschlüsse durch zwischenzeitliche Planungsprozesse fast in Vergessenheit geraten zu sein, und in Rerik kann von einer gewissen „Beteiligungsernüchterung“ geredet werden. So stehen die eine *Charrette* leitenden Planer üblicherweise in einem direkten Abhängigkeitsverhältnis zu ihren Auftraggebern, den – wie im Falle Wustrows – meist privaten Bauunternehmen, die recht genaue Vorstellungen von gewinnträchtigen Planungen haben. Ausdrückliches offizielles Ziel einer *Charrette* ist demnach



Abb. 5: Die Gebäude der Gartenstadt auf Wustrow sind stark renovierungsbedürftig. (Foto: A. Wäsch, Stuttgart).

auch eine schnellstmögliche Transformation der beteiligten Meinungen von „Widerstand in Unterstützung“ für die geplanten Entwicklungen: „The Charrette is one of the most effective methods of getting public support for the... planning issues... It represents the... systemic change in the [planning] process, the shift within the ‚community system‘ from dispute to consensus or agreement.“ Dieses Ziel, die Beschleunigung von Planungsprozessen, kann schwerlich mit einer gerechten, gleichberechtigten Partizipation konform gehen, schließt diese sogar eher aus.⁷

So entsprechen auch die geplanten 2.300 Bewohner der alten-neuen Gartenstadt einer Verdopplung der Bevölkerungszahl Reriks zur Hochsaison (Rerik selbst hat nur 2.100 Einwohner). Hauptproblem dabei ist die wahrscheinliche Abwertung Reriks vom Urlaubs- zum Durchfahrtsort, da der offizielle Anfahrtsweg der Gartenstadtbewohner nach bisherigen Planungen durch Rerik hindurch über den Wustrower Hals verläuft. So ist es gar ironisch, dass die erste Planung des New Urbanism in Deutschland, dessen großes Ziel eine Reduktion des mobilen Individualverkehrs verbunden mit einer Verbesserung der Umwelt und Lebensqualitäten ist,⁸ ausgerechnet Diskussionen über den Verlust an Lebensqualitäten durch eine prekäre Verkehrssituation und das Zerstören eines intakten Biosystems hervorruft. Denn durch die neue Bebauung spitzt sich nicht nur die Verkehrslage in Rerik zu, auch wird das Verdrängen von 60 auf der Roten Liste stehenden Tier- und Pflanzenarten akzeptiert – so das Ergebnis einer Studie, die von der Fundus-Gruppe selbst in Auftrag gegeben wurde.

7 Vgl. S. Fainstein, New Directions in Planning Theory, in: Urban Affairs Review, Vol. 35, Nr. 4, 3/2000, S. 451-478.

8 Vgl. Charta des New Urbanism, in deutscher Übersetzung nachzulesen, in: Die alte Stadt 25 (4/1998), Alte Stadt – neu gebaut, hrsg. von H. Bodenschatz / Hans Schultheiß, S. 336-342.



Abb. 6: Die „Außenwand“ der sogenannten „Veste“ in Brandevoort. Deutlich erkennbar sind die Bemühungen der Bewohner, ihre Häuser dem architektonischen Stil entsprechend zu gestalten (Foto: S. Schluchter).



Abb. 7: Brabantische Nostalgie: Öffentlicher Raum in Brandevoort (Foto: S. Schluchter).

3. Brandevoort und Kirchsteigfeld

Eine den Überzeugungen der New Urbanists nahestehende Position vertritt Rob Krier, der derzeit an circa 20 verschiedenen Projekten in den Niederlanden arbeitet.⁹ Eines dieser Projekte ist Brandevoort, eine Stadterweiterung der Gemeinde Helmond (83.000 EW, östlich Eindhovenens) mit 6.000 Wohneinheiten.

Da sich die niederländische Regierung ab 2005 aus ihrer stark regulativen Funktion auf dem Wohnungsmarkt, die noch aus Zeiten der Industrialisierung stammt, nach Ablauf eines letzten Wohnungsbauprogramms (VINEX) zurückziehen will,

⁹ Vgl. R. Krier / Chr. Kohl (s. A 4).



Abb. 8: Der wohlgestaltete Kirchsteigfelder Marktplatz wirkt angesichts eines kleinen Nachbartschaftsfestes groß und leer (Foto: S. Schluchter).

planen die Gemeinden – wie auch Helmond – vermehrt in Public Private Partnerships, um sich die finanzielle Belastung und die ungewohnte Verantwortung mit privaten, erfahrenen Bauunternehmen zu teilen. Großes, neues Motto Helmonds ist deshalb das Stichwort *Consumentgerichte Projectontwikkeling*, eine auf Wünsche der „Konsumenten“, der Bewohner abgestimmte Projektentwicklung. Die Gemeinde kämpft verstärkt darum, bessere Einkommen anziehen und halten zu können, und arbeitet in diesem Zusammenhang an ihrem Image als Wohnort. Dass ein neotraditioneller Themenschwerpunkt durchaus Wunsch der gewollten Zielgruppe ist, hat die schon abgeschlossene städtebauliche Erweiterung namens ‚Dierdonk‘ in Helmond bewiesen, welche den Städtebau der 1930er Jahre zum Thema hatte. Demnach soll auch in Brandevoort verstärkt mit traditionellen Mitteln gearbeitet werden, und Krier wurde mit dem großen Ziel, Atmosphäre zu schaffen, für den städtebaulichen Plan engagiert. Er entwickelte Brandevoort als typisches Dorf der Region Brabant: Ein dicht bebauter, alt scheinender Ortskern mit klarer baulicher Grenze, der sogenannten ‚Veste‘ (Gründung, Festung), wird von verschiedenen Wohngebieten außerhalb die-

ses Kerns (de Buitens die Außerhalb) überschritten. Durch diese Struktur erweckt Krier den Eindruck, es handle sich um ein langsam gewachsenes Dorf, das eine Zeit der Entwicklung durchlebt habe. Brandevoort ist jedoch „instant“, der ‚Ortskern‘ und seine ‚Erweiterungsgebiete‘ sind zeitgleich geplant und werden gleichzeitig gebaut. Da mehrere Architekten zur Planung der einzelnen Gebäude beauftragt wurden und die architektonische Gestaltung, das Abbild des Brabantschen Dorfes, gewahrt werden sollte, wurde ein sogenannter *Beeldkwaliteitsplan* entwickelt, ein verbindlicher Gestaltungskodex, wie er beim New Urbanism üblich ist.

Neben dem Versuch, durch eine einheitliche, neotraditionelle Gestaltung eine soziale Mischung zu erreichen (15-20% sozialer Mietwohnungsbau, ca. 80% Eigentum), ist es vorrangige Hoffnung Kriers wie auch der Gemeinde Helmond, ein offensichtlich verlorengegangenes Gefühl für Heimat und Gemeinschaftlichkeit neu zu stimulieren. Die Intention, Gemeinschaft zu stiften, stößt bei den Bewohnern Brandevoorts bislang auf positive Resonanz. Es wird – vergleichbar mit dem schon 1992 von Krier geplanten Kirchsteigfeld im Südosten Potsdams und der Disneystadt Celebration in Florida – eine Siedlungszeitschrift veröffentlicht, die über neueste Ereignisse, Fortschritte im Bauablauf oder einen Besuch von Wim Kok berichtet. Zudem ergab eine Umfrage unter Bewohnern, dass sich diese eine stärkere, engere Gemeinschaft mit den Nachbarn erhoffen und sich vor allem mit dem Stil Brandevoorts identifizieren können. Deshalb fühlen sich bislang nur diejenigen, die ihr Wohnzimmer ganz in niederländischer Tradition ebenerdig zum Straßenraum angeordnet haben, durch die Touristen, die Brandevoort an den Wochenenden bevölkern, gestört und verbringen ihre Sonntage neuerdings mit geschlossenen Gardinen. Die europäisch anmutende Frage nach einer Authentizität städtischer Strukturen scheint sich demnach zu relativieren, denn Brandevoort wird trotz oder gerade aufgrund seines „Instant“-Charakters, seiner Unechtheit, zum touristischen Ziel. Somit bestätigt sich, dass nur das Abbild einer gewesenen Authentizität wichtig erscheint. Dieses Abbild, das nach Sorkin um negative Elemente wie Kriminalität oder Arbeitslosigkeit reduzierte und mit nostalgischer Symbolik angereicherte Stadtbild,¹⁰ war für die Bewohner eher Bedingung als Hemmschwelle, in Brandevoort wohnen zu wollen. Eine tatsächliche Authentizität ist also gar nicht erwünscht. Ebenso unwichtig erschien den Planern Brandevoorts eine Partizipation der Bewohner. Diese können – ähnlich den Entscheidungsfreiheiten in Celebration – lediglich zwischen verschiedenen Ausführungen, die Innenausstattung betreffend, wählen. Der Kauf einer Wohnung in Brandevoort wird so mit dem Kauf eines konsumierbaren Objektes gleichgesetzt, was den Markterfolg Brandevoorts jedoch in keiner Weise schmälert.

10 Vgl. M. Sorkin, Acting Urban, in: M. Sorkin, Some Assembly Required, University of Minnesota Press, Minneapolis 2001, S. 64-69.

Ist man nach einem Besuch bei den enthusiastisch wirkenden Bewohnern Brandevoorts geneigt, an die gesellschaftsheilende Wirkung traditioneller, städtebaulicher Formen zu glauben, widerlegt sich dieser Gedanke in Kirchsteigfeld.¹¹ Denn Kirchsteigfeld kämpft derzeit mit einer Stagnation der Bautätigkeit, Leerständen und einer hohen Fluktuation in der Bewohnerstruktur, welche sich auf die Bildung der vom traditionellen Städtebau erhofften engeren Nachbarschaften negativ auswirkt. Somit bleibt auch Kirchsteigfeld von den akuten Problemen der Berliner Stadtregion nicht verschont und kann als Beispiel dafür dienen, dass Urbanität oder das Bilden einer Ortsidentität viel mehr als die Gestaltung des Ortes beinhaltet.

4. Haverleij

Während in Brandevoort und Kirchsteigfeld die Bemühung im Vordergrund steht, eine ausgleichende, kommunikationsfördernde Atmosphäre zu schaffen, ist eine abweisende, wenig einladende Haltung Konzept der Schlösserlandschaft „Haverleij“, einer Stadterweiterung der Gemeinde s’-Hertogenbosch (130.000 EW) im Südosten der Niederlande.

Neun kleinere und ein großes „Schloss“ – insgesamt 1.160 Wohnungen – entwarf der Planer Sjoerd Soeters 1996 und wollte mit der Bezeichnung „Schloss“ vorgeblich nur eine direkte Konfrontation zwischen Bebauung und Landschaft ausdrücken, während die von der Gemeinde und zwei privaten Bauträgern gebildete *Haverleij BV* damit auf eine erfolgreiche Vermarktung und eine dem Begriff „Schloss“ entsprechend liquide Bewohnerschaft speulierte.

Zur Erhaltung der Entwurfsidee wurde auch hier ein *Beeldkwaliteitsplan*, ein für die Architekten der einzelnen Schlösser verbindlicher, gestalterischer *Code* entwickelt. Durch diesen, die neotraditionelle Sprache und die klare Abgrenzung von Bebauung und Landschaft erinnert Haverleij zunächst an ein Projekt des New Urbanism. Nach dem *Code* soll die „Landschaft mit voller Brandung gegen die Schlossmauern“ schlagen, weshalb alle einem Schloss zugehörigen Außenräume (Gärten, Parkplätze, etc.) im „Schlosshof“ oder in Form von Balkons und innenliegenden Terrassen verwirklicht werden müssen.¹² Der Verzicht auf private Gärten, die Unveränderbarkeit der Wohnungen wie auch eine bewusst fehlende Partizipation der Bewohner dient der *Haverleij BV* heute (drei der Schlösser sind derzeit schon bewohnbar) zur zusätzlichen Vermarktung: Die Wohnungen Haverleijs werden als fix und fertige „Produkte“ angeboten, die Komfort bieten und um welche man sich als Bewohner nicht kümmern muss: es fallen weder Garten- noch Ausbauarbeiten am Haus an. Die Aussicht über’s Land, über den versprochenen „Garten für alle“, ist

11 Vgl. F. Roost, Die Disneyifizierung der Städte, Opladen 2000, S. 136 ff.

12 Vgl. 2nd Edition Haverley Architects Guidelines Pocketbook, in: H. van Rossum u.a. (s. A 5), S. 137 f.



Abb. 9: Schloss „Wuyvenhaerd“ von den Architekten Lafour & Wijk in Haverleij: Obwohl die Gestaltung der Schlösser im neotraditionellem Stil gehalten und einer gestalterischen Regie unterlegen ist, ist Haverleij kein Projekt des New Urbanism (Foto: S. Schluchter).



Abb. 10: Schloss „Zwaeneste-de“, Haverleij, vom italienischen Architekten Adolfo Natalini: Der einzige Zugang zum Schloss erinnert an eine Zugbrücke (Foto: S. Schluchter).

trotzdem garantiert: Die Schlösser werden in einem Mindestabstand von 200 Metern zueinander gebaut. Ob die umgebende Landschaft jedoch tatsächlich „für alle“ gedacht ist, erscheint bei 1.000 Euro als jährlichem Mitgliedsbeitrag für den Golfklub, der wie ein Auftakt in eine andere, exklusivere Welt zwischen der benachbarten Siedlung ‚Engelen‘ und den ersten anschließenden Schlössern Haverleijs liegt, fraglich.

Da mit Haverleij ausschließlich die für gewöhnliche Stadterweiterungen 30 – 40 Prozent exklusiveren Wohnungen gebaut werden, müssen in anderen Erweiterungsgebieten mehr Wohnungen in günstigeren Marktsegmenten realisiert werden. So wird der von der *Haverleij BV* beschworene „gute Mix“ in s’-Hertogenbosch, eine ausge-



Abb. 11: Schloss „Velderwoude“ vom Architekten Jo Crépain: Die Landschaft endet direkt an der Schlossmauer. Der Ausblick über’s Land ist garantiert (Foto: S. Schluchter).

wogene Mischung von Einkommen und Bevölkerungsschichten in rein quantitativen Aspekten zwar erzielt werden, räumlich gesehen wird diese „Mischung“ jedoch über verschiedene Siedlungen getrennt. Mit dieser offen betriebenen Segregationspolitik, die im Kampf der Städte um die besseren Einkommen in Kauf genommen wird, ist Haverleij wohl eher ein Symptom für die zunehmende Privatisierung des Wohnungsmarktes, als dass man es den Überzeugungen des New Urbanism zurechnen kann. Denn mit Haverleij wird keine Idee des traditionell Urbanen verfolgt; eher eine Idee des traditionell Anti-Urbanen. So erscheint eine Diskussion über die Definition einer „gated community“ anhand Haverleijs, das sich durch seine Lage, seine Gestaltung und eine elitäre Bewohnerschaft von seiner Umgebung abgrenzt, als durchaus berechtigt.

5. Resümee

Ob es nun die Idee städtischer Dichte um die Jahrhundertwende ist, die nostalgische Gartenstadt, die romantische Gracht mit den schmal parzellierten Giebelhäuschen

oder die Idee, in einem Schloss zu wohnen, mit freiem Blick über die Landschaft: In allen Projekten steht der Versuch, durch neotraditionelle Planung identitätsstiftend zu wirken und damit Gemeinschaft und Heimatgefühle zu erzeugen, im Vordergrund. Eine Diskussion um die Bekämpfung eines „Sprawls“ scheint in den besprochenen europäischen Beispielen zweitrangig zu sein; primär drehen sich die Argumentationen um eine positive oder negative Bewertung des neotraditionellen Stils.

So sind zunächst zwei generelle Unterschiede in der Rezeption von New Urbanism-Projekten auf den verschiedenen Kontinenten zu nennen: Zum einen weist das „alte Europa“ eine – verglichen mit den USA – feinmaschigere, dichtere Raumstruktur auf. Die vorhandenen Kernstädte konnten sich eine „Kultur des Städtischen“ bewahren; die Krise der europäischen Innenstädte nimmt demnach keine amerikanischen Ausmaße an.¹³ In Europa stehen die Stadt simulierenden, neotraditionellen Stadterweiterungen des New Urbanism deshalb meist neben einem attraktiveren, authentischeren Nachbarn, weswegen es engere Grenzen, weniger Angriffsfläche für eine „romantische“, kleinstädtische Mischnutzung, wie sie vom New Urbanism propagiert wird, zu geben scheint. Zum anderen existiert in Europa eine größere Verantwortlichkeit gegenüber der Idee einer Echtheit, einem Gewachsensein städtischer Strukturen. Amerikaner scheinen dagegen weniger Skrupel im Erbauen von Scheinwelten zu haben, bei denen der Unterschied zwischen Fiktion und Realität, zwischen authentischer und „instanter“ Stadt immer unwichtiger zu werden scheint.¹⁴ Durch eine dichtere Raumstruktur und eine andere, traditionsbehaftetere Einstellung zur Frage von Authentizität und Simulation muss davon ausgegangen werden, dass New Urbanism-Projekte in Europa eine völlig andere Wirkung erzielen als in den USA. Verkörpert der neotraditionelle Stil in Amerika auf Grund des geringen Alters der dortigen Städte vielleicht eine allgemeine Sehnsucht nach der „alten Stadt“, wird vermutet, dass dieser in Europa eher einer aktuellen, auch in der Politik festzustellenden, kulturpessimistischen Grundhaltung entspringt, womit er wiederum zeitgemäß wird.¹⁵

Entsprechen fast alle angesprochenen Beispiele in formalen Aspekten den Vorstellungen des New Urbanism (es wurden gestalterische und städtebauliche *Codes* festgelegt; innerhalb der Entwürfe wird auf Fußgängerfreundlichkeit, traditionelle Straßenquerschnitte und Platzfolgen geachtet), bewirken die realen Inhalte der Pla-

13 Vgl. W. Müller / R. Rohr-Zänker, Amerikanisierung der „Peripherie“ in Deutschland?, in: K. Brake / J. Dangschat / G. Herfert, Suburbanisierung in Deutschland, Opladen 2001.

14 Vgl. J. Baudrillard, Amerika, München, 1995; I. Vollenweider, Reconstructing Reality, in: transition, Nr. 9, Juli 2002, ETH Zürich, S. 67-75.

15 Vgl. Chr. Welzbacher, Polderland unter – die Niederlande im Wandel: Konservatismus ist schick – auch in der Architektur, in: Die Zeit, 08.05.2002; B. Hulsman, De Nederlandse stedenbouw in tijden van onbehagen – Een postmodernistisch walhalla, in: Blauwe Kamer, Tijdschrift voor landschapontwikkeling en stedenbouw, Nr. 4, August 2002.

nungen jedoch meist das Gegenteil dessen, was die New Urbanists programmatisch erreichen wollen. Folgt man der 1996 verfassten *Charter of the New Urbanism*,¹⁶ so ist ja gerade auch die Bekämpfung einer zunehmenden sozialen Segregation Thema. Tatsächlich wird dieses Phänomen jedoch – verknüpft mit einer dezidierten marktwirtschaftlichen Orientierung – zu einem Bestandteil der beschriebenen Planungen, womit der New Urbanism für Europa in der Praxis zu dem von Bart Gooldhoorn propagierten „kapitalistischen Realismus“¹⁷ mutiert. Die Nähe zu privaten Developern ist den New Urbanists nicht fremd, sind sie privaten, marktorientierten Städtebau doch gewohnt – ganz in amerikanischer Tradition. Für die New Urbanism Bewegung mag es deshalb selbstverständlich sein, mit privaten Developern primär markt- und profitorientierte, nur an eine Gesellschaftsschicht gerichtete Projekte zu planen und innerhalb dieses Rahmens ihre eigenen Ziele durchzusetzen suchen. In Europa staunt man jedoch über die Kanonisierung dieser Projekte.¹⁸

Abgesehen von der Kritik an den ästhetischen Orientierungen des New Urbanism bleibt das soziale und städtebauliche Kernproblem letztlich der meist durch Projekte privater Developer visualisierte „Konsumentenwille“ zur Segregation, und es stellt sich die weder von modernen holländischen Planungen noch vom neotraditionellen New Urbanism gelöste Frage, wie mit dieser Tendenz – anders, vielleicht besser als in den USA – umgegangen werden könnte.

SANDRA SCHLUCHTER, Römerstr. 55, 70180 Stuttgart.

16 Vgl. Charta des New Urbanism (s. A 8).

17 B. Goldhoorn, Kapitalistischer Realismus, in: Stadtbauwelt 48/2002, S. 12.

18 Vgl. H. Bodenschatz, New Urbanism and the European Perspective, in: R. Krier / Chr. Kohl (s. A 4), S. 268.

Robert Kaltenbrunner

Werte und Umwertungen

Die Vitalität „klassischer“ Raumkonzepte in Peking, Neu-Delhi und Berlin

1. Einleitung

Die Art und Weise, wie Hauptstädte im letzten Jahrhundert umgebaut wurden, erlaubt Rückschlüsse auf das Verhältnis von Architektur und Macht. Ganz gewiss gilt das für Peking, Neu Delhi und Berlin: In ihrer aktuellen Gestalt offenbart sich die Dialektik zwischen Modernisierung und der Suche nach kulturellem Ausdruck. Zwar variiert der Grad an Überformung, den Verkehrs-, Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum der letzten fünfzig Jahre hinterlassen haben, von Stadt zu Stadt erheblich, aber tradierte und kodifizierte Muster bewahrten dennoch Gültigkeit.

Obgleich die Auswahl zufällig und ihr Zusammenhang spekulativ erscheinen mögen, lohnt der vergleichende Blick auf die dahinter stehenden urbanistischen Vorstellungen. Denn der Wunsch nach einer die neue Gesellschaft repräsentierenden Stadtgestalt verweist, hie wie da, auf die klassischen Raumkonzepte des jeweiligen Kulturraums. Wobei die eigentliche Querverbindung zwischen den drei Kapitalen in dem Umstand liegt, dass der Historismus nicht nur die europäische Selbstdefinition des 19. Jahrhunderts widerspiegelte – als in ästhetischer und künstlerischer Hinsicht konstitutiv für die Suche nach überzeitlicher Gültigkeit –, sondern auch im „nation-building“ Indiens und Chinas eine vergleichbare Rolle spielte.

Das ist weniger gestrig und fern, als es zu sein scheint. Denn jener zukunftsfrohen Utopie der 50er und 60er Jahre, die sich aus der „Charta von Athen“ speiste und deren sichtbarster Ausdruck das Spinnennetz der Schnellverkehrsstraßen ist, die alle Großstädte heute umklammern und zerschneiden: Man wird ihrer nicht mehr froh. Im Verlangen nach einem Allheilmittel gegen die Hybris zeitgenössischer Stadtentwicklung erinnert man sich plötzlich wieder an bestimmte Ideale und das Handwerkszeug, das einst baulich-räumliche Identität zu schaffen verhalf. Ist also der Städtebau zu Beginn des 21. Jahrhunderts wieder bei einem Bild der Stadt angekommen, das vor einigen Dezennien allen Anlass bot, radikale Gegenentwürfe zu proklamieren?

2. Geschichte und ihre Wirkungen

Über lange Zeit galten die europäischen Kapitalen als bevorzugter Ort für eine bestimmte Art der Historiographie. Sie zeigt die Stadt in jener Perspektive, an den uns

die Vergangenheit des Städtebaus gewöhnt hat: Als Produkt von Ideen und Initiativen, als Werk weit blickender Politiker, aktiver und manchmal philanthropischer Unternehmer, als Geniestreich begabter Planer. In dieser Geschichte wären die repräsentativen Veranstaltungen des neueren Städtebaus zu benennen: Die simple, nichtsdestoweniger eindrucksvolle und bis zu einer gewissen Leistungsgrenze auch funktionstüchtige Geometrie der frühen nordamerikanischen Stadtpläne; der elegante chirurgische Eingriff, mit dem der englische Planer und Grundstücksspekulant John Nash dem Londoner Westen ein biegsames Rückgrat eingesetzt hat; die klassizistische Stadtbaukunst von Mailand bis Karlsruhe; die imperialen Verwandlungen von Paris unter Napoleon III. und Wien unter Franz Joseph.

Doch was dann an metabolischen Vorgängen, bedingt durch industrielle Entwicklungsschübe, eine Vielzahl von Städten – etwa Manchester, Lyon oder Berlin – in einen Tiefpunkt formaler Destruktion, hygienischer Unzulänglichkeit und sozialer Disfunktionalität stürzte, hat auch dieses Verständnis von Urbanismus scheinbar außer Kraft gesetzt. Zugleich wurde eine an Geschichte und an „Geschichtlichkeit“ orientierte Stadtauffassung zum erklärten Feindbild der Moderne, welche glaubte, die Geschichte überwunden zu haben. Seither oszillierte der Städtebau zwischen den Polen von planerischer Utopie und technischem Pragmatismus. Erstere verschmähte zumeist die banale Wirklichkeit. Ausgehend von den utopischen Sozialisten war das Anliegen ihrer Protagonisten nicht eine wie auch immer geartete Reform der Großstadt, sondern Abhilfe gegen ihre Erscheinungen durch radikal neue, rein rational begründete Formen menschlichen Zusammenlebens. Sie setzten der wirklichen Stadt eine ideale Stadt entgegen. Technischer Pragmatismus baute auf die Einsicht, dass mit hochfliegenden Träumen sich die tatsächlichen Probleme der industriellen Stadt nur schwerlich lösen lassen. Ingenieurleistung, öffentliche Daseinsvorsorge, Verkehrsbewältigung und juristische Regelung sind die entscheidenden Stichworte, die ihren Wirkungskreis – und ihren zwischenzeitlichen Erfolg – definieren.

Kulturgeschichtliches Bewusstsein indessen kam zwischen diesen Polen ins Hintertreffen. Und damit auch jener Parallelismus, wie Friedrich Schlegel ihn einst forderte: „Was die Materie des Wissens betrifft, muss sich die Philosophie auflösen in Physik und Geschichte.“¹ Gemeint ist jenes empirische Wissen, das Gesetze und Entscheidungen aus Erfahrung und Beobachtung herleitet, und das gerade beim Stadt(um)bau von entscheidender Bedeutung ist. Markenzeichen des kulturgeschichtlichen Bewusstseins demzufolge sei, dass man sich innerhalb des (Vor)Wissens bewegt, sich „haushaltend“ damit auseinandersetzt, dass man Anwendung, Zweck und Gebrauch bedenkt, vorhandenen und möglichen Widersprüchen begegnet und gleich-

1 Zit. n. W. Oechslin, Gottfried Semper und die Moderne. Gedanken zu einer Umwertung des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Neue Züricher Zeitung, 25.5.2002.

wohl nach der Gesetzmäßigkeit sucht. Doch die Frage nach dem Wert der Geschichte wurde kaum je mehr gestellt.

Eine Synthese der Juxtaposition von planerischer Utopie und technischem Pragmatismus ‚gelang‘ recht eigentlich erst in der Nachkriegszeit. Als Göderitz, Rainer und Hoffmann an der Wende der 1950er zu den 60er Jahren mit der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“ dem Zeitgeist ein neues städtebauliches Gewand verpassten, und Reichow mit seinen Verästelungsdiagrammen vorführte, wie der Verkehr kreuzungsfrei und reibungslos durch die autogerechte Siedlung fließen könne, wurde der Zusammenhang zwischen Auto und Raumstruktur bewusst thematisiert und war gewollt. Es war die Zeit der beginnenden Massenmotorisierung, des hoffnungsvollen Aufbruchs in die automobilen Zukunft. Dies signalisierte, was Motor künftiger Entwicklung werden sollte: Das Auto avancierte zum „spiritus rector“ des Städtebaus, spielte die Rolle des Katalysators, an dem sich urbanistische Konzepte schieden und erwies sich als Sprengsatz historischer Stadtstrukturen: Dort, wo das 19. Jahrhundert mit seinen Verwaltungs- und Erziehungsanstalten nur insulär in bestehendes Gewebe einbrach und auch der Zweite Weltkrieg die zugrunde liegenden jahrhundertealten Parzellierungsmuster nicht antasten konnte, wurden nach dem Diktat des neuen urbanistischen Paradigmas solche Grenzen buchstäblich überfahren.

Die sich abzeichnende „Verflüssigung“ des Raums infolge der Mobilität wurde als positive Entwicklung gewertet und durch extensiven Autobahn- und Straßenausbau befördert – der Beginn der sich spiralförmig hochschraubenden Wechselbeziehung von Infrastrukturangebot und Motorisierungsgrad. Eine räumlich entkoppelte, großmaßstäblich zerstreute Stadt- und Siedlungsstruktur, deren konstituierendes Prinzip Mobilität ist, scheint also zwangsläufig. – Heute allerdings auch als eine Folge, die man nicht (mehr) akzeptieren will. So nimmt es nicht Wunder, wenn Geschichte als Kategorie des Städtischen genauso eine Renaissance erlebt wie das Verständnis eines „gestaltenden Städtebaus“. Die erste Fachzeitung, die von Camillo Sitte und Theodor Goecke begründete, ab 1904 in Berlin und Wien erscheinende Zeitschrift „Der Städtebau“, führte bezeichnenderweise den Untertitel „Monatsschrift für die künstlerische Ausgestaltung der Städte nach ihren wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sozialen Grundsätzen“. Implizit wird dem Städtebau Vorrang gegenüber der Architektur gewährt. Weil die Stadt das Resultat der – eher unbewussten als bewussten – Gestaltungskräfte einer Vielzahl von Unternehmern, Bauherren, Bürokraten ist, wäre dem Städtebauer, wie es Theodor Fischer bereits vor über achtzig Jahren verlangt hatte, die Aufgabe zuzuweisen, „die auseinander fallende Kultur zusammenzufassen, (so) dass er deshalb schlecht beraten ist, wenn er, in geschmacklichem Ästhetentum sich verlierend, die Führung in technischen Gestaltungsfragen sich entwenden lässt“.² Peking, Neu-Dehli und Berlin zeigen, in ihren jeweils ent-

² Th. Fischer, Sechs Vorträge über Stadtbaukunst, München/Berlin, 1920, S. 28.

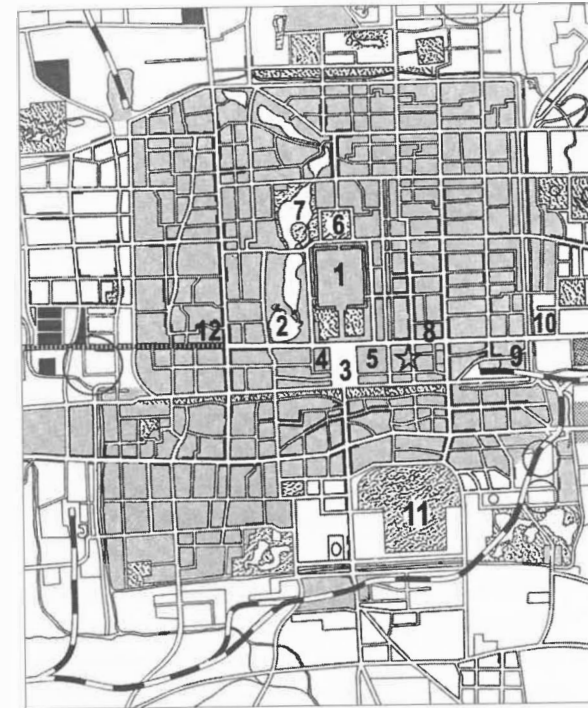


Abb. 1: Peking 1982:

1. Palace Museum, the former imperial palace;
 2. Nanhai area, the seat of the national political power;
 3. Tian'an Men square with the monument of the People's Heroes and Chairman Mao Memorial Hall;
 4. The Great Hall of the People;
 5. Museum of Chinese History and of the Revolution;
 6. Jinshan (Coal Hill) park;
 7. Beihai park with Beijing library;
 8. Beijing Hotel;
 9. Beijing railway station;
 10. International Clubs and residence for foreigners;
 11. Tiantan (Altar of Heaven) park;
 12. Nationalities' Culture Palace
- (Quelle: A. Schinz, Cities in China, Stuttgart 1989, S. 83).

scheidenden urbanistischen Etappen, die Bedeutung dieser „künstlerischen Ausgestaltung“ – auch im gesellschaftlichen Sinne.

3. Peking oder: Die Theorie der „nationalen Form“

Peking, die „kosmische Stadt“ nicht nur für Chinesen, hat sich in den letzten fünfzehn Jahren wohl stärker verändert als jemals zuvor in seiner Geschichte. Noch immer zeigt die „nördliche Hauptstadt“ eine ungebrochene, fast mystische Strahlkraft, auch wenn ihre charakteristische, ganzheitliche Form an den Rändern stark verlaufen ist. Für das Verständnis dessen, was das heutige Peking prägt, sind nicht nur die großen, die „klassischen“ Traditionen, sondern auch die Debatten der 1950er Jahre von Bedeutung. Zwar wurde seinerzeit unter der Maßgabe des sozialistischen Aufbruchs am Fundament der alten Kaiserstadt kräftig gerüttelt. Aber Architekten, Planer und Politiker blieben sich der Traditionsbestände gleichwohl bewusst.

Mit den „zehn großen Bauten“ (wie beispielsweise der „großen Halle des Volkes“ oder dem Bahnhof), die 1958, anlässlich der Feierlichkeiten zur ersten Dekade des „neuen China“, errichtet wurden, war ein erster und weithin sichtbarer Höhepunkt des Städtebaus erreicht. Sie sind zugleich Inbegriff der „nationalen Form“

(*minzu xingshi*). Doch wie die Neugestaltung im zentralen Stadtbereich mit dem Tian'anmen-Platz und der Chang'an-Straße zeigt, geht die motivische Anknüpfung zurück in die ältere Geschichte, d.h. zurück zu den Prinzipien einer Architektur, in deren Mittelpunkt die Baugruppe, nicht der Einzelbau stand, die sich durch eine lang tradierte symbolische Ortsbezogenheit auszeichnete und die (neuen) Hauptstädte als einheitliche Gesamtsysteme entstehen ließ. Deren Rückgrat bestand in einer zentralen Nord-Süd-Achse.³ Und so hebt gerade die große neue Ost-West-Magistrale, die Chang'an-Straße, die Stadt aus ihren longitudinalen („kosmischen“) Angeln.

Ganz folgerichtig setzte sich mit ihr denn auch die Ästhetik der Fassaden-Avenuen durch. Sie wurde mit historisierenden Bauten besäumt, von denen die wichtigsten auf der nördlichen Seite liegen. Auch wenn es in den 1960er und 70er Jahren nur noch nüchterne, funktionale ‚Kisten‘ waren, die die Fronten an den Hauptstraßen bildeten, so änderte sich an den städtebaulichen Prämissen wenig. Und letztlich halten auch die heutigen an dieser Grundstruktur fest. Dieser Umstand ist nicht ohne Ironie: Wie früher die Tempel die ‚kosmische‘, so flankieren nun Hotels, Ausstellungshallen und Bürotürme die ‚säkulare‘ Achse.

Als man sich nach 1949 auf die Suche nach einem einheitsstiftenden „Stil“ machte, war Liang Sicheng (1901-1972), Dekan der Architektur fakultät der renommierten Qinghua-Universität, der wohl zentrale Protagonist. Nur „die Bewusstwerdung der Tradition“ konnte es für ihn sein, die China aus dem Dunkel heraus führen würde. Eine Wiederbelebung der chinesischen Architektur schwebte ihm vor. Sie verhiess Bewahrung kultureller Identität und versprach zugleich den abgefederten Schritt in die Neuzeit. Mit seiner Theorie der „nationalen Form“ drängte er darauf, die alte Palast-Architektur zum Maßstab des Stils zu machen. Angetan zeigte er sich aber auch vom „internationalen Stil“. Tatsächlich ging er soweit, den „wissenschaftlichen Rationalismus“ dieses Stils mit den alten (autochthonen) „Bauregeln“ gleichzustellen und ihn als vorbildliche Entwurfshaltung der eigenen Architektur anzupfehlen. Er wollte keinen „Eklektizismus“. Er lehnte die internationalen Stilmischungen der Kolonialarchitektur ab. In der Abwendung von der kühlen Stringenz der Klassik sah er die „Fehler“ der westlichen Architektur, von denen zu lernen dem Imperativ des Reform-Traditionalismus zufolge nur heißen konnte, einen Weg zur rationalen Strenge der eigenen Klassik zu finden. Dabei hatte seine Beschäftigung einen klar zu bestimmenden – topographischen und ideellen – Fokus: Peking.

3 Die Begriffe „Mitte“ und „Stadt“ sind in China in einem Schriftzeichen kodifiziert: „Zhong“. Es besteht aus einem liegenden Rechteck, dessen Mitte ein gerader Strich durchläuft. Darüber hinaus aber offenbart es auch die Selbstwahrnehmung des ‚Reichs der Mitte‘ sowie der Erscheinung seiner Kapitale: Denn das mittig durchtrennte Rechteck entspricht exakt dem jahrhundertalten Grundriss Pekings, der sich beiderseits einer Mittelachse ausbreitete, die großen Zufahrtsstraßen aufnahm und zur ‚Verbotenen Stadt‘ lenkte, an deren Bannmeilen alle Wege endeten.

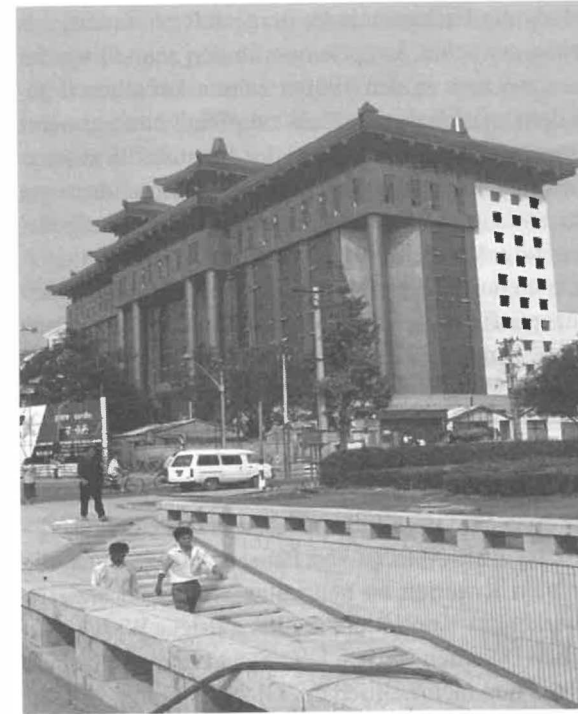


Abb. 2: Peking 1999. Büro- und Geschäftsgebäude an der westlichen Chang'an-Straße, der großen Ost-West-Achse Pekings (Foto: R. Kaltenbrunner).

Doch bald war es nicht mehr weit her mit solch ambitionierten Konzeptionen. In der auf die „Hundert-Blumen-Bewegung“ folgenden Kampagne drängte die Partei in den 1950er Jahren darauf, dass die Diskussionen um die „nationale Form“ beendet wurden. Angesichts der volkswirtschaftlichen Probleme und der, wie man befand, inadäquaten Produktionstechnik im Bauwesen, geriet diese chinesische Abart des Sozialistischen Realismus – wie zuvor auch in der UdSSR – unter parteipolitischen Beschuss und musste einer wirtschaftlicheren und zweckmäßigeren Bauweise weichen. Liang wurde als Repräsentant der „Wiederherstellung des Alten“ gebrandmarkt und gezwungen, öffentlich Selbstkritik zu üben. Und jedweder Städtebau hatte sich dem Diktat jener Parole zu beugen, die seit 1955 als verbindlicher Grundsatz galt: „Zweckmäßig, sparsam und – soweit es die Bedingungen erlauben – schön“.

An eine eigene, unabhängige Fachdebatte war erst ab 1978 wieder zu denken. Deng Xiaoping selbst war es, der entgegen aller Ideologismen sozialistischer Hochbaukultur einen Modernisierungssappell direkt an die Architekten richtete und diese im gleichen Atemzug dazu motivierte, ihre Kenntnisse und ihre Kreativität stärker einzubringen. Er kritisierte die Beton-Architektur südlich der neuen (zweiten) Peking Ost-West-Achse (Qianmen) – eine lange Reihe von Wohnhochhäusern, denen mit Verbitterung heute – nach dem Abriss der Stadtmauern – oft das Attribut

„neue Mauer“ gegeben wird. Und als die Fachgemeinde, dergestalt ermuntert, aus einer gut zwanzigjährigen Erstarrung erwachte, knüpfte man in den schnell wieder auflodernden Debatten just dort an, wo man in den 1950er Jahren aufzuhören gezwungen war: Bei der Frage nach dem „nationalen Stil“. Wenngleich nun vermehrt Fragen des Erhalts bzw. der repräsentativen Umgestaltung der Innenstädte erörtert wurden, bündelte wiederum Peking die intellektuellen Energien. Mit seiner vom Verfall bedrohten Altstadt lieferte es das prominenteste Beispiel für die Aufgabe, Zeichen für eine zeitgemäße Aneignung der Tradition zu setzen.

Die Diskurse der 1950er, aber auch der 1980er Jahre bieten neue Erklärungsansätze für das, was traditionale Konzepte für die Architektur, für die Stadt, aber auch für die Gesellschaft Chinas insgesamt bedeuten können. Nur so lässt sich das kulturelle Potential des Reichs der Mitte, seine auf die modernen Einflüsse bezogenen Assimilations- und Modifikationsfähigkeiten ergründen. Dass die Debatten, die um die „nationale Form“ geführt wurden, sich inhaltlich immer wieder um die Unvereinbarkeit der Zeit- und Stilauffassungen des „Historizismus“ und der „Klassizität“ drehen, überrascht, findet sich hier doch eine augenscheinliche Parallele zu unseren Geschichtsbegriffen: Zum einen Historie als Abfolge von Phasen und Epochen, die abgeschlossen und nach ihren eigenen Kriterien zu beurteilen sind, zum anderen Geschichte als in der Gegenwart wirkendes Kontinuum zeitlos gültiger Werte.

Im heutigen Peking ist mit solchen Debatten freilich kein Staat mehr zu machen. Architekten und Städtebauer huldigen nun mehrheitlich der Globalisierung. Mit der Durchsetzung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierungsziele sehen sie die Zeit gekommen, diese Periode, die den Fortschritt gehemmt habe, ein für allemal hinter sich zu lassen und das Bauen auf eine mehr rationale und funktional angemessene Grundlage zu stellen. Sie fordern das Recht auf einen „individuellen Stil“ (geren fengge), der letztlich immer unterdrückt worden sei, und die Ursachen dafür lägen in der feudalen Tradition begründet.

Was allerdings daraus entsteht, konterkariert diesen Anspruch. Allenthalben hält ein seltsam gläserner Eklektizismus Einzug, und gerade die angeblich so stark individualisierte Auseinandersetzung mit der Tradition und dem vorgefundenen Ort führt zu der paradoxen Situation, dass eine neue Monotonie entsteht. Einzig die Palaststadt ist (noch) unantastbar. Keine gemeinsame (städtebauliche) Grundhaltung zieht der pluralistischen Formenwahl eine Grenze. Das Ergebnis ist Beliebigkeit, die einerseits eine Übersättigung an Baumoden hervorruft, andererseits sich als Angriff auf die strukturbildenden Hauptglieder der Stadt betätigt. Noch immer, oder schon wieder, herrscht jene ideologische Zwanghaftigkeit, mit der sich das Credo des Fortschritts, der nicht mehr wirksamen Maßstäbe der Vergangenheit und der Eigengesetzlichkeit von Geschichte, durchsetzte. Und doch gibt es mehr und mehr Theoretiker und Stadtplaner, die sich der kulturpolitischen Dimension dessen bewusst sind, wie beispielsweise Wu Liangyong oder Hou Renzhi. Sie weisen mahnend darauf hin, dass mit der neuen Libertinage in Städtebau und Architektur nicht nur die Bin-

nungskraft der Vergangenheit, sondern auch jede Anstrengung, sich von dieser zu emanzipieren, gelöscht wird.

Dass das klassische Raumkonzept nun ausgerechnet von einem Ausländer abermals an die Oberfläche der Pekinger Stadtplanung gespült wird, ist allerdings überraschend. Albert Speer, im Rahmen der Planungen für die Olympiade von der Stadtregierung mit einem Gutachten beauftragt, schlägt die Re-Etablierung und den Ausbau der alten Nord-Süd-Achse als zentrales Rückgrat der „kosmischen Stadt“ vor.⁴ Augenfälliger Ansatzpunkt des bis 2008 avisierten Stadtumbaus ist die circa acht Kilometer lange historische Achse, die ihre Verlängerung nach Süden (mit einem neuen Hauptbahnhof und daran anschließend einem „Park der Ökologie“) findet, aber erstmalig auch nördlich der Palaststadt eine Entsprechung, die das im Bau befindliche Olympiagelände erschließt (wobei sie ein Museumsquartier und Rekonstruktionen der einstigen Parks einschließen soll). Pekings Zukunft und Vergangenheit auszusöhnen, dem blindwütigen Wuchern der Metropole ins Umland ein Ende zu setzen, und zugleich ein dezidiert zeitgenössisches Bild von Stadt zu generieren, ist das Anliegen Speers: Einzig in diesem Rückgriff auf die vormoderne Stadtbau-tradition scheint sich die Symbolkraft Pekings erneuern zu lassen.

4. Neu-Delhi oder: Die Wirkmacht eines Grundmotivs

Robert Venturi und Denise Scott Brown, zwei der wohl stimulierendsten Architekten und Theoretiker der 1960er und 70er Jahre, glaubten in Neu-Delhi all jene Widersprüche zu entdecken, wie sie ihrer Meinung nach kennzeichnend seien für wirkliche große Leistungen: „Die Qualitäten des Paradoxen und Widersprüchlichen im Werk Lutyens waren anregend für uns als Architekten. Wir gehen nun über die Charakteristik von Gestalt, Raum und Programm hinaus, weil wir beginnen, auch von der Symbolik dieser eklektischen Architektur zu lernen.“ Denn Lutyens Werk sei relevant für eine Architektur der Bedeutung.⁵

Trotz dieser Einschätzung – oder vielleicht gerade, weil sie von diesen beiden Häretikern der Moderne kam –, hat Lutyens Plan für Neu-Delhi in den Lehrbüchern und Kompendien der jüngeren Stadtbaugeschichte, von Hitchcock über Giedion und Pevsner bis Benevolo, kaum Eingang gefunden. Dabei ist die Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte so spannend wie ihre Lektion unverzichtbar für die weitere Genese der Disziplin.

Von König Georg V. dazu auserkoren, Calcutta als Hauptstadt Britisch-Indiens zu ersetzen, wurde Neu-Delhi zwischen 1912 und 1931 konzipiert und gebaut. Dies

4 Vgl. hierzu *D. Bartetzko*, Ist es die Möglichkeit? Albert Speer will Peking ins rechteckige Licht rücken, in: *FAZ*, 31.12.2002.

5 *D.S. Brown / R. Venturi*, Learning from Lutyens (Ü.d.V.), in: *RIBA Journal*, Aug. 1969, S. 353 ff.

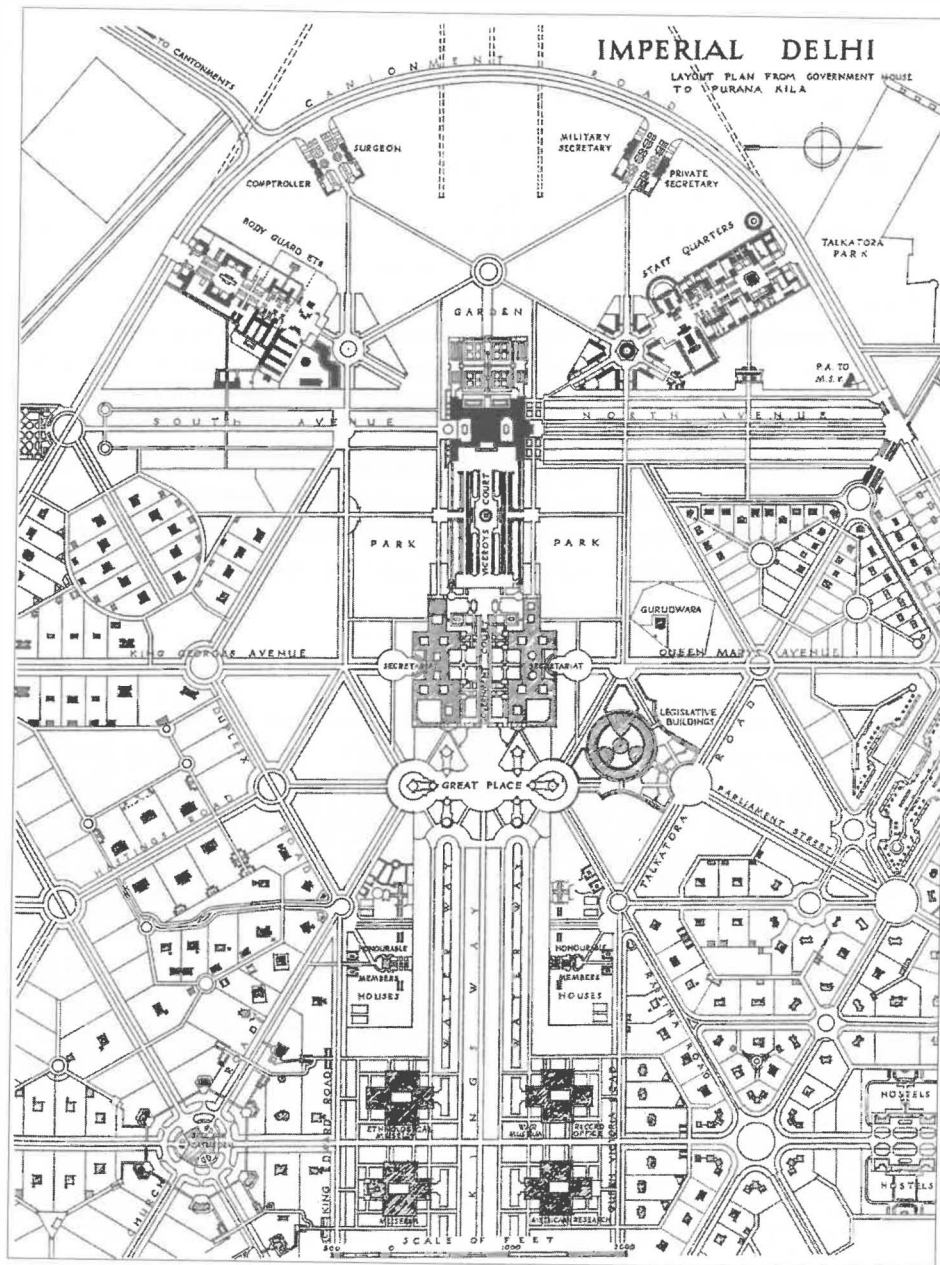


Abb. 3: Edwin Lutyens Plan für das Zentrum von Neu-Delhi (Quelle: A. Volwahsen, Imperial Delhi, New York 2002, S. 46).

war ein Akt des Eskapismus insofern, als man dem vergleichsweise ‚ungesunden‘ Klima und der politischen Instabilität Calcuttas entkommen wollte – wobei letzteres durch die willkürliche Teilung Bengalens 1905 und das (nicht nur) hierbei an den Tag gelegte selbstherrliche Verhalten des Vizekönigs, Lord Curzon, selbst verschuldet war. Zugleich aber hatte eine Reihe von Maharadschas diese Verlegung angeregt, verkörperte Delhi in gewisser Weise doch das Herz Indiens und spielte seit Jahrhunderten eine zentrale Rolle sowohl für hinduistische als auch moslemische Herrscherdynastien. Die Vorstellung, es ginge beim Hauptstadt-Transfer um einen bloßen „kolonialen Akt“, greift demnach zu kurz. Die Krone wollte keine simple Stadterweiterung in Form eines „Cantonments“, wie sonst üblich; vielmehr sollte eine Art anglo-indisches Rom als nicht minder ‚ewige‘ Hauptstadt entstehen, die das vorhandene Delhi zwar als geographischen Ankerplatz und kulturellen Bezugspunkt, keineswegs aber als realen Siedlungskern akzeptierte, an den es anzubauen galt. Hier ging es um eine veritable Stadtgründung wie zuvor bei Washington, wie etwa zeitgleich bei Canberra und wie später bei Brasilia und Chandigarh.

Die Leitvorstellungen für die Kapitale des Raj war insbesondere von drei Vorbildern geprägt: Baron Haussmanns Umbau von Paris (ab 1862) und die Ausgestaltung der grandiosen Achse der Champs Elysées, Christopher Wrens (unrealisierter) Plan für London nach dem Großen Feuer von 1666, und vermeintlich am durchschlagendsten, die neue US-amerikanische Hauptstadt Washington D.C. nach dem Entwurf von Pierre Charles L’Enfant im Jahr 1791. Mit seinem ortho- und hexagonalen System von breiten Boulevards und den gewichtigen – neuen wie historischen – Gebäuden an den Schnittpunkten liest Lutyens Plan für Neu-Delhi sich gleichsam als Fortschreibung überlieferter, streng kodierter Raumdispositionen. Das tut der Sache aber keinen Abbruch, im Gegenteil. Und die beginnende Krise der westlichen Aufklärung, ihre Unfähigkeit, eine bestehende Kultur zu befruchten oder auch nur den Sinn ihrer eigenen klassischen Formen zu erhalten, ihr Mangel an Zielvorstellungen, die über technische Neuerungen und optimales wirtschaftliches Wachstum hinausgehen – all das hat augenscheinlich beim Bau von Neu-Delhi noch keine Rolle gespielt.

Den Mittelpunkt der Stadtanlage bildet das „Haus des Vizekönigs“ (heute: Rashtrapati Bhavan), das Lutyens zwischen 1914 und 1929 geplant und gebaut hat. Bei und mit diesem Bauwerk hat Lutyens sich vom neogeorgianischen und palladianischen Stil ab- und einer wahrhaft römischen Dimension – es übertrifft das Schloss von Versailles an Größe- zugewandt, zugleich aber Reminiszenzen aus der architektonischen Vergangenheit Indiens behutsam miteinbezogen. Von hier, flankiert von den sog. „Sekretariaten“, die Herbert Baker 1914-1927 mit gewaltigen Säulenportiken ausstattete, führt die zentrale Achse (King’s Way) über die Jaipur-Column bis zum All India War Memorial Arch (1921-1931, heute: Gate of India), beide ebenfalls nach Entwürfen von Lutyens. Etwas exzentrisch das gewaltige Rund des Legislative Building (1919-1928; heute: Parlament) von Baker, nach dem Palast des Statt-



Abb. 4: Neu Delhi. Das Statesman House nahe des Geschäftszentrums (Foto: R. Kaltenbrunner).

halters offenkundig das wichtigste Gebäude. Dieses Kreismotiv schließlich findet am Connaugh Place und Connaugh Circus, als neuem Geschäftszentrum neben der historischen Altstadt und dem repräsentativen Regierungsbezirk einen dritten Pol bildend, im Entwurf von Robert Tor Russell (1931) eine plausible Wiederholung. Pate für diese stadträumliche Figur, die offenkundig bis heute nichts an Attraktivität eingebüßt hat, standen offenkundig der Circus von Bath (John Wood, 1754) sowie der Park Crescent in London von John Nash.

Axialität, Symmetrie und schiere Größe sind kennzeichnend für diesen Plan, gelten indes aber nur für die Regierungsbauten. Alle anderen städtischen Funktionen wurden zweckmäßig und unpräzise um diese Symbole arrangiert, wobei gerade dieser dem Pragmatismus geschuldete Maßstabssprung die stadträumliche Wirkung noch erhöht. Dispersion und Weitläufigkeit, die Bedeutung von Parks, Grün- und

Freiflächen: sie verweisen auf eine weitere Tradition, und zwar eine mit reformatorischem Inhalt. Denn Lutyens war als Architekt mit Raymond Unwin in der Hampstead Garden City tätig und mit den Idealen Ebenezer Howards vertraut. Hier in fremder Umgebung und bisher ungeahnter Größenordnung einerseits dem klassischen Kanon der europäischen Baugeschichte verpflichtet, andererseits die Mogul-Stadt ‚Fatehpur Sikri‘ wenn nicht als einzige, so doch als zentrale indigene Architektur Indiens anerkennend, schuf er etwas Neues: Ein Gesamtkunstwerk, amalgamiert aus unterschiedlichen Vorbildern, eklektisch und monumental, aber doch eine Eigenständigkeit und Alltagstauglichkeit erreichend, die nachgerade erstaunt.

Wenngleich das heutige Delhi mit den gleichen Problemen zu kämpfen hat wie alle Metropolen der Dritten Welt – wuchernde Slum- und Squattersiedlungen, kollabierende städtische Infrastruktur usw. -, so stellt dieser imperiale Entwurf doch den Stempel dar, der die Identität der Stadt prägt. Und dass der tradierte Urbanismus à la Lutyens – auch in seinem Gebrauch – ein ‚Erfolg‘ sei, musste selbst einer der Säulenheiligen der Moderne attestieren. Anerkennend schrieb Le Corbusier über die indische Kapitale, dass sie „mehr als dreißig Jahre zuvor mit außerordentlicher Sorgfalt, großem Talent und wirklichem Erfolg von Edwin Lutyens geschaffen wurde. Die Kritiker mögen predigen, was sie wollen, aber die Leistung eines solchen Unternehmens verdient Respekt“.⁶ Corbusier legte seinem Stadtentwurf ähnliche modulare Einheiten zu Grunde wie Lutyens. Auch er zielte auf Monumentalität, ohne sich indes auf das traditionelle Vokabular des westlichen Klassizismus zu beziehen.

Allerdings war seine Absicht, eine moderne indische Identität frei von jedem Bezug zur kolonialen Vergangenheit darzustellen, letztlich weniger erfolgreich als Lutyens Vorgängermodell. War dieses doch so überzeugend und anpassungsfähig, dass die demokratisch gewählte indische Regierung nach der Unabhängigkeit 1947 in diesem Gemäuer problemlos heimisch werden konnte. Im Rückblick erscheint es, als habe paradoxerweise gerade die neue ‚imperiale‘ Hauptstadt zu einer nationalen Bewusstwerdung und einem stärkeren inneren Zusammenhalt der indischen Reiche und Völker beigetragen.

5. Berlin oder: Die Idee der europäischen Stadt

Seit der Wende im Jahr 1989 steht Berlin im Zeichen der räumlichen Reorganisation und der baulichen Repräsentation. Lautete die Parole zunächst „Wachstum“, so stellt sich diesbezüglich recht bald eine fundamentale Ernüchterung ein, die auch durch den Wiedergewinn der Hauptstadtfunktion nicht kompensiert werden konnte. Konzeptionell wenig vorbereitet zeigte sich die Stadt in dieser Situation. Zudem war sie, im Positiven wie im Negativen, gefangen in jenen Fundamenten, die in der erweiter-

6 Zit. n. ebda.

ten Nachkriegszeit und in zwei sehr unterschiedlichen Teilstädten gelegt worden waren. Kaum eine deutsche Großstadt hatte einen solch tiefgreifenden und zugleich mehrfach gebrochenen Wandlungsprozess in Struktur und Erscheinungsbild durchlaufen. – Womit sich bei jedem stadtentwicklungsplanerischen Neuansatz von vornherein die Frage nach dem Wert oder Unwert damaliger Errungenschaften stellte.

Nach Jahren einer Debatte, die aufgrund ihrer ideologischen Nabelschau kontroverser kaum hätte ausfallen können, legte sich der Berliner Senat vor einiger Zeit auf eine Strategie mit Namen „Planwerk Innenstadt“ fest. Mittels dieses Masterplans rekurriert man, ebenso exemplarisch wie symbolisch, auf eine historische Stadtstruktur. Es ist eine Art von Konvergenz, die dieses Planwerk zum Ziel hat: Ein weiteres Auseinanderdriften der beiden Stadthälften solle verhindert, stattdessen ihr Zusammenwachsen gefördert werden, so heißt es in der Begründung. Dieser Ansatz ist per se nicht abzuqualifizieren. Die zwei Zentren stärker aufeinander zu beziehen und zu verbinden, ist sicherlich ein ehrenwertes Anliegen. Auch die implizite Kritik an den räumlichen Manifestationen der „gegliederten und aufgelockerten“, vor allem aber „verkehrsgerechten Stadt“ ist alles andere als unberechtigt. Eben weil die moderne Stadt – so hat es Colin Rowe einmal zugespitzt – einerseits stete Wandlung versprach, andererseits aber auch vollständige Ordnung, sei sie dann letzten Endes „auf tragische Art lächerlich“ geworden.⁷ Und weil wir deren Nachwirkungen noch immer nicht verarbeitet haben, weist der Versuch einer wie auch immer gearteten Wiederherstellung grundsätzlich einige Überzeugungskraft auf.

Seit fast zwei Jahrzehnten prägt ein Begriff die städtebauliche Diskussion Berlins, der seinerzeit als Leitvorstellung die Internationale Bauausstellung IBA 87 begleitete und wohl auf einem breiten Konsens fußt. Die allerorts propagierte „kritische Rekonstruktion“ verspricht implizit die Heilung der (vermeintlich) kaputten Stadt. Gegen den Vorwurf, eine Idealisierung der Vergangenheit zu betreiben, grenzten sich ihre Protagonisten ab, indem sie auf eine architektonische Dialektik zwischen historischer Kontinuität und innovativer Modernisierung verwiesen. Was man als Krankheitserreger ausgemacht hat, den Städtebau der Moderne, wird entschärft und kosmetisch bearbeitet. Folgerichtig muss man zeitlich noch ein Stück weiter zurück, um etwas zu finden, das wieder entstehen zu lassen sich lohnt

In gewisser Weise soll sich demnach das neue Berlin im Gründerzeitlichen spiegeln. Doch was auf der Ebene formaler Analogien gilt, ist auch hintergründig wirksam. Es ist vor allem die spezifische Ambivalenz der vorletzten Jahrhundertwende, die eine Entsprechung im neuen Jahrtausend findet. Und all das, was zeitlich dazwischen liegt, schrumpft aus dieser Perspektive zusammen. Die Parallele liegt, auf einen kurzen Nenner gebracht, in folgendem Zusammenhang: (1.) Der Wunsch nach einer repräsentativen und geordneten Stadt(mitte) und (2.) die tief greifende Verun-

7 Vgl. hierzu C. Rowe, *The Architecture of Good Intentions. Towards a Possible Retrospect* (Ü.d.V) London 1994, S. 9 ff.

sicherung bezüglich künftiger Entwicklungen führen in Berlin offenbar (3.) dazu, dass letzteres mit ersterem kompensiert wird. Offenbar gibt es einen Zusammenhang zwischen der Stadt, ihrer Gesellschaft und der Kultur, der auf bestimmte Phänomene jeweils ähnlich reagiert. Was weit weg scheint, und 100 Jahre zurück, ist plötzlich greifbar nah.

Noch heute prägen bestimmte Facetten des wilhelminischen Berlins nachhaltig die Vorstellungswelt vieler Planer und Politiker. Doch ist es, bei Lichte besehen, ein rechtes Zwiegesicht, welches das damalige Berlin offenbart. Einerseits eine sinnlich nachvollziehbare, nach allgemein verbindlichen Kriterien gestaltete und auf den Schultern einer (groß-)bürgerlichen Kultur getragene Stadtstruktur, ein repräsentativer Gestus und ein Ordnungsschema, das dem Privaten und dem Öffentlichen jeweils genau umrissene Orte zuwies. Andererseits, und konträr dazu, eine unfassbare Veränderung im technisch-industriellen Sektor, ein explosives räumliches Wachstum, viele sich ankündigende politische und soziale Umwälzungen und eine plötzliche Unsicherheit, was die Gültigkeit überlieferter kultureller Übereinkünfte anbelangte. Da war auf einmal nichts mehr festgefügt, obgleich es gerade noch so ausgesehen hatte. Der gründerzeitlich-wilhelminische Prunk war lediglich ein Spiegel, der Glanzlichter zurückwarf, hinter dem sich jedoch eine gähnende Leere immer weiter ins Bewusstsein einer verunsicherten Öffentlichkeit fraß.

In jener Epoche ging es neben der Expansion vor allem um Konsolidierung. Und das ist auch heute das Paradigma. Mit dem zeitgenössischen (Haupt)Stadtbau stellt sich Berlin aufs Neue in den Windschatten jenes Metropolenbildes, das das Signet des Wilhelmismus trägt. Damit – und dem Verweis auf Wien und Mailand, Barcelona, Paris oder Rom – wird zugleich, wie unpräzise auch immer, eine gemeinsame europäische Tradition beschworen. Und so stellt das Planwerk Innenstadt in Berlin folgerichtig den hierzulande wohl bekanntesten Versuch dar, das Modell der „europäischen Stadt“ zu revitalisieren. Standen in der unmittelbaren Nachwendzeit im wesentlichen stadträumlich begrenzte Gebiete wie der Potsdamer Platz oder den Alexanderplatz im Fokus, sollte nun nicht mehr und nicht weniger als die gesamte City ins Bild rücken. Vom Ernst-Reuter-Platz in Charlottenburg bis zur Oberbaumbrücke in Kreuzberg reichte der Versuch, ein völlig neues Leitbild über die Stadtteile und Teilstädte zu legen. Gerade wegen dieses impliziten Leitbild-Anspruchs entzündete sich darüber, nicht nur in Berlin, eine erbitterte Kontroverse, die sich mittlerweile zwar – mangels Umsetzung – beruhigt, nicht aber überholt hat.

6. Städtebau: Perspektiven und Herausforderungen

Der selektive Blick, der nur einzelne Aspekte dieser hochkomplexen Gebilde im Sinne eines Spotlights beleuchtet, fördert in den skizzierten Beispielen Vergangenheitsbezüge in je unterschiedlichen Aggregatzuständen und Mischungsverhältnissen zutage: Bestimmt in Peking der Umgang mit respektive die Uminterpretation

der ‚kosmischen Achse‘ das urbanistische Bild, ist es in Delhi die nach wie vor kultivierte Parametrie der städtebaulichen Grundfigur, die die Monumentalität und Platzierung ihrer wichtigsten Bausteine in Szene setzt, so geht es in Berlin um die Rekonstruktion eines gründerzeitlichen Metropolen-Images. Dabei ist der Rückbezug jeweils nicht nur ein baulich-räumlicher, sondern auch ein symbolisch aufgeladener.

Obschon die gesellschaftspolitischen und kulturellen Unterschiede groß, die jeweiligen Entstehungshintergründe verschieden und die institutionellen ‚Träger‘ der Umbauaktion je andere sind, lässt sich doch schlussfolgern, dass es einige grundlegende Gesetzmäßigkeiten zu geben scheint, die gleichsam überzeitliche Wirkungen entfalten. Alle drei Kapitalen haben mit jenen „geschlossenen Rodungen im Niemandsland“, die Lucius Burckhardt⁸ den urbanistischen Entwürfen der Moderne attestierte, nicht zu tun. Vielmehr offenbaren sie Strukturen und Ansätze, die beweisen, wie ein tradiertes räumliches Ordnungsgerüst auch unter heutigen Bedingungen funktioniert – und dass es unterschiedliche Modernisierungsansätze adaptieren, in offener und vielfältiger Weise organisieren kann. Die jeweilige Rückbeziehung auf das Stadtzentrum der Stadt scheint dabei so zwangsläufig wie folgerichtig.

Der Kunstphilosoph Boris Groys befand einmal: „Unser historisches Verhältnis zur Stadt ist vom utopischen Traum nach vollständiger Vernünftigkeit, Übersichtlichkeit und Kontrollierbarkeit der eigenen Umwelt geprägt.“⁹ Weil sich die geltenden Vorstellungen von rationaler Ordnung aber ändern, wird auch die Stadt ständiger Veränderung unterzogen. Das aushalten zu können, ohne seine Identität zu verlieren, wird zur zentralen Forderung an den Städtebau. Ausgangspunkt und zentrale Komponente ist, nahezu zwangsläufig, der öffentliche Raum der Straßen und Plätze, also die Überlagerung von technischen Infrastruktur-Bausteinen einerseits und stadträumlichen Elementen andererseits. Der klar strukturierte öffentliche Raum und die komplementär dazu entstehende, zumeist blockartige Struktur haben sich nicht nur als anpassungsfähig erwiesen, sondern auch ihre Kraft zur Ordnung des Gebrauchs unter Beweis gestellt.

Viel zu lange wurde beim Stadttumbau die Idee des gesellschaftlichen Fortschritts an die Semantik neuer urbaner Strukturen geknüpft und die Eigendynamik gewachsener Milieus negiert. Städtebau zielte auf den langfristig geplanten Umbau der ganzen Stadt – mitunter im Sinne ihrer umfassenden Homogenisierung -, keineswegs jedoch auf deren behutsame Reproduktion. Peking, Neu-Dehli, Berlin: Der in der Fachgemeinde noch immer vorherrschende Lobgesang auf die – einzig angemessene

8 Vgl. seine editorische Vorbemerkung zu Christian Norberg-Schulz: *Logik der Baukunst*. Braunschweig 1980, S. 5.

9 B. Groys, *Die Weltstadtbürger*, in: *Zivilisation: Städte – Bürger – Cybercities. Die Zukunft unserer Lebenswelten*, hrsg. von G. Sievernich / Th. Medicus (Katalog, Teil IV der Ausstellung „7 Hügel – Bilder und Zeichen des 21. Jahrhunderts“), Berlin 2000, S. 64.

ne – Rationalität der Moderne trübt die Bewertung solcher urbanistischer Interventionen genauso wie die appellative Nostalgie von ‚interessierter‘ – in der Regel kulturkonservativer – Seite, mit der überkommene Strukturen und Raumsituationen per se – unhinterfragt und nolens volens – als zeitgemäße Lösungen ins Spiel gebracht werden: Die Wahrheit liegt dazwischen – nämlich darin, Alt und Neu gemeinsam in ihr Recht zu setzten, in einer Synthese auf der Basis einer fallweisen Filterung.

Die Erosion von eingelebten, traditionsgeleiteten Lebensverhältnissen durch den Prozess der gesellschaftlichen Modernisierung deutete die europäische Aufklärung natürlich optimistisch als fortschrittsverheißende Emanzipation. Was wir heute Globalisierung nennen, stellt nichts anderes dar als eine letzte und radikalisierte Phase dieses Prozesses. Und nicht nur Soziologen fragen nun besorgt, ob die Moderne zu ihrer eigenen Stabilität nicht doch einiger, eigentlich systemfremder, vormoderne Elemente bedürfe. Nicht nur in der Architekturtheorie hat dieser Befund zu der Gegenreaktion geführt, die Permanenz historischer Strukturen zu sichern und den „verlorenen Ort“ wiederherstellen zu wollen. Die jüngere Stadtbaugeschichte Pekings und Neu-Delhis neu zu lesen, wäre nicht nur ein Desiderat für die Fachhistoriographie, sondern auch maßgebend für die Einschätzung künftiger Aufgaben. Tatsächlich ist Stadt gestaltbarer als vielfach – vorschnell und zu resignativ – angenommen. Planer und Städtebauer sollten sich endlich als das begreifen, was sie auch sind: Nämlich Subjekte und Akteure im Prozess der Stadtbildung. „Die Rolle der Subjektivität besteht bezogen auf die Stadt als räumliches System in der Herstellung dessen, was man den ‚konkreten Ort‘ nennen könnte.“¹⁰

Die Stadt braucht im gleichen Maße Regeln wie die Gesellschaft eine Verfassung. Statt sie bei jedem auftretenden Problem neu zu fassen oder aber als Kulturgebilde aufzugeben, wäre strukturell an Bewährtes anzuknüpfen und gestaltend im Sinne bewährter Leitbilder einzugreifen. So könnte die Quintessenz aus den drei Beispielen lauten: Jenseits aller Versuche, mit immer wieder neuen Ideologien oder primär technischen Mitteln die Probleme der Städte in den Griff zu bekommen, existieren einfache Raumdispositionen, urbanistische Bausteine und stadträumliche Elemente, mit denen auch heute noch gut umzugehen ist, wenn sie denn mit neuen Inhalten gefüllt werden. Kongenial eingesetzt, wird jedem Benutzer auch ohne geschriebene Regeln und selbst unter den Bedingungen zerstörter gesellschaftlicher Konventionen über das Leben in der Stadt klar, dass hier nicht alles an jedem Platz und zu jeder Zeit stattfinden kann.

Literatur: *Academy of Building Research* (Hrsg.), *New China Builds*. Peking 1976; *D.D. Buck*, *New Municipal Plan for Beijing*, in: *Urbanism Past and Present*, 6, 2, 1983, S. 14-22; *R.: Byron*, *New Delhi*, in: *The Architectural Review*, Vol. LXIX, Jan. 1931; *Cao Hongtao*,

10 A. Evers, *Und sie bewegt sich doch. Thesen zur Rolle sozialer Bewegungen für Urbanität und Stadtkultur*, in: *W. Prigge* (Hrsg.), *Die Materialität des Städtischen*, Basel 1987, S. 199.

The Trend of Thought in China's Urban Planning, in: *China City Planning Review*, 1, 1, 1985, S. 3-7; *Chang Sen-dou*, Peking. The Growing Metropolis of Communist China, in: *EKISTICS*, 20, 120, 1965, S. 293-297; *C.M. Chipkin*, Lutyens and Imperialism, in: *RIBA Journal*, July 1969; *M. Edwardes*, *British India 1772-1947*, New Delhi 1967; *R. Fishman*, *Urban Utopias in the Twentieth Century*, New York 1977; *A. Greenberg*, Lutyens' Architecture Restudied, in: *Perspecta*, No. 12, 1969, S. 148 ff; *L. Hoa*, *Reconstruire la Chine – trente ans d'urbanisme 1949-1979*, Paris 1981; *Hou Renzhi*, Evolution of the City Plan of Beijing, in: *Third World Planning Review*, 8, 1, 1986, S. 5-17; *F.G. Hutchins*, *The Illusion of Permanence. British Imperialism in India*, Princeton 1967; *R.G. Irving*, *Indian Summer. Lutyens, Baker and Imperial Delhi*, New Haven/London 1981; *R.J.R. Kirkby*, *Urbanisation in China: Town and Country in a Developing Economy 1949-2000 AD*, London / Sydney 1985; *A. Mitra*, *Delhi Capital City*, New Delhi 1970; *Chr. Peisert*, Peking und die „nationale Form“. Die repräsentative Stadtgestalt im neuen China als Zugang zu klassischen Raumkonzepten, Berlin 1996; *V.K. Rao*, *Greater Delhi. Bombay 1965*; *A. Schinz*, *Cities in China*, Berlin / Stuttgart 1989; *V.F.S. Sit* (Ed.), *Chinese Cities. The Growth of the Metropolis since 1949*, Hongkong / Oxford 1988; *A. Volwahn*, *Imperial Delhi. The British Capital of the Indian Empire*, München / London 2002; *Wu Liangyong*, *Neue Perspektiven – Die Planungs- und Entwurfsarbeit für Beijing nach der Ratifizierung des Generalplans*, in: *Chr. Peisert* (Hrsg.), *Wu Liangyong: Neue Perspektiven für die Stadtplanung Pekings*, Berlin 1985, S. 3-25; *Zhang Bo*, *Urban Planning for a Better Beijing*, in: *China Reconstructs*, 32, 1, 1983, S. 4-8.

DR. ROBERT KALTENBRUNNER, Jahnstraße 6, 10967 Berlin

Ulrich Fellmeth

Die Einwohnerzahl einer antiken Stadt in Italien

1. Vorbemerkungen

In der geschichtswissenschaftlichen Literatur stößt man mannigfach auf allgemeine Angaben über die Größe der Metropolen im römischen Reich.¹ Genauere Angaben über die Einwohnerzahl von römischen Städten findet man hingegen bei wenigen Autoren.² Doch auch diese lassen keinen Zweifel daran, dass die überwiegende Mehrzahl der ca. 2.000 Städte im Römischen Reich³ bei lediglich 1.000 – 15.000 Einwohnern gelegen hat.⁴ Im Überblick ergibt sich folgendes Bild:

1. Metropolen mit Hauptstadtfunktionen, überregionalen Verkehrswegen sowie Fernhandelsverbindungen hatten, wie etwa die Beispiele von Antiochia, Alexandria, Rom oder des spätantiken Konstantinopel zeigen, mehrere hunderttausend bis zu einer Million Einwohner.
2. Große Hafenstädte mit Fernhandelsverbindungen fanden bei ca. 250.000 Einwohnern ihre Obergrenze (z.B. Karthago oder Ephesos), konnten aber auch deutlich unter diesen Einwohnerzahlen liegen (z.B. Aquileia, Brundisium, Syracuse, Gades, Carthago nova, Caesarea, Leptis Magna etc.).
3. Überregional bedeutsame Metropolen, allerdings ohne Anschluss zum Meer und deshalb nur mit eingeschränkten Fernhandelsverbindungen hatten Einwohner-

1 Etwa: „Mit aller Vorsicht wird man sagen dürfen, dass neben einer Handvoll von Städten mit über 500.000 Einwohnern (im Westen neben Rom vielleicht Karthago) und höchstens einigen Dutzend mit über 100.000 (darunter wohl Mailand, Aquileia und Lyon) die Mehrzahl unter dieser Zahl, meist sogar erheblich, lagen“, vgl. *H. Galsterer*, *Stadt und Territorium*, in: *F. Vittinghoff* (Hrsg.), *Stadt und Herrschaft*, München 1982, S. 81; oder: „Unter den mehr als 1.000 Städten des Imperium Romanum hatten die meisten vermutlich höchstens 10.000 bis 15.000 Einwohner wie die Mehrheit der afrikanischen Städte, oder manchmal 20.000 Einwohner wie Pompeji, eine nach antiken Maßstäben mittelgroße Stadt, während es auch Kleinstädte mit höchstens 2.000 bis 3.000 Einwohnern gab wie Petelia in Süditalien; über eine Bevölkerung von 50.000 bis 100.000 oder darüber verfügten nur wenige größere Städte wie etwa Pergamon, und als echte Großstädte können außer Rom mit seiner vielleicht auf 1.000.000 zu schätzenden Einwohnerzahl höchstens Alexandria in Ägypten und Antiochia in Syrien mit einigen hunderttausend Einwohnern gelten“, vgl. *G. Alföldy*, *Römische Sozialgeschichte*, Wiesbaden 1979, S. 86.

2 *H. Kloft*, *Die Wirtschaft der griechisch-römischen Welt*, Darmstadt 1992, S. 9 f., 192.; *F. Kolb*, *Die Stadt im Altertum*, München 1984, S. 147, 176, 191, 208, 211, 213.

3 *F. Kolb* (s. A 2), S. 182.

4 Ebda., S. 191; vgl. auch *J. Bleicken*, *Verfassungs- und Sozialgeschichte des römischen Kaiserreiches*, Bd. 2, Paderborn 1994, S. 21 (1.000-15.000); *F.M. Ausbüttel*, *Die Verwaltung des römischen Kaiserreiches*, Darmstadt 1998, S. 40 (1.000-15.000).

zahlen in der Größenordnung von 50.000 – 100.000 (z.B. Verona, Mediolanum, Lugdunum, Augusta Treverorum, Pergamon etc.).

4. Für die einfachen Landstädte fehlen in der Literatur die Angaben zu Bevölkerungszahlen.⁵ Lediglich die Größenordnung von 1.000 – 15.000 wird allgemein hinsichtlich der Landstädte geschätzt.

Die Einwohnerzahl einer antiken Stadt zu bestimmen, ist methodisch ungeheuer schwierig. In der Forschung umstritten sind die Versuche, über die Kapazität der Wasserversorgung, über die Zahl der Plätze im Theater oder über die ergrabenen Wohnbauten die Bewohnerzahl abzuschätzen. Der in der Forschung deshalb immer häufiger gegangene Weg ist der über die Subsistenzbasis einer Stadt, d.h. über die Fragen: wieviel Nahrungsmittel konnten im Einzugsbereich einer Stadt produziert und wieviel Menschen konnten davon ernährt werden?⁶ Genau dies soll im Folgenden für die antiken italischen Landstädte versucht werden.

Ich will hier versuchen, ein Modell zu konstruieren, welches erlaubt, die maximale Einwohnerzahl einer römischen Stadt grob einzuschätzen, wenn die betreffende Stadt eine nur geringe Fernhandelsanbindung hatte und sich ausschließlich oder vorwiegend aus ihrem eigenen Umland ernährte.⁷ Bei solch einem Modell sind allerdings mehrere Variablen einzuschätzen:

- Es müssen die Einzugsgebiete von Städten bezüglich landwirtschaftlicher Produkte näher bestimmt werden.
- Der Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche an diesem Einzugsgebiet muss quantifiziert werden.
- Die landwirtschaftliche Produktivität, hier die Hektarerträge bei Weizenanbau, muss bestimmt werden.

Auf diesem Wege erhalten wir einen groben Überblick, welche Menge an Nahrungsmitteln, hier von Weizen, im Einzugsgebiet einer antiken italischen Stadt produziert werden konnte.

- Sodann muss der Pro-Kopf-Verbrauch eines antiken Durchschnittsmenschen an Nahrungsmitteln näher bestimmt werden. Außerdem benötigen wir nähere Informationen über die Ernährungsgewohnheiten antiker Menschen, um einschätzen

5 Lediglich R. Duncan-Jones, *The economy of the roman Empire*, 2. Aufl. Cambridge 1982, S. 266 ff. rechnet von Stiftungen in einigen Landstädten auf die Gesamtbevölkerung hoch (Stadtbewohner und Bewohner des Umlands). Dabei kommt er auf Zahlen zwischen 1.000 und 24.000.

6 Vgl. etwa F. De Martino, *Wirtschaftsgeschichte des alten Rom*, München 1991, S. 24.

7 Auch wenn die These von A.H.M. Jones, *The economic life of towns in the Roman Empire*, *Revue de la société J. Bodin* 7, 1955, S. 161 ff., in der römischen Kaiserzeit habe die Primärproduktion 95% des Bruttosozialprodukts erwirtschaftet, inzwischen als übertrieben gilt, kann trotzdem „kein Zweifel daran bestehen, dass in der überwiegenden Mehrzahl der kaiserzeitlichen Gemeinden der größte Teil der Bevölkerung von der Landwirtschaft und verwandten Erwerbszweigen lebte“. – vgl. H. Galsterer (s. A 1), S. 89. Ähnlich geht auch De Martino (s. A 6), S. 24 f. vor.

zu können, wie tragbar der hier verwendete Maßstab „Nahrung aus Weizenerzeugnissen“ ist.

Gelingt all dies, so kann eine einfache Rechnung aufgemacht werden:

Menge der Nahrungsmittel aus dem Einzugsgebiet einer Stadt / Pro-Kopf-Verbrauch eines antiken Menschen = Maximale Einwohnerzahl innerhalb des Einzugsgebietes einer Stadt.

- In einem letzten Schritt ist dann noch zu bestimmen, welcher Anteil der Gesamteinwohnerzahl wohl tatsächlich in der Stadt lebte, um die Zahl der ausschließlichen Stadtbewohner näherungsweise erfassen zu können.

Die angesprochenen Schritte werden nun im Folgenden einzeln untersucht.

2. Das Einzugsgebiet einer Stadt bei verschiedenen Verkehrsanbindungen

Die ökonomischen Bedingungen des Transports setzten in der Antike bei einer Entfernung von ca. 15 km von der Stadt eine erste Grenze. Weiter konnten einfache landwirtschaftliche Güter auf dem Landwege nicht rentabel transportiert werden. Der Grundgedanke, der hinter dieser Eingrenzung steht, ist folgender: Aus diversen antiken Quellen wissen wir, dass einfache landwirtschaftliche Produkte den Produzenten vor dem Transport einen Netto-Ertrag von ca. 5% des Warenwerts erbrachten. Ebenfalls aus antiken Quellen wissen wir Näheres über die Transportkosten für solche Güter. Bis zu dem Punkt, an dem der Netto-Ertrag durch die Transportkosten aufgebraucht wird, kann rentabel transportiert werden – und dieser Punkt ist für einfache landwirtschaftliche Güter bei 15 km Transport über Land erreicht. Diese 15 km-Transport-Grenze wird auch durch andere, archäologische und epigraphische Hinweise gestützt.⁸

Da die Straßen und Saumpfade, auf denen transportiert wurde, nicht völlig gerade waren, verkürzte sich diese Distanz in der Luftlinie noch. Der Radius von 15 km um eine Stadt stellte also das absolute Maximum der Transportreichweite für einfache landwirtschaftliche Güter dar. Durch einen schiffbaren Fluss als Transportweg, konnte sich das Einzugsgebiet einer Stadt für landwirtschaftliche Produkte jedoch erheblich erweitern.⁹ Dann aber gilt: je weiter auf dem Fluss bis zur Stadt transportiert wird, desto kürzer kann zuvor auf dem Landwege zum Fluss transportiert werden. Denn die Gesamt-Transportkosten sind die Summe aus Land- und Schiffstransportkosten. Sollen die Gesamt-Transportkosten den Netto-Ertrag der Ware nicht

8 Vgl. dazu neuerdings: U. Fellmeth, „Eine wohlhabende Stadt sei nahe....“, Die Standortfaktoren in der römischen Agrarökonomie im Zusammenhang mit den Verkehrs- und Raumordnungsstrukturen im römischen Italien, St. Katharinen 2002, S. 61 ff.

9 Von Vitruv, *de architectura* 1,1,10; 1,5,1 wissen wir, dass bei der Anlage von neuen Städten neben der Qualität der Böden und des Wasservorkommens namentlich die Verkehrslage beachtet wurde.

übersteigen, so bilden sie eine konstante Größe: die maximal zu verbrauchenden Transportkosten. Wenn also die Schifftransportkosten steigen, so müssen die Landtransportkosten entsprechend fallen und umgekehrt. Pro Kosteneinheit konnte aber auf einem Fluss 8,6 mal weiter transportiert werden als auf dem Landwege.¹⁰ Deshalb bildet sich hinsichtlich des landwirtschaftlichen Einzugsgebietes einer Stadt an einem Fluss ein schmales, spitz zulaufendes Dreieck um denselben: von der maximalen Landtransportdistanz direkt an der Stadt bis zur maximalen Schifftransportdistanz. An diesem Punkte ist dann aber kein Landtransport mehr möglich. Diese Verhältnisse werden anhand einer Graphik (vgl. Abb. 1) etwas klarer, wobei auch hier idealisierterweise ein vollständig gerader Fluss angenommen wird. Die hier angesetzten Flächen können also nur als idealisiertes Maximum gelten.

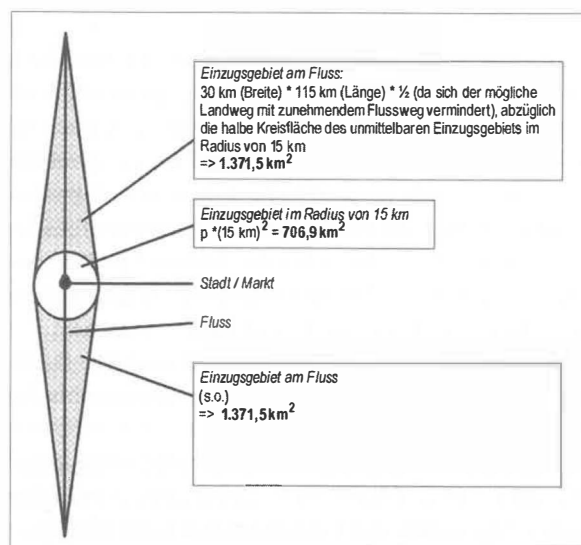


Abb. 1: Modell zum Einzugsgebiet der römischen Landstädte bezüglich landwirtschaftlicher Produkte als Nahrungsgrundlage (Grafik: U. Fellmeth).

Bei diesem Modell wird weiter vernachlässigt, dass Öl, Wein und vermutlich auch Fleisch über weitere Distanzen rentabel transportiert werden konnten als Getreide. Wenn aber die Ergänzung der Getreide-Grundnahrung nur zu 25% aus Öl, Käse, Gemüse, Hülsenfrüchten, Zucker (in Form von Honig, Fruchtzucker etc.), Wein, Fisch und Fleisch bestand,¹¹ dann wird dadurch nur eine geringfügige Verzerrung der Ergebnisse verursacht.

¹⁰ Vgl. U. Fellmeth (s. A 8), S. 103.

¹¹ Die Begründung für diese Einschränkung s.u.

Bei einer Stadt, die auf die Zulieferung landwirtschaftlicher Güter ausschließlich auf dem Landwege angewiesen war, stand also – nach dem vorliegenden Modell – eine maximale Fläche von ca. 70.690 ha als Einzugsgebiet zur Verfügung (Stadt A). Konnte ein schiffbarer Fluss einseitig genutzt werden, so steigerte sich die Fläche des Einzugsgebiets auf höchstens 207.840 ha (Stadt B). War der Fluss in beiden Richtungen von der Stadt aus schiffbar, so hatte sie ein Einzugsgebiet von maximal 344.990 ha (Stadt C).

3. Der Anteil der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche an der Gesamtfläche des Einzugsgebietes.

Wenn man bedenkt, dass die Oberfläche Italiens zu 4/5 aus hügeligem bis gebirgigem Land besteht, das sich einer ackerbaulichen Nutzung weitgehend entzieht, so wird man die um eine Siedlung liegende Gesamtfläche nur zu einem Teil als landwirtschaftlich nutzbar ansehen. In einem tief eingeschnittenen Tal etwa besitzt die Talsohle zwar in der Regel fruchtbares und gut bewässertes Ackerland, doch die zum Teil steilen Hänge sind bestenfalls zur Weidewirtschaft zu verwenden. Eine Siedlung in einer großen Schwemmlandebene, wie etwa der Po-Ebene, kann dagegen den vollen Umkreis der ihr zur Verfügung stehenden Fläche – abgesehen von besiedeltem Land, Straßen, Wasserflächen, Sümpfen, Steinbrüchen und wirtschaftlich nicht genutzten Waldflächen – als landwirtschaftliche Nutzfläche verwenden.

Bei besonders ungünstigen topographischen Bedingungen mögen von der verfügbaren Fläche des Einzugsgebietes lediglich 30% landwirtschaftlich nutzbar gewesen sein, denn bei einem geringeren Grad der Nutzbarkeit des Landes wird sich kaum eine Siedlung entwickeln können.¹² Bei extrem günstigen topographischen Bedingungen hingegen können bis zu 90% der verfügbaren Fläche des Einzugsgebietes landwirtschaftlich nutzbar gewesen sein.

In der römischen Landwirtschaft herrschte die Zweifelderwirtschaft vor, um einer rapiden Bodenauszehung vorzubeugen.¹³ Zwischen Anbau und als Weide genutzte Brache wurde jährlich abgewechselt. Auf guten Böden konnten sich auch vereinzelt Stufen von dreijähriger Bewirtschaftung entwickeln, etwa: Getreide – Hülsenfrüchte – Brache. Nur auf besten Böden und bei guter Düngung wurde auf die Brache ganz verzichtet. Es ist deshalb anzunehmen, dass regelmäßig nur die Hälfte

¹² So auch De Martino (s. A 6) S. 24.

¹³ Vgl. D. Flach, Römische Agrargeschichte, München 1990, S. 251; G. Schröder-Lembke, Römische Dreifelderwirtschaft?, in: dies., Studien zur Agrargeschichte, Bd. 31, Stuttgart 1978, S. 3 ff.; U. Fellmeth, Ackerbau, in: H. Sonnabend, Mensch und Landschaft in der Antike. Lexikon der Historischen Geographie, Stuttgart 1999, S. 2.

te¹⁴ bis höchstens zwei Drittel der vorhandenen landwirtschaftlichen Nutzflächen tatsächlich auch genutzt wurden.

Wenn also nur 30-90% des Einzugsgebietes landwirtschaftlich nutzbar war und davon jährlich nur die Hälfte bzw. zwei Drittel tatsächlich genutzt wurde, so müssen wir davon ausgehen, dass nur zwischen 15 und 60% des vorhandenen Einzugsgebietes um eine Siedlung regelmäßig landwirtschaftliche Nutzung erfuhr.

4. Der Frucht-Ertrag einer bestimmten landwirtschaftlichen Fläche¹⁵

Selbst bei hohen Keimverlusten (Vogelfraß, Krankheiten, Fäulnis etc.)¹⁶ sind in der heutigen hoch entwickelten Landwirtschaft auf normalen Böden ca. 30fache Getreideerträge zu erwarten. (Faustregel heute: 30 – 40facher Ertrag, bei günstigen Böden bis zu 80fachem Ertrag).¹⁷ Im vorindustriellen Deutschland bis 1750 lagen die Getreideerträge aber nur beim 2 bis 4fachen und bis zum 19. Jahrhundert nur beim 5 bis 10fachen, wie sie auch heute beim nicht maschinisiertem Subsistenzackerbau in Entwicklungsländern noch vorherrschen.

Vor diesem Hintergrund erscheinen die Angaben zu den Ernteerträgen bei Varro für einige Gegenden in Italien¹⁸ oder bei Cicero für Sizilien,¹⁹ nämlich 8 bis 15faches Korn, bei besonders intensivem Ackerbau als glaubhaft, wenn auch etwas hoch gegriffen. Die bei Varro ebenfalls genannten 100fachen Erträge aus Sybaris in Italien, Syrien und Afrika,²⁰ die bei Plinius d.Ä. für Babylon genannten 50-100fachen Erträge²¹ und ebenso die bei Ammianus Marcellinus angegebenen 70fachen Erträge in Ägypten²² werden dagegen – wenn man diesen Angaben überhaupt Glauben schenken möchte – absolute Höchsterträge auf besten Böden verbunden mit den besten klimatischen Bedingungen dargestellt haben. Der allerdings nicht unumstrittene Hinweis bei Columella von 4fachem Getreideertrag in weiten Teilen Italiens²³ wird für

14 F.-W. Henning, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland, Bd. 1: 800 – 1750, 3. Aufl. Paderborn 1996, S. 29 gibt an, bei einer Zweifelderwirtschaft sei weniger als die Hälfte der zur Verfügung stehenden Ackerfläche ständig genutzt worden. De Martino (s. A 6), S. 24 nimmt an, etwa die Hälfte der verfügbaren Ackerfläche sei im römischen Italien tatsächlich regelmäßig genutzt worden.

15 Vgl. hierzu allgemein U. Fellmeth (s. A 13), S. 4.

16 Vgl. Markus 4,3-8; ähnlich: Lukas 8,5-8.

17 Vgl. Faustzahlen für Landwirtschaft und Gartenbau, Münster 1993, S. 27, 453; danach werden heute, je nach Bodenbeschaffenheit, 140-230 kg/ha bei Winterweizen und 150-270 kg/ha bei Sommerweizen ausgesät, und durchschnittlich 67,7 dz Brotgetreide/ha geerntet.

18 Varro, rust. I,44,1-2.

19 Cicero, Verr. 2,3,112.

20 Varro, rust. I,44,1-2; vgl. auch Markus 4,3-8; Lukas 8,5-8.

21 Plinius d.Ä., nat. 18,161-162.

22 Ammianus Marcellinus 22,15,13; vgl. auch Markus 4,3-8; Lukas 8,5-8.

23 Columella 3,3,4.

eher weniger intensiven Ackerbau auf kargen Böden oder bei ungünstigsten klimatischen Verhältnissen gelten.²⁴ Meines Erachtens ist es demnach erlaubt, von einem durchschnittlichen Ertrag von 5fachem Korn bei der Landwirtschaft im römischen Italien auszugehen.²⁵

Weizen wurde in der Größenordnung von 4-5 *modii* / *iugerum* ausgesät.²⁶ Das römische Hohlmaß *modius* umfasste 8,73 Liter,²⁷ der Liter Weizen wiegt 772 Gramm²⁸ und das römische Flächenmaß *iugerum* hatte 2.518,22 m² Ausdehnung. Wenn also 26,9 – 33,7 kg Weizen auf das *iugerum* oder 107,1 – 133,8 kg/ha ausgesät wurde, so scheint dies im Verhältnis zu Schätzungen bezüglich der frühmittelalterlichen Verhältnisse und der heutigen Richtzahl von 160kg/ha²⁹ als wenig. Doch wir haben keinen Grund, an den klaren diesbezüglichen Angaben des Columella oder Plinius zu zweifeln. Gehen wir also von einer durchschnittlichen Aussaat von 1,2 dz Weizen pro Hektar aus.

Bei einem Ertrag von 5fachem Korn ergibt dies dann einen Weizen-Fruchtertrag von 134,5 – 168,5 kg/*iugerum* oder 535,5 – 669 kg/ha. Nach Abzug des Saatgetreides bleibt bei Weizen ein Netto-Fruchtertrag von 4,28 – 5,35 dz/ha (im Durchschnitt ca. 4,8 dz/ha). Ein Schwund von ca. 10% des Netto-Fruchtertrages – durch Verderb des Getreides im Speicher, durch Schädlinge, Verlust beim Transport etc. – erscheint sehr realistisch.³⁰ Man darf also von einem durchschnittlichen Fruchtertrag zum Verzehr von 4,3 dz Weizen/ha ausgehen.

24 Zum Vergleich einige Schätzungen zu den Ertragszahlen der mittelalterlichen Landwirtschaft: F.-W. Henning (s. A 14), S. 28, 79 gibt für die Zeit von 600-1.200 n.Chr. an, bei ausgesäten 1,6-2 dz/ha habe man eine Ernte von 4,5-5,5 dz/ha erwarten können, das entspräche einem Fruchtertrag von 2,5-3fachem Korn; E. Klein, Geschichte der deutschen Landwirtschaft, Stuttgart 1969, S. 9, 20 dagegen schätzt den Fruchtertrag eines fränkischen Bauern um 500 n.Chr. auf 7-7,5 dz/ha. Bei einer Aussaat von 1,5-2 dz/ha wäre das ein Fruchtertrag von ca. 4fachem Korn. Gleichwohl wird beim Ackerbau im römischen Italien ganz allgemein von einer höheren Stufe des intensiven Ackerbaus ausgegangen als im frühmittelalterlichen Frankenreich.

25 Das von De Martino (s. A 6), S. 17, 116 angenommene 8fache Korn ist jedenfalls als Durchschnittsertrag zu hoch gegriffen.

26 Vgl. Plinius d.Ä., nat. 18,198; ; Cicero, Verr. 2,3,112; Anm.: in dieser Textstelle ist von „medimnoi“ die Rede – 1 att. medimnos = knapp 5 modii).

27 Vgl. D. Flach (s. A 13), S. 327.

28 Vgl. L. Foxhall, Sitometria. The role of grain as a staple food in classical Antiquity, in: Chiron 12 (1982), S. 44.

29 Vgl. etwa F. Berkner, Pflanzenbaulehre, in: Handbuch der Landwirtschaft, Bd. 3, Berlin 1930, S. 64.

30 Vgl. hierzu das Modell bei W. Abel, Geschichte der deutschen Landwirtschaft, Stuttgart 1978, S. 56.

5. *Der Pro-Kopf-Verbrauch an Nahrungsmitteln, hier von Weizen und die Ernährungsgewohnheiten antiker Menschen*³¹

Der tägliche Kalorienbedarf eines Menschen hängt von mehreren Faktoren ab: Geschlecht, Gewicht, Körpergröße, Alter, Schwere der Arbeit etc. L. Foxhall und H.A. Forbes³² nehmen, gestützt auf Zahlen der FAO, den Kalorienbedarf eines antiken Haushalts folgendermaßen an:

Erwachsene Frau, 52 kg, 60-79 Jahre, sehr aktiv	1.947 kcal.
Erwachsener Mann, 62 kg, 20-39 Jahre, sehr aktiv	3.337 kcal.
Erwachsene Frau, 52 kg, 20-39 Jahre, sehr aktiv	2.434 kcal.
Männliches Kind, 13-15 Jahre, sehr aktiv	3.237 kcal.
Weibliches Kind, 10-12 Jahre	2.350 kcal.
Kind, 7-9 Jahre	<u>2.190 kcal.</u>
Insgesamt:	15.495 kcal.

Im Durchschnitt ergibt dies einen Kalorienbedarf von 2.582,5 kcal./Tag/Person. Dieser Wert deckt sich ungefähr, wenn auch knapp, mit den modernen Vorstellungen vom durchschnittlichen Kalorienbedarf des Menschen.³³ Die Ernährung der antiken Menschen war aber wahrscheinlich ein wenig knapper bemessen als die heutiger Menschen.

100 g Weizen besitzen den Nährwert von rund 333 kcal.³⁴ Um den durchschnittlichen täglichen Bedarf von 2.582,5 kcal. zu decken, müsste der Durchschnittsmensch pro Tag ca. 776 g Weizen zu sich nehmen.³⁵ Auf ein Jahr ergäbe dies eine Menge von ca. 283 kg Weizen/Person. Diese Zahl stimmt ungefähr mit den bei Foxhall und Forbes aufgelisteten Zahlen aus den Quellen zu den antiken Getreidespenden und -Zuteilungen überein.³⁶

31 Vgl. hierzu allgemein U. Fellmeth, Nahrungsmittel, Getreide, in: H. Sonnabend (s. A 13), S. 367 ff., 180 ff.

32 L. Foxhall (s. A 28), S. 49.

33 Vgl. U. Fellmeth (s. A 31), S. 368.; F. Scheffer / O. Tornau, (Roemer-Scheffer, Lehrbuch des Ackerbaues, Berlin 1959), S. 2; H. Stamer, Landwirtschaftliche Marktlehre, Hamburg 1966, S. 13 ff. Die FAO gibt aktuell an, dass weltweit durchschnittlich 2720 kcal. pro Person zur Verfügung stehen. Bei einer dauerhaften Zufuhr von weniger als 2350 kcal. geht die FAO von Unter- bzw. Mangelernährung aus.

34 L. Foxhall (s. A 28), S. 85, Table 2.

35 Die von De Martino (s. A 6), S. 24 angenommenen 500 g Weizen pro Person/Tag ergäben einen Kalorienantrag von 1.665 kcal; ähnliche Werte auch in P. Garnsey / R. Saller, Das römische Kaiserreich. Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Hamburg 1989, S. 122 f.; P. Garnsey, Food and society in classical antiquity, Cambridge 1999, S. 19 f.) Dies läge noch deutlich unter dem durchschnittlichen Verbrauch in den heutigen Hungergebieten der Dritten und Vierten Welt!

36 Vgl. L. Foxhall (s. A 28), S. 86 ff., Table 3; vgl. auch F. Kolb (s. A 2), S. 162. Freilich muss bei den

Die gebräuchlichsten Getreidearten im römischen Italien waren der Weizen, daneben – doch in wesentlich geringerem Umfang – die hinsichtlich des Flächenbedarfs und der Nährwertausbeute vergleichbaren Spelzweizen und der Roggen.³⁷

Antike Menschen haben ihren Kalorienbedarf freilich nicht ausschließlich aus Getreideprodukten gedeckt. Verzehrt wurden auch Öl, Fett, Käse, Gemüse, Hülsenfrüchte, Zucker (Honig), Alkohol (Wein) und in geringerem Maße auch Fisch und Fleisch. Doch die Ernährungsgewohnheiten der antiken Menschen sind nicht mehr zuverlässig rekonstruierbar. Wir wissen nur, dass für die Masse der Bevölkerung im römischen Italien Getreideerzeugnisse die wichtigsten Grundnahrungsmittel darstellten. Dafür gibt es mehrere Quellenbelege. Man denke nur an die Hinweise bei Plinius d.Ä., die Regeln Catos d.Ä. zur Ernährung seines Gesindes, oder an die Angaben bei Polybios zur Ernährung der römischen Soldaten.³⁸ Die vielen Hungeraufstände vom 5. Jahrhundert v.Chr. bis in die Spätantike revoltierten regelmäßig gegen die Verteuerung oder Verknappung von Korn – kein Aufstand ist jedoch bekannt, der sich gegen die Verknappung von Fleisch, Fisch, Gemüse oder Obst gewandt hätte. Hunger brach offenbar immer erst dann aus, wenn das Getreide als hauptsächliches Grundnahrungsmittel ausblieb. Als ein weiteres Indiz für die Richtigkeit dieser Annahme mag auch die Tatsache gelten, dass noch im Jahre 1958 in der Türkei 78% der Kalorien in Form von Getreideprodukten verzehrt wurden.³⁹

Wie können die Zugaben von höherwertigen Lebensmitteln die Ergebnisse des hier verwendeten Modells, das ja auf der Grundlage der Produktion und des Verzehrs von Weizen basiert, beeinflussen? In Deutschland wird heute davon ausgegangen, dass für die Herstellung animalischer Nahrungsmittel eine 5,5fach größere Fläche an Ackerland benötigt wird als für Herstellung derselben Menge Getreide.⁴⁰ Animalische Nahrungsmittel haben aber zumeist einen geringeren oder dem Getreide vergleichbaren Nährwert pro Gewichtseinheit. Lediglich tierische Fette oder das ebenfalls extensiv, also mit hohem Flächenverbrauch angebaute Olivenöl haben einen ca. dreifach höheren Nährwert als das Getreide pro Gewichtseinheit.⁴¹ In dem Maße, in dem höherwertigere Nahrungsmittel verzehrt wurden, war die zur Herstellung dieser Lebensmittel benötigte Fläche gravierend größer – oder es war die Zahl der aus einer festgesetzten Fläche zu ernährenden Menschen deutlich kleiner. Wenn

tatsächlich geleisteten Getreidezuteilungen in Ansatz gebracht werden, dass sie offenbar oft für mehr als eine Person gedacht waren. Dementsprechend sind dort auch genannte sehr hohe Zuteilungen zu korrigieren.

37 All diese Getreidearten haben ungefähr denselben Nährwert pro Volumeneinheit wie Weizen.

38 Plinius d.Ä., nat. 18,83-84; Cato, agr. 56-57; Polybios 6,39,13-14.

39 Vgl. H. Stamer (s. A 33), S. 14 ff.

40 Vgl. Roemer-Scheffer (s. A 33), S. 4 f.

41 Vgl. hierzu H. Stamer (s. A 33), S. 14 ff.; W. Wirths, Max-Planck-Institut für Ernährungsphysiologie in Dortmund. Kleine Nährwerttabelle der deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V., Frankfurt 1974.

wir realistischerweise annehmen, der Anteil der von den antiken Menschen verzehrten Lebensmittel habe zu ca. 75% aus Getreideerzeugnissen bestanden⁴² und die restlichen Nahrungsmittel seien extensiv, d.h. mit einem 5,5fach größeren Flächenbedarf als bei der Weizenproduktion hergestellt worden, so können wir von einer Nährwertausbeute von nur ca. 80% gegenüber der reinen Weizenproduktion (auf der gleich großen Fläche) ausgehen.

6. Der Anteil der Stadtbewohner an der zu ernährenden Einwohnerzahl.

Die auf einer gegebenen Fläche produzierten Nahrungsmittel mussten aber auch die Produzenten auf den Einzelhöfen und in den Dörfern um die Stadt ernähren. Nur der Überschuss konnte vom Lande in die Stadt fließen. Je nach dem Grad der Besiedlungsdichte und der Urbanität einer Region lebte in der Stadt ein größerer oder kleinerer Anteil der Gesamtbevölkerung. In der Forschung gibt es verschiedene Einschätzungen zum durchschnittlichen Anteil der Landbevölkerung an der Gesamtbevölkerung: Viele gehen davon aus, dass ca. 90% der Gesamtbevölkerung auf dem Lande lebte.⁴³ Andere meinen, etwa 80% der Gesamteinwohnerzahl habe auf dem Lande gelebt.⁴⁴ Die letztere Schätzung wird hier zur Grundlage der Berechnungen gemacht – wohl wissend, dass bei 20% der Gesamteinwohnerzahl in den meisten Fällen das Maximum des in der Stadt lebenden Bevölkerungsanteils erreicht war, dass aber im Einzelfall immer Abweichungen von dieser Regel möglich sind.⁴⁵ All diese Rahmenbedingungen miteinander verrechnet, ergeben sich schließlich die folgenden Ergebnisse:

42 Von dieser Annahme wird auch bei *P. Garnsey* (s. A 35), S. 123 ausgegangen.

43 So etwa *G. Alföldy* (s. A 1), S. 9, *P. Garnsey* (s. A 35), S. 25, oder differenzierter *F. Kolb* (s. A 2), S. 191. Nur zum Vergleich: *F. Isenmann*, Die deutsche Stadt im Spätmittelalter, Stuttgart 1988, S. 31 gibt für das Spätmittelalter folgende Anteile der Stadtbewölkerung an der Gesamtbevölkerung an: Alemannischer Raum Westeuropa: ca. 25%; östliches Mitteleuropa: ca. 20%.

44 So *K. Hopkins*, Models, ships and staples, in: *P. Garnsey / C.R. Whitaker* (Hrsg.), Trade and famine in the classical antiquity, Cambridge 1983, S. 84-109, S. 94.

45 *F. Kolb* (s. A 2), S. 191 hat am Beispiel von Verona darauf hingewiesen, dass dort ebenso viele Einwohner auf dem Lande lebten, wie in der Stadt. Wenn diese Schätzung den Tatsachen entspricht, so dürfte sie dennoch eine außergewöhnliche Ausnahme dargestellt haben.

Stadt-Typ	Gesamtfläche in ha	Anteil landw. Nutzfläche	Grad der Nutzung	Jährlich genutzte Fläche in ha	Maximaler Weizen Ertrag zum Verzehr in dz (bei 4,3 t/ha)	80% davon, wegen 25% extensiver Landwirtschaft, dz	Maximal zu ernährende Einwohnerzahl (bei 283 kg Weizen / Pers. / Jahr)	Davon 1/5: Stadtbewohner
A - worst case	70.690	30%	50%	10.604	45.595	36.476	12.889	2.578
A - best case	70.690	90%	67%	42.626	183.292	146.634	51.814	10.363
B - worst case	207.840	30%	50%	31.176	134.057	107.245	37.896	7.579
B - best case	207.840	90%	67%	125.328	538.908	431.127	152.342	30.468
C - worst case	344.990	30%	50%	51.749	222.519	178.015	62.903	12.581
C - best case	344.990	90%	67%	208.029	894.525	715.620	252.869	50.574

Tabella: Maximal in der römischen Antike aus dem Umland zu ernährende Stadtbewohnerzahl, abhängig vom Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche, vom Grad der landwirtschaftlichen Nutzung und von der Verkehrsanbindung der betreffenden Stadt. Stadt A: Landstadt ohne Flussanbindung, Stadt B: Landstadt mit einseitiger Flussanbindung, Stadt C: Landstadt mit beidseitiger Flussanbindung; worst case: nur 30% des Einzugsgebietes landwirtschaftlich genutzt und nur 50% jährlich genutzte Fläche; best case: 90% des Einzugsgebietes landwirtschaftlich genutzt und 67% jährlich genutzte Fläche.

War eine Stadt hinsichtlich ihrer Lebensmittelversorgung auf ihr unmittelbares Umland im Umkreis von 15 km angewiesen, konnte sie nur 30% ihres Umlandes landwirtschaftlich nutzen. Und blieb sie vollständig bei der ungünstigen reinen Zweifelderwirtschaft – die misslichsten anzunehmenden Umstände also –, so konnte dennoch eine Einwohnerzahl in der Größenordnung von knapp 13.000 Menschen, davon ca. 2.600 Städter, ernährt werden. Lag diese Stadt in einem rundum fruchtbaren Gebiet und nutzten die Bauern die Vorteile intensiveren Ackerbaus, so konnte die ernährbare Einwohnerzahl um den Faktor 4 auf knapp 52.000, davon ca. 10.400 Stadtbewohner, gesteigert werden!

Das Vorhandensein eines schiffbaren Flusses erhöhte die maximale Einwohnerzahl durchschnittlich um den Faktor 6,9 auf ca. 89.000, davon ca. 18.000 Stadtbewohner, bei einseitiger Transport-Nutzung des Flusses, oder durchschnittlich um den Faktor 11,4 auf über 147.000, davon ca. 29.000 Stadtbewohner, bei beidseitiger Nutzung des Flusses. Im günstigsten Fall konnte eine Landstadt mit einem schiffbaren Fluss bis zu 252.000 Menschen, davon ca. 51.000 Stadtbewohner, ernähren.

Diese Zahlen sind allerdings keine exakten Zahlen. Es handelt sich dabei lediglich um ein Modell, das erlaubt, die möglichen Größenordnungen abzuschätzen. Manche Rahmenbedingungen konnten nur unscharf in die Berechnung mit einbezogen werden, manche wurden gar nicht berücksichtigt: So wird in einer Stadt die Einwohnerzahl wohl kaum bis an die Grenze gewachsen sein, die noch aus dem jeweiligen Einzugsgebiet ernährbar ist. Missernten, Kriege und andere Einbrüche in die „normale“ Ernährungsgrundlage und auch die natürlichen Ernteschwankungen sind nicht zu übersehen, wenn die Einwohnerzahl so hoch liegt, dass sie nur bei besten Ernten zu ernähren ist. Außerdem sind in dem hier verwendeten Modell die Futtermittel für das Vieh, für Arbeits- und Lasttiere nicht eingerechnet, weil sie einfach nicht zu quantifizieren sind. Diese Futtermittel wären aber von den Nahrungsressourcen der Menschen eigentlich noch abzuziehen.

Eine hoffentlich durch dieses Modell angestoßene Diskussion wird im Laufe der Zeit das Bild sicherlich weiter abrunden. Doch meine ich, dass gravierende, die Größenordnungen völlig verändernde Korrekturen nicht zu erwarten sind. Wie sind diese Bevölkerungszahlen nun zu interpretieren? Bei den aus der Forschungsliteratur angeführten Beispielen für Landstädte mit über 50.000 Einwohnern handelt es sich um Städte an wichtigen Binnenschiffahrtsverbindungen. Lediglich Pergamon liegt „nur“ an einer wichtigen Handelsstraße. Deshalb müssen wir diese Städte zu den Kategorien B und C in der hier verwendeten Modellrechnung zählen. Danach wäre wohl eine Gesamteinwohnerzahl von ca. 40.000 – 250.000 möglich. In der Stadt selbst wohnten davon aber nur 7.600 – 50.600 Menschen. Nur selten wird in der o.a. Literatur zwischen Gesamteinwohnerzahlen einer Stadt inklusive ihres Umlandes oder Territoriums (nach dem antiken Rechtsbegriff) und der Zahl der tatsächlich in der Stadt lebenden Menschen unterschieden, doch sind diese zwei Größen aber sau-

ber voneinander zu trennen.⁴⁶ Was nun die Zahl der ausschließlich in der Stadt Wohnenden angeht, sind nach den Ergebnissen der vorliegenden Untersuchung die in der Literatur vorherrschenden Angaben für solche herausragenden Landstädte mindestens um das Doppelte zu hoch gegriffen.

Ähnliches darf auch hinsichtlich der Einwohnerzahlen von ausgesprochenen Landstädten, das heißt von Städten ohne überregionale Verkehrsanbindung, angenommen werden. Diese Art von Städten entspricht der Kategorie A in dem hier verwendeten Modell. Danach wäre die Zahl von deren Gesamtbevölkerung auf 13.000 bis 52.000 begrenzt, die der reinen Stadtbewohner auf 2.600 bis 10.400.⁴⁷ Die diesbezüglich immer wieder angegebene Zahl von 1.000 bis 15.000 muss, wenigstens hinsichtlich des Höchstwertes, ebenfalls deutlich nach unten korrigiert werden. 1.000 bis 5.000 Stadtbewohner, diese Zahl dürfte für eine durchschnittliche römische Landstadt wohl eher der Realität entsprochen haben.

Doch – und das muss einschränkend am Ende dieses Beitrags deutlich gesagt werden – gelten diese Ergebnisse nur für den Fall, dass die betreffenden Städte die Nahrungsmittel ausschließlich oder doch ganz überwiegend aus ihrem Umland, aus ihrem Einzugsgebiet für landwirtschaftliche Güter bezogen haben. Sobald von außerhalb dieses Einzugsgebietes staatlich subventionierte Nahrungsmittel zuflossen, etwa Tributgetreide, dann konnte die Einwohnerzahl gewiss höher liegen. Die Hauptstadt Rom konnte nur deshalb auf die exorbitant hohe Einwohnerzahl von einer Million anwachsen, weil ihre Versorgung nahezu ausschließlich auf importierten Lebensmitteln aus den Provinzen beruhte.

Dr. ULRICH FELLMEH, Waldburgstraße 119B, 70563 Stuttgart

46 So auch *R. Duncan-Jones* (s. A 5), S. 259 ff.

47 Dies stimmt auch mit den Schätzungen zu einzelnen Landstädten bei *R. Duncan-Jones* (s. A 5), S. 266 ff. überein.

FORUM

Gerd Kuhn

Die „Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung“ (GSU)

Während der Fünften Internationalen Konferenz der Europäischen Vereinigung der Stadthistoriker (Fifth International Conference of the European Association of Urban Historians), wurde im August 2000 in Berlin die „Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung e.V.“ (GUS) gegründet. Das allgemeine Ziel dieser, inzwischen als gemeinnützig anerkannten Gesellschaft ist, ähnlich wie in Frankreich oder Großbritannien, auch für den deutschsprachigen Raum eine Organisation zu schaffen, die dauerhafte Grundlagen für den Informationsaustausch, die Diskussion und die Kooperation aller Wissenschaftler bietet, die im interdisziplinären Forschungsfeld Stadtgeschichte und Urbanisierung arbeiten.

Der Gründung der GSU vorausgegangen waren zwei kleinere Konferenzen, deren erste im Anschluss an eine Sektionssitzung zur Stadtgeschichte auf dem Historiker-Tag 1998 die Perspektiven der stadthistorischen Forschungen diskutierte. Fortgesetzt wurde diese Debatte auf einer Tagung zur neueren Stadtgeschichte, die Dieter Rebentisch am Institut für Stadtgeschichte in Frankfurt am Main im Jahre 1999 organisierte. In Frankfurt wurde bereits ein der GSU wichtiges Anliegen praktiziert, nämlich jüngeren StadtforscherInnen aus verschiedenen Disziplinen ein Forum zu bieten, auf dem sie vor einem interessierten Kreis von FachkollegInnen ihre Arbeit vorstellen und diskutieren können.

Da auch in der Satzung der Gesellschaft „die unmittelbare, möglichst vielgestaltige Förderung von Wissenschaft und interdisziplinärer Forschung auf dem Gebiet der Stadt-

geschichte und Urbanisierung“ festgeschrieben wurde, nimmt die Durchführung gemeinsamer, disziplinübergreifender Tagungen einen hohen Stellenwert ein. Die nächste, bereits rege besuchte Konferenz der GSU, die am 16. und 17. November 2001 in Gelsenkirchen stattfand, organisierte Heinz-Jürgen Priamus vom Institut für Stadtgeschichte. Es wurden dort einerseits wiederum laufende Dissertations- und Habilitationsprojekte vorgestellt und andererseits eine Grundsatzdiskussion zum Stand und zu den Perspektiven der Stadt- und Urbanisierungsforschung eingeleitet.

Aus der bisherigen Diskussion heraus wurde von Adelheid von Saldern und Christoph Bernhardt im Auftrag des Vorstands der GSU ein Positionspapier verfasst, das auf der nächsten Konferenz in Berlin diskutiert und verabschiedet werden soll. Dieses Positionspapier ist im Anschluss an diesen Beitrag abgedruckt.

Stadtforscher und Stadtforscherinnen sind weiterhin aufgefordert, sich an der Diskussion über den Stand und die Perspektiven der Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung in Deutschland zu beteiligen. Positionspapiere können im internet-Forum auf der GSU-website zur Diskussion gestellt werden.

Es ist beabsichtigt, anlässlich des im zweijährigen Turnus stattfindenden Historikertages jeweils eine Mitgliederversammlung abzuhalten und auch eine stadthistorische Sektion zu platzieren. Auf dem letzten Historikertag in Halle konnte eine von Adelheid von Saldern und Dieter Schott geleitete interdisziplinär und international besetzte Sektion mit dem Thema „Entdecken oder gestalten, entwerfen oder erhalten. Der Umgang mit Geschichte in städtischen Politikentscheidungen und Zukunftsentwürfen des 20. Jahrhunderts“ durchgeführt werden. Abends hielt auf der Mitgliederversammlung der Stadthistoriker Prof. Dr. Jean Luc Pinol (Paris/Tours) einen Vortrag zum Stand der französischen Stadtgeschichtsforschung.

Ziel der GSU ist es auch, die Undurchlässigkeit von Fachgrenzen zu durchbrechen. Als Ort der nächsten, der 3. Mitgliederversammlung der GSU wurde Berlin gewählt. Die Mitgliederversammlung wird am Sonntag, dem 5. Oktober 2003 im Rahmen der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde an der Humboldt Universität Berlin stattfinden. Es sollen auf der Tagung wieder laufende Forschungsprojekte zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung – diesmal zum Thema „Stadtkultur – Orientierungsmuster, Praktiken und Institutionen des Urbanen“ – vorgetragen und diskutiert werden. Zur Teilnahme aufgefordert sind damit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, deren Arbeiten dem modernen, von den Kulturwissenschaften entwickelten, weit gefassten Konzept von Kultur folgen. Das heißt, dass einerseits nach dem Geflecht von Bedeutungen, Codes, Strategien und Praktiken städtischer Gruppen wie einzelner Akteure gefragt wird, andererseits aber auch sozial- und städtebaugeschichtliche Prozesse von Interesse sind. Gesucht wird nach Studien, welche sowohl die „innere“ wie die „äußere Urbanisierung“ (G. Korff), die subjektive Bewältigung des alltäglichen Stadtlebens wie dessen materiale Rahmenbedingungen analysieren. Erwartet wird ein ca. 20minütiger Vortrag, dem dann eine etwa gleich lange Diskussion folgen wird. Interessenten sollten den Titel und eine Kurzfassung ihres Forschungsvorhabens (ca. 1/2 Seite DIN A 4) bis zum 30. Mai 2003 an den Vorsitzenden der GSU, Prof. Dr. Heinz Reif, Arbeitsstelle für europäische Stadtgeschichte an der TU-Berlin, senden. Der Aufruf (Call for Papers) ist auch auf der webpage der GSU einzusehen.

Neben den regelmäßig durchzuführenden Tagungen ist die Herausgabe eines Publikationsorgans als Informationsquelle und Diskussionsforum von großer Bedeutung. Die „Informationen für moderne Stadtgeschichte“ (IMS), die von Christoph Bernhardt, Franz-Josef Jakobi, Gerd Kuhn, Heinz Reif,

Jürgen Reulecke, Axel Schildt und Clemens Zimmermann herausgegeben werden, sind gleichzeitig das Publikationsorgan der GSU und werden kostenlos den Mitgliedern der GSU bereitgestellt.

Es ist weiterhin beabsichtigt, eine Publikationsreihe zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung einzurichten. Zur Veröffentlichung vorgesehen sind in dieser Publikationsreihe insbesondere Tagungsergebnisse, hervorragende Studien des wissenschaftlichen Nachwuchses, den Forschungsstand resümierende Überblicksdarstellungen sowie qualitätsvolle Monographien, die zu weiterer Forschung anregen.

Der Vorstand der GSU setzt sich aus folgenden Personen zusammen: Prof. Dr. Heinz Reif, TU Berlin (Vorsitzender); Prof. Dr. Adelheid von Saldern, Universität Hannover (stellv. Vorsitzende); Prof. Dr. Jürgen Reulecke, Universität Gießen (stellv. Vorsitzender); Prof. Dr. Clemens Zimmermann, Universität des Saarlandes; Dr. Christoph Bernhardt, Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung Erkner (Schriftführer); Prof. Dr. Clemens Wischermann, Universität Konstanz (Beisitzer für internationale Kooperation); Prof. Dr. Axel Schildt, Universität Hamburg, Forschungsstelle für Zeitgeschichte (Schatzmeister) und Dr. Gerd Kuhn, Universität Stuttgart (Beisitzer für interdisziplinäre Zusammenarbeit).

Um die Aktivitäten der GSU weiter zu entfalten und die interdisziplinäre Kooperation zu intensivieren, ist die Bildung von verschiedenen Arbeitsgemeinschaften beabsichtigt. So will Andreas Ludwig vom Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR in Eisenhüttenstadt die Arbeitsgemeinschaft „Die Dinge der Stadt“ initiieren. Auf der nächsten Mitgliederversammlung, die anlässlich der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde in Berlin stattfindet, ist ein Vorbereitungstreffen dieser Arbeitsgemeinschaft geplant. Interessenten können sich bereits jetzt an Andreas Ludwig wenden.

Eine andere Arbeitsgruppe wird die Stadtplanungsgeschichte zum Gegenstand haben. Durch das Ausscheiden von wichtigen Repräsentanten der Planungsgeschichte aus der aktiven Lehre (Gerhard Fehl – RWTH Aachen, Wolfgang Hofmann – TU Berlin, u.a.) ist die Kontinuität und universitäre Verankerung dieses Forschungs- und Lehrbereichs gefährdet. Zudem ist die Stadtplanungsgeschichte nicht nur hinsichtlich der Diskontinuität in der Lehre geschwächt, sondern auch der Einstellung bedeutender Reihen wie „Stadt-Planung-Geschichte“ (zuletzt Birkhäuser Verlag). Diese prekäre Situation war am 24. Januar 2003 Gegenstand eines offenen Erfahrungsaustauschs, der am Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner bei Berlin stattfand, anschließend an eine Tagung zur Planungsgeschichte der DDR. Am IRS wurden die bisherigen Leistungen dieser Disziplin gewürdigt, daneben aber auch noch deutliche Forschungsdefizite festgestellt. Ein größerer Kreis von Stadtforschern aus unterschiedlichen Disziplinen beschloss daher ein Netzwerk zu bilden. Es ist geplant, noch Ende dieses Jahres eine erste Tagung der AG Planungsgeschichte in Dortmund durchzuführen, die die Geschichte des öffentlichen Raums thematisieren wird. Genauere Angaben werden später auf der webpage der GSU veröffentlicht. Kontakt können Interessierte auch mit dem Verfasser aufnehmen.

Die Chance der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung (GSU) ist die Bildung eines dichten, fachübergreifenden Netzwerkes, das den kreativen Austausch zwischen unterschiedlichen Gruppen fördert und zu intensiven Stadtforschungen anregt. Mit der Gesellschaft soll auch, ähnlich wie in anderen europäischen Ländern, ein Kontaktnetz für internationale Kooperationen entstehen.

DR. GERD KUHN, Institut Wohnen und Entwerfen, Universität Stuttgart, Keplerstraße 11, 70174 Stuttgart.

Adelheid von Saldern / Christoph Bernhardt

Positionspapier der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung (GSU)

1. Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung: Das Forschungsfeld

Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung analysieren zentrale Entwicklungsprozesse moderner Gesellschaften und sind in starkem Maße miteinander verzahnte Untersuchungsfelder. Gerade in der Vernetzung und Integration der beiden Felder liegt innovatives Potential. Die Stadt repräsentiert einerseits die sich urbanisierende bzw. die urbanisierte Gesellschaft, andererseits trägt sie als eine sich stetig verändernde sozialräumliche und politisch-kulturelle Organisation ein eigenes Profil und eine jeweils spezifische Geschichte; Städte waren und sind sowohl Bühnen der gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen wie Akteure.

Die neue Stadtgeschichtsschreibung basiert auf der Erkenntnis, dass sie es mit der Analyse einer permanenten ökonomischen, sozialen und kulturellen Produktion von Räumen zu tun hat, die in ihrer Historizität zu erforschen ist. Gefragt wird danach, wie Aneignungen im und in Bezug auf Räume vor sich gingen und Identitäten durch Geschlecht, Ethnizität sowie Schichten- und Klassenzugehörigkeit räumlich konstituiert und codiert wurden. Räume sind außerdem als wirtschaftlich, sozial und kulturell umkämpfte Arenen zu begreifen, in denen um Einfluss und soziale Positionierung gerungen wurde. Ihre Bebauung, Gestaltung und ihre Institutionen symbolisierten soziale Ungleichheiten, Herrschaft, Emanzipation, Konflikt und Akkulturation in früheren und gegenwärtigen Epochen.

Zum einen gilt es, die „Stadt als Handlungsraum“, als Ort von Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen zu untersuchen, d.h. die Lebenswelten, Beziehungsnetze, All-

tagsroutinen und Repräsentationen sozialer Akteure zu analysieren, die sich in einer Vielfalt von urbanen, oftmals hybriden Kulturen ausdrückten. In permanenter Dynamik produzierten und formten Akteure den urbanen Raum durch ihre politischen, sozialen und kulturellen Praktiken. Zum anderen sind Städte als Konstruktionen eines sozialen und kulturellen Ensembles oder eines Akteurs aufzufassen und dementsprechend zu untersuchen. Dazu gehört vor allem die Analyse der „Stadt als Text“, das heißt die Dekonstruktion der vielseitigen Bilder, Erinnerungen und Imaginationen, Selbst- und Fremdwahrnehmungen, die einer Stadt anhafteten bzw. ihr zugeschrieben wurden. Dabei spielt die Erinnerungs- und Geschichtskultur eine bedeutsame Rolle.

Die Institutionen der modernen Gesellschaft – wie z.B. Kommunalverwaltung, Parteien, Vereine etc. – setzten den städtischen Handlungs- und Wahrnehmungsformen einen wirkungsmächtigen, lokal variierenden Rahmen. Institutioneller Wandel – z.B. Veränderungen beim kommunalen Wahlrecht, Entstehung neuer Verbände etc. – veränderte die Partizipationschancen und Partizipationsformen der Städter tiefgreifend, auch und gerade in Krisenphasen und Kriegszeiten.

Der Begriff der Urbanisierung bezieht sich sowohl auf gesamtgesellschaftliche als auch auf städtische Transformationsprozesse. Mit einem engeren Urbanisierungsbegriff wird der eigenständige, allerdings de facto mit der Industrialisierung verbundene Prozess des umfassenden gesellschaftlichen Wandels des 19. und 20. Jahrhunderts bezeichnet. Die Forschung hat jedoch auch die bedeutende Rolle der Stadtentwicklung bei der Herausbildung der europäischen Neuzeit unterstrichen, so dass der Begriff der Urbanisierung weiter zu fassen und, unter Einbeziehung der vorindustriellen Städte, als eine der fundamentalen Transformationskomponenten im Entstehungsprozess des modernen Europas zu werten ist.

Urbanisierung wird als ein quantifizierbarer, demographisch definierter gesamtgesellschaftlicher Prozess verstanden, der zugleich einen stark kulturell bestimmten Modus der Vergesellschaftung in Städten beinhaltet. Diese im engeren Sinne als Urbanität bezeichnete Vergesellschaftung bezieht sich insbesondere auf die Verarbeitung und Bewältigung von verdichteten Erscheinungs-, Wahrnehmungs- und Erfahrungsformen des Städtischen durch Individuen und milieuverbundene Gruppen.

Im allgemeinen wird der Urbanisierungsbegriff nicht allein auf Städte bezogen. Urbanisierungsforschung muss heute, insbesondere wegen der Dynamik der Suburbanisierungsprozesse seit Beginn des 20. Jahrhunderts, nicht nur das jeweilige Umland einbeziehen. Sie muss darüber hinausgehen und ein neues Verständnis von Zentralität innerhalb von Stadtregionen und Agglomerationen entwickeln sowie alle Typen von städtischen Teilräumen und deren spezifische Probleme (Formen von „Zwischenstadt“, Umweltfragen etc.) in den Blick nehmen.

Etablierte Werturteile sind dabei zu überprüfen. So ist z.B. eine Sichtweise, in der das Land lediglich als defizitär und die Kleinstädte als rückständig gekennzeichnet werden, durch ein neues Verständnis für Vernetzungen und für die vielfältigen ökonomischen, sozialen und kulturellen Austauschprozesse zwischen Stadt und Land in urbanisierten Gesellschaften abgelöst worden. Linear und stark normativ angelegte Kategorien der nach- und aufholenden Entwicklung oder Modernisierung sollten deshalb aufgegeben und stattdessen diesen sozialräumlichen Organisationseinheiten adäquate, eigenständige Kategorienbildungen (z.B. vielfältige Entwicklungspfade) gefördert werden.

Vernetzungen und kommunikative Austauschprozesse sind auch Stichworte, mit denen das Verhältnis der Städte und ihrer Akteure im nationalen, europäischen und globalen Rahmen untersucht werden sollte, wo-

bei der Entwicklungsgeschichte von Migrationen, des Wissenstransfers sowie von Verkehrs- und Informationssystemen besondere Bedeutung zukommt.

II. Interdisziplinarität und Internationalisierung der Forschung

Interdisziplinäre Stadtgeschichts- und Urbanisierungsforschung zeichnet sich durch einen gemeinsamen Sachbezug von unterschiedlichen Fachzugängen aus. Angestrebt wird ein Bedeutungszuwachs der Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung in den Fachdisziplinen. Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung sind nicht als Subdisziplin, sondern als ein mit den jeweiligen Fachdisziplinen – z. B. der Soziologie, der Stadtplanung und insbesondere der allgemeinen Geschichte – verknüpftes Forschungsfeld zu begreifen. Dies sollte auch von jenen Forscherinnen und Forschern unterstützt werden, die sich bislang zwar nicht als Stadthistorikerinnen und -historiker verstanden haben, die aber die Stadt als Untersuchungsfeld nutzen.

Stadtgeschichtsschreibung erfordert ein breites Spektrum theoretischer und methodischer Zugänge. Ziel ist nicht die Vereinheitlichung der einzelnen Fachdisziplinen kennzeichnenden theoretischen und methodischen Zugänge, weil dadurch eine Schwächung der Stärken jeder Einzeldisziplin zu befürchten ist. Stattdessen wird eine disziplinenübergreifende Kommunikation, Vernetzung und Zusammenarbeit gefordert, die zu einer Weiterentwicklung und Integration der Kategorien und Konzepte führt. Für eine Reihe von Forschungsthemen ist eine fächerübergreifende Kooperation unabdingbar. Interdisziplinarität ist als Prozess zu verstehen, in dem ein gegenseitiges, produktives Verständnis über die einzelnen Fachkulturen und -profile (z.B. hinsichtlich vorrangig benutzter Quellen, Gegenwartsbezüge usw.) erarbeitet wird. Konferenzen, Informationsnetzwerke und in zunehmendem Maße Förder-

programme haben zu einer Internationalisierung der Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung geführt. Transnationale Forschungszugriffe – ohne eurozentristische Blickverengungen – erfordern mehr denn je eine kritische und weiter führende Auseinandersetzung mit methodischen Zugriffen und Theorieangeboten.

Transnational angelegte Forschungsprojekte und Debatten sollten zu einem intensiven Austausch zwischen nationalen Diskursen führen, ohne dass dadurch die Vielfalt der Forschungsansätze vermindert wird. Hier wie auch innerhalb nationaler Diskurse gilt es, in Bezug auf Themensetzung und beteiligte ForscherInnen regionale und disziplinäre Blindstellen und Asymmetrien zu erkennen und ihnen entgegen zu wirken (z.B. durch verstärkte Einbeziehung der mittel-/und ost-europäischen Stadtgeschichte).

III. Einmischungen in aktuelle Stadtdebatten. Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung finden nicht im gläsernen Turm der Fachdisziplinen statt. Sie sollen stattdessen in die breite Öffentlichkeit hineinwirken.

Gerade heute wird die Stadt erstens häufig als ein spezifisch politisches Ordnungsmodell begriffen. Nicht zufällig wird die Hoffnung auf eine zukünftige zivile Bürgergesellschaft mit dem selbst gestalteten urbanen Raum in Verbindung gebracht. In solchen politischen Konzepten werden die Selbstbestimmungsmöglichkeiten und die besonderen Formen des Interessenausgleichs in der Stadt zum Modell erhoben und dabei aufgewertet. Die Stadtgeschichtsforschung sollte sich mit solchen Vorstellungen kritisch auseinandersetzen und deren Reichweite sowie Zukunftsfähigkeit durch Rekurs auf historisch kontextualisierte Beispiele im Spannungsfeld von Bürgergesellschaft und öffentlicher Intervention genauer zu bestimmen versuchen.

Ein zweites Diskussionsfeld wird durch das Globalisierungsphänomen bestimmt. Die

Stadtgeschichtsforschung fühlt sich herausgefordert, Intensität und Qualität dieses Phänomens genauer zu beschreiben. Dabei ist sowohl auf dessen Historizität zu verweisen als auch der gegenwärtige Quantensprung näher zu bestimmen. Thematisch sind insbesondere die Entwicklung der neuen Informations- und Verkehrstechnologien sowie die ethnisch-sozialkulturellen Aspekte im längerfristigen Entwicklungsverlauf relevant.

Drittens bedarf es eines historischen Wissens, wenn zunehmende Deregulierungen zu größeren Segregationsbildungen führen und wenn finanziell darniederliegende Städte ihre Rolle als Gestaltungskräfte nicht mehr ausüben können. Historische Analysen über die Entstehung und Entwicklung sozialer Segregierungen sowie der Leistungen und Probleme kommunaler Interventionen in urbanisierten Gesellschaften können hier wertvolles Orientierungswissen liefern.

Viertens ist historisches Wissen gefragt bei der gezielten Weiterentwicklung von Städten und Regionen. Insbesondere bei der Erfassung und Bewertung baulich-kultureller Ressourcen in Zeiten schnellen gesellschaftlichen Wandels, aber auch bei Stadterweiterungen und Regionenbildungen sind historisch fundierte Urteile als Orientierungshilfe unverzichtbar.

Fünftens schließlich hilft die Analyse historischer Leitbilder und Konzepte der Stadtentwicklung (z.B. „Europäische Stadt“) den Innovationsgehalt und die Tragweite aktueller Vorschläge kritisch zu bewerten.

IV. Aufgaben der GSU

Durch die Organisation eines kommunikativen, disziplinübergreifenden Rahmens sollen sich die Chancen erhöhen, die Relevanz moderner Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung in Forschung und Lehre sowie in der jeweiligen Fachdisziplin zu verdeutlichen. Die GSU verbreitet Informationen über laufende Forschungsvorhaben im In- und

Ausland und vernetzt dadurch bislang getrennte regionale und disziplinäre Diskurse. Sie stellt ein breites Diskussionsforum dar, auf dem Theorien, Konzeptionen und Methoden, die für die Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung relevant sind, gemeinsam erörtert werden. Sie setzt sich mit den in Forschungsprojekten erarbeiteten Inhalten kritisch auseinander und sorgt ggf. für deren Verbreitung. Sie bemüht sich um einen Wissenstransfer zwischen verschiedenen geschichtswissenschaftlich tätigen Gruppen (z.B. auf lokaler Ebene) als auch zur städtischen Öffentlichkeit. Hierzu dienen vor allem die Durchführung von Fachtagungen mit interdisziplinären Sektionen sowie die Herausgabe eines Publikationsorgans. Die GSU möchte mit diesen Initiativen die Forscherinnen und Forscher auf dem Gebiet der Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung stärker miteinander vernetzen. Dadurch erhofft sie sich beträchtliche Synergie-Effekte und eine Verbesserung der Forschungsqualität.

DR. CHRISTOPH BERNHARDT, Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Flakenstraße 28-31, 15537 Erkner.

BESPRECHUNGEN

FRANK KOLB, *Rom. Die Geschichte der Stadt in der Antike. 2., überarbeitete Aufl. (Beck's historische Bibliothek), München: C.H. Beck 2002, 101 Abb., 783 S., 39,90 Euro.*

Alle Wege führen nach Rom. Gleich die erste Abbildung des besprochenen Buches zeigt einen Ausschnitt aus der Peutinger-Tafel, der berühmten Straßenkarte des römischen Weltreichs. Dargestellt ist eine thronende Roma, die personifizierte Stadt Rom, auf die strahlenförmig alle Fernstraßen zulaufen. Schon immer bedeutete die Konzentration von Verkehr ein wesentliches Merkmal von Urbanität.

Dieser Begriff ist ebenso von der antiken „urbs“ Roma mit ihrem Adjektiv „urbanus“, großstädtisch, abgeleitet, wie die angelsächsischen „suburbs“ sprachlich von jenem Gebiet namens „suburbium“ abstammen, das sich wie ein breiter Ring um das Zentrum des antiken Rom legte und langsam ins ländliche Latium übergang. Die ab dem ersten Jahrhundert vor Christus für ein halbes Jahrtausend größte Stadt des bekannten Erdkreises war und bleibt bis heute das ewige Rom, die Stadt des abendländisch-christlichen Kulturkreises schlechthin.

Durch eine der bedeutendsten kommunalen Leistungen überhaupt, den im 19. und 20. Jahrhundert in Europa geschaffenen Ausbau eines flächendeckenden Leitungsnetzes zur Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung, konnten die in unseren Großstädten grassierenden Seuchen nachhaltig ausgerottet werden. Nun nannten die alten Römer ihren wichtigsten Abwasserkanal „cloaca maxima“, wovon die deutsche „Kloake“ abgeleitet ist; und bereits vor 2000 Jahren rühmte ein gebildeter Grieche die gepflasterten Straßen, die Trinkwasserleitungen und die Abwasserkanäle in der Stadt Rom als „die drei glanzvollsten Leistungen der Römer, in de-

nen die Größe ihrer Herrschaft sich spiegelt“ (S. 199 f).

Hinreichend Gründe also, sich eingehend mit dem alten Rom zu befassen. Ein Vergleich der Probleme dieser antiken Metropole mit denen moderner Großstädte lohnt auch insofern, als wir heute so viel über Rom zu Beginn unserer Zeitrechnung wissen, dass man die Stadt weitgehend originalgetreu wieder aufbauen könnte.

Der Tübinger Althistoriker Frank Kolb hat überregionale Bekanntheit erlangt durch seinen im Sommer 2001 anlässlich der Stuttgarter Troja-Ausstellung geführten Angriff auf den Ausstellungsmacher, den an der archäologischen Fakultät der selben Universität lehrenden Kollegen Manfred Korfmann. Der Streit kreist seither fachwissenschaftlich um die Frage, was denn eine antike „Stadt“ ausmache, woran sich eine „Metropole“ bemesse.

Kolb legt in dem Rom-Band seinen eigenen Entwurf zum Thema vor. Den Zeitrahmen spannt er von den ersten spärlichen Siedlungen auf einigen der sieben Hügel bis ins frühe 4. Jahrhundert, als Rom den Rang der Reichshauptstadt an Konstantinopel verlor und gleichzeitig begann, sich aus einer heidnischen in eine christliche Stadt zu verwandeln. Kolbs Gliederungsschema ist chronologisch-thematisch. Primär der Zeitachse folgend, behandelt er die in der jeweiligen Epoche ausgeprägtesten – oder auch aufgrund der Überlieferungslage am klarsten fassbaren – Gegebenheiten in chronologischen Längsschnitten: Bevölkerungsentwicklung, Sepulkralkultur, bautechnische Innovationen, Wohnverhältnisse, Wirtschaftsentwicklung, Religion und Kulte, Verkehrsinfrastruktur, Nahrungsmittelversorgung, Administration, die Wirkung von Kriegen und Bürgerkriegen in der Stadt, und andere Aspekte mehr.

Kolb misstraut den schriftlichen Quellen, insbesondere den historiographischen und Identität stiftenden, und verlässt sich eher auf archäologische Befunde und die Interpretation von Inschriften. Seine vornehmliche

Methode besteht darin, „die Stadt Rom selbst [zu] lesen“ (S. 243). So interpretiert der Text immer wieder Bauwerke, solche zu Zwecken des familiären oder imperialen Darstellungsbedürfnisses ebenso wie öffentliche Infrastrukturmaßnahmen. Kolb erkennt Grabmäler, Platzanlagen und Paläste, Tempel, Theater und Thermen, Hafentempel, Brücken, Markthallen und Vorratsspeicher als Zeichensysteme, die er in politik-, sozial-, wirtschafts-, ideengeschichtliche Aussagen übersetzt und so gleichsam auf dem Podium der Architektur eine umfassende Gesellschaftsgeschichte der Stadt Rom errichtet. Beispielsweise erklärt Kolb mit den Aussagen ihrer Bauwerke und deren zeitgenössischer Rezeption den Aufstieg, Glanz und Fall römischer Politiker der späten Republik, wie Sulla, Pompeius und Caesar. Ebenso deutlich zeigt er am Bauprogramm des Augustus, dass dieser niemals die Absicht hatte, die Republik wiederherzustellen.

In der Diskussion des aktuellen Forschungsstands widerlegt Kolb seines Erachtens falsche Schlüsse in einem zugleich nüchternen und fulminanten Argumentationsstil so überzeugend, dass man sich – ohne die Gedankenführung der Angegriffenen zu kennen – beständig fragt, wie die nur solch abwegige Thesen aufstellen konnten. Dabei greift Kolb, hier freilich viel sacher als in dem Streit mit Korfmann, ein grundsätzliches Problem der Historiographie auf, das im Kern jede Wissenschaft betrifft; er berührt Fragen, die nicht erst seit der Debatte um Guido Knopps populäre oder vulgarisierte Schauen über den Nationalsozialismus diskutiert werden: Wie populär, wie beifallheischend dürfen Historiker ihre Erkenntnisse präsentieren? Ab welchem Grad von Buntheit kippen Aussagen ins Unwissenschaftliche ab, ab wann triumphiert die Sensation über den Inhalt? Mehr noch: Inwieweit darf Geschichtsschreibung, gerade in Zeiten leerer öffentlicher Kassen, dem zahlenden Publikum in Konzernen und Buchhandlungen, in Regierungen und Verwaltungen das verkaufen, was

die Kunden wünschen, und ab welchem Punkt bleibt die intellektuelle Redlichkeit auf der Strecke?

Kolb schafft mit seiner Rom-Studie den Spagat. Er verbindet Faktenreichtum mit zusammenfassenden Erkenntnissen. Das Buch ist gut lesbar, aber keine leichte Lektüre. Es genügt wissenschaftlichen Ansprüchen und bietet zugleich allen, die sich für die Sache interessieren, Vergnügen am Erwerb von Wissen.

Martin Burkhardt, Stuttgart-Hohenheim

DANIEL HOHRATH / GEBHARD WEIG / MICHAEL WETTENGEL (Hrsg.), *Das Ende reichsstädtischer Freiheit 1802. Zum Übergang schwäbischer Reichsstädte vom Kaiser zum Landesherrn, Begleitband zur Ausstellung „Kronenwechsel“, das Ende reichsstädtischer Freiheit 1802“, Ulm/Stuttgart: Kommissionsverlag W. Kohlhammer 2002 (Forschungen zur Geschichte der Stadt Ulm, Reihe Dokumentation 12), zahlr. Abb., 306 S.*

Das Zeitalter der Säkularisation brachte tief greifende Umwälzungen in den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereichen Deutschlands mit sich. Säkularisation, Säkularisierung und Mediatisierung führten zu einem Zusammenbruch der bisher gültigen gesellschaftlichen Ordnung. Die Verweltlichung und Enteignung der Klöster stellte gerade in Südwestdeutschland einen tiefen Einschnitt in das kulturelle und geistige Leben dar. Jedoch nicht nur die Klöster waren von dieser Entwicklung betroffen. Auch die Reichsstädte verloren ihre selbständige Existenz und wurden durch ihre Nachbarn mediatisiert. Zu diesem Thema hat nun das Stadtarchiv Ulm den Begleitband zur Ausstellung „Kronenwechsel“, das Ende reichsstädtischer Freiheit 1802“ veröffentlicht.

Der vorliegende Band ist in einen Aufsatzteil und einen Ausstellungskatalog gegliedert. Die Aufsätze versuchen einen kurzen Überblick über das weite Feld der Reichsstädte zu bieten, indem sie die Geschichte der Reichsstädte am Ende des 18. Jahrhunderts (Hohrath, Schmauder), die vorausgehenden Entwicklungen und die Ereignisse auf dem Weg zur Mediatisierung (Fischer, Hohrath) und das Aufgehen und die Integration der Städte in den neuen Staaten thematisieren (Wieland). Der Katalogteil ist in zehn inhaltliche Schwerpunkte aufgeteilt, die einen leichten und übersichtlichen Zugang zu den ausgestellten Objekten ermöglichen. Durch ausführliche Beschreibungen kann auch ein Leser, der die Ausstellung nicht besucht hat, sich schnell und ausführlich mit den Ausstellungsstücken beschäftigen.

Herausragend ist der Beitrag von Georg Wieland, der durch seine breite Quellenkenntnis ein anschauliches Bild der Integration der Reichsstädte in die neuen Mittelstaaten zeichnet. Dem Aufsatzteil wünschte man jedoch mehr Raum, um die Darstellung und Auseinandersetzung mit dem Thema Reichsstädte ausführlicher und leichter fassbar zu gestalten. Der vorzügliche Katalogteil bildet hierzu jedoch mehr als einen Ausgleich. Die Abbildungen und Photographien sind mit viel Aufwand in Szene gesetzt, sorgfältige Beschreibungen der Exponate regen zu einer tiefer gehenden Beschäftigung mit dem Thema an.

Dem Stadtarchiv Ulm ist insgesamt ein guter und empfehlenswerter Katalog zum Ende der reichsstädtischen Freiheit gelungen, der Vorbild für ähnliche Ausstellungen sein sollte.

Daniel Kirn, Stuttgart

HORST HELDMANN, 50 Jahre Verkehrspolitik in Bonn. Ein Mann und zehn Minister, Bonn: Kirschbaum Verlag 2002, 606 S.

Die Minister kommen und gehen, die Ministerialbürokratie bleibt aber bestehen. Unter dieses Motto könnte man das voluminöse Buch von Horst Heldmann stellen, worin er seine von 1959 bis 1995 dauernde Tätigkeit im Bundesministerium für Verkehr beschreibt und in den großen bundesrepublikanischen Rahmen einordnet. Heldmann hat im Verkehrsministerium Karriere gemacht und alle seine Minister „überlebt“. Er war von 1976 bis zu seiner Pensionierung Leiter der Zentralabteilung und Ständiger Vertreter des Staatssekretärs. Als solcher war er an den wichtigen Vorhaben und personellen Entscheidungen der Behörde an führender Stelle beteiligt. Während seiner nahezu 36jährigen Tätigkeit im Ministerium befasste er sich mit verschiedenen Themen der Verkehrspolitik „zu Lande, zu Wasser und in der Luft“. Zu seiner umfangreichen Agenda gehörten u. a. die Bundesverkehrswegepläne, die „Privatisierung“ der einstigen Bundesbahn, der Ausbau des Main-Donau-Kanals und die Neuordnung der Flugsicherung. Verwiesen sei auch auf seine verdienstvolle Tätigkeit für das Programm „Sicherheit auf unseren Straßen“, mit dem man in den frühen 1970er Jahren verkehrspolitisches Neuland beschritten hatte. Selbstverständlich sind vor allem Steuer- und Haushaltsfragen für das dienstliche Leben eines Beamten von herausragender Bedeutung.

Heldmann hat allerdings keine Memoiren im üblichen Sinne verfasst. Stattdessen schrieb er die Geschichte des Ministeriums, wie sie sich aus seiner Sicht dargestellt hat. Er zitiert ausgiebig aus Reden, Vorlagen, Sitzungsprotokollen, Presseberichten und Regierungserklärungen. Damit wird das Buch selbst zu einer veritablen Quellensammlung. Doch damit wird es auch zu einer sperrigen Lektüre. Für Politikwissenschaftler und Verwaltungsforscher mag diese durchaus einen

spannenden und anregenden Lesegehalt bieten. Der bürokratische Charme des Buches spiegelt sich etwa in solch schönen Wortumgetümen wie „Planungsvereinfachungsgesetz“, „Wettbewerbsverzerrungsbericht“ oder „Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz“. Jeder der zehn Bundesverkehrsminister, den Heldmann erlebt hat, erfährt in dem Buch eine persönliche Charakterisierung, sei es anhand veröffentlichter Berichte, sei es anhand eigener Beobachtungen. Diese Abschnitte bieten sich als erste Orientierung für einen weiteren Leserkreis an, da hier Positionen, Pläne und Ziele der einzelnen Politiker deutlich werden. Es ist doch sehr aufschlussreich, wie sich etwa der letzte Verkehrsminister der Ära Kohl seinen eigenen „Leitungsstab“ zusammensetzte, um sich vom Dienstbetrieb der Behörde besser abschotten zu können. Heldmanns Buch ist von einer seltsamen „dienstlichen Ferne“, die vor allem den „Bürokraten“ aber kaum den „Menschen“ deutlich werden lässt. Schilderungen großer Ereignisse, wie etwa Mauerbruch und Wiedervereinigung, sind im selben Tenor gehalten wie die Berichte über die oben genannten Gesetze. Lediglich in dem Abschnitt, in dem Heldmann den Dambruch in einem Abschnitt des Main-Donau-Kanals beschreibt, vermittelt eine Ahnung davon, dass sich in der Welt jenseits der Ministerialbürokratie mit ihren internen Intrigen, abstrakten Gesetzen und Vorschriften auch recht reale und bisweilen verhängnisvolle Dinge ereignen können. Das große Manko in der Benutzbarkeit des Buches besteht darin, dass kein Index vorhanden ist. Auch das recht ausführliche Inhaltsverzeichnis kann dafür keinen Ersatz bieten. Heldmanns Erinnerungen bieten einen wichtigen Einblick in Geschichte und Funktionsweise eines Ministeriums, das auf den Alltag der Menschen in Stadt und Land, wenn man etwa nur an das „Sorgenkind Öffentlicher Personennahverkehr“ denkt, einen starken und nachhaltigen Einfluss ausgeübt hat.

Winfried Mönch, Stuttgart

STADT NAUMBURG (Hrsg.), Naumburg an der Saale, Beiträge zur Baugeschichte und Stadtsanierung, Petersberg: Michael Imhof Verlag 2001, 640 S., 39,— Euro.

Denkmalschützer, Denkmalpfleger und Sanierer aller Berufssparten kann man landauf und landab unschwer in Verlegenheit bringen, wenn man sie nach der „Dokumentation“ fragt. Zu den eisernen Grundsätzen der Denkmalpflege gehört bekanntlich das Gebot der Dokumentation des Vorzustandes, des Ablaufs der Maßnahmen und des Endzustandes. Artikel 16 Satz 4 der Charta von Venedig ergänzt dies um die Empfehlung der Veröffentlichung. Vierzig Jahre nach Verabschiedung der Charta und dreißig Jahre nach Inkrafttreten des Städtebauförderungsgesetzes und der meisten Denkmalschutzgesetze sieht die Bilanz des Dokumentations- und Publikationswesens bundesweit düster aus. Versagt haben wohl fast überall die „Macher“ und die Verantwortlichen beim Einsatz der Rechts- und Finanzierungsinstrumentarien. Nicht genug herauszustellen und zu loben ist daher das von Ruth Cypionka und Ulrich Böduel konzipierte umfassende Werk zu den vergangenen zehn Jahren der Stadtsanierung in Naumburg. Kennern der Stadt und der Verhältnisse ist schon über die Jahre deutlich geworden, wie sorgfältig hier gearbeitet und wie die gängigen Fehler der westdeutschen Sanierungswellen vermieden wurden.

Die Planungen und Maßnahmen sind in dem großen Werk anschaulich und mit wissenschaftlichem Anspruch dokumentiert. Nachvollziehbar dargestellt sind die großen Bögen: das Ineinandergreifen von Sanierung und Denkmalpflege in ihren Rechtsgrundlagen und Finanzierungsinstrumenten, die vorbereitenden Untersuchungen zu Geschichte, Archäologie, Baubestand und Gestaltungselementen. Darauf aufbauend die zahlreichen Beiträge des Werkes zu den zehn Jahren Praxis: Chronologie, Sanierungsmaßnahmen im öffentlichen und privaten Bereich, Neubau-

ten in der Altstadt, Werbung, Darstellung einer ganzen Reihe denkmalpflegerischer Detailarbeiten. Nicht vergessen sind die Finanzierung zunächst als städtebauliches Modellvorhaben, dann im Rahmen der Förderprogramme Sanierungsmaßnahmen des Landes und städtebaulicher Denkmalschutz unter bewundernswertem Einsatz von Eigenmitteln der Stadt Naumburg und schließlich eine aufschlussreiche Zusammenstellung der Rechtsstreitigkeiten.

Andere Länder und Städte, aber auch die staatliche Denkmalpflege haben jetzt ein Vorbild für Dokumentation und Publikation – zum Nutzen der Städte, der Denkmäler und aller Beteiligten einschließlich der Eigentümer und Betroffenen. Angesichts des (subventionierten) Preises von 39,— Euro sollte das über jede Buchhandlung erhältliche Werk weite Verbreitung finden.

Dieter Martin, Bamberg

Wolfram Hauer

Lokale Schulentwicklung und städtische Lebenswelt

Das Schulwesen in Tübingen von seinen Anfängen im Spätmittelalter bis 1806

2003. XXVII, 653 Seiten (Contubernium, Band 57). Geb. € 100,— / sFr 160,—. ISBN 3-515-07777-4

Untersucht wird das Schulwesen der zunächst pfalzgräflichen, seit 1342 württembergischen Stadt Tübingen für den Zeitraum vom ausgehenden Mittelalter bis zum Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation im Jahre 1806. Im Zentrum steht die innere Dynamik und Ausdifferenzierung des städtischen Bildungssystems in Wechselwirkung mit der Stadt- und Landesgeschichte und im Blick auf Biographien herausragender und typischer Repräsentanten des Schul- und Bildungswesens. Gestützt auf eine breite Quellenbasis entsteht ein Bild der Beziehungen zwischen der territorialen Schulverwaltung und dem städtischen Magistrat, aber auch zwischen den einzelnen Schulen, der Kirche und der Universität. Erstmals berücksichtigt eine Studie zur Schulgeschichte einer deutschen Universitätsstadt alle Sparten des Schulwesens. Zugleich wird für die Historische Bildungsforschung über die narrative Darstellung der Rahmenbedingungen und Entwicklungsfaktoren von Lehren und Lernen im lokalen Bildungskosmos ein Modell vorgestellt, mit dem sich das Phänomen „Schulwirklichkeit“ besser erschließt und die „Realgeschichte der konkreten Vollzüge erzieherischen Handelns“ Konturen bekommt.

Franz Steiner Verlag

Geschichte



Postfach 101061, 70009 Stuttgart

www.steiner-verlag.de

service@steiner-verlag.de



30. Jahrgang · 2003 · Heft 3

Franz Steiner Verlag

Vierteljahreszeitschrift für
Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Begründet von Otto Borst



Schwerpunkt:

Stadt mit Sicherheit

Herausgegeben von Volker Roscher



Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt
in Verbindung mit Gerd Albers, Helmut Böhme, August Gebessler,
Friedrich Mielke, Jürgen Reulecke, Erika Spiegel und Jürgen Zieger

Begründet von Otto Borst

Redaktionskollegium:

HANS SCHULTHEISS (Chefredakteur) – Prof. Dr.
AUGUST GEBESSLER (Geschäftsführer der Arbeitsgemein-
schaft Die alte Stadt e.V.) – Dr. WINFRIED
MÖNCH (Besprechungen).

Prof. Dr. HARALD BODENSCHATZ, TU Berlin, Institut
für Sozialwissenschaften – Prof. Dr. DIETRICH
DENECKE, Universität Göttingen, Geographisches
Institut – Prof. Dr. ANDREAS GESTRICH, Universität
Trier, Fachbereich Geschichte – Prof. Dr. TILMAN
HARLANDER, Universität Stuttgart, Institut Wohnen
und Entwerfen – Dr. HELMUT HERBST, Galerie der
Stadt Waiblingen – Prof. Dr. JOHANN JESSEN, Uni-
versität Stuttgart, Städtebau-Institut – Prof. Dr.
RAINER JOOSS, PH Schwäbisch Gmünd, Histori-
sches Seminar – Dr. URSULA VON PETZ, RWTH
Aachen, Planungstheorie und Stadtplanung –
VOLKER ROSCHER, Bund Dt. Architekten Hamburg –
Prof. Dr. JOACHIM SCHULTIS, Heidelberg – Prof. Dr.
DIETER SCHOTT, University of Leicester, Dep. of
Economic and Social History – Prof. Dr. HOLGER
SONNABEND, Universität Stuttgart, Historisches
Institut.

Redaktionelle Zuschriften und Bespre-
chungsexemplare werden an die Redaktions-
adresse erbeten: Die alte Stadt, Postfach 10 03 55,
73726 Esslingen a.N., Marktplatz 16, 73728
Esslingen a.N., Tel.: (0711) 3512 3242,
Fax: (0711) 3512 2418.

Die Zeitschrift *Die alte Stadt* ist zugleich Mitglie-
derzeitschrift der ca. 140 Städte umfassenden
Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V.

Erscheinungsweise: Jährlich 4 Hefte
zu je 88 Seiten

Bezugsbedingungen: Jahresabonnement
EUR 76,- Einzelheft EUR 19,-, jeweils zuzüglich
Versandkosten. Vorzugspreis für Studierende
gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studien-
bescheinigung EUR 57,- zzgl. Versandkosten.
Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,

zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen
des Abonnements können nur zum Ablauf eines
Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. Novem-
ber des laufenden Jahres beim Verlag eingegan-
gen sein.

Verlag: Franz Steiner Verlag Wiesbaden GmbH,
Sitz Stuttgart
Birkenwaldstraße 44, D-70191 Stuttgart;
Postfach 101061, D-70009 Stuttgart
Tel.: (0711) 2582-0, Fax: (0711) 2582-408 (390),
Internet: <http://www.steiner-verlag.de>, E-mail:
cfelmik@steiner-verlag.de
Anzeigenleitung (verantwortlich): Susanne
Szoradi (sszoradi@steiner-verlag.de)

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Der
Verlag haftet nicht für unverlangt eingereichte
Manuskripte. Die der Redaktion angebotenen
Originalbeiträge dürfen nicht gleichzeitig in
anderen Publikationen veröffentlicht werden. Mit
der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der
Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht
für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts.
Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht
zur Herstellung elektronischer Versionen und zur
Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht
zu deren Vervielfältigung und Verbreitung online
und offline.
Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge
sind urheberrechtlich geschützt. Kein Teil dieser
Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des
Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmi-
gung des Verlags in irgendeiner Form reproduziert
oder in eine von Maschinen, insbesondere von
Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache
übertragen werden.

Druck: Druckerei Peter Proff,
D-82547 Eurasburg

© 2003 Franz Steiner Verlag
Wiesbaden GmbH, Sitz Stuttgart
Printed in Germany. ISSN 0170-9364



Stadt mit Sicherheit

Zwischen Unsicherheit, Kriminalstatistik
und Law-and-order-Politik

Herausgegeben von Volker Roscher

Abhandlungen

VOLKER ROSCHER, Editorial 181
INGRID BRECKNER / KLAUS SESSAR, Unsicherheiten in der Stadt und
Kriminalitätsfurcht. Ein Gespräch 185
KLAUS SESSAR, Kriminologie und urbane Unsicherheiten 195
INGRID BRECKNER, Unsicherheiten im städtischen Alltag. Soziologische
Blicke auf räumliche Kontexte, Wahrnehmungen und
Handlungsoptionen 217
JUAN RODRÍGUEZ-LORES, Zur Dialektik der Sicherheit 233
WALTER SIEBEL / JAN WEHRHEIM, Projektion von Angst. 12 Thesen zum
Zusammenhang von Unsicherheiten im öffentlichen Raum und deren
Einflussfaktoren 244
WALTER SIEBEL, Die überwachte Stadt – Ende des öffentlichen Raums? 247
KATJA VEIL / UWE-JENS WALTHER, Sichere Innenstädte in Großbritannien.
Von der Kriminalprävention zur Verhaltensregulierung?
Beobachtungen und Anmerkungen zum Beispiel Coventry 258

Literaturbericht

WINFRIED MÖNCH, Städte zwischen Zerstörung und Wiederaufbau.
Deutsche Ortsliteratur zum Bombenkrieg seit dem Zweiten Weltkrieg 265

Autoren 290

Besprechungen

Martin Dinges / Fritz Sack (Hrsg.), Unsichere Großstädte? Vom Mittelalter
bis zur Postmoderne (*Eva Wiebel*) 291

Volker Roscher

Stadt mit Sicherheit

Zwischen Unsicherheit, Kriminalstatistik und Law-and-order-Politik

Editorial

Auch wenn der Haushalt für Soziales und Familie des Bundeslands Hamburg im Jahr 2002 um zweieinhalb Prozent gesunken ist, so muss man sich um die „innere Sicherheit“, deren Haushalt um 2,4 Prozent erhöht wurde¹, offenbar keine Sorgen machen. Nach der Rezeption von Zitaten des damals zuständigen Innensensors ist man sich dann allerdings nicht mehr so ganz sicher, hält er doch die Gen-Analyse für ein „wirksames Mittel“ zur Verbesserung der Aufklärung von Straftaten in Hamburg und führt aus: „Die meisten Straftäter, die jemanden vergewaltigen oder ermorden, sind vorher polizeilich in Erscheinung getreten.“² Die von ihm gleichzeitig unterstellte Täterkarriere vom Schwarzfahrer zum Mörder erscheint dann schließlich doch ein wenig angestrengt und führt uns drastisch den Grund vor, warum wir dieses Heft dem Thema Stadt und Sicherheit widmen.

Es ist die Stadt, die Trägerin der Kultur- und der sozialen Integrationsleistungen unserer Gesellschaft ist. Es war und ist ein ständiges Ringen um ihre Daseinsform, und es existierte niemals nur lineares kulturelles und integratives Aufstreben, sondern stets auch die gegenläufige Tendenz. Über viele Jahrhunderte bot die Stadt „Sicherheit“ und Perspektive in ökonomischer und sozialer Hinsicht. Dabei hat in der Geschichte der Stadt und der Staaten die „Sicherheit“ sehr unterschiedliche Ausdeutungen erfahren:

Die *securitas* im Zusammenhang mit *pax* der augusteischen Zeit beschrieb den Friedensraum im Römischen Imperium. Ab dem 12. Jahrhundert werden auch Straßen, Märkte, Klöster, Besitzungen und Rechte mit dem Sicherheitsbegriff belegt. Später reduziert sich der Begriff immer mehr auf die Sicherheit der Straßen bei gleichzeitigem Bedeutungszuwachs von „Friede“ für den angestrebten Gesamtzustand des Gemeinwesens. Seit Machiavelli und weiter im 16. Jahrhundert wird der Begriff auf die äußere Sicherheit von Staaten und Landesverteidigung bezogen. In der Folge gilt dieses für den (Militär-)Staat, und die *securitas* des Staates tritt in Konkurrenz zu der *libertas* (Freiheit) der Stände. Das 17. Jahrhundert besichert die Unterscheidung zwischen äußerer und innerer Sicherheit und in seiner zweiten Hälfte begründen Hobbes und Pufendorf die Sicherheit philosophisch als Staatszweck und damit

¹ Vgl. *Hamburger Abendblatt*, 26.06.2002, S. 12.

² Vgl. *Hamburger Abendblatt*, 14.06.2003, das auf S. 12 titelt: „Schill: Gentest für Schwarzfahrer“.

als Voraussetzung für ein Leben mit gesichertem Eigentum in Wohlfahrt und Bequemlichkeit. Das 18. Jahrhundert rückt die „Glückseligkeit der Bürger“ in den Vordergrund, die der obrigkeitliche Auftrag der „Polizey“ wurde. Mit der Französischen und Amerikanischen Revolution beginnt der Begriff Freiheit – vor allem vor staatlichen Eingriffen – sich nach vorn zu schieben und meint „Sicherheit vor dem Staat“. Der entstehende Rechtsstaat setzte sich so gegen den früheren „Polizeystaat“. Seit 1829 gibt es die erste professionelle Großstadtpolizei in London und fast gleichzeitig – in Deutschland etwa 50 Jahre später – entstehen hier und in Paris die ersten „Sündenregister“, im 19. Jahrhundert allgemein als „Moralstatistik“ und heute als „Kriminalstatistik“ bezeichnet.³ Der starke gesellschaftliche Umbruch, der sich innerhalb der Städte vollzieht, produziert zusammen mit dem Kerker- und Polizeisystem nicht nur Delinquenz und Delinquenten, sondern rekrutiert aus diesem Potential mit dem seit dem 18. Jahrhundert erfolgenden Übergang des Systems des Strafens zu dem des Überwachens⁴ das Bedrohungspotential und Überwachungspersonal wie Zuhälter, Polizisten oder Spitzel.⁵ Die Gruppe der Delinquenten diente „als Quelle aller Laster und Gefahren nicht nur für die Reichen, sondern auch für die Armen.“⁶ Dass Gefängnisse Kriminelle nicht in rechtschaffene Leute verwandeln,⁷ stellte man schnell fest und nutzte dieses im politischen und ökonomischen Bereich.⁸ Flankierend kommt hinzu: „Die Kriminalberichterstattung ... berichtet Tag für Tag von dem inneren Kampf ... und stellt in diesem Krieg tägliche Alarm- und Siegesmeldungen dar.“⁹

Und damit kommen wir zu einem der Hauptpunkte der heutigen „Sicherheitsdebatte“, die gekennzeichnet ist von der „Rehabilitation von Kriminalstatistiken für Antworten auf Fragen, die sich mit ihnen schlicht nicht beantworten lassen.“¹⁰ Das Wesentliche, was diese Statistik abbildet, ist die „Anzeigebereitschaft“ der Bevölkerung.¹¹ Jede weitere darin erfasste Schwarzfahrt steigert die globale Häufigkeitsziffer der Kriminalität, die darin verzeichneten Normabweichungen beschreiben ein Spektrum, das von Mord bis zum vorgenannten Leichtdelikt reicht.¹² Es sei jedoch

3 In der gesamten Begriffsgeschichte folge ich *M. Dinges / F. Sack*, *Unsichere Großstädte?*, in: *dies.* (Hrsg.), *Unsichere Großstädte. Vom Mittelalter bis zur Postmoderne*, S. 12 ff.; vgl. dazu auch die Rezension dieses Buches in diesem Heft.

4 *M. Foucault*, *Überwachen und Strafen, Die Geburt des Gefängnisses*, Frankfurt a.M. 1977.

5 Vgl. *M. Foucault*, *Räderwerke des Überwachens und Strafens*, Interview (1975), in: *ders.*, *Short Cuts*, Frankfurt a.M. 2001, S. 63.

6 *Ebda.*, S. 62.

7 *Ebda.*, S. 60.

8 *M. Foucault* (s. A 4), S. 357 ff.

9 *Ebda.*, S. 369.

10 vgl. *M. Dinges / F. Sack*, (s. A 3), S. 42.

11 *Ebda.*

12 *Ebda.*, S. 44.

besonders darauf hingewiesen, dass ein Zusammenhang zwischen der Kriminalitätsfurcht, also Unsicherheiten und einem Anstieg der Kriminalität nicht besteht. Was allerdings auftritt, ist eine „hochsignifikante Beziehung zwischen den „law and order“-Programmen der Politik und den dadurch ausgelösten Sorgen der Öffentlichkeit.“¹³

Für das vorgelegte Heft ergibt sich unter anderem die Frage, verträgt die Stadt die sich seit nunmehr 20 Jahren verschärfende „Sicherheitsdebatte“, die nachweislich keinen empirischen Hintergrund einer anwachsenden Kriminalität belegen kann, die allerdings zu einem sog. „valence issue“¹⁴ geworden ist, d.h. alle Parteien sind sich in der Frage der Sicherheit einig und Widerspruch und Diskurs sind nicht zugelassen, sondern werden als Häresie behandelt.¹⁵

Die Beiträge des vorgelegten Heftes können nur einen Ausschnitt des Themas Stadt und Sicherheit ansprechen. Dabei haben wir unter Autorinnen und Autoren intensive Debatten geführt, sowohl über die Heftrezipienten als auch über die Form der Vermittlung des Stoffes. So beginnen wir denn auch mit einem aufgezeichneten Gespräch von *Ingrid Breckner* und *Klaus Sessar* über „Unsicherheiten in der Stadt und Kriminalitätsfurcht“. Die darin behandelten Kategorien finden sich in den folgenden Aufsätzen dann vertiefend behandelt wieder.

Es beginnt mit dem Beitrag von *Klaus Sessar* über „Kriminologie und urbane Unsicherheiten“, der die eigene Disziplin kritisch, seit dem Zeitpunkt ihres Entstehens, durch das städtische Geschehen begleitet. Er arbeitet dabei mit einem umfangreichen Apparat, in dem er auch die bekannten Modelle des „Defensible Space“ wie des „Zero Tolerance“ einschätzt.

Ingrid Breckner betrachtet in der Folge die Unsicherheiten im städtischen Alltag und wirft soziologische Blicke auf räumliche Kontexte, Wahrnehmungen und Handlungsoptionen. Dabei lässt sie die Betrachtung der Erkenntnisse und Erkenntnismöglichkeiten der eigenen Disziplin nicht außer Acht. Breckner wie Sessar sind eingebunden in ein groß angelegtes EU-Forschungsprojekt zum Thema „Insecurities in European Cities“. Bemerkenswerterweise ist es gerade die Kriminalitätsfurcht bzw. Unsicherheit, die sich politisch auszahlt, um Machtsicherungspolitik zu betreiben: „Kriminalität gleichsam als politische und mediale Manövriermasse.“¹⁶ Denn: „Angesichts des Verlustes von wahrgenommener Kompetenz, Aufgaben und Zuständigkeitsbereichen findet der Staat die Kriminalitätskontrolle attraktiv.“¹⁷

13 *K. Beckett*, *Making Crime Pay: Law and Order in Contemporary American Politics*, New York 1997, nach: *M. Dinges / F. Sack* (s. A 3), S. 50.

14 *K. Beckett* (s. A 13), nach *M. Dinges / F. Sack*, (s. A 3), S. 9.

15 *M. Dinges / F. Sack* (s. A 3), S. 41.

16 *Ebda.*; wer die Auswirkungen dieser politischen und medialen Manövriermasse einmal differenziert nachvollziehen möchte, lese den Roman von *Friedrich Ani*, *German Angst*, München 2000.

17 *T. Caplow* und *J. Simon*, *Understanding Prison Policy and Population Trends*, in: *M. Tonry / J. Petersilia*, (Hrsg.), *Prisons. Crime and Justice. A Review of Research*, 26, Chicago and London 1999 (S. 63-120), S. 73; nach *M. Dinges / F. Sack* (s. A 3), S. 54.

Zur Betrachtung der Dialektik der Sicherheit trägt *Juan Rodríguez-Lores* bei, der die objektiven und subjektiven Sicherheitsbedingungen der Stadt als sich selbst beschleunigende Einheit im Tretrad eines Hamsters charakterisiert. Dabei untersucht er die Agenturen der Angst und betrachtet schließlich die verpassten Gelegenheiten der Stadtplanung und der Stadthygiene. Auch er untersucht gleichzeitig seine Wissenschaftsdisziplin, die Philosophie, und deren erkenntnisbegrenzende Kategorien.

Nach so viel Komplexität listen *Walter Siebel* und *Jan Wehrheim* zwölf Thesen zum Zusammenhang von Unsicherheiten in der Stadt unter dem Titel Projektion der Angst auf. Danach betrachtet *Walter Siebel* die Konsequenz der gegenwärtig so einheitlichen Stadtpolitikendenzen: „Die überwachte Stadt“. Er untersucht, ob damit das Ende der öffentlichen Raums gekommen ist.

Der letzte Beitrag des Heftes widmet sich einem praktischen Anwendungsfeld der subjektiven Sicherheit, in dem sich der Videoüberwachung in Verbindung mit Sanktionen und personeller Präsenz bedient wird. *Katja Veil* und *Uwe-Jens Walther* zeigen am Beispiel der englischen Stadt Coventry praktisch auf, was die Sicherheitspolitiker auch hierzulande seit langem rufen.

Allen hier versammelten Beiträgen ist gemein, dass sie in ihren Perspektiven relativ einheitlich den sozialen Einbezug der Menschen in die sie betreffenden alltäglichen Handlungen vorschlagen. Dem liegt die Erkenntnis zugrunde: Wenn die Menschen nicht aus diesen Situationen ausgeschlossen sind, dann werden soziale Handlungen und Wirkungen von ihnen besser eingeschätzt und Unsicherheiten und Angst abgebaut. In diesem Sinne ist die anfangs erwähnte Integrationskraft der Städte eine aktiv durch ihre Bewohner wahrzunehmende.

Ingrid Breckner / Klaus Sessar

Unsicherheiten in der Stadt und Kriminalitätsfurcht Ein Gespräch

INGRID BRECKNER. *Was ist Unsicherheit und wie hat die Kriminologie sie als Forschungsgegenstand entdeckt?*

KLAUS SESSAR. In der Kriminologie hat sich vor etwa 30 Jahren ein Thema herausgebildet, „Kriminalitätsfurcht“, das heißt, wir untersuchen seitdem die Furcht der Menschen vor Kriminalität und deren Gründe. Furcht wurde differenziert nach affektiven, kognitiven und konativen Elementen solcher Gefühle. Konativ, ein sperriger Ausdruck, meint etwa Selbstschutzverhalten, ausgelöst durch solche Furcht. Man ist der Frage nachgegangen, welche Personen und Bevölkerungsgruppen ängstlicher und unsicherer sind als andere, wenn man sich beispielsweise vorstellt, nach Eintritt der Dunkelheit allein auf der Straße sein zu müssen. Oder wer rechnet mehr als andere damit, demnächst Opfer einer bestimmten Straftat oder eines Angriffs zu werden, oder wer ergreift Schutzmaßnahmen oder vermeidet bestimmte Verhaltensweisen, um Kriminalität aus dem Weg zu gehen, bzw. wer tut dies nicht oder weniger. Das waren so ungefähr die Forschungsfragen, wobei Ergebnisse herauskamen, die sich international sehr ähnelten. Wenn ich nur zwei zentrale demographische Merkmale nehme, Geschlecht und Alter, dann sind diesen Forschungen zufolge Frauen durchweg ängstlicher als Männer und ältere Menschen durchweg furchtsamer als Jüngere, obwohl beide Gruppen, Frauen wie Ältere, und schon gar ältere Frauen, weniger zu befürchten haben als Männer und Jüngere, besonders jüngere Männer. Das hat uns stutzig gemacht. Man sprach von einem Kriminalitätsfurchtparadox und versuchte, es auf vielfältige Weise aufzulösen. Das ist bis heute, denke ich, noch nicht richtig gelungen. Vielleicht musste man die Sache daher anders angehen. Es konnte nicht ausgeschlossen werden, dass hinter der sog. Kriminalitätsfurcht, die wir vielleicht zu positivistisch abgefragt hatten, möglicherweise eine andere Dimension von Einstellungen existierte, die man mit allgemeiner, vielleicht existentieller Unsicherheit umschreiben könnte und – so gesehen – vielleicht mit dem gesellschaftlichen Status von Frauen und Älteren zu tun hat. Könnte es also nicht sein, dass Kriminalität in den Antworten der Interviewten auch eine Chiffre ist, ein Code, um damit gänzlich andere Gründe für empfundene Unsicherheiten auszudrücken? Vielleicht sind unsere Unsicherheitsgefühle, die wir ja alle irgendwie haben, derart von Kriminalität besetzt, nicht zuletzt durch die Medien entsprechend imprägniert, dass das Thema „Furcht“ zwangsläufig oder zwanghaft zum Thema „Kriminalitätsfurcht“ wird. Wenn man das dann weiter durchbuchstabiert, kommt man auch auf makro-

strukturellere Fragestellungen bis hin zur Stadt und den Unsicherheiten, die sie auslöst.

INGRID BRECKNER. *Was verstehen Kriminologen unter Kriminalität und wie lässt sich dieser Gegenstand allgemeinverständlich erläutern?*

KLAUS SESSAR. Kriminalität ist zuerst einmal sehr positivistisch die Summe solcher Verhaltensweisen, die durch das Gesetz unter Strafe gestellt wurden. Es gibt Diebstähle, das ist dann Diebstahlskriminalität, es gibt Gewalt und also Gewaltkriminalität, und so fort. Das Beispiel der Gewalt ist vielleicht ganz gut gewählt, weil sie viele Verhaltensweisen betrifft, die gar nicht strafbar sind, die wir als Kriminologen aber dennoch untersuchen würden. Zum Beispiel die Züchtigung von Kindern. Oder es gibt den Begriff der strukturellen Gewalt, der aus der Friedens- und Konfliktforschung kommt. Gemeint ist damit z.B. Menschen hungern oder verhungern zu lassen, obwohl man es verhindern könnte; strukturell gewalttätig ist ebenso die Diskriminierung von Mitmenschen, weil sie beispielsweise Ausländer sind. Dann gibt es den großen Bereich moderner Kriminalität, Wirtschafts- und Berufskriminalität etwa, zum Beispiel Falschabrechnungen durch Ärzte oder Architekten, Polizeigewalt, Subventionsbetrügereien und schließlich die organisierte Kriminalität, die man nochmals differenzieren müsste nach Menschenhandel, Organhandel, Waffenhandel, usw.

INGRID BRECKNER. *Wir erfuhren bei den letzten Wahlen in Hamburg¹ – damit wollte ich zu einer politischen Dimension von Kriminalität und Kriminalitätsfurcht kommen –, dass das Paradox der Kriminalitätsfurcht politikfähig ist, ja damit sogar Wahlen gewonnen werden können. Wie beurteilen Sie politische Instrumentalisierungen einer noch tiefer zu erforschenden Unsicherheit?*

KLAUS SESSAR. Das Beispiel der Wahlen ist gerade ein Beleg dafür, dass wir mit dem Begriff der Kriminalität, wenn die Politik und die Medien sich seiner bemächtigen, eigentlich Furchtgefühle einer anderen Art ansprechen sollten. Der Begriff der Kriminalität wird von ihnen manipulierend eingesetzt. Das wird im nächsten Wahlkampf genauso wieder kommen. Alle Parteien werden dies tun – und zwar werden sie das Versprechen abgeben, dass, wenn man die Kriminalität nur gehörig bekämpft, die Menschen dann sicherer sind. Das aber ist ein Riesenirrtum. Wir haben festgestellt, dass die Unsicherheiten auch dort bleiben, wo die Kriminalität zurückgegangen war. Das ist für uns ein weiterer Beleg gewesen, dass es da noch etwas anderes geben muss, als die schlichte Furcht vor Kriminalität. Zeitungen berichteten z.B. darüber, dass die persönlichen Ängste der Deutschen nach dem 11. September 2001

1 Am 23. September 2001.

stärker geworden und geradezu dramatisch angestiegen sind. Wir wissen, dass viele Menschen daraufhin ihre Flüge auch nach Mallorca storniert haben, obwohl niemand ernsthaft annehmen konnte, das Osama bin Laden es auf diese Charterflugzeuge abgesehen hat. Aber die Flüge wurden trotzdem storniert, das heißt, der Hintergrund ist hier der weltweite Terrorismus. Das ist zwar auch eine Art von Kriminalität, doch in Wirklichkeit muss es sich um noch etwas anderes, Diffuseres handeln. Etwas, das unser Leben mehr und mehr überlagert. Wir sind ganz allgemein eine unsichere Gesellschaft geworden, eine Risikogesellschaft, wie es der Soziologe Ulrich Beck formuliert hat, deren Existenzängste wir durch Verbrechensbekämpfung nicht werden auflösen können. Man redet von der „German angst“, der typischen deutschen Angst, die aber inzwischen längst zur „American angst“ oder zur „global angst“ geworden ist. Das bedeutet, dass all dies zu einem neuen Thema, auch für die Kriminologie, geworden ist. Ich entferne mich als Kriminologe mehr und mehr von dem, was ich bisher als Kriminalität erforscht habe.

INGRID BRECKNER. *Ein Ausflug in fremdere Gefilde ist ja auch der Bezug auf den Gegenstand „Stadt“. Wie gehen Sie als Kriminologe mit der Stadt um? Was ist für Sie Stadt, wie nähert man sich so einem Gegenstand? Greifen Sie da auf stadtwissenschaftliche Befunde zurück oder gibt es ein eigenes Bild der Kriminologie von Stadt?*

KLAUS SESSAR. Es gibt in der Kriminologie eine alte Stadtforschung. Diese war in der Zwischenzeit in Vergessenheit geraten, kommt aber nun wieder. Alles begann in Chicago vor etwa 70 Jahren. Das war eine Stadt, die um Wende zum 20. Jahrhundert eine Zeitlang viele Immigrationswellen durchlief: Deutsche, Chinesen, Sizilianer, Schwarzafrikaner, Engländer, Iren. Diese Gruppen waren in die Stadt gekommen, hatten sich dort niedergelassen und waren dann irgendwann weiter gezogen. Die Ethnien wechselten sich ab. Das Phänomen war, dass die Kriminalität in ihrer unterschiedlichen Verteilung über die Stadt sich nicht bedeutungsvoll veränderte, egal welche Ethnie gerade dominierte. Die Forscher haben damals, und dies führte zu dem Begriff der „Chicagoer Schule“ innerhalb der Kriminologie, konzentrische Kreise über die Stadt gelegt und auf diese abstrakte Weise beobachten können, dass, vom innersten Kreis mit seinen Banken und Handelsunternehmen abgesehen, die Kriminalität am ausgeprägtesten in der Innenstadt war und dann zu den Rändern der Stadt hin kontinuierlich abnahm, und dies, wie gesagt, unabhängig von den jeweiligen Immigrantengruppen. Solche Beobachtungen führten zu der Überlegung (die später vernachlässigt wurde und erst seit kurzem wieder aufgegriffen wird), dass die Kriminalitätsverteilung nicht an den Menschen, sondern an den städtischen Strukturen liegen musste. In diesem Fall vielleicht an Baustrukturen, an der Architektur, überhaupt an der Art und Weise wie eine Stadt komponiert ist. In einem erweiterten Rahmen wurden solche Überlegungen wieder aufgenommen, und die Stadt rückte

mehr und mehr in den Mittelpunkt des kriminologischen Interesses. Ich sollte vielleicht gleich hinzufügen: Das Interesse galt nicht mehr wie früher so sehr den städtischen Bedingungen als Ursachen für Kriminalität, sondern der Stadt als einem Strukturnetzwerk, in dem Kriminalität nicht entsteht, sondern vorkommt. Kriminalität ist ja die normalste Sache der Welt, und wenn man sich unter dem Aspekt der Kriminalitätsfurcht die Stadt als Forscher neu ansieht, untersucht man nicht nur Kriminalität als Furchtauslöser, sondern urbane Kontexte, in welchen sie zusammen mit vielen anderen Bedingungen für Unsicherheiten eine Rolle spielt. Die Amerikaner sind in diesem Punkt schon viel weiter, in den USA wird systematischer als hier beispielsweise der Verfall der Städte oder von Stadtteilen untersucht, die Vokabeln sind „incivility“, „social disorder“ und „social disorganization“. Davor haben die Bewohner manchmal mehr Angst als vor konkreter Kriminalität. Es gibt dort die broken-windows-Debatte: eine Fensterscheibe ist kaputt, und wenn die nicht gleich repariert wird, wird es bald weitere kaputte Fensterscheiben geben, und irgendwann ist alles kaputt. Das sind die Dinge, die zu Unsicherheiten führen, manchmal mehr als Kriminalität.

INGRID BRECKNER. *Wie sehen Sie in diesem Kontext die Entwicklung von „gated communities“ in den USA und in Europa?*

KLAUS SESSAR. Wie die Amerikaner ihren Ängsten mit den sog. „gated communities“ zu begegnen versuchen, das kann ich mir in der Tat bei uns kaum vorstellen, jedenfalls nicht in der Art und Weise, in der man dies drüben erlebt und die einen frieren macht. Solche umzäunten Gemeinwesen würden gegen viele rechtliche Vorschriften bei uns verstoßen. Neulich habe ich von Ihnen gehört, dass es so etwas hier schon gibt, daß mehr Kinder von außerhalb rein. Das ist eine Form der Selbstisolierung, vor der ich nur deshalb keine so große Angst habe, weil ich nicht glaube, dass eine ganze Gesellschaft sich so verbarrikadieren wird. Das sind immer nur die wenigen Reichen, die sich so etwas leisten können – sollen sie! Aber es bleibt gespenstisch.

INGRID BRECKNER. *Anhand eines Beispiels lassen sich wohnortabhängige Perspektiven auf städtische Räume verdeutlichen: Die Mehrheit der Professoren der Technischen Universität Hamburg-Harburg wohnt am Rand der Lüneburger Heide. Unser ehemaliger Präsident sagte mir mal: „Was, Sie wohnen in Altona, da wird doch jeden Abend einer erschossen! Wie kann man als Frau dort wohnen?“ Er wohnte außerhalb Hamburgs. Ich fragte zurück, wie oft er in Altona sei, aber er bewegte sich dort nie. Andere Kollegen aus dem Hamburger Umland kommentierten die Gegend der Rothenbaumchaussee mit den Worten: „Was ist denn das hier für eine zerstörte Gegend?“ Es war nur eine Baustelle, aber erneut eine Perspektive auf das Thema Stadt mit manifesten negativen Assoziationen. Geht die Kriminologie mit solchen Stadtbildern als Angstgeneratoren um?*

KLAUS SESSAR. In der Tat gibt es die Überlegung, ob die Stadt Kriminalität generiert oder anzieht. „Generator or receptor“ – das sind unentschiedene Fragestellungen. Wahrscheinlich stimmt beides, man kann ohnehin nie „entweder – oder“ sagen. Die Wahrnehmungen, von denen Sie berichten, sind hochselektiv. Sie sind medial eingefärbt worden, nicht erfahrungsgestützt. Jeder, der in einer von außen gesehen hochbelasteten Gegend lebt, wird erfahren, dass diese, von innen gesehen, so belastet nicht ist. Dann die andere Wahrnehmung, wonach in einer Stadt der öffentliche Raum so gefährlich ist oder sein soll. Ich entsinne mich an den Ausspruch einer Referentin, die vor einigen Jahren auf einer Tagung in Salzburg den Frauen zurief: „Verlasst Eure Wohnung und flieht in die Stadt. Dort seid ihr sicherer“. Das ist ein Sachverhalt, den der Kriminologe mit seinen Statistiken mühelos belegen kann. Der öffentliche Raum ist nicht, zumindest für bestimmte Gruppen, der unsichere Raum, sondern es ist die Wohnung. Der Hort der Familie ist der Hort der Gewalt. In der Kriminologie ist das klingende Münze; Frauen werden ganz selten durch fremde Personen getötet, sondern, das mag überraschen, zu rund 50% durch Familienmitglieder. Bei Männern ist es anders, Tatorte sind bei ihnen häufig Kneipen, Bars, Sportplätze usw. Das hat auch wieder etwas mit unterschiedlicher Partizipation am öffentlichen Leben zu tun, das ist gar keine Frage. Wenn daher der öffentliche Raum als unsicher wahrgenommen wird, dann interessiert uns dies weniger unter dem Aspekt krimineller Belastung, sondern unter dem Aspekt allgemeiner Unsicherheitsfaktoren. Zu ihnen zählt natürlich auch die Kriminalität, aber eben, das ist das Ergebnis vieler Recherchen, als ein Element und nicht mehr als das Hauptelement.

INGRID BRECKNER. *Unterscheidet ein Kriminologe zwischen städtischen Räumen innerhalb der Stadt oder ist Hamburg aus dieser Perspektive immer das Ganze?*

KLAUS SESSAR. Man könnte vielleicht folgendes sagen, dann muss ich aber die Stadt Hamburg für einen Augenblick verlassen. Wir wissen, dass eine bestimmte Bauart mit Kriminalität zusammenhängen kann. Das scheint, wenn ich die Literatur richtig verstanden habe, eine weitere Erkenntnis zu sein: In Hochhäusern gibt es mehr Kriminalität als in anderen Mietshaustypen, unabhängig davon, wer drin wohnt. Die Art der Kriminalität ist dann wiederum unterschiedlich und abhängig davon, wer drin wohnt. Aber die Tatsache des Hochhauses, oder von bestimmten Typen von Hochhäusern, bedeutet dann, dass es dort immer mehr Kriminalität geben wird als im Falle von Flachbauten, Reihenhäusern oder Gründerzeitbauten. Wenn ich jetzt wieder auf die Stadt Hamburg zurückkomme, würde ich vermuten, dass dort, wo diese Art von Architektur, nämlich Hochhäuser, das Stadtbild prägt, ich auch mehr Kriminalität antreffe. Das muss dann nicht ein bestimmtes Stadtviertel sein.

INGRID BRECKNER. *Haben die modernen Architekten da zu kurz gedacht oder zu wenig gewusst?*

KLAUS SESSAR. Dazu muss man sich vielleicht vor Augen halten, was vor zwanzig, dreißig Jahren in den USA angedacht wurde. Man hatte sich überlegt, ob man eine Stadt, die erst noch gebaut werden soll, so entwirft, dass sie kriminalitätsabweisend, kriminosensibel gebaut wird, z. B. durch eine möglichst große Transparenz des öffentlichen Raums. Auch so einfache Dinge wie eine gute Straßenbeleuchtung gehörten dazu. Es gehörte aber auch dazu, wie sicher man in ein Mehrfamilienhaus hineinkommt, ob also in der Eingangshalle dafür gesorgt wird, dass es keine Ecken gibt, in denen jemand ungesehen stehen könnte. Wer in den USA war, weiß vielleicht, dass es in den Lifts solcher Häuser immer oben links einen Spiegel gibt, um sehen zu können, ob in der blinden Ecke rechts jemand steht. Solche Dinge waren zu berücksichtigen, um sie zu einer neuen Wohnstruktur zusammenzufügen, die dann so attraktiv für die Bewohner ist, dass sie bereit sind, ihre Areale zu verteidigen. Daher kommt dann auch der Begriff „Defensible space“. Das bedeutet, dass man nicht mehr anonym nebeneinander herlebt, sondern ein Interesse hat, die eigene Wohngegend, wie groß immer sie ist, zu verteidigen. Aber man war von den Ergebnissen enttäuscht, die Kriminalität änderte sich nicht mit veränderten Architekturen. Man musste feststellen, und stellt dies fast immer wieder fest, dass Baupolitik, Sozialpolitik und Wohnpolitik nicht zu trennen sind. Dass sie sich überkreuzen. Die hochbelasteten Gebäude waren eben von solchen Bevölkerungsgruppen bewohnt, bei denen man auch außerhalb dieser Gebäude vermehrt strafbares Verhalten vermuten durfte oder tatsächlich entdeckt hat. Diese Leute waren gar nicht in der Lage, dem Appell, das eigene Areal zu verteidigen, zu folgen. Ich glaube, dass dies der Hauptkritikpunkt an den mageren Ergebnissen war. Man sollte wieder von vorne anfangen und die Kritik berücksichtigen.

INGRID BRECKNER. *Schöne Überleitung zu der Frage nach Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf Kriminalitätsfurcht und reale Kriminalität: In gated communities werden Zäune gebaut, Kontrollmechanismen eingerichtet oder bestimmte Nutzungen zu bestimmten Zeiten ausgeschlossen. In der Schweiz scheint das Konzept des „defensible space“ wieder aktuell zu sein. Polizei, Sozialarbeit und gut betuchte Bürger schließen sich in einem neuen Verständnis von Bürgerwehr zusammen, um ihre Sicherheit zu erhöhen. Polizei und Sozialarbeit fordern die Aufmerksamkeit, Kommunikation und Nachbarschaftsfähigkeit von Bürgern, weil sie sich allein mit der Aufgabe der Gewährleistung von Sicherheit überfordert fühlen. Bei den Bürgern setzt ein solches Engagement ein hohes Maß von Identifikation mit dem Wohnumfeld voraus. Sehen Sie in solchen Praktiken eine Weiterentwicklung des US-amerikanischen Konzeptes vom „defensible space“?*

KLAUS SESSAR. Ich muss gestehen, dass ich diesem Modell anhängen. Das ist ein Modell in Kombination zweier Begriffe: „Community Crime Prevention“ und „Community Policing“. Ersteres ist leicht mit kommunaler Kriminalprävention zu über-

setzen, letzteres lassen wir unübersetzt. Hierbei könnte es, wenn alles richtig lief, zu einer neuen Aufgabenstellung für die Polizei, das Gemeinwesen und die Bürger kommen. Alle müssten umdenken. Die Polizei, die bis jetzt überwiegend repressiv auf Strafverfolgung ausgerichtet ist, müsste begreifen, dass sie sich neben ihrer repressiven Tätigkeit als eine Serviceeinrichtung für den Bürger und die Gemeinde versteht, also mit anderen Worten zum Dienstleistungsbetrieb wird und Kundendienst betreibt in Sachen Gemeinwesenstabilisierung, Integration des Gemeinwesens und seiner Bürger. Letzteres kann sie noch nicht, weil sie nicht entsprechend ausgebildet wurde. In Kanada etwa findet eine solche Ausbildung der Polizei statt. Wir müssen die Auswirkungen abwarten, hat die Polizei doch intrinsische Neigungen, sofort alles zu okkupieren, womit sie betraut wird. Dann freilich wäre dieses Modell zum Scheitern verurteilt. Was die Gemeinde betrifft, also die Stadt, aber auch jedes Dorf, so soll Polizei nach diesem Modell nicht mehr nur für Ordnung sorgen, sondern auch für Sicherheit. Das bedeutet, die Gemeinde muss sich jetzt neu überlegen, was sie tun kann, damit die Bürgerinnen und Bürger sicherer leben können, sich wohler fühlen. Und der Bürger muss allmählich lernen, Sicherheit nicht mehr nur zu konsumieren, sie abzufragen und einzufordern, sondern sich an ihrer Herstellung zu beteiligen. Wenn solch ein Modell klappen würde – ich spreche von einem Idealfall, tatsächlich gibt es so etwas noch nicht –, dann könnte das dazu führen, dass die Gefahr der weiteren Anonymisierung, der weiteren Desintegration des Gemeinwesens, der Entmischung, der Segregation, der Marginalisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen gemildert wird, ich sage nicht: gebannt wird. Das verlangt völlig neue Konzepte. Meiner Erinnerung nach hat man auch in Hamburg versucht, Einwohnerversammlungen anzuberaumen und dafür in der Öffentlichkeit geworben; nur ist kaum jemand gekommen, obwohl die erklärte Bereitschaft, sich an Sicherheitsveranstaltungen zu beteiligen, groß ist. Um Sicherheit von unten herzustellen und nicht von oben herbeizuführen, das ist ja die Idee, müssten alle mitmachen.

INGRID BRECKNER. *Noch eine Rückfrage, weil Sie sagten, die Polizei sei für gemeinwesenorientierte Kriminalprävention nicht hinreichend ausgebildet: Gibt es in Deutschland, z.B. an Fachhochschulen für das Polizeiwesen oder vergleichbaren Institutionen, erste Schritte in diese Richtung? In Norditalien existieren inzwischen Ausbildungsgänge für die kommunale Polizei in Zusammenarbeit mit Universitäten und in Holland dienen große Tagungen diesem Zweck, wobei sogar der Gender-Aspekt im Polizeidienst Berücksichtigung findet. Was gibt es diesbezüglich in der Bundesrepublik?*

KLAUS SESSAR. Community policing, auch in Form des idealtypischen Dreiermodells: Polizei – Bürger – soziale Institutionen gehört wohl an fast allen Polizeifachschulen zum Lehrprogramm, wahrscheinlich als Teil des Themas Kriminalprävention. Eine andere Frage ist die der praktischen Umsetzung, und da habe ich meine großen

Zweifel. Man lehrt so etwas vielleicht, aber ob man darin auch ausgebildet wird? Wird Krisenintervention gelehrt, zu der gehört, im Falle einer Straftat diese auch einmal nicht zu verfolgen, was man als Polizist aber muss? Auch meinen solche Modelle ja Prävention, und ich habe den Eindruck, dass sich die Polizei ungern in eine präventive Ecke drängen lässt, in der sie nicht weiß, ob sie einen messbaren Erfolg vorzeigen kann. Das ist ja das Problem bei der Prävention: Es kann sehr gut sein, dass der Erfolg sowieso nicht eingetreten wäre, also auch ohne Beteiligung der Polizei. Wir kennen das aus der Medizin, dort heißt es Spontanremission, und aus der Jugendkriminalität, dort nennen wir es Spontanbewährung. Etwas anderes gilt für die Verfolgung von Straftaten und Straftätern. Deren Erfolge kann man messen. Ich habe den Eindruck, dass da noch große Hemmschwellen überwunden werden müssen.

Das Gegenstück zu community policing ist die Praxis der „zero-tolerance“ als Bestandteil polizeilicher Prävention durch Repression. Sie bedeutet, dass man nicht vergibt und nirgends wegsieht (einmal unabhängig davon, dass dies praktisch nicht durchzuhalten ist), auch und vor allem bei kleinsten Abweichungen wie Biertrinken auf der Straße oder aggressivem Betteln, falls das verboten ist. Sowieso bei Graffiti. Ich habe aus der Presse den Fall einer Frau in New York, die wegen Schwarzfahrens in der U-Bahn dran war, weil sie ihre Einkaufstasche neben sich auf den Sitz gestellt hatte, für diesen Sitz aber nicht bezahlt hatte; also war ihre Tasche schwarzgefahren. Je intoleranter das Konzept ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit von polizeilichen Übergriffen. In der Kriminologie gibt es die Überlegung, wonach Gewalt Bestandteil gesellschaftlichen Zusammenlebens ist, sozusagen dazu gehört; wird sie dann an einer Stelle unterdrückt, taucht sie an einer anderen Stelle wieder auf. In New York war das offenbar bei der Polizei der Fall. Zwischen 1993 und 1997 gab es ungefähr 25.000 Beschwerden, und über 90 Millionen \$ musste die Stadt an Opfer von Polizeiübergriffen zahlen. Ein anderes Problem wird unter Verdrängung und Verlagerung diskutiert: Zum Teil sind Gewalt-Probleme nämlich in Nachbarstädte oder Nachbarstaaten verdrängt worden. Diese stöhnen dann unter den Drogenabhängigen, die New York ihnen durch Vertreibung aufgehalst hat. Kein Zweifel aber, die Kriminalität ist in der Stadt erheblich zurückgegangen. Nur, sie ist in der gleichen Zeit auch in anderen Städten zurückgegangen, wo das New Yorker Modell nicht galt, etwa in Chicago, San Diego und Boston. Insgesamt wird der Rückgang der Kriminalität daher auch mit drei Faktoren in Verbindung gebracht: mit dem Sinken der Arbeitslosigkeit, mit der demographischen Entwicklung, also auch der Abnahme der am stärksten belasteten Bevölkerungsgruppe der jungen Männer, und mit dem Abebben der Drogenwelle. Gleichwohl muss eingeräumt werden, dass der Rückgang der Kriminalität größer war als der in Chicago, das stimmt schon.

INGRID BRECKNER. *„Zero tolerance“-Politiken setzen offenbar hohe Gefängniskapazitäten voraus. In welchem Verhältnis stehen die hierfür erforderlichen öffentlichen Mittel zu damit verbundenen Problembewältigungschancen?*

KLAUS SESSAR. Es geht um die amerikanische Gesellschaft, die, um es einmal schonend auszudrücken, einer gewalttätigen Philosophie folgt – violence as the American way of life, wie die Amerikaner selbst sagen –, und das ist dann nicht nur die Frage, ob sie viel Gewaltkriminalität hat, das ist auch die Frage, wie man darauf reagiert. Amerika hat die wohl stärkste Gefängnispopulation der Welt, nämlich knapp 2 Millionen; pro Hunderttausend der Wohnbevölkerung gerechnet sind dies knapp 700 Gefangene, in Deutschland knapp 100. Und das sind Stichtagsstatistiken, nicht Zugangsstatistiken, dann sähe alles noch viel dramatischer aus. In Kalifornien hat der Haushaltstitel für den Strafvollzug den für das Soziale überholt; das heißt, es gibt mehr Ausgaben für den Strafvollzug als für soziale Fürsorge oder was immer man unter diesem Titel untergebracht hat. In Kalifornien ist es so, dass, wenn jemand zum dritten Mal wegen einer Straftat verurteilt wird, egal um welches Delikt es sich gehandelt hatte, er für diese dritte Tat 25 Jahre oder lebenslang bekommt. Auch dann, wenn alle drei Taten vielleicht nur Diebstähle gewesen waren. Ich nenne so etwas die Gewaltphilosophie der Amerikaner, vielleicht könnte man auch sagen: ihre Gewaltphantasien. Wenn ein wegen eines Sexualdelikts verurteilter Gefangener entlassen wird, dann gibt es Staaten, die ihn zwingen, dies öffentlich zu offenbaren, zum Beispiel mit einem Schild am Gartenzaun, oder dadurch, dass seine Daten bei der Polizei eingesehen werden können.

INGRID BRECKNER. *Welche Akteure wünschen Sie sich als Kriminologen außer Polizei und Justiz zur Mitwirkung in der Gestaltung städtischer Sicherheiten?*

KLAUS SESSAR. Die Polizei auf jeden Fall. Die Polizei hat Ressourcen, auf die ich nicht verzichten könnte. Ich würde die Stadtentwicklung dazunehmen, die Architekten, nach all dem, was ich vom Zusammenhang zwischen Stadtarchitektur und Kriminalitätsentwicklungen verstanden habe. Ich würde die Schulen hinzunehmen, ebenso Ämter und Behörden, die mit Jugend zu tun haben. Unter allen Umständen Institutionen, die mit Ausländern zu tun haben, also die Ausländerbeauftragten. Und unter allen Umständen die Drogenbeauftragten und die Politik natürlich.

INGRID BRECKNER. *In Hamburg versucht die Politik sich weitgehend selbständig und mit umstrittenen Konzepten an das Werk der Sicherheit zu machen. Was sagen Sie so aus kriminologischer Perspektive dazu?*

KLAUS SESSAR. Eine Antwort darauf verlangt mehr als einen Satz. Der Innensenator hat ja versprochen, die Kriminalitätsrate binnen hundert Tagen halbieren zu wollen. Wir Kriminologen haben dies durchaus auch für möglich gehalten, und zwar durch eine Kampagne, mit der die Bürger überzeugt werden müssten, bei Straftaten in Zukunft nicht mehr zur Polizei zu gehen. Die von der Polizei verwaltete Kriminalstatistik, die wir ja alle für die Berechnung der Kriminalitätsentwicklungen zur Hand

nehmen, ist zu 95% eine Anzeigestatistik. Das heißt, wenn jemand sich als Opfer einer Straftat entschließt, zur Polizei zu gehen, dann findet diese Anzeige Aufnahme in die Statistik. Damit haben wir eine Information. Geht er oder sie nicht zur Polizei, fehlt uns diese Information. Die Addition all dessen, was im Laufe eines Jahres angezeigt wird, ist dann die polizeiliche Kriminalstatistik von Hamburg bzw., durch Addition der Daten aller Bundesländer, des Bundes. So läuft das, mehr ist es nicht. Die Polizei kann selbst keine Kriminalität, es sei denn durch Zufall, entdecken. Ausnahmen sind Straßenverkehrs- und Drogendelikte, hier und da auch noch Wirtschafts- oder Umweltdelikte. Das heißt, wir wissen eigentlich nicht, ob der Anstieg der Kriminalität von einem Jahr zum nächsten auf mehr Kriminalität oder auf mehr Anzeigen zurückzuführen ist. Kleines Beispiel. Es gab eine sehr interessante und für uns alle sehr wichtige Befragung zur Schulgewalt in Hamburg, daneben in Leipzig, Hannover, Stuttgart und Kiel. Das waren Befragungen von Schülern und Schülerinnen der neunten Jahrgangsstufe darüber, ob sie Opfer von Gewalt im Zusammenhang mit der Schule (Schulhof, Schulklasse, Schulweg) geworden und bzw. oder ob sie Täter solcher Delikte gewesen waren. Diejenigen, die sich als Opfer einer Gewalttat zu erkennen gaben, wurden dann gefragt, ob die Polizei hiervon erfahren habe (regelmäßig auf dem Weg einer Anzeige durch das Opfer selbst, durch Mitschüler, die Schule oder die Eltern). Das Ergebnis hier in Hamburg war, dass nur in 14% der Fälle die Polizei davon erfahren hatte, in 86% der Fälle also nicht. Man könnte sich nun lange darüber unterhalten, ob es vielleicht sogar richtig ist, wenn die Polizei davon nichts erfährt, um das pädagogische Klima nicht zu stören, wenn sie zu Ermittlungszwecken in die Schulen geht; das ist hier nicht der Punkt. Der Punkt ist: 86% Dunkelfeld von Schulgewalt in Hamburg, 9. Jahrgangsstufe, zweimal abgefragt im Abstand von zwei Jahren. Mit Kampagnen à la Ex-Senator Schill,² die Schüler, Lehrer und Eltern auffordern, in Zukunft solche Vorkommnisse anzuzeigen, ließe sich vermutlich eine immense Steigerung der Jugendgewaltkriminalität erzielen. Medien und andere öffentliche Akteure würden aufheulen, obwohl nichts anderes passiert, als eine Aufforderung, konsequenter zur Polizei zu gehen. Besagte Steigerung wäre eine statistische; sollte es wirklich auch eine Steigerung von Kriminalität gegeben haben, würden wir das nicht erfahren. Deshalb habe ich gesagt, die einzige Möglichkeit, statistisch zu einer deutlichen, über ein paar Prozente hinausgehenden Reduktion der Kriminalität zu kommen, ist, weniger anzuzeigen.

2 Früherer Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg.

Klaus Sessar

Kriminologie und urbane Unsicherheiten

1. Einführende Bemerkungen

Die Kriminologie ist als eine sozialwissenschaftliche Disziplin bekannt, die traditionell nach den Gründen oder Ursachen kriminellen Verhaltens fragt. Da sie als Hilfswissenschaft des Strafrechts begann, waren ihr unter dem Aspekt der Kriminalitätsverhütung abschreckende und bessernde Strafen vertrauter als etwa sozial- und kommunalpolitische Maßnahmen. Das bedeutete anfangs eine Fokussierung auf das Individuum und seine kriminovalenten Merkmale (z. B. Sozialisationsstörungen, gar Erbanlagen), deren Kenntnis für ihre Beherrschbarkeit nutzbar gemacht werden sollte. Soweit Kriminalität als Gesamtproblem der Gesellschaft wichtig wurde, sorgten sich kriminalsoziologische Theorien um Zusammenhänge etwa mit Armut, mit subkulturellen Milieus, zerrütteten Familienstrukturen, der Integrationsunwilligkeit gegenüber Fremden, Gewalt in den Medien oder mit der Verfügung über Waffen oder mit Erosion des Gemeinwesens.

Der Zusammenhang zwischen Stadtstruktur und Kriminalität wurde schon sehr früh gesehen und hatte mit der Industrialisierung und der damit einhergehenden Urbanisierung und Pauperisierung der Gesellschaften zu Beginn des 19. Jahrhunderts zu tun. Erstmals offenbar in Manchester wurden Untersuchungen zu Stadtvierteln unternommen, die sich beispielsweise auf den Zustand der Häuser, die Anzahl der Kneipen (zur Messung der Verbreitung von Alkohol) und die soziale Situation der Bewohner (Hunger, Krankheiten, Sterblichkeit, usw.) bezogen. Ein derartiges erstes „Mapping“ wurde auch in Paris durchgeführt, wo durch Zählung der Bettler, Prostituierten, Diebe, Betrüger, Spieler, usw. für einzelne Stadtviertel eine Art, wie man das früher nannte, „Topographie der Moral“ entstand.¹

Man betrachtete später solche Studien als Vorläufer von Untersuchungen zur stadtstrukturell bedingten Verteilung der Jugendkriminalität in Chicago in den 1920er Jahren, die zu Aufsehen erregenden Befunden führten. Die Forscher unterteilten die Stadt vom Zentrum zur Peripherie in Zonen und fanden mit Hilfe offizieller Statistiken heraus, dass die Kriminalitätsdichte um das Stadtzentrum mit seinen Banken

1 *J.Ph. Kay*, *The Moral and Physical Condition of the Working Classes employed in the Cotton Manufacture in Manchester*, 2.Aufl., London 1832; *B.W. Neale*, *Juvenile Delinquency in Manchester. Its Causes and History, its Consequences and Some Suggestions Concerning its Cure*, Manchester 1840; *H.A. Frégier*, *Des classes dangereuses de la population dans les grandes villes*, Bruxelles 1840; Zum Ganzen *A. Mechler*, *Studien zur Geschichte der Kriminalsoziologie*, Göttingen 1970, S. 123 ff.

und Geschäften (den sog. Loop) am stärksten war und sich zu den Stadträndern hin kontinuierlich abschwächte. Das Bemerkenswerte war dabei, dass diese konzentrische Kriminalitätsverteilung unabhängig von den die Stadt durchziehenden Immigrationswellen (zuerst Deutsche, Iren und Engländer, später Polen und Italiener) beobachtet wurde. Dieser statistische Teil der Studie wurde durch zahlreiche Lebensberichte jugendlicher Delinquenten qualitativ angereichert. Die Schlussfolgerung aus den Untersuchungen, die in anderen amerikanischen Städten wiederholt wurden und zu ähnlichen Ergebnissen führten, war, dass es nicht so sehr auf die ethnische Herkunft und Zusammensetzung der Bewohner, sondern auf den ökonomischen, kulturellen und sozialen Zuschnitt der betreffenden Zonen ankam, um deren Kriminalitätsaufkommen erklären zu können. Dieses korrelierte nämlich hoch mit Säuglingssterblichkeit, Typhuserkrankungen, Überbevölkerung oder hohen Anteilen an Fürsorgeempfängern, also mit einer erbärmlichen lokalen Sozialstruktur. Manches sprach mit anderen Worten dafür, dass besagte Stadtteile eher Kriminalität hervorbrachten („generator“) als dass sie diese anzogen („receptor“), d.h., die kriminelle Belastung wurde groß, weil die Gegend heruntergekommen war und weniger, weil Kriminalität sie dazu gemacht hatte.² Kriminalprävention ist in einem solchen Fall nur durch Einwirkungen auf die Sozialstruktur vorstellbar. Wenn nämlich eine soziale Desorganisation der Stadt oder bestimmter Zonen eine wesentliche Wurzel des Kriminalitätsproblems sind, dann kann die Abhilfe nur in der Wiederherstellung der sozialen Organisation liegen – mit der Konsequenz einer sich aus einer funktionierenden Gemeinschaft fast von selbst ergebenden sozialen Kontrolle.³ Denn dann ist es nicht nur der Täter, der Re-Sozialisierung benötigt, sondern auch, und weitreichender, das Gemeinwesen. (Wobei wir aufpassen müssen, hochbelastete Stadtquartiere nicht zu pathologisieren, um nicht diejenigen, die dort zu leben gezwungen sind, gleich mit zu stigmatisieren und Teufelskreise entstehen zu lassen.)

Das Interesse an derartigen stadtoökologischen Zusammenhängen ging in der Folgezeit verloren und kam erst wieder auf, als die Kriminalitätsforschung „die Tat“ zu entdecken begann. Mehrere Beobachtungen kamen zusammen:

- a) Das Bild vom ausnahmsweisen Täter passte irgendwann nicht mehr, als sich herausstellte, dass Kriminalität aus modernen Gesellschaften zwar wegzuwünschen, aber nicht wegzudenken ist, dass sie in allen Bevölkerungskreisen zu Hause ist

2 Zum Ganzen *H.-D. Schwind*, *Kriminologie. Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen*, Heidelberg 2003, S. 133 ff. Der für diesen Forschungskomplex zur Verfügung stehende Begriff war der der Humanökologie (oder Sozialen Ökologie), der besagt, dass die Menschen in einer Wechselwirkung zu ihrer (räumlichen) Umgebung stehen, dass sie auf der einen Seite ihr Umfeld formen und nutzen und auf der anderen Seite von ihm geformt und zu vielerlei Anpassungen gezwungen werden.

3 Vgl. auch *G. Korfes / K. Sessar*, Sicherheitspartnerschaften in Brandenburg. Kommunalpolitische Aspekte eines kriminalpräventiven Modells, in: *KommunalPraxis*, 8 (1999), S. 13 ff. (S. 16 f.).

und lediglich die Art des Delikts bevölkerungsspezifisch variieren mochte. Damit gingen den Kriminologen manche ihrer bisherigen kriminologischen Theorien (und allen übrigen manche ihrer gängigen Alltagstheorien) verloren, denn es ist natürlich schwierig, ein allgemein verbreitetes, sozusagen normales Phänomen mit Persönlichkeitsdefekten erklären zu wollen. Eine flüchtige Erklärung, wenn es denn eine ist, ist die vielfach beobachtete und diskutierte Ablösung des innengelenkten Menschen, dem Handlungsmaßstäbe wie Moral, Gewissen, Schuld oder Scham zur Verfügung stehen, durch den zunehmend außengeleiteten Menschen, dessen Handlungen externer Kontrollen bedürfen, um normkonform zu bleiben.⁴ Ein solches Menschenbild hat starke utilitaristische, um nicht zu sagen hedonistische Züge; ihm zufolge stellt der Mensch in seinem – legalen wie illegalen – Streben nach Lustgewinn und Gewinnmaximierung ständige Kosten-Nutzen-Analysen an. Eine Straftat wird dann begangen, wenn die errechneten Kosten gegenüber dem zu erwartenden Nutzen geringer ausfallen, bzw. sie wird im umgekehrten Fall unterlassen. Höhere Kosten wären etwa schwer überwindbare Kontrollen oder das Risiko des Erwischtwerdens (sog. Theorie der rationalen Wahl).⁵ Die Triftigkeit dieses Ansatzes ist einstweilen umstritten; er würde aber erklären helfen, warum die Appellfunktion des Strafrechts, die sich ja an innere Kontrollinstanzen richtet, immer weniger funktioniert, weshalb verstärkt auf Kriminalitätskontrollen einschließlich Kriminalprävention, gesetzt wird.

- b) Damit hängt eine weitere Entwicklung zusammen, die der Einbeziehung des (potentiellen) Opfers in alle theoretischen Überlegungen der Verbrechenverhütung. Nachdem man erkannt hatte, dass Täter ihre Opfer nur selten zufällig aussuchen, vielmehr Kriterien des Erfolgs bzw. Misserfolgs einsetzen und das wesentlichste Kriterium die Verwundbarkeit des potentiellen Opfers ist, versuchte man, Merkmale der Schutzlosigkeit herauszuarbeiten und zu systematisieren, um künftige Opferwerbungen zu reduzieren. Das war ganz vordergründig zunächst die physische Unterlegenheit von Kindern, Frauen, alten und behinderten Menschen; das waren später die exponierten Lebensmilieus bestimmter Bevölkerungsgruppen, und schließlich erschloss man das raumzeitliche Koordinatensystem alltäglicher Lebensabläufe mit ihren unterschiedlichen Risiken und Gefahren. Zum Forschungsgegenstand wurde die Gelegenheit oder Situation (also die potentielle Tat), die weniger herbeigeführt als ausgenutzt wird.⁶
- c) Die systematische Befassung mit Opfern, potentiellen Opfern und Gefahren der Opferwerdung erhielt sehr bald eine weitere Dimension: die Furcht vor Krimina-

4 Vgl. *D. Riesman*, *Die einsame Masse. Eine Untersuchung der Wandlungen des amerikanischen Charakters*, Reinbek bei Hamburg 1958.

5 *K. Sessar*, *Zu einer Kriminologie ohne Täter – Oder auch: Die kriminogene Tat*, in: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 80 (1997), S.1 ff. (S. 7 ff.).

6 *K. Sessar* (s. A 5).

lität. Ihre Bedeutung lag u.a. in der Beeinträchtigung der Lebensqualität, im Zwang zu spezifischen Formen der Daseinsvorsorge, Vermeide- und Schutzverhalten genannt, bis man irgendwann merkte, dass sich die so genannte Kriminalitätsfurcht auch auf Merkmale sozialer Unordnung beziehen konnte, genauer: das, was als Furcht vor Kriminalität geäußert wurde, konnte auch zerstörte Telefonzellen, Straßen voller Müll, aggressives Betteln, Graffiti, kurz: verwahrloste Nachbarschaften und Wohnbereiche meinen, die weder Wohlfühl noch Sicherheit gewährleisten. Konkrete Furcht und diffuse Ängste vermischten sich und gingen in neuere Forschungen unter dem Aspekt übergreifender Unsicherheiten ein, die unsere Alltagswelten prägen.

- d) All das zwingt ganz automatisch zur Einbeziehung des (Stadt)Raums, wobei man auf die Kommune und ihre Bewohner als eine bislang noch nicht entdeckte, zumindest nicht genutzte Ressource für die Herstellung allgemeiner Sicherheiten gestoßen ist. Und das alles fließt, nun wieder auf die Kriminalität bezogen, in die (nicht ganz so neue) Überlegung ein, dass sie am besten zu bekämpfen ist, bevor sie geschieht – mit Hilfe einer Sozial-, Integrations- und Kommunalpolitik, unter Beteiligung der Kommune und ihrer Bewohner.

Damit haben sich wie von ungefähr zwei auch mit dem (Stadt)Raum in Verbindung stehende Forschungsrichtungen unter dem Aspekt kommunaler (Kriminal)Prävention und der Herstellung bzw. Gewährleistung von Sicherheitsgefühlen herausgestellt. Es ist zum einen die den Zusammenhang zwischen Desorganisation und Kriminalität nutzende Vorstellung, dass eine intakte Sozialstruktur präventiv wirkt und Unsicherheiten bindet. Es ist zum anderen die Erwartbarkeit von Kriminalität, wenn das Gemeinwesen nicht so organisiert ist, dass es auf das, was ihm lieb und teuer und wichtig ist, aufpasst. Das bedeutet die strukturierte Übertragung der Eigenverantwortung auf Mitverantwortung unter dem Aspekt der Selbststeuerung, um Lebensqualität zu sichern.⁷

2. Kriminalität in der Stadt

Seit ihrer Zählung steigt Kriminalität, wenn man nur größere Erfassungszeiträume ansetzt, stetig an: Während im Jahre 1954 bezogen auf 100.000 der jeweiligen Wohnbevölkerung 2.910 Straftaten polizeilich registriert wurden, waren es im Jahre 2002 schon 7.893, also ca. 170% mehr. Im Jahre 2002 wurden bundesweit von der Polizei

⁷ Vgl. hierzu J. Obergfell-Fuchs, Ansätze und Strategien Kommunaler Kriminalprävention. Begleitforschung im Pilotprojekt Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg anhand der Stadt Freiburg i. Br. Kriminologische Forschungsberichte aus dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Bd. 95. Freiburg i.Br. 2001, S. 20 ff.

6.507.394 Straftaten registriert.⁸ Dazu kommt ein immenses Dunkelfeld, das durch hierauf bezogene Forschungen nur partiell berechnet werden kann. Das Dunkelfeld wird entweder durch Opferbefragungen (victim surveys) oder durch Täterbefragungen (self-report studies) aufzuhellen versucht. Legt man die Ergebnisse aus Opferbefragungen zugrunde (repräsentativ ausgewählte Personen werden etwa danach gefragt, ob sie in den vergangenen 12 Monaten Opfer eines der ihnen vorgelegten Delikte geworden waren, ggf. ob sie, oder jemand anderes, es bei der Polizei angezeigt hatten), so kommt man häufig auf eine Relation von grob 1:1. D.h. auf ein angezeigtes Delikt kommt ein nicht angezeigtes. Dieses Bild sieht anders aus, wenn nach Delikten differenziert wird. Autodiebstähle und Wohnungseinbrüche werden nicht zuletzt aus Versicherungsgründen überwiegend angezeigt, sehr viel seltener andere Arten von Diebstählen oder gar Körperverletzungen.⁹ Besonders selten angezeigt wird Gewalt in der Familie oder der Schule. Und dann gibt es den großen Bereich der misshandelten oder missbrauchten Kinder sowie der misshandelten oder „sträflich“ vernachlässigten alten Menschen, die keine Beschwerdemacht oder „Lobby“ haben. Und es fehlt der Riesenbereich unerkannt bleibender Wirtschafts- und Berufskriminalität. Letztendlich übersteigt das Dunkelfeld das Hellfeld um ein Vielfaches.

Damit nicht genug ist die Aufklärung angezeigter Straftaten nicht sehr hoch (53% im Jahre 2002, bezogen auf alle registrierten Delikte). Aufklärung meint, dass die

⁸ Zahlen aus der *Polizeilichen Kriminalstatistik* für die Bundesrepublik Deutschland, jeweilige Jahrgänge. Der Vergleich im Längsschnitt kann nur ein Anhaltspunkt sein. Etwa wurden 1954 noch Straßenverkehrsdelikte, soweit es sich nicht um reine Übertretungen gehandelt hatte, mitgezählt (seit 1963 nicht mehr). Auch galt damals die sog. Eingangserfassung, d.h., das Delikt wurde mit dem Zeitpunkt seiner Registrierung in die Statistik eingetragen (seit 1971 mit dem Zeitpunkt der Verfahrensabgabe an die Staatsanwaltschaft, also nach den Ermittlungen). Zwischenzeitliche Gesetzesänderungen, die so gut wie immer die Strafbarkeit von Verhalten erweiterten, trieben die Kriminalität zusätzlich in die Höhe. Was den Berichtsraum betrifft, so wurde 1957 das Saarland einbezogen, 1991 Ostberlin als Teil von Gesamtberlin, 1993 alle neuen Bundesländer, doch kann man wegen Übergangsschwierigkeiten erst seit 1995 von zuverlässigen Fallregistrierungen insgesamt sprechen (*Polizeiliche Kriminalstatistik 2002*, Bundeskriminalamt Wiesbaden 2003, S. 26). Die Gebietserweiterungen und damit einhergehenden Bevölkerungszunahmen werden durch die Berechnung der sogenannten Häufigkeitsziffer, also der Straftaten pro 100.000 der jeweiligen Wohnbevölkerung, kontrolliert.

⁹ In einer internationalen Opferbefragung mit Beteiligung von elf Ländern (ohne Deutschland) im Jahre 1996 lag die durchschnittliche Anzeigequote bei 52%; sie reichte von 94% bei Autodiebstahl über 83% bei Wohnungseinbruch zu 38% bei Körperverletzungen und Bedrohungen; P. Mayhew / J.J.M. van Dijk, *Criminal Victimization in Eleven Industrial Countries. Key findings from the 1996 International Crime Victims Survey*, Den Haag 1997, Appendix 4, Tabelle 9. In einer entsprechenden Befragung in Bochum wurde für 1998 eine Dunkelzifferrelation von 1:8 beim einfachen Diebstahl, von 1:2 beim schweren Diebstahl und von 1:3 bei der Körperverletzung ermittelt; H.-D. Schwind / D. Fetchenbauer / W. Ahlborn / R. Weiß, *Kriminalitätsphänomene im Langzeitvergleich am Beispiel einer deutschen Großstadt. Bochum 1975 – 1986 – 1998*, Neuwied 2001, S. 140.

Polizei einen Tatverdächtigen benennen kann (unabhängig davon, ob die Justiz ihm später die Tat in einer für eine Verurteilung ausreichenden Weise nachweisen kann). Es mögen Autodiebstähle und Wohnungseinbrüche regelmäßig angezeigt werden; ihre Aufklärungsquoten betragen im Jahre 2002 31% bzw. 18% (Fahrraddiebstahl 10%, Raub in der Öffentlichkeit 43%, Vergewaltigung/sexuelle Nötigung 80%, gefährliche Körperverletzung in der Öffentlichkeit 78%). Hohe Aufklärungsquoten haben meist damit zu tun, dass der Anzeigerstatter Angaben zum Täter machen kann, also vornehmlich im Gewaltbereich oder bei Betrug (bei sog. Beziehungsdelikten). Wo dies wie bei Eigentumsdelikten selten der Fall ist, wird eine aufwändige Ermittlungsarbeit nötig, die meist nur von einem mäßigen Erfolg gekrönt ist. Insgesamt sind nach Schätzungen etwa 10% der aufgeklärten Fälle auf polizeiliche Ermittlungsarbeit zurückzuführen.¹⁰ Die Polizei räumt selbst ein, dass sie auch bei verbesserter Ausstattung nicht in der Lage wäre, „mittels Gefahrenabwehr und durch Strafverfolgung einen beachtlichen Prozentsatz der bekannt gewordenen Delikte aufzuklären“.¹¹

Die Kriminalität, die wir haben, werden wir nicht los, schon gar nicht mit den herkömmlichen polizeilichen und strafrechtlichen Mitteln. Wir müssen daher umdenken. Nicht zuletzt in den Städten. Dort wächst die Kriminalität mit der Größe der Gemeinden. Abermals bezogen auf 100.000 der Wohnbevölkerung lag im Jahre 2002 die Häufigkeitsziffer in Gemeinden bis 20.000 Einwohnern bei 4.550 (Raub: 21), in Städten zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnern bei 7.788 (62), in Städten zwischen 100.000 und 500.000 Einwohnern bei 10.385 (101) und in Städten darüber bei 14.854 (204). Kriminalität ist seit jeher ein Problem der Großstadt; sie ist „eine Arena für Gewalt“.¹² Welche soziologischen oder ökonomischen Theorien die Kriminologie immer formuliert hat, sie sind sehr oft im Wissen um die desaströsen Bedingungen der Großstadt entstanden oder haben ihre Pointierung dadurch erhalten. Insgesamt eignen sich nicht wenige der in der Stadtsoziologie herausgearbeiteten Merkmale moderner Großstädte dafür, mit Kriminalitätsentwicklungen erfolgreich in Verbindung gebracht zu werden: Wohnungsnot und Obdachlosigkeit, Armutsviertel, Segregation, Marginalisierung und gesellschaftliche Isolation, Migrationen, Großsiedlungen, usw. Der Hauptnenner für all diese Erscheinungen ist die Desintegration des urbanen Raums.

10 Vgl. K. Sessar, Von der Repression zur Prävention: Paradigmawechsel oder Falle?, in: J. Fehérváry / W. Stangl (Hrsg.), Polizei zwischen Europa und den Regionen. Analyse disparater Entwicklungen, Wien 2001, S. 133 ff.

11 E. Kube, Polizeitheorie und Polizeikultur, in: G. Köbler / M. Heinze / J. Schapp (Hrsg.), Geschichtliche Rechtswissenschaft, Gießen 1990, S. 313 ff.

12 M. Eisner, Das Ende einer zivilisierten Stadt? Die Auswirkungen von Modernisierung und urbaner Krise auf Gewaltdelinquenz, Frankfurt a.M. 1997, S. 128.

Ein Ergebnis liegt schon vor. Die Zonentheorie der Amerikaner hat sich in Europa nur abgeschwächt oder gar nicht bewährt. In Frankreich ist es offenbar ein strafes Management der Städte durch den Staat,¹³ in England ein (unter Umständen slumfördernder) Wohnungs- und Immobilienmarkt,¹⁴ in Deutschland ein die soziale Entmischung bremsender sozialer Wohnungsbau, welche derart zentralisierte Kriminalitätsprobleme verhinderten.¹⁵ Vor allem aber dürfte überall das Phänomen der Deurbanisierung im Sinne einer Flucht der Bewohner aus der (Innen)Stadt in die Randlagen oder auf das Land gelten, das zu einer raumzeitlichen Neuverteilung krimineller Aktivitäten führt.¹⁶ Und es sind die Großstadtsiedlungen, die Trabantenstädte (in Frankreich manche Banlieus) an den Großstadträndern, wo sich ein Großteil der Gewaltkriminalität konzentriert. Die Folge jedenfalls ist häufig, dass „in den Kernstädten eine sozial desintegrierte, individualisierte und von diversen Randgruppen geprägte Gesellschaft entstanden ist, in der wachsenden Segmenten der Bevölkerung die ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen zum Bau stabiler Identitäten und damit zur sozial adäquaten Selbststeuerung fehlen“.¹⁷

Allerdings gibt es jenseits solcher Großvariablen noch andere Bereiche, in denen Kriminalität Raumcharakter hat. Besagte „Entdeckung“ des (potentiellen) Opfers mit seinen unterschiedlichen Formen von Verwundbarkeit und Schutzlosigkeit meinte auch die Entdeckung der (potentiellen) Tat als Forschungsgebiet; schließlich fallen Opferwerdung und Tat zusammen. Während die Chicagoer Kriminologen untersucht hatten, in welchen gleichbleibenden Zonen der Stadt die jugendlichen Delinquenten zu Hause waren, geht es bei der Tatforschung darum, wo bzw. unter welchen raumzeitlichen Bedingungen Kriminalität geschieht. Natürlich können dann so einfache Ratschläge etwa für Frauen dabei herauskommen, bei Dunkelheit nicht durch Stadtparks zu gehen, doch zielt die Forschung auf Strukturen unterschiedlicher Verwundbarkeit in Abhängigkeit von den Strukturen der Stadt. Beförderungssysteme erweitern beispielsweise nicht nur extern die Mobilität und Flexibilität ihrer Teilnehmer, sondern schränken diese intern auch ein: Sie werden eingesperrt, dirigiert, geschoben und verlieren zeitweilig die Verfügungsgewalt über sich selbst, einschließlich der Möglichkeiten, sich erfolgreich zu schützen. Es werden Wohnhochhäuser gebaut, deren informelle oder natürliche Kontrollen mit jedem Stockwerk abnehmen. Die Trennung von Wohn- und Arbeitsbereichen führt zu sog. Schlafstädten, eben-

13 S. Body-Gendrot, *The Social Control of Cities? A Comparative Perspective*, Oxford 2000, S. 181.

14 Vgl. A.E. Bottoms / P. Wiles, *Housing Tenure and Residential Community Crime Careers in Britain*, in: A.J. Reiss / M. Tonry (Hrsg.), *Communities and Crime. Crime and Justice*, Vol. 8., Chicago 1986, S. 101 ff.

15 In Nürnberg hatte man hingegen offenbar etwas Ähnliches gefunden wie in Chicago; H.-D. Schwind (s. A 2), S. 303.

16 A. Crawford, *Crime Prevention & Community Safety. Politics, Policies & Practices*, London 1998, S. 129.

17 M. Eisner (s. A 12), S. 158.

falls mit einem Verlust natürlicher Kontrolle als ihrer Folge. Umgekehrt machen Rotlichtviertel die Nacht zum Tage und erzeugen damit ganz spezifische, dieser Umkehrung zu verdankende Verwundbarkeiten.

Die Absichten laufen daher darauf hinaus, Merkmale des Gemeinwesens, bezogen auf Stadtplanung, Bebauung, Architektur, Gewerbeansiedlung, Parkanlagen, Verkehrsmittel und -wege, Einkaufsmöglichkeiten, Wohngegend und Wohnstil, Kindergärten und Kindertagesstätten, Ausbildungseinrichtungen und Freizeitangebote (Jugend- und Seniorentreffs, Großveranstaltungen) unter dem Aspekt krimineller Attraktivität neu zu sehen. Stadträume und ihre Infrastrukturen dirigieren ganz wesentlich die Kontakte und Interaktionsabläufe der Bewohner untereinander. Daraus ergeben sich deren Alltagsroutinen, und mit ihnen auf der einen Seite eingeschlifene informelle Kontrollen; auf der anderen Seite, manchmal gerade dadurch, Alltagsrisiken, einschließlich denen der Opferwerdung.¹⁸

Die Kriminologie steht hier noch ganz am Anfang. Sie hat sich, will sie in diesem Bereich weiterkommen, insoweit des angestammten Täterbildes zu entledigen, das davon lebt, dass der Täter kraft seiner aus seinem Innern kommenden Motivationen die Tatsituation herstellt. Nun geht es darum, dass sie bereits existiert und wahrgenommen wird, wodurch jemand zum Täter wird. „Gelegenheit macht Diebe“ kann, wenn man so will, zur neuen Kriminalitätstheorie werden.¹⁹ Ihr zur Seite stehen sehr pragmatische Ansätze, z.B. der „Routine Activity Approach“, der nur drei Bedingungen für die Begehung einer Straftat gelten lässt: einen motivierten Täter, mit den Fähigkeiten, seine Motive umzusetzen; ein attraktives Objekt (Personen, Sachen), also eine günstige Gelegenheit, und die Abwesenheit einer hierauf bezogenen situativen, natürlichen oder technischen Kontrolle bzw. Bewachung, die auch vom Objekt selbst ausgehen kann (Selbstschutz). Individuelle Tätermerkmale werden nicht bestritten, sind aber spezifischen Typen von Kriminalitätsbegehung vorbehalten. Die meisten Tatmotivationen ergeben sich dem Ansatz zufolge aus den Gelegenheiten selbst.²⁰

Dieser ganze Bereich läuft unter dem zusammenfassenden Begriff der „situativen Kriminalprävention“, worunter nicht nur die Verhinderung von Alltagskriminalität durch persönliche oder institutionelle Vorsorgen verstanden wird, sondern auch die Um- oder Neugestaltung des Stadtraums, um Kriminalität zu erschweren.²¹

18 K. Sessar (s. A 5), S. 9.

19 M. Felson / R.V. Clarke, Opportunity makes the thief. Home Office Police Research Series 98, London 1998.

20 L.E. Cohen / M. Felson, Social Changes and Crime Rate Trends: A Routine Activity Approach, in: American Sociological Review, 44 (1979), S. 588 ff. M. Felson, R. V. Clarke, Routine Precautions, Criminology, and Crime Prevention, in: H. D. Barlow (Hrsg.), Crime and Public Policy. Boulder, CO, S. 179 ff.

21 R.V. Clarke (Hrsg.), Situational Crime Prevention, Successful Case Studies. New York 1992.

3. Kriminalitätsfurcht in der Stadt

Kriminalitätsfurcht wird in Anlehnung an sozialpsychologische Modelle zur Angstforschung häufig mit drei Komponenten gemessen: ob man sich nach Einbruch der Dunkelheit draußen allein in seinem Wohnviertel oder im Stadtzentrum unsicher fühlt (affektiv); inwieweit man es für wahrscheinlich hält, demnächst Opfer einer Straftat zu werden (kognitiv); und ob man gegenüber befürchteten Straftaten Schutzmaßnahmen ergreift bzw. diesbezüglichen Gefährdungen aus dem Weg zu gehen versucht (konativ).

Auch die solcherart gemessene Furcht korreliert mit der Größe der Gemeinden. In einer nach der Wende zum Zusammenhang zwischen Umbruch und Kriminalität durchgeführten repräsentativen Befragung von Bewohnern der neuen und alten Bundesländer (1993) sahen einige Verteilungen, bezogen auf Gemeinden der alten Bundesländer bis 20.000, bis 50.000, bis 100.000, bis 500.000 und über 500.000 Einwohner wie folgt aus. Die „Unsicherheit abends allein im eigenen Wohnviertel“ stieg von 29% in den kleinsten auf 50% in den größten Gemeinden (bezogen auf das Stadtzentrum von 32% auf 55%. Die eingeschätzte Wahrscheinlichkeit, demnächst „Opfer eines Raubüberfalls zu werden“, wurde von 10% in der kleinsten und von 25% in der größten Gemeindeklasse bejaht (vgl. Tabelle 1).²²

	Gemeindegrößenklassen				
	bis 20.000 Einwohner	bis 50.000 Einwohner	bis 100.000 Einwohner	bis 500.000 Einwohner ²	über 500.000 Einwohner
Unsicherheit im Wohnviertel*	29%	41%	46%	37%	50%
Unsicherheit im Stadtzentrum*	32%	44%	49%	40%	55%
Risikoeinschätzung (Raubüberfall)**	10%	17%	15%	17%	25%

Tabelle 1: Allgemeine Kriminalitätsfurcht und Risikoeinschätzung bezogen auf einen Raubüberfall nach Gemeindegrößenklassen, alte Bundesländer 1993

(* zusammengefasst „etwas“ und „sehr unsicher“ gegenüber sehr/ziemlich sicher, in %; ** zusammengefasst „ziemlich“ und „sehr wahrscheinlich“ gegenüber nicht und wenig wahrscheinlich, in %).

22 Stichprobengröße N = 2.034 (alte Bundesländer). Vgl. für weitere Berechnungen, auch unter Einbezug der neuen Bundesländer, K. Boers / P. Kurz, Kriminalitätseinstellungen, soziale Milieus und sozialer Umbruch, in: K. Boers / G. Gutsche / K. Sessar (Hrsg.), Sozialer Umbruch und Kriminalität in Deutschland, Opladen 1997, S. 197 ff. In diesem Werk auch Angaben zu den verwendeten Methoden

23 Der lineare Anstieg abendlicher Unsicherheiten in Entsprechung der Gemeindegrößenklassen ist an dieser Stelle unterbrochen, wofür keine Erklärung gefunden werden konnte. Die Entwicklung der Risikoeinschätzung zeigt ebenfalls Brüche und ist insgesamt weniger stark ausgeprägt.

Man wird vermuten dürfen, dass die Zunahme einer auf diese Weise gemessenen Kriminalitätsfurcht zur Kriminalitätszunahme in Parallele steht, also reale Hintergründe hat. Allerdings gibt es in der kriminologischen Forschungsliteratur auch die Überlegung, ob dieser Zusammenhang zwischen Kriminalität und der Furcht davor, wenn freilich grundsätzlich nicht bestritten, so doch nicht alles erklärt. Es ist ja so, dass auch die negativen Einstellungen gegenüber Problemen der Gemeinde, in der man wohnt, mit ihrer Größe zunehmen, wobei ebenfalls vermutet werden kann, dass größere Gemeinden desorganisierter sind als kleinere. Wiederum bezogen auf die Umbruchforschung von 1993 verschärften sich die auf den eigenen näheren Wohnbereich bezogenen Problemsichten der befragten Bewohner in Abhängigkeit von der Gemeindegröße: bei Schmutz und Müll auf der Straße von 20% (bis 20.000 Einwohner) auf 52% (über 500.000 Einwohner), bei Betrunkene auf der Straße von 21% auf 56%, bei heruntergekommenen Gebäuden von 12% auf 24% und bei zerstörten Telefonzellen von 19% auf 45% (vgl. Tabelle 2).

	Gemeindegrößenklassen				
	bis 20.000 Einwohner	bis 50.000 Einwohner	bis 100.000 Einwohner	bis 500.000 Einwohner	über 500.000 Einwohner
Schmutz und Müll in den Straßen*	20%	25%	36%	40%	52%
Betrunkene auf der Straße*	21%	28%	37%	43%	56%
Heruntergekommene Gebäude*	12%	12%	14%	22%	24%
Zerstörte Telefonzellen*	19%	24%	44%	43%	45%

Tabelle 2: Problemsicht gegenüber Anzeichen sozialer Desorganisation im eigenen Stadtteil/Dorf, nach Gemeindegrößenklassen, alte Bundesländer 1993 (* zusammengefasst „ziemliches“ und „großes Problem“ gegenüber kein und geringes Problem, in %).

Die naheliegende Erklärung, dass Kriminalität dort am ehesten zu Hause ist, wo das Gemeinwesen auch sonst nicht funktioniert, ist zwar nicht falsch, reicht aber nicht aus. Es sind seit den 1980er Jahren vor allem amerikanische Untersuchungen gewesen, die den bis dahin wenig problematisierten Zusammenhang zwischen Kriminalitätsfurcht und Kriminalität aufzulösen versuchten, nachdem herausgefunden worden war, dass sich Unsicherheitsgefühle ebenso wie Risikoeinschätzungen bezüglich künftiger Opferwerdung auch unabhängig von Kriminalität auf ein verfallenes und verwahrlostes Gemeinwesen beziehen konnten. Zwar wurden die methodi-

schen Bedenken gegen diese Art der Untersuchungen bislang nicht ausgeräumt,²⁴ zumal es schwierig ist, für abgesicherte Untersuchungen genügend Stadträume zu finden, die erhebliche „signs of incivility“ bei gleichzeitig geringer Kriminalität aufweisen, um eine analytische Trennung der Furchtrichtung angemessen durchführen zu können.²⁵ Wenn gleichwohl ernstzunehmende Anhaltspunkte für derartige Trennungen in einem Land gefunden wurden, das unvergleichlich größere Probleme mit daniederliegenden Stadtquartieren hat als (die meisten) europäischen Länder bzw. Städte, um wie viel mehr müssen derartige Befunde ernst genommen werden, wo wie bei uns bisweilen ähnliche Unsicherheiten bei gleichzeitig geringeren sozialen Problemen – und geringerer und vor allem leichterer Kriminalität – zu beobachten sind. Und es geht ja möglicherweise noch weiter. Menschen mit negativer Lebensperspektive (sie sind arbeitslos und schauen auch nicht zuversichtlich in die Zukunft) fühlen sich abends auf der Straße sehr viel unsicherer als Menschen mit positiver Lebensperspektive. Offenbar haben sich hier die Unsicherheitsgefühle nicht nur von Bedrohungen durch Kriminalität, sondern auch durch soziale Unordnung gelöst und scheinen zu Bestandteilen einer existentiellen Verunsicherung geworden zu sein.²⁶ Wenn diese Ergebnisse auch nicht überinterpretiert werden sollen und durch weitere Forschungen zu überprüfen sind, so sind sie doch ein abermaliger Beleg für den fragwürdigen monotonen Zusammenhang zwischen Kriminalität und Furcht.

Ein weiteres kommt hinzu. Wohin man schaut, zeigen Frauen und ältere Menschen höhere Furchtwerte gegenüber Kriminalität als Männer und jüngere Menschen, obwohl sie nach allem, was wir über Kriminalitätsverteilungen wissen, im öffentlichen Raum weniger zu befürchten haben. Sollten, was noch zu überprüfen ist, die Problemsichten in Bezug auf soziale Unordnung in geringerem Maße geschlechts- noch altersspezifisch ausfallen, stünde ein weiterer Anhaltspunkt für die Stimmigkeit der vorgetragenen These zur Verfügung.

Wozu das alles? Auf der Grundlage empirischer Ergebnisse oder begründeter Vermutungen hat sich eine Zweigleisigkeit nicht nur in der Forschung, sondern auch in der Präventionspolitik herausgeschält. Kriminalität und die Furcht davor wurden in zwei Angriffsziele aufgespalten: „war on crime“ und „war on fear of crime“. Man schien zu akzeptieren, dass Kriminalitätsfurcht nicht notwendig Kriminalität benötigte, um sich auszubreiten, und betrachtete sie folglich als ein separates Problem.

24 Umfassend hierzu K. Boers, Kriminalitätsfurcht. Über den Entstehungszusammenhang und die Folgen eines sozialen Problems, Pfaffenweiler 1991, S. 116 ff.

25 W.G. Skogan, Disorder and Decline. Crime and the Spiral of Decay in American Neighborhoods, New York 1990, S. 77; vgl. auch Ch. Laue, Anmerkungen zu Broken Windows, in: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 82 (1999), S. 277 ff.

26 Es handelt sich abermals um Ergebnisse aus der Umbruchforschung 1993 (s. A 22), vgl. K. Sessar, Die Angst des Bürgers vor Verbrechen – was steckt eigentlich dahinter?, in: H. Janssen / F. Peters (Hrsg.), Kriminologie für Soziale Arbeit, Münster 1997, S. 118 ff. (S. 134 f.).

Statt aber eigenständige Maßnahmen zu entwickeln, um sie zu reduzieren, griff man auf die alten Muster der Repression zurück: strafrechtlich (nicht sehr logisch) durch Forderung nach einer unnachsichtigeren Strafjustiz, polizeirechtlich durch ein erweitertes Verständnis des Begriffs „Gefahrenabwehr“ und eine Ausschöpfung aller hiervon getragenen Interventionsmöglichkeiten²⁷. Der öffentliche Raum sollte möglichst konsequent von allem Unliebsamen und Störendem gesäubert werden, und wenn das bei Bettlern oder Obdachlosen nicht gelungen ist, dann deshalb, weil diese einstweilen noch unter dem Schutz von Verfassungsgrundsätzen stehen.

Verbindet man die alte Kriminalitätsfurcht auch mit Einstellungen gegenüber einer unwirtschaftlichen Umwelt, die nicht mehr die Bedingungen zur Verfügung stellt, um sich wohl und sicher zu fühlen, dann bedarf es eines Sicherheitskonzeptes, das mit Repression nicht einlösbar ist. Genau darum geht es bei der kommunalen (Kriminal)Prävention. In Großbritannien wurde sogar eine Debatte darüber geführt, ob der Begriff „community safety“ nicht an die Stelle des Begriffs „community crime prevention“ treten sollte, um diesen aus dem Polizeigriff zu lösen. Tatsächlich hat Kriminalprävention sehr viel mit polizeilicher Gefahrenabwehr zu tun, während community safety deutlicher zum Ausdruck bringen könnte, dass Sicherheit und deren Herstellung in erster Linie Angelegenheiten des Gemeinwesens und seiner Bürger seien.²⁸ Kriminalitätsfurcht ist unter solchen Vorzeichen mitgemeintes Element allgemeiner Unsicherheitsgefühle.

4. Prävention in der Stadt

Wir, Kriminologen der Universität Hamburg und Stadtsoziologinnen der Technischen Universität Hamburg-Harburg, haben Einstellungen gegenüber Anzeichen

27 Pate war das berühmt-berüchtigte New Yorker Null-Toleranz-Modell, das ein reines, hochrepressives Polizeimodell ist. Fußend auf der broken-windows-These, wonach eine zerbrochene Fensterscheibe, die nicht sofort repariert wird, weitere kaputte Fensterscheiben zur Folge hat und möglicherweise allmählich schwere Kriminalität anzieht; vgl. *J.Q. Wilson / G.L. Kelling*, Polizei und Nachbarschaftssicherheit: Zerbrochene Fenster, in: *Kriminologisches Journal*, 28 (1996), S. 121 ff., wurden in New York die kleinsten Gesetzeswidrigkeiten polizeilich unerbittlich verfolgt. Gleichzeitig wurde der Polizeiapparat der Stadt von Grund auf restrukturiert und auf eine alles beherrschende Verbrechensbekämpfung hin ausgerichtet. Tatsächlich ging die registrierte Kriminalität in einer nicht zu überschätzenden Weise zurück. Das „Problem“ war, dass in der fraglichen Zeit die Kriminalität überall in den USA abnahm und eine Stadt wie San Diego, die dem New Yorker Modell nicht folgte, zum Teil sogar größere Rückgänge zu verzeichnen hatte. So gesehen wird inzwischen ein Zusammenhang zwischen dem Modell und der Kriminalitätsabnahme zwar anerkannt, aber in seiner Bedeutung erheblich relativiert; vgl. hierzu *Ch. Laue*, Gutachten: Broken Windows und das New Yorker Modell – Vorbilder für die Kriminalprävention in deutschen Großstädten?, in: *Düsseldorfer Gutachten: Empirisch gesicherte Erkenntnisse über kriminalpräventive Wirkungen. Eine Sekundäranalyse der kriminalpräventiven Wirkungsforschung*, Düsseldorf 2002, S. 333 ff.).

28 *A. Crawford* (s. A 16), S. 12.

sozialer Desorganisation empirisch gemessen. Konkret handelt es sich um Wahrnehmungen von Bürgern des Hamburger Stadtteils Wilhelmsburg. Die Befragung ist Teil eines EU-Projekts zu „Unsicherheiten in europäischen Großstädten“, an dem außer Hamburg noch die Städte Amsterdam, Budapest, Krakau und Wien beteiligt sind. In jeder Stadt wurden durch lokale Forschungseinrichtungen ca. 1.000 repräsentativ ausgewählte Bewohnerinnen und Bewohner aus zwei Stadtteilen befragt (in Hamburg wurde als zweiter Stadtteil Steilshoop mit Teilen von Bramfeld einbezogen). Die Erhebung zielt auf den sicherheitsrelevanten Zustand der Stadt, des eigenen Stadtteils und des eigenen Wohnumfeldes in der Spiegelung der Wahrnehmungen, Erfahrungen (auch mit Kriminalität) und Ängste der Interviewten. Handelt es sich hierbei um eine quantitative Erhebung mit Hilfe eines Fragebogens (persönliche Interviews), so wurden die Fragestellungen durch Intensivinterviews mit ca. 60 Bewohnerinnen und Bewohnern vertieft. Ebenso wurde von jeder Stadt ein Problemprofil erstellt.²⁹

Tabelle 3 gibt die Ergebnisse aus der Stichprobenerhebung wieder, die nochmals nach gebürtigen Deutschen und Ausländern differenziert wurde, wobei zu letzteren auch solche gezählt wurden, die inzwischen die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen (N=44). In die Berechnungen gehen mithin 243 deutsche (60%) und 159 solcherart definierte ausländische Probanden (40%) ein. Gemessen wurden Einstellungen zu Anzeichen sozialer Desorganisation durch Problemabfrage auf einer von 1 bis 5 reichenden Skala (Tabelle 3; wiedergegeben werden die zusammengefassten Werte 4 und 5 in % aller Werte).

	alle Bewohner	Deutsche	Ausländer
Schmutz und Müll auf den Straßen, in Parks	74%	75%	73%
Gruppen von herumhängenden Jugendlichen	59%	52%	69%
Vandalismus	41%	46%	34%
Graffiti	36%	37%	33%
Gewalt auf der Straße	29%	33%	24%
Gewalt in Familien	29%	37%	18%

29 Zur Philosophie und zum Forschungsdesign der Untersuchung vgl. *H. Herrmann / K. Sessar / M. Weinrich*, Unsicherheit in der Moderne am Beispiel der Großstadt. Kontexte eines europäischen Forschungsprojekts, in: *G. Stangl / G. Hanak* (Hrsg.), *Innere Sicherheiten*, Jb. für Rechts- und Kriminalsoziologie, Baden-Baden 2003, S. 251 ff, S. 277 ff.

Betrunkene auf der Straße	29%	25%	34%
Heruntergekommene, kaputte Gebäude	27%	23%	31%
Belästigung von Frauen und Mädchen	25%	26%	23%
Belästigung von Kindern	24%	27%	20%
Bettler, Obdachlose	17%	16%	19%
zu wenig Freizeitangebote	46%	44%	50%
zu wenig Polizei auf der Straße	38%	45%	28%
zu wenig soziale Hilfsangebote	35%	32%	39%

Tabelle 3: Problemwahrnehmung von Anzeichen sozialer Desorganisation. Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg, Stichprobe insgesamt und differenziert nach In- und Ausländern, 2002 (Wiedergabe der Werte 4 und 5 einer 5er Skala, die von 1 („gar kein Problem“) bis 5 („sehr großes Problem“) reicht, in %.)

Vorbehaltlich weiterer Analysen und statistischer Absicherungen ist das Ausmaß und die Verteilung der Probleme in der Wahrnehmung der Probanden beachtlich. Ein spezifisches Muster ist einstweilen schwer identifizierbar, außer vielleicht dem, dass das Gesamtstraßenbild mit seinem Schmutz, den Ergebnissen von Vandalismus und Graffiti, den häufig präsenten Gruppen von Jugendlichen ohne Perspektive eine Haupteinfahrung darstellt, der gegenüber Wahrnehmungen, die zum individuelleren Gefährdungs- oder Bedrohungsbereich gehören, weniger scharf ausfallen. Die Werte sind bei Ausländern häufig, und zum Teil deutlich geringer als bei Deutschen, was nicht für Jugendgruppen, Betrunkene und verwahrloste Gebäude gilt; letzteres hat möglicherweise damit zu tun, dass man in derartigen Gebäuden zu leben gezwungen ist. Und es sind tendenziell Ausländer, die Freizeitangebote und soziale Hilfsangebote eher vermissen als Deutsche.

Unter dem Aspekt des Schutzes vor derartigen Gefährdungs- und Bedrohungsszenarien ist natürlich auch wichtig, welche Möglichkeiten ihrer Abwehr im Sinne ihrer Beseitigung und Verhütung von den Probanden favorisiert werden (vgl. Tabelle 4; wiederum wurden die Einstellungen zur Geeignetheit präventiver Maßnahmen auf einer 5er Skala gemessen).

	alle Bewohner	Deutsche	Ausländer
Gewaltvorbeugung an Schulen	87%	93%	79%
Größere Sauberkeit auf Straßen und Plätzen	79%	77%	84%
Härtere Strafen für Gewalttaten	76%	81%	70%
Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Polizei	75%	78%	69%
Beteiligung von Bürgern an der Stadtteilarbeit	73%	73%	73%
Mehr Sport- und Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche	69%	62%	79%
Bessere Unterstützung für sozial schwache Gruppen	68%	66%	69%
Mehr Polizei auf der Straße	59%	68%	46%
Mehr Befugnisse für die Polizei	56%	69%	34%
Weniger unübersichtliche Ecken oder Plätze	49%	51%	46%
Videüberwachung auf öffentlichen Plätzen	42%	42%	41%
Einsatz privater Sicherheitsunternehmen	35%	36%	32%
Bessere Straßenbeleuchtung	31%	26%	38%
Einrichtung von Streifengängen durch Bürger	23%	22%	25%

Tabelle 4: Einstellung zu Maßnahmen, die zur Lösung von Stadtteilproblemen beitragen könnten. Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg, Stichprobe insgesamt und differenziert nach In- und Ausländern, 2002 (Wiedergabe der Werte 4 und 5 einer 5er Skala, die von 1 („gar nicht geeignet“) bis 5 („sehr geeignet“) reicht, in %).

Die Reihenfolge ist in mancherlei Hinsicht aufschlussreich. Sieht man einmal von dem in unsere Ordnungsvorstellungen eingenähten Reflex ab, mit Strafe soziale Ordnung herstellen zu wollen (bei den Deutschen ausgeprägter als bei den Ausländern), dann werden Maßnahmen gutgeheißen, die aus der Mitte des Gemeinwesens kommen, wie dies das Eintreten für Gewaltprävention in der Schule, für infrastrukturelle Verbesserungen, vor allem aber für eine persönliche Partizipation der Bewohner an der Lösung von Stadtteilkonflikten zu signalisieren scheinen. Dabei werden zu den Formen vorstellbarer Bürgerbeteiligungen ganz offensichtlich nicht Strei-

fengänge gerechnet (die an die unseligen Bürgerwehren erinnert haben mochten), die unter allen Vorschlägen an letzter Stelle kommen. Auch die Polizei ist gefragt, wenn auch gegenüber manchen anderen Vorschlägen verhaltener. Lässt man nur die deutschen Probanden zu Worte kommen, fallen die Werte deutlich höher aus. Demgegenüber wird von allen Befragten die öffentliche Videoüberwachung geringer geschätzt, noch geringer die privaten Sicherheitsunternehmen. Nimmt man die Ablehnung der Streifengänge von Bürgern hinzu, deutet manches darauf hin, dass von solchen Vorschlägen keine Verbesserung der Zustände erwartet wird, sondern allenfalls keine Verschlimmerung.

Freilich lassen sich beide solcherart herausdestillierten Ziele, die Herstellung von Sicherheit durch gemeindliche Maßnahmen und durch Kontrollmaßnahmen, so sauber nicht trennen. Sie gehen auch ineinander über. Was man aus den unterschiedlich unterstützten Vorschlägen als erstes Ergebnis aber ziehen kann, ist, dass offenbar der aktiven Bewältigung gemeindlicher Probleme, zu denen die Kriminalität gehört, Priorität vor ihrer Kontrolle gegeben wird. In Entsprechung der Beobachtung, dass Kriminalitätsfurcht Element allgemeiner Unsicherheiten ist, legen diese Einstellungen eine Kommunalpolitik nahe, welche die Herstellung von Sicherheit durch die Herstellung eines sozial intakten Gemeinwesens in den Vordergrund stellt, und darin eingebunden eine gemeinwesenorientierte (Kriminal)Prävention.³⁰

Inwieweit „Gemeinwesen“ im engeren Sinn nur die politisch konstruierte Kommune, Gemeinde oder Stadt meint, soll offen bleiben. Es gibt ja auch die Auffassung, dass damit, wie auch mit dem englischen Begriff der „community“, die Gesamtheit der Bewohner umfasst wird und man besser diesen Begriff verwendet, wenn von präventiven Gemeinschaftsaufgaben, auch etwa im Nachbarschaftsbereich, die Rede ist. Kommunale (Kriminal)Prävention wäre dann ebenfalls in diesem Sinn zu verstehen.³¹

Im weiteren werden kurz einige abschließende Überlegungen zur kommunalen (Kriminal)Prävention angestellt. Es wird also darauf verzichtet, auf irgendwelche Programme, Modelle und Projekte einzugehen, die unter diesem Etikett entwickelt und ausprobiert wurden und werden.³² Ausgangspunkt ist die Eliminierung der re-

30 Das wäre etwas anderes als wenn, wie in Großbritannien geschehen, soziale Probleme nur durch die kriminalpräventive Brille wahrgenommen werden, um auch nur durch kriminalpräventive Maßnahmen „bekämpft“ zu werden – eine „Kriminalisierung“ der Sozialpolitik, wie dies schon genannt wurde; vgl. K. Pease, Crime Reduction, in: M. Maguire / R. Morgan / R. Reiner (Hrsg.), The Oxford Handbook of Criminology, Oxford 2002, S. 947 ff. (S. 964).

31 A. Crawford (s. A 16), S. 125 f.

32 Für alle praktischen Ansätze vgl. die Publikationen und Tagungen der Landespräventionsräte oder des Deutschen Präventionstages; vgl. ebenfalls H. Kury (Hrsg.), Konzepte Kommunaler Kriminalprävention. Sammelband der „Erfurter Tagung“. Kriminologische Forschungsberichte aus dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Band 59. Freiburg i.Br. 1997; M. Coester / U. Gossner / D. Rössner / B. Brannenber / S. Fasholz, Kriminologische Analyse empirisch untersuchter Präventionsmodelle aus aller Welt: 61 Studien im Überblick, in: Düsseldorfer Gutachten (s. A 27), S. 1 ff.

pressiven Polizeiarbeit aus dem Begriff der Prävention. Das bedeutet nicht den Verzicht hierauf, sondern nur ihres Einbezugs in ein Verständnis von Prävention, die mit gemeindlichen Mitteln operiert. Im übrigen ist die Polizei in jedem kommunalen Sicherheitskonzept unverzichtbar, nur eben in einer neuen Rolle: als Partner.

Kommunale (Kriminal)Prävention und die damit verbundenen Erwartungen der Herstellung von mehr Sicherheit haben, sehr grob, eine Makroseite und eine Mikroseite. Auf der Makroebene, auf welcher man den genannten Merkmalen urbaner Desintegration begegnet und die dort ggf. hart auf Merkmale sozialer Desorganisation stoßen, mag eine neue Qualität von Unsicherheit einer eher globalen Art eine zusätzliche Bedeutung bekommen. Sie bezieht sich, so die Vermutung, auf eine wachsende Umweltzerstörung, auf den Wegfall von Grenzen auch in Bezug auf Epidemien (AIDS, BSE, SARS...), auf transnationale Kriminalität und Terrorismus, auf näherrückende Kriege, auf eine schleichende Vergiftung der Nahrungsmittelketten oder auf die Auswirkungen ökonomischer Globalisierung im Hinblick auf die eigenen sozialen Bedingungen. Das Bild des zunehmend unbehausten Menschen. Wir stellen die These auf, dass sich solche „globalen Ängste“, die ja nicht beherrschbar sind, in den Alltagsängsten niederschlagen und diese verstärken. Sie werden gleichsam portioniert, auf überschaubare Problembereiche herunterbuchstabiert und tragen damit nur erst recht zu einer Sichtweise bei, in der die Welt fast nur noch aus Risiken, Gefahren und daraus erwachsenden Unsicherheiten zu bestehen scheint. Dann kommt beispielsweise dazu, dass einige schreckliche Einzelfälle wie die Ermordung zuvor sexuell missbrauchter Kinder zu einer neuen generellen Bedrohung aufgebaut werden, obwohl sie genau dies nicht sind: früher, etwa in den 1970er Jahren, gab es sehr viel mehr davon.

Aber es gibt natürlich Anlass für Ängste und Unsicherheitsgefühle auf der Mikroebene, also im eigenen Umfeld. Auf ihr wurden auch alle theoretischen, doch sehr viel mehr praktischen (kriminal)präventiven Modelle entwickelt. Ein aus Nordamerika stammendes Modell zielt auf die partnerschaftliche Verbindung von Gemeinden, ihren Bewohnern und der Polizei. Es wird „Community Policing“ genannt³³ und ist von den Vorstellungen einer kommunalen (Kriminal)Prävention oft nicht zu unterscheiden. Auch sonst ist der Begriff in einer Weise unscharf, dass er selbst für die traditionelle Polizeiarbeit Verwendung findet, und allemal in Europa und Nordamerika, und dort in den USA und Kanada, unterschiedlich verstanden wird. Auch wurde schon der Verdacht geäußert, es handele sich um reine Gefühlsrhetorik, mit deren Hilfe tiefgreifende, auf eine Ausweitung der Kontrolle zielende Polizeireformen kaschiert werden. Einige Bemerkungen müssen genügen, wobei auch auf eigene Erfahrungen aus einem Forschungsaufenthalt in Vancouver/Kanada zurückgegriffen wird³⁴.

33 Ausführlich hierzu J. Obergfell-Fuchs (s. A 7), S. 275 ff.

34 Materialien zur Praxis in Vancouver sind unveröffentlicht bzw. wurden von den verschiedenen In-

Ausgangspunkt ist eine Sichtweise, die Smog, eine Drogenszene, heruntergekommene Stadtquartiere, zugemüllte Parkanlagen, Einbrüche, einen aus den Fugen geratenen Straßenverkehr, familiäre Gewalt usw. als soziale Probleme behandelt. Diese sind unterschiedlich belastend bzw. werden von den Bewohnern in unterschiedlicher Weise mit Unsicherheiten und Ängsten verbunden. Für die Gemeinde stellen sie Aufgaben unter dem Aspekt von Ordnung dar, von der nunmehr verlangt wird, sie auch als Sicherheitsprobleme zu sehen. Für die Polizei sind diese künftig nicht lediglich Anlass für Strafverfolgung und kurzfristige Gefahrenabwehr, sondern Aufgaben langfristiger Lösungszuführung. Denn darum soll es gehen: Der Identifizierung eines sozialen Problems folgt die Suche nach geeigneten Maßnahmen zu ihrer Lösung, woran sich außer der Gemeinde und der Polizei die jeweils betroffenen Bewohner, Geschäftsleute oder lokalen Vereine beteiligen.

Insbesondere offenbar bei uns wird der Polizei in Sachen kommunaler (Kriminal)Prävention viel zugetraut, obwohl sie, manchmal eingestandenermaßen, genau das nicht gelernt hat. Daher verblüfft, wenn Kriminalitätsvorbeugung als ihre „originäre Aufgabe“ angesehen wird, doch ist richtig, dass sie (aber das ist etwas anderes) „über wichtige Erkenntnisse zu Ursachen, begünstigenden Faktoren oder Entstehungszusammenhängen“ verfügt, womit sie „bedeutsame Felder des kommunalen Handlungsbedarfs aufzeigen und erste wichtige Impulse für eine ressortübergreifende Prävention geben“ kann.³⁵ In Vancouver wurde das Verhältnis der Polizei zu gemeindepräventiven Aufgaben unter dem Etikett von Community Policing wie folgt gesehen:

- Die Gemeinde ist aktives Element in der Arbeit der Polizei in der Weise, dass polizeiliche Prioritäten, Positionen und Reformen hierdurch betroffen werden.
- Die Ziele von Community Policing sind die Aufrechterhaltung der allgemeinen Friedensordnung und die Sicherheitsbedürfnisse der Gemeinde. Soziale Dienstleistungen gehören nicht weiter zu ihren marginalen Aufgaben, sondern legitimieren sich aus der Anerkennung der sozialen Funktionen der Polizei.
- Diese unterschiedlichen Funktionen der Polizei werden als folgerichtige Bestandteile ihrer neuen Rolle betrachtet. Die Erwartungen der Öffentlichkeit bzw. der Gemeinde sind mit der Polizeiarbeit in Einklang zu bringen.
- Community Policing beruht auf der gemeinsamen Verantwortung von Polizei und Gemeinde. Die Polizei ist so gesehen eine spezielle, doch eingebundene Komponente eines komplexen Systems sozialer Kontrolle.

stitutionen in Form von Dienstberichten, Anweisungen, Statements, usw. zur Verfügung gestellt. Allgemein zu den Ansätzen *P.L. Brantingham / P.J. Brantingham*, *Environment, Routine and Situation: Toward a Pattern Theory of Crime*, in: *Advances in Criminological Theory* 5 (1993), S. 259 ff.; *dies.*, *Environmental Criminology: From Theory to Urban Planning Practice*, in: *Studies on Crime and Crime Prevention* 1998, S. 31 ff.

35 *Innenministerium Baden-Württemberg*, *Kommunale Kriminalprävention*. Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Stuttgart 1996, S. 29 f.

- Community Policing tritt für proaktive Initiativen gemeinsam mit der Gemeinde ein. Sie muss daher ihre traditionellen Reaktionsweisen aufgeben und eine proaktive Rolle bei der Identifizierung und dem Management gemeindlicher Kriminalitäts- und Ordnungsprobleme spielen.

Die Polizei also als Dienstleistungsbetrieb, so wird sie, in Übernahme nordamerikanischer Begrifflichkeit, auch bei uns bisweilen genannt. Die Bürger wären dann die Kunden. Man bleibt skeptisch.

Was nun die Gemeinde selbst anbelangt, so werden zunächst einmal viele (kriminal)präventive Anstrengungen so lange vergeblich sein wie sich die ökonomischen Bedingungen nicht ändern, die bei allen Fragen des Zusammenhangs zwischen Raum und Kriminalität üblicherweise zu kurz kommen. Alle Überlegungen, das Gemeinwesen kriminoresistenter zu machen, muss(t)en solche Bedingungen daher einbeziehen. Das betrifft nicht nur die schlechte Haushaltslage, die es selten erlauben dürfte, in eine sich aus der Bauweise ergebende Prävention aufwändig zu investieren, sondern auch hohe Arbeitslosenquoten und eine insgesamt negative Lebensperspektive der Bewohner, die für eine aktive Mitgestaltung an der eigenen Sicherheit nur schwer zu gewinnen sein dürften. Vieles läuft hier aus dem Ruder, etwa die Übertragung der Sicherheitsbelange auf ein expandierendes privates Sicherheitsgewerbe aus Kostengründen. Es schmuggelt sich mehr und mehr in hoheitliche Aufgaben hinein, ja, gedenkt diese hier und da zu übernehmen und schlägt Konstruktionen vor, die das Gewaltmonopol des Staates äußerlich unangetastet lassen, tatsächlich dieses aber unterminieren.³⁶

Sieht man hiervon ab, dann soll auf einen Bereich noch kurz eingegangen werden, der unter dem Etikett „situative Kriminalprävention“ schon Erwähnung fand. Es geht um den Zusammenhang zwischen Stadtplanung, Bebauung, Bausanierung und Architektur einerseits und Kriminalität andererseits. Damit verbunden ist die Vorstellung, dass Zustand und Gestaltung einer Stadt, eines Stadtteils oder einer Nachbarschaft die Bewohner in Alltagsroutinen zwingen oder ganz spezifischen, oft nur schwer „zu umgehenden“ Gefährdungen aussetzen können. Also muss man wissen, wo und welcher Art die neuralgischen Punkte sind, welche schutzarmen Situationen jeden Tag neu entstehen, wo man sich, grundlos oder nicht, am meisten fürchtet, und was man dagegen tun kann. Zuständig ist hierfür eine Richtung in der Kriminologie, die in ihre Analysen das Umfeld, die Umgebung der (potentiellen) Tat einbezieht und durch deren Veränderungen eine Reduktion von Straftaten und eine Erhöhung der Sicherheit erhofft: Kriminalprävention durch Umfeldgestaltung (Crime Prevention Through Environmental Design, oder CPTED). Dem potentiellen Dieb oder anderen Tätern werden die Gelegenheiten regelrecht „verbaut“.

36 Hierzu sehr anschaulich *H. Beste*, *Zonale Raumkontrolle in Frankfurt am Main im ausgehenden 20. Jahrhundert*, in: *M. Dinges / F. Sack* (Hrsg.), *Unsichere Großstädte? Vom Mittelalter bis zur Postmoderne*. Konstanz 2000, S. 333 ff.

Jetzt wieder auf Vancouver bezogen: Was immer an Sanierungs- oder Neubauvorhaben geplant ist, es wird auch unter dem Aspekt einer natürlichen, technischen oder situativen Prävention geprüft. Das gibt es bei uns vereinzelt auch, aber vermutlich nicht so: Zur Prüfung gehört u.a., die vorherige Erkundung der Bevölkerungszusammensetzung, der täglichen Mobilität, der Nahverkehrsverbindungen, der Konfliktzonen, der lokalen Kriminalitätsverteilung und der Freizeitmöglichkeiten einschließlich des Systems aus Bars und Kneipen. Anordnungen oder Empfehlungen können dann getrennte Parkgelegenheiten für Bewohner und Besucher vorsehen, bestimmte Wege aus Tiefgaragen ins Haus, zusätzliche elektronische Sicherungen für Parterrewohnungen oder das Zurückschneiden von Büschen in Parks (weil sich in großen Büschen üblicherweise Dealer verbergen). Prominent sind die Versuche, die Bürger zur Mitarbeit an ihrer eigenen Sicherheit zu bewegen. Versucht wird ein holistischer Ansatz, der auf derartige bauliche Prävention nicht allein vertraut (weil halb CPTED auch schon vorsichtiger als „design and planning for safer environments“ bezeichnet wurde), vielmehr soziale Programme, die Präsenz der Polizei und strukturierte Nachbarschaftshilfen (neighbourhood watch) einbezieht. Anvertraut sind solche Pläne, ihre Beratung und Beschlüsse einem Team, dem die Polizei, die Kriminologen der Universität, Architekten, Stadtentwickler und Stadtplaner, Unternehmer, Bürger und Vertreter der Kommune angehören. Viele der Maßnahmen klingen uns vertraut oder sind bei uns längst ebenfalls selbstverständlich. Das, was vielleicht noch weniger geläufig ist, ist der Versuch, Prävention ganzheitlich zu betreiben, in einem Team zu beschließen und sie, unterstützt durch interdisziplinäre Beratung, immer mehr zu systematisieren.³⁷

4. Kritische Schlussbemerkung

Auf eine Gefahr soll abschließend hingewiesen werden, wenn Sicherheit zu einem stadtpolitischen Hauptthema gemacht wird. Nicht erst seit dem 11. September 2001 hat sich eine Ideologie der Inneren Sicherheit breitgemacht, der unsere bisherigen

37 Nicht eingegangen werden soll auf ein inzwischen offenbar erledigtes Thema, durch Stadt- und Bauplanung einen sich selbst kontrollierenden und damit verteidigenden Raum zu schaffen (vgl. *O. Newman*, *Defensible Space. Crime Prevention through Urban Design*, New York 1972). Der Versuch, durch eine veränderte Bauweise (Häuser mit wenigen Geschossen, wenige Wohnungen pro Hauseingang, U-Form der Gebäude statt Blöcke, Gemeinschaftseinrichtungen usw.) Anonymität aufzuheben, die Bewohner dadurch zur Mitgestaltung einschließlich Bewachung und Kontrolle ihres eigenen Wohnumfeldes zu bewegen und dadurch Straftäter merklich abzuhalten, schlug fehl. Ein wesentliches Missverständnis schien gewesen zu sein, Wirkungen von veränderten Bauweisen zu erwarten, ohne die Kommunikationsstruktur der Bewohner mit oder zunächst zu ändern (was zur Frage führt, ob bei funktionierender Kommunikation und einem intakten Zusammengehörigkeitsgefühl man dann noch die Gebäude umbauen müsste). Hierzu auch *K. Rolinski*, *Wohnhausarchitektur und Kriminalität*, Wiesbaden 1980, mit einem Ausblick von *E. Kube*, S. 225 ff.

Freiheitsrechte nach und nach zum Opfer zu fallen drohen. Es geht ihr nicht nur um die Herstellung einer Sicherheit, die uns angstfrei leben lässt, auch nicht um eine Ordnung, die eine Voraussetzung für Sicherheitsgefühle ist, sondern um Ordentlichkeit, um die Wiederherstellung vertrauter Sehgewohnheiten, um Wohlgefühle, um Beschaulichkeit. Und das mit sicherheitspolitischen Mitteln. Unordentlichkeit und Unwohlgefühle werden mit Unsicherheit kurzgeschlossen. Nur ein Bahnhof, der aussieht wie geleckt, ist dann ein sicherer Bahnhof. Zwei Fremde, die in der Bahn in ihrer Sprache parlieren, lösen Unbehagen aus und werden zurechtgewiesen. Sichtbare Armut wird von den Gehsteigen gefegt, wie Dosen. Abblätternde Häuserfassaden, ein Entzücken für Toskana-Touristen, werden zu Hause zu „signs of incivility“, vor allem, wenn noch eine kaputte Fensterscheibe hinzukommt. Natürlich geht es nicht darum, der sozialen Unordnung des Gemeinwesens tatenlos zuzusehen, sondern, was man alles unter Unordnung verstehen will, um daran seine Sicherheitsbelange zu knüpfen und nach dem Staat zu rufen. Oder nach Sicherheitsdiensten. Sicherheit wird zunehmend gekauft. Die Nachfrage ließ das Angebot steigern, heraus kam ein überdimensioniertes und wahrscheinlich nicht mehr zu zurückzustützendes Sicherheitsgewerbe, das nicht anders kann, als permanente Unsicherheit zu behaupten, um zu überleben (Zahl der Beschäftigten 1998: 118.000; Umsatz: 5 Mrd. DM). Falls man aber, tüchtig wie man ist, die normalen Unsicherheiten irgendwann beseitigt hat, müssen neue geschaffen werden, und dann landen wir bei der Bekämpfung der Unordentlichkeit und dem Rauchen in Bahnhöfen oder Flughäfen. Kaum anders geht es mit den gemeindlichen Präventionsräten; sie sind in manchen Bundesländern flächendeckend, das heißt bedarfsunabhängig, vorgesehen oder eingeführt. Wenn die Kriminalität dann unerwartet ausbleibt, ist für sie immer noch die Kriminalitätsfurcht da. Wenn auch diese geringer ausfällt als gedacht, besteht weiterhin Handlungsbedarf im Hinblick auf eine bloß „angenommene Zunahme der Kriminalität“.³⁸

Wirklich Bronx in Deutschland?³⁹ Das Ende einer zivilisierten Stadt?⁴⁰ Wohnen hinter Zäunen?⁴¹ Ausverkauf der öffentlichen Sicherheit?⁴² So viele Fragezeichen und einstweilen so wenig Antworten darauf. Die Städte haben große Sicherheitsprobleme. Zu ihnen gehört, dass sie auch auf die Spitze getrieben werden und dadurch

38 *D. Frehsee*, Politische Funktionen kommunaler Kriminalprävention, in: *Internationale Perspektiven in Kriminologie und Strafrecht. Festschrift für Günther Kaiser zum 70. Geburtstag*, Berlin 1998, S. 739 ff.

39 *K. Ronneberger / St. Lanz / W. Lahn*, Die Stadt als Beute, Bonn 1999, S. 81 ff.

40 *M. Eisner* (s. A 12).

41 *G. Glasze*, Wohnen hinter Zäunen. Bewachte Wohnkomplexe als Herausforderung für die Stadtplanung, in: *N. Gerstring / H. Glasauer / Ch. Hannemann / W. Petrowsky / J. Pohlan* (Hrsg.), *Jahrbuch StadtRegion 2002*, Schwerpunkt: Die sichere Stadt, Opladen 2003, S. 75 ff.

42 *N. Spinrath*, Sicherheit als Ware? Der Ausverkauf der öffentlichen Sicherheit, in: *Das Geschäft mit der Sicherheit. Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin*, Berlin 2000, S. 71 ff.

ihre Bodenhaftung verlieren. Die Kriminologie betrachtet es als eine ihrer Aufgaben, mit ihrem Wissen zu einer größeren Sicherheit, wo Unsicherheit ist, beizutragen, aber auch zu beobachten, was mit – realer oder vermeintlicher – Unsicherheit so alles angestellt wird.

Vielleicht kann man ein derartiges, politisch und medial unterstütztes „Ringens um Beschaulichkeit“ als Voraussetzung persönlichen Wohlfühlens und Element persönlicher Sicherheit psychologisch auch als Abwehrversuche vorausgeahnter Bedrohungen interpretieren. Noch ist es freilich nicht so weit; noch stehen europäische Städte, wenn ihre Gewaltemanationen oder ihr Verfallsgrad mit denen amerikanischer Städte verglichen werden, besser da. Auch fühlen sich ihre Bewohner größtenteils sicherer als amerikanische Städter, weswegen sie die dauernde Beschwörung ihrer Unsicherheit auch manchmal den Medien anlasten.⁴³

Denn zunächst einmal, und dies ist an dieser Stelle nachzuholen, sind soziale Desorganisation oder soziale Unordnung – oder das Gegenteil davon – keine objektiven Tatbestände, sondern soziale Konstruktionen. Sie machen zwar an äußeren Sichtbarkeiten fest, bleiben aber subjektive Wahrnehmungen, in Abhängigkeit von kulturellen Aneignungen (z.B. Toleranzbreiten in Bezug auf das Fremde), Anforderungen an Lebensqualität, Gewöhnung, Vergleichen, sozialem Wandel, räumlicher Enge, und nicht zuletzt von der Zugehörigkeit zu bestimmten Bevölkerungsgruppen in Abgrenzung gegenüber anderen Gruppen. Wenn es manchmal so aussieht, als seien wir in Bezug auf soziale Abweichungen intoleranter geworden, dann hätten wir (uns) dadurch neue Unordnungen geschaffen. Während wir in Bezug auf Kriminalität relativ statische Einstellungen entwickelt haben, kann daher die veränderte Wahrnehmung sozialer Vielfalt als Unübersichtlichkeit, Unordentlichkeit und schließlich als Unordnung zur Übernahme von Einstellungen führen, die bislang der Kriminalität gegenüber allein beobachtbar waren.

43 So jedenfalls 80% der Probanden in einer französischen Bevölkerungsbefragung; vgl. S. Body-Gendrot (s. A 13, S. 180).

Ingrid Breckner

Unsicherheiten im städtischen Alltag

Soziologische Blicke auf räumliche Kontexte, Wahrnehmungen und Handlungsoptionen

0. Einführung

Mediale Berichterstattung inszeniert Stadt seit geraumer Zeit wieder zum Hort der Unsicherheit: Die so genannten „bad news“ über Kriminalität, wachsende Armut, Störungen öffentlicher Ordnung durch Bettler, Trinker oder Gruppen von Jugendlichen, Behinderungen des Einkaufsverkehrs – nicht etwa durch notorische Autofahrer, sondern durch Demonstrationen – etc. offenbaren den fragilen Charakter von Gewissheiten der Wahrnehmung und Beurteilung städtischer Lebenswelten. Gewohnte Routinen des Alltagshandelns geraten durch latente oder offen stadtfriendlye Meinungsmache ins Wanken und verunsichern tradierte Muster der Verortung im städtischen Raum. Dessen Wirklichkeit gerät in solchen Kontexten leicht in einen Sog medialer und politischer Skandalisierungen eines verallgemeinerten „Bösen“ und verschwindet damit aus dem Blickfeld öffentlicher Auseinandersetzung. Reflexion solcher Verunsicherungen wird selten eingefordert: Menschen, die Städte bewohnen oder zeitweise geschäftlich, touristisch, kulturell etc. nutzen, versuchen ihre je besonderen räumlichen und zeitlichen Routinen äußerlich nach Möglichkeit aufrechtzuerhalten. Im günstigsten Fall irritiert sie Fremdheit als positive oder negative Kontrasterfahrung, sofern sie Überraschendes und Ungewohntes als attraktive Bereicherung des Alltags annehmen können. In ungünstigeren Fällen breitet sich Verunsicherung durch Störung der ordnenden Alltagsroutinen unterschwellig als Bedrohung aus. Zusammen mit realen städtischen Herausforderungen – z.B. durch hohe Lebenshaltungskosten, Umweltprobleme oder Schulschwierigkeiten der Kinder – kann solche Bedrohung dazu führen, den großstädtischen Raum in Richtung scheinbar überschaubarer Strukturen von suburbanen Zwischenstädten oder Dörfern zu fliehen. Trugschlüsse in Verbindung mit Stadtflucht werden meist erst offenkundig, wenn der langfristige Schuldendienst für das erworbene Eigenheim nur noch kostspielig aufzulösen und eine Veränderung solcher Situationen deshalb in ferne Zukunft gerückt ist.¹

1 Vgl. I. Breckner / M. Menzl / T. Gonzalez, Auswirkungen der Umlandwanderung auf den Hamburger Wohnungsmarkt, Hamburg 1998; U. Matthiesen (Hrsg.), An den Rändern der deutschen Hauptstadt. Suburbanisierungsprozesse, Milieubildungen und biographische Muster in der Metropolregion Berlin-Brandenburg, Opladen 2002.

Menschen bewegen sich angesichts dargestellter Verunsicherungen bekanntermaßen zunächst physisch innerhalb und außerhalb der Stadt in der Gestalt von räumlicher Wanderung und in der Hoffnung auf „besseres Leben“ an anderem Ort. Sie ziehen aber auch Konsequenzen in Bezug auf Partnerschaft und generatives Verhalten oder protestieren in Wahlen mehr oder minder erkennbar gegen Verunsicherungen. Sie reagieren nicht zuletzt wirtschaftlich mit Schnäppchenjagd, Sparsamkeit, Schwarzarbeit oder steuerlichen Tricks. All diese Alltagspraktiken hinterlassen in der Struktur von Städten – je nach Ausgangsbedingungen – unterschiedliche Spuren: öffentliche Armut, sozial-räumliche und politische Polarisierung, Gewalt und Intoleranz, Erosion von sozialen Netzwerken, Ohnmacht, Resignation und Mutlosigkeit in Bezug auf kreative gemeinschaftliche Problemlösungen. Noch widerstehen Städte in Europa mehr als andernorts und auf je eigene Weise globalen ökonomischen, kulturellen und politischen Nivellierungsdynamiken. Sie pflegen – ob unbewusst, offensiv, versteckt und/oder schwer erkämpft – ihre materiell-physischen, ästhetischen, sozialen und/oder regelnden Besonderheiten, die stets „für eine Überraschung gut“ sind.

ollten wir städtische Potenziale des Ungewohnten und damit ggf. verknüpfte Verunsicherungen beseitigen, hieße dies konsequenterweise, Vielfalt und Verschiedenheit aus Städten zu verbannen. Gemäß der Werbung der Hotel-Kette „Novotel“ sähe dann jede Stadt so aus wie die andere. Jeder städtische Ort der Welt wäre dann insofern ein „zu Hause“, als wir uns in bekanntem Metier bewegen. Überraschung oder Unordnung erzeugen wir dabei allenfalls selbst, und das irritiert bekanntermaßen weniger als Fremdes. Dieser Sachverhalt zeigt uns die paradoxe Konstruktion städtischer Verunsicherung: Kaum jemand erkennt sich selbst als Störer der routinierten Ordnung Anderer, sondern empfindet stets „Anderes“ als Irritation eigener Selbstverständlichkeiten.² Unsicherheit entsteht meist, sobald eigene Handlungs-routinen gestört oder in Frage gestellt sind. Sie zeigt sich als Angst, Ungewissheit und/oder Schutzlosigkeit.

Wer irritiert wen, womit, wo, wann und warum? Wer ist für die Bewältigung verunsichernder Irritationen zuständig? Welche Handlungsspielräume bieten sich für Subjekte als Individuen oder im Kollektiv gegenüber städtischer Verunsicherung? Welche professionellen Akteure befassen sich mit dieser Thematik und wie könnten sie mit diesbezüglich engagierten Menschen zusammenarbeiten? Wo liegen politische, administrative, wirtschaftliche und soziokulturelle Aufgaben von Fachleuten, Bürgern und Institutionen im Feld der Verunsicherung in städtischen Kontexten?

Um solche Fragen kreisen auch die nachfolgenden Ausführungen, mit dem Ziel, das Sein und Werden unserer Städte als schwierige, aber unverzichtbare und reiz-

2 Vgl. E. Lévinas, Die Spur des Anderen, Freiburg 1992.

volle Gestaltungsaufgabe für alle Leserinnen und Leser zu erschließen, die eine produktiv verunsichernde städtische Vielfalt auch in Zukunft nicht missen wollen.

Beschäftigung mit dem Thema Unsicherheit ist heute weltweit für eine Mehrheit von Zeitgenossen in hohem Maße plausibel und schwierig zugleich. Zygmunt Baumann stellt fest: „Die schlimmsten und schmerzlichsten Probleme unserer Zeit lassen sich am besten unter der Rubrik „Unsicherheit“ zusammenfassen. Im Deutschen verschmelzen in diesem Ausdruck Erfahrungen, zu deren Bezeichnung im Englischen drei Begriffe nötig sind – „uncertainty“: das Gefühl der Ungewissheit, „insecurity“: das Gefühl der Unsicherheit, und „unsafety“: das Gefühl der Schutzlosigkeit... Menschen, die sich unsicher fühlen (insecurity), die sich vor dem flüchten, was die Zukunft für sie bereithalten könnte (uncertainty) und die um ihren Schutz besorgt sind (safety), sind nicht wirklich frei, die Risiken einzugehen, die kollektives Handeln erfordert. Ihnen fehlt Mut und Zeit, sich alternative Formen des Zusammenlebens vorzustellen.“³ Gesellschaftliche Anstrengungen zur Herstellung von Sicherheit sind so lange konsensfähig, so lange hierfür keine eigenen Beiträge eingefordert werden und der zu erwartende Nutzen hoch erscheint. Selbst Kriege mit dem Anliegen der Absicherung von Sicherheit finden so offenbar Zuspruch unter Zuschauern und Mitwirkenden. Der Anspruch auf Sicherheit erscheint jenseits gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und räumlicher Kulturen universell. Er entkoppelte sich offenbar von seinen gesellschaftlichen Voraussetzungen und avancierte zu einem per se legitimen Ziel politischen Handelns. Dissens entsteht in der Regel in verschiedenartigen Schattierungen in Bezug auf Ursachen von Verunsicherung, die Verallgemeinerbarkeit von Sicherheitserwartungen und Sicherheitsstandards, räumliche und zeitliche Perspektiven von Sicherheiten oder in der Bestimmung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für die Verwirklichung von Sicherheitsansprüchen. „Nice to have“ oder gar „unverzichtbar“ sagen die meisten. „How to understand, to explain and to ensure“ ist die kontroverse wissenschaftliche und alltagspraktische Frage. In diesem Spannungsverhältnis von Wollen, Erklären und Verwirklichen avancierte das Thema (Un-)Sicherheit nicht nur in europäischen Städten zu einem Politikum.⁴

Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich zunächst auf den stadtsoziologischen Umgang mit Fassetten der Thematik Unsicherheit in der Stadt. Im nächsten Schritt stehen Nutzungsspielräume stadtsoziologischer Befunde in der gesellschaftlichen Praxis im Zentrum der Diskussion. Abschließend erfolgt eine kritische Reflexion von Gestaltungsoptionen städtischer Strukturen und Lebensverhältnisse in der

3 Z. Baumann, Die Krise der Politik, Hamburg 2000, S. 12f.

4 Vgl. W. Bonß, Vom Risiko. Unsicherheit und Ungewissheit in der Moderne, Hamburg 1995; M. Davis, Ecology of Fear. Los Angeles and the Imagination of Disaster, New York 1998; Z. Baumann (s. A 3) oder N. Gestrung / H. Glasauer / Ch. Hannemann / W. Petrowsky / J. Pohlen (Hrsg.), Jahrbuch Stadtregion 2002. Schwerpunkt: Die sichere Stadt, Opladen 2003.

Gewissheit, dass Sicherheit nie absolut und abschließend betrachtet und erlebt werden kann. Als von Menschen unter jeweils bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen gedacht und gemacht bzw. verhindert, bleibt sie stets relativ. Diese gesellschaftliche Tatsache erfordert immer wieder Aufmerksamkeit und Nachdenken über ihre sich verändernden Ursachen und Erscheinungsformen. So gesehen ist auch dieser Beitrag nur ein fachspezifischer Blick aus der Gegenwart auf städtische Unsicherheiten im Kontext ihrer Geschichte, mit der Absicht, heute denkbare Entwicklungs- und Gestaltungsperspektiven zu erschließen.

1. *Unsicherheit in der Stadt. Eine vielschichtige Metapher in stadtsoziologischen Perspektiven*

Was sage ich als Stadtsoziologin den in der Kommunalpolitik aktiven Frauen und Männern, wenn sie sich für unsere wissenschaftliche Beschäftigung mit der Thematik Unsicherheit interessieren? Wo setze ich thematisch und zeitlich an, um deutlich zu machen, in welcher Weise welches wissenschaftliche Wissen zum Themenfeld Unsicherheit in der (Stadt-)Soziologie entstanden ist? Wie lassen sich zentrale Erkenntnisse heute zusammenfassen? Diese Fragen sollen im Folgenden die Bemühung unterstützen, die Innenwelt sozialwissenschaftlicher Bearbeitung des Themas Unsicherheit in der Stadt in der Perspektive der Leserschaft dieses Heftes zu erkunden und zu erschließen.

Soziologie als die Wissenschaft mit dem konzentrierten Blick auf Erscheinungsformen und Ursachen sozialer Fragen in der Gesellschaft hatte immer schon mit sozialen Unsicherheiten zu tun. Dennoch hinkt sie in der theoretischen Systematisierung, empirischen Synthetisierung und damit in der Verallgemeinerung ihrer Befunde zu verunsichernden Risiken gesellschaftlicher Entwicklungen anderen wissenschaftlichen Disziplinen bis heute hinterher.

Interessant ist, dass immer dann, wenn es gilt dieser Thematik auch empirisch nachzuspüren, im soziologischen Handeln die Stadt ins Spiel kommt. Ob erste Sozialstatistiken auf der Grundlage der Berichte von Fabrik- oder Wohnungsinspektionen, systematische Beobachtungen des Elends in Wohnverhältnissen oder Bildungseinrichtungen im 19. Jahrhundert, oder Analysen von Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Migration etc. in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts⁵ – stets fanden sie in Städten statt. Dies ist kein Zufall und auch nicht den Vorlieben oder Bequemlichkeiten der auf diese Fragen neugierig blickenden Wissenschaftler geschuldet. Der Grund für die Untersuchung sozialer Fragen in Städten liegt schlicht in der Tatsache, dass sich neue gesellschaftliche Entwicklungen im bürgerlichen Zeitalter zunächst in Städ-

5 Vgl. W. Bonß, Kritische Theorie und empirische Sozialforschung, in: E. Fromm, Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches, bearb. und hrsg. von W. Bonß, Stuttgart 1980, S. 7-46.

ten vollzogen und hier in komplexer Gestalt studierbar waren. In Liverpool, Manchester und Birmingham entstanden schon im 18. Jahrhundert die ersten modernen Fabriken. In Hafenstädten wie Rotterdam, Antwerpen oder Hamburg entwickelten sich zur selben Zeit bis heute strukturell prägende Grundlagen merkantilistischer Wirtschaftsführung. In London, Paris oder Berlin wurden Errungenschaften moderner Industrie für die ganze Welt ausgestellt bzw. erste sozialpolitische Steuerungsinstrumente für unerwünschte Nebenwirkungen des entfesselten Kapitalismus erkämpft, erdacht und umgesetzt. Chicago gilt mit der sog. „Chicago School“ u.a. als Geburtsstätte der Stadtsoziologie. Der den Weltmarkt bestimmende Handel mit den sog. „Natures“, den landwirtschaftlichen Produkten des nordamerikanischen Binnenlandes, machte aus dieser Stadt für längere Zeit einen Magneten für Arbeitssuchende aus aller Herren Länder.⁶ In der Folge wirtschaftlicher Modernisierung entstand hier bereits in den Anfängen des 20. Jahrhunderts eine Ansammlung von sozialen, kulturellen und politischen Verschiedenheiten, die in der noch jungen Soziologie wie in Kreisen von Lokaljournalisten die Frage nährten, wie eine solche Vielfalt von Fremdheiten in einem begrenzten städtischen Gemeinwesen überlebensfähig ist. Auch diese Wissenschaftler und Journalisten reagierten zunächst erstaunt und verunsichert auf die sich etablierende moderne städtische Wirklichkeit. Sie bearbeiteten ihre Verunsicherung aber – in der aufgeklärten Perspektive einer europäischen Kultur der Stadtforschung eines Georg Simmel, Emile Durkheim oder Max Weber – nicht mehr wie im 19. Jahrhundert oder früher durch moralische Verurteilung des Ungewohnten. Vielmehr begaben sie sich auf den Weg der empirischen Erkundung verunsichernder urbaner Wirklichkeiten. Dabei entdeckten sie vielfältige Adaptionspotentiale von Menschen mit den jeweils neuen Verhältnissen durch An- und Umsiedlungspraktiken, Bildung von z.T. interkulturellen sozialen Netzwerken und politischen Aktivitäten. Sie fanden aber auch heraus, wo Menschen ein Überleben im Fortschritt schwer fiel: Krankheit, Armut, Gewalt und Kriminalität, Intoleranz, Konkurrenzkämpfe und Diskriminierung breiteten sich vor allem in den wirtschaftlich schwächsten Gruppen dieser neuen städtischen Gesellschaften aus und erschreckten entsprechend etablierte Milieus. Letztere versuchten sich von den für sie noch weitgehend undurchschaubaren städtischen Übeln durch Umzüge zu distanzieren: So verwandelte sich die ehemalige Chicagoer „Gold Coast“, die Zone der Reichen und Erfolgreichen, bis heute in eine Armutsinsel, wie auch andere Gebiete der Stadt einem stetigen Inwertsetzungs- und Außerwertsetzungsprozess unterworfen waren und bis heute sind. Die sich bedroht fühlenden Milieus der Mittel- und Oberschichten reagierten jedoch auch in Chicago mit Erziehungsprogrammen

6 Vgl. W. Cronon, Nature's Metropolis. Chicago and the Great West, New York / London 1991; M.D. 'Eramo, Das Schwein und der Wolkenkratzer. Chicago, eine Geschichte unserer Zukunft, München 1996.

für Arme und Benachteiligte oder suchten Auswege aus der Angst in der Stadt durch allgemeine moralisch-religiöse „Aufrüstung“ innerhalb und außerhalb von Kirchengemeinden. An großstädtischen Entwicklungsdynamiken der vergangenen zwei Jahrhunderte wird deutlich, wie sehr soziale Verunsicherung als soziologischer Gegenstand vernetzt ist mit wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Veränderungen. Städte mit einer hohen Veränderungsgeschwindigkeit spiegeln dieses komplexe Phänomen gleichsam wie ein Brennglas und erweisen sich deshalb bis heute als bevorzugte Forschungsräume für alle sozialen Fragen, so auch für Unsicherheit.

Die Konzentration sozialer Forschung in Städten mit einem ausgeprägten Veränderungsdruck begünstigte seit Anfang des 20. Jahrhunderts eine allmähliche Etablierung der Stadtsoziologie als soziologische Teildisziplin. Sie beschreibt und dokumentiert mit unterschiedlichen Konzepten und Strategien – neben historischer, geografischer, wirtschaftlicher, politologischer, ökologischer oder ethnologischer Stadtforschung – den Verlauf urbaner Modernisierung und versucht deren Strukturen und Prozesse zu erklären. Die Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Wissenschaften mit einem Augenmerk auf Städte erwies sich jedoch nicht durchweg als produktiv. Bei Außenstehenden kann sie leicht Verwirrung erzeugen: Widerstreitende Befunde, Konkurrenz um Geld und Anerkennung, unterschiedlich begründete und parzellierte Forschungsfragen sowie bis heute anhaltende Streitigkeiten über methodische Vorgehensweisen und die Reichweite bzw. Aussagekraft von Ergebnissen haben den gesellschaftlichen Nutzen dieser Forschung immer wieder eingeschränkt. Selbst für Fachleute ist es nicht einfach, den relevanten wissenschaftlichen Ertrag des vergangenen Jahrhunderts in Anerkennung der gesamten stadtforscherischen Denkwelt schlüssig zu bündeln. Zu viel vereinzelt Wissen liegt vor und es fehlen – aufgrund von fragiler Forschungsförderung, diskontinuierlicher Institutionalisierung, wissenschaftlichen Machtkämpfen und der hohen Veränderungsdynamik des Gegenstandes – „nachhaltige“ Erkenntnisse komplexer städtischer Phänomene, zu denen auch die Unsicherheit in Städten gehört. Anders als in den Ingenieur- und Naturwissenschaften ist die Stadtsoziologie – wie ihre Nachbardisziplinen im Kanon der Stadtforschung – permanent mit neuen abhängigen Variablen konfrontiert, d.h. mit sich immer wieder modifizierenden Einflussgrößen. Unabhängige Variablen sind stets an Fragestellungen gebunden und gelten allenfalls für kurze geschichtliche Phasen an bestimmten Orten. Dies erschwert langfristige räumliche Vergleiche und unterstützt detailfixierte Dispersionen von Diskursen, praktischer Forschung und Ergebnisverwertung. Dennoch bietet das bislang angesammelte theoretische und empirische Detailwissen aus der Stadtforschung eine reichhaltige Quelle für zeitgenössische Reflexionen städtischer Unsicherheiten. Je nach wissenschaftlicher Erfahrung und Erkenntnis- bzw. gesellschaftlichen Gestaltungsperspektiven lassen sich darin einige auch heute fruchtbare Gedankenkomplexe entdecken.

Ausgehend von den eingangs skizzierten Fragen in Verbindung mit städtischen Verunsicherungen der Gegenwart erscheinen im Zusammenhang dieses Beitrages

folgende stadtsociologische Befunde relevant für wissenschaftlich erklärende und gesellschaftlich gestaltende Aktivitäten:

- Verunsicherung ist mittlerweile in allen zur Stadtforschung beitragenden Disziplinen als kontinuierliche Begleitmusik gesellschaftlicher Modernisierung anerkannt.
- Großstädte als „zentrale Orte“ solcher Verunsicherungen bieten den komplexesten Zugang zu ihren Erscheinungsformen und Ursachen; sie bündeln entsprechende Phänomene immer dann besonders augenfällig und öffentlich wirksam, wenn tief greifende gesellschaftliche Veränderungen sich in städtischen Lebenswelten früher als andernorts manifestieren.
- Strittig blieben in der Stadtforschung Erklärungen von zentralen Ursachen der Unsicherheit: Je nach wissenschaftlicher Disziplin dominieren eher wirtschaftliche, soziologische, biologische, politische, geografische oder kulturelle Denk- und Deutungsmuster. Liest man all diese Befunde unvoreingenommen zusammen, so verfestigt sich der Eindruck, dass das komplexe Phänomen der Unsicherheit immer nur in Teilfassetten, mit unterschiedlicher Methodik und vielschichtigen, nicht immer kompatiblen Ergebnissen beleuchtet wurde. Wir finden über längere oder kürzere Zeiträume selten aufeinander beziehbare Untersuchungsergebnisse über Armut und Ausgrenzung in Städten, Migration, politische, soziale, kulturelle oder ökologische Konflikte und Machtstrukturen, Wohnverhältnisse, milieuspezifische Lebensweisen, demographische und wirtschaftliche Veränderungen oder „Zeiten der Stadt“ etc. Unsicherheit erweist sich hier – sofern sie ausdrücklich oder verdeckt angesprochen wird – stets als mehr oder weniger beeinflusst von wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Verhältnissen in ihren jeweiligen systemischen und lebensweltlichen Ausprägungen unter je bestimmten räumlichen und sozialen Bedingungen. Welche dieser Einflüsse in welchem Ausmaß wo, wann, wie lange und in welchem Zusammenspiel wirksam werden, kann auch heute nicht abschließend beantwortet werden. Dennoch besteht in der Stadtforschung Gewissheit darüber, dass sich in der Artikulation großstädtischer Unsicherheiten (wie andernorts) verschiedene Phänomene überlagern. Sie gilt es – unter Berücksichtigung ihrer Wechselwirkungen – analytisch auf theoretischen und empirischen Wegen herauszufinden.
- Umfragen von Meinungsforschungsinstituten präsentieren gegenwärtig immer wieder Befunde sich ausbreitender Ängste vor Jobverlust, Fremdheiten, Einsamkeit und Armut, Umweltproblemen, Globalisierung oder Krieg und Gewalt.⁷ Mediziner registrieren eine Zunahme diffuser Ängste und nennen das „generalisierte Angststörung“.⁸ Stadtforscher sind wieder stärker mit dem Phänomen der

7 Vgl. z.B. *Frankfurter Rundschau* 25.02.2003: Jeder Zweite bangt um Job; oder *Hamburger Abendblatt* 31.05.2003: Angst im Job.

8 M. Zick, Ur-Ängste – Ängste – Neue Ängste, in: *Bild der Wissenschaft* 5/2002, S. 82.

Stadtflucht konfrontiert. Solche Angst-Konjunkturen in kurzen Zeitabständen und wiederkehrende räumliche Fluchtendenzen verweisen auf Verschränkungen unterschiedlicher verunsichernder Lebenserfahrungen. Das, was im Vordergrund als Bedrohung oder Angst erscheint und gefühlt wird, kann ganz unterschiedlich komplex, strukturell wie prozessual begründet sein. Solche Wirkgeflechte müssen wissenschaftlich im gesellschaftlichen Alltag erst mühsam entschlüsselt werden, um unangemessen vordergründiges, spekulatives Handeln zu vermeiden.

- Uneinigkeit besteht in der Stadtforschung bis heute auch über die Rolle des Raumes in der Entstehung und Veränderung städtischer Unsicherheiten: Zwar sind sich Fachleute darin einig, dass Verunsicherung – wie alle gesellschaftlichen Phänomene – immer in bestimmten Räumen und zu bestimmten Zeiten stattfindet. Inwieweit aber der Raum selbst und der jeweilige zeitliche Kontext zur Veränderung von Städten und damit auch der in ihnen vorhandenen Unsicherheiten beitragen, wird bis heute kontrovers diskutiert.⁹ Legt man ein komplexes gesellschaftstheoretisches Raummodell zugrunde, wie es Dieter Läßle seit einigen Jahren zu vervollständigen versucht,¹⁰ so kommt dem gesellschaftlichen Raum in seiner materiell-physischen, sozialen, ästhetisch-symbolischen und normativ regulierten Gestalt sowie in seinen mikro-, meso- und makroräumlichen bzw. funktionalen Differenzierungen meines Erachtens durchaus eine prägende Kraft für Unsicherheit in Städten zu. Gesellschaftliche Räume begünstigen oder erschweren Verunsicherung. Sie bieten Anregungen und Spielräume zu deren Verarbeitung auf all ihren konstitutiven Ebenen. Nicht zuletzt fordern gesellschaftliche Räume in diesem theoretischen Konzept stets auch ein explizites Nachdenken über die materiellen Artefakte einer Gesellschaft heraus, mit denen Menschen selbst zur Verunsicherung beitragen, die sie aber auch gestaltend verändern können. Ein solches Raumkonzept beugt der Gefahr stets zu kurz greifender Dramatisierungen und Ideologisierungen von Unsicherheiten vor, die auch in den Gesellschaftswissenschaften immer wieder unproduktiv „salonfähig“ bzw. riskant waren und noch sind. Fruchtbar wird das theoretische Konzept des gesellschaftlichen Raumes in der empirischen Untersuchung städtischer Unsicherheiten insofern, als es die Entwicklung komplexer interdisziplinärer Forschungsdesigns unterstützt und damit zu wirklichkeitsadäquateren Forschungsergebnissen beitragen kann.¹¹

9 Vgl. *J. Mayer*, Die aufgeräumte Welt. Raumbilder und Raumkonzepte im Zeitalter globaler Marktwirtschaft, Rehburg-Loccum 1992; *G. Sturm*, Wege zum Raum. Methodologische Annäherung an ein Basiskonzept raumbezogener Wissenschaften, Opladen 2000; *M. Löw*, Raumsoziologie, Frankfurt a.M. 2001; oder *T. Krämer-Badoni / K. Kuhm* (Hrsg.), Die Gesellschaft und ihr Raum. Raum als Gegenstand der Soziologie, Opladen 2003 (im Erscheinen).

10 Vgl. als bereits elaborierten Ausgangspunkt *D. Läßle*, Thesen zu einem Konzept gesellschaftlicher Räume, in: *J. Mayer* (s. A 9) S. 29-52.

11 Vgl. *I. Breckner / K. Sessar*, Unsicherheiten in europäischen Großstädten, in: *N. Gestring* (s. A 4), S. 107-116.

Betrachten wir vor dem Hintergrund dieser bescheidenen Erträge von Stadtforschung und Gesellschaftswissenschaft erste, noch genauer zu analysierende empirische Befunde einer aktuellen Studie zu Unsicherheit in europäischen Städten, so bestätigt sich das Bild der Vielfalt von Unsicherheit:¹²

- Unter den abgefragten „globalen Ängsten“ dominieren als große Probleme in allen Untersuchungsstädten mit mehr als 60% der Antworten solche vor epidemischen Krankheiten, religiösen Konflikten, Terrorismus, transnationaler Kriminalität und Krieg. Dieser Befund dürfte stark durch die zeitgleiche Vorbereitung und Diskussion des jüngsten Irak-Krieges ‚gefärbt‘ sein. Weniger Beunruhigung lösten bei den Befragten ökologische Probleme, Nutzung der Atomkraft, Überbevölkerung und Migration aus armen in reiche Länder aus.
- Die höchsten Prozentwerte für Beunruhigung auf „gesamstädtischer Ebene“ erzielte in den beiden Untersuchungsstädten Hamburg und Amsterdam das Drogenproblem; auf Rang zwei und drei finden wir in Hamburg Arbeitslosigkeit und Kriminalität, während in Amsterdam zuerst Kriminalität und dann in deutlichem Abstand Arbeitslosigkeit genannt wird. In Budapest steht Kriminalität an erster Stelle, gefolgt von Umweltverschmutzung und Bestechlichkeit. Demgegenüber dominiert in Krakau die Beunruhigung durch Arbeitslosigkeit mit dem höchsten Wert im Städtevergleich, gefolgt von hohen Prozentwerten für Armut und Kriminalität. In Wien stehen wie in Hamburg – wenn auch mit deutlich niedrigeren Werten – Drogen und Arbeitslosigkeit an den ersten beiden Stellen, gefolgt von Beunruhigung durch Ausländerkriminalität auf Rang drei.
- Ganz anders stellen sich Probleme in den Untersuchungsstädten in der Stadtperspektive dar: „Schmutz und Müll“ belegt als Antwort Rang 1 in der Problemwahrnehmung der Befragten in Hamburg, Amsterdam und Budapest. Demgegenüber stehen in Krakau „zu wenig Polizei“ und in Wien „Vandalismus“ im Vordergrund. Auf Platz 2 rangieren in allen Städten Probleme mit bestimmten Bevölkerungsgruppen: In Hamburg und Amsterdam sind es Jugendliche, in Budapest Obdachlose bzw. Bettler, in Krakau Betrunkene und in Wien die Belästigung von Frauen. Auf Rang 3 der Probleme im Stadtteil finden wir in Amsterdam, Budapest und Wien „zu wenig Polizei“, in Hamburg „zu wenig Freizeitangebote“ und in Krakau „Schmutz und Müll“.
- Mehr als die Hälfte aller Befragten nennt in allen Untersuchungsstädten eine Wohndauer von mehr als fünf Jahren im Gebiet und verfügt damit über eine

12 Vgl. *W. Keller / K. Sessar*, Quantitative Survey: Frequencies. Im Rahmen des EU-Projekts „Insecurities in European Cities“ (InSec) an der Universität Hamburg, Inst. für Kriminalwissenschaften, Abt. Kriminologie, Hamburg 2003 (Ms.). Die Erhebung wurde im Herbst 2002 in jeweils zwei Stadtteilen in Hamburg, Amsterdam, Budapest, Krakau und Wien durchgeführt und befindet sich gegenwärtig im Stadium der Auswertung und Interpretation. Es handelt sich in jeder Stadt – sofern vorhanden – um ein Gebiet mit hohen Anteilen von Migranten und ein Gebiet mit Großwohnsiedlungen.

gewisse Erfahrung mit den jeweiligen Lebensbedingungen. Entsprechend beurteilen die Befragten in allen Untersuchungsgebieten die dort vorherrschende Atmosphäre mehrheitlich als „vertraut“.

- Erfahrung mit dem vertrauten eigenen Lebensraum scheinen aber nicht vor Unsicherheit zu schützen: Eher unsicher fühlten sich in ihrem Stadtteil in Amsterdam 43% bzw. 54% der Befragten, in Budapest 36% bzw. 58%, in Hamburg 41% bzw. 64%, in Krakau 38% bzw. 35% und in Wien 63% bzw. 67%.
- Hohe Anonymität in der Form fehlender Nachbarschaftskontakte dominierten bei einem Drittel der Befragten in den Amsterdamer und Wiener Stadtteilen. Die entsprechenden Werte liegen in Budapest, Hamburg und Krakau weitgehend unter 20% und damit deutlich niedriger.
- Auf die Polizei können sich in allen Untersuchungsgebieten etwa zwei Drittel der Befragten verlassen.
- Mit Ausnahme eines Stadtteils in Budapest und in Hamburg ist die Bereitschaft zur „Mitwirkung an einer Verbesserung der Lebensverhältnisse im Quartier“ in allen anderen Untersuchungsgebieten allenfalls bei der Hälfte der Befragten gegeben.
- Trotz sich abzeichnender Unsicherheiten infolge globaler, städtischer und quartierlicher Entwicklungen haben mehr als 30% der Befragten in Amsterdam, Budapest, Krakau und Wien ihren „Optimismus in Bezug auf die globale Zukunft“ nicht eingebüßt. Eher pessimistisch bzw. unentschieden äußerten sich in dieser Frage demgegenüber etwa 80% der Befragten in den Hamburger Stadtteilen.

Betrachten wir die bereits zusammengefassten Problemwahrnehmungen der Befragten auf globaler, gesamtstädtischer und Stadtteilebene im Vergleich zu ihren Angaben über Tatbestände, die ihnen auf städtischer Ebene „Sorgen bereiten“, so kommen weitere Aspekte möglicher Verunsicherung ins wissenschaftliche Blickfeld: Die Mehrheit der Befragten macht sich in allen Untersuchungsgebieten „große bzw. sehr große Sorgen“ über Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Drogenkonsum. Überdurchschnittliche Werte für „Sorgen“ in den untersuchten Städten sehen wir in Budapest und Krakau in Bezug auf Korruption innerhalb gesellschaftlicher Institutionen sowie Armut. In Krakau machen sich viele Befragte zudem Sorgen über unsichere Bahnen und Busse. In Hamburg und Krakau bereitet „Gewalt an Schulen“ überdurchschnittlich große Sorgen. „Umweltprobleme“ werden verstärkt in Hamburg, Budapest und Krakau als „Sorgenkind“ angegeben.

Die Daten zu „verunsichernden Problemen auf Stadtteilebene“ bestätigen weitgehend die eingangs zusammengefassten Befunde: Überall verunsichernd wirken demnach Jugendliche, die auf der Straße „herumhängen“ und Verunreinigungen des öffentlichen Raumes. In Amsterdam, Budapest und Krakau stellen Obdachlose und Bettler für ein Drittel bzw. die Hälfte der Befragten eine große Verunsicherung dar. Die „Belästigung von Frauen“ stellt eine eher gebietsspezifische Verunsicherung in Amsterdam und Krakau dar, weniger jedoch in Wien, wo dieses Problem eingangs

sehr betont wurde. Durch „Betrunkene auf der Straße“ fühlen sich die Befragten in Budapest und Krakau auffällig verunsichert, was mit den hier vorherrschenden (Un-)Kulturen des Alkoholgenusses bzw. den schwierigen Transformationsproblemen zusammenhängen könnte. Verunsicherung durch „Gewalt im privaten Raum“ wird – mit Ausnahme von Wien – in allen untersuchten Städten von mehr als 20% der Befragten genannt, wobei auch hier Unterschiede zwischen den jeweils untersuchten Stadtteilen festzustellen sind.

Die referierten Daten aus dem EU-Projekt „Insecurities in European Cities“ liefern erste Beschreibungen der differenzierten Aspekte von Verunsicherung im städtischen Alltag. In ihrer Verknüpfung (nach genauer Prüfung der jeweiligen Aussagekraft) und in Kombination mit den entstehenden Befunden der laufenden qualitativen Befragung in denselben Untersuchungsgebieten ermöglichen sie schließlich Einblicke in subjektive und kollektive Konstruktionen der Unsicherheit in der Stadt. Solches – in diesem Projekt noch zu erarbeitendes Wissen – bietet eine Grundlage für die Konzeption von gesellschaftlichem Handeln in Bezug auf Unsicherheit.

3. Städtische Verunsicherungen als Herausforderung in gesellschaftlicher Praxis: Verwertungsmöglichkeiten stadtsoziologischer Befunde

Welche Erkenntnisse der Stadtforschung sind für welche gesellschaftliche Praxis in Bezug auf Unsicherheit im Raum warum relevant? Verunsicherung im städtischen Alltag existiert offenbar. Sie ist gleichzeitig aber ein schwer zu fassendes, flüchtiges und daher leicht für Ideologie und Instrumentalisierung anfälliges Phänomen.

Betrachten wir die dargestellte Palette potenziell verunsichernder städtischer Wirklichkeiten, so sind sie immer in gesellschaftliche Strukturen und Prozesse eingebettet und berühren Aufgabenfelder einer Vielfalt von gesellschaftlichen Akteuren und Institutionen: Arbeitslosigkeit, Armut oder Kriminalität weisen z.B. unterschiedliche zeitliche Konjunkturen und räumliche Ausprägungen in Abhängigkeit von den jeweiligen Strukturen und Entwicklungsprozessen einer Gesellschaft auf. Während bei Kriminalität im Falle identifizierter Täter noch tätige Subjekte greifbar sind, ist das bei Armut und Arbeitslosigkeit deutlich schwieriger. Bei allen Akteuren, die mit ihrem jeweiligen Handeln zur Verunsicherung in der Stadt beitragen, geschieht dies mit mehr oder weniger Wissen über und personaler Verantwortlichkeit für diesen Zusammenhang in jeweils bestimmten strukturellen Kontexten. Die jeweils menschlich geschaffenen und wirkmächtigen Systeme des Wirtschaftens, der politischen Gestaltung, der Aus- und Weiterbildung, der sozialen Sicherung, der Rechtsfindung und Rechtsprechung sowie der geltenden Normen und Werte beeinflussen das Handeln aller institutionellen und privaten Akteure im Feld städtischer Unsicherheiten. Geraten – wie in der Gegenwart – gleich mehrere gewohnte systemische Eckpfeiler in eine Krise oder stehen sie gar zur Disposition, tritt wiederum Verunsicherung ein. Jede sich abzeichnende Veränderung wird unter dem Aspekt

ihrer Sicherheitsversprechen beurteilt, unter Vernachlässigung der Tatsache, dass absolute Sicherheit immer schon eine Fiktion war. Unrealistische Sicherheitserwartungen dienen als mentale Konstruktionen der Abwehr analytischer Anstrengungen im privaten oder professionellen Alltag. Sie arbeiten in der Regel unbewusst mit einem kindlichen Delegationsprinzip an vermeintlich Stärkere – sei es Gott, seien es Vorgesetzte, kraftvoll erscheinende Akteure in Politik und Verwaltung oder Machtfiguren in Familien bzw. Freundeskreisen.

Erlitten werden Verunsicherungen im städtischen Alltag in unterschiedlichen qualitativen und quantitativen Dimensionen zunächst individuell. Inwiefern es sich dabei um kollektives Leiden in unterschiedlichen Ausprägungen handelt, lässt sich erst feststellen, wenn dieser Sachverhalt analysiert und darüber öffentlich kommuniziert wird: Welche Verunsicherung tritt in der Gesamtstadt und ihren Teilräumen bei welchen Bevölkerungsgruppen warum und in welcher Weise konzentriert auf? Wie werden solche Verunsicherungen individuell bzw. gruppenspezifisch mit welcher gesellschaftlicher Unterstützung verarbeitet? Sowohl eine Klärung, als auch die Verdrängung, Tabuisierung oder Instrumentalisierung solcher Fragen beeinflussen die öffentliche Sensibilität für entsprechende Phänomene sowie die Intensität eines gesellschaftlichen Engagements für deren Bewältigung. Bleiben z.B. bestimmte Verunsicherungen begrenzt auf städtische Räume, in denen machtvolle politische Akteure keine Wähler vermuten, oder in die sich die Mehrheit der Stadtbevölkerung selten verirrt, besteht die Gefahr der mentalen und emotionalen Ausgrenzung dieser Wirklichkeiten. „Afrika“ mit vergessenen bzw. verdrängten Problemen befindet sich – so gesehen – in jeder Stadt. Vor diesem Hintergrund liegt eine zentrale Herausforderung gesellschaftlicher Praxis in Bezug auf Unsicherheit in der Stadt in ihrer Vergewärtigung durch sorgfältige Wahrnehmung und kontinuierliche Analyse jenseits situativer Skandalisierungen und Effekthascherei.

Die Problematik der Verunsicherung ist zu ernst, als dass sie zum Mittel politischer oder kultureller Inszenierung von Machtgelüsten missbraucht werden könnte. Sie wirkt sich – längerfristig betrachtet – auch auf die Strukturen des städtischen Alltags aus: Verfall, anhaltende Desinvestition, Verödung, Abwanderung, Entpolitisierung oder soziale Verrohung springen schon längst über die Grenzen ihrer Kerngebiete. Sie belasten nachhaltig öffentliche Haushalte, gefährden Vorteile des „Wirtschaftsstandortes Deutschland“, demotivieren bürgerschaftliches Engagement und überfordern alle Institutionen, die dem Umgang mit den Folgen solcher Verunsicherung nicht ausweichen können. Individuell oder kollektiv erlittene Unsicherheit wirkt – so gesehen – zurück auf gesellschaftliche Strukturen und erzeugt ein pessimistisch-resignatives Klima für unvermeidliche gesellschaftliche Gestaltungsprozesse. Eine solche pathologische gesellschaftliche Paralyse verzehrt genau diejenigen Ressourcen von Mut, Kreativität, Experimentierfreudigkeit und Solidarität, die für eine innovative und zukunftsfähige gesellschaftliche Praxis am dringendsten benötigt werden. Politik allein kann unter solchen Voraussetzungen allenfalls begrenzte Impulse setzen.

In den Ergebnissen der laufenden Untersuchung über „Unsicherheit in Europäischen Städten“ spiegelt sich das dargestellte Dilemma der Verunsicherung im städtischen Raum wie folgt:¹³

- Ein Drittel bis zu 50% und mehr der Befragten in den Städten Hamburg, Amsterdam, Budapest, Krakau und Wien sehen in einem Mangel an Polizei auf der Straße ein Problem. Einzige Ausnahme bildet hier eines der Wiener Untersuchungsgebiete. Demgegenüber erreicht die Sicherheitserwartung gegenüber „mehr Polizei auf der Straße“ Werte zwischen 40% und 90% und ist gegenüber privaten Sicherheitsdiensten nur in Amsterdam bei mehr als 50% der Befragten als besonders ausgeprägt.
- Knapp die Hälfte aller Befragten sieht in einer Verbesserung der Beleuchtung eine angemessene Maßnahme zur Bewältigung von Verunsicherungen im Stadtteil.
- Hohe Sicherheitserwartungen an Videoüberwachung knüpfen mehr als die Hälfte der Befragten in einem Amsterdamer Untersuchungsgebiet sowie in Krakau.
- Kooperation zwischen Polizei und Bürgern wird – mit Ausnahme von Budapest – in allen untersuchten Städten von mehr als der Hälfte der Befragten als angemessene Maßnahme gegen Verunsicherung im Stadtteil angesehen.
- Verbesserung der Sauberkeit von Straßen und Plätzen gilt für gut zwei Drittel der Befragten in Amsterdam, Hamburg-Wilhelmsburg und Krakau-Kasimierz als Symbol einer Bewältigung von Unsicherheitsproblemen.
- Bürgerbeteiligung im Stadtteil wird – mit Ausnahme von Budapest – von etwa 50% der Befragten als probates Mittel zur Bewältigung von Verunsicherungen beurteilt.
- Beim Indikator „Prävention schulischer Gewalt“ steigen die Sicherheitserwartungen in allen untersuchten Gebieten auf Werte um 40% in Budapest, 50% in Amsterdam-De Baarsjes sowie auf Werte zwischen 70% und 80% in Amsterdam-Zuidoost und den anderen Städten.

Diese im weiteren Verlauf der Forschung noch eingehender zu interpretierenden Befunde zeigen, dass die Hoffnung auf Sicherheit gewährende gesellschaftliche Institutionen keineswegs geschwunden sind. Es zeigt sich aber auch eine Vorstellung zur Mitwirkung an der Gestaltung von Sicherheit im Stadtteil durch Bürgerbeteiligung im Stadtteil und Kooperation mit der Polizei. Inwieweit diese vorstellbare Aktivität der Bürger handlungsrelevant ist und wie sie sich produktiv mit der Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols vernetzen ließe, bedarf weiterer Abklärung.

Strukturen europäischer Städte verändern sich zwar in der globalen Ökonomie: Stadtregionen und regionale wie globale Netzwerke werden zunehmend wichtiger,¹⁴

¹³ Vgl. ebda.

¹⁴ Vgl. D. Läßle, Die Auflösung städtischer Strukturen und die Neuerfindung des Städtischen, in: F. Oswald / N. Schüller (Hrsg.), Neue Urbanität. Das Verschmelzen von Stadt und Landschaft (im Erscheinen).

dennoch bieten europäische Städte auch gegenwärtig und für die Zukunft unverzichtbare Voraussetzungen für eine hohe Qualität gesellschaftlicher Integration und innovativer wirtschaftlicher Entwicklung unter demokratischen Bedingungen. Vor diesem Hintergrund besteht gegenwärtig eine besondere Herausforderung für Stadtpolitik, Wirtschaft, Polizei und Justiz, Kultur und Bildung wie für alle Nutzer städtischer Räume, Verunsicherungen auf nationaler, föderaler, stadregionaler und quartierlicher Ebene abzubauen. Der aktuell stattfindende strukturelle Wandel in der Bundesrepublik, in Europa wie weltweit erweist sich als vergleichbar einschneidend wie die jeweiligen Entwicklungsphasen der Industrialisierung im 19. und 20. Jahrhundert. Eine intelligente Bewältigung heutiger Transformationsprozesse erfordert auch in West- und Osteuropa den kreativen Umbau und Einsatz aller traditionellen und die Entwicklung neuer Ressourcen. Verunsicherung jeder Art behindert oder gefährdet solche notwendige Anstrengung. Stadtregionen sind und bleiben voraussichtlich „zentrale Orte“ gesellschaftlicher Veränderungen und bedürfen deshalb einer entsprechend sensiblen, Verunsicherung vermeidenden Gestaltung.

4. Gestaltungsoptionen des Städtischen in der Gewissheit von Unsicherheit

Kann Verunsicherung vermieden werden? Wenn ja, durch welche Akteure? Was bedeutet die Rede von der „Gewissheit von Unsicherheit“? Und was in diesen Zusammenhängen ist auf welchen raumzeitlichen Ebenen politisch, planerisch, ökonomisch, sozial, kulturell oder administrativ inwiefern gestaltbar? In abendländischen Demokratien existieren gesellschaftliche Institutionen, die traditionell für die Gewährleistung von Sicherheit zuständig sind: Die Polizei als Vertreterin des staatlichen Gewaltmonopols hat ihre vornehmste Aufgabe in der Absicherung vor Gewalt unter Einhaltung jeweils geltender demokratischer Spielregeln. Familien, Schulen, staatlichen Ausbildungsstätten, Architekten, Stadtplanern und Bauingenieuren oder staatlich anerkannten religiösen Institutionen obliegt u.a. die Aufgabe alltäglicher Abwehr sozialer und kultureller Verunsicherung. Politische Institutionen, d.h. Parteien und andere politische Vereinigungen wie z.B. Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände oder demokratische soziale Bewegungen stehen mehr oder minder in der systemischen Pflicht sozialer, kultureller, rechtlicher und wirtschaftlicher Absicherung der Gesellschaftsmitglieder. Nicht zuletzt stehen private Unternehmen in den diversen demokratischen Spielarten sozialer Marktwirtschaft in der Pflicht, wirtschaftliche und damit auch soziale, politische und kulturelle Verunsicherung abzuwehren. Vor diesem Hintergrund erscheint der Kosmos der für Sicherheit zuständigen Akteure hinreichend komplex. Warum sind Menschen dennoch verunsichert? Versagen die genannten gesellschaftlichen Institutionen oder sind die gedanklichen Konstrukte in den systemischen Konzepten und alltäglichen Erwartungen der Gewährleistung von Sicherheit unrealistisch? Beide Aspekte erklären meines Erach-

tens auf je besondere Weise die Persistenz von Unsicherheit auch in reichen und entwickelten Gesellschaften der Gegenwart!

Die Konstruktion gesellschaftlicher Institutionen hat inzwischen ein Maß an Komplexität erreicht, das selbst die in ihnen alltäglich tätigen Subjekte in verschiedener Hinsicht oftmals überfordert. Gesetze werden in ihren Ausführungsbestimmungen selbst von Fachleuten häufig nicht mehr verstanden und im Detail befolgt. Einige gesellschaftliche Führungskräfte artikulieren manchmal, dass ihr gesellschaftlich anerkannter Erfolg mit innovativen Praktiken Gesetzesverstöße erforderte. Zumindest Widersprüche bestimmen häufig selbst in grundlegenden gesellschaftlichen Handlungssphären den Alltag. Ihre juristische Aufklärung ist langwierig, kostenintensiv und kommt deshalb oft viel zu kurz. So bleibt das Handeln der betroffenen Akteure intuitiv und im Zweifelsfall widersprüchlich. Politikerinnen und Politiker verstehen oft nicht mehr den Rat von wissenschaftlichen oder anderen Fachleuten. Sie fühlen sich selbst zeitweise ratlos und unsicher. Dies öffentlich einzugestehen, gefährdet aber ihre Entscheidungsmacht, deshalb wird öffentlich meist Sicherheit vorgetäuscht. Diejenigen Akteure, die trotz wissender Verunsicherung und im Angesicht von Strafen so tun, als wäre alles sicher, spielen mit dem Mittel der Suggestion von Stärke. Sie hoffen auf politische, soziale oder kulturelle Resonanz des Publikums durch Sicherheit suggerierendes Auftreten und scheitern erst dann relativ abrupt, wenn sich ihre Machtfigur in der Wirklichkeit als Täuschung erweist.

Die Adressaten widersprüchlicher Machtspiele in Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Soziokultur sind selbst an den Überlebenschancen trügerischen, korrupten oder zumindest widersprüchlichen Handelns im Feld der Verunsicherung beteiligt. Denn sie selbst verdrängen ihre demokratische Pflicht politischen Handelns in der Gesellschaft zu leichtfertig zugunsten von Machtinszenierungen und Konsumfließ unter fragwürdigen Bedingungen mit allenfalls kurzfristig befriedigenden Ergebnissen. Wirklichkeitsschock in Form von Verschuldung, gerissenen sozialen Netzen, politischer Hoffnungslosigkeit oder kulturellen Überforderungen bleibt nicht aus. Er stellt sich aber meist erst zu einem Zeitpunkt ein, an dem ein reflexiver Rückblick auf den Prozess des Hineinschlitterns in die Unzufriedenheit zumindest mühsam erscheint und dann oft vermieden wird. Was bei diesen Menschen bleibt, ist die Hoffnung auf eine Rettung. Es ist das alte, schon vom Soziologen und Nationalökonom Max Weber analysierte Bild der Erlösungsphantasie durch einen starken Anderen, das in unterschiedlichen religiösen Kontexten in der Geschichte bereits verschieden gefährliche Ausprägungen erfahren hat. Auf der Ebene der Subjekte bleibt nur die unbequeme Wahl der Erkenntnis, dass wir alle für ein Gefühl allenfalls relativer Sicherheit selbst verantwortlich sind. Denn wir sind es selbst, die zumindest in demokratischen Gesellschaften erhoffte Erlöser ermächtigen: Wir wählen sie, wir arbeiten für sie, wir konsumieren ihre bereitgestellten Waren, Normen und Werte. Wir scheuen mehr oder weniger den offenen Konflikt mit Dingen, Strukturen und Prozessen, die uns „gegen den Strich gehen“. Wir hoffen klammheimlich

auf Veränderungen, ohne zu wissen, wer sie wann und warum bewerkstelligen sollte. Es ist ein wachsender Teil von Gesellschaftsmitgliedern erforderlich, der die Fallstricke eigener Sicherheitsphantasien erkennt. Solche Menschen bedürfen der Begleitung durch gesellschaftliche Institutionen, die sich von unrealistischen Suggestionen von Sicherheit zugunsten transparenter Bemühungen um deren Gewährleistung befreien.

Was aber vermittelt heutzutage Sicherheit oder nährt zumindest eine realistische Hoffnung darauf? In erster Linie ist es Vertrauen in soziale Beziehungen, kulturelle Normen und das Handeln von Menschen innerhalb und außerhalb von Institutionen. Solches Vertrauen entsteht durch subjektiv erlebtes erfolgreiches Handeln in unterschiedlichen gesellschaftlichen Sphären. Das Spektrum solcher Möglichkeiten reicht von Erfolgen in der Bewältigung auch selbst bestimmter Arbeitsaufgaben, über erfreuliche Erfahrungen in sozialen Kreisen der Kollegen, Nachbarn, Freunde oder Verwandten bis hin zu gelebter kultureller und politischer Gestaltungskompetenz im privaten und gesellschaftlichen Alltag. Voraussetzungen zur Verwirklichung solcher Sicherheitsmöglichkeiten liegen in praktischen Chancen der Mitwirkung am eigenen Alltag, in öffentlichem Austausch über kollektive und private Handlungsalternativen, in kooperativen Prozessen der Umsetzung innovativer Ideen und Strategien usw. Solche Voraussetzungen sind subjektiv und institutionell abzusichern. Niemand in einer Gesellschaft ist von der Verantwortung für erfolgreiche Balanceakte mit stets neuen Verunsicherungen befreit. Unsicherheit geht uns alle an und wird nie aufhören uns zu beschäftigen. Ein erster Schritt ihrer Bewältigung muss das Eingeständnis von Unsicherheit und die Hoffnung auf Möglichkeiten ihrer gesellschaftlichen Verarbeitung sein. Das ist die Philosophie, die jedes vermeintliche Rezept gegen Unsicherheit auszufüllen hat. Vermissen wir in entsprechenden Handlungsempfehlungen entsprechende Aspekte, ist Skepsis im Urteil und stringente Analyse der jeweiligen Sachverhalte angebracht. Letztere eröffnen uns am ehesten einen Weg zur Erkundung realer Versicherungen, die wir nicht kaufen, sondern gemeinsam in Abgrenzung von kursierenden Hirngespinnsten der Verunsicherung mit anderen nach besten Möglichkeiten gestalten müssen.

Ein Blick auf die ersten empirischen Befunde der laufenden Studie zur „Unsicherheit in europäischen Städten“ zeigt etwas ausgeprägtere Verunsicherungen u.a. infolge aktueller Transformationsprozesse in den beteiligten osteuropäischen Nachbarländern. Phänomene solch tief greifender Art würden aber überall auf der Welt Unsicherheit auslösen. Deshalb ist die interessante wissenschaftliche und politische Frage nicht allein die nach der Differenz von Verunsicherung im Ost-West-Vergleich, sondern vor allem diejenige nach den Ähnlichkeiten von Unsicherheiten trotz gegebener Unterschiede der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und deren Verarbeitung im gesellschaftlichen Alltag.

Juan Rodríguez-Lores

Zur Dialektik der Sicherheit

0. Einführung

Sicherheit und Unsicherheit sind gegensätzlich. Aber aus dem Widerspruch entsteht nicht das Neue. Seine Kraft verbraucht sich sinnlos im geschlossenen Kreis endloser Wiederholungen, wie die hektische Bewegung des Hamsters im Tretrad, die ihm niemals die Befreiung aus dem Käfig bringt. Die Dynamik wird immer hektischer: immer neuere und umfassendere Sicherheitsinstrumente, Maßnahmen und Normen, immer besser geschützte Orte für die Sicherheit, immer höhere Ausgaben. Aber die Ausgaben erscheinen unsinnig in Notzeiten. Die Normen engen das soziale und private Leben ein, die Orte, Maßnahmen und Instrumente verbreiten Furcht und Schrecken. Die Anstrengungen um Sicherheit sind kontraproduktiv und führen zum Ausgangspunkt zurück, wo man sich mit der ursprünglichen, nun aber verschärften Unsicherheit wieder findet.

Man schafft keine Sicherheit. Was bleibt, ist die alte irrealer Sicherheit, die aber bei jeder Drehung des Tretrades noch mehr frustriert: das obsessive Verlangen nach einem flüchtigen Objekt, das uns stets entflieht. Man kann zwar dieses Objekt benennen, aber man kennt es nur sehr diffus aus Legenden und vagen Versprechen. Dieser dialektische Unsinn ist erfolgreiche Strategie für die gesellschaftliche Konsensbildung. Das stets angespornte und immer wieder frustrierte Verlangen nach Sicherheit garantiert Akzeptanz für Sicherheitspolitiken aller Art und ist somit letztlich Verlangen nach Unsicherheit. Wahrscheinlich war es immer so. Aber die Erkenntnis der Kontinuität der Vergangenheit lässt die Gegenwart noch unerträglicher erscheinen.

1. Verkehrte Beziehungen von Sicherheit und Unsicherheit

Vorstellungen und Gedanken von wirklichen oder eingebildeten Gefahren wecken das Gefühl der Unsicherheit und stacheln das Verlangen nach Sicherheit an. Sicherheitsmittel können die Gefahren vermehren oder verschärfen und die ursprüngliche Unsicherheit steigern.

Ein Auto war für mich immer ein überschaubares Gebilde: ein Motor auf vier Rädern mit sinnvollen, bedienerfreundlichen Zusatzgeräten (Lenkrad, Gas- und Bremspedal, Handkurbel, Landkarte u.ä.). In einem solchen Auto fühlte ich mich als Fahrer sicher. Kürzlich hatte ich ein Luxusauto der neuen Generation zu fahren.

Verständliche Mechanik und sinnvolle Zusatzgeräte waren dort durch für mich unbegreifbare „High Tech-“ und andere sinnlose Funktionen abgelöst worden. Ich war verunsichert. Der bunte Wirrwarr zahlreicher Lichter schien mir unnötige Prahlerei und steigerte die Unsicherheit, die im Begriff war, zur Angst vor der Macht des willkürlichen Fremden zu werden. Ich witterte kommende Gefahren. Nach wenigen Metern Fahrt löste ein akustisches Signal den ersten Schrecken aus. Ein rotes Glöckchen bestätigte optisch die Gefahr, ohne sie zu erklären. Die Hartnäckigkeit beider Signale zwang mich, auszusteigen. Erst später wurde ich aufgeklärt: Es hatte sich bloß um eine Art „High Tech“ Polizisten gehandelt, der mich freundlich davor warnen wollte, dass ich mich nicht angeschnallt hatte. Seine harknäckige Freundlichkeit ist wirksamer als die Schrofheit wirklicher Polizisten gewesen. Seit diesem Erlebnis schnalle ich mich immer spontan an.

Das Beispiel mag banal scheinen, aber ich habe etwas Wichtiges gelernt: Sicherheitsvorkehrungen, die vor wirklichen oder unwirklichen Gefahren warnen, können als Drohung empfunden werden, die festen Glauben an die fremde Ordnung und letztlich Selbstdisziplinierung erzwingt. Im Alltagsleben stößt man stets auf Situationen, in denen die seltsamen verkehrten Beziehungen von Sicherheit und Unsicherheit noch beklemmender sind, weil sie erfahrungsgemäß echte Gefahren in sich bergen, z.B. wenn Polizisten oder Militärs in voller Waffenmontur zum mutmaßlichen guten Zweck der öffentlichen Sicherheit oder der Freifahrt für prominente Personen Wache stehen, Straßen sperren, kontrollieren und in Überzahl eine friedliche Bürgerkundgebung begleiten. Bekannte erzählen mir, bei diesen und ähnlichen gewöhnlichen Maßnahmen spüren sie inzwischen lediglich Verdruss. Mancher Durchschnittsbürger kann jedoch regelrecht durchdrehen. Ich selbst verspüre leise Angst vor nicht unwahrscheinlichen Gefahren, da ich weiß, dass Ordnungshüter im Dienst hinter der Maske gestellter oder ernst gemeinter Drohgebärde meistens große Angst verbergen, die bei der ersten falsch verstandenen Bewegung eines harmlosen Passanten zum willkürlichen Gewaltausbruch führen kann. Auf alle Fälle sind die Grenzen zwischen Verdruss, leiser Angst oder Durchdrehen fließend.

Alle drei Empfindungen bringen die gleiche Unsicherheit zum Ausdruck, die zum gleichen Ergebnis führen kann: man überlässt den öffentlichen Raum und das öffentliche Geschäft denjenigen, die lauter drohen, und man zieht sich in die vermeintliche Sicherheit des Privatbereiches zurück. So verhält sich zumindest die Mehrheit.

2. Politische Instrumentalisierung der Sicherheit

Sicherheit lässt sich leicht zu fremden Zwecken manipulieren. Unter absolutistischen Regimen ist sie immer zum Instrument des Regierens missbraucht worden. Sogar moderne Demokratien greifen häufig darauf zurück. Die politische Wirkung ist umso größer, je gefügiger den Regierungen die Masseninformationsmittel sind.

Nach bewährter Strategie wird die Unsicherheit künstlich angestachelt. Dafür werden z.B. Gefahren erfunden bzw. existierende Gefahren aufgebauscht, bis schließlich unter der Bevölkerung unwiderstehlicher Drang nach Sicherheit zu jedem Preis ausbricht. Gewisse Gefahrenbereiche, wie etwa Krieg, Gesundheit und Wirtschaft, sind besonders geeignet, weil in ihnen die schlimmsten existentiellen Ängste vor Tod, Krankheit oder finanziell ungesicherter Zukunft naturgemäß schlummern. Gefahren werden erfunden, wenn z.B. Kriegsdrohung publizistisch zu Zeiten verbreitet wird, wenn gar kein Kriegsausbruch im eigenen Land unmittelbar bevorsteht. Existierende Gefahren werden aufgebauscht, wenn z.B. punktuelle terroristische Drohungen verallgemeinert und mit Hilfe einseitiger Bilder und Nachrichten der Grausamkeit zum allgegenwärtigen Schreckgespenst hochstilisiert werden, oder auch wenn der Ursprung des Terrorismus in der nationalen oder internationalen Ausbeutung verschwiegen und Befreiungsakte oder -organisationen zur Dämonie erklärt werden, die der mutmaßlichen kulturellen oder gar angebotenen Bosheit bestimmter Menschen bzw. Völker zuzuschreiben wäre. Auf der Grundlage von halben Wahrheiten und Lügen entsteht dann ein allgemeines hysterisches Gefühl von Unsicherheit, das nicht nur der Führung von externen Kriegen, sondern auch dem Abbau von Freiheiten und Rechten im eigenen Land Zustimmung und Legitimation verschafft.

Im Bereich der öffentlichen Gesundheit vermehren sich in jüngster Zeit sehr seltsame Gefahren. Für tot erklärte Krankheitserreger erstehen resistenter denn je und neuere mit tödlichen Folgen werden geboren. Die Medizin reagiert zunächst nach bewährter Methode und gibt ihnen schwer verständliche, Furcht erregende Namen; aber es vergehen Jahre, bis erste unbezahlbare Gegenmittel auf dem Markt zugänglich sind. Die Ursachen bleiben meistens im Dunkeln. Politische Stellen sind zunächst auch fassungslos und schweigen; aber bevor die wahren Ursachen durchsickern, organisieren sie Desinformation und setzen Legenden in Umlauf (z.B. über AIDS: Schwule, Afrika), die ablenken. Nur wenige Journalisten oder Schriftsteller wagen, politisch unkorrekt zu handeln und geben möglicherweise wahre Theorien bekannt. Inzwischen wütet die neue „Pest“ - bester Nährboden für Gruselgeschichten im Fernsehen und den Massenzeitungen, die die große Gefahr zusätzlich übertreiben. Die aus der sinnlichen Wahrnehmung entstandene Angst wird unter dem Einfluss von Unkenntnis oder verfehlten Kenntnissen und verdrehten Fakten zur kollektiven Panik. Es ist dann der günstige Augenblick, um strenge Verhaltensnormen zu erlassen, die soziale und private Lebensführung disziplinieren und eingebürgerte Freiheiten und Rechte einschränken. Kraft der Strategie „Drohung und Heilversprechen“ zugleich wird jede Einschränkung willig von der Bevölkerung akzeptiert.

Im ökonomischen Bereich herrscht neuerdings wieder große „Wirtschaftsnot“, die für Aufregung sorgt. Es handelt sich jedoch um eine seltsame „Not“. Mancher Grund für die Aufregung ist zumindest undurchsichtig und bedürfte zusätzlicher Erklärung, z.B. wenn nach Jahren ununterbrochenen Wachstums Betriebs- und Bör-

sengewinne schwanken, die Produktion teilweise umgestellt werden muss oder in einigen Branchen sinkt und die Preise für wenige Massenartikel herabgesetzt werden. Andere Gründe sind von früher gut bekannt und einsichtig, u.a. Explosion der Wohnungspreise, Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit, Fortsetzung jahrelanger Lohnentwertung und Volksverschuldung. Zum Missverständnis der Not trägt wesentlich bei, dass alle angeblichen und echten Gründe für Aufregung bzw. Noterscheinungen undifferenziert in einen Topf geworfen werden. Der allgemeine Menschenverstand kann diesen zerrissenen Zusammenhang der Not nicht mehr begreifen, aber trotzdem stellt sich die Bevölkerung ernsthaft die einfachen Fragen, auf die eine gesunde Vernunft drängen müsste: Wo ist das Geld geblieben? Hat jemand es gehortet? Wenn die längst fällige Senkung überhöhter Preise endlich geschieht - warum soll sie den einschüchternden Namen „Deflation“ erhalten? Wer soll eingeschüchtert werden? Zu welchem Zweck? Diese und ähnliche Fragen werden nicht bzw. verklausuliert bis zur Unverständlichkeit beantwortet.

Die Tatsache, dass den meisten Menschen Fakten und Daten durch die tägliche Berichterstattung zugänglich werden, ändert wenig an einer Situation allgemeiner Verblendung. Politiker und Massenmedien klären nicht auf. Fakten und Daten werden herausfiltriert, in verkäufliche Nachrichten verwandelt und je nach Interessenlage oder politischer Position in statistischem Aggregatzustand verharmlost bzw. als Horrormeldung übertrieben. Die gleichen Fakten und Daten erscheinen in unterschiedlichen Gestalten: als beruhigende Bluffs, die den Status quo festschreiben, oder als bedrohliche Steine, die die letzten Lichter einer schweren Zukunft auslöschten.

Unter diesen Umständen hilft auch kaum die andere Tatsache, dass trotz ideologischer und sprachlicher Wirklichkeitsverfälschung die Betroffenen unvermindert weiter Gefahren und Schäden am eigenen Leib wahrnehmen. Es sind zwar schmerzliche Selbsterfahrungen, aus denen richtige Wirklichkeitskenntnisse und letztlich auch das Bewusstsein notwendiger Revolte hervorgehen dürften, aber kraft Desinformation entsteht einseitige Angst um Besitzstand und Zukunft, die den Denkprozess im Keim erstickt. Das Handeln erscheint zwecklos.

Der Augenblick ist wieder günstig, um „notwendige Reformen“ oder eine „neue Ordnung“ zu beschließen und ohne nennenswerten Widerstand durchzusetzen. Sie mögen in Wirklichkeit rückwärts gewandt sein, aber in Zeiten ratloser Unsicherheit erscheinen sie als einzige mögliche Heilmittel, die geduldet oder gar enthusiastisch akzeptiert werden. Minderheiten, die sich zur Wehr setzen, werden als zusätzlicher Unsicherheitsfaktor angesehen. Sie dürfen als „ewige Nörgler und Verlierer“ diffamiert und als solche der Lächerlichkeit preisgegeben und auch gelegentlich von Polizei und Mitbürgern unbeschadet physisch angegriffen werden.

Die jüngste „neue Ordnung“ die bereits seit Jahren schrittweise in die Tat umgesetzt wird, wird „Neoliberalismus“ genannt. Der Name verweist auf das unsichere 19. Jahrhundert, als sich der ökonomische Liberalismus unter politischer Förderung

ausbreitete. In der Tat bedeutet er heute wieder den Sturz wesentlicher Säulen gesellschaftlicher Sicherheit: Arbeitsrechte, Wohn-, Gesundheits- und Rentenversorgung, öffentliche Dienstleistungen und Besitztümer usw. Entstandene Massenhysterie und Zerschlagung des solidarischen Gefüges wecken auch fatale Erinnerungen an die Lage unter diktatorischen Regimen des 20. Jahrhunderts, als Ausweglosigkeit den Untertan wieder hervorbrachte, dessen Lebensregel die Sehnsucht nach Unterwerfung war. Große Teile der Bevölkerung begrüßten die aggressive Innen- und Außenpolitik und genossen die neuere Unsicherheit als günstige Gelegenheit zur Teilnahme an Macht und Repression.

3. Instrumente der Sicherheit

Sicherheit, sei sie geerbt oder in Aussicht gestellt, wird normiert. Die Normen dürfen mehr oder weniger streng sein, aber sie müssen eingehalten werden. Dafür sind wiederum Hilfsmittel notwendig, die Akzeptanz herstellen und ihre Einhaltung überwachen. Akzeptanz kann man durch Gewohnheit, rationelle Argumente bzw. Lügen und notfalls Gewalt erreichen. Normeneinhaltung verlangt nach Zwang, der geistiger oder physischer Natur sein kann. Die Normen selbst sind ein solches Mittel, weil sie mit Schaden drohen, falls man sie nicht akzeptiert oder gegen sie verstößt. Aber es gibt auch besondere Hilfsmittel und -mechanismen: Ausbildung, soziale Kontrolle, Massenmedien u.a. kümmern sich hauptsächlich um die Herstellung von Normenakzeptanz. So genannte Staatsapparate - u.a. Militär, Polizei und Verwaltung - stellen die Umsetzung der Normen und Kontrolle ihrer Einhaltung sicher, notfalls unterdrücken sie den Widerstand von Personen und Gruppen, die nicht einverstanden oder feindlich gesinnt sind. Hinsichtlich dieser Staatsapparate interessieren hier besonders die Empfindungen der Menschen und die Auswirkungen auf die Gestaltung der sozialen Verhältnisse.

Im militärischen Bereich ist die Sprache teilweise sachlich und verweist auf die Funktion der Einschüchterung unter Gewaltandrohung: „Streitkräfte“, „Schlagkraft“, „Kriegsführung“. Dennoch hat seine oberste Behörde mancherorts seinen Furcht erregenden Namen des „Kriegs-“ durch den harmloseren des „Verteidigungsministeriums“ abgelöst. Ähnlich spricht man gewöhnlich von „Verteidigung“ und „Prävention“ und weniger von „Angriff“. „Verwaltung“ oder „Administration“ suggeriert die technische Arbeit der Haushaltsführung, aber tatsächlich übt sie politische und polizeiliche Tätigkeiten aus, wie etwa Normen aufstellen oder operationalisieren, für deren Einhaltung sorgen, Menschen kontrollieren und gegebenenfalls bestrafen. Fügt man hinzu, dass jeder Gang in die Verwaltung mit einem quasi religiösen Zeremoniell und nicht selten mit Schikanen verbunden ist und dass „Amtshandlungen“ allgemein Willkür oder zumindest Unverständlichkeit zugeschrieben wird, so wird verständlich, dass Bürger die Verwaltung mit Einschüchterung und sogar

Drohung gleichzusetzen pflegen. Bezeichnenderweise gilt das nicht nur für die öffentliche Verwaltung, sondern gleichermaßen für die private.

„Ich rufe die Polizei“ - das ist eine geläufige Drohung: Man will jemanden wegen kommender Gefahr einschüchtern. Die offizielle Sprache bestreitet die Gefahr und nennt sie „Sicherheitskräfte“, „Ordnungshüter“, „Dein Freund und Helfer“ u.ä. Auch die oberste Behörde, die mit dem Kriegsminister/Verteidigungsminister verwandt ist, heißt bloß „Innenminister“. Trotzdem drängt sich in diesem Fall dem Volksempfinden die bedrohliche Wirklichkeit auf. Wer die Drohung ausspricht, weiß, von welcher Gefahr er redet; wer die Drohung empfängt, versteht die Botschaft: Die Ordnung ist fremd, ihre Vertreter dürfen sie aufzwingen und dabei Schaden zufügen.

Tatsächlich ist die Unterscheidung zwischen „Streitkräften gegen den äußeren Feind“ und „Sicherheits-“ oder „Ordnungskräften gegen den inneren Feind“ rein nomineller Natur. Substantiell handelt es sich in beiden Fällen um kampfbereite Kräfte mit der Aufgabe, Zwang auszuüben und den Feinden eigene Vorstellungen von Sicherheit und Ordnung aufzuzwingen. Sogar die Grenzen zwischen Innen- und Außenfeinden sind in der Praxis fließend: Polizei kann sich u.U. an Außenkriegen, z.B. an Kolonialkriegen, beteiligen; Militär an Innenkriegen, z.B. an der Wiederherstellung innerer Ruhe in besonderen Situationen. Symbolisch für diese funktionelle Symbiose steht die militarisierte Nationalpolizei, die übergreifende Koordinationsaufgaben übernimmt und in besonderen Gefahrensituationen mit militärischen Befugnissen einschreiten darf. Allgemein besteht zunehmende Angleichung im Aussehen: Waffen, Uniform, Gebärde u.ä.

Dementsprechend bestehen auch große Ähnlichkeiten im Bewusstsein und Verhalten. Man sagt, das Monopol von Macht und Gewalt gehöre dem Staat allein, aber dessen Vertreter neigen dazu, es ihr Eigen zu nennen. Das kommt in der Einbildung zum Ausdruck, schrankenlose Macht zu besitzen und bei Gewaltanwendung Immunität zu genießen. Im Beruf führt es zu aggressiven Verhaltensformen und Überschreitung von Befugnissen: selbstgefällige Bürgerkontrolle, Drohung mit Waffen, rüdes Benehmen bei Festnahmen, Folterungen und nicht zuletzt auch verbreitete Korruption. Im Privatleben setzen sich überhebliches Auftreten und willkürliche Gewaltdrohung oder -anwendung gegen Verwandte, Bekannte und Fremde zu Hause, auf der Straße und in Kneipen weiter fort. Alle Bürger sind dadurch betroffen, weil sie es am eigenen Leib erfahren, unmittelbare Zeugen sind oder davon hören.

Ein wichtiger Unterschied besteht in der „Bürgernähe“. Während Militärs nur gelegentlich in Erscheinung treten, sind Polizisten Bestandteil des Alltagslebens. Die negativen Empfindungen, die sie wecken, lassen den Alltag, dem man nicht nach Belieben enttrinnen kann, unsicher erscheinen. In einer von der Monomanie der Sicherheit geradezu besessenen Gesellschaft wachsen die freiwilligen Ordnungshüter, u.a. Privatpolizisten oder -wächter und viele Ärzte, Lehrer, Hausmeister und Nachbarn, die ihren Job als Hilfspolizisten aus Überzeugung oder aus Gefallen an

Autorität eifrig ausüben. Sie erwecken den Eindruck, als ob sie kapillar organisiert wären und tragen den Kampf gegen Abweichungen vom Normierten bis in die verborgensten Nischen des Privatlebens; sie schikanieren nicht nur die auf ihre Dienste angewiesenen Mitbürger, sondern sehen mit erstaunlicher Phantasie überall noch gefährlichere Ordnungsfeinde: Terroristen, Dunkelhäutige, Langhaarige, Raucher u.v.m., die sie denunzieren oder sogar persönlich bestrafen. Unter diesen Umständen ergänzen sie sehr wirkungsvoll das Personal der Verunsicherung.

Hinzu kommt neuerdings die ständige Zunahme alter und neuer Hilfsmittel, u.a. tödlichere und eindrucksvollere Waffen, genauere Methoden umfassenderer Statistikführung, Einsatz von Videoanlagen und Computern, effektivere Organisationsformen im nationalen und internationalem Maßstab usw. An diesem Zusammenhang von Zwängen, Verblendung und Einschüchterung sind auch die Bürger selbst in dem Sinne mitschuldig, dass sie historische Chancen zur Überwindung des alten Untertanenbewusstseins ungenutzt ließen. Noch heute lassen sich die meisten von dem bloßen Wort „Macht“ beeindrucken und verängstigen und sind nicht einmal in der Lage zwischen Bluff und realer Drohung zu unterscheiden, weil Demokratie und Utopie wirkungslos an ihnen vorbeigegangen sind. Bei vielen sehr aktiven Mitstreitern der jüngsten Erneuerungsbewegungen hielt die Heilung des kranken Bewusstseins nicht lange, sie vollzogen bald den Rückzug in das Schutzgebiet der geschenkten Sicherheit - Karriere, Geld, Konsum u.ä. - und der Akzeptanz aufgezwungener Lebensnormen. Nicht wenige von ihnen meinen nun, die unglaubliche offizielle Botschaft vom „Tod der Utopien“ gebe ihnen Recht.

4. Orte der Unsicherheit

Es gibt spezielle Orte des Schreckens, die mit realen oder eingebildeten Gefahren drohen und das Gefühl der Unsicherheit provozieren: Ruinen, Gefängnisse, Polizeistationen, Gerichtsgebäude, Friedhöfe, Kirchen und Krankenhäuser. Man kann ihnen nicht nach Belieben aus dem Weg gehen, weil die meisten eine strategische Stellung in der Stadt einnehmen. Ausnahmsweise kann auch die Stadt ein ähnlicher Ort des Schreckens sein, z.B. wenn sie menschenleer ist oder nur aus Ruinen besteht. Aber unter normalen Umständen ist die städtische Unsicherheit völlig anderer Natur und kann beklemmender wirken, weil ihre Springquelle gerade die „Normalität“ ist, d.h. die notwendigen Stadteigenschaften und Beziehungen zur Gesellschaft.

Die Stadt ist Synthese bzw. erlesener Standort der Gesamtgesellschaft: Vornehmlich in der Stadt trifft man die allgemeinen gesellschaftlichen Gefahren und gerät ständig in jene gefährlichen Situationen, die durch Politisierung der Sicherheit und Einsatz der Sicherheitsinstrumente provoziert werden. Städtische Unsicherheit scheint identisch mit Unsicherheit der Gesamtgesellschaft und umfasst das ganze menschliche Leben. Die Wahrnehmung städtischer Unsicherheit ist also im Prinzip genauso

unvermeidbar und unmittelbar wie die Wahrnehmung des Lebens. Aber in der Wirklichkeit scheint sie häufig stumpf, wenn sie den Verstand nicht erreichen darf. Das mag zunächst einmal an psychischen Mechanismen liegen, wie z.B. Stress, Risikogenuss und Schicksalsglauben. Besonders in mittleren und großen Städten ist das Leben vom Stress beherrscht, der Körper und Geist äußerst belastet und letztlich die Gefühlsregung abstumpft. Beim Genießen des Risikos entsteht zugleich die Einbildung, die Gefahr sei eigentlich nicht so groß wie man anfänglich dachte und sie sei beherrschbar; man lässt die wahrgenommene Ausgangsunsicherheit weit hinter sich. Wenn schließlich städtische Unsicherheit die des Lebens selbst ist, kann sie für gegebenes Schicksal gehalten werden; mit dem Schicksal kann man nicht verhandeln, stattdessen muss man sich zu helfen wissen. Zu den psychischen Mechanismen kommen die ideologischen hinzu. Hinsichtlich der Stadt sind immer wieder neue Theorien und Reformpolitiken verbreitet worden, die mit großem Vertrauen aufgenommen werden, weil sie hartnäckig wiederholt und vor allem von höchsten Autoritäten - Wissenschaft und Politik - ausgesprochen werden. Nichtsdestoweniger dürften sie den Verstandesweg zur Wirklichkeit versperren und vor allem falsche Erwartungen wecken, wenn sie z.B. die städtische Gefährlichkeit verharmlost darstellen oder für überwindbar in nächster Zukunft erklären. In dieser autoritär begründeten Erwartungslage meint man dann vorerst eigene Sinneswahrnehmungen realer Gefahren zurückstellen zu dürfen.

U.a. wird über die Stadt erzählt, sie sei als auserlesener Schutzort gegen die Gefahren des Landlebens entstanden. Wegen ständiger Wiederholung ist die Erzählung fraglos zum Vorurteil und festen Bestandteil allgemeinen Glaubens geworden. Sie enthält zwar einen Teil der Wahrheit, nämlich den menschlichen Wunschtraum von vollständigem Schutz, den man in einem bestimmten Ort namens „Stadt“ endlich verwirklicht zu erleben hofft. Aber die Fakten sind gegensätzlich gewesen: Die gleichen ländlichen Gefahren sind den fliehenden Menschen nachgefolgt und neue spezifisch städtische Gefahren sind hinzugekommen. Diesbezügliche ausgeklügelte reformerische Politiken und Städtebauprojekte sind immer teils oder ganz gescheitert; gelegentlich haben sie zur Verschärfung der Gefahrenlage beigetragen.

Angesichts der historischen Kontinuität dieser Fakten drängt sich der pessimistische Gedanke auf, dass städtische Gefährlichkeit nicht nur Ergebnis bedrohlicher gesamtgesellschaftlicher Zustände ist, sondern dass sie auch durch notwendige Eigenschaften der Stadt selbst herbeigeführt wird. Das würde bedeuten, dass sie und entsprechende Unsicherheit zwar vielleicht verringert, aber nicht aufgehoben werden können. Eine notwendige, vielseitig wirkende Eigenschaft der Stadt ist z.B. die „Verdichtung“.

Wenn man nach besserem gesellschaftlichem Schutz strebt, ist Verdichtung zwanghafte Alternative zur ländlichen, weiträumig, gestreuten Wohn- und Arbeitsweise. Ihr Intensitätsgrad kann höher oder niedriger sein; in jedem Fall weist sie zwei sich gegenseitig ergänzende Seiten aus: gedrängtes Zusammenleben von Men-

schen und Nutzvieh samt kompaktem Angebot von vielfältigen Aktivitäten oder Funktionen einerseits und dazugehörige, ebenfalls dicht gedrängte Wohn- und Funktionsbauten andererseits. Städtische Verdichtung ist von sich aus zwiespältig und äußere Faktoren können ihre Zwiespältigkeit verschärfen.

Beispielweise hätte städtische Verdichtung unter der Voraussetzung von Gleichberechtigung und Solidarität der Stadtbewohner große Vorteile haben können, u.a. Rechtssicherheit, bessere Verteidigungschancen gegen äußere Feinde, Entfaltung von geistigen Fähigkeiten, von Kultur und Vergnügungen, von vielen Produktionszweigen, Produktivität und Reichtum. Aber bislang hat jene Voraussetzung gefehlt und die Vorteile sind zum Privileg einer Minderheit geworden. Bei der Mehrheit haben sich Armut, Krankheit und Lebensfrust etabliert und Körper und Geist sind verkümmert; daraus hat sich dauerhaft Unsicherheit um Gegenwart und Zukunft ergeben. Der Widerspruch selbst hat Gefahren hervorgerufen, u.a. soziale Konflikte, Verbrechen, Arbeitsverweigerung, Produktivitätsrückschläge und Schwächung der Fähigkeit zur Selbstverteidigung, die wiederum zur allgemeinen paranoiden Unsicherheit um Leben und Eigentum geführt haben.

Entgegen ihrem ursprünglichen Zweck hat städtische Verdichtung gegen die überall mehr oder weniger willkürlich drohenden Gefahren von Naturkatastrophen und Krankheiten kaum Schutz bieten können. Auf Menschenmassen, die dicht gedrängt in der Stadt wohnen, haben Naturkatastrophen gelegentlich noch verheerendere Auswirkung gehabt, als auf eine Bevölkerung, die auf dem Lande weiträumig verstreut lebte. Gleichfalls haben Krankheiten häufiger entstehen und sich schneller verbreiten können. Man hat Abhilfe bei Wissenschaft und Politik gesucht oder die Bürger selbst haben die Initiative ergriffen. So sind in der Tat große theoretische und praktische Fortschritte zu dem Zweck gelungen, Gefahren zu kontrollieren und ihre Folgen einzudämmen. Aber die Fortschrittsergebnisse sind ebenfalls zwiespältig gewesen.

Die umfassendsten theoretischen Fortschritte sind den klassischen Utopiebewegungen zu verdanken, weil sie eine harmonische Synthese von technischen, sozialen, politischen und ökonomischen Kenntnissen und Reformen anstrebten, obwohl die vorgestellte Zukunft häufig repressiv erschien. Sie sind alle im Keim erstickt worden und ihre Verwirklichungen spärlich gewesen. Geblieben sind Ruinen und vage Erinnerungen an Verfolgungen und an teils originelle Ansätze, die dem heutigen Reformdenken u.U. beistehen könnten. Zu erwähnen sind auch gelegentliche Selbstorganisationen der Bevölkerung, wie z.B. viele der so genannten „Bürgerinitiativen“ aus den 1960er -1980er Jahren, die Durchsetzung und Selbstverwaltung eigener städtischer Interessen und Anliegen verfolgten. Sie wurden schließlich politisch besetzt und ihr reformerischer Elan nahm rapide ab. Gültige Reformansätze von ihnen, aber vor allem auch von klassischen Utopien schlummern verkümmert in derzeitigen politischen Reformen, die sich allerdings offenbar überlebt haben.

Auch Wissenschaften in streng genommenem Sinne haben wichtige Erkenntnisfortschritte zustande gebracht. Einige sind mit Hilfe von Politik und wissenschaftli-

chen Disziplinen der Stadt in die Tat umgesetzt worden. Dabei haben sie sich einseitig technisch erwiesen, so dass die von ihnen eingeleitete Praxis alte Probleme teils gelöst, aber auch viele neue hervorgerufen hat. Unter diesen Wissenschaften hat die Stadt- und Wohnungshygiene seit dem 19. Jahrhundert eine Sonderstellung eingenommen. Auf der Grundlage medizinisch-wissenschaftlicher und statistischer Forschung hat sie entscheidende Kenntnisse und Forderungen hinsichtlich hygienischer Bedingungen für Stadt und Wohnung, u.a. „Luft und Raum“, entwickelt und gestellt. Aber sie sind verformt worden, als sie mittels Bauordnungen oder -gesetzen und städtebaulicher oder architektonischer Projekte eine repressive Synthese mit „Ordnung“ haben eingehen müssen. Schließlich sind sie noch mehr verkümmert, als die letzte Verwirklichung der Synthese den „freien“ Wirtschaftskräften weitgehend übertragen worden ist.

Bekannte Beispiele gegensätzlicher Ergebnisse sind u.a. in der „Zonierung“ zu finden, d.h. in der strengen Sozial- und Funktionsgliederung des städtischen Raums, die zwar zu den zentralen Theorien des modernen Städtebaus gehört und durch Regulative festgeschrieben wird, aber aus der Sicht von Sicherheit und Funktionalität soziale und politische Risiken, Gesundheitsschäden und funktionale Unannehmlichkeiten für Personen hervorruft. Andere Beispiele finden sich bei öffentlich geförderten „billigen Wohnungen“, in denen unter dem Zwang wirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten alte hygienische Missstände übernommen werden. In besonderen Wirklichkeitsbereichen, z.B. in der Arbeitswelt, deren Entwicklung beinahe ausschließlich durch privatwirtschaftliche Kräfte entschieden wird, haben öffentliche gesundheitliche Vorschriften Machtlosigkeit offenbart, deren Ziel es war, u.a. einer schlimmen Zukunft vorzubeugen. Strenge Reglementierung hat zwar zur Verbesserung der hygienischen Zustände in Produktionsanlagen wesentlich beigetragen, aber nicht die Entstehung und Verbreitung von immer seltsameren Krankheiten verhindern können, die sowohl Beschäftigte wie auch Umgebung und gelegentlich ferne Landschaften bedrohen.

Darüber hinaus gibt es merkwürdige Ergebnisse in weniger beachteten Bereichen. So ist es beispielsweise fast überall in der westlichen Welt gelungen, das mutmaßlich gefährliche Nutzvieh aus der Stadt zu vertreiben. Als Nebenwirkung ist eine traditionelle Quelle der Selbsternährung entfallen. Außerdem hat seinen Platz eine unüberschaubare Masse teils aggressiver Unnutz-Haustiere eingenommen. Ihren mutmaßlichen Vorteilen, u.a. Steuereinnahmen und Gesellschaft oder Ablenkung gegen Vereinsamung, stehen große Nachteile gegenüber, u.a. zweckentfremdete Tierzucht in einer völlig ungeeigneten Umgebung und vor allem öffentliche Gesundheitsgefahren und Ärgernisse unterschiedlichster Art.

Städtebau und Architektur haben sich inzwischen von der Stadthygiene weiter entfernt. Gewisse Beziehungen bestehen weiterhin, aber sie sind oberflächlich geworden und Absichtserklärungen klingen wie hohle Pflichtübungen. Eine Minderheit geht esoterische Wege. Die immanenten Quellen haben sich wieder verselb-

ständig und in den Vordergrund gestellt, allen voran Ästhetik und Bautechnik. Zusammen haben sie phantastische Baugebilde hervorgebracht, die aber sehr häufig unzweckmäßig und u.U. folgenschwer sein können. Scheinbar sehr stabile Baumaterialien, risikofreudig angewandte Statik und innere Infrastruktur höchster Technologie haben die Errichtung immer höherer und komplexerer Baugebäude erlaubt, die gerade deshalb absturz- und brandanfälliger als die herkömmlichen Stadtbauten sind. Die Belichtung ist in der Regel besser, aber sie wird durch teils unerträgliches und giftiges Innenklima konterkariert. Diese Baugebilde helfen vielleicht Boden und Zeit zu sparen, aber geben der Bodenspekulation Vorschub und verteuern das Bauen. Da es sich um Wohn- und Funktionsgebäude - u.a. Wohn-, Büros-, Verwaltungstürme und Kompaktkrankenhäuser - handelt, die strategische Stadtplätze oder ganze Stadtviertel einnehmen, sind alle Stadtbewohner den ihnen innewohnenden Gefahren direkt oder indirekt ausgesetzt. Besonders betroffen sind natürlich diejenigen, die dort tagtäglich wohnen oder arbeiten oder stationär von ihren Krankheiten geheilt werden sollen.

In engem Zusammenhang mit dieser „fragilen“ und gefährlichen Bauweise stehen die abstrakt-rationalistischen Ordnungsbestrebungen des modernen Städtebaus. Ein Hauptanliegen besteht seit knapp zwei Jahrhunderten darin, das ausufernde städtische Wachstum unter Kontrolle zu bringen. Den zwei wesentlichen Lösungswegen - Export von Wachstum aufs Land und Neuordnung der scheinbar chaotischen, gebauten Stadt - ist es bis heute nicht gelungen, das Stadtwachstum unschädlich zu machen; statt dessen haben sie zusätzliche Probleme nach sich gezogen. Export von städtischem Wachstum heißt, das Land mit allen aus alten und neuen Kolonialkriegen bekannten Folgen zu „kolonisieren“, nämlich Unterentwicklung bzw. Zerstörung des Landes und rückwirkende Gefährdung der Stadt selbst; Neuordnung heißt u.a. die bereits erwähnte „Zonierung“, den Ausbau der „autogerechten Stadt“, die erschwerte Erreichbarkeit der neuen Dienstleistungs- und Vergnügungszentren, den Verlust öffentlichen Lebens oder so genannter „Urbanität“, die Angst vor der Einsamkeit in der Peripherie und im nachts verlassenen Stadtzentrum u.v.m. Alle neuen Erscheinungen, die allgemeine Unsicherheit hervorrufen, befinden sich zusammengefasst im überall laut gesungenen Klagelied gegen die Unbewohnbarkeit der Nachkriegsstädte.

Walter Siebel / Jan Wehrheim

Projektion von Angst¹

12 Thesen zum Zusammenhang von Unsicherheiten im öffentlichen Raum und deren Einflussfaktoren

„An erster Stelle stehen, für Ost und West, für Jung und Alt, für Frauen und Männer und für Groß- und Kleinstädte Gesichtspunkte von ‚Ruhe und Ordnung‘ und zwar in wörtlichem wie im übertragenen Sinne.² 87 Prozent der Dorfbewohner und 89 Prozent der Städter nennen als wichtigste Anforderung an ihren Wohnort: „Schutz vor Kriminalität“.³ Diese hohe Priorität von Sicherheit in der Stadt wie auf dem Land kann nicht auf Gefahren in urbanen Räumen allein zurückgeführt werden. Sie beruht auf einem ganzen Bündel von Ursachen jenseits der Annahme, die Kriminalitätsbelastung in städtischen Räumen habe wirklich zugenommen:

1. Demographischer Wandel: Alte Menschen können nicht so gut wegrennen und sich auch nicht so gut wehren. Sie sind daher natürlicherweise ängstlicher. Mit steigendem Anteil von alten Menschen – der Anteil der über 60-jährigen hat sich in westdeutschen Großstädten bereits zwischen 1950 und 1980 verdoppelt⁴ – steigt somit auch der Anteil derer, die sich unsicher fühlen.
2. Migration: Sie erhöht die Sichtbarkeit der Fremden und weckt damit Bedrohungsgefühle bei den Einheimischen.
3. Wandel des Arbeitsmarktes: Seit den 70er Jahren machen wachsende Minderheiten die Erfahrung sozialen Abstiegs bis hin zur Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt. Diese existentielle Verunsicherung untergräbt die objektiven Voraussetzungen der urbanen Lebensweise.⁵ Soziale Integration inklusiv materieller Absicherung ist eine Voraussetzung für einen integrativen öffentlichen Raum und umgekehrt.
4. Erosion des Wohlfahrtsstaates: Die zunehmende Unsicherheit von Arbeitsplätzen und individuellen Karrieren sowie der Abbau von Sozialleistungen führen zum Verlust sozialer Sicherheit. Soziale Abstiegsängste werden umdefiniert in Ängste vor Kriminalität.

1 Entnommen dem Aufsatz beider Autoren: Sicherheit und urbane Öffentlichkeit, zunächst erschienen in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften 1/2003.

2 Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Informationen aus der Forschung des BBR Nr. 2 (April 2002), S.1.

3 Ebda.

4 U.-J. Walther, Bevölkerungsalterung, in: H. Häußermann (Hrsg.), Großstadt – Soziologische Stichworte, Opladen 1998, S. 27.

5 H. Häußermann, Die Stadt und die Stadtsoziologie, in: Berliner Journal für Soziologie, 5 (1995), 1, 89-98.

5. Verschmutzung und Vandalismus: Solche symbolischen Verletzungen der öffentlichen Ordnung können als Signale interpretiert werden für eine gefährliche Lockerung der Selbstkontrollen einer zivilisierten, urbanen Lebensweise. Entsprechend dem Thomas Theorem wird, wenn Individuen eine Situation als bedrohlich interpretieren, diese tatsächlich bedrohlich, unabhängig von ihren „objektiven“ Qualitäten.
6. Privatisierung der Medien: Sie hat zu einer Häufung spektakulärer Berichte über Kriminalitätsfälle beigetragen, die das Bild von der Gefährlichkeit der Stadt dramatisieren. Gewalt ist Bestandteil der Unterhaltungsindustrie von der Musikbranche, über Videospiele, Reality-TV, dem täglichen Krimi, den Nachrichten im Abendprogramm und im Frühstücksfernsehen bis hin zu Hollywood-Actionfilmen über Gangs in US-amerikanischen Hyperghettos.
7. Sicherheit wird kommodifiziert: Unsicherheitsgefühle sind die Voraussetzungen für einen prosperierenden Markt von Türschlössern, schwarzen Sheriffs, biometrischen Zugangskontrollsystemen, Lichtschranken, Überwachungskameras etc. Ängste werden aus wirtschaftlichem Kalkül geschürt.
8. Wandel in der Kriminalitätskontrolle: Weg vom am Resozialisierungsgedanken orientierten „penal welfarism“ der 1960/70er Jahre hin zum Management von Kriminalitätsrisiken einerseits und politisch instrumentalisierter Diabolisierung von Kriminalität und Kriminellen andererseits.⁶ „Law and Order“ werden zu parteienübergreifenden Wahlkampfthemen. Politik und staatliche Akteure wollen Handlungsfähigkeit demonstrieren, die in anderen Politikbereichen nicht (mehr) vorhanden ist.
9. Stadtentwicklungsprozesse: Durch räumliche Trennung von Funktionen und sozialen Gruppen entstehen mehr und mehr homogene Räume, in denen die Erfahrung von Differenz nicht mehr alltäglich ist. Damit könnte auch die Fähigkeit schwinden, mit der Erfahrung von Fremdheit gelassen umzugehen.
10. Individualisierung: Die Erosion traditioneller Milieus und die Pluralisierung von Lebensstilen erschweren es, die über Kleidung und Habitus zur Schau getragenen sozialen Rollen der Anderen zu interpretieren respektive sie sind nicht mehr zuortbar. Stilisierte Verhaltensweisen der Städter werden abgelöst durch ostentative Inszenierungen von Individualität. Misstrauen, ja die Unterstellung krimineller Absichten gegenüber dem Fremden erscheint in dem Maße als zunehmend subjektiv „vernünftig“, so Hitzler,⁷ in dem sich die, durch eine relative Verlässlichkeit und Erwartbarkeit in den sozialen Beziehungen gekennzeichneten, traditionellen Milieus auflösen. Die verunsichernde Fremdheit wird erhöht.

6 D. Garland, The Culture of Control. Crime and Social Order in Contemporary Society, Oxford 2001.

7 R. Hitzler, Ronald (1998): Bedrohungen und Bewältigungen. Einige handlungstheoretisch triviale Bemerkungen zur Inszenierung „Innere Sicherheit“, in: R. Hitzler / H. Peters (Hrsg.), Inszenierung: Innere Sicherheit. Daten und Diskurse, Opladen 1998, S. 204.

11. Spaltung der Wohnungsmärkte: Die Filtermechanismen auf den städtischen Wohnungsmärkten führen die Zuwanderer gerade in solche Quartiere, wo sie auf einheimische Deutsche treffen, die in existentiell ungesicherten Situationen leben und deswegen am wenigsten in der Lage sind, das Abenteuer einer Auseinandersetzung mit den Fremden in resignierter Toleranz und urbaner Tugendhaftigkeit zu bestehen. Gleiches gilt oft für die Zuwanderer selbst.
12. Fragmentierung der Stadt: In den Großstädten entwickeln sich drei Inselsysteme: auf der untersten Ebene die ortsgebundenen Armutsmilieus, darüber die Arbeits-, Freizeit- und Wohnorte der verschiedenen Lebensstilgruppen der Mittelschicht, darüber wiederum das Milieu international orientierter, hochqualifizierter Arbeitskräfte. Diese verschiedenen Milieus überlagern sich im Stadtgebiet. Es entsteht eine Vielzahl unerwünschter Nachbarschaften, deren Grenzen nun kontrolliert werden sollen. Solche Kontrolle wird als umso dringlicher empfunden, je tiefer die sozialen Spaltungen der Gesellschaft reichen.

Die Diskussion über Sicherheit in der Stadt speist sich somit aus einem fatalen Gemenge von realen Veränderungen, geänderten Wahrnehmungsmustern und unbewussten Projektionen und Verschiebungen.

Es ist zu vermuten, dass Unsicherheitsgefühle durch die beschriebenen Entwicklungen – Überwachung und Homogenisierung innerstädtischer Orte – zunehmen. Dies aus drei Gründen: Erstens wird das produktive Potential des öffentlichen Raums, als Ort des Lernens und der Integration gefährdet, so dass es immer schwieriger wird, mit Fremdheit umzugehen, resp. zwischen realen Gefahren und bloßen Störungen/Verunsicherungen zu differenzieren. Zweitens droht eine abnehmende Bereitschaft zur Zivilcourage, zur informellen sozialen Kontrolle durch die Bewohner und Passanten. Dieser Aspekt wird gerade hinsichtlich Videoüberwachung diskutiert.⁸ Der Glaube, alles würde durch die elektronischen Augen sowieso gesehen, reduziert die Bereitschaft zur Eigenverantwortung und zur Besinnung auf informelle Kontrolle durch die natürlichen „eyes upon the street“, die Jane Jacobs⁹ als Voraussetzung für Vitalität, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit von Stadtvierteln beschrieb. Drittens unterscheidet sich die Wahrnehmung neuer Kontrollformen durch unterschiedliche soziale Gruppen: Diese können als ein Mehr an Sicherheit interpretiert werden oder aber Gefühle von „guilt and fear“¹⁰ produzieren, also erst negative Assoziationen von Gefahr oder aber permanenter Überwachung hervorrufen. Angebot und Nachfrage von Sicherheit können eine Spirale in Gang setzen, an deren Ende soziale Kontrollen nicht mehr Sicherheit als Voraussetzung des öffentlichen Raums garantieren, sondern die Öffentlichkeit städtischer Räume aushöhlen.

8 J. Bannister / N.R. Fyfe / A. Kearns, Closed circuit television and the city, in: J. Norris et al. (Hrsg.), Surveillance, Closed Circuit Television and Social Control, Aldershot/Brookfield USA, 1998, S. 21-40.

9 J. Jacobs, Tod und Leben großer amerikanischer Städte, Frankfurt a.M. 1976.

10 H. Koskela, Fear, Control & Space. Geographies of Gender, Fear of Violence and Video Surveillance, Helsinki 1999.

Walter Siebel

Die überwachte Stadt – Ende des öffentlichen Raums?¹

Sicherheit ist ein politisch brisantes Thema. Es lassen sich damit spektakuläre Wahlerfolge erzielen. Die sogenannte Schill-Partei hat das vorgemacht, als sie bei den Wahlen in Hamburg aus dem Stand fast 20 Prozent der Stimmen gewann.

Sicherheit ist ein teures Thema. Die Gesamtausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden sind von 1992 bis 2000 um etwas über 9 Prozent gestiegen, ihre Ausgaben für die innere Sicherheit im selben Zeitraum um gut 25 Prozent. Damit haben in Deutschland allein die öffentlichen Hände im Jahre 2000 fast 20 Milliarden Euro für innere Sicherheit ausgegeben.

Und Sicherheit ist ein städtisches Thema. Vor allem in den großen Städten gibt es Orte der Unsicherheit: Plätze, Straßen, Parks, sogar ganze Quartiere gelten als unsichere Orte, die man zumindest zu bestimmten Zeiten besser meidet, was deren Unsicherheit wiederum erhöht. Denn wo wenig Menschen sich aufhalten, da gibt es auch wenig Kontrolle durch Passanten.

Der öffentliche Raum der Stadt ist denn auch Gegenstand von mehr und von neuen Formen der Überwachung. Aber sind überwachte Räume noch öffentliche Räume? Anders gefragt: Gefährdet Überwachung nicht die Öffentlichkeit des städtischen Raums und damit eine wesentliche Qualität europäischer Urbanität?

Aber bevor ich darauf eingehe: Wie steht es denn mit der Überwachung des öffentlichen Raums?

In Deutschland sind Schätzungen zufolge 500.000 Videokameras zur Überwachung öffentlicher Räume installiert. Und das ist erst der Anfang. In Großbritannien, wo Videoüberwachung mit Ausnahme der Stadt Leeds in allen Großstädten über 500.000 Einwohnern üblich ist, sollen 2 Millionen Kameras eingesetzt sein. Bevorzugte Einsatzorte sind die Geschäftsviertel der Innenstädte, Räume des Transits, z.B. Bahnhöfe, und Wohngebiete. Die technischen Möglichkeiten sind beeindruckend. Noch aus hundert Metern Entfernung kann die Aufschrift einer Zigarettenschachtel gelesen werden. Der Weg von Personen und Kraftfahrzeugen kann automatisch verfolgt werden, und es sind Verfahren in Erprobung, die es erlauben, Gesichter aus einer Menschenmenge, etwa einer Demonstration heraus zu erfassen und namentlich zu identifizieren. Auch Verhaltensweisen können überwacht werden. Weicht das Verhalten von Personen z.B. an einer Bushaltestelle oder in einer Tiefgarage vom programmierten Muster ab, wird Alarm ausgelöst.

1 Der Autor hat das Manuskript zunächst verfasst für eine Sendung im Südwestrundfunk (SWR 2) am 23. Februar 2003.

ICH BIN POLIZIST.

ICH HABE DEN RÖNTGENBLICK. ICH SEHE EINEN BANKÜBERFALL VON DER ANDEREN SEITE DER STADT AUS. ICH SEHE GENAU, WIE VIELE TÄTER ES SIND. ICH KANN SOGAR ERKENNEN, WELCHER VON IHNEN DIE SKI-MASKE TRÄGT. ICH BIN MEHR ALS EIN POLIZIST.



ICH BIN EIN NETZWERK.

ICH BIN DIE RÖNTGENBRILLE. ICH BIN WIRELESS. ICH KANN VIDEOS UND INFORMATIONEN SENDEN, GANZ OHNE KABEL. ICH KANN DIE BILDER DER ÜBERWACHUNGSKAMERA DIREKT IN DAS FAHRZEUG DER ALARMIERTEN POLIZEISTREIFE DURCHSCHALTEN. DURCH MICH WISSEN DIE GUTEN JUNGS, WAS SIE ERWARTET. ICH BIN IHR FREUND UND HELFER. ICH BIN MEHR ALS EIN NETZWERK.

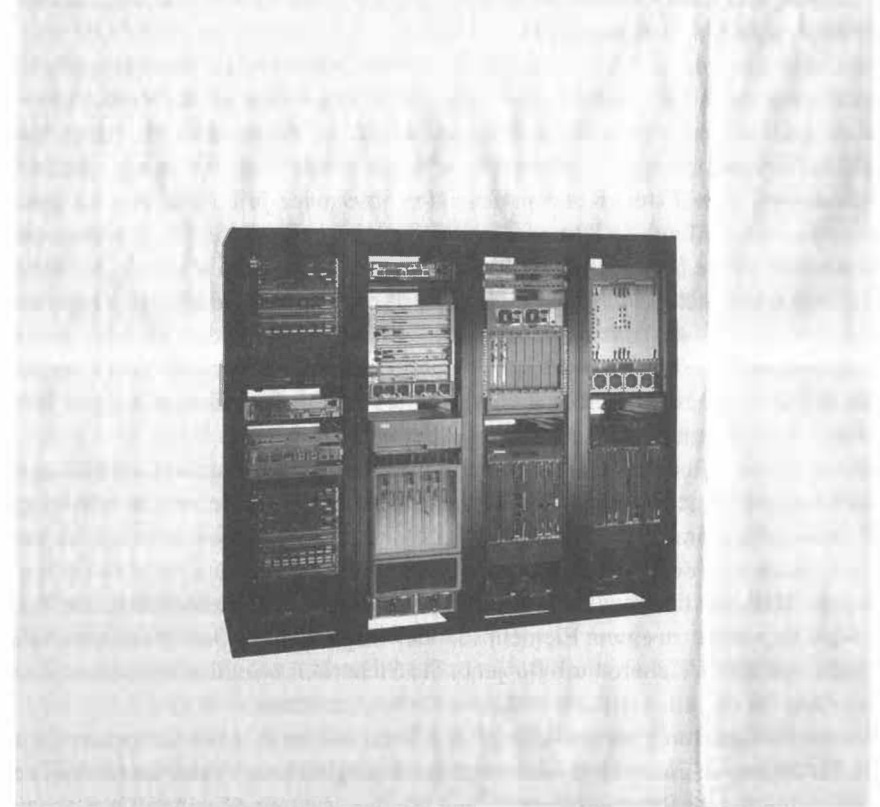


Abbildung 1 und 2: Die Stadt als Überwachungsmarkt. Aus einer großformatigen Anzeige der Fa. Cisco Systems, Inc., in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.06.2003.

Private Sicherheitsdienste haben hohe Zuwachsraten. Nach Angaben ihres Berufsverbands hat sich die Zahl der Wach- und Sicherheitsunternehmen zwischen 1992 und 2000 fast verdoppelt, und die Zahl der Beschäftigten stieg im selben Zeitraum von 97.000 auf 130.000. Heute kommt auf zwei Polizisten ein sogenannter schwarzer Sheriff.

Es ändern sich die Strategien der Polizei. Die öffentliche Polizei bildet mit privaten Sicherheitsdiensten und Bürgern Sicherheitspartnerschaften. Gemäß der Null-Toleranz-Strategie wird schärfer auch gegen kleinste Ordnungsverstöße vorgegangen: sogenannte *quality of life crimes*: Lärm, aggressives Betteln oder Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit. Eine Zigarettenschachtel fallen zu lassen kostet in Bremen zwischen 10 und 25 Euro. Die Polizei kann Platzverweise und Aufenthaltsverbote aussprechen und bestimmte Räume zu „gefährlichen Orten“ erklären, in denen verschärft kontrolliert werden darf.

Schließlich werden Architektur und Städtebau in den Dienst von Kontrolle und Überwachung gestellt. Teure Materialien wie Marmor, Spiegel und goldfarbenedes Metall signalisieren im Wortsinne Exklusivität. Die symbolischen Barrieren einer luxuriösen Ästhetisierung des öffentlichen Raums werden ergänzt durch handfeste Maßnahmen: gemäß dem Konzept des *defensible space* soll der Städtebau verteidigbare Räume schaffen: von Kameras leicht überschaubare Plätze, Sackgassen, sozial homogene Quartiere bis hin zu Schranken, Zäunen und Mauern. Zwanzig Millionen Amerikaner wohnen heute in sogenannte „gated communities“, und diese eingezäunten Nachbarschaften sind das schnellst wachsende Segment auf dem amerikanischen Wohnungsmarkt.

Mit Blick auf diese sicherheitstechnische Aufrüstung der Städte liegt es nahe, vom Ende des öffentlichen Raums zu sprechen:

Private Sicherheitsdienste anstelle der Polizei beinhalten Machtverschiebungen. Kontrollbefugnisse gehen von öffentlichen Akteuren über auf private. Das Monopol des Staates auf legitime Gewaltausübung wird gelockert, und die Kontrolle der Kontrolleure durch eine demokratische Öffentlichkeit wird erschwert.

In dem Maße, in dem aus dem öffentlichen Gut Sicherheit eine käufliche Ware wird, wird Sicherheit zu einem Element sozialer Ungleichheit. Der öffentliche Raum der Städte zerfällt in sichere Orte für jene, die Sicherheit bezahlen können, und unsichere Orte für die, die sich diese Ware nicht leisten können.

Neuere Polizeistrategien sind darauf gerichtet, solche sozialen Gruppen, die als Risiko für andere definiert sind oder auch nur unangenehme Verhaltensweisen zeigen, aus öffentlichen Räumen fernzuhalten. Dadurch ist eine weitere Grundbedingung des öffentlichen Raums in Frage gestellt: Seine Zugänglichkeit für Jedermann.

In absehbarer Zukunft wird die automatische Identifizierung von Passanten möglich sein. Da die elektronischen Informationen beliebig lagerbar und transportierbar sind, sind solche Identifizierungen jederzeit und durch jeden, der die Informationen in die Hand bekommt, möglich. Damit ist eine dritte Grundvoraussetzung des öffentlichen Raums in Frage gestellt: die Anonymität.

Wolfgang Bosbach, Fraktionsvize und innenpolitischer Experte der CDU im Bundestag hat gesagt: „Es kann niemand das Recht geltend machen, unerkannt durch die Stadt zu gehen“. Aber unabhängig von ihrer rechtlichen Bewertung – Bosbachs Äußerung berührt eine zentrale Qualität europäischer Urbanität: die Trennung der öffentlichen von der privaten Sphäre. An die Möglichkeit, sich im öffentlichen Raum der Stadt unerkannt zu bewegen, ist eine wesentliche Freiheit des Städters gebunden, nämlich selber darüber zu entscheiden, welchen Teil seiner Persönlichkeit er wem gegenüber preisgeben und welchen er verbergen möchte. Anonymität ist die Vorbedingung dafür, dass auch ein wohlbeleumdeter Bürger eine psychotherapeutische Praxis aufsuchen kann, einen Sexshop oder gar das Büro einer politisch aufmüpfigen Initiative, ohne gleich Schaden für seine Reputation fürchten zu müssen. Kurz: Das Recht auf Anonymität im öffentlichen Raum ist das notwendige Pendant zum Recht auf eine private Sphäre.

Die vermehrten und neuen Formen der Überwachung bedrohen die städtischen Freiheiten, die allgemeine Zugänglichkeit und den demokratischen Charakter der Kontrollen des öffentlichen Raums. Sie geben damit begründeten Anlass für eine neue Variante der Geschichte vom Verfall der europäischen Stadt. Im 19. Jahrhundert war es die Geschichte vom Verfall von Sitte und Ordnung in der industriellen Großstadt, im 20. die von der Zerstörung der Urbanität durch den modernen Städtebau. Heute ist es die von der Privatisierung der Stadt und dem Verlust des öffentlichen Raums. All diese Verfallsgeschichten, die so gerne über die Stadt erzählt werden, enthalten Wahrheiten, aber es sind doch recht einseitige Wahrheiten, denn meist wird vergessen, auch von den Gewinnen zu berichten, die mit den Verlusten einhergingen, und von den Schattenseiten, die hinter den Fassaden einer verklärten Vergangenheit verborgen waren.

Ich werde das zunächst an der These von der Privatisierung der Stadt erläutern und dann auf die Bedeutung von Überwachung für die Qualität des öffentlichen Raums eingehen.

Die Polarität von Öffentlichkeit und Privatheit prägt die bürgerliche europäische Stadt, und zwar in vier Dimensionen:

- Einmal juristisch: Der öffentliche Raum unterliegt dem öffentlichen Recht, der private Raum dem privaten Recht des Eigentümers.
- Zum zweiten funktional: Dem öffentlichen Raum von Platz und Straße sind die Funktionen Markt und Politik, den privaten Räumen von Betrieb und Wohnung die Funktionen der Produktion und der Reproduktion zugeordnet.
- Drittens sozial: Der öffentliche Raum ist die Bühne eines stilisierten, distanziereten Verhaltens und Ort der Anonymität, der private Raum dagegen Ort von Intimität, Emotionalität und Körperlichkeit.
- Schließlich werden öffentliche und private Räume auch symbolisch voneinander geschieden. Ein breites Repertoire an architektonischen und städtebaulichen Elementen signalisiert Zugänglichkeit respektive Exklusivität von Räumen.

Die Polarität von Öffentlichkeit und Privatheit ist nicht nur die neutrale Beschreibung einer Grundvoraussetzung europäischer Urbanität. Sie ist auch normativ hoch aufgeladen. Die Privatsphäre ist verknüpft mit dem Ideal der bürgerlichen Familie und damit mit all den Glücksversprechen lebenslanger Vertrautheit und Liebe; die öffentliche Sphäre ist assoziiert mit dem Ideal der bürgerlichen Öffentlichkeit und damit mit durchgesetzter Demokratie und gesellschaftlicher Integration ohne Ausgrenzung von Differenzen.

Aber der private Raum von Wohnung und Familie war niemals nur Ort friedfertigen Miteinanders. Nirgends wird soviel gemordet wie unter Bekannten und Verwandten. Sexualisierte Gewalt gegen Frauen wird überwiegend von Freunden und Verwandten verübt und meist in privaten Wohnungen. Ebenso wenig hat jemals in irgendeiner Stadt öffentlicher Raum als für jedermann zugänglicher Raum existiert. Öffentlicher Raum ist immer auch exklusiver Raum. Verschiedene Städte in verschiedenen historischen Epochen unterscheiden sich vor allem darin, wer auf welche Weise aus welchen Räumen draußen gehalten wird: Heute sind es Obdachlose, Drogenabhängige und Gruppen ausländisch wirkender männlicher Jugendlicher. Im 19. Jahrhundert waren es die Frauen und das Proletariat. Eine Frau, die sich im öffentlichen Raum ohne die Kontrolle eines männlichen Begleiters bewegte, lief Gefahr, als „fille publique“ zu gelten, als öffentliches Mädchen, d. h. als Prostituierte. Friedrich Engels hat Manchester als eine Stadt beschrieben, in der man jahrelang leben könne, „ohne je... mit Arbeitern in Berührung zu kommen“, ...eine „heuchlerische“ Bauart ... hinreichend, um vor den Augen der reichen Damen und Herren mit starkem Magen und schwachen Nerven das Elend und den Schmutz zu verbergen, die das ergänzende Moment zu ihrem Reichtum und Luxus bilden“.

Ob Ideal und Wirklichkeit des öffentlichen Raums in der europäischen Stadt heute weiter auseinander klaffen als etwa im 19. Jahrhundert, kann also mit Fug und Recht bezweifelt werden. Aber die Qualität hat sich geändert, in der dieser Abstand sich ausprägt. Das Verhältnis zwischen Öffentlichkeit und Privatheit in der Stadt wandelt sich laufend. Ich will dies am Beispiel der These von der sozialen Differenzierung zwischen öffentlicher und privater Sphäre erläutern:

Jeder Besitzer eines Handy kann jederzeit und überall erreicht werden, d.h.: Die privaten Kontrollen durch Familienangehörige und Vorgesetzte überschreiten die Grenzen von Wohnung und Betrieb und durchdringen den öffentlichen Raum. Stadtluft macht nicht mehr frei von den dichten Kontrollen des Privaten. Umgekehrt haben Telefon, Radio und Fernsehen schon seit langem die Mauern der Privatsphäre durchlässig werden lassen. Das Internet erlaubt heute, physisch in der Wohnung anwesend zu sein, aber geistig und emotional sich in einem fernen Chat-Room aufzuhalten. Ähnlich prekär wie dieses Aufbrechen der Intimgemeinschaft der Familie ist die Verletzung urbaner Verhaltenscodes, wenn z.B. Handynutzer und Obdachlose ihre Privatangelegenheiten in die Öffentlichkeit tragen. Der Handynutzer macht noch die distanzierteste Gleichgültigkeit des gelernten Großstädtlers zunichte, in-

dem er Geschäfts- und Familienangelegenheiten lautstark zu Gehör bringt, wo keiner davon etwas wissen will. Der Obdachlose, indem er in einer öffentlichen Anlage schläft, isst, sich wäscht, stellt vor aller Augen zur Schau, was in einem langen Prozess der Zivilisation aus dem öffentlichen Raum verdrängt worden war in die Intimität des Privaten.

Doch nicht alle daraus resultierenden Veränderungen von Öffentlichkeit und Privatheit sind den Individuen aufgeherrscht. Obdachlose sind gezwungen, ihre Privatangelegenheiten in der Öffentlichkeit zu erledigen, weil sie über keinen privaten Raum verfügen. Handybenutzer sind zu ihrem Verhalten nicht gezwungen. Die modernen Kommunikationstechnologien erweitern zunächst einmal die Optionen der Individuen. Durch Handy und Internet werden Öffentlichkeit und Privatheit zu entlokalisierten Orten, die jeder jederzeit und überall betreten kann. Gesellschaftliche Strukturierung von Raum wird ein Stück weit zurück genommen zu Gunsten willkürlicher Entscheidungen. Es wird zu einer Option des Individuums, wo und wann es sich in seiner privaten Sphäre befindet.

Die Beispiele können verdeutlichen, dass aus einem Wandel in der Art, in der die Polarität von Öffentlichkeit und Privatheit sich jeweils ausprägt, nicht ohne weiteres auf einen Verfall dieser Polarität geschlossen werden kann. Ehe man behauptet, der Abstand zwischen dem normativen Ideal des öffentlichen Raums und seiner Wirklichkeit habe sich vergrößert, ist genauer zu untersuchen, ob nicht ein Wandel in den Modalitäten eingetreten ist, in dem Norm und Realität voneinander abweichen. Das gilt genauso für das Verhältnis von öffentlichem Raum und Sicherheit.

Die Kritik an der Kontrolle urbaner Räume als Bedrohung von Öffentlichkeit übersieht, dass Sicherheit oder wenigstens das Gefühl der Sicherheit Grundbedingungen der Öffentlichkeit von Räumen sind. Parks, in denen Frauen fürchten, vergewaltigt zu werden, sind für Frauen exklusive Räume. Sicherheit, zumindest für Leib, Leben und Eigentum, ist eine unabdingbare Voraussetzung für Öffentlichkeit. Öffentlicher Raum bedarf funktionierender sozialer Kontrollen, ohne sie ist er gar nicht denkbar. Zugleich aber drohen alle Formen sozialer Kontrolle Öffentlichkeit einzuschränken. Das ambivalente Verhältnis von sozialer Kontrolle und öffentlichem Raum ist der Stadt immanent. Ehe also angesichts neuer und anscheinend vermehrter Formen der Kontrolle ein Verlust des öffentlichen Raums beklagt wird, wäre zu prüfen, ob nicht vielmehr nur ein Wandel in den Modalitäten vorliegt, in denen die Gesellschaft Sicherheit als die unumgängliche Voraussetzung des öffentlichen Raumes gewährleistet.

Innerhalb der mittelalterlichen Stadt waren Gewalttätigkeiten in einem Ausmaß üblich, das dem in heutigen amerikanischen Städten entspricht. Dennoch galt die Stadt als Insel des Friedens. Der Teufel und alle denkbaren Gefahren drohten außerhalb der Stadtmauern auf dem Land. Im 19. Jahrhundert kehrt sich das Verhältnis um: Mit der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols und mit der Beherrschung von Natur wird das Land zur bukolisch-friedlichen Idylle und die Stadt zum gefähr-

lichen Ort. Die Gefahren drohen nun nicht mehr außen, sondern von innen. Damit ändern sich auch die Kontrollstrategien. Sie sind nicht mehr gegen den äußeren Feind gerichtet, sondern nach innen auf den Städter selbst. Die Bürgerwehr auf den Stadtmauern wird gleichsam ersetzt durch die Polizei, die nun auf den Straßen der Stadt darauf achtet, dass alle Regeln eines gesitteten Verkehrs der Städter untereinander eingehalten werden.

Der heutige Wandel sozialer Kontrollen zeigt Parallelen zu allgemeinen Veränderungen der Dienstleistungsgesellschaft. Vormalig informell erledigte Tätigkeiten werden zu formellen, entlohnten und beruflich organisierten Dienstleistungen. Das Essen wird nicht mehr von der Hausfrau in unbezahlter Arbeit im privaten Haushalt zubereitet, sondern kommt als bezahlte Dienstleistung auf den Tisch einer Behördenkantine oder eines Restaurants oder als industrielles Fertigprodukt aus der Mikrowelle. Ähnlich werden die informellen Kontrollen durch Nachbarn und Passanten ersetzt durch Polizei, private Sicherheitsdienste und technische Überwachungssysteme. Damit sind neuartige Gefährdungen für die Freiheiten der Anonymität, die Zugänglichkeit der Räume der Stadt, den Charakter von Sicherheit als eines öffentlichen Gutes und seine demokratische Kontrollierbarkeit verbunden. Aber so real diese Gefährdungen sind, so wenig sind sie doch hinreichend, um die These vom Verfall der Öffentlichkeit in der überwachten Stadt begründen zu können. Vier Argumente sprechen dagegen:

- Erstens: Es ist keineswegs ausgemacht, dass informelle Kontrollen nicht weit repressiver und weit lückenloser wirken als Polizei, Schwarze Sheriffs und Videokameras zusammen genommen. Stadtluft macht ja u.a. deshalb frei, weil in der Stadt die dichten informellen Kontrollen dörflicher Nachbarschaft eben nicht greifen sondern „nur“ formelle Kontrollen.
- Zweitens verdanken sich die zu Anfang genannten Zahlen über das rasante Wachstum privater Sicherheitsdienstleistungen zumindest teilweise einem statistischen Artefakt. Dahinter können auch out-sourcing-Prozesse stehen: Kaufhausdetektive, Bahnpolizei und Werkschutz hat es immer gegeben. Nur waren deren Angehörige früher bei den Nachfragern nach Sicherheit direkt angestellt und erschienen deshalb statistisch als Beschäftigte bei Handel, Bahn und Industrie. Wenn sie dagegen heute bei auf Sicherheit spezialisierten Dienstleistern beschäftigt werden, steigt ihre in Branchenstatistiken sichtbare Zahl. Aber die wirkliche Zahl privater Sicherheitskräfte muss keineswegs im gleichen Ausmaß zugenommen haben.
- Drittens: Das Ideal des öffentlichen Raums als eines für jedermann jederzeit zugänglichen Raums war niemals in irgendeiner Stadt Wirklichkeit. In der Realität ist öffentlicher Raum zwangsläufig immer auch exklusiv, gegen bestimmte Verhaltensweisen und gegen bestimmte soziale Gruppen.
- Viertens und vor allem: Soziale Kontrollen sind stets beides, Voraussetzung und Gefährdung von Öffentlichkeit. Entsprechend beinhaltet jeder Wandel in den Mo-

dalitäten sozialer Kontrolle einen Wandel in der Art der Gefährdung und zugleich einen Wandel in der Art der Gewährleistung von öffentlichem Raum. Sicherheit ist eben auch Bedingung für die Zugänglichkeit städtischer Räume. Wo Selbstdisziplin und informelle soziale Kontrollen Leib, Leben und Eigentum nicht garantieren, sind formelle Kontrollen Voraussetzung für die Zugänglichkeit und damit für die Öffentlichkeit städtischer Räume.

Eine Argumentation allerdings kann in der Tat die These plausibel erscheinen lassen, dass die Qualität des öffentlichen Raums heute stärker als früher bedroht sein könnte. Diese Argumentation bezieht sich auf den Wandel der Motive, aus denen heraus mehr Sicherheit im öffentlichen Raum gefordert wird. Es könnte sein, dass mit dem Ruf nach mehr Sicherheit im öffentlichen Raum ganz andere Ängste beruhigt werden sollen, die nichts mit den Gefahren zu tun haben, die im öffentlichen Raum der Stadt drohen, und die deshalb auch durch mehr Polizeipräsenz und mehr Videokameras gerade nicht beruhigt werden können. Dies könnte einen Überschuss an Kontrollverlangen zur Folge haben, der in der Tat, wenn ihm entsprochen würde, die Erosion der Öffentlichkeit städtischer Räume zur Folge haben müsste.

Die Öffentlichkeit städtischer Räume – so wurde bisher argumentiert – beruht auf einer prekären Balance zwischen Anonymität und sozialer Kontrolle, zwischen Sicherheit und Verunsicherung, zwischen Vertrautem und Fremden. Soziologen stellen diese Ambivalenzen in den Mittelpunkt ihrer Theorien der Urbanität. Georg Simmel spricht von der Ambivalenz zwischen physischer Nähe und sozialer Distanz, die typisch sei für die Stadt als einem Ort, wo „die Ferne nahe ist“. Hans Paul Bahrdrdt beschreibt städtische Räume als Orte, an denen Menschen Arrangements eingehen müssen, die fast nichts voneinander wissen. Und nach Zygmunt Baumann ist die Stadt ein Ort prinzipieller Verunsicherung, weil man in ihrem öffentlichen Raum niemals genug wissen kann, um die Situation, in der man sich befindet, kontrollieren zu können. Kurz: Im öffentlichen Raum der Stadt begegnet Jeder dem Anderen als ein Fremder. Fremdheit ist die Metapher des Urbanen und der Fremde ist der Prototyp des Städters. Der Fremde aber ist immer zugleich verlockend und bedrohlich. Er weckt Neugier aber auch Aversion. Der Fremde verunsichert, weil man sein Verhalten nicht kalkulieren kann. Er ist ärgerlich, weil er die selbstverständlichen Zivilisationsmuster, die routinisierten Abläufe, die Werte und Normen des Alltags in Frage stellt.

Aber der Fremde ist noch in einem tieferen Sinn gefährlich. Er gefährdet die Selbstsicherheit eines Stadtbenutzers nicht nur dadurch, dass er diesen mit Neuem konfrontiert, sondern mehr noch dadurch, dass er andere Handlungs- und Verhaltensmöglichkeiten offenbart, die reizen, sie auszuprobieren. Der Fremde ist auch verführerisch. So verbinden sich angesichts des Fremden die Ängste vor der Unkontrollierbarkeit der äußeren Situation mit der Angst, die Kontrolle über sich selbst zu verlieren.

Die urbane Lebensweise ist zivilisierter Umgang mit Unsicherheit. Der Raum der Stadt ist nur insoweit öffentlicher Raum, als er jenseits der Sicherheit für Leib, Leben und Eigentum die Möglichkeit bietet, dem Fremden zu begegnen. Das ist eine prinzipiell verunsichernde Erfahrung. Aber jeder Versuch, solche Verunsicherung objektiv aus dem öffentlichen Raum zu beseitigen, durch welche Kontrollstrategien auch immer, gefährdet die integrative und emanzipatorische Rolle der Stadt. Sie gefährdet auch ihre Funktion als Ort des Lernens. Im öffentlichen Raum erlernt der Städter den alltäglichen Umgang mit Differenz und jene Formen kontrollierten und stilisierten Verhaltens, die Voraussetzung für ein zivilisiertes Miteinander in modernen Gesellschaften sind.

Nun stellen heutige Prozesse der Stadtentwicklung diese Funktion der Stadt in Frage. Mit den globalen Migrationsströmen erhöht sich die Sichtbarkeit der Fremden. Das weckt Bedrohungsgefühle bei den Einheimischen. Zugleich führen die Filtermechanismen auf den städtischen Wohnungsmärkten die Zuwanderer gerade in solche Quartiere, wo sie auf Deutsche treffen, die in existentiell ungesicherten Situationen leben und deswegen am wenigsten in der Lage sind, das Abenteuer einer Auseinandersetzung mit den Fremden in resignierter Toleranz zu bestehen. Im Gegenteil: sie brauchen Sündenböcke. Vom Lernort urbaner Distanziertheit und produktiver Auseinandersetzung mit Differenz wird die Stadt zum Ort aggressiver Abgrenzung.

Gleichzeitig heften sich an die prinzipielle Verunsicherung im öffentlichen Raum ganz andere Ängste. Wenn fast genauso viele Dorfbewohner wie Städter, nämlich 87 bzw. 89 Prozent, als wichtigste Anforderung an ihren Wohnort „Schutz vor Kriminalität“ nennen, so kann das nicht allein auf reale Erfahrungen in urbanen Räumen zurückgeführt werden. Auch nicht auf eine Zunahme der objektiven Kriminalitätsbelastung. Die Zahlen der polizeilich registrierten Fälle von Mord, Vergewaltigung und Raub sind in den 1990er Jahren annähernd konstant geblieben. Die Zahl der Wohnungseinbrüche ist sogar massiv zurückgegangen. Nur die Körperverletzungen sind zahlreicher geworden. Woher also dann der Ruf nach mehr Sicherheit im öffentlichen Raum?

Hier sind einmal Veränderungen in der veröffentlichten Meinung zu nennen. Die Privatisierung der Medien hat zu einer Häufung spektakulärer Berichte über Kriminalitätsfälle beigetragen, die das Bild von der Gefährlichkeit der Stadt dramatisieren. Unsicherheitsgefühle sind zudem Voraussetzung für einen prosperierenden Markt von Türschlössern, Schwarzen Sheriffs, Lichtschranken, Überwachungskameras etc. Ängste werden aus wirtschaftlichem Kalkül geschürt. Ähnliches gilt für die Politik. „Law and order“ sind auch deshalb zu parteiübergreifenden Wahlkampfthemen geworden, weil hier noch sichtbar Handlungsfähigkeit demonstriert werden kann, die der Politik in anderen Bereichen zunehmend abhanden gekommen ist.

Ferner spielt der Wandel der Altersstrukturen eine Rolle. Alte Menschen können nicht so gut weg rennen und sie können sich auch nicht so gut wehren. Sie sind daher natürlicherweise ängstlicher. Der Anteil der über 60-Jährigen aber steigt.

Vor allem aber haben die existentiellen Verunsicherungen der Menschen zugenommen. Seit den 1970er Jahren machen wachsende Minderheiten die Erfahrung sozialen Abstiegs bis hin zur Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt. Die informellen sozialen Netze von Verwandtschaft und Familie, die einen in Krisen auffangen könnten, werden dünner. Der Single hat keinen Ehepartner, auf dessen Einkommen er sich verlassen könnte, und das Einzelkind zweier Einzelkinder hat nach dem Tod seiner Eltern keinen einzigen direkten Verwandten. Gleichzeitig werden auch die staatlichen Sicherungen abgebaut. Und schließlich vertiefen sich die Spaltungen der Städte zwischen Integrierten und an den Rand Gedrängten. So entsteht eine Vielzahl unerwünschter Nachbarschaften, deren Grenzen nun kontrolliert werden müssen, und solche Kontrolle erscheint um so dringlicher, je tiefer die sozialen Spaltungen der Gesellschaft reichen.

Die Diskussion über Sicherheit in der Stadt speist sich somit aus einem fatalen Gemenge von ökonomischen und politischen Interessen, realen Veränderungen, geänderten Wahrnehmungsmustern und unbewussten Projektionen und Verschiebungen. Das Resultat könnte eine überschießende Nachfrage nach Sicherheit sein, die sich durch Polizei, technische Überwachungssysteme und private Sicherheitsdienste gerade nicht befriedigen lässt. Dadurch aber könnte eine Spirale in Gang gesetzt werden, an deren Ende soziale Kontrollen nicht mehr Sicherheit als Voraussetzung des öffentlichen Raums garantieren, sondern die Öffentlichkeit städtischer Räume aushöhlen.

Literatur: H.-P. Bahrdt, Die moderne Großstadt, Opladen 1988; Z. Bauman, Ein Wiedersehen mit dem Fremden, in: *ders.*, Flaneure, Spieler und Touristen, Hamburg, 1997, S. 205-225; Bundesverfassungsgericht, Verfassungsrechtliche Überprüfung des Volkszählungsgesetzes 1983; in: Neue Juristische Wochenschrift, Heft 8 (1984), S. 419-428; F. Engels, Über die Umwelt der arbeitenden Klasse. Aus den Schriften von Friedrich Engels, ausgewählt von G. Hillmann, in: Bauwelt Fundamente 27, Gütersloh 1970; G. Simmel, Exkurs über den Fremden, in: O. Rammstedt (Hrsg.), Georg Simmel, Gesamtausgabe Bd. 2, Frankfurt a.M. 1992, S. 764-771; G. Simmel, Die Großstädte und das Geistesleben, in: Aufsätze und Abhandlungen 1901-1908, Gesamtausgabe Bd. 7, Frankfurt a.M. 1995, S. 116-131; J. Wehrheim, Die überwachte Stadt. Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung, Opladen 2002.

Katja Veil / Uwe-Jens Walther

Sichere Innenstädte in Großbritannien. Von der Kriminalprävention zur Verhaltensregulierung?

Beobachtungen und Anmerkungen zum Beispiel Coventry

Einleitung

Sicherheit im öffentlichen Raum ist für den innerstädtischen Einzelhandel zu einem Standortfaktor geworden. Kommunen in ganz Europa unternehmen gezielte Anstrengungen mit dem Ziel, die objektive Sicherheit und vor allem das subjektive Sicherheitsempfinden in Räumen, die der Wertschöpfung durch den Konsum von Gütern und Dienstleistungen dienen, zu erhöhen. Meist gelten sie den Geschäftsbereichen der Innenstädte.

Videüberwachungssystemen wird dabei eine bedeutende Rolle zugeschrieben. Während sie sich in Deutschland erst allmählich durchsetzen, sind sie in Großbritannien bereits länger etabliert. Hier zeigt sich auch, dass es weniger um technische Videüberwachung, als vielmehr um deren relativ komplexe organisatorische Einbettung geht – und damit um verschiedene Kontrollaspekte. Privat-öffentliche Vertragspartnerschaften sind zunehmend für „Sicherheit“ zuständig. Mit der privat organisierten Verfügung von Kontrolle und Überwachung öffentlicher Räume ändern sich unter der Hand auch ihre ursprünglichen Ziele. Sicherheit erlangt eine andere verhaltensregulierende und -normierende Bedeutung: Von dem Versuch der Prävention von Straftaten zur umfassenderen Beeinflussung des Verhaltens im Rahmen ökonomischer Revitalisierungsstrategien.

Das Beispiel Coventry

Die Stadt Coventry in Mittelengland steht exemplarisch für solche Bemühungen um eine sichere Innenstadt, die zu weitreichenden technischen, organisatorischen und rechtlichen Veränderungen führten. Was als Vorbeugung von Straftaten begann, wurde zu einem umfassenden Sicherheitsregime. Es zeigt sich, dass sich unter dem Etikett „Sicherheit“ verschiedene Vorstellungen verbergen können. Diese machen eine kritische Auseinandersetzung mit diesen neuen Sicherheitsstrategien notwendig. Im folgenden werden die Sicherheitsbemühungen in Coventry schrittweise dargestellt und kommentiert.

Deutsche Bomben zerstörten die Stadt Coventry im Zweiten Weltkrieg im Kern fast vollständig. Vor fünfzig Jahren war Coventry dennoch wieder eine bedeutende und auch wohlhabende Industriestadt in England, die Automobile, Maschinen und Werkzeuge in die ganze Welt lieferte. Der Zusammenbruch der britischen Automobilindustrie in den 1980er Jahren führte indessen zu einer verheerenden wirtschaftlichen Krise in der Stadt, was sich auch auf die kommunale Finanzlage auswirkte.

Die Neuplanung der Innenstadt in den fünfziger Jahren schaffte im Stadtkern eine Fußgängerzone mit Einzelhandel. Drei Jahrzehnte später erschien auch diese als zunehmend unzeitgemäß und erneuerungsbedürftig. Vor zehn Jahren galt die Innenstadt von Coventry als heruntergekommen und von Vandalismus, Verwahrlosung des öffentlichen Raumes, sozial auffälligem Verhalten und Kleinkriminalität heimgesucht.

Die Einrichtung von kommunaler Videoüberwachung

Vor diesem Hintergrund wurde in der Innenstadt von Coventry ein Videoüberwachungssystem eingerichtet, das von der Kommune betrieben und mit Hilfe von zentralen Regierungsgeldern aus dem britischen Innenministerium eingeführt wurde. Videoüberwachung sollte sowohl ein besseres Reagieren auf problematische Vorfälle erlauben, als auch durch die erhöhte Wahrscheinlichkeit unmittelbar beobachtet zu werden, von Straftaten abhalten. 1988 wurden zunächst fünf Kameras installiert, die 1991 auf 58 Kameras, 2001 auf 120 und inzwischen auf nahezu flächendeckende 130 Kameras erweitert wurden.

Die Videoüberwachung sollte die lokale Sicherheit durch eine Technisierung der sozialen Kontrolle verbessern. Sie war eine Reaktion auf eine zunehmende Verwahrlosung der Fußgängerzone in physischer und sozialer Hinsicht. Die Videoüberwachung sollte Güter und Personen schützen helfen – gleichsam ein Sicherheitsangebot unterbreiten –, um Käufer zurückzugewinnen, die den Ort als sicher und damit auch als attraktiv wahrnehmen sollten. Sie war als lokale kriminalpräventive Maßnahme angelegt, die Kontrolle lag vollständig in der Hand der Kommune. Die Kontrolldichte nahm kontinuierlich zu.

Die Gründung der „City Centre Company“

Der innerstädtische Handel verlor jedoch weiterhin seine Kunden an die naheliegenden Städte Leamington und Birmingham. Der Gemeinderat reagierte auf die abfließende Kaufkraft durch die Gründung einer eigenständigen Gesellschaft im Jahr 1997, die „City Centre Company“, die seit Februar 2002 nach der Zusammenführung mit der Tourismusförderung „CV one“ heißt. Der Gemeinderat finanziert diese Gesellschaft zu einem großen Teil; die Einzelhändler können bisher auf freiwilliger

Basis Mitglieder werden. Wenn die Bemühungen um die Einführung von business improvement districts erfolgreich verlaufen, dann wird es in Zukunft Pflicht sein, Mitglied bei CV one zu werden und dafür Abgaben zu leisten.

Die Übertragung der Videoüberwachung auf die „City Centre Company“ (jetzt „CV one“)

1999 wurde die Durchführung der Videoüberwachung der Innenstadt von der Gemeinde auf die City Centre Company (jetzt CV one Ltd.) übertragen. Diese vertritt die Interessen der lokalen Gewerbetreibenden. Heute hat diese Gesellschaft mit dem neuen Namen CV one 70 Mitarbeiter und einen vom Gemeinderat unabhängigen Vorstand. Sie wurde unter anderem mit Reinigungsaufgaben und Überwachung der Innenstadt durch Videokameras beauftragt. Zur Zeit steht CV one ein Budget von 7 Millionen Pfund pro Jahr zur Verfügung. Die operationale Kontrolle über das Management der Innenstadt liegt vollständig bei CV one. Sie ist damit im britischen Vergleich am weitreichendsten mit Verantwortlichkeiten für eine gesamte innerstädtische Kernzone betraut.

Die Überwachung der Innenstadt wurde im Rahmen eines public private partnerships an eine Gesellschaft übergeben, welche die lokalen Gewerbetreibenden vertritt. Die Polizei hat nunmehr nur noch einen indirekten Zugriff auf das Überwachungssystem. Die vormals hoheitliche Aufgabe wurde privatisiert. Die Videoüberwachung entwickelte sich von einem Sicherheitsinstrument im Auftrag des zu schützenden Gemeinwohls zu einem Bestandteil eines umfassenderen ökonomischen Revitalisierungskonzepts im Auftrag der ansässigen Gewerbetreibenden.

Das Sicherheitsregime von „CV one“

CV one verfügt über verschiedene technische und organisatorische Mittel, um den öffentlichen Raum zu beobachten und ggf. handelnd einzugreifen. Ihre Zentrale ist der Kontrollraum. Von hier aus werden die Monitore durchgehend überwacht. Alle eingegangenen Vorfälle, welche die Kontrollpersonen als problematisch einstufen, werden erfasst und dokumentiert.

Der Kontrollraum steht in ständiger Funkverbindung mit der Polizei, den Mitarbeitern von CV one und den Mitgliedern der CV one. Die Gesellschaft verfügt über mobile Mitarbeiter, sogenannte City Ambassadors. Sie stehen den Bürgern vor Ort zur Verfügung, üben jedoch vor allem durch ihre Präsenz Kontrolle über den Raum aus. Die Mitglieder der CV one – das heißt bestimmte Einzelhändler – werden über problematisch erscheinende Vorgänge informiert. Sie können auch selbst über Funkverbindung die Überwachung oder die Polizei anfordern. Die Polizei kann den Funkverkehr jederzeit mithören und ihrerseits Überwachung anfordern. Die meisten Vor-

fälle werden nicht vom Kameraraum aus entdeckt und demnach aufgezeichnet, sondern erst auf spezielle Anfrage der Einzelhändler hin, die Mitglied in CV one sind.

Die Überwachung der Innenstadt ist also konsequenterweise in der Hand der lokalen Gewerbetreibenden, also in der Verfügung derer, denen sie von direktem Nutzen sein kann. Doch erst in Kombination mit dem intensiven Funknetz erhält die Videoüberwachung einen höheren Wirkungsgrad. Zusammen mit der privatrechtlichen Verfügung wird Videoüberwachung so zu einem vernetzten, raumübergreifenden Kontrollinstrument. Das Kontroll- und Informationsnetzwerk ist nur für Mitglieder von CV one zugänglich, die ausschließlich die Gewerbetreibenden sind. CV one lenkt so den gesamten innerstädtischen Raum. CV one ist als Gesellschaft nicht dem Gemeinwohl verpflichtet, wie die kommunalen Einrichtungen, die zuvor die Videoüberwachung durchführten. Sie vertritt lediglich bestimmte partikulare Interessen. Die Akteure dieser Überwachung haben keine hoheitlichen Befugnisse, können jedoch über die Videoüberwachung den Raum kontrollieren. Die solchermaßen privat organisierte Überwachung des öffentlichen Raums ist daher nicht mehr öffentlich, sondern besteht aus einer Vernetzung der einzelnen Gewerbetreibenden über den öffentlichen Raum als partikulare Interessengemeinschaft. Die Polizei, einst maßgeblicher hoheitlicher Akteur, spielt dabei lediglich eine nachgeordnete Rolle unter vielen.

Von der Prävention zur Verhaltensregulierung durch Ortssatzungen und Hausrecht

Die Möglichkeit, das Verhalten in der Öffentlichkeit durch soziale Kontrolle zu regulieren wurde in der Innenstadt von Coventry weitgehend durch Videokontrolle ersetzt, also durch eine Technisierung der sozialen Kontrolle. Für die Öffentlichkeit ist entscheidend, welche Regelungen nun damit durchgesetzt werden. Über den Stadtraum von Coventry bestimmt weitgehend der Gemeinderat. Es wurden besondere Regelungen für das Verhalten im Stadtraum aufgestellt. Es ist verboten in der Innenstadt zu betteln, den Straßenraum zu besetzen, den Straßenraum zu behindern, ungenehmigt zu musizieren sowie insbesondere Alkohol zu konsumieren.

Das Alkoholverbot in Coventry ist ein besonderes Gesetz, ein „byelaw“. Es wurde als Pilotprojekt in Zusammenhang mit dem Home Office erarbeitet und gilt seit 1988 für den innerstädtischen öffentlichen Raum; inzwischen gibt es einige Ausnahmegenehmigungen, um Straßencafés zu ermöglichen. Gegen bereits einmal überführte Ladendiebe werden sogenannte „exclusion orders“ ausgesprochen, die den Tätern verbieten, Ladengeschäfte, welche Mitglieder der CV one sind, zu betreten. Diese exclusion orders gelten sechs Monate. Das Bild des Täters wurde im Kontrollraum der CV one aufgehängt, um den Überwachern die Durchsetzung der Regelung zu erleichtern. Durch den Einsatz von Gesichtserkennungsprogrammen sollte dies in Zukunft wesentlich effektiver durchgesetzt werden können. Ziel der Videoüber-

wachung war es, mögliche Problemsituationen zu einem möglichst frühen Zeitpunkt zu erkennen, sie zu beobachten und zu bezeugen. Dadurch soll Kriminalität aus dem Überwachungsraum verdrängt werden und bestimmte Verhaltensweisen im überwachten Raum unterbunden werden, was zur Verdrängung bestimmter Personengruppen, wie z.B. Alkoholikern, führen soll.

Die Regelungen zielen nicht unbedingt nur auf Kriminalität, sondern sollen offensichtlich auch das Verhalten in öffentlichen Räumen beeinflussen. Das Betteln sowie das Sitzen im Straßenraum gelten als „unordentliches“ Verhalten. Es zeigte sich, dass ein wesentlicher Teil der Arbeit der „City Ambassadors“ darin bestand, solchermaßen unerwünschtes Verhalten zu unterbinden. Die Randgruppen, die als störend empfunden werden könnten, sollten sich möglichst unauffällig verhalten oder sich sogar überhaupt nicht in der Innenstadt aufhalten. Der öffentliche Raum ist hier hauptsächlich für eine kaufkräftige Öffentlichkeit bestimmt. Ziel ist eine Verdrängung von unerwünschten Personen aus einem ökonomisch bedeutsamen Raum.

Videüberwachungskonzepte verlagern Kriminalität und Personen an andere Orte; sie reduzieren sie selten. Die kriminalpräventive Leistungsfähigkeit des Kontrollsystems ist damit begrenzt, da die Probleme nur verschoben, aber nicht gelöst werden. Dies bedeutet jedoch kein Versagen des implementierten innerstädtischen Sicherheitskonzepts, da der Handlungsraum von CV one auf die ihr übertragene Innenstadt beschränkt ist: für ihren eigenen Bereich ist es durchaus wirksam. Doch das übrige Stadtgebiet wird nicht in die Erfolgsbewertung einbezogen. Insofern ist die Verlagerung von Delikten und Personengruppen aus der Innenstadt ein Erfolg, der jedoch aus gesamtstädtischer Perspektive betrachtet gar keiner ist.

Das Sicherheitskonzept der Innenstadt ist als Ordnungskonzept zu verstehen, das, wie durch die Rolle der CV one verständlich, den Vorstellungen der Gewerbetreibenden für einen konsumentenfreundlichen Raum entspricht, wie er in Einkaufszentren, Shopping Malls und Entertainment Centers längst erzeugt ist.

Kriminalprävention auf gesamtstädtischer Ebene: Safer Cities in Coventry

Die Probleme der Gesamtstadt mit Kriminalität wurden jedoch durch das Sicherheitskonzept der Innenstadt, das sich inzwischen zu einer ökonomischen Revitalisierungsmaßnahme entwickelt hatte, nicht gelöst. Coventry bemühte sich daher auch nach der Einführung der Videüberwachung um die weitere Verbesserung der Kriminalprävention auf gesamtstädtischer Ebene.

Coventry war eines der fünf Pilotprojekte, welche vom Home Office Fördergeld erhalten, um kooperative Sicherheitspartnerschaften zu bilden. Seit 1994 gibt es in Coventry einen kommunalen Koordinator für die Action against Crime. Grundlegende Erkenntnisse aus dem Morgan Report von 1991 wurden darin umgesetzt. Dies waren im wesentlichen:

- Kriminalprävention solle als Bestandteil von umfassenden Bemühungen in Bezug auf Sicherheit stehen, sie sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe;
- ein integrierter Ansatz unter der Beteiligung verschiedener Körperschaften sei notwendig;
- eine kooperative Strategie unter der Führung der kommunalen Verwaltung und der Polizei sei am besten geeignet, um einen integrierten Ansatz zu verwirklichen.

Action against Crime ist eine Kooperation aus dem Council, der Responsible Authorities Group, der Gesundheitsbehörde, der West-Midlands Polizei/Feuerwehr, der City Centre Company und der Jugendbehörde. Action against Crime ist für die Umsetzung des Crime Action Plans verantwortlich. Es stand im Jahr 2001 ein Budget von rund 1 Million Pfund Sterling zur Verfügung. 22 Mitarbeiter arbeiteten als Koordinatoren des kooperativen Planungsprozesses. Sie sind für die Umsetzung des Crime and Disorder Acts von 1998 in Coventry verantwortlich und sind Ansprechpartner für die Belange des Crime Action Plans. Dafür wurde eine detaillierte Aktionsstrategie verfasst. Der Crime Action Plan besteht aus dem Zusammenführen von kleinteiligen Maßnahmen, welche koordiniert zur Verbesserung der festgestellten Probleme verwendet werden. Die Nutzung von bereits vorhandenen Ressourcen ist dabei das Ziel.

Kriminalprävention und Videüberwachung der Innenstadt sind in Coventry also nicht deckungsgleich. Es entsteht der Eindruck, dass sie sogar miteinander konkurrieren. Während das Ziel von Action against Crime die Verbesserung der Sicherheit in der gesamten Stadt durch einen integrierten und kooperativen Ansatz hat, sind die Ziele von CV one auf die Interessen des Handels und des Konsums beschränkt. Die exklusive Praktik der Videüberwachung durch CV one ist im Sinne der Kriminalprävention eventuell sogar belastend. Die Videüberwachungsstrategie ist hier keine präventive Sicherheitsstrategie mehr, sondern ein konsumentenorientiertes soziales Normierungsinstrument zur Durchsetzung von Verhaltensstandards. Diese Entwicklung lag in der Übertragung der Überwachung an CV one begründet.

Fazit: Zwei Handlungsziele können bei Sicherheit unterschieden werden

Die Kommune als Ganzes erfährt durch das verdrängende Sicherheitskonzept für die Innenstadt keine Entlastung. Die Videüberwachung wird jedoch weiterhin vom Home Office mit Fördergeldern unterstützt. Das offizielle Ziel der Videüberwachung ist zwar weiterhin die Verbesserung der Sicherheitslage der Innenstadt. Die tatsächliche Umsetzung lässt aber die Behauptung zu, dass das Ziel die ökonomische Revitalisierung der Innenstadt ist.

Man kann zusammenfassend zwei Entwicklungsziele unterscheiden, die in Coventry erreicht werden sollen: einerseits das gesellschaftspolitische Ziel der Verbes-

serung der Sicherheit, andererseits die ökonomische Revitalisierung der Innenstadt. Beide sind in Coventry auseinandergetreten. Die Videoüberwachung hat durch die Übertragung auf CV one die Seite gewechselt, wobei die Bemühungen um Sicherheit durch die safer cities-Strategie weiter entwickelt wurden. Das Sicherheitsregime der Innenstadt hat sich aus dem Kontext der Kriminalprävention der Gesamtstadt gelöst; die Videoüberwachung verbindet und unterscheidet dabei zugleich beide Entwicklungsziele und Strategien.

Winfried Mönch

Städte zwischen Zerstörung und Wiederaufbau Deutsche Ortsliteratur zum Bombenkrieg seit dem Zweiten Weltkrieg

„While I write, I read that, for military reasons, it was necessary to destroy Dresden, one of the great cultural centers not only in Germany but in the world. This being so, then it logically follows that for military necessity anything and everything, irrespective of its intrinsic value, either to the immediate peace or the future of mankind, may rightly be destroyed in war-time. Such logic is Juggernaut gone mad, for in the name of war it justifies and condones every atrocity and abomination. In its insanity it is total.“¹

Der britische General John F.C. Fuller (1878-1966) kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges.

1. Zielorte

Amerikanische und britische Luftkriegsstrategen des Zweiten Weltkrieges waren von der kriegsentscheidenden Bedeutung ihrer Waffengattung überzeugt. Nach Willen des Oberbefehlshabers der Royal Air Force, Arthur T. Harris (1892-1984),² genannt „Bomber Harris“, sollte der vom Krieg am Boden „unabhängige“ oder „strategische Luftkrieg“ den Sieg der Alliierten über das nationalsozialistische Deutschland allein erzwingen. Dabei gab es kriegswichtige Ziele wie Industrieanlagen³ und Ziele, die für die Kriegsführung an sich kaum von Belang waren, wie etwa Altstadtkerne mit ihren feuergefährlichen Fachwerkbauten. Das eine sollte direkt auf die Kriegsführungsmöglichkeit, z.B. durch die Lahmlegung der Ölproduktion,⁴ einwirken, während das andere indirekt durch Zermürbung des Widerstands willens der Zivilbevölkerung zum Erfolg führen sollte. Dass

1 J.F.C. Fuller, *Armament in history. A study of the influence of armament on history from the dawn of classical warfare to the Second World War*, London 1946, S. XIII.

2 Vgl. die neuere, apologetische Biographie von R. Neilland, *The bomber war. Arthur Harris and the allied bomber offensive 1939-1945*, London 2001.



Abb. 1: Freiburg i.Br. Untere Bertholdstraße mit zerstörter Universitätskirche nach dem 27. November 1944, aus: Stadtarchiv Freiburg (Hrsg.), Freiburg 1944-1994. Zerstörung und Wiederaufbau, Freiburg 1994, S. 21.

weder das eine noch das andere letztlich den Krieg allein entscheiden konnte, braucht in diesem Zusammenhang nicht weiter zu interessieren.

Es ist ein seltsames Paradoxon, dass in einem Konflikt wie dem Zweiten Weltkrieg, in dem die schnelle Beweglichkeit der Armeen zu einem kriegsentscheidenden Faktor geworden war, gerade durch den Luftkrieg ein seltsam statisches Element in die Kriegführung gekommen ist. Die Ziele vor Ort waren unbeweglich und die Basen im Süden Englands, von wo aus die Bomber zu ihren Einsätzen gestartet waren, hatte man als halb-permanente Basen eingerichtet.⁵ Das Flugzeug als schnellstes und beweglichstes Kriegsmittel seiner Zeit basierte auf ausgebauten Flugplätzen und zielte hauptsächlich auf statische Einrichtungen, wie Fabrikanlagen, Verkehrswege und Städte. Luftkriegsgeschichte wird somit immer auch zugleich zur Ortsgeschichte.

Orte besucht man, Orte verlässt man dann auch wieder. Der tödliche „touristische“ Aspekt des Luftkrieges kam während des Krieges auch in der Bezeichnung der Handbücher zum Ausdruck, in denen die wesentlichen Parameter der Zielorte, wie etwa deren Industrie minutiös aufgezeichnet waren. Die Briten nannten solche Handbücher „Bomber-Baedeker“. Als die Deutschen eine Gegenoffensive startete, die nun hauptsächlich auf historisch wertvolle englische Städte zielte, sprach man makabrerweise von „Baedeker Angriffen“.⁶

3 W. Wolf, Luftangriffe auf die deutsche Industrie 1942-1945, München 1985.

4 W. Girbig, Mit Kurs auf Leuna. Die Luftoffensive gegen die Treibstoffindustrie und der deutsche Abwehreinsetz 1944/45, Stuttgart 1980.

5 R.N.E. Blake, Airfield country. Terrain, land-use and the air defence of Britain 1939-1945, in: Fields of Battle. Terrain in military history, P. Doyle / M.R. Bennett (Eds.), Dordrecht 2002, S. 365-383.

6 N. Rothnie, The Baedeker Blitz. Hitler's attack on Britain's historic cities, Shepperton, Surrey 1992; C. Whiting, The Three Star Blitz. The Baedeker raids and the start of total war, London 1987.

Es gab ganze Landstriche in Deutschland wie etwa das Ruhrgebiet, in dem nicht einzelne Städte so z.B. Castrop Rauxel⁷ das eigentliche Ziel waren, sondern die ganze Region („Battle of the Ruhr“).⁸ Es gab zahlreiche Städte, die als Eisenbahnknotenpunkte zum „Kollateralschaden“ wurden, wie z.B. Bruchsal.⁹ Es gab Gemeinden, die dicht im Hinterland der Front lagen und restlos zerstört wurden, um die Operationen am Boden vorzubereiten wie z.B. Jülich.¹⁰ Ganz zu schweigen sei hier von den zahllosen Orten, die „nur“ taktisch in Schutt und Asche gelegt wurden, da sie am Ende des Zweiten Weltkrieges noch von deutschen Truppen verteidigt wurden. Es gab natürlich auch schlicht Zufälle, denen Städte zum Opfer fallen konnten, während andere den Luftkrieg nahezu schadlos überstanden. Wenn man Ziele aus der Luft etwa falsch markiert hatte, kam es unweigerlich zu Fehlwürfen mit u.U. verheerenden Auswirkungen. So wurde Böblingen,¹¹ das nur wenige Kilometer westlich von Stuttgart liegt, schwer von Bomben getroffen, die eigentlich für Stuttgart bestimmt waren; und Waiblingen,¹² das genauso weit östlich davon liegt, blieb so gut wie verschont. Für die einzelnen Städte ist es natürlich unerheblich, ob sie nun strategisch, operativ, taktisch oder „nur“ rein zufällig zerstört wurden.

2. Schadensanalysen und Wiederaufbau

Nach dem Krieg erschienen zunächst Erlebnisberichte von Überlebenden. Die ersten Schriften zur lokalen Luftkriegsliteratur stammten von Autoren, die man gemeinhin auch sonst mit der Heimatgeschichtsschreibung in Verbindung bringt. Pfarrer und Lehrer publizierten ihre „Chroniken“. Domkapitular Hermann Seeland aus Hildesheim schreibt 1947 im Vorwort zu seiner Chronik „Zerstörung und Untergang Alt-Hildesheims“ über die Aufgabe, die er sich selbst gestellt hatte: Nach den ersten Angriffen habe er begonnen, „die durch Bombenabwürfe verursachten Schäden im Stadtbilde persönlich zu schauen und das Selbstgesehene und Selbsterlebte in kurzen Skizzen zusammenzustellen“. In anderen Städten entstanden aus ähnlichen Mo-

7 W. Baumeister (Hrsg.), Castrop-Rauxel im Luftkrieg 1939-1945. Castrop-Rauxel 1988.

8 A.W. Cooper, The air battle of the Ruhr. RAF offensive March to July 1943, Shrewsbury 1992; J. Alwyn Phillips, The valley of the shadow of death, an account of the Royal Air Force Bomber Command night bombing and minelaying operations including the „Battle of the Ruhr“ March 5th/6th to July 18th/19th, New Malden 1992.

9 H. Bläsi, Stadt im Inferno. Bruchsal im Luftkrieg 1939/45, Ubstadt-Weiher 1995.

10 C. Doose / S. Peters / H. Scheuer, Bilder einer Renaissancestadt. Jülich vor und nach dem 16. November 1944, Jülich 2000.

11 G. Scholz, 7./8. Oktober 1943. Erinnerung und Mahnung, 50. Jahrestag der Zerstörung von Böblingen im Zweiten Weltkrieg, Böblingen 1993.

12 W. Mönch, „Finsternis in Waiblingen“. Luftschutz 1933-1945, in: H. Schultheiß (Hrsg.), Volksgemeinschaft in Waiblingen 1933-1945, Waiblingen 2001, S. 96-111, 127 f.

tivationen heraus vergleichbare Arbeiten. Der Heimatschriftsteller Max Braun-Rühling (1974-1967) verfasste mit „Stadt im Feuerregen“ seinen persönlichen Bericht über den Untergang Kaiserslauterns. In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, dass sich im Laufe der Jahrzehnte verschiedene Historiker und Heimatforscher als lokale oder regionale Spezialisten für Themen des Luftkrieges profilierten. Als Beispiele seien hier Heinz Bardua genannt, der die Geschichte des Luftkrieges im Raum Stuttgart erforscht hat und Norbert Krüger, der zahlreiche einschlägige Arbeiten über das Ruhrgebiet in verschiedenen regionalen Zeitschriften veröffentlicht hat. Für die DDR ließe sich Olaf Groehler nennen, der die Geschichte des Luftkrieges auch überregional dargestellt hat.¹³

Daneben stehen die Auflistungen der lokalen Zerstörungen, die sich besonders auf die verlorenen und zerstörten Kulturgüter beziehen. Eine frühe Veröffentlichung dieser Gattung erschien 1948 in und über Harburg. Darin sind zerstörte bzw. beschädigte Schulen, Kirchen und andere öffentliche Gebäude einzeln und namentlich aufgeführt. Minutiös dokumentierten beispielsweise mehrere Architekten in einem 1953 erschienen Band die Schäden und Verluste an Kirchen und Profanbauten der Stadt Aachen (Huykens). Die Bestandsaufnahmen wurden dann zum bereits erfolgten oder erst noch geplanten Wiederaufbau in Beziehung gesetzt.

Eine mentale und praktische Aufarbeitung des Bombenkrieges auf kommunaler Ebene leisteten nach dem Krieg bis weit in die 1950er Jahre hinein hauptsächlich Statistiker und Geographen. So wie die alliierten Zielauswerter die Effizienz der Bombardements von oben anhand der zerstörten Fläche beurteilten, so summierten und tabellierten deutsche Statistiker dann am Boden die angerichteten Schäden. Ein bezeichnendes Beispiel ist aus Kiel überliefert. Hier führte der langjährige Mitarbeiter des Statistischen Amtes der Stadt, Detlef Boelck (1894-1969), während des Krieges eine Statistik der Alarme, Schäden und Verluste, die dann anlässlich seiner Verabschiedung aus städtischen Diensten 1959 als „Kiel im Luftkrieg“ veröffentlicht wurde. Diese Statistik wird noch durch Boelcks Tagebuch während des Krieges ergänzt, das Jürgen Plöger 1980 herausgegeben hat.

Daneben wurden Dissertationen einschlägigen Inhalts verfasst. Kiel war so auch das Thema einer siedlungs- und wirtschaftsgeographischen Untersuchung von Hans Voigt aus dem Jahr 1950, die die Veränderung der Stadt durch den Luftkrieg untersucht hat. Vergleichbare Arbeiten aus den 1950er Jahren finden sich für Dortmund (Schneider), Essen (Loeffelholz) und Köln (Groesegen). Eine vorbildliche Arbeit, die der historischen Geographie verpflichtet ist, liegt für Solingen (Tiborski) vor.

„Gedenkbücher“ leisteten auf ihre Art eine zahlenmäßige Erfassung des Leids. Im „Gedenkbuch der Stadt Heilbronn“ sind allein für den 4. Dezember 1944 als Tag des vernichtenden Luftangriffes 6.530 Namen verzeichnet.

13 O. Groehler, Bombenkrieg gegen Deutschland, Berlin 1990.

Beim Umfang der Zerstörungen mag die statistische Erfassung und Kartierung der Schäden zunächst auch ein erstes adäquates Verfahren gewesen sein. Doch hier mag sich wohl auch schon eine gewisse Mentalität breit gemacht haben, wonach in der Zerstörung alles „gleich“ sei: Es ist auf einer Schadenskarte egal, ob Industrieflächen, historisch wertvolle alte Städte, bzw. Stadtkerne, oder Wohngebiete im Prozentsatz ihrer Zerstörung dargestellt sind. Die Ruinenlandschaften mögen nach dem Krieg auch Gedanken befördert haben, der Zustand der abgeräumten Fläche harre nun bar aller historischen Bezüge eines sofortigen „modernen“ Wiederaufbaues. Verschiedene Städte sahen in dieser vermeintlichen „tabula rasa“ einer städtebaulichen „Stunde Null“¹⁴ die Chance für einen radikalen Neubeginn. Herrschaftsarchitektur der Vergangenheit erfreute sich vielerorts keiner besonderen Wertschätzung. Die beschädigten Schlösser in Berlin, Braunschweig oder Potsdam wurden abgerissen bzw. als Symbole eines verderbten politischen Systems einfach in die Luft gejagt. Es gab Städte, die sich des Verlusts ihrer historischen Bausubstanz über die Zeit hinweg bewusst blieben, wie etwa Freiburg oder Lübeck; und es gab Städte, die mit dem beständigen Hinweis auf den Bombenkrieg, der alles Wertvolle sowieso schon zerstört habe, eine fröhliche Abrissmentalität pflegten, wie etwa Stuttgart. Der Stuttgarter Fotograf Hannes Kilian brachte diese Haltung mit dem Titel seines 1984 erschienen Bildbandes zum Ausdruck: „Die Zerstörung, Stuttgart 1944 und danach“.

Es wäre in diesem Zusammenhang auch nach einer spezifischen Zerstörungs- bzw. Wiederaufbaumentalität der Generation der „Luftwaffenhelfer“¹⁵ zu fragen. Sie hatten als Angehörige der Flugabwehr die Vernichtung ihrer Städte hautnah miterlebt; und sie waren in den 1970/80er Jahren in den Positionen, die die Weichen für eine zweite Phase der Überwindung des Zweiten Weltkrieges in städtebaulicher Hinsicht stellten. Inwieweit führte diese Erfahrung dann auch zu einem spezifischen Wiederaufbaublick, der u. U. die Zerstörungen nicht vorrangig als Verlust, sondern als Gewinn an städtebaulichen Möglichkeiten sah?

Unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges führten die Alliierten umfangreiche wissenschaftliche Studien durch, mit denen die Effektivität der Bombardements nachträglich evaluiert werden sollte.¹⁶ In den „Strategic Bombing Surveys“ wurden einzelne Ziele wie Industrieanlagen auf ihren Zerstörungsgrad hin untersucht. In einem gewissen Sinne sind diese Arbeiten der erste Anfang für eine lokale Beschäftigung mit den Folgen des Bombenkrieges. Diese Studien flossen in die gro-

14 Vgl. das Themenheft Die Legende von der „Stunde Null“. Planungen 1940-1950, in: Stadtbauwelt 84/1984.

15 H.-D. Nicolaisen, Gruppenfeuer und Salventakt. Schüler und Lehrlinge bei der Flak, 1943-1945, Büsum 1993.

16 Vgl. den Katalog vorhandener Studien, G. Daniels, A guide to the reports of the United States Strategic Bombing survey, I, Europe, II, The Pacific, London 1981.

ßen amerikanischen¹⁷ und britischen¹⁸ Kriegsgeschichtsprojekte ein, die in den 1940/50er Jahren bearbeitet wurden. Bei diesen amtlichen Geschichten des Luftkrieges handelt es sich jeweils um mehrbändige Werke. Erst Jahrzehnte später sollte es auch eine derartige Darstellung aus deutscher Perspektive geben. Horst Boog¹⁹ publizierte 2001 seinen Beitrag über die operative Seite des Luftkrieges, der in der offiziellen vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt herausgegebenen Reihe zur „Geschichte des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg“ erschienen ist.

In den 1950/60er Jahren lag die amtliche Aufarbeitung der Folgen des Luftkrieges in Händen des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, die unter dem Reihentitel „Dokumente deutscher Kriegsschäden“ voluminöse Quellensammlungen herausgab. Es erschienen insgesamt fünf Bände in acht Teilen und zwei Beihefte. Diese beinhalten behördliches Schriftgut, Statistiken, Erlebnisberichte und Zeitungsartikel. Dazu kam eine 1964 erschienene Bibliographie, die u. a. auch die bis dahin erschienene lokale Literatur der Kriegsschäden verzeichnete.²⁰

Die „klassischen“ Luftkriegsgeschichten beschäftigen sich mit dem Kampf der Luftwaffen gegeneinander. Von Interesse sind hier hauptsächlich Strategie, Taktik und Zahl der bei den verschiedenen Operationen eingesetzten Flugzeuge. Die traditionellen Mittel und Methoden der Schlachtbeschreibung lassen sich allerdings kaum auf den Luftkrieg anwenden. Am Ende der Darstellungen steht hier in der Regel die Bilanz: so und so viele abgeschossene feindliche Flugzeuge stehen so und soviel an eigenen Verlusten gegenüber. Das, was in der Wirtschaft die Produktionszahlen ausweisen, sind hier die Destruktionsziffern, die hier noch durch die Zahlen um die Größe der zerstörten Flächen angereichert werden können. Geschichtsschreibung aus lokaler Perspektive sieht naturgemäß ganz anders aus.

Das große Thema „Krieg als Stadtzerstörung“ wurde bis 1960 in Deutschland abseits der Kriegsschadens- und Wiederaufbauproblematik relativ wenig bearbeitet. Die Arbeiten fanden ihren überwiegenden Niederschlag in Zeitschriften- und Zeitungsartikeln.²¹ Der britische Autor David Irving brachte seine später immer wieder neu aufgelegten Bücher über die Zerstörung deutscher Städte im allgemeinen²² und

17 W.F. Craven / J.L. Cate (Red.), *The Army Air Forces in World War II*, Chicago 1948 ff, Repr. 1983 ff.

18 C. Webster / N. Frankland, *The strategic air offensive against Germany 1939-1945*, London 1961, Repr. 1994.

19 H. Boog, *Strategischer Luftkrieg in Europa und Reichsluftverteidigung 1943 bis 1944*, in: *ders.*, *Das Deutsche Reich in der Defensive*, Stuttgart 2001, S. 1-410.

20 Im einzelnen sei auf folgende Titel verwiesen, Bd. I, *Die geschichtliche und rechtliche Entwicklung*, Bonn 1958; Bd. II. 1, *Soziale und rechtliche Hilfsmaßnahmen für die luftkriegsbetroffene Bevölkerung bis zur Währungsreform*, Bonn 1960; Bd. V, *Bibliographie*, Bonn 1964; Beiheft 1, *Aus den Tagen des Luftkrieges und des Wiederaufbaues. Erlebnis- und Erfahrungsberichte*, Bonn 1960; Beiheft 2, *Der Luftkrieg im Spiegel der neutralen Presse*, Bonn 1962.

21 K. Koehler, *Bibliographie zur Luftkriegsgeschichte*, Frankfurt a.M. 1966, S. 176-181.

22 D. Irving, *Und Deutschlands Städte starben nicht*, Zürich 1963.

Dresdens²³ im besonderen zunächst auch in dieser Form heraus. In den 1960er Jahren verstärkte sich das Interesse an der Luftkriegsgeschichte. Die jeweiligen 20jährigen Jahrestage boten Anlass zum kritischen Rückblick auf die Kriegszeit und Anlass zum Stolz auf die geleistete Wiederaufbauarbeit der Nachkriegszeit. Ein bezeichnendes Beispiel hierfür wäre etwa die lokale Artikelserie „Bombenkrieg“ aus dem Jahre 1962, mit der das „Solinger Tageblatt“ auch die Wiederaufbauleistung nach 1945 ins gebührende Licht gerückt hat.

3. Kalter Krieg und Kriegsgedenken

Einen richtigen Boom erlebte die lokale Beschäftigung mit dem Luftkrieg Ende der 1970er und in der ersten Hälfte der 1980er bzw. 1990er Jahre. Die 40. bzw. 50. Jahrestage von Kriegsanfang und –ende bzw. ein „rundes“ Datum der eigenen Zerstörung veranlassten Städte und Gemeinden dazu, sich mit dem Thema näher auseinander zu setzen. Der Nationalsozialismus mit seinen Folgen von Krieg und Zerstörung wurde zu einem bevorzugten Objekt lokaler Erinnerungspolitik. Stadtarchive nahmen sich des Themas an und produzierten Ausstellungen und Publikationen. Kaum eine Kommune ließ es sich nehmen, „Vergangenheitsbewältigung“ zu betreiben. Für die 1980er Jahre lässt sich damit eine generelle Professionalisierung der Geschichtsschreibung vor allem auch auf dem Gebiet der lokalen Luftkriegsgeschichte verzeichnen. In vielen Ortsgeschichten wurde das Thema Luftkrieg als Teil des nationalsozialistischen Alltags dargestellt, wie etwa in den Büchern über Duisburg (Kraume) oder Wilhelmshaven (Appelius).

Orts- bzw. Operationsgeschichten des Luftkrieges bieten einen Blick von ganz unten bzw. von ganz oben. Verschiedene Monographien bieten eine Synthese, die die Geschichte des Luftkrieges in und über einzelnen Städten darstellen. Vorbildliche Werke sind u. a. über Dresden (Bergander), Lübeck (Wilde), Kassel (Dettmar) und Koblenz (Schnatz) erschienen.

Die 1980er Jahre waren die hohe Zeit der Bildbände. Unter dem programmatischen Reihentitel „Fotografierte Zeitgeschichte“ brachte etwa ein Verlag Monographien über Aachen (Hofmann) oder Duisburg (Kraume) heraus. Die Sperrfristen für Dokumente aus amerikanischen und britischen Archiven waren inzwischen abgelaufen. Viele Autoren nutzten nun die hier überlieferten historischen Fotobestände zur Illustration der Angriffe. Die dabei entstandenen Werke zeichnen sich durch einen seltsamen optischen Kontrast aus. Die Zielauswertungsfotos aus der Luft mit ihrer Ästhetik einer kalten, technischen Präzision stehen im harten Gegensatz zu den Knipser- und Dokumentarfotos der Zerstörungen am Boden, die stellenweise apokalyptische Ruinenlandschaften zeigen. Eine Bilddokumentation über Dortmund sei

23 D. Irving, *The destruction of Dresden*, New York 1964, [dt. u. d. T.] *Der Untergang Dresdens*, Gütersloh 1964.

hier beispielhaft genannt (Blank, Sollbach). Der Bildband „Kriegsschauplatz Kiel“ (Jensen) gehört mit seinen von alliierten und deutschen Fliegern aufgenommenen Luftbildern zu den eindrucklichsten Dokumentationen ihrer Art. Wenn dann farbige Aufnahmen der Trümmerwüsten vorliegen, vermitteln diese einen geradezu surrealen Eindruck. In den Arbeiten über Freiburg (Vetter), Mainz (Stenz), Kassel (Dettmar) und Ulm (Neubronner) sind derartige Farbfotos abgedruckt. Eine spezielle Abteilung der Luftkriegsliteratur stellen die lokalen Bildbände dar, die Vorher-Nachher-Fotos in den Mittelpunkt ihres Interesses rücken. Gezeigt werden hier Gebäude, Plätze und Stadtteile, wie sie vor ihrer Zerstörung einmal ausgesehen haben. Fotos von Ruinen und Neubauten kontrastieren diese Bilder dann schroff. Einerseits scheinen die Bücher so in einer Nostalgie des verlorenen Stadtbildes zu schwelgen, andererseits veranschaulichen sie aber auch drastisch den historischen Bruch, der sich in der Nachkriegszeit vielerorts in einem unsensiblen Wiederaufbau der verlorenen Bausubstanz zementierte. Damit mögen derartige Bücher auch verdeutlichen, dass man in den 1980er Jahren begann, die Kriegsverluste und die Ersatzbauten der Nachkriegszeit als einen Verlust an Urbanität zu begreifen. Im Band „3 x Nürnberg“ (Eichhorn et al.) findet diese Darstellungsweise etwa Anwendung auf fast alle wichtigen Bauten, Plätze und Orte der Stadt.

Relativ wenige Publikationen gibt es von und über Künstler, die sich des Themas „Ruinenlandschaft“ angenommen haben. Eduard Hopf (1901-1973) zeichnete etwa 1942 das zerstörte Lübeck und Günther Kaphammel das zerstörte Braunschweig der Nachkriegszeit. Im Katalog „Bomben auf Münster“ findet sich 1983 immerhin ein eigenes Kapitel „Versuche zur künstlerischen Darstellung des Bombenkrieges“.

Methoden der Oral History fanden verstärkt Anwendung in der Dokumentation des Luftkrieges. Erinnerungen von noch lebenden Zeitzeugen wurden gesammelt und als Sammelbände publiziert. Bemerkenswerte Beispiele gibt es für Bonn (Vogt) und Hamburg (Hauschild-Thiessen).

Krieg ist eine von Menschen gemachte Katastrophe. Die Auswirkungen der durch den Bombenkrieg vor Ort verursachten Schäden fiel in die Zuständigkeit eines im weitesten Sinne zu verstehenden Katastrophenschutzes. Ein derartiger „ziviler Luftschutz“ versuchte die Auswirkungen der Bombenschäden am Boden so gering wie möglich zu halten. Die umfangreiche Darstellung von Georg W. Schramm „Der zivile Luftschutz in Nürnberg“ dokumentiert die verschiedenen baulichen und organisatorischen Maßnahmen, die man so oder so ähnlich auch in anderen deutschen Städten durchgeführt hat. In diesen Zusammenhang gehören auch Darstellungen, die sich mit dem Thema Bunker²⁴ als Bauaufgabe²⁵ bzw. als Erinnerungsort²⁶ beschäftigen. Bunkermuseen gibt es übrigens in Berlin, Emden und Oberhausen. Die Faszination ausgebildeter Feuerwehrleute vor der Größe bzw. der Vergeblichkeit eines Zivil-

24 M. Foedrowitz, Bunkerwelten. Luftschutzanlagen in Norddeutschland, Berlin 1998.

25 H. Angerer, Flakbunker. Betonierte Geschichte, Hamburg 2000.

26 S. Wenk (Hrsg.), Erinnerungsorte aus Beton. Bunker in Städten und Landschaften, Berlin 2001.

schutzes im Angesicht der Katastrophe wird besonders in Brunswigs „Feuersturm über Hamburg“ deutlich. In einer emotionslosen und übersachlichen „Feuerwehrprosa“ versucht er den Untergang Hamburgs 1943 in Worte zu fassen.

Während des Kalten Krieges waren Städte generell „Geiseln“ der Abschreckungs- bzw. Atomkriegsstrategie. Im Vergleich zu einer möglicherweise auf eine Stadt abgeworfenen Atom- oder Wasserstoffbombe erschien der erste vernichtende 1.000-Bomber-Angriff des Jahres 1943 auf Köln zwar wie ein trauriges aber nostalgisches Vorspiel. In den 1980er Jahren wurde das historische Thema „Bombenkrieg“ im Zuge der Debatte um die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Deutschland während der Endphase des Kalten Krieges auch in der Bundesrepublik aktuell. In einem Luftkriegsbuch über Bremen (Schminck-Gustavus) aus dem Jahr 1983 wird eigens auf die damals gerade aktuelle Friedensbewegung mit den Worten verwiesen, dass „unser Land die größte Atomwaffendichte der Welt“ habe.

In den meisten Arbeiten zum Luftkrieg lässt sich seit den 1980er Jahren ein gewisser Grundkonsens feststellen, der neben einer historischen Argumentationsfigur zugleich auch eine moralische Sinnstiftung bietet: Das nationalsozialistische Deutschland habe schließlich den Zweiten Weltkrieg begonnen und die Deutschen hätten diesen Krieg als Vernichtungskrieg geführt, der im Holocaust gemündet habe. Dies relativiert die Stadtzerstörungen erheblich, da diese nun in einen fast schon theologischen Sinnzusammenhang gestellt werden konnten. Die „Mitschuld an der Katastrophe“ (Werner, ... oder Dresden, S. 3) bedingte ein Prinzip des „Auge um Auge, Zahn um Zahn“. Und schließlich gab es, wie es in einem 1996 erschienen Titel über Mainz programmatisch hieß, nicht wenige „Täter als Opfer und Opfer als Täter“. Letztlich habe aber alles in einer Befreiung gemündet. Ina Wagner brachte den Aspekt in ihrem 1995 erschienenen Aufsatz „Die Zerstörung einer Stadt“ folgendermaßen auf den Punkt: „So geht der Blick zurück – erfüllt von Wehmut und Trauer, aber auch von Erleichterung. Denn in dem Feuer, das Emden und viele deutsche Städte verbrannte, verglühte auch die böseste Gewalt, die je unser Land beherrschte“ (S. 264). Der Zivilisationsbruch in der generellen (Luft-) Kriegführung der Zeit bleibt damit unterbelichtet.²⁷ Im übrigen verkennt eine solche Argumentation die luftkriegs-ideologischen Wurzeln, die jenseits einer moralischen Bewertung nur die vermeintliche Effizienz dieser Art der Kriegführung im Auge hatte. Im Grunde ist das Problem Ethik²⁸ und Ideologie²⁹ des Luftkrieges bis heute nicht ausdiskutiert und wird wohl auch kaum abschließend zu bewerten sein.³⁰

27 Vgl. E. Markusen / D. Kopf, The Holocaust and strategic bombing. Genocide and total war in the twentieth century, Boulder, Co. 1995.

28 Vgl. S.A. Garrett, Ethics and airpower in World War II. The British bombing of German cities, New York 1993.

29 Vgl. T.D. Biddle, Rhetoric and reality in air warfare. The evolution of British and American ideas about strategic bombing 1914-1945, Princeton N. J. 2002.

30 Vgl. die labyrinthische und literarische Bearbeitung eines Themas, zu dem es zwar viele Zugänge aber kein Entrinnen gibt, bei S. Lindqvist, A history of bombing, London 2001.

In dem Maße, wie nach 1945 die Zeit verging, wurde aus der Geschichte der Stadtzerstörung zugleich auch eine Geschichte des Wiederaufbaus. Die Argumentation verlief in der Regel nach einem einheitlichen Muster, das in der alten Bundesrepublik wie in der DDR ziemlich ähnlich war. Zunächst schildert man, wie die Etablierung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu Krieg und Zerstörung geführt habe. Dem wird die Demokratie bzw. der Sozialismus als Garant für Freiheit und Wiederaufbau gegenübergestellt. Das Ganze mündet dann in aller Regel in einem pazifistischen Appell mit dem Tenor: „Nie wieder Krieg!“ Das (Weiter)Bestehen der eigenen Gesellschaftsordnung bildet die selbstverständlich nicht hinterfragte Grundlage eines Friedens an sich. „Nach einem Dritten Weltkrieg bliebe nichts und niemand für einen nochmaligen Wiederaufbau“ meinte Olaf Groehler beschwörend 1988 in seinem Aufsatz „Rostock im Luftkrieg“ (S. 39).

Die lokalen Schadensberichte, die man über verlorene Gebäude und Kultureinrichtungen angelegt hatte, ergänzte man in den 1970/80er Jahren durch landesweite Verlustlisten. Anstelle von Inventaren, die das Bestehende verzeichnen, traten Inventare des Verlorenen und Zerstörten. 1978 erschien unter der Ägide von Götz Eckardt die monumentale Dokumentation „Schicksale deutscher Baudenkmale im Zweiten Weltkrieg“, die die einschlägigen Verluste für die DDR darstellte.³¹ Historische und kunstgeschichtliche Erläuterungen verdeutlichten den Wert des Zerstörten für die einzelnen Städte und Bezirke. Nachdem die DDR für ihr Gebiet ein solch bahnbrechendes Inventar vorgelegt hatte, musste auch die Bundesrepublik mit einem ähnlichen Werk aufwarten. Zehn Jahre später erschien dann das von Hartwig Beseler und Niels Gutschow herausgegebene Werk über die „Kriegsschicksale deutscher Architektur“,³² das in Aufmachung und Gliederung dem ostdeutschen Beispiel folgte. Kriegsschicksale bedeutete hier allerdings nicht nur „verloren im Krieg“, sondern auch „Schicksal nach dem Krieg“ während des Wiederaufbaus. Insofern lässt sich das Werk auch als eine Chronik der städtebaulichen Fehlleistungen lesen. Mit den beiden voluminösen Dokumentationen aus Ost und West war die lokale Bestandsaufnahme der Kriegsschäden, was Verluste an kulturhistorisch bedeutsamer Bausubstanz anging, im großen und ganzen für Deutschland abgeschlossen.

Niels Gutschow ist Architekt. Für den Dokumentar der im Krieg verlorenen Bausubstanz gibt es eine besondere biographische und thematische Verflechtung³³ mit

31 G. Eckardt (Hrsg.), Schicksale deutscher Baudenkmale im Zweiten Weltkrieg. Eine Dokumentation der Schäden und Totalverluste auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik, [2 Bde.], Berlin 1978, Sonderausgabe, 2001.

32 H. Beseler / N. Gutschow (Hrsg.), Kriegsschicksale deutscher Architektur. Verluste, Schäden, Wiederaufbau, eine Dokumentation für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, Nord, Bd. 2, Süd, Neumünster 1988, Sonderausgabe, 2000.

33 Vgl. W. Durth, Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900-1970, Braunschweig 1986, S. 222 ff.

der Arbeit seines Vaters Konstanty Gutschow (1902-1978),³⁴ der während des Zweiten Weltkrieges als Architekt einem Planungsstab zum Wiederaufbau zerstörter Städte angehört hatte.³⁵ Beide beschäftigten sich mit den Folgen von Stadtzerstörung. Während der eine in den 1940er Jahren Pläne für den Wiederaufbau entworfen hatte, dokumentierte der andere Jahrzehnte später, was daraus geworden war. Bezeichnenderweise erschien dann auch noch im selben Jahr 1988, in dem die „Kriegsschicksale deutscher Architektur“ herausgekommen waren, eine Stadtplanungsgeschichte der Kriegs- und Nachkriegszeit, die den beziehungsreichen Titel „Träume in Trümmern“ trägt. Neben Gutschow war Werner Durth der Herausgeber des Werkes. Darin wird deutlich, dass die Dichotomie von Stadtzerstörung und Wiederaufbau zwischen 1940 und 1950 stadtplanerisch nicht in dem Maße bestanden hatte und mehr aufeinander bezogen war, als man hätte zunächst erwarten können.³⁶ Die drei genannten Arbeiten über die Kriegsschäden in der DDR und in der Bundesrepublik bieten zusammen mit der Darstellung zur Geschichte der Stadtplanung eine Bilanz des Wiederaufbaus. Damit markieren sie für diesen Sektor auch das historiographische Ende der „Nachkriegszeit“. Als das bundesrepublikanische Werk über die Kriegs- und Nachkriegsschicksale der west-deutschen Architektur 1988 erschienen war, konnte keiner ahnen, dass nur ein Jahr später mit dem Zusammenbruch der DDR und anschließender Wiedervereinigung ein neues Kapitel in der Geschichte aufgeschlagen werden würde. Der Luftkrieg und dessen Folgen blieben ein vielbearbeitetes Forschungsgebiet, das Ende der 1990er Jahre und darüber hinaus tagesaktuelle Bezüge bekommen sollte.

4. Von der Aktualität eines brisanten Themas

Das Thema „Bombenkrieg“ bzw. „Stadtzerstörung und Wiederaufbau“ trat seit den 1990er Jahren³⁷ allmählich und dann verstärkt in den Blickpunkt wissenschaftlichen und publizistischen Interesses. Die „Internationale Kommission für Stadtgeschichte“ machte diese Thematik von 1996 bis 1999 zu einem Schwerpunkt ihres Forschungsinteresses.³⁸ 2002 gab es auf dem Historikertag in Halle a.S. eine Sektion „Städte aus Trümmern“. Im selben Jahr beschäftigte sich die European Association

34 N. Gutschow, „Väter und Söhne“ Gutschow, in: Bauwelt (75), 15/1984, S. 656 f.

35 J. Düwel / N. Gutschow, Städtebau in Deutschland im 20. Jahrhundert. Ideen, Projekte, Akteure, Stuttgart 2001, S. 145 ff.

36 W. Durth / N. Gutschow, Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940-1950, Bd. 1, Konzepte, Bd. 2, Städte, Braunschweig 1988.

37 T. Harlander, Bombardierung und Stadtzerstörung. Neuere Literatur, in: Die Alte Stadt (20) 4/1993, S. 400-404.

38 Inzwischen liegen drei Bände mit Ergebnissen vor, vgl. M. Kröner (Hrsg.), Stadtzerstörung und Wiederaufbau, Bern 1999/2000.

of Urban Historians (EAUH) in Edinburgh mit den Wechselwirkungen von Stadt und militärischer Macht im Zeitalter des Totalen Krieges. Die 7. „International Conference of Urban History“ wird sich im Oktober 2004 in Athen des Themas der europäischen Städte im Luftkrieg des Zweiten Weltkrieges annehmen.

Unter dem generellen Blickwinkel „Wandlungen des Raumes durch Krieg“³⁹ beschäftigten sich verschiedene Autoren mit dem Thema „Kriegszerstörung und Wiederaufbau“⁴⁰ unter einem geographischen und statistischen Blickwinkel. Zu nennen wären hier etwa auch die materialgetränkten Arbeiten von Uta Hohn.⁴¹ Diese Arbeiten sind allerdings von solch einem globalen Ansatz, dass hier lokale Unterschiede und Besonderheiten kaum berücksichtigt werden können. Für Paderborn⁴² und Hannover bzw. Magdeburg⁴³ liegen bemerkenswerte Studien vor, die engere Fachgrenzen überschreiten, indem sie den Zusammenhang zwischen Architektur, Städtebau und Mentalität des Wiederaufbaus anhand von lokalen Beispielen untersuchen. Für Pforzheim gibt es seit 2001 sogar ein archäologisches Stadtkataster, in dem erhaltene und verschwundene historische Gebäude der zu 80% zerstörten Stadt minutiös dokumentiert werden.

In den 1990er Jahren erschien bemerkenswert viel Regionalliteratur, die die Perspektive des platten Landes auf den Luftkrieg vermittelt. So gibt es u. a. Studien über Friesland,⁴⁴ den Raum Fulda⁴⁵, den Kraichgau⁴⁶ und über die württembergische Kleinstadt Aalen.⁴⁷ Dies mag damit zusammenhängen, dass sich die Heimat-

39 K. Hewitt, Place annihilation. Area bombing and the fate of urban places, in: *Annals of the Association of American Geographers* (73), 2/1983, S. 257-284.

40 J. Nipper (Hrsg.), *Kriegszerstörung und Wiederaufbau deutscher Städte*. Geographische Studien zu Schadensausmaß und Bevölkerungsschutz im Zweiten Weltkrieg, zu Wiederaufbauideen und Aufbaurealität, Köln 1993.

41 U. Hohn, *Die Zerstörung deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg*, Regionale Unterschiede in der Bilanz der Wohnungstotalschäden und Folgen des Luftkrieges unter bevölkerungsgeographischem Aspekt, Dortmund 1991; vgl. auch U. Hohn, *Der Einfluss von Luftschutz, Bombenkrieg und Stadtzerstörung auf Städtebau und Stadtplanung im „Dritten Reich“*, in: *Die Alte Stadt* (19) 4/1992, S. 326-353.

42 B. Stambolis, *Städtebaulicher Umbruch und lokale Identität. Zur Verknüpfung von Architektur- und Mentalitätsgeschichte am Beispiel des Neu- und Wiederaufbaus in Paderborn*, in: *Die Alte Stadt* (22) 4/1995, S. 383-394.

43 H.H. Manz, *Der Wiederaufbau der Zentren der beiden Städte Magdeburg und Hannover nach dem Zweiten Weltkrieg. Ein Vergleich der politischen Hintergründe, der Aufbauziele, der Planungen und deren Realisation*, Köln 1995.

44 H. Frerichs, *Der Bombenkrieg in Friesland 1939-1945. Eine Dokumentation der Schäden und Opfer im Gebiet des Landkreises Friesland*, Jever 1998.

45 G. Sagan, *Die Bevölkerung hatte Verluste. Der Luftkrieg im Raum Fulda vom September 1939 bis zum März 1945*, Fulda 1994.

46 P. Huber, *Als der Himmel Feuer spie. Der Luftkrieg über Kraichgau, Hardt und Bruhrain*, Bruchsal 1996.

47 R. Schurig, *Location of objective S-7329. Die US-Air Force im Luftraum über und um Aalen*, in: *Aalener Jahrbuch* (12), 2000, S. 11-32.

forscher eher in ländlichen als in städtischen Gebieten für dieses Thema interessiert hatten. Bisweilen ist ein seltsam ausgeprägter Lokalpatriotismus in der Ortsliteratur festzustellen, der kaum über den brennenden eigenen Kirchturm hinausschaut. In der üblichen Heimatliteratur ist es vor Ort am „schönsten“; in den Berichten über den Luftkrieg ist es „hier“ dann am „schlimmsten“. In einem ausgeklügelten Bericht über Nordhausen im Bombenkrieg wies man etwa nach, dass der fürchterlichste Feuersturms des ganzen Krieges in der Stadt gewütet habe.⁴⁸

Städte werden zerstört. Städte werden immer wieder aufgebaut, sei es nach Kriegen, sei es nach Naturkatastrophen. Die Zerstörungen im Gefolge der nationalsozialistischen Herrschaft waren so umfassend und so flächendeckend, daß kein noch so radikaler Neuanfang, oder, keine noch so gründliche Rekonstruktion, die Spuren der städtebaulichen Destruktion je zu verwischen in der Lage wären. Vor diesem Hintergrund erscheinen bei näherer Betrachtung Befürchtungen absurd, man könne „Geschichte“ durch den Wiederaufbau einzelner zerstörter Gebäude quasi ungeschehen sein lassen und damit entsorgen. In den Forderungen, den Trümmerhaufen der Dresdner Frauenkirche zu belassen⁴⁹ und auf einen Wiederaufbau aus geschichtspolitischen Gründen zu verzichten, kam eine verquere „Ruinenwerttheorie“ zum Ausdruck, die eine Zerstörung an sich zum immerwährenden „Denkmal“ erhoben hätte. Doch dieser Weg wurde in Dresden nicht beschritten. Das, was der Krieg zerstört hatte, musste im Frieden nicht zerstört bleiben. Der Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche mag damit auch ein Sinnbild dafür sein, dass aus einer Zerstörung heraus, die einer militärischen Logik entsprungen war, nicht auch noch ein denkmalpflegerischer Zwang erwachsen muss, dieser Logik für alle Zeiten zu folgen.⁵⁰

Die Beschäftigung mit dem Thema Luftkrieg stand bis in die neueste Zeit hinein in Deutschland besonders – doch nicht nur – bei den Anhängern der „Sozialgeschichte“ unter einem gewissen Legitimationsdruck.⁵¹ Ein Grund lag darin, dass sich auf diesem Gebiet auch Autoren „rechter“ Gesinnung tummelten, wie etwa der oben schon genannte britische Autor David Irving.⁵² Die erstaunte Feststellung des Schrift-

48 W. Geiger, *Nordhausen im Bombensiever. Zum Luftkriegsschicksal einer mitteldeutschen Stadt 1940-1945*, Dokumente und Augenzeugenberichte, Nordhausen 2000.

49 Symptomatisch J. Trimborn, *Das „Wunder von Dresden“*. Der Wiederaufbau der Frauenkirche, ein kritischer Blick auf das „größte Rekonstruktionsprojekt des Jahrhunderts“, in: *Die Alte Stadt* (24) 2/1997, S. 127-149.

50 Vgl. auch die Rezension mit Anmerkungen zum Streit der Befürworter und Gegner eines Wiederaufbaus von M. Titze, *Die Dresdner Frauenkirche*, Jahrbuch zu ihrer Geschichte und zu ihrem archäologischen Wiederaufbau, in: *Die Denkmalpflege* (60) 2/2002, S. 183-188.

51 Vgl. z. B. B. Braese, *Bombenkrieg und literarische Gegenwart*, zu W.G. Sebald und Dieter Forte, in: *Mittelweg* 36 (11), 1/2002, S. 4-24.

52 Siehe z. B. die einschlägigen Rechtfertigungen bei N. Gregor, *A „Schicksalgemeinschaft“? Allied bombing, civilian morale, and social dissolution in Nuremberg 1942-1945*, in: *Historical Journal* (43) 4/2000, S. 1051-1070. Der Autor kommt im übrigen zum Schluss, dass es trotz der behaupteten

stellers Winfried Georg Sebald (1944-2001),⁵³ dass der Luftkrieg des Zweiten Weltkrieges in der deutschen schöngestigen Literatur nahezu kaum behandelt worden sei, sorgte für einiges Aufsehen in den deutschen Medien. Wie eine Antwort auf die bis dahin uneingelöste Forderung Sebalds erschien 2002 eine Arbeit, die im sprachlichen Duktus literarische Qualität anstrebte und die für die lokale deutsche Luftkriegsgeschichtsschreibung ein vorläufiges Resümee ziehen wollte. Mit Jörg Friedrichs⁵⁴ Werk der „Brand“, das sich ausschließlich auf die bereits vorhandene umfangreiche Lokalliteratur zur Geschichte des Luftkrieges stützt, wurde ein populärer Gesamtüberblick über das Schicksal deutscher Städte im Luftkrieg des Zweiten Weltkrieges geboten.⁵⁵ Das Werk bedeutet so einen gewissen Abschluss, als es die gängige Ortsliteratur zur Stadtzerstörung in eine allgemeine Geschichte des Luftkrieges integriert und damit auch popularisiert. Das Buch wurde zum Bestseller. Friedrich stellte den alliierten Bombenkrieg gegen das nationalsozialistische Deutschland als äußerst fragwürdiges Unterfangen dar. Über weite Strecken liest sich Friedrichs Buch wie ein populärer Reiseführer zu den untergegangenen Stätten deutscher Kultur. Doch gerade beim Ansprechen derartiger Verluste kommt ein seltsamer Unterton in den Text. Lange, lange vor unserer Gegenwart scheint sich die Geschichte abgespielt zu haben, ähnlich dem Brand Roms unter Nero. Gleichzeitig werden die immensen zivilen Verluste der Bombardements, die vor allem am Ende des Krieges zu verzeichnen waren, nicht nur historisch konstatiert, sondern auf eine überzeitliche moralische Ebene zu heben versucht. Dabei werden die Deutschen nicht nur zum tragischen „Kriegsopfer“ eines verbrecherischen nationalsozialistischen Krieges, sondern zum „Opfer“ einer verwerflichen Kriegführung schlechthin. Die Geschichtsschreibung zum Zweiten Weltkrieg wurde damit mit dem leidigen aber immer aktuellen Thema des „Bösen“ konfrontiert. Diese moralisierenden Aspekte in Friedrichs Buch führten in England denn auch zu heftiger Kritik an dem Werk, was seine Verbreitung in Deutschland durchaus befördert haben mag. Nachrichten- und Special-Interest-Magazine⁵⁶ produzierten Fortsetzungsgeschichten. Fernsehsender strahlten einschlägige Reportagen aus. Das Thema geriet zum medialen Flächenbrand. Insofern gibt es in Deutschland, was die öffentlichen Debatten um den Luft-

„Volksgemeinschaftsideologie“ im Angesicht des alliierten Luftkrieges zu starken sozialen Spannungen gekommen sei, was die Unrichtigkeit der nationalsozialistischen Ideologie beweise. Dafür war aber auch, was der Verf. zu gering einschätzt, von einer im Angesicht der Bombenangriffe (über)lebenden, fragmentierten Gesellschaft kein nennenswerter Widerstand gegen das Regime mehr zu erwarten. Und darauf kam es letztlich an. Eine Ideologie braucht im übrigen nicht „wahr“ zu sein, um zu wirken!

53 W. G. Sebald, Luftkrieg und Literatur. Mit einem Essay zu Alfred Andersch, Frankfurt a. M. 2001.

54 J. Friedrich, Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945, Berlin 2002.

55 M. Pöhlmann, Der alliierte Bombenkrieg und die deutsche Verdunkelungsgesellschaft, in: Newsletter. Arbeitskreis für Militärgeschichte 19/2003, S. 20-23.

56 Z. B. Als Feuer vom Himmel fiel. Der Bombenkrieg gegen die Deutschen, Spiegel special, 1/2003.

krieg angeht, eine Zeit vor und nach Friedrich. Wie diese dann aussehen mag, wird die Zukunft zeigen.

Doch diese teilweise enthusiastischen Reaktionen auf Friedrichs Buch dürften sich nicht allein aus rein historischem Interesse heraus gespeist haben. Denn nachdem sich die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1999 am Kosovokrieg beteiligte, den die NATO als einen „modernen“ strategischen Bombenkrieg gegen Jugoslawien führte, ist das Thema Bombenkrieg gegen Städte bzw. Zerstörung urbaner Infrastruktur für die Deutschen nicht nur historisch, sondern auch politisch wieder aktuell geworden. Und so mag die Perspektive diesmal auch die des „Mitmachers“ gewesen sein

5. Zusammenfassung

Das Thema „Bombenkrieg“ gehört sicherlich nicht zu den vernachlässigten Gebieten der deutschen Historiographie.⁵⁷ Die Literatur zu seiner Geschichte ist so umfangreich, dass sie allein schon ganze Bibliotheken füllen dürfte. Eine unübersehbare Menge von Büchern und Aufsätzen beschäftigt sich mit der Geschichte von bestimmten Orten während des Luftkrieges. Im folgenden soll auf einen ausgewählten Teil der lokalen Literatur hingewiesen werden, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland entstanden ist. Dazu wurde mit Hilfe der gängigen bibliographischen Hilfsmittel eine Literaturliste erstellt, die in keinsten Weise Vollständigkeit anzustreben versucht. Es soll vielmehr ein quasi „impressionistischer Blick“ auf eine umfangreiche Produktion geworfen werden. Bei der allgemeinen Zerstörung deutscher Städte und Dörfer im Gefolge des Luftkrieges und der Kampfhandlungen am Boden erscheint eine irgendwie geartete repräsentative Auswahl der ehemaligen Zielorte natürlich schwierig. Doch es gibt eine zeitgenössische Quelle, die als Grundlage dienen kann. Harris hat 1945 in seinem Rechenschaftsbericht über seine Taten im Krieg all die 69 Städte aufgezählt, die zum bevorzugten Ziel seiner Bomber gehört hatten.⁵⁸ Zur Auswahl der Zielorte ist noch folgendes zu bemerken. Es gab angegriffene und zerstörte Städte, die ausschließlich Ziele der amerikanischen Luftwaffe gewesen waren und daher nicht erwähnt werden, wie z. B. Ingolstadt,⁵⁹ Re-

57 Es gibt allerdings auch kaum behandelte Themen wie etwa Traumatisierungen oder psychologische Spätschäden Betroffener, vgl. Th.W. Neumann, Der Bombenkrieg. Zur ungeschriebenen Geschichte einer kollektiven Verletzung, in: ders. (Hrsg.), Nachkrieg in Deutschland, Hamburg 2001, S. 319-342.

58 A.T. Harris, Despatch on war operations. 23rd February, 1942, to 8th May, 1945. Secret, (Oct., 1945), London 1995, S. 56.

59 H. Fegert (Hrsg.), Luftangriffe auf Ingolstadt. Geheime historische Dokumente, Fotos und Zeitzeugenberichte aus den Jahren 1933 bis 1945, Kösching 1989.

gensburg⁶⁰ oder Rüsselsheim.⁶¹ Des weiteren werden Ziele in Österreich, das während des Zweiten Weltkrieges ja „deutsch“ gewesen war und als solches auch entsprechend bombardiert wurde, nicht aufgeführt. Es liegen regionale Studien vor, die die Geschichte des Luftkrieges in Österreich behandeln und die hier auch genannt werden sollen. So gibt es Arbeiten für Kärnten und Steiermark⁶² und für Tirol und Vorarlberg.⁶³ Stadtgeschichten sind zu Graz,⁶⁴ Salzburg⁶⁵ und Wien vorhanden.⁶⁶ Des weiteren wurden auch italienische⁶⁷ und französische⁶⁸ Städte, die von den Deutschen besetzt waren, heftig aus der Luft angegriffen. Erstaunlich wenig deutsche Literatur findet sich über Berlin,⁶⁹ das man im Zweiten Weltkrieg mit am heftigsten bombardiert hatte. Für manche Orte, wie etwa Oberhausen lässt sich derzeit noch gar keine relevante Literatur nachweisen. Bemerkenswerterweise ist ein Bildband über Königsberg erschienen. Eine Arbeit über Stettin streift luftkriegsgeschichtliche Aspekte. Für Freiburg lässt sich eine typische Folge von Veröffentlichungen feststellen. 1954 erschien ein Gedenkband „Kriegsopfer der Stadt Freiburg i. Br.“, mit dem man den Toten des Krieges gedachte. In den 1980/90er Jahren kamen die üblichen Augenzeugenberichte der Angriffe und die Fotodokumentationen heraus, die Freiburg vor, während und nach dem Krieg zeigen. Darüber hinaus liegt mit Gerd R. Ueberschärs „Freiburg im Luftkrieg“ eine Arbeit vor, die am Beispiel der Stadt die Geschichte des Luftkrieges gegen Deutschland exemplarisch darstellt und in einen großen historischen Rahmen einordnet. Indem Ueberschär dann an anderer Stelle, die Zerstörung Dresdens als „Symbol für Luftkriegsverbrechen“ untersucht, verweist er auch noch auf die ethische Dimension einer fragwürdigen Form der Kriegführung.

60 P. Schmoll, Luftangriff. Regensburg und die Messerschmittwerke im Fadenkreuz 1939-1945, Regensburg 1995.

61 Die Luftkriegsgeschichte wird hier auch zur Justizgeschichte, denn nach dem Krieg fand ein Prozess statt, der das Schicksal von amerikanischen Fliegern sühnen sollte, die nach einem Bombenangriff von aufgebrachten Bürgern der Stadt getötet worden waren. Vgl. A. Nigro, Wolfsangel. A German city on trial, Washington D.C. 2000; G. Neliba, Lynchjustiz an amerikanischen Kriegsgefangenen in der Opelstadt Rüsselsheim, Frankfurt 2000.

62 S. Beer / S. Karner / T. Krautzer / A. Tropper, Der Krieg aus der Luft. Kärnten und Steiermark, Graz 1992.

63 T. Albrich / A. Gisinger, Im Bombenkrieg. Tirol und Vorarlberg 1943-1945, Innsbruck 1992.

64 W. Brunner, Bomben auf Graz. Die Dokumentation Weissmann, Graz 1989.

65 E. Marx (Hrsg.), Bomben auf Salzburg. Die „Gauhauptstadt“ im totalen Krieg, Salzburg, 3. erw. Aufl., 1995.

66 G. Holzmann, Der Einsatz der Flak-Batterien im Wiener Raum 1940-1945, Wien, 4. Aufl., 1992.

67 A. Rastelli, Bombe sulla cita, gli attacchi alleati, Milano 2000; A. Barbacci, Delenda Bononia, immagini dei bombardamenti 1943-1945, Bologna 1995.

68 E. Florentin / C. Archambault, Quand les Alliés bombardaient la France 1940-1945, Paris 1997.

69 Vgl. die britischen Arbeiten von M. Middlebrook, The Berlin Raids. RAF bomber command, winter 1943/44, London 1988 und J. Searby, The bomber battle for Berlin, Shrewsbury 1991.

6. Bibliographie

1. Aachen:

Doerenkamp, Helmut / Jünger, Kurt: Die Zerstörung des alten Burtscheid im Zweiten Weltkrieg. Eine Dokumentation in Wort und Bild anlässlich des 40. Jahrestages der Bombardierung Burtscheids am 11. April 1944, Aachen 1984 (Gesellschaft Burtscheid für Geschichte und Gegenwart e.V. Schriften 1); *Hoffmann, Hans:* Aachen in Trümmern. Die alte Kaiserstadt im Bombenhagel und danach, Düsseldorf 1984 (Fotografierte Zeitgeschichte); *Hoffmann, Hans:* Aachens Dom im Feuersturm. Die tausend Kriegsnächte der Mädchen und Jungen der Domwache 1941-1945, Düsseldorf 1984 (Fotografierte Zeitgeschichte); *Huyskens, Albert / Poll, Bernhard (Hrsg.):* Das alte Aachen. Seine Zerstörung und sein Wiederaufbau, Aachen 1953 (Aachener Beiträge für Baugeschichte und Heimatkunst 3), Repr. 2000.

2. Augsburg

Pöhlmann, Markus: „Es war gerade, als würde alles bersten ...“. Die Stadt Augsburg im Bombenkrieg 1939-1945, Augsburg 1994; *Schreiber, Franz:* Augsburg. Gebaut, zerstört, wiedererstanden, das Stadtbild in den letzten 100 Jahren, Stuttgart 1999.

3. Berlin

Girbig, Werner: ... im Anflug auf die Reichshauptstadt. Die Dokumentation der Bombenangriffe auf Berlin, stellvertretend für alle deutschen Städte, Stuttgart 1970, Repr., 2001; *Müller-Mertens, Eckhard:* Berlins Zerstörung durch den Zweiten Weltkrieg und sein Wiederaufbau, in: Stadtzerstörung und Wiederaufbau. Zerstörung durch die Stadtherrschaft, innere Unruhen und Kriege, hrsg. von Martin Krämer, Bd. 2, Bern 2000, S. 367-394.

4. Bochum

Wagner, Johannes Volker: „Bomben auf Bochum“. Eine deutsche Stadt im Zweiten Weltkrieg. [Dokumentarfilm], in: ders. (Hrsg.), Krieg als Idylle? Nationalsozialistische Propaganda im Film, eine Dokumentation, Bochum 1979, S. 38-47.

5. Bonn

Vogt, Helmut: Das 5. Luftschutzrevier von Bonn. Die Industriegemeinde Beuel im Bombenkrieg, Bonn 1994 (Studien zur Heimatgeschichte des Stadtbezirks Bonn-Beuel 29); *Vogt, Helmut / Baum, Anneliese Barbara (Hrsg.):* Bonn im Bombenkrieg. Zeitgenössische Aufzeichnungen und Erinnerungsberichte von Augenzeugen, Bonn 1989 (Veröff. des Stadtarchivs Bonn 42).

6. Braunschweig

Friedrich, Heinz / Schöbel, Friedrich (Bearb.): Braunschweig im Bombenkrieg. 50 Jahre danach den Opfern des Krieges gewidmet, Dokumente zur Ausstellung 30.9. – 31.10.1993, hrsg. vom Friedenszentrum e.V., Braunschweig 1994; *Grote, Eckart:* Braunschweig im Zweiten Weltkrieg. Dokumente einer Zerstörung, Stunde Null, Neubeginn, Braunschweig 1985, 2. überarb. Aufl., 1994; *Grote, Eckart:* Target Brunswick, 1943-1945. Luftangriffsziel Braunschweig, Dokumente der Zerstörung, Braunschweig 1994; *Kaphammel, Günther:* Ein Maler sieht Braunschweigs Wiederaufbau, Braunschweig 1996 (Arbeitsberichte aus dem Städtischen Museum Braunschweigs Wiederaufbau, Braunschweig 1996); *Prescher, Rudolf:* Der rote Hahn über Braunschweig. Luftschutzmaßnahmen und Luftkriegsereignisse in der Stadt Braunschweig 1927-1945, Braunschweig 1955 (Braunschweiger Werkstücke 18); *Starke, Günter K.P.:* Das Inferno von Braunschweig und die Zeit danach, Cremlingen 1994.

7. Bremen

Schminck-Gustavus, Christoph U. (Hrsg.): Bremen kaputt. Bilder vom Krieg 1939-1945, Berichte, Dokumente, Erinnerungen, Bremen 1983 (Bremen-Reihe); *Thiel, Reinhold:* Die bremische Flugabwehr im Zweiten Weltkrieg, Bremen 1995.

8. Bremerhaven

Gabcke, Harry: Die Zerstörung Wesermündes in der Bombennacht vom 18. September 1944. Eine Erinnerung nach 40 Jahren, Bremerhaven 1985 (Kleine Schriften des Stadtarchivs Bremerhaven 1).

9. Chemnitz

Richter, Gert: Chemnitzer Erinnerungen 1945. Eine Dokumentation in Wort und Bild über die Zerstörung von Chemnitz im Zweiten Weltkrieg, Chemnitz 1995.

10. Darmstadt

Schmidt, Klaus: Die Brandnacht. Dokumentation von der Zerstörung Darmstadts am 11. September 1944, Darmstadt, 5. Aufl., 1964.

11. Dessau

Gröhler, Olaf: Anhalt im Luftkrieg, 1940-1945. Anflug auf Ida-Emil, Dessau 1993; *Gröhler, Olaf*: Einsatz Nummer 1027. Der Luftangriff auf Dessau am 7. März 1945 anhand britischer Archivunterlagen, Dessau 1986 (Beiträge zur Stadtgeschichte 2).

12. Dortmund

Blank, Ralf: Die Stadt Dortmund im Bombenkrieg, in: Dortmund. Bombenkrieg und Nachkriegszeit 1939-1948, hrsg. von *Gerhard E. Sollbach*, Hagen 1996, S. 13-55; *Blank, Ralf / Sollbach, Gerhard E.*: Bilddokumentation, in: ebda., S. 125-256; *Schneider, Werner*: Stadtgeographische Wandlungen Dortmunds und seines Einflussbereichs unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen der Kriegsschäden, Köln, Univ., Diss., 1957.

13. Dresden

Bergander, Goetz: Dresden im Luftkrieg. Vorgeschichte, Zerstörung, Folgen, Köln 1977, 2. überarb. u. erw. Aufl., Weimar 1994; *Griebel, Mathias (Hrsg.)*: Verbrannt bis zur Unkenntlichkeit. Die Zerstörung Dresdens 1945, hrsg. von der Landeshauptstadt Dresden, Stadtmuseum Dresden, Dresden 1994; *Kempowski, Walter (Hrsg.)*: Der rote Hahn. Dresden im Februar 1945, München 2001; *Pommerin, Reiner*: Zur Einsicht bomben? Die Zerstörung Dresdens in der Luftkriegsstrategie des Zweiten Weltkrieges, in: Rivalität und Partnerschaft. Studien zu den deutsch-englischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von *Gerhard A. Ritter et al.*, Paderborn 1999 (Veröff. des deutschen historischen Instituts London 46), S. 227-247; *Rodenberger, Axel*: Der Tod von Dresden. Bericht vom Sterben einer Stadt in Augenzeugenberichten, Dortmund 1951, Repr., Frankfurt a.M. 1995; *Schnatz, Helmut*: Tiefflieger über Dresden? Legenden und Wirklichkeit. Mit einem Vorwort von Goetz Bergander, Köln 2000; *Ueberschär, Gerd R.*: Dresden 1945. Symbol für Luftkriegsverbrechen, in: Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert, hrsg. von *Wolfram Wette et al.*, Darmstadt 2001, S. 382-396; *Werner, Winfried (Red.)*: ... oder Dresden. Fotos, Dokumente und Texte einer Ausstellung 40 Jahre nach der Zerstörung der Stadt, Dresden, 1987, 2. Aufl., 1991.

14. Düsseldorf

Hauben, Alfons (Hrsg.): Düsseldorf Stunde Null 1945/46. Ende und Anfang, Düsseldorf 1985; *Zimmermann, Volker*: In Schutt und Asche. Das Ende des Zweiten Weltkrieges in Düsseldorf, hrsg. von der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf und dem Stadtarchiv Düsseldorf, Düsseldorf 1995.

15. Duisburg

Kraume, Hans-Georg: Duisburg im Krieg 1939-1945, Düsseldorf 1982 (Fotografierte Zeitgeschichte).

16. Emden

Wagner, Ina: Die Zerstörung einer Stadt, in: Stadtgeschichten. Ein Emdener Lesebuch, 1495, 1598, 1995, hrsg. von *Reinhard Claudi*, Emden 1995, S. 251-264; *de Wall, Karl-Heinz*: Der Tag an dem Emden brannte, in: Ostfriesland Magazin, 9/1994, S. 26-31.

17. Essen

Genger, Angela (Red.): Essen unter Bomben, Märztage 1943, hrsg. von Alte Synagoge, Essen 1984 (Geschichte im Klartext); *Gepp, Thomas / Petzinna, Berthold (Bearb.)*: Essen im Luftkrieg, Essen 2000 (Stadtarchiv-Materialien für den Unterricht, Stadtgeschichte 1); *Heyn, Erich*: Zerstörung und Aufbau der Grosstadt Essen, Bonn 1955 (Arbeiten zur rheinischen Landeskunde 10); *Krüger, Norbert*: Die Bombenangriffe auf das Ruhrgebiet im Frühjahr 1943, in: Über Leben im Krieg. Kriegserfahrungen in einer Industrieregion 1939-1945, Katalogbuch des Ruhrlandmuseums Essen, hrsg. von *Ulrich Borsdorf / Mathilde Jamin*, Reinbek 1989 (rororo 8739, rororo Sachbuch), S. 88-100; *Krüger, Norbert*: Die Luftangriffe auf Essen 1940-1945. Eine Dokumentation, in: Essener Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen, (113) 2001. S. 159-328; *Loeffelholz, Karl Josef*: Die Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs auf Essens Wirtschaft und ihr Wiederaufbau, Köln, Univ., Diss. 1954.

18. Frankfurt a. M.

Lerch, Gustav K.: Frankfurt am Main im Luftkrieg, [4 Bde.], Frankfurt a. M. 1998/2000; *Schmid, Armin*: Frankfurt im Feuersturm. Die Geschichte der Stadt im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1965.

19. Freiburg i.Br.

Ecker, Ulrich P. (Red.): Freiburg 1944-1994. Zerstörung und Wiederaufbau. Begleitbuch zur Ausstellung von Stadtarchiv und Augustinermuseum anlässlich des 50. Jahrestages der Zerstörung Freiburgs im Luftkrieg am 27. November 1944, Waldkirch 1994; *Götz, Franz / Adler, Bernhard / Götz, Irmtraud (Hrsg.)*: Das Freiburger Münster und der 27. November 1944. Augenzeugenberichte, Freiburg i. Br. 1984 (Stadt und Geschichte neue Reihe des Stadtarchivs Freiburg i.Br. 6); *Krapf, Ludwig / Kalchthaler, Peter (Red.)*: Memento Freiburg, 27. 11. 1944. Chronik eines Gedenkens, 27. 11. 1994, hrsg. von der Stadt Freiburg i.Br., Freiburg 1995; *Kriegsopfer der Stadt Freiburg i.Br. 1939-1945*. Gedenkbuch für die gefallenen, gestorbenen und vermissten Soldaten und für die Opfer der Fliegerangriffe, Freiburg i.Br. 1954; *Ueberschär, Gerd R.*: Freiburg im Luftkrieg 1939-1945. Mit einer Photodokumentation zur Zerstörung der Altstadt am 27. November 1944 von *Hans Schadek*, Freiburg i.Br. 1990; *Ueberschär, Gerd R. / Wette, Wolfram*: Bomben und Legenden. Die schrittweise Aufklärung des Luftangriffs auf Freiburg am 10. Mai 1940, ein dokumentarischer Bericht, Freiburg i.Br. 1981; *Vedral, Bernhard*: Altstadtsanierung und Wiederaufbauplanung in Freiburg i.Br. 1925-1951. Zum 100. Geburtstag von Oberbaudirektor Prof. Dr. Ing. Josef Schlippe, Freiburg 1985 (Stadt und Geschichte neue Reihe des Stadtarchivs Freiburg i. Br. 8); *Vetter, Walter (Hrsg.)*: Freiburg in Trümmern. 1944-1952, eine Bild- und Textdokumentation, [2 Bde.], Freiburg 1982/84; *Weber, Andreas*: Ein Datum schleicht sich aus der Erinnerung. Das Gedenken an die Zerstörung Freiburgs am 27. November 1944, in: *Geinitz, Christian et al.*, Kriegsgedenken in Freiburg, Trauer, Kult, Verdrängung, hrsg. vom Arbeitskreis Regionalgeschichte, Freiburg 1995 (Alltag und Provinz 6), S. 207-234.

20. Friedrichshafen

Hug-Biegelmann, Raimund: Friedrichshafen im strategischen Luftkrieg 1943-1945, in: Schriften des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung, (113), 1995. S. 47-69; *Wiedmann, Bernd / Dinger, Hans*: Ansprachen zum Gedenken an die Zerstörung der Stadt Friedrichshafen im Zweiten Weltkrieg bei der Gedenkfeier am 28. April 1994 im Hugo-Eckener-Saal des Graf-Zeppelin-Hauses, hrsg. von der Stadt Friedrichshafen zum 50. Jahrestag des Kriegsendes am 29. April / 8. Mai 1945, Friedrichshafen 1945 (Forum FN Themen der Zeit 41).

21. Gelsenkirchen

Haffert, Heinz: Die Bombenoffensive der Luftwaffen Großbritanniens und der USA gegen das Ruhrgebiet während des Zweiten Weltkrieges 1939-1945 dargestellt am Beispiel der Stadt Gelsenkirchen, Gelsenkirchen 2000.

22. Giessen

Graef, Dietrich: „Hake“, Angriffsziel Giessen 1944/45, Giessen 1986, 2. Aufl., 1991 (Sonderband des oberhessischen Geschichtsvereins Gießen).

23. Hagen

Blank, Ralf: Die Stadt Hagen und der Bombenkrieg, in: Hagen. Kriegsjahre und Nachkriegszeit, hrsg. von *Gerhard E. Sollbach*, Hagen, 3. Aufl., 1995 (Hagener Stadtgeschichte 4), S. 7-26, 58 f.

24. Hamburg

Brunswig, Hans: Feuersturm über Hamburg. Die Luftangriffe auf Hamburg im Zweiten Weltkrieg und ihre Folgen, Stuttgart 1978, 8. Aufl., 1987; *Büttner, Ursula*: „Gomorrha“. Hamburg im Bombenkrieg, Hamburg 1993; *Büttner, Ursula*: Hamburg im Luftkrieg. Die politischen und wirtschaftlichen Folgen des „Unternehmens Gomorrha“, in: Städte im Zweiten Weltkrieg. Ein internationaler Vergleich, hrsg. von *Marlene P. Hiller / Eberhard Jäckel / Jürgen Rohwer*, Essen 1991, S. 272-298; *Hanke, Christian / Paschem, Joachim*: Hamburg im Bombenkrieg 1940-1945. Das Schicksal einer Stadt, Interviews Bernhard Jungwirth, hrsg. von der Staatlichen Landesbildstelle Hamburg, Hamburg 1993; *Hauschild-Thieszen, Renate (Bearb.)*: Die Hamburger Katastrophe vom Sommer 1943 in Augenzeugenberichten, Hamburg 1993 (Veröff. des Vereins für Hamburgische Geschichte 38).

25. Hamm

Hilscher, Elke (Hrsg.): Der Luftkrieg und die Stadt Hamm. Alarme und Luftangriffe im Kriege 1939 bis 1945, Hamm 1995.

26. Hanau

Blome, Helmut (Hrsg.): Hanau Zerstörung und Wiederaufbau. Eine Dokumentation des Hanauer Anzeigers zum 19. März 1945, Hanau 1985; *Schafer, Hartmann / Hagel, Antje / Kurz, Werner (Red.)*: Hanau 19. März. 50. Jahrestag der Zerstörung der Stadt 1945, Hanau 1995.

27. Hannover

Grabe, Thomas / Hollmann, Reimar / Mlynek, Klaus / Radtke, Michael (Hrsg.): Unter der Wolke des Todes leben... Hannover im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1983.

28. Harburg

Eger, Ernst: Harburg während des Krieges, in: Harburger Jahrbuch (3), 1948, S. 120-176.

29. Heilbronn

Bläsi, Hubert / Schrenk, Christhard: Heilbronn 1944/45. Leben und Sterben einer Stadt, Heilbronn 1995 (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Heilbronn 6); *Gedenkbuch der Stadt Heilbronn*. Kriegsoffer 1939-1945, hrsg. von der Stadtverwaltung, Heilbronn 1955, [2. Aufl. bearb. von *Rolf Palm*] Heilbronner Kriegsoffer 1939-1945, hrsg. von der IHK Heilbronn, Neckarsulm 1994; *Jacoby, Uwe*: Heilbronn, 4. Dezember 1944. Protokoll einer Katastrophe, Heilbronn 1994 (Reihe über Heilbronn 12); *Mistele, Karl-Heinz*: Die Geschichte eines Luftangriffs auf Heilbronn. 4. Dezember 1944, in: Jb. für schwäbisch-fränkische Geschichte, hrsg. vom Hist. Verein Heilbronn (27), 1973, S. 309-335; *Mistele, Karl-Heinz*: Der Luftangriff am 10. September 1944 auf Heilbronn, in: Jb. für schwäbisch-fränkische Geschichte, hrsg. vom Hist. Verein Heilbronn (28), 1976, S. 289-301; *Steinhilber, Wilhelm*: Heilbronn. Die schwersten Stunden der Stadt, Heilbronn 1961, 2. Aufl., 1988 (Reihe über Heilbronn 2); *Stotz, Jo / Eisenmenger, Hermann*: Heilbronn. Blüte, Untergang, Wiedererstehen einer Stadt, Heilbronn 1954, 4. erw. Aufl., 1961.

30. Hildesheim

Aden, Menno: Hildesheim lebt. Zerstörung und Wiederaufbau. Eine Chronik, Hildesheim 1994; *Meyer-Hartmann, Hermann*: Zielpunkt 52092 N, 09571 O. Der Raum Hildesheim im Luftkrieg 1939-1945, Hildesheim 1985 (Schriftenreihe des Stadtarchivs und der Stadtbibliothek Hildesheim 14); *Seeland, Hermann*: Zerstörung und Untergang „Alt-Hildesheims“. Chronik vom 30. Juli 1944 bis 8. Mai 1945, Hildesheim 1947.

31. Kaiserslautern

Braun-Rühling, Max / Baßler, Hansgeorg et al.: Eine Stadt im Feuerregen. Die Zerstörung der Stadt Kaiserslautern, unveränd. Nachdruck der Orig. Ausgabe von 1953, erg. durch weitere Bilder, hrsg. von *Gert Friderich*, Kaiserslautern 1991.

32. Karlsruhe

Laker, Erich: Zielort Karlsruhe. Die Luftangriffe im Zweiten Weltkrieg, mit einer Photodokumentation zur Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg von *Manfred Koch*, Karlsruhe 1996 (Veröff. des Karlsruher Stadtarchivs 18).

33. Kassel

Coers-Dittmar, Christina / Link, Alexander (Bearb.): Leben in Ruinen. Kassel 1943-1948, im Gedenkjahr der Stadt Kassel zur Erinnerung an die Zerstörung am 22. Oktober 1943, Marburg 1993 (Schriften des Stadtmuseums Kassel 5); *Detmar, Werner*: Die Zerstörung Kassels im Oktober 1943. Eine Dokumentation, Fuldabrück 1983; *Klaube, Frank-Roland (Bearb.)*: Überlebensberichte. Der 22. Oktober 1943 in Protokollen der Vermisstensuchstelle des Oberbürgermeisters der Stadt Kassel, Marburg 1993 (Kasseler Quellen und Studien, Schriftenreihe des Magistrats der Stadt Kassel, Kleine Reihe 4).

34. Kiel

Boelck, Detlef: Kiel im Luftkrieg 1939/45. Schutzmaßnahmen, Alarme, Angriffe, Getötete, Verletzte, Schäden, Anhang Kriegssterbefälle, Kiel 1959 (Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Kiel 24); *Boelck, Detlef*: Kiel im Luftkrieg 1939-1945. Tagebuch des Alarmpostens Detlef Boelck, eingeleitet von *Jürgen Plöger*, Kiel 1980 (Sonderveröff. der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte 13); *Jensen, Jürgen (Hrsg.)*: Kriegsschauplatz Kiel. Luftbilder der Stadtzerstörung 1944/45, Neumünster 1989, 2. erw. Aufl., 1995; *Voigt, Hans*: Die Veränderungen der Großstadt Kiel durch den Luftkrieg. Eine siedlungs- und wirtschaftsgeographische Untersuchung, Kiel 1950 (Schriften des geographischen Instituts der Universität Kiel 13, 2).

35. Koblenz

Kallenbach, Reinhard / Frey, Thomas: Koblenz. Gebaut, zerstört, wiedererstanden, das Stadtbild im letzten Jahrhundert, Stuttgart 2000; *Schnatz, Helmut*: Luftkrieg im Raum Koblenz 1944/45. Eine Darstellung seines Verlaufes, seiner Auswirkungen und Hintergründe, Boppard a.R. 1981 (Veröff. der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 4).

36. Köln

Deres, Thomas / Rüter, Martin (Hrsg.): Fotografieren verboten! Heimliche Aufnahmen von der Zerstörung Kölns, Köln 1995 (Schriften des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln 2); *Groesgen, Rolf*: Die Einwirkungen des Zweiten Weltkrieges auf die Kölner Industrie und deren Wiederaufbau, Köln, Univ., Diss., 1956; *Rüter, Martin (Bearb.)*: Köln, 31. Mai 1942. Der 1000-Bomber-Angriff, hrsg. vom NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln in Verbindung mit dem Verein EL-DF-Haus, Köln 1992 (Kölner Schriften zur Geschichte und Kultur 18).

37. Königsberg

Matern, Norbert: Ostpreußen als die Bomben fielen. Königsberg, Allenstein, Braunsberg, Gumbinnen, Insterburg, Memel, Tilsit, Düsseldorf 1986.

38. Krefeld

Feinendegen, Reinhard / Pützhofen, Dieter (Bearb.): 22. Juni 1943. Als Krefeld brannte, Augenzeugenberichte von der Bombennacht, hrsg. vom Verein für Heimatkunde Krefeld, Krefeld 1993; *Vogt, Hans / Brenne, Herbert*: Krefeld im Luftkrieg 1939-1945, Bonn 1986 (Krefelder Studien 3).

39. Leipzig

Horn, Birgit (Hrsg.): Leipzig im Bombenhagel. Angriffsziel „Haddock“. Zu den Auswirkungen der alliierten Luftangriffe im Zweiten Weltkrieg auf die Stadt Leipzig, Leipzig 1998 (Leipziger Kalender Sonderband 1998).

40. Lübeck

Brix, Michael / Andresen, Hans Günther (Hrsg.): Lübeck. Die Altstadt als Denkmal, Zerstörung, Wiederaufbau, Gefahren, Sanierung, München 1975; *Hopf, Eduard*: Das zerstörte Lübeck. Sechzig Kreidezeichnungen aus dem Jahre 1942 zusammengestellt und mit einem Text versehen von Günther Grundmann, Hamburg 1973; *Schreiber, Albrecht*: Als vom Himmel Feuer fiel. Lübecks Passion im Luftkrieg, Stadtgeschichte in Presseberichten, der Bombenangriff und seine Zeit aus der Sicht Betroffener, Lübeck 1982; *Wilde, Lutz*: Bomber gegen Lübeck. Eine Dokumentation der Zerstörungen in Lübecks Altstadt beim Luftangriff im März 1942, Lübeck 1999.

41. Magdeburg

Puhle, Matthias (Hrsg.): „Dann färbte sich der Himmel blutrot...“ Die Zerstörung Magdeburgs am 16. Januar 1945, Ausstellung im kulturhistorischen Museum Magdeburg vom 15. Januar 1995 bis 14. Mai 1995, Magdeburg 1995; *Wille, Manfred*: Der Himmel brennt über Magdeburg. Die Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg, Magdeburg 1990 (Magdeburger Schriftenreihe).

42. Mainz

Berkessel, Hans (Hrsg.): Täter als Opfer, Opfer als Täter. Die Zerstörung der Stadt Mainz, 27. Februar 1945, Mainz 1996 (Mainzer Geschichtsblätter Sonderheft); *Busch, Dieter*: Der Luftkrieg im Raum Mainz während des Zweiten Weltkrieges 1939-1945, Mainz 1988 (Veröff. der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 9); *Stenz, Carl*: Die Zerstörung von Mainz vom 11. bis 13. August 1942 und am 27. Februar 1945. Ein Erlebnisbericht in Wort und Bild, Mainz 1964.

43. Mannheim-Ludwigshafen

Schadt, Jörg / Caroli, Michael (Hrsg.): Mannheim im Zweiten Weltkrieg, Mannheim 1993 (Bildbände zur Mannheimer Stadtgeschichte).

44. Mönchengladbach und Rheydt

Krüger, Norbert: Der Luftangriff auf Mönchengladbach und Rheydt am 30./31. 8. 1943, in: Rheydter Jb. für Geschichte, Kunst und Heimatkunde (10) 1973, S. 143-159; *Sollbach-Papler, Margrit*: Mönchengladbach und Rheydt 1939-1945. Alltag unter Bomben, Hagen 1997.

45. Mülheim a. d. R.

Becker, Erich: Mülheims Menschenverluste und Sachschäden im Zweiten Weltkrieg, in: Mülheimer Jb. 1953/54, S. 56-60.

46. München

Bauer, Richard: Fliegeralarm. Luftangriffe auf München 1940-1945, München 1987; *Berthold, Eva / Matern, Norbert*: München im Bombenkrieg, Düsseldorf 1983; *Peermoser, Irma*: Der Luftkrieg im Raum München 1942-1945, München, Univ., Diss., 1991; *Richardi, Hans-Günter*: Bomber über München. Der Luftkrieg von 1939 bis 1945, dargestellt am Beispiel der „Hauptstadt der Bewegung“, München 1992.

47. Münster

Beer, Wilfried: Im Inferno des Bombenkrieges. Dokumente, Fragen, Erläuterungen, Darstellung, Münster 1983 (Geschichte original am Beispiel der Stadt Münster 9); *Beer, Wilfried*: Kriegsalltag an der Heimatfront. Alliiertes Luftkrieg und deutsche Gegenmaßnahmen zur Abwehr und Schadensbegrenzung, dargestellt für den Raum Münster, Bremen 1990; *Beer, Wilfried et al. (Bearb.)*: Bomben auf Münster. Ausstellung über die Luftangriffe auf Münster im Zweiten Weltkrieg, Stadtmuseum Münster 10. Okt. 1983 bis 29. April 1984, Münster 1983; *Hawkins, Jan*: Münster, 10. Oktober 1943. Alliierte und deutsche Kampfflieger und Betroffene in der Stadt schildern die schrecklichen Ereignisse während des Luftangriffs, [teilw. aus d. Engl.], Münster 1983; *Hueffner, Heinrich C.C. / Schemann, Wolfgang*: Münster in Schutt und Asche, Münster 1983.

48. Neuss

Sollbach-Papler, Margrit: Kriegsende 1945 im Kreis Neuss, Neuss 1995 (Veröff. des Kreisheimatbundes Neuss e.V. 6).

49. Nürnberg

Eichhorn Ernst / Schramm, Georg / Wolfgang / Görl, Otto Peter: 3 x Nürnberg. Eine Bilderfolge aus unserem Jahrhundert, das historische Nürnberg, die Zerstörung, der Wiederaufbau, Nürnberg 1988; *Handfest, Irene (Bearb.)*: Der Luftkrieg in Nürnberg. Quellen des Stadtarchivs zum 2. Januar 1945, Ausstellungskatalog, Nürnberg 1985 (Quellen zur Geschichte und Kultur der Stadt Nürnberg 19); *Nadler, Fritz*: „Ich sah, wie Nürnberg unterging ...!“ Tatsachenberichte und Stimmungsbilder aus bittersten Notzeiten, Nürnberg, 1955, 2. Aufl., 1959, 3. erg. Aufl. 1972, Repr. 1995; *Schramm, Georg Wolfgang*: Bomben auf Nürnberg. Luftangriffe 1940-1945, München 1988 (Stadt im Bild); *Schramm, Georg Wolfgang*: Der zivile Luftschutz in Nürnberg 1933-1945, [2 Bde.], Nürnberg 1983 (Nürnberger Werkstücke zur Stadt- und Landesgeschichte Schriftenreihe des Stadtarchivs Nürnberg 35, I, II).

50. Oberhausen

[Noch keine relevante Literatur bekannt].

51. Osnabrück

Spratte, Wido: Im Anflug auf Osnabrück. Die Bombenangriffe 1940-1945, Osnabrück 1985.

52. Pforzheim

Haag, Simon M. / Bräuning, Andrea / mit Kotzurek, Annegret: Pforzheim. Spurensuche nach einer untergegangenen Stadt, Ubstadt-Weiher 2001 (Archäologischer Stadtkataster, Materialien zur Stadtgeschichte, Stadtarchiv Pforzheim 15); *Moessner-Heckner, Ursula*: Pforzheim. Code Yellowfin. Eine Analyse der Luftangriffe 1944-1945, Sigmaringen 1991 (Quellen und Studien zur Geschichte der Stadt Pforzheim 2); *Schmalacker-Wyrich, Esther (Hrsg.)*: Pforzheim. 23. Februar 1945, der Untergang einer Stadt in Bildern und Augenzeugenberichten, Pforzheim 1980.

53. Plauen

Laser, Rudolf / Mensdorf, Joachim / Richter, Johannes: 1944/1945. Plauen, eine Stadt wird zerstört, Plauen 1995, 2. überarb. Aufl., 1996.

54. Potsdam

Mihan, Hans-Werner: Die Nacht von Potsdam. Der Luftangriff britischer Bomber vom 14. April 1945, Dokumentation und Erlebnisberichte, Berg am Starnberger See 1997; *Ostertag, Heiger:* Vom strategischen Bombenkrieg zum sozialistischen Bildersturm. Die Zerstörung Potsdams 1945 und das Schicksal seiner historischen Gebäude nach dem Kriege, in: Potsdam. Staat, Armee, Residenz in der preußisch-deutschen Militärgeschichte, hrsg. von *Bernhard R. Kroener*, Frankfurt a.M. 1993, S. 487-499.

55. Remscheid

Hasenclever, Hermann: Die Zerstörung der Stadt Remscheid, hrsg. von der Ehrenhain-Stiftung, Remscheid 1964, 2. Aufl., 1968.

56. Rostock

Aude, Helmut: Notwendige Erinnerungen in Bildern, Rostock 1991, 3. Aufl., 2001, [Bd. 2] Zerstörung und Wiederaufbau Rostocks oder notwendige Erinnerung Teil 2, Rostock 1995, 2. Aufl., 2000; *Bohl, Hans-Werner / Keipke, Bodo / Schröder, Karsten (Hrsg.):* Bomben auf Rostock. Krieg und Kriegsende in Berichten, Dokumenten, Erinnerungen und Fotos 1940-1945, Rostock 1995; *Groehler, Olaf:* Rostock im Luftkrieg 1941-1944, in: Beiträge zur Geschichte der Stadt Rostock, N. F. Bd. 9, 1988, S. 17-40.

57. Saarbrücken

Bubel, Dirk / Heinz, Dieter / Kiefer, Gerd: Saarbrücken. Gebaut, zerstört, wiedererstanden, das Stadtbild in den letzten 100 Jahren, Stuttgart 1996; *Eckel, Werner:* Saarbrücken im Luftkrieg 1939-1945, Saarbrücken 1985.

58. Schweinfurt

Goluecke, Friedhelm: Schweinfurt und der strategische Luftkrieg 1943. Der Angriff der US Air Force vom 14. Oktober 1943 gegen die Schweinfurter Kugellagerindustrie, Paderborn 1980 (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart); *Schamberger, Rolf (Bearb.):* Wie lange müssen wir noch in diesen Ängsten leben? Schweinfurt zwischen Zerstörung und Wiederaufbau, Lebenserinnerungen, Bild-dokumente, Berichte, Schweinfurt 1995.

59. Solingen

Rumpf, Hans / Lohausen, Hans: Der Bombenkrieg, [24 Teile] in: Solinger Tageblatt vom 17. Februar bis 31. März 1962; *Tiborski, Klaus:* Solingen. Bauliche Innovationen und lokale Persistenz, der Neubau der Solinger Altstadt nach dem Zweiten Weltkrieg vor dem Hintergrund der Entwicklung bis zur Zerstörung, Paderborn 1987 (Münsterische Geographische Arbeiten 28).

60. Stettin

Zilm, Franz-Rudolf: Die Festung und Garnison Stettin, Osnabrück 1988.

61. Stuttgart

Bardua, Heinz: Der Preis der alliierten Bomberoffensive 1940-1945 am Beispiel Stuttgarts. Hintergründe des Londoner Harris-Denkmal von 1992, in: Aus südwestdeutscher Geschichte, hrsg. von *Wolfgang Schmierer et al.*, Stuttgart 1994, S. 750-763; *Bardua, Heinz:* Stuttgart im Luftkrieg, Stuttgart 1967, 2. erw. Aufl., 1985 (Veröff. des Archivs der Stadt Stuttgart 35); *Förschler, Andreas et al.:* Stuttgart lebt. Eine Stadt vor dem Wiederaufbau, Guldenberg-Gleichen 1999 (Bilder aus Stuttgart); *Helwerth, Hans-Georg / Schmid, Manfred / Grenzmann, Sven (Hrsg.):* Stuttgart zwischen Bomben und Trümmern 1944-1950. Begleitheft zu einer Ausstellung der Landesbildstelle Württemberg und dem Stadtarchiv in der Galerie unterm Turm, Stuttgart 1995; *Kilian, Hannes:* Die Zerstörung. Stuttgart 1944 und danach, Berlin 1984; *Kohlhaas, Wilhelm:* Stuttgart. Ehemals, gestern und heute, Stuttgart 1976.

62. Trier

Welter, Adolf: Die Luftangriffe auf Trier 1939-1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Trierer Landes, Trier 1996 (Kleine heimatkundliche Reihe 8); *Zenz, Emil:* Rauch und Trümmer. Trier 1944/45, Trier 1962.

63. Ulm

Füllert, Kurt (Bearb.): Ulm im Zweiten Weltkrieg. Eine Übersicht über die Kriegereignisse, die Personalverluste und Sachschäden, Ulm 1955 (Ulmer Statistik Sonderreihe 1); *Neubronner, Eberhard:* Ulm in Trümmern. Bilder einer vergessenen Zeit, hrsg. von den Buchhandlungen Aegis, Hofmann und Kehler, Pfaffenhofen 1991, 3. Aufl., 1994; *Specker, Hans / Specker, Irene:* Die Luftangriffe auf Ulm mit einem Ausblick auf das Kriegsende der Stadt, in: Ulm im Zweiten Weltkrieg, hrsg. von *Hans Specker*, Ulm 1995 (Forschungen zur Geschichte der Stadt Ulm, Reihe Dokumentation 6), S. 409-457.

64. Wiesbaden

Metz, Stefan: Die fünfziger Jahre. „Stunde Null“ und Wiederaufbau nach 1945, in: Architektur und Städtebau in Wiesbaden nach 1945. Ein Architekturführer, hrsg. von *Thomas Dilger*, Heidelberg 1995, S. 28-57.

65. Wilhelmshaven

Appelius, Stefan: Die Stunde Null, die keine war. Restauration und Remilitarisierung in Wilhelmshaven, Hamburg 1986; *Uphoff, Rolf:* Als der Tag zur Nacht wurde und die Nacht zum Tage. Wilhelmshaven im Bombenkrieg, Oldenburg 1992.

66. Witten

Ruge, Paul: Luftkrieg über Witten, in: Jahrbuch des Vereins für Orts- und Heimatkunde Witten (55), 1952, S. 133-166; *Blennemann, Joachim:* Die Zeit des Zweiten Weltkrieges in Witten, in: Jb. des Vereins für Orts- und Heimatkunde Witten (75), 1977, S. 13-80.

67. Worms

Reuter, Fritz: Worms im Bombenkrieg und die Zerstörung der Stadt im Frühjahr 1945. Fakten, Zahlen, Berichte, in: Der Wormsgau (14), 1982/86, S. 61-88.

68. Würzburg

Domarus, Max: Der Untergang des alten Würzburg und seine Vorgeschichte, Wiesentheid 1955, 5. erw. Aufl., 1982; *Otremba, Heinz / Weppert, Heinrich (Hrsg.):* Würzburg 1945. Die Tragödie einer Stadt in fotografischen Dokumenten, Würzburg 1995; *Weismantel, Leo:* Totenklage über eine Stadt, hrsg. von der Leo Weismantel-Gesellschaft e.V. u. erg. durch die Berichte von Augenzeugen der Nacht des 16. März 1945, Würzburg 1985.

69. Wuppertal-Barmen bzw. Wuppertal-Elberfeld

Goebel, Klaus (Hrsg.): Unter Hakenkreuz und Bombenhagel. Die Irreführung einer Generation in Beispielen und Augenzeugenberichten aus Wuppertal, Wuppertal 1989; *Ispert, Wolfgang:* Wuppertal. Aufstieg aus Trümmern und Ruinen, Bonn 1960; *Krüger, Norbert:* Die Zerstörung Wuppertal-Barmens im 2. Weltkrieg, in: Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins (86), 1974, S. 164-195; *Krüger, Norbert:* Wuppertal als Beispiel für Probleme der Luftkriegsgeschichte, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau (17), 12/1967, S. 711-716; *Krüger, Norbert / Metschies, Michael:* [Themenheft Luftangriffe], in: Mitteilungen des Stadtarchivs, des Historischen Zentrums und des Bergischen Geschichtsvereins, Abt. Wuppertal, (8), 2/1983, S. 1-64; *Pogt, Herbert (Hrsg.):* Bomben auf Wuppertal. Vor fünfzig Jahren, die Bombenangriffe auf Wuppertal am 30. Mai und 25. Juni 1943. Aufsätze und Zeitungsberichte, Wuppertal 1993 (Beiträge zur Geschichte und Heimatkunde des Wuppertals 36).

Autoren

INGRID BRECKNER ist seit 1995 Universitätsprofessorin für Stadt- und Regionalsoziologie im Studiengang Stadtplanung der TU Hamburg-Harburg; davor Studium der Erziehungswissenschaft und Soziologie in München sowie Promotion am Institut für Soziologie der Universität Bielefeld; Forschung und Praxis zu sozialpolitischen und modernisierungstheoretischen Fragen in München; stadtsoziologische Lehrtätigkeit in Weihenstephan, München, Bochum und Kassel. Aktuelle Forschungsschwerpunkte: Suburbanisierung, Soziale Stadt, Unsicherheit in europäischen Städten, Wasser in der Stadt, Strategien integrierter Stadtentwicklung.

JUAN RODRÍGUEZ-LORES (1943) ist Philosoph und lehrt Theorien und Geschichte der Stadtplanung an der Fakultät für Architektur der RWTH Aachen. Frühere Lehrtätigkeit an den Universitäten Bochum und Bielefeld. Publikationen zur Stadttheorie, Stadtgeschichte und insbesondere der Boden- und Wohnungsfrage. Mitherausgeber der Buchreihe Stadt-Planung-Geschichte im Birkhäuser Verlag.

VOLKER ROSCHER (1948) ist Geschäftsführer beim Bund Deutscher Architekten in Hamburg und Gründer und Geschäftsführer des Architektur Centrums Hamburg. Frühere Lehrtätigkeiten: Nach Assistententätigkeit an der RWTH Aachen, Lehrbeauftragter an der Universität Hamburg und der Fachhochschule Hamburg für Architektur- und Siedlungssoziologie, diverse Publikationen zur Architektur, Stadt- und Wohnsoziologie, Stadtentwicklung, Stadtgeschichte und Berufsforschung. Mitherausgeber der Buchreihe "Stadt-Planung-Geschichte" im Birkhäuser Verlag. Mitglied der Redaktion der Zeitschrift Die alte Stadt.

KLAUS SESSAR (1937) studierte Rechtswissenschaften (in München und Freiburg i.Br.) und Soziologie (Boston). Promotion und Habilitation in Freiburg. Dort wissenschaftlicher Referent in der Abteilung Kriminologie des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht; seit 1982 Professor für Kriminologie an der Universität Hamburg (seit 2002 im Ruhestand). Forschungen im Bereich alternativer Sanktionen, selektiver Strafverfolgungsprozesse, von Kriminalität und Kriminalitätseinstellungen.

WALTER SIEBEL (1938) ist Professor für Soziologie mit Schwerpunkt Stadt- und Regionalforschung an der Universität Oldenburg. Studium des Maschinenbaus, der Volkswirtschaftslehre und Soziologie in Aachen, Köln, Bonn, New York und Frankfurt a.M. 1974 Promotion an der TH Darmstadt. Seit 1975 an der Universität Oldenburg, Leiter der Arbeitsgruppe Stadtforschung; 1989 bis 1995 Wiss. Direktor der Internationalen Bauausstellung Emscher-Park Gelsenkirchen. Wichtige Veröffentlichungen u.a.: »Neue Urbanität« 1987 und »Soziologie des Wohnens« 1996 (zus. mit H. Häußermann).

KATJA VEIL (1974), Studium der Stadt- und Regionalplanung an der TU-Berlin und Austauschstudentin in Oxford Brookes, U.K. Derzeit Betreuung der Zwischenevaluierung des Bund-Länder Programms "Die soziale Stadt" als Referentin im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Wissenschaftliche Forschungsarbeiten zu: Raum, Kontrolle und Öffentlichkeit.

UWE-JENS WALTHER (1948) ist Professor für Stadt- und Regionalsoziologie an der TU Berlin. Studium der Stadtplanung und Sozialwissenschaften in Darmstadt, Frankfurt und Birmingham 1978 – 1985 Forschungs- und Lehrtätigkeit an der Carl-von-Ossietzky Universität Oldenburg und der Universität Bremen. 1986-99 Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn. Veröffentlichungen u.a. über Stadterneuerung und sozialgruppenbezogenen Wohnungs- und Städtebau. Aktuelle Forschungen im Bereich soziale Revitalisierungsstrategien (EU-Projekte IUPM, ENTRUST), akteurszentrierte Indikatorenentwicklung (BMBF) und barrierefreie Stadtentwicklung.

JAN WEHRHEIM (1967), Dr. rer. pol., ist Lehrbeauftragter und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg (AG Stadtforschung u. AG Devianz). Er studierte Sozialwissenschaften, Jura und Entwicklungspolitik in Göttingen und Bremen. Zahlreiche Veröffentlichungen zum Thema Sicherheit und Stadt, u.a. "Die überwachte Stadt - Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung", Opladen 2002.

BESPRECHUNGEN

MARTIN DINGES / FRITZ SACK (Hrsg.), *Unsichere Großstädte? Vom Mittelalter bis zur Postmoderne (Konflikte und Kultur. Historische Perspektiven; Bd. 3)*, Konstanz: UVK 2000, 396 S., 29,00 Euro.

Sicherheit - Nachrichten aus diesem Bereich haben nicht erst seit dem 11. September einen hohen Aufmerksamkeitswert. Sicherheit, so die Herausgeber des Bandes, entwickelt sich in den aktuellen politischen Debatten zu einem politischen Gegenstandsbereich, „der keine programmatischen Differenzen und Kontroversen mehr verträgt“ (9). Der Komplex ‚Sicherheit‘ ähnele in seiner Resistenz in Bezug auf Definition, Gegenrezepte und Erklärungsmuster zunehmend einem Mythos. Diesen Mythos ‚Sicherheit‘ in historischer und kritisch-kriminologischer Perspektive zu hinterfragen, ist Ziel des Bandes. Die Herausgeber legen den Fokus dabei auf die Großstadt, die spätestens seit dem 19. Jahrhundert zur Projektionsfläche für gesellschaftliche Konflikte, Unsicherheitsgefühle und Kriminalitätsängste wird. Die meisten neuen Sicherheitskonzepte wurden und werden in Großstädten entwickelt und erprobt.

Der Band versammelt 16 Beiträge, die einen Bogen vom späten Mittelalter bis zur heutigen Zeit aufspannen. Die Fallstudien konzentrieren sich dabei im Wesentlichen auf den deutschen Raum, mit Ausgriffen nach Rom, Washington und New York sowie punktuellen Vergleichen mit europäischen Metropolen wie Paris oder London. In unterschiedlichem Maß akzentuieren sie drei Themenfelder: die Wahrnehmung von Sicherheit/Unsicherheit, Sicherheitsmaßnahmen und -organe sowie Ausmaß, Struktur und Konstruktion von Kriminalität.

In ihrem ausgezeichneten, langen Einleitungsbeitrag entwickeln die beiden Herausgeber ‚Sicherheit‘ als konstitutiven Grund-

begriff moderner Gesellschaften. Unter Sicherheit verstehen sie im heutigen Sinne ein umfassendes Konzept, in dessen Zentrum die Unversehrtheit von Leib, Leben und Eigentum steht. Begriffe wie soziale Sicherheit, Verkehrssicherheit oder Rechtssicherheit illustrieren die Breite des Feldes, aber auch, dass Sicherheit nicht ohne Bedrohung gedacht werden kann. Typisch sei, dass sich dabei nicht selten persönliche Gefährdungen mit gesellschaftlichen verbinden. Nach knappen ideen- und begriffsgeschichtlichen Überlegungen zur ‚Sicherheit‘ konzentrieren sich die Herausgeber auf das 19. und 20. Jahrhundert. Nachgezeichnet und analysiert wird die Herausbildung unseres Verständnisses von „Innerer Sicherheit“ im 19. Jahrhundert - begleitet von einer „kriminal- und sicherheitspolitischen Aufrüstung“ (21) auf den Gebieten von Polizei, Kriminalstatistik, Rechtsstaat und Kriminologie. Diese Entwicklungen erklären die Herausgeber nicht als Reaktionen auf veränderte Sicherheitsprobleme, sondern als Teil „einer grundsätzlich anderen Struktur gesellschaftlicher Regulierung und sozialer Kontrolle“ (21). Kriminalität wurde als Klassenfrage verstanden. Diese Sensorfunktion für gesamtgesellschaftliche Umbrüche verlor sie an der Wende zum 20. Jahrhundert, als sich die Interpretation von Kriminalität auf die Ebene des Individuums verlagerte.

Die Einleitung wird abgeschlossen durch eine fundierte und kritische Beschäftigung mit dem aktuellen Sicherheitsdiskurs. Als Stichworte seien hier genannt: repressive Wende, ansteigende Gefängnisraten, amerikanische Modelle der „zero tolerance“ oder des „community policing“, Eingriffe in Bürgerrechte mit dem Verweis auf Innere Sicherheit, die Diskussion von Kriminalitätsängsten und Strafbedürfnissen sowie die Aussagekraft der Kriminalstatistik. Die Herausgeber arbeiten heraus, dass sich weder Veränderungen in der Sicherheitspolitik noch Kriminalitätsängste ursächlich zurückführen lassen auf veränderte Sicherheitslagen. Vielmehr

müsse Kriminalität in ihrer gesellschaftlichen Wahrnehmung wie in ihrer vermeintlich objektiven Erfassung als „politische und mediale Manövriermasse“ (41) verstanden werden.

Die nachfolgenden 15 Beiträge lassen sich drei größeren Blöcken zurechnen. Die ersten sechs Beiträge beschäftigen sich mit Sicherheit und Unsicherheit in großen Städten des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit. Für Peter Schuster verweist die zunehmende Formulierung von Sicherheit als gesellschaftlichem Ziel seit dem 15. Jahrhundert zunächst auf ein Gefühl der Unsicherheit. Andererseits wurde die Stadt von den Zeitgenossen als besonderer Rechts- und Friedensbereich herausgestellt. Das (hohe) Maß alltäglicher, interpersonaler Gewalt innerhalb der Stadtmauern beschäftigte die Zeitgenossen nach Ausweis der Quellen weniger als mögliche Strafen Gottes, Brände, feindliche Angriffe, plötzliche, unvorbereitete Todesfälle oder der Verlust von Eigentum.

Andrea Bendlage untersucht am Beispiel des „sicherheitspolitischen Vorreiters“ Nürnberg Zahl, Aufgaben und Arbeitsbedingungen der städtischen Polizeidiener im 15. und 16. Jahrhundert. Der Alltag der Polizeidiener war bestimmt von Konflikten, aber auch Allianzen mit Stadtbewohnern. Amtsverfehlungen der Ordnungskräfte, nicht selten selbst Auslöser für Gewalt, wurden dabei nur milde sanktioniert. Diese Politik des Rates beruhte nicht nur auf Schwäche, sondern zielte vorrangig auf Konfliktausgleich. Nicht zuletzt konnte das gewalttätige Auftreten der Polizeidiener den Herrschaftsansprüchen des Rates sichtbaren Ausdruck verleihen.

Carl A. Hoffmann behandelt mit ‚Bürgersicherheit‘ und ‚Herrschaftssicherung‘ zwei ineinander verschränkte Sicherheitskonzepte der frühneuzeitlichen Stadt. Gefahrenabwehr und Sicherheitspolitik legitimierten die Herrschaft des Augsburger Rates. Andererseits blieben Rat und Rechtssystem angewiesen auf die Kooperation der Bürger. Religiö-

se Umbrüche und eine deutliche Bevölkerungszunahme konnten dieses Wechselverhältnis von ‚Bürgersicherheit‘ und ‚Herrschaftssicherung‘ destabilisieren.

Peter Blastenbrei konstatiert für das Rom des späten 16. Jahrhunderts eine extrem hohe Gewalttrate. Als Antwort darauf wurde eine strenge, blutige Justiz propagiert. Daraus ergaben sich allerdings für die machtpolitisch prekäre Papstherrschaft besondere Probleme. Im Ergebnis war die römische Kriminal- und Strafpolitik einerseits geprägt von kontinuierlichen Bemühungen um Effizienzsteigerung, andererseits durch krasse Wechsel zwischen Härte und Milde. Im Gegensatz dazu umschlossen die Stadtmauern Kölns, so Gerd Schwerhoff, im 16. Jahrhundert ein Gebiet, das im Vergleich zum Umland als sicher wahrgenommen wurde. Sicherheit ist dabei nicht gleichzusetzen mit Gewaltlosigkeit, denn gewalttätige Auseinandersetzungen gehörten zum städtischen Alltag. Ihr Verlauf und die an ihnen Beteiligten waren aber offenbar zu vertraut und akzeptiert, um als Sicherheitsproblem wahrgenommen zu werden.

In Fortführung dieser Ergebnisse schildert Joachim Eibach das Frankfurt des 18. Jahrhunderts auf der Grundlage von Verordnungen, Gerichtsakten und Reiseberichten als ‚sichere‘ Stadt - jedenfalls im Vergleich mit den Metropolen Paris und London. Die städtischen Verordnungen greifen zwar verschiedenste Sicherheitsprobleme auf; die Kriminalitätsrate erscheint jedoch gering und eindeutig dominiert von Eigentumsvergehen. Die Strafpraxis traf vornehmlich fremde Unterschichtsangehörige.

In einem zweiten Block lassen sich sechs Beiträge zusammenfassen, die den Zeitraum zwischen 1800 und 1933 behandeln. Dietlind Hüchtker zeigt für das Berlin des frühen 19. Jahrhunderts, dass Prostitution - als typisches Problem der Großstadt wahrgenommen - das Feld war, auf dem öffentliche Kontrolle (der Unsittlichkeit der Frauen) und private Freiheiten und Rechte (der Freier und Bürger) verhandelt wurden. Prostitution als Etikett für

‚Unsittlichkeit‘ im weiteren Sinne stand für die Auflösung sozialer Ordnung, für unkontrollierbare Begegnungen unterschiedlicher sozialer Schichten. Armut, Unsittlichkeit und Unsicherheit bildeten in den zeitgenössischen Debatten ein Dreiecksverhältnis.

Unsicherheitsgefühle und Sicherheitspolitik haben aber nicht nur eine Gender-Komponente, sondern sind auch geprägt von Rassismus. Norbert Finzsch untersucht deshalb den polizeilichen Alltag im rasch wachsenden Washington nach 1860. Vor dem Hintergrund sozialer und politischer Umwälzungen wurde die steigende Kriminalitätsrate den zugezogenen Schwarzen zur Last gelegt, deren Lebensumstände verschiedenen Restriktionen unterlagen. Überraschenderweise finden sich aber nicht Afroamerikaner unter den Verdächtigen überrepräsentiert, sondern irische Migranten, die mit Slum, Krankheit und Trunksucht in Verbindung gebracht wurden. Schwarze wurden vor allem wegen Diebstahlsverdachts verhaftet, wurden härter gestraft und häufiger von privater Seite angezeigt als Angehörige anderer Gruppen.

Blicken wir wieder nach Berlin. Herbert Reinke untersucht im folgenden Beitrag die Entwicklung der Polizei während der Kaiserzeit. In die Zuständigkeit der Schutzpolizei fielen vorrangig Infrastruktur- und Ordnungsaufgaben. Nachgeordnet scheinen die Bereiche Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung. In dem Maße allerdings, in dem das rasante Wachsen der Großstädte nicht mehr nur als Ordnungsproblem, sondern als Sicherheitsproblem wahrgenommen wurde, bildete sich die Kriminalpolizei als spezialisierter Zweig der Polizei heraus. Ihre Tätigkeitsschwerpunkte lagen in Berlin in der Bekämpfung der Eigentumskriminalität sowie der Sammlung und Systematisierung von Daten.

Peter Leßmann-Faust beschreibt, wie die Reichswehr und die ihr nahe stehenden Verbände nach 1918 politisches Terrain im Bereich der ‚Inneren Sicherheit‘ besetzten. Konflikte mit der preußischen Regierung und der

erfolgreiche Umbau der preußischen Schutzpolizei zu einer nichtmilitärisch organisierten Einheitspolizei führten seit 1920 zu einer Stabilisierung des staatlichen Gewaltmonopols der jungen Republik. Der Polizei gelang es jedoch nicht, den Kampf um die Straße, den SA und RFB seit 1924 führten, zu unterbinden.

Aus einem anderen Blickwinkel betrachten Patrick Wagner und Klaus Weinbauer die Berliner Situation um 1930: Am Beispiel der Ringvereine (Unterweltvereine) und der Wilden Jugendcliquen, die vor allem in den späten Jahren der Weimarer Republik öffentliche Aufmerksamkeit fanden, gehen sie der Wahrnehmung von Unsicherheit und Bedrohung nach. Beide Gruppen besaßen lokale Macht in den citynahen Randgruppenquartieren, wo sich Polizei und Fürsorge als ohnmächtig erwiesen. Während sie ihren Mitgliedern Sicherheit boten, standen sie in der öffentlichen Meinung für ‚Amerikanisierung‘, die Auflösung sozialer Ordnungen, Verrohung und Gewalt. Sie demonstrierten die begrenzte Macht von Staat und Polizei.

Der dritte Abschnitt des Bandes schließlich widmet sich aktuellen Entwicklungen in der Kriminologie und der Kriminalpolitik. Susanne Krasmann analysiert im Rückgriff auf Foucaults Konzept der ‚Governmentality‘ die Kriminologien der neoliberalen Gesellschaft. Die Leitfigur des ‚Unternehmers‘ prägte auch den Kriminalitäts- und Sicherheitsdiskurs: Der Kriminelle ist verantwortlich für seine Entscheidungen; rational wägt er Risiko und Nutzen einer Unternehmung ab (rational choice). In der Konsequenz gelte es, ihm das Verbrechen weniger attraktiv oder eben „teurer“ zu machen. Gleichzeitig delegiert der Staat Verantwortung auf dem Gebiet der Sicherheit an andere Institutionen und den Einzelnen (Kommunitarismus, Privatisierung).

Klaus Ronneberger und Hubert Beste beleuchten in ihren Beiträgen Konsequenzen aus dem Wandel der Innenstädte zu Dienstleistungs- und Konsumzentren. Kriminalpo-

litik ist zu einem wichtigen Teil der Standortpolitik „revanchistischer Städte“ (313) geworden. Im Bild der zunehmenden Angleichung der Citys an Malls wird deutlich, dass es sich nur noch scheinbar um öffentliche Räume handelt. Bau- und Kontrollmaßnahmen zielen auf ungestörte Erlebnis- und Konsumwelten. Unerwünschte Personen und Verhaltensweisen werden nach Modellen zentraler Raumkontrolle und verschärfter Ordnungspolitik (Beispiel Frankfurt) aus den Innenstädten vertrieben. Zunehmend treten dabei privatwirtschaftliche Sicherheitsunternehmen auf den Plan.

Je nach Standpunkt des Lesers bestätigt der abschließende Beitrag von Henner Hess über Geschichte und Erfolge der neuen New-Yorker Sicherheitspolitik die schlimmsten Befürchtungen oder lässt Hoffnung schöpfen. Offen sympathisiert Hess mit Theorien und Modellen der „broken windows“, „zero tolerance“ und des „community policing“. Optimistisch sieht er in schärferen Verordnungen, einer Unstrukturierung der Polizei nach modernen Managementtheorien und einem konsequenten Durchgreifen auf dem Gebiet der Ordnungsdelikte einen Weg, Kriminalität zu reduzieren. Gut und Böse sind in diesem Konzept klar verortet. Die zuweilen ärgerliche Wortwahl - „sozial verlottert“ (356), „ekelerregend aufgemacht“ (367) und so weiter - beeinträchtigt den durchaus informativen Beitrag.

An einem Sammelband lässt sich leicht Kritik üben, am trefflichsten über Auswahl oder Kohärenz der Beiträge. So sind einige Beiträge nur lose mit den Themen Sicherheit und Großstadt verbunden. Andere bleiben bei einer vorschnellen Gleichsetzung von Unsicherheit mit Gewalt/Kriminalität stehen und blenden die Komplexität und Kontextabhängigkeit von Unsicherheitswahrnehmungen aus. Eine thematische Anordnung der Beiträge um die Eckpfeiler ‚Wahrnehmung von Unsicherheit‘, ‚Sicherheitspolitik‘ sowie ‚Ausmaß und Struktur von Kriminalität‘ hätte den epochenübergreifenden Blick für Konti-

nuitäten und Veränderungen vielleicht noch etwas klammern und schärfen können. Festzuhalten bleibt, dass der Band mit seinem Fragezeichen im Titel unser Bild der unsicheren Großstadt für das Spätmittelalter und die Frühe Neuzeit grundsätzlich in Frage stellt: Die große Stadt kann nicht per se als spezifisch unsicherer Ort beschrieben werden. Für die neuere Zeit warnt das Fragezeichen eher leise vor simplen Be- und Zuschreibungen oder Lösungsvorschlägen.

Es handelt sich insgesamt um einen sehr lesenswerten Band, der dazu verführt, ihn nicht nur selektiv wahrzunehmen, sondern über den eigenen Interesse- oder Arbeitshorizont hinaus weiterzulesen. Zu verdanken ist dies den durchweg anregenden und klar gegliederten Beiträgen, die selten die 20 Seiten-Marke überschreiten. Die meisten Beiträge verbinden in gelungener Weise mentalitäts- und institutionengeschichtliche Zugänge. In der Zusammenschau der Beiträge werden viele Anknüpfungspunkte zwischen Kriminalitätsgeschichte, Polizeigeschichte und Kriminologie sichtbar. Englische Zusammenfassungen der einzelnen Beiträge sowie Kurzporträts der Autorinnen und Autoren schließen den vielseitigen und dabei kompakten Band ab.

Eva Wiebel, Freiburg i.Br.

Neue Reihe

Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung

Im Auftrag der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung herausgegeben von **Heinz Reif** und **Adelheid von Saldern**

BAND 1

Inszenierte Einigkeit

Stolze Städte in der DDR

Herausgegeben von **Adelheid von Saldern**, unter Mitarbeit von **Alice von Plato**, **Elfie Rembold** und **Lu Seegers**

2003. 420 Seiten mit 14 Abbildungen. Geb. € 68,- / sFr 108,80.
ISBN 3-515-08301-4

Obwohl über die DDR schon viel geforscht worden ist, haben HistorikerInnen bislang kaum über Städte gearbeitet. Besonders auf Festen und Feiern wurde Herrschaft repräsentiert und Stadtöffentlichkeit aktiviert. Staat und Partei brauchten die Städte als sichtbares Zeichen der von ihnen proklamierten Leistungsfähigkeit des sozialistischen Systems. Sondermittel sollten die städtische Infrastruktur und die Versorgungslage verbessern. Nach außen hin dienten die großen Ereignisse dazu, Einigkeit zwischen Staat und Stadt zu inszenieren und vielfältige Identifikationsangebote zu schaffen. In Reden, Schriften, Filmen, Photos, Zeitungsberichten und Souvenirs wurden die Feiern festgehalten und positive Erinnerungen zu erzeugen versucht.

Dieser Band zeigt nun durch Einblicke in die Akten auch die zahlreichen Spannungen zwischen Staat und Stadt auf, besonders bei Fragen der Geschichtskultur, der Veranstaltungstypen, der Politisierung sowie der Sicherheit und Organisation.

Franz Steiner Verlag

Geschichte



Postfach 101061, 70009 Stuttgart
www.steiner-verlag.de
service@steiner-verlag.de



30. Jahrgang · 2003 · Heft 4

Franz Steiner Verlag

Vierteljahreszeitschrift für
Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Begründet von Otto Borst



Schwerpunkt:

Stadtkultur. Tradition im Wandel

Herausgegeben von August Gebeßler und Hans Schultheiß



Stadtkultur

Tradition im Wandel

Herausgegeben von August Gebeßler und Hans Schultheiß

Abhandlungen

AUGUST GEBESSLER / HANS SCHULTHEISS, Editorial	295
HERMANN GLASER, Die aufgehobene Stadt. Von der Erhaltung, Überwindung und Weiterentwicklung kultureller Traditionen im Netz der Globalisierung	297
ERIKA SPIEGEL, Baukultur oder Baukulturen? Zum Verhältnis von Architektur und „anonymem Bauen“ in Tradition, Moderne und Nachmoderne	309
ADELHEID VON SALDERN, Stadtfeiern im 20. Jahrhundert	324
BRUNO FLIERL, Das alte Berliner Schloss in der neuen Hauptstadt Deutschlands. Realität und Metapher aufgehobener Geschichte?	349
KURT FLURI, Die Kulturpolitik der Stadt Solothurn (Schweiz)	371
HERMANN VOGLER, Städtepartnerschaften. Ein Beitrag zum kulturellen Selbstverständnis	377
Autoren	382

Forum

DIETER J. MEHLHORN, Noch ist das Kieler Schloss nicht gerettet.....	383
WINFRIED MÖNCH, Von der Treppe zur Scalalogie. Die Gesellschaft für Treppenforschung	386
HARALD KEGLER, Council für the European Urbanism. Gründung eines europäischen Netzwerks für Städtebaureform	387

Besprechungen

SUSANNE GÄNSHIRT-HEINEMANN, Der Krögel. Die Entdeckung und Ästhetisierung der Altstadt Berlins in Fotografien 1887 bis 1938 (Felix Escher).....	390
JOST LÜBBEN, Die Norddeutsche Zeitung 1895 bis 1933/45 (Rainald Schröder) ...	391
OLAF SCHULZE, „Zum Nutzen und Bequemlichkeit der Einwohner“. Geschichte der Pforzheimer Zeitungen (Rainald Schröder).....	391
HELMUT ERFURTH, Zwischen Biedermaier und Bauhaus. Ein Rundgang durch das historische Dessau (Winfried Mönch)	394
KLAUS JORDAN, Bibliographie zur Geschichte des Festungsbaues von den Anfängen bis 1914 (Winfried Mönch)	395
MATTHIAS STEINBACH, Abgrund Metz. Kriegserfahrung, Belagerungsalltag und nationale Erziehung im Schatten einer Festung (Daniel Hohrath)	396
FRANK HATJE, „Gott zu Ehren, der Armut zum Besten“. Hospital zum Heiligen Geist und Marien-Magdalen-Kloster in der Geschichte Hamburgs (Robert Jütte).....	398
ANDREW LEES, Cities, Sin an Social Reform in Imperial Germany (Matthias Weipert)	399

Stadtkultur. Tradition im Wandel

Editorial

Unter großem Zuspruch veranstaltete die Arbeitsgemeinschaft „Die alte Stadt“ ihre Internationale Städtetagung 2003 in ihrer Mitgliedsstadt Rostock zum Thema: „Stadtkultur. Tradition im Wandel“. Da der inhaltliche Bogen der Tagung bis hin zu der Frage geführt wurde, welches die Prämissen unerlässlicher Kulturpolitik in unseren Städten heute sein könnten oder sein müssten, war die Aufmerksamkeit von Seiten Kommunalverantwortlicher besonders groß. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Sparsituation in den Haushalten der Städte erwartete man Anregungen und Argumente für eine eigene verantwortungsbewusste Kulturpolitik. Einhellig endete die Tagung mit dem Wunsch der Teilnehmer nach einem Tagungsband, um sich mit manchen der vorgetragenen Gedanken erneut oder weiter beschäftigen zu können.

Augenfällig wurde, dass kulturelles Stadtleben nicht mehr wie ehemals in erster Linie mit bürgerlich-gesellschaftlichen Ansprüchen zu tun hat, mit Ansprüchen nach gepflegtem Theater- oder Musikleben, nach exklusiven Bildungsangeboten mit Stadtmuseum oder Kunstaussstellungen. Städtische Kulturpolitik will sich heute eher als eine Qualität verstehen, welche eine inhomogener gewordene Stadtgesellschaft zusammenhält und zwar quer durch ihre sozialen Schichtungen.

Das Kulturangebot der Städte hat sich daher auch überall mit Aktivitäten verbunden, die den Rahmen des hergebrachten Kulturlebens längst erweitert oder in Richtung „Kulturszene“ aufgebrochen haben. „Eventkultur“ und „Festivalisierung“ der Innenstädte waren die Folge, oft allerdings nur auf das bloße Stadt-Image ausgerichtet, vorrangig auf mehr Stadtattraktivität zielend oder konzipiert in Konkurrenz zu den Nachbarstädten. Auch bloßes Quotendenken entstand, das den Wert kultureller Veranstaltungen nur in Besucherzahlen misst.

Unter dem gegenwärtigen Druck der Rotstifte in den Stadtkämmereien mühte man sich auch während vieler Gespräche am Rande der Tagung intensiv um ein Gerüst stadteigenen Kulturlebens, das nicht unter die Räder kommen darf sowie um Argumente für Kultursparten, die auf den ersten Blick vielleicht als weniger attraktiv erscheinen mögen, längerfristig und in weiteren Zusammenhängen jedoch als unverzichtbar gelten und ein stadteigenes Kulturleben erst ausmachen.

So kreiste auch das Stichwort „Globalisierung“ über der Tagung, verbunden mit Besorgnissen, ja Ängsten, dass mancherlei örtliche und regional gewachsene Eigenheiten eines bislang stabilen Kulturlebens durch andere Kulturauffassungen überlagert werden, wobei sich angestammte Akzente wandeln, verschieben und neue Identitätsfragen aufwerfen.

Auf vielfachen Wunsch also publiziert die Arbeitsgemeinschaft „Die alte Stadt“ im vorliegenden Themenheft die Gedanken und Ergebnisse des Kulturoziologen HERMANN GLASER, der Stadtsoziologin ERIKA SPIEGEL, der Stadthistorikerin ADELHEID VON SALDERN sowie des Publizisten BRUNO FLIERL, die ihre Ausführungen dankenswerterweise für die Drucklegung aufbereitet haben.

Nachhaltigen Eindruck aus kommunaler Verantwortung selbst heraus hinterließen Oberbürgermeister HERMANN VOGLER mit dem Konzept einer kulturellen Städtepartnerschaft, wie es in Ravensburg gepflegt wird, sowie Stadtpräsident KURT FLURI aus Solothurn/Schweiz mit seinem Plädoyer für eine städtische Kulturpolitik, die keinerlei Legitimation aus ökonomischen Gründen bedarf, ja sich nicht einmal auf den Prüfstand eines „Umwegrentabilitätsrechnens“ setzen lassen sollte.

Esslingen, November 2003

August Gebeßler / Hans Schultheiß

Hermann Glaser

Die aufgehobene Stadt

Von der Erhaltung, Überwindung und Weiterentwicklung kultureller Traditionen im Netz der Globalisierung

Tradition im Wandel – ein solches Motto kann man im Sinne von Hegels dialektischem Denken mit der dreifachen Bedeutung des Wortes „aufheben“ variieren: bewahren, überwinden und damit höher bringen. Idealtypisch ist damit auch die Fortschrittsidee, wie sie der ihrem Wesen nach rückblickenden Denkmalspflege innewohnt, charakterisiert; freilich ist die semantische Trias von „Aufheben“ architektonisch nicht leicht zu verwirklichen; wo dies gelingt, ist das zu erhaltende Vergangene nicht einfach, zum Beispiel als Fassade, dem Neuen angeklebt; vielmehr durchdringen sich Historisches, Präsentisches und Futurisches.

Der Baumeister von Eichstätt, Karljosef Schattner, dem nach meinem und allgemeinem Fachurteil die Gestaltung einer alten Stadt als „aufgehobener“ Stadt hervorragend gelungen ist, betont, dass man die Fassade als Nahtstelle zwischen Außen- und Innenraum begreifen müsse. Es gehe um die Frage der Signifikanz. „Bei jedem Gebäude stellt sich die Frage, was in ihm ist. Wie das Gesicht Auskunft über das Innere eines Menschen gibt, so sollte die Fassade Erwartungen wecken, die auch im Inneren eingelöst werden müssen.“ Unter gleichem Aspekt sei das Ornament zu verstehen: Es bedeute nicht bloße Dekoration, die nur hinzugefügt ist, sondern Übergang, der die innere Ordnung des Gebäudes im Äußeren widerspiegeln. Veränderungen im Inneren eines bestehenden Gebäudes sollten Veränderungen an der Fassade auslösen – übrigens ein Faktum, das an historischen Gebäuden beobachtet werden kann.

Architektur als Kunst, Raum und Zeit miteinander zu verknüpfen, stellt der Restaurierung die Aufgabe, das Aufzuhebende vom präsentischen Standpunkt aus, der eigentlich das Aufzuhebende hinter sich gelassen hat, aufzuheben. Wenn dies misslingt, ergibt sich Historisierung; sie erweist sich als Regression. Der Zeitablauf (-verlauf), das Weiterschreiten wird hier negiert; man bleibt auf einer früheren Stufe stehen bzw. fällt auf diese zurück. Die aktuelle Diskussion über den Wiederaufbau des Berliner Schlosses zeigt diese Problematik. Ich stimme voll Bruno Flierl zu, wenn er feststellt: „Wie kann das gegenwärtig nicht vorhandene Schloss zur aufgehobenen Geschichte werden, wenn es zu diesem Zweck zunächst erst einmal materiell wieder hergestellt werden muss, um aufgehoben werden zu können in eine neue Zukunft an diesem Ort, dies aber den Abriss des Palastes der Republik zur Voraussetzung hat, der – noch als Rohbau, zu dem er wieder wurde – existente gebaute

Realität und Metapher jüngster deutscher Geschichte ist?“ *Aneignung* von Tradition bedeutet eigentlich per se Wandel, Verwandlung. „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.“

Von dem Kunsthistoriker Norbert Huse stammt die Bemerkung, eine häufige kulturgeschichtliche Erfahrung benennend: „Von der Gegenwart enttäuscht und ohne Vertrauen auf das Kommende, befriedigt die Gesellschaft ihr Utopiebedürfnis durch Geschichte.“ Beim Historismus des 19. Jahrhunderts etwa kam noch Angst vor dem Kommenden hinzu. In einer Zeit hoch gesteigelter individueller wie kollektiver Nervosität (Neurasthenie), Folge der sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts steigernden Modernisierung bzw. Technisierung mit ihrer das gewohnte Leben in Turbulenzen versetzenden „Schocks“, rekurrierte man auf Traditionsbestände, die man beim „Umzug“ in eine neue Zeit als Vertrautes und damit Absicherung vor dem Ungewissen „mitnahm“; so wurden etwa Fabrikbauten, Maschinen, Warenhäuser in anheimelndes biedermeierliches Dekor verpackt und die Wohnzimmer als altfränkische Klausen gestaltet – Orte der auf Innerlichkeit setzenden Flucht vor dem sozialdarwinistisch vorwärts stürmenden Zeitgeist.

Nun hat freilich generell Kultur nicht nur eine die Zukunft vorausaufklärende, damit das Stadium der Verunsicherung als positive Option empfindende Bedeutung; gerade in und mit der Bewahrung traditionellen Kultur-Guts gibt sie auch Halt, wie „Heimat“ sie gibt: Territorium für Seinsgewissheit. Angesichts von Gegenwart und Zukunft befriedigt die Gesellschaft dann ihr Bedürfnis nach Einwurzelung durch Nostalgie (rückwärtsgewandte Utopie).

Als nach 1945 unter dem Eindruck des nationalsozialistischen Verbrecherstaates, der Kultur als Fassade benützt und die Ästhetisierung der Barbarei betrieben hatte, die Frage aufgeworfen wurde, wie man denn Kultur überhaupt „aufheben“ könne, damit sie nicht wieder Abgründe kaschiere, sondern zur Erinnerungsarbeit beitrage, kam es über den Wiederaufbau des Goethe-Hauses in Frankfurt am Main zu einem auch heute noch wichtigen Diskurs. Er wirkte wie ein Brennspeigel, in dem die gegensätzlichen Gestaltungsvorstellungen der Modernisten und Traditionalisten gebündelt in Erscheinung traten – und nicht nur auf die Architekten bezogen. Ernst Beutler, Leiter des Goethemuseums und des Freien Deutschen Hochstifts, wollte eine naturgetreue Wiederherstellung des alten Baues, wobei das Fehlende imitiert werden sollte. Karl Jaspers, Ernst Robert Curtius, Max Planck stimmten dem Plan sofort zu; andere wandten sich gegen einen solchen Wiederaufbau. Reinhold Schneider schrieb: „Ist es nicht, als ob wir mit einer Lüge uns über unsere Verluste, unsere Schmerzen, das Unheil unserer Geschichte hinweghelfen wollten? ... Das Goethehaus wäre schwerlich gefallen, wenn wir uns des Dichters ehrfürchtig bewahrenden Sinn, seine Hingabe an die Menschlichkeit bewahrt hätten ... Wir können der Frage nicht ausweichen: Wäre eine solche täuschende Nachahmung des Geburtshauses in Goethes Sinn?“ Der Architekt Otto Bartning meinte: In der Diskussion gebe es ein Sowohl-als-auch; für den Architekten oder für den Bauhandwerker aber gelte nur

ein Entweder-oder. Zum Beispiel: Soll man bei der Wiederherstellung des Goethehauses alles lot- und waagrecht bauen, oder etwas altersschief? Die Stuckdecke, einst mit der Hand geformt: soll man sie weiß lassen wie zu Vater Goethes Zeiten, etwas angestaubt wie 1832 oder stärker angestaubt wie 1932? Soll bei der erhaltenen Zimmertür die neue Schwelle nun scharfkantig werden oder bereits etwas abgetreten? Kopiert man die übrigen Türen mit ihren Schnitzereien, wird man diese Tausendkünstler (im Kunsthandel Fälscher genannt) finden, die solche Nachahmungen täuschend echt zuwege bringen? ... Das Ergebnis, meinte Bartning, wäre ein Pseudo-Goethehaus, in dem man nicht mehr unterscheiden könne, was echt und was echt-imitiert sei. Der Wert des Goethehauses läge ja nicht in seinen stilistischen, baukünstlerischen Formen, die man der Gegenwart übermitteln wolle, sondern in der Atmosphäre, in den wehevollen Gefühlen, nun jene Schwelle zu überschreiten, die einst Goethes Fuß selbst berührt hat. Bartning schlug vor, auf dem Fundament des Goethehauses schlichte Räume herzustellen, die den früheren Proportionen und Lichtverhältnissen entsprechen und so in einer würdigen, neutralen Form die geretteten Möbel, Bilder und Geräte aufnehmen könnten. Bruno E. Werner formulierte in seinen „Gedanken über den Wiederaufbau“, Juli 1947: „Werden eines Tages an ihre Stelle Imitationen, Panoptikumstadtteile rücken? Oder wird man den Mut haben, das, was völlig vernichtet ist, einer versunkenen Zeit zu überlassen und stattdessen lebensvolle, neue architektonische Leistungen zu schaffen, die dem Geist der Gegenwart, den neuen Baustoffen, den neuen Aufgaben entsprechen?“

„Aufhebende“ Denkmalspflege ist jedoch weder mein Thema noch meine Kompetenz; ich ging nur darauf ein, weil ihre spezielle Problematik – bauliches Wegräumen oder Erhalten, Verfallenlassen oder Wiederherstellen bzw. verändernd Erneuern – bereits die allgemeine kulturelle bzw. kulturgeschichtliche Fragestellung im Verhältnis zur Tradition anzudeuten vermag.

Nun ist freilich Kultur nicht gleich Kultur. Agrargesellschaftlich geprägte Kulturen haben ein anderes Verhältnis zur Tradition wie städtisch (urban) fundierte. Die einen orientieren sich am bewährten Kreislauf des Gleichen; sie reproduzieren vor allem, was überliefert ist; wie die Alten, so sprechen, singen, dichten, malen auch die Jungen. Natürlich gibt es noch viele weitere Gründe für die Dominanz kultureller Tradition und damit des Vorbildes der Meister, denen man nachfolgt. Die anderen, hier herausragend die städtisch bestimmte europäische (abendländische) Kultur, setzen auf Fortschreiten, was als Fortschritt verstanden wird. Die „westliche“ Kultur hat mit ihrer „Modernität“ auch weit reichenden Einfluss auf andere Kulturen ausgeübt.

Ihr wichtigstes Charakteristikum ist Beschleunigung. „Speed“ – ein Begriff von magischer Faszination – ist jedem „Aufheben“, im Sinne von Bewahrung, Erhaltung konträr entgegengesetzt. Tradition ist die Verortung von Beharrendem, Verharrendem; dort will der beschleunigte Mensch gerade nicht sein, sondern anderswo: als global player agieren. Aber solche Spielpartitur ist heimat-, ort-, traditionslos. Italo

Calvino hat in seiner „Roman“ genannten Textesammlung „Die unsichtbaren Städte“ die Gefahr der durch den Geschwindigkeitswahn mit hervorgerufenen „Vertrudisierung“ beschworen:

„Hätte ich bei der Landung in Trude nicht mit großen Buchstaben den Namen der Stadt gelesen, ich hätte geglaubt, auf demselben Flughafen angekommen zu sein, von dem ich abgeflogen war. Die Vororte, durch die sie mich fahren ließen, waren nicht anders als die andern, die gleichen gelblichen und grünlichen Häuser. Den gleichen Hinweisschildern folgend, umfuhr man die gleichen Anlagen der gleichen Plätze. Die Straßen im Zentrum stellten Waren, Verpackungen, Schilder zur Schau, die in nichts anders waren. Es war das erste Mal, dass ich nach Trude kam, aber schon kannte ich das Hotel, in das ich geriet; meine Gespräche mit Käufern und Verkäufern... hatte ich bereits gehört und gesagt; schon andere, ganz gleiche Tage waren mit dem Blick durch die gleichen Trinkgläser auf die gleichen wabbelnden Bäuche zu Ende gegangen. Warum überhaupt nach Trude kommen? fragte ich mich. Und wollte schon wieder abreisen. ‚Du kannst abfliegen, wann du willst‘, wurde mir gesagt, ‚aber du wirst zu einem anderen Trude kommen, das Punkt für Punkt gleich ist, die Welt ist überdeckt von einem einzigen Trude, das nicht anfängt und nicht aufhört, nur am Flughafen den Namen wechselt.‘“

Im Netz der kulturellen Globalisierung – die Bewertung von „Netz“ ist bei der fangenden Spinne anders als bei der eingefangenen Fliege – pulsiert eine Kultur ohne nationale und regionale Schranken, mit universellen Bilderwelten und gleichen Mustern. Mehr als 500 Satelliten bestreichen gegenwärtig mit vielfach uniformen Bildern, Videoclips und Popmusik die Erde. Sportgroßveranstaltungen und Musiksendungen werden gleichzeitig weltweit ausgestrahlt; die gleichen „Seifenopern“ sieht man in New York, Tokio, Bombay oder in den Favelas von Rio de Janeiro. 800 Millionen Barbiepuppen propagieren das Schönheits- und Familienideal der weißen US-amerikanischen Mittelschicht. McDonald's gibt es nun nahezu überall auf der Welt, so wie überall Blue Jeans getragen und Coca-Cola getrunken wird. Die Welt erscheint als eine Waren-Welt. Als „McWorld“ oder „McDonaldisierung“ wird diese Tendenz kultureller Globalisierung abkürzend bezeichnet. Auch wenn man der globalisierten Zivilisation gewisse Standards nicht absprechen sollte, eine Kultur aufgehobener Tradition verendet wie die Fliege in einem solchen Netz.

Der Kulturarbeit bzw. Kulturpolitik in der Stadt erwächst so die besondere Aufgabe, eine Gegenposition zu beziehen und damit der „Vertrudisierung“ gegenzusteuern. Die Chancen dafür sind nicht schlecht; solange der Mensch noch nicht genetisch umcodiert, seiner essentials beraubt und Chip einer Matrixwelt ist, entwickelt er als Individuum und Kollektiv dialektisch Gegenkräfte, die ihn dem digitalen Netz entfliehen und eigen-artige und eigen-sinnige Ruhepunkte anstreben lassen. Jeder fünfte PC-Nutzer (22%) ist nach Horst W. Opaschowski überzeugt, dass das elektronische Surfen um die Welt am Ende heimatlos macht; die „Generation @“ sucht in ihrem Nomadentum neuen Halt: das kann und muss die überschaubare Stadt

sein, eine Stadt der Nachbarschaften. Mit dem Schwabinger Peter Paul Althaus, dem Schöpfer des „Dr. Enzian“, kann man solche topographische Verwurzelung so beschreiben:

*Dr. Enzian, als Existenzialist, beweist
den Begriff des Daseins, dass er nie verreist.
Wenn er reise, sagt er, würd' er fort sein
und sein Dasein wäre dann ein Dortsein.*

Wir sollten, meint der Stadtplaner Albert Speer in einem Aufsatz über die „intelligente Stadt“ („Zur Regiopole des 21. Jahrhunderts“), nicht den gleichen Fehler wiederholen, an dem die Moderne zu Anfang dieses Jahrhunderts letztendlich gescheitert sei; sie habe die Schaffung eines „neuen Menschen“ propagiert, der rational agiere und ohne Gefühle und Bindungen an die Geschichte das neue Zeitalter mit einer neuen Architektur und Lebenswelt akzeptiere. Doch sei die Stabilität der menschlichen Grundeinstellungen und Bedürfnisse generell, bei aller Anpassungsfähigkeit an Veränderungen, bedeutend stärker als die Propheten der Moderne meinten.

Der neue Mensch in Telepolis „arbeitet und erholt sich zwar in einer virtuellen Welt, die irgendwo und nirgends sein kann. Er ist ungebunden und findet seine Freunde über die Knoten im elektronischen Netz. Er teleshopt und telebankt, er studiert an der Tele-Uni, er stellt sich virtuell in die Tempel von Angkor oder vor die ‚Nachtwache‘ von Rembrandt. Er kommuniziert über Video und mit E-Mail, veranstaltet Videokonferenzen und liest ‚Focus‘ über CD Rom. Er ernährt sich von Pillen und Astronautenfood, nur richtiges Wasser muss er noch trinken. Vergessen sind das soziale Umfeld und die gesellschaftliche Verantwortung. Vergessen sind die persönlichen Begegnungen und Bindungen. Lange wird der alte Mensch es nicht aushalten, nur einen Teil seiner Sinne zu benutzen, und er wird frustriert wieder aussteigen. So kehrt er zurück in die reale Welt der fünf Sinne, die Begegnungen und der Erlebnisse der Stadt mit ihren besonderen Gerüchen, Lauten, ihrem Lärm, ihren Farben, Bäumen, Blumen, Plätzen, Straßen und Gebäuden.“

Odo Marquards „Kompensationstheorie“ besagt, dass der Mensch angesichts des beschleunigten Wandels der modernen Welt durch Rückgriff auf kulturelle Bestände die Modernisierungsschäden zwar nicht beheben, aber zu mildern vermag. Zukunft braucht Herkunft – als Gegengewicht zu dem factum brutum, dass Innovationsbesessenheit Zukunft immer mehr von Herkunft abtrennt. Damit soll der große Fortschritt, den die „schöne neue Welt“ mit sich brachte, u.a. die Möglichkeit, unabhängiger von Not, Schmerz und Mühe sein Leben gestalten zu können, nicht abgewertet werden. Doch muss immer wieder geprüft werden, wie viel Neues der Mensch in seinem Leben, das eben zu kurz ist („die Mortalität der menschlichen Gesamtpopulation beträgt nach wie vor 100 Prozent“), ertragen kann. Die Menschen in der wandlungsbeschleunigten Welt sind, anthropologisch gesehen, langsam; die moder-

ne Welt aber ist schnell. Weder die schnelle Welt noch den langsamen Menschen darf man abschaffen wollen. Wer die wandlungsbeschleunigte Welt negiere, verzichte auf unverzichtbare Überlebensmittel der Menschen. Wer den langsamen Menschen negiere, verzichte auf den Menschen. „Das bedeutet: in der modernen Welt, in der modernen Stadt vor allem, müssen wir beides leben: die Schnelligkeit (Zukunft) und die Langsamkeit (Herkunft). Es kommt gerade nicht darauf an, auf dem Wege einer Abwahl der modernen Welt – durch Revolution oder Ausstieg – die Spannung zwischen Schnelligkeit und Langsamkeit antimodernistisch loszuwerden; sondern es kommt ganz im Gegenteil gerade darauf an, in der modernen Welt die Spannung zwischen Langsamkeit und Schnelligkeit auszuhalten, indem wir in der modernen Welt – angesichts ihrer Wandlungsbeschleunigung – die Möglichkeit wahren, als Menschen langsam zu leben. Darum gehört zur modernen Welt inmitten ihrer Schnelligkeit – kompensatorisch – die Entwicklung von Formen, die es den Menschen erlauben, in dieser schnellen Welt langsam und in vertrauter Umgebung zu leben.“ Beispielhaft seien Kinder, für welche die Wirklichkeit unermesslich neu und fremd sei; sie kompensierten ihr Vertrauensdefizit durch die Dauerpräsenz von Vertrautem, zum Beispiel eines Teddybären. Die Stadt ist wirtlich, wenn sie ihre Zukunft auf Herkunft gründet; nach Marquard: vielen Teddybären Heimstatt bietet.

Kultur findet statt, wenn sie die dafür geeignete Stadt findet. Geeignet ist die Stadt, wenn sie kulturökologische Nischen bietet und fördert, denn diese ermöglichen die Symbiosen zwischen Mensch und Mensch sowie zwischen Mensch und Umwelt. Kulturorte sind herausragende stadtökologische Nischen:

- Die anthropologische Nische bekundet ein Bild vom Menschen, das kein Bild vom Menschen hat, aber diese Bildlosigkeit vom Menschen bildlich (sinnlich) vermittelt – innerhalb humaner Axiomatik; es geht um urbanen Pluralismus.
- Die ökologische Nische eliminiert nicht Interdependenzen, sondern fördert diese, und zwar so, dass ein Miteinander entsteht, das nicht „umkippt“, sondern Symbiosen ermöglicht; es geht um Solidarität, ethischen Utilitarismus (das größtmögliche Glück für die größtmögliche Zahl).
- Die wahrnehmungsästhetische Nische begreift Identität als die Quantität, Qualität und Kontinuität von Kleinereignissen; es geht um die Größe des Kleinen.
- Die topische Nische ermöglicht Privatheit, ohne sich deshalb von Öffentlichkeit abzukapseln, bzw. sich vor ihr einzumauern; es geht um die Wechselwirkung von Ich, Du, Wir.

Die Nische ist multikulturell, rhizomatisch („Wurzelgeflecht“ bewahrend und pflegend), identitätsstabilisierend. Kunst- und Kulturorte sind Nischen, weil in ihnen mit Hilfe von Bild, Wort, Ton die Vielfalt von Menschenbildern „angeboten“, jedoch nicht fundamentalistisch oktroyiert wird; sie sind ökologische Nischen, da sie sich vom Systemzwang und der Stereotypie absondern – Gegenorte, auch Fluchtorde, Ausscherorte. Die Addition und Integration von Kleinereignissen, also qualifiziert-topogene Identität, ist wichtig für die reale wie mentale Infrastruktur. Die Ni-

sche ist in das Stadtganze eingebunden und gut zugänglich; sie erschlägt nicht gewachsene Zusammenhänge, sie ist ein Teil von ihnen: sie lädt zum Verweilen ein; sie ist so gestaltet, dass sie Abkapselung verhindert und stattdessen in Verbund mit dem Gesamtraum bleibt.

Entschleunigung ist der Nischenbildung besonders förderlich; deshalb hat die historisch gewachsene Stadt viele Nischen; der „zügig“ entstandenen Stadt (z.B. Trabantenstadt) fehlt solche „Organik“. Doch kann man die Nischen (und Mäander) der organischen Stadt in ihren Wesenselementen abstrahieren und dann im Rahmen moderner Bauweise simulieren. Natürlich ist es fragwürdig, organische Prozesse künstlich zu imitieren, doch immer noch besser als rationalistische direkte Brutalität. Eine rigorose Verwirklichung des Grundsatzes „form follows function“ ist anthropologisch falsch, da das ästhetische wie emotionale „Verweilbedürfnis“ des Menschen dadurch missachtet wird. Ein Hauseingang, der direkt, „ohne Umschweife“, zur Treppe oder zum Lift führt, eine Eingangszone, die nicht durch Dekor zur „Adresse“ wird, eine Fußgängerzone, die nicht als Passage zum Flanieren auffordert, eine Straße, die nicht durch Bäume, Windungen „mäanderisiert“ ist – solche versäumte „Schleifen“ („Zierbänder“) verkennen humane Bedürfnisse, die sich als Wechselspiel von Einatmen und Ausatmen, Zustreben und Weiterstreben, Ausruhen und Anspannung beschreiben lassen.

Das Verweilen ist ein psychosomatischer Vorgang. Eine reich gegliederte Dachlandschaft, eine vor allem auch historische Entwicklungsstufen spiegelnde Fassade, eine immer wieder neue Ansichten darbietende Straße, ein farbig gestalteter, mit Grün durchwobener Hinterhof bewegt und befriedigt die Wahrnehmungsfähigkeit des Menschen; dazu kommen die akustischen Impressionen und die haptischen, z.B. durch Bodenbelag (Kies, Teer, Pflastersteine, Erde etc.). Befördert wird dadurch das Behagen im „Kulturraum Stadt“.

Beim Wohnen ist das „ganze Haus“, das Zusammenleben und Zusammenarbeiten verschiedener Generationen bzw. Altersstufen ermöglichend, ein historisch rückwärts orientierter, vielfach romantizierter Idealtypus – aufgrund der heute notwendigen Mobilität weder möglich noch sinnvoll. Im Gegenteil: gerade Nähe über Distanz humanisiert Familie, erleichtert geistig-seelische Zusammengehörigkeit. Auch die im mittelalterlich-städtischen Haus lokalisierte Einheit von Arbeit und Leben – unten Werkstatt mit Straßenkontakt, darüber der private Bereich, dann das Ausgedinge, Keller und Speicher als Vorratsraum, das Ganze durch die Stiege verbunden – würde das Zusammenleben kaum harmonisieren. Das ändert nichts an der Tatsache, dass das Grundmuster der „Vielfalt in Einheit“ sich als modern sinnvoll erweist, wenn dieses nicht zu stark „nestbezogen“ ist, sondern die strukturelle Durchmischung „entzerrt“ bleibt, die „Monaden“ in aufgelockerter Differenzierung zusammenfinden – also z.B. die verschiedenen Altersstufen, Berufsgruppen, Interessensorientierungen in einem Haus sich nicht gegenseitig beeinträchtigen. Osmose bedeutet Durchdringung *und* Blockierung.

Wenn etwa Junge, „Mittelalterliche“ und Alte, Arbeiter und Studenten, Nachtmenschen und Frühaufsteher, Musiker, Sportler und Bastler zusammenwohnen, bedarf es guter Schalldämmung wie verzweigter Zugänge. Rücksichtnahme ist nicht durch Sanktion, sondern durch Gratifikation zu erreichen. Um nicht zu laut zu werden, ist es notwendig, laut werden zu können. Einer polyzentrischen Landstruktur entspricht eine polyzentrische Stadtstruktur, einer polyzentrischen Stadtstruktur die polyzentrische Wohnagglomeration.

Das topogene Ineinander von Wohnen und Arbeiten, Dienstleistung und Vergnügen (mit den Topoi von „Stube“, Werkstatt, Laden, Passage, Gasthof etc.) bedarf der Parzellierung, sowohl horizontaler wie vertikaler Art. Funktionierende Städte sind nach Dieter Hoffmann-Axthelm „in der Regel kleinteilig gewachsene Städte. Wichtigster Baustein in diesem Wachstumsprozess ist die Parzelle, die groß genug ist, um wirtschaftlich bebaubar zu sein, aber möglichst klein, damit sie die maximale Flexibilität und Anpassungsfähigkeit der Stadt bieten kann.“

Die Nische lebt von der Durchmischung und Abgrenzung, von der Öffnung und dem Rückzug. Die Kommunikation der Schrebergartenkolonie besteht darin, dass sie Zäune und Hecken aufweist, dass Kommunikation über den Zaun stattfindet; das Begleitgrün dagegen ist kommunikationsfeindlich. Zielgruppendurchmischung darf nicht oktroyiert werden, muss jedoch möglich sein: der Kinderspielplatz z.B. als Treffort für alte Leute, bei gleichzeitiger Rückzugsmöglichkeit (Laube).

Kultur-Orte bieten im besonderen Maße die Möglichkeit der Integration. Die in der historischen Stadt dafür zum „Einnisten“ verhältnismäßig leicht beschaffbaren Gebäude (Werkstätten, Fabriken, Schuppen, Lager, Bürgerhäuser, Villen etc.) wären in der „künstlichen“ Stadt in Hinblick auf ihre Struktur nachzubauen, wobei der postmoderne Stil mit seiner Bereitschaft zum Zitat dem förderlich ist. Natürlich hat eine zitologische Architektur auch damit zu rechnen, dass sie wegen ihres Mangels an Originalität kritisiert wird, doch ist Eklektizismus in Zeiten der Normierung durchaus ein Vorteil. (Im Exkurs sei in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung der Licht-Nische hingewiesen: Beleuchtung als rein funktionaler Vorgang berücksichtigt zu wenig die auf „Erhellung“ sich projizierenden emotionalen Bedürfnisse; „Gemütlichkeit“ in der Stadt wird auch bewirkt durch Lichtgestaltung im Freien wie im Innenbereich, z.B. im Restaurant.)

Die vorhandenen Neubaugebiete bieten nur wenige, meist dürftige Beispiele für Nischenbildung. Die Ausbeute ist größer, wenn man auf ältere Neubaugebiete zurückgreift – vor allem dann, wenn man, wie z.B. im Märkischen Viertel in Berlin, aufgrund erheblicher Erosionsprozesse die Anstrengung des „Umbaus“ auf sich nahm.

Sehr ergiebig ist natürlich die Bestandsaufnahme von Beispielen aus historischen Städten; zunächst wären die „Nischenmerkmale“ zu kartieren: Simulationen mit den Teilelementen wären anzuschließen, topogene Modelle auszuarbeiten. Negative Beispielsammlungen befördern Kreativität e contrario, wobei natürlich nicht schon der Gegensatz zum Misslungen eine Lösung darstellt. (Die etwa bei Neubauwoh-

nungen früher zweck- und sinnlos „angeklebten“ Kleinbalkone sind keine „Frischluftnische“; als Abstellraum wäre ein begehbarer Schrank besser. Würde man sie jedoch einfach aus dem architektonischen Repertoire streichen, blieben Grundbedürfnisse unbefriedigt. Man könnte also die Fenster mit breit ausladenden, auch technisch gut bedienbaren „Pflanztrögen“ versehen, mit leichter Zugänglichkeit von innen. Das „Fenstergrün“ ergäbe einen Fensterbank-Kleingarten, der eine wohlthuende Außen- wie Innenwirkung hätte.)

„Schönheit ist offenbar am ergreifendsten, am deutlichsten dort, wo sie an die Grenzen zum Chaos vorstößt, wo sie ihre Ordnung freiwillig aufs Spiel setzt. Schönheit ist eine schmale Gratwanderung zwischen dem Risiko zweier Abstürze: auf der einen Seite die Auflösung aller Ordnung in Chaos, auf der anderen die Erstarrung in Symmetrie und Ordnung.“ Diese Feststellung von Friedrich Cramer betrifft auch die Schönheit der Nische, die sich als Denk-, Gefühls-, Handlungs- und Erfahrungsraum demokratischen Wohnens mehr als bisher erweisen könnte – Nische als ein Topos, der die Phantasie des Stadtplaners wie Architekten, des Stadt- wie Baumeisters zu inspirieren bzw. zu verstärken hätte.

Die Nische als Lokalisation der solidarischen Stadt wendet sich gegen die Stadt als „reine Geometrie“, ohne deshalb „geometrische Ordnungselemente“ zu missachten. Das Kapitel „Ordnung“ in Le Corbusiers 1926 veröffentlichtem Buch „Grundprobleme des modernen Städtebaus“ beginnt mit den Sätzen: „Wir behaupten, dass die Aufgabe des Menschen darin besteht, Ordnung zu schaffen und dass sein Handeln und Denken regiert werden von der Geraden und dem rechten Winkel ... Je weiter sich die menschlichen Werke vom unmittelbar Greifbaren entfernen, desto mehr neigen sie zur reinen Geometrie ... Die Stadt ist reine Geometrie. In Freiheit neigt der Mensch zur reinen Geometrie. Er schafft dann, was man Ordnung nennt.“ Zu wenig bleibt dabei beachtet, dass der „Mäander“, die Figuration von Windung und Schleife, viel mehr (da organischer) ordnungs- und identitätsstiftend ist.

„Zwei Gefahren“, sagt Paul Valéry, „drohen der Welt – Ordnung und Chaos.“ In Ersilia, heißt es bei Italo Calvino, spannten die Einwohner, um die Zusammenhänge festzulegen, die das Leben der Stadt regeln, Schnüre von Hauskante zu Hauskante, „weiße oder schwarze oder weiß-schwarze, je nachdem, ob sie Beziehungen von Verwandtschaft, Warenverkehr, Autorität oder Vertretung bezeichnen. Sind es dann so viele Schnüre, dass man nicht mehr durchkommt, gehen die Einwohner fort: Die Häuser werden abgebaut; es bleiben nur die Schnüre und die Halterungen der Schnüre.“

Die Parabel zeigt: Zu viel Ordnung, die zwangsläufig, systemrigoristisch, den Spielraum einengt, bringt Humanität zum Auszug. Die solidarische Stadt lebt von den Möglichkeiten der Selbstgestaltung und Mitgestaltung; sie ist gefährdet, wenn Stadtplanung zu einer penetranten Überpädagogik wird, bei der systematisch und prinzipiell denkende Oberhirten vorgeben zu wissen, wie man die menschliche Herden laben und tränken müsse, wie diese zu wohnen, zu arbeiten und sich zu vergnü-

gen habe. Die Richtigkeit und Wichtigkeit einer exakten Planung für Wasserleitung und Kanalisation rechtfertigt noch nicht die ästhetische Kanalisierung des Geistes. Deshalb ist der babylonische Aufstand immer ein wichtiges Korrektiv von Bebauungsplanideologie.

Das Plädoyer für die solidarische Stadt als chaotischer Stadt ist im Sinne der Chaos-Theorie nicht „ordnungswidrig“; Ordnung wird jedoch als ein Beziehungsgeflecht einer geradezu unendlichen Anzahl von Interdependenzen begriffen. Kleine Abweichungen und Veränderungen in den Anfangsbedingungen bewirken große Unterschiede in den Phänomenen. Es kommt also darauf an, eine höchst differenzierte Entwicklung von Ordnung zu ermöglichen und sie nicht durch rigorose Abstraktionen zu verhindern (also zum Beispiel nicht Flächensanierung, sondern Punkt-sanierung). Der Leitbegriff kann (von James Joyce geprägt) „Chaosmos“ sein.

Chaos, so Kazuo Shinohara, sei eine Grundbedingung der Stadt. Mag damit auch die Tokioer Wirklichkeit im psychoanalytischen Sinne „rationalisiert“ werden – der Grundgedanke „progressiver Anarchie“ sollte bei jeder Stadt-Ansicht zumindest als Korrektiv für hybride Ordnungsvorstellungen mitschwingen; sonst hätte nämlich die Genialität des Unsystematischen, des Irritativen, des Provokativen wenig Chancen. Stadtarchitektur lebt weniger von Reglementierungen und Normierungen als von der Kreativität derjenigen, die realiter entwerfen und bauen, den Entwurfs- und Bau-meistern. Es wäre schlecht, wenn Vasari, mit dem Mut, vorgefundene räumliche Situationen radikal zu verändern (wie weiland mit den Uffizien am Piazza della Signoria) innerhalb starr-administrativer Taxonomie keine Bauermutigung, keine Baugenehmigung mehr erhielt.

Die Zukunft, so Ernest Rogers, sei keine lineare Fortsetzung der gegenwärtigen Ereignisse. Das System unseres Lebens könne weder statisch noch absolut sein. Wir müssten der Zukunft ausreichende Freiheiten einräumen, damit sie sich als ein Ergebnis der dialektischen Entwicklung der Ereignisse frei entfalten. „Wir müssen Stadtpläne entwerfen, die nicht versuchen, die Formen der Zukunft festzulegen, sondern mit Hilfe von begrenzten, präzisen Vorgaben den freien Wandel der Beziehungen zwischen den vielzähligen Faktoren unserer Existenz begünstigen.“

Die Stadt ist durch Gestaltverlust gefährdet, die Stadt kann durch Gestalt solidarisieren – wenn sie Wahrnehmung ermöglicht (was z.B. bei Gestaltlosigkeit nicht der Fall ist). Wolfgang Welsch hat deutlich gemacht, dass der Verlust des Ästhetischen (von Gestaltwahrnehmung) in der modernen Welt mit ihren künstlichen Paradiesen via Ästhetik, zum Beispiel Warenästhetik, erfolgen kann. Eine vereinseitigte, das Essentielle von Ästhetik, nämlich die Dreieinheit des Guten, Schönen und Wahren missachtende Oberflächenästhetik – „Manhattanization“ zum Beispiel (einschließlich sozialer Ungerechtigkeit, also einer umgekippten Stadt) – anästhetisiert:

„Anästhetik‘ verwende ich als Gegenbegriff zu ‚Ästhetik‘. ‚Anästhetik‘ meint jenen Zustand, in dem die Elementarbedingungen des Ästhetischen – die Empfindungsfähigkeit – aufgehoben ist. Während die Ästhetik das Empfinden stark macht,

thematisiert Anästhetik die Empfindungslosigkeit – im Sinn eines Verlusts, einer Unterbindung oder der Unmöglichkeit von Sensibilität, und auch dies auf allen Niveaus: von der physischen Stumpfheit bis zur geistigen Blindheit. Anästhetik hat es, kurz gesagt, mit der Kehrseite der Ästhetik zu tun. Daher ist Anästhetik von drei anderen, benachbarten Positionen zu unterscheiden. Sie ist erstens keine Anti-Ästhetik: Sie verwirft die Dimension des Ästhetischen nicht pauschal. Zweitens geht es ihr auch nicht um das Un-Ästhetische – also das nach ästhetischen Kriterien als negativ Qualifizierte. Und drittens hat sie es auch nicht einfachhin mit Nicht-Ästhetischem zu tun, also mit solchem, was keinerlei Bezug zu ästhetischen Fragen hätte. Unter dem Titel des Anästhetischen geht es vielmehr um das grenzgängerische Doppel der Ästhetik selbst.“

Wenn man den „nischologischen“, „chaosmologischen“, die ästhetische Erziehung des Menschen implizierenden Kulturbegriff ins Anthropologische weiterführt bzw. in Anthropologie einmünden lässt, ergibt sich die Forderung nach einer Gesellschaft, die wieder den ganzen Menschen zur Entfaltung zu bringen sucht.

Das bezieht sich vor allem auf seine Fähigkeiten als Vernunftwesen. Vernunft hat sich – darauf haben schon Max Horkheimer und Theodor W. Adorno hingewiesen – im Laufe der letzten zwei Jahrhunderte vereinseitigt: Die „Dialektik der Aufklärung“ besteht darin, dass sich einseitig „instrumentelle Vernunft“ durchgesetzt hat, als eine Denk- und Handlungsweise, die „zweckhaft“ ist und Sinnfragen vernachlässigt. Was wir warum mit welchen Mitteln tun, woher wir kommen und wohin wir gehen, findet zu wenig Beachtung. Man überantwortet sich kopflosem Aktivismus. Die analytische Vernunft, die alles zergliedert und zerteilt, in Teilstücken Perfektion erreicht, hat zwar den zivilisatorischen Fortschritt ermöglicht; ob in der Produktion, der Politik, der Verwaltung, in allen Bereichen der Wissenschaft – der Spezialist hat das Sagen; wir profitieren in unserer materiellen und physischen Befindlichkeit sehr davon; aber ohne eine Gleichgewichtigkeit mit anderen Möglichkeiten vernünftigen Handelns, antizipatorische, historische, intuitive Vernunft mit umfassend, verkümmert der Möglichkeitssinn, der ein Pendant zum Wirklichkeits-sinn sein müsste. Der homo faber mit seiner Liebe zur Geometrie und der homo oeconomicus mit seinem Drang nach Effizienz sollte zugleich auch homo ludens sein, der Leben als bunte Vielfalt, spielerisches Verweilen begreift und an „Teddybären“ sich erfreut.

Ort (Ermöglichungsraum) solchen Daseins ist vor allem die „aufgehobene“ historische Stadt, die sich im Netz der Globalisierung nicht verstrickt (was natürlich nicht ausschließt, dass sie dort, wo es Nutzen bringt, sich einklinkt) – eine für Menschen gebaute Stadt. (Schon 1972 hat man auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetags unter dem Motto „Rettet unsere Städte jetzt!“ davor gewarnt, die organische Stadt mit ihren gewachsenen Kommunikationsstrukturen wegzusaniieren. John Kenneth Galbraith sprach damals anhand der amerikanischen Stadtentwicklung von der Gefahr, dass aus Metropolis, der Stadt, der Künste voll, über Pro-

fitopolis und Megalopolis schließlich Nekropolis, eine Stadt der toten Seelen werde.) Diese Stadt ist geprägt von Werkstatt-Gesinnung und -Gesittung; Stadt als Werkstatt. In „Wilhelm Meisters Wanderjahren“ hat Goethe die Werkstatt, auch Werkstatt-Stadt-Idee ideal-typisch, durchaus auch realutopisch, beschrieben: „Trachte jeder, überall sich und andern zu nutzen.“ Und: „Was der Mensch auch ergreife und handhabe, der einzelne ist sich nicht hinreichend, Gesellschaft bleibt eines wackern Mannes höchstes Bedürfnis. Alle brauchbaren Menschen sollen in Bezug untereinander stehen, wie sich der Bauherr nach dem Architekten, und dieser nach Maurer und Zimmermann umsieht. Und so ist denn allen bekannt, wie und auf welche Weise unser Bund geschlossen und gegründet sei; niemand sehen wir unter uns, der nicht zweckmäßig seine Tätigkeit jeden Augenblick üben könnte, der nicht versichert wäre, dass er überall, wohin Zufall, Neigung, ja Leidenschaft ihn führen könnte, sich immer wohl empfohlen, aufgenommen und gefördert, ja von Unglücksfällen möglichst wieder hergestellt finden werde.“

Erika Spiegel

Baukultur oder Baukulturen?

Zum Verhältnis von Architektur und „anonymem Bauen“ in Tradition, Moderne und Nachmoderne

1. Zum Verständnis von Baukultur

Baukultur und Ästhetik

Auch wenn der Begriff „Baukultur“ zur Zeit nicht ohnehin in aller Munde wäre: Stadtkultur ist weder von ihrem Ursprung noch von ihren heutigen Ausdrucksformen her loszulösen vom baulichen Erscheinungsbild der Stadt. Das bauliche Erscheinungsbild der Stadt aber ist Ergebnis und Ausdruck der jeweiligen Baukultur. Baukultur beschränkt sich dabei auch nicht, wie zu Recht in dem so genannten Statusbericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur Initiative „Architektur und Baukultur“¹ immer wieder betont wird, auf das bauliche Erscheinungsbild als solches, sie bezieht auch die Verfahren und Regeln mit ein, die bei der Herstellung der gebauten Umwelt zum Tragen kommen. Baukultur sei Verfahrenskultur, heißt es denn auch verschiedentlich. Und wer je die Habilitationsschrift von Wolfgang Braunfels „Mittelalterliche Stadtbaukunst in der Toscana“² gelesen hat, wird wohl auch mit am stärksten beeindruckt gewesen sein von dem ausgeklügelten Regelwerk, mit dessen Hilfe in Florenz, Siena, Pisa oder Lucca auch private Bauherren dazu angehalten wurden, ihre Wünsche nach Erkern, Arkaden und Außentritten und was sonst der Verschönerung ihrer Häuser dienen sollte, den Vorstellungen der Räte über eine Gestaltung der Straßen und Plätze anzupassen, die eher die Harmonie des Ganzen im Blick hatten. Insofern ist Baukultur aber auch nicht zu lösen von den Schönheitsvorstellungen, die dabei verwirklicht werden sollten, weder denen der Bauherren, die damit ihr eigenes Ansehen mehren wollten, noch denen der Räte, die eher das Ansehen der Stadt im Sinn hatten – wobei man sich daran erinnern muss, dass dies oft die gleichen Personen waren. Wenn im Florenz des 13. Jahrhunderts, bei knapp 40.000 Einwohnern, allein fünf gesetzgebende Körperschaften mit insgesamt 676 Mitgliedern tätig waren, die jedes halbe Jahr neu

1 Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) / G. Köhler (Verf.), Baukultur in Deutschland I. Statusbericht Langfassung. Bestandsaufnahme, Tendenzen, Empfehlungen, Bonn 2002.

2 W. Braunfels, Mittelalterliche Stadtbaukunst in der Toscana, Berlin 1953.

gewählt wurden und in denen kein Mitglied zweimal hintereinander dem gleichen Ausschuss angehören durfte, so konnten sich die Schönheitsvorstellungen kaum allzu weit voneinander entfernen.

Wenn Baukultur heute besonders gepflegt und gefördert werden soll, so stehen dabei jedoch weniger baukünstlerische Aspekte im Vordergrund. Im Gegenteil. Baukultur sei nicht, so heißt es jedenfalls in dem erwähnten Statusbericht, zu verwechseln mit Baukunst, und sie habe, dies wird noch häufiger betont, auch nichts zu tun mit Ästhetik. Dabei wird die dezidierte Ausklammerung des Ästhetischen damit begründet, dass es in einer demokratischen, pluralistischen Gesellschaft, und erst recht in einem demokratisch verfassten Staatswesen nicht um die Normierung dieses oder jenes ästhetischen Ansatzes, um eine Art „baukultureller Leitkultur“ gehen könne und dass eine Pluralität ästhetischer Ansätze geradezu zum Wesensmerkmal demokratischer Gesellschaften gehöre. Insofern wird das Verhältnis von Baukultur und Ästhetik auch nur in einem kurzen Abschnitt unter der Überschrift „Baukultur und Geschmack“ behandelt. Stattdessen wird immer wieder auf die entscheidende Bedeutung der „Qualität“ des Gebauten auch und gerade im Sinne einer qualitätvollen Gestaltung verwiesen – allerdings ohne genauere Erläuterung, was denn in diesem Zusammenhang unter Qualität zu verstehen sei.

So verständlich diese Ausklammerung des Ästhetischen aus dem Blickwinkel einer Initiative ist, als deren Partner berufsständisch und anders fachlich engagierte Verbände zeichnen, die sich kaum mit gestalterischen Richtungskämpfen zwischen ihren Mitgliedern aufhalten können, dass sie nur begrenzt den Auffassungen eben dieser Mitglieder entspricht, zeigen manche der im gleichen Zusammenhang veröffentlichten Interviews mit einzelnen Baufachleuten, vor allem Architekten, in denen Baukultur nun gerade als „ästhetischer Begriff“ verstanden wird und in denen viel von Gestalt und Gestaltung die Rede ist.³

Baukultur als „Produktion von und Umgang mit der gebauten Umwelt“

Entscheidender aber ist, und dies wird sicher zu Recht betont, dass es bei Baukultur nicht nur um einzelne architektonisch herausragende Bauwerke gehen kann, sondern, allgemeiner und umfassender, um die „Produktion von und den Umgang mit der gebauten Umwelt“ insgesamt. Insofern äußert sich Baukultur auch nicht nur in

3 Der Verfasser des Berichts, ein ausgewiesener Fachmann auf dem Gebiet der neueren Architekturgeschichte und –theorie, mag es ohnehin manchmal schwer gehabt haben, die Balance zwischen regierungsamtlichem Auftrag, Erwartungen der Verbände, die der Initiative partnerschaftlich verbunden sind, und der eigenen Fach- und Sachkenntnis zu finden. Insofern lohnt es sich aber auch, den Bericht genau zu lesen. Viele der für ein breiteres Verständnis von Baukultur beherzigenswerten Wahrheiten finden sich in Nebensätzen.

Gebäuden, sondern ebenso in Straßen, Plätzen, Brücken, Heizkraftwerken und Müllentsorgungsanlagen, und sie ist auch nicht nur Sache der Architekten, sondern ebenso Sache der Ingenieure, Landschaftsarchitekten, Städtebauer und Stadtplaner und aller anderen Berufsgruppen, die sich von Berufs wegen mit der Herstellung von „gebauter Umwelt“ befassen. Aber nicht nur das, sie ist ebenso Sache der Bürger, die daher auch möglichst früh, und zwar schon bei der Zielsetzung wichtiger Baumaßnahmen und nicht erst, wenn die Ergebnisse zu beurteilen sind, an dem Produktionsprozess beteiligt werden sollen. „Beteiligt werden“ – das heißt demnach, Ziele mit formulieren, Ergebnisse mit beurteilen, durchaus auch kritisch. Vom Bürger als Bauherren ist in diesem Zusammenhang allerdings weniger die Rede, und wenn, dann in erster Linie als Unternehmer oder Investor größerer Bauvorhaben, deren Standort, Volumen, Gestaltung – und Kostenrahmen! – vielleicht nicht den Vorstellungen der Stadtplanung und auch nicht denen der angesprochenen Architekten entspricht und dem sie daher in einer Art Hassliebe verbunden sind.

Der Bürger als Bauherr

Noch weniger allerdings ist die Rede vom Bürger als Bauherr seines eigenen Hauses. Immerhin waren, zum Beispiel in Baden-Württemberg im Jahr 2000 57% der insgesamt vorhandenen Wohngebäude Einfamilienhäuser, 25% Zweifamilienhäuser, nur 18% Mehrfamilienhäuser. Und Baden-Württemberg steht damit nicht allein. In den westdeutschen Flächenländern liegt der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser an der Gesamtzahl aller Wohngebäude überall zwischen 78% (Nordrhein-Westfalen) und 89% (Rheinland-Pfalz), in der Bundesrepublik insgesamt waren es 82%, immerhin 13,4 von insgesamt 16,4 Mio. Wohngebäuden. Und auch wenn von diesen Ein- und Zweifamilienhäusern ein beträchtlicher Teil von Wohnungsbauunternehmen gebaut und erst dann an die Eigentümer verkauft worden ist, der „Häuslebauer“ in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen zählt nach Millionen, und diese Millionen legen Wert darauf, ihre eigenen Bauherren zu sein. Die von den einschlägigen Verbänden gelegentlich ins Spiel gebrachte Zahl von 97% aller Einfamilienhäuser, die ohne Einschaltung eines Architekten gebaut würden⁴, bezieht sich zwar vermutlich nur auf freischaffende Architekten. Es bleiben aber immer noch genug Häuser, die nur mit dem rechtlich und technisch erforderlichen Mindestmaß an professionellem Beistand das Licht der Welt erblickt haben – oder auch in den Fabrikhallen von Fertighausproduzenten.

4 Vgl. Statusbericht (s. A 1), S. 82.

2. Baukultur oder Baukulturen?

Baukultur als Alltagskultur

Spätestens hier wird deutlich, dass der Begriff der Baukultur einer Differenzierung bedarf, und zwar einer ähnlichen Differenzierung, wie sie in anderen kulturellen Bereichen schon lange üblich ist. Nicht erst, aber mit besonderem Nachdruck in den späten 1960er und 1970er Jahren ist gerade von verantwortlichen kommunalen Kulturpolitikern immer wieder daran erinnert und auch mit Verve dafür gekämpft worden, dass nicht nur die so genannte Hochkultur, nicht nur Theater, Museen, Opern- und Konzerthäuser der öffentlichen Pflege und Förderung bedürfen, sondern auch das, was man damals gelegentlich als „Alternativkultur“ bezeichnete, später dann eher als Amateurkultur, Populärkultur, Alltagskultur, oder auch etwas ausgefeilter als „populäre Kulturäußerungen“ oder „künstlerisches Laienschaffen“.⁵ Selbst wenn man seinerzeit damit vor allem die Anerkennung und Förderung von Kulturläden, Ökogruppen, Fraueninitiativen, Geschichtswerkstätten oder auch Jazzbands im Auge hatte, im Prinzip ging und geht es ebenso um Männerchöre, Blaskapellen, Laienspielgruppen, nicht nur um Beethoven und Schönberg, sondern auch um Musicals, Schlager und Songs. Und bei genauerem Hinsehen ist diese Doppelbedeutung des Kulturbegriffs ja auch keineswegs neu. Immer hat es nebender viel beachteten Hochkultur auch eine weniger beachtete Volkskultur gegeben, die Kultur der einfachen Leute, des gemeinen Volks, deren sich jedoch im allgemeinen weniger die Musik-, Literatur- oder Kunstgeschichte angenommen hat als die Volkskunde, die dort ein umso reicheres Betätigungsfeld fand.

Es fällt allerdings auf, dass bei der Vielzahl der „populären Kulturäußerungen“ und der Vielfalt des „künstlerischen Laienschaffens“, die damit wieder ins Blickfeld gerieten, vom Bauen – in welcher Form auch immer – nicht die Rede ist. Dabei gab es auch im Bauwesen eine alte Tradition, die zwischen Architektur als Baukunst, die als Kulturzeugnis hohen Ranges gewürdigt wurde, und einem „anonymen“ Bauen unterschied, das vor allem auf dem Lande zu Hause war, ohne dass damit jemals der Name eines Baumeisters hätte verbunden werden können. Wer allerdings heute nach einem zeitgemäßen Begriff für dieses „anonyme“ Bauen sucht, das ja durchaus seine Parallelen im „Häuslebau“ hat, gerät in bezeichnende Schwierigkeiten. Die meisten der in diesem Zusammenhang gebrauchten Begriffe sind mit so vielen negativen Assoziationen verbunden, dass sie sich einer unbefangenen Verwendung nahezu entziehen: die Laienkultur mit der spezifischen Geringschätzung des Laien, mit

⁵ Vgl. Wie funktioniert das? Städte, Kreise und Gemeinden, Mannheim 1986, Art. „Kommunale Kulturpolitik“ und „Alternative Kulturförderung“.

der die Fachleute, ob Internisten, Steuerberater oder Soziologen – oder eben auch Baufachleute – ihr Selbstverständnis, ihren sozialen Status, vor allem aber ihr Monopol auf die Kenntnis der „richtigen Lösung“ begründen, die Populärkultur mit der ebenfalls nicht sehr hohen Wertschätzung, die das Populäre unter gebildeten Menschen genießt, und die „niedere“ im Gegensatz zur „hohen“ Baukultur mit ihrer Nähe zum niederen Volk erst recht. Am neutralsten – wenn auch sicher nicht am präzisesten – stellt sich noch der Begriff der Alltagskultur dar, dies auch wegen seiner Nähe zur Alltagsgeschichte, dem Alltagswissen, dem Alltagshandeln, die inzwischen weit hin fachliche Anerkennung und auch Eingang in die Wissenschaftssprache gefunden haben.

„Häuslebau“ – ein baukulturelles Niemandsland?

Diese Anerkennung und Würdigung des Alltäglichen in anderen Kulturbereichen steht allerdings in einem merkwürdigen Kontrast zu der Geringschätzung, die das alltägliche Bauen, und das heißt eben auch: das Bauen der Millionen von „Häuslebauern“ heute in der architektonischen Fachwelt genießt. Dort wimmelt es von – milde ausgedrückt – Unfreundlichkeiten. Von einer populistischen oder kitschigen Variante des Bauens ist die Rede, von Zeugnissen schlechten oder, kaum besser, Publikumsgeschmacks, von ästhetischer Umweltverschmutzung – nicht Kultur, sondern Unkultur also. Und wer sich an die Ausstellung „Heimat, deine Häuser“ erinnert, wird sich im Nachhinein vielleicht wundern, mit welcher Glaubensgewissheit damals die Herzensangelegenheiten des gemeinen Volks aufgespießt und an den Pranger gestellt wurden, und wer die so genannten „letzten Seiten“ mancher Bauzeitschriften bis in die neuesten Ausgaben hinein verfolgt, auch. Dabei wird jeder, der solche Zeugnisse baulicher Unkultur von innen gesehen hat, wissen, dass sie im Hinblick auf die Solidität – inzwischen auch: Umweltverträglichkeit – der verwandten Materialien und die Qualität der Bauausführung keinen Vergleich zu scheuen brauchen, und dass auch die Grundrisse, bis hin zur Umbau- und Erweiterungsfähigkeit bei sich ändernden Familien- oder finanziellen Verhältnissen, einiges an Lebensweisheit erkennen lassen. Qualitäten also, die jeder Ethnologe bei fremden Völkern als Kulturleistung hohen Ranges bewerten würde – nicht anders übrigens als die Anlage und Pflege eines Gartens, die meist damit verbunden ist, auch. Wenn nicht das Innere, das Äußere der Häuser ist es also offenbar, das das Missfallen der Fachwelt hervorruft.

Dabei wird der Vorwurf von Kitsch und schlechtem Geschmack häufig noch mit dem politisch-moralischen Verdikt der kleinbürgerlichen Enge, des Rückzugs ins Private, des überzogenen Individualismus verbunden – ohne dass Nachweise dafür erbracht würden, dass, zum Beispiel die Wahlbeteiligung oder die Vereinszugehörigkeit, das ehrenamtliche Engagement oder die Spendenfreudigkeit in Einfamilien-

hausgebieten geringer wären als anderswo. Und der Vorwurf wird auch noch dadurch bekräftigt, dass dem Einfamilienhaus die Hauptverantwortung für die Suburbanisierung zugewiesen wird – obgleich inzwischen bekannt ist, dass sich die Mehrzahl der Umlandwanderer nicht aus Häuslebauern, sondern aus Haushalten zusammensetzt, die auch nach dem Umzug kaum seltener in einem Mehrfamilienhaus und zur Miete wohnen als zuvor.

Bauliche Alltagskultur und historische Stadt

Wenn aber eine ernsthafte und vorurteilslose Auseinandersetzung mit den Geschmacksrichtungen und den Ausdrucksformen eines so großen Teils der Bevölkerung für alle gebauten Umwelten wichtig – und überfällig – ist, so für die historischen Städte in besonderem Maße. Zunehmend kann es dort ja nicht mehr nur um die Erhaltung und Nutzung der historischen, meist unter Denkmalschutz stehenden Bestände gehen, sondern auch um die Ergänzung, ob durch die Füllung von Baulücken oder die Abrundung von ganzen Blocks. Für diese stehen heute kaum noch öffentliche Bauherren oder kommunale Wohnungsbauträger, die man vielleicht noch an die Leine nehmen könnte, zur Verfügung. Zunehmend kommen dafür nur noch private Bauherren in Frage, und wenn man die Größe der meisten Parzellen und den Maßstab der benachbarten Bebauung im Auge hat, um eben solche privaten Bauherren, die ihr eigenes Haus bauen wollen und damit bisher auf das Umland ausgewichen sind. Und diese privaten Bauherren haben heute, wo zunehmend nicht mehr Wohnungen, sondern Bewohner Mangelware sind, eine große Zahl von Wahlmöglichkeiten, mehr Wahlmöglichkeiten jedenfalls als in den 150 Jahren zuvor.

Dass sich der Wunsch nach dem eigenen Haus trotzdem – oder gerade deswegen – nicht nur auf das Umland der Städte und das Einfamilienhaus im Grünen richten muss, hat gerade eine im Auftrag des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung durchgeführte Untersuchung zur „Wohneigentumsbildung und Stadterneuerung in den neuen Bundesländern“ gezeigt.⁶ Fast überall gab es Interessenten für Einfamilienhäuser auch in innerstädtischen Erneuerungsgebieten – dies allerdings nur dann, wenn die Preise nicht viel höher sind als bei einem Neubau im Umland, wenn damit auch private Aufenthaltsmöglichkeiten im Freien und Stellplätze für den PKW verbunden sind und schließlich wenn, hier von besonderem Interesse, die Auflagen des Denkmalschutzes und die Gestaltungsvorschriften der Bauämter nicht so streng sind, dass sie den Eigentümern nicht ähnliche Spielräume zur Verwirklichung eigener Geschmacksvorstellungen lassen, wie sie sie bei jedem Neubau auf der grünen Wiese haben.

6 Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), *empirica Wirtschaftsforschung und Beratung GmbH Berlin* (Bearb.), *Wohneigentumsbildung und Stadterneuerung in den neuen Bundesländern*, Bonn 2002.

3. Zum Verhältnis von Hochkultur und Alltagskultur in der neueren Baugeschichte

Woran aber orientieren sich die Geschmacksvorstellungen, die hier verwirklicht werden wollen? Das Verhältnis – oder auch Nicht-Verhältnis – zwischen baulicher Hoch- und baulicher Alltagskultur soll im folgenden wenigstens in einigen Sätzen an drei Stilrichtungen verdeutlicht werden, die die neuere und neueste Baugeschichte weithin geprägt haben und die daher auch in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen noch überall präsent sind, und zwar:

- dem Traditionellen Bauen als dem Bauen in Anlehnung an historische oder regionale Vorbilder, das sich um 1900 zunächst im sog. Heimatstil manifestierte, sich später aber weitgehend aus dessen politischen und ideologischen Fallstricken befreit und auf gewisse konstruktive und dekorative Elemente beschränkt hat, wie sie am ehesten im aus England importierten Landhausstil zum Ausdruck kommen;
- der klassischen Moderne, vor allem in Form des Neuen Bauens, wie es zwischen 1920 und 1925 in Deutschland vom Bauhaus entwickelt und später unter der Bezeichnung International Style weltweit rezipiert wurde;
- der Postmoderne, die etwa seit 1970 und in entschiedener Opposition zu dieser Moderne zunächst in den Vereinigten Staaten, dann aber auch in Europa und der Bundesrepublik neue Akzente setzte, inzwischen aber weitgehend in einer zwar weniger provokanten, darum aber umso vielgestaltigeren Nachmoderne aufgegangen ist.

Traditionelles Bauen

Dabei kannte und kennt das traditionelle Bauen eine ästhetische Kluft zwischen einer architektonischen Hoch- und einer Alltagskultur kaum. Die Villen und Landhäuser der Ober- und oberen Mittelschicht, die vor und nach dem Ersten Weltkrieg von Hermann Muthesius, Heinrich Tessenow, Paul Bonatz, Paul Schmitthenner und einer großen Zahl ähnlich orientierter Architekten gebaut wurden, unterscheiden sich zwar in der Größenordnung, in der Vielzahl und Vielfalt der Gliederungselemente, in der Qualität der verwendeten Materialien von den bescheideneren Einfamilienhäusern der gleichen Zeit, nicht aber in den elementaren Gestaltelementen, den geneigten Dächern, den Gauben, Erkern, Fenstern und Fensterläden. Und auch die Garten(vor)städte, die um die gleiche Zeit vermehrt gebaut werden, bestehen ja zu einem großen Teil aus Ein- und Zweifamilienhäusern, die sich fast nahtlos in diese Tradition einfügen. Eine Tradition in jedem Falle, die sich solcher Zustimmung erfreute, dass sie, auch als sich die architektonische Avantgarde längst davon verabschiedet hatte, fast unverändert weitergebaut wurde, nicht nur in den 1920er und 1930er Jahren, sondern bis tief in die Nachkriegszeit hinein. Wer etwa die Klein-

siedlungen der 1950er und 1960er Jahre mit den Musterhäusern von Tessenow aus „Hausbau und dergleichen“ von 1915 vergleicht, wer die Landhäuser, die sich eine allmählich wieder zu Geld gekommene Ober- und obere Mittelschicht im Taunus oder am Starnberger See bauen ließ, mit denen ihrer Vorgänger in Zehlendorf oder Schlachtensee vergleicht, der wird mehr Verbindendes als Trennendes finden.

Klassische Moderne

Diesem traditionellen Bauen gegenüber ist die klassische Moderne, ist das „Neue Bauen“, wie es vor allem durch das Bauhaus vertreten wurde, zwar mit dem machtvollen Anspruch angetreten, mit seiner radikal neuen Formensprache nicht nur die kulturelle Avantgarde, sondern auch und gerade „die Massen“, und das heißt vor allem: die Arbeiterschaft zu erreichen und die ungezählten Manifeste, Programme, Flugschriften, die Musterhäuser, Musterwohnungen, Musterküchen, auf die größte Sorgfalt verwandt wurde, legen davon beredtes Zeugnis ab. Dabei ging es auch nicht nur darum, die Adressaten aus den elenden Wohn- und Lebensverhältnissen der meisten Arbeiterviertel zu befreien, sondern mindestens ebenso sehr darum, sie von all dem falschen Zierrat, den Schnörkeln und Ornamenten, die sie den bürgerlichen Vorbildern abgeschaut hatten, zu erlösen. Dabei war man auch keineswegs auf den Geschossbau festgelegt. Die Römerstadt in Frankfurt am Main, Dammerstock in Karlsruhe, Onkel Tom's Hütte in Berlin – und viele andere mehr –, bestanden nicht zum geringsten Teil aus Einfamilienhäusern, wenn auch fast immer in Form von Reihenhäusern und meist zum Vermieten bestimmt.

Wenn trotzdem die Resonanz zumindest bei denen, für die diese Siedlungen gedacht waren, relativ bescheiden blieb, so – ganz abgesehen davon, dass die Wohnungen für viele von ihnen noch immer zu teuer waren – zum einen sicher deswegen, weil die Zeit, in der das Neue Bauen eine Breitenwirkung hätte entfalten können, zu kurz und die Bautätigkeit durch die Rezession Ende der 1920er Jahre fast zum Erliegen gekommen war, weniger vermutlich durch den politischen Gegenwind, der den als Kulturbolschewisten gebrandmarkten Architekten entgegen blies. Zum anderen aber auch deswegen, weil die Formensprache, derer sich das Neue Bauen bediente, der Mehrheit der Bevölkerung fremd war und blieb. Dass man mit Dekor und Ornament vielleicht auch Symbol- und Bedeutungsgehalte, zumindest Anmutungsqualitäten verbannt hatte, deren Fehlen eine spürbare Lücke hinterlassen musste, war vermutlich niemandem in den Sinn gekommen. Und wenn es, im historischen Kontext gesehen, auch sicher stimmte, dass wie Heinrich Klotz einmal sagte, eine leere weiße Wand inhaltsreicher sein kann als eine Kaskade von Ornamenten.⁷

7 H. Klotz, *Moderne und Postmoderne. Architektur der Gegenwart 1960-1980*, Braunschweig 1985.

Die „Massen“, die mit diesen Wänden konfrontiert waren, waren sicher nicht eben diejenigen, bei denen eine solche Botschaft ankommen konnte. Als Julius Posener, als kritischer und nicht gerade konservativer Zeitgenosse bekannt, einmal nach der Reaktion der Bewohner auf das Erscheinungsbild der neuen Siedlungen gefragt wurde, sagte er nur trocken: „Die Leute, die aus viel schlechteren Wohnungen kamen, freuten sich am Haus, an der Küche, am Garten... Gefallen hat ihnen das Ding nicht.“⁸ Ändern konnten sie „das Ding“ aber auch nicht, es gehörte ihnen ja nicht. Im französischen Pessac hingegen, wo Le Corbusier 1925/1926 seine Vorstellungen einer Arbeitersiedlung ohne Wenn und Aber hatte verwirklichen können, die Häuser aber – stark subventioniert – verkauft werden mussten, machten sich die Bewohner sehr bald daran, den flachen Dächern und Dachterrassen Sättel aufzusetzen, die Fensterbänder aufzuteilen, die Türen mit den in der Gegend üblichen Dekors zu versehen, für sie vermutlich die einzige Chance, sich die Häuser, wie man inzwischen sagt, „anzueignen“.⁹ So hat denn das Neue Bauen selbst in den öffentlich geförderten Wohnungsbau der Nachkriegszeit auch nur in sehr abgeschwächter Form Eingang gefunden, im privaten Einfamilienhaus- und erst recht im „Häuslebau“ ist es Ausnahme geblieben. Selbst in den so genannten Wildschweingebieten, in denen sich sonst jede Geschmacksrichtung ihr eigenes Denkmal schafft, wird man, mit Ausnahme der Garagen, kubische Baukörper nur selten finden.

Postmoderne und Nachmoderne

Hier genau setzt die so genannte Postmoderne zumindest in ihren programmatischen Schriften und Bauten an. Vor allem Charles Jencks, einer ihrer beredtesten Protagonisten, weist gleich in der Einleitung zu seinem Buch über „Die Sprache der postmodernen Architektur“ darauf hin, dass sich die Moderne, so sozial sie in ihren Zielen gewesen sei, zumindest in ihrem gestalterischen Anspruch immer nur an eine Elite gerichtet habe, an die Architekten selbst und an eine engagierte, an Architektur und Kunst interessierte Minderheit, während sich die Postmoderne mindestens an zwei Bevölkerungsschichten wenden würde, einerseits an eben diese Elite, andererseits an die breite Öffentlichkeit, den „Mann auf der Straße“.¹⁰ Und dass sie nicht zuletzt deswegen auch den Versuch machen würde, die Symbol- und Bedeutungsgehalte, die den Erfahrungshintergrund des Mannes auf der Straße bildeten, aufzudek-

8 J. Posener, *Vorlesungen zur Geschichte der neueren Architektur*, in Arch+, Heft 48, 4. Aufl., 1983, S. 67.

9 Vgl. P. Boudon, *Die Siedlung Pessac – 40 Jahre Wohnen à la Le Corbusier. Sozio-architektonische Studie*, Gütersloh 1971 (Bauwelt Fundamente 28).

10 C. Jencks, *Die Sprache der postmodernen Architektur*, Stuttgart 1980, S. 6 f.; vgl. auch E. Spiegel, *Nachmoderne Architektur – Über die Umwandlung von Geschichte in Gegenwart*, in: *Die Alte Stadt*, Heft 4/1985, S. 351-368.

ken, zu entschlüsseln und in gebaute Form umzusetzen. Statt vom Alltäglichen ist dabei allerdings häufiger vom Gewöhnlichen, Banalen oder auch, bezogen auf die Sprache der Architektur, vom „Jargon“ der Straße die Rede, in den englischen Originalen auch von „vernacular“, volkstümlich, bodenständig.

Und in der Tat dürften gerade die Stilelemente postmodernen Bauens, die in der Bundesrepublik der schärfsten Kritik ausgesetzt waren, die historisierenden Portale und Arkaden, Galerien und Rotunden, dem „Mann auf der Straße“ durchaus gelegen gekommen sein, ob er sich nun von einer Italienreise her an sie erinnerte oder ob ihm damit Ausdrucksmittel an die Hand gegeben wurden, mit denen er das Haus, an dem er vielleicht gerade baute, schmücken, individueller gestalten und vom Haus des Nachbarn abheben konnte. Weniger kontrovers, aber noch breitenwirksamer waren die regionalen Stilelemente, denen die postmoderne Architektur wieder zu Ansehen verhelfen wollte, zumal gerade in Deutschland und gerade im Einfamilienhausbau die ober- und niederdeutschen Bauernhäuser ihren Vorbildcharakter nie ganz verloren hatten. Las Vegas, der „Strip“ und andere Inkarnationen des Banalen, die in der „Philosophie“ der Postmoderne ebenfalls eine große Rolle spielten¹¹ sind dagegen nicht einmal in den Vereinigten Staaten, geschweige denn in Europa auf viel Gegenliebe gestoßen.

So groß die Entrüstung und so vehement der Protest waren, den diese Art von „Talmi-Historie“ gerade bei den Architekten, die selbst noch in der Tradition des Neuen Bauens groß geworden waren, zunächst auslösen musste, Protest und Entrüstung sind auch in der Fachwelt erstaunlich schnell der Einsicht gewichen, dass sich hier auch neue Freiheiten des künstlerischen Ausdrucks eröffneten, die sich keineswegs nur in der Verwendung postmoderner Versatzstücke äußern musste. Die Vielfalt der Ausdrucksmöglichkeiten, die die gesamte nachmoderne Architektur kennzeichnet und die nirgendwo besser auf höherem Niveau und in unmittelbarer Nachbarschaft zu besichtigen ist als im heutigen Berlin, kann sicher verwirren, ausdruckslos ist sie kaum. Umso weniger sind aber auch die Fertigteil- und die Fertighausfabrikanten zu tadeln, die ihrer Klientel jedenfalls einen Abglanz dieser Vielfalt anzubieten versuchen – und ihnen damit erlauben, sich ihrer Wahlmöglichkeiten bewusst zu werden, sich für diese oder jene Variante zu entscheiden, dem Lebensstil, dem sie sich vielleicht verschrieben haben, auch nach außen Ausdruck zu verleihen. Dabei greift der Vorwurf der Beliebtheit, bei weitem der häufigste Vorwurf, der der nachmodernen Architektur gemacht wird, zu kurz – zumal er immer nur die anderen trifft. Nicht umsonst ist Kontingenz, Zufälligkeit, die Möglichkeit, dass etwas so, aber eben auch anders sein kann, zu einem der Schlüsselbegriffe der Gegenwart geworden.

11 Vgl. R. Venturi / D. Scott Brown / S. Izenour, Lernen von Las Vegas. Zur Ikonographie von Architektursymbolik der Geschäftsstadt, Braunschweig 1979 (Bauwelt Fundamente 53).

4. Zum Umgang mit baulicher Alltagskultur in Gegenwart und Zukunft

Was ist aus diesem Nach- und Nebeneinander denkbar unterschiedlicher Ausdrucksformen und -möglichkeiten zu lernen, was bedeutet es für die Entwicklung einer baulichen Alltagskultur, die auch dem „Neuen Bauen in alter Umgebung“ zugute kommen kann?

- Allem voran muss überhaupt erkannt und anerkannt werden, dass es, ähnlich wie in anderen Kulturbereichen auch, nicht nur die eine, sondern mindestens zwei Baukulturen gibt, ob man die zweite nun als Volks-, Laien-, Popular- oder wie hier als Alltagskultur bezeichnen will, und dass beide gleichermaßen legitim sind – ebenso wie die zahlreichen Übergänge zwischen ihnen.

Qualitätsmaßstäbe

- Wenn für die öffentliche Inwertsetzung von Architektur so dezidiert ästhetische als Geschmacksfragen ausgeklammert werden, so ist schwer zu begründen, dass dies nicht auch für die bauliche Alltagskultur gelten soll. Auch diese ist Ausdruck einer demokratisch-pluralistischen Gesellschaft. Und wenn stattdessen ebenso dezidiert auf „Qualität“ als eigentlich unterscheidendes Merkmal zwischen „guter“ und „schlechter“ Architektur verwiesen wird, so muss deutlich gemacht und jedem Bauwilligen vermittelt werden, was dabei unter Qualität zu verstehen sei. Hier gibt es Leerstellen. Als Expertenwissen der Fachpreisrichter und Gestaltungsbeiräte, das allenfalls in den Entwurfsseminaren der Architekturfakultäten weitergegeben wird, wird architektonische Qualität jedenfalls keine Breitenwirkung entfalten.
- In jedem Falle wird es aber eine „Erziehung zur guten Form“, wie sie jahrzehntelang und mit großem Idealismus von Bau- und Wohnberatungsstellen betrieben wurde, in dieser Form nicht mehr geben können. Zum einen deswegen nicht, weil auch bei den Erziehern wohl kaum noch Einvernehmen darüber hergestellt werden kann, was denn diese gute Form sei, zum anderen deswegen nicht, weil diejenigen, die da erzogen werden sollten, inzwischen subjektiv wie objektiv an Statur gewonnen haben. Wenn sie schon in der Sprachregelung der Baugesetze und Verordnungen von Betroffenen über Beteiligte zu Mitwirkenden geworden sind, so hier erst recht. Gerade als Mitwirkende sind sie jedoch durchaus an Beratung interessiert. Beratung genießt sogar hohen Stellenwert.

Wissensdefizite in Theorie und Empirie

- Auch Beratung steht allerdings auf schwachen Füßen, wenn allenfalls ein sehr rudimentäres Wissen darüber vorhanden ist, weswegen diese oder jene Gestal-

tungselemente, diese oder jene ästhetischen oder semantischen Aussagen eines Bauwerks bei den Adressaten „ankommen“, andere nicht, und bei wem sie ankommen, bei wem nicht. Die schlichte Aussage etwa, dass das traditionelle Bauen, dass Walmdächer, Sprossenfenster, Backsteinsockel eher emotionale Schichten der Person ansprechen als Flachdächer, Fensterbänder und die leere weiße Wand, reicht so nicht aus. Schon seit Jahrzehnten werden zwar Wohnzufriedenheitsuntersuchungen durchgeführt, in denen nach der Zufriedenheit mit dem Grundriss und der Ausstattung der Wohnung, der Größe und Zuordnung der Räume gefragt wird, auch nach der Gebäudeform, ob hoch oder niedrig, Zeile oder Punkt. Ob den Bewohnern das Äußere der Häuser, in denen sie wohnen, eigentlich gefällt, interessierte jedoch nicht. Erst neuerdings und unter dem Druck von Absatzschwierigkeiten werden dabei auch Zielsetzungen verfolgt und Methoden eingesetzt, die aus der Konsumforschung längst bekannt erst jetzt auch auf die Wohn- und Wohnumfeldwünsche der auch in dieser Beziehung „souverän“ gewordenen Konsumenten und die Zusammenhänge mit ihren Lebensstilen – die ja ebenfalls eine ästhetische Dimension haben – angewandt werden.¹² Umso höher ist es Landesverbänden des Bundes Deutscher Architekten anzurechnen, wenn sie schon früher und ohne einen solchen Druck Untersuchungen gefördert haben, die die Kommunikationsschwierigkeiten zwischen „Experten“ und „Laien“ und die Vorstellungen der „Laien“ über Architektur zum Gegenstand haben.¹³ Dies sind jedoch (noch) Ausnahmen. Auf der anderen Seite sind aber auch die Wahrnehmungs- und die Zeichentheorie, die mit ihrer Betonung des Kommunikationscharakters von Architektur noch am ehesten Ansätze für die Erklärung der Rezeption oder Nicht-Rezeption architektonischer Formensprachen entwickeln konnten, zumindest außerhalb der Vereinigten Staaten eine breitere empirische Absicherung bisher schuldig geblieben. Wenn immer wieder zusätzliche Forschung zum Thema Baukultur angemahnt und auch versprochen wird, hier fände sie ein nahezu unbeackertes Feld.

Bewahrung des Alten und Spielräume für Neues

- Sicher ist allerdings heute schon eines: Von allen Manifestationen von Baukultur genießt der Denkmalschutz bei der Mehrheit der Bevölkerung die höchste

12 Vgl. vhw Forum Wohneigentum, Heft 1/2003 (Thematischer Schwerpunkt: vhw-Projekt „Nachfrageorientierte Wohnungspolitik“).

13 Vgl. R. Rambow / R. Bromme, Laienkonzepte über Architektur und Wahrnehmung der Medienberichterstattung über Architektur durch Laien. Abschlussbericht über ein Forschungsprojekt, gefördert durch den Landesverband NRW des Bundes Deutscher Architekten (BDA). Berichte aus dem Psychologischen Institut III der Westf. Wilhelms-Universität Münster, Bericht N. 31, Februar 1997; R. Rambow, Experten-Laien-Kommunikation in der Architektur, Münster 2000.

Akzeptanz. Und nicht nur der Denkmalschutz, das Alte schlechthin. Von den 1.000 Bundesbürgern, die im Jahr 2001, ebenfalls im Zusammenhang mit der Initiative Architektur und Baukultur, danach gefragt wurden, ob sie lieber in einem anspruchsvoll renovierten Altbau oder in einem Neubau mit moderner Architektur wohnen würden, sprachen sich 62% für den Altbau aus, auch mehr als die Hälfte derer, die zu dieser Zeit in einem Neubau wohnten.¹⁴ Und schon 1996, als ein ebenfalls repräsentativer Querschnitt der west- und ostdeutschen Bevölkerung nach seinem „Wunschhaus“ gefragt und dabei, wohl erstmalig, auch ein Bauernhaus zur Wahl gestellt wurde, votierten in den alten Ländern 13%, in den neuen 10% für das Bauernhaus, nur 8 % bzw. 10% für ein Reihenhäuser.¹⁵ Angesichts einer solchen Wertschätzung des Alten könnte sich der Denkmalschutz also zufrieden zurücklehnen – wenn sich diese Wertschätzung nicht auch als geteilter Segen erweisen könnte, etwa wenn die Rekonstruktion des Berliner Schlosses oder des Thurn und Taxis-Palais in Frankfurt am Main zur Diskussion stehen und in Politik und Öffentlichkeit breite Zustimmung finden. Auf die damit verbundene Reduktion des Historischen auf aus welchem Grunde auch immer positiv bewertete Gebäude und Stadträume – unter Ausklammerung der inzwischen nicht weniger „historischen“ Zeugnisse der Moderne – hat kürzlich Harald Bodenschatz in der „Alten Stadt“ hingewiesen.¹⁶

Eines der vornehmsten Ziele aller kulturpolitischen Aktivitäten auch in der alten Stadt sind emotionale Bindung, Identifikation, Entstehen von „Heimat“. Nun ist aber bekannt, dass sich Bindungswirkungen am ehesten dort einstellen, wo Orte durch eigenes (schöpferisches) Tun, den Bau oder Umbau eines Hauses, die Anlage eines Gartens, die Mithilfe bei der Gestaltung einer öffentlichen Freifläche, „angeeignet“ werden können. Schöpferisches Tun bedarf jedoch der Spielräume, innerhalb derer auch selbst gestaltet oder umgestaltet werden kann. Insofern nimmt es kaum Wunder, dass es zu den wichtigsten Ergebnissen der Untersuchung der Wohneigentumsbildung in ostdeutschen Städten gehörte, dass es vor allem dann Interessenten für den Bau eines Einfamilienhauses in innerstädtischen Erneuerungsgebieten gibt, wenn auch dort ähnliche Spielräume zur Verwirklichung eigener Gestaltvorstellungen vorhanden sind wie bei einem Neubau „auf der grünen Wiese“ auch. Gegenüber einer Fixierung auf das Alte, die nicht mehr nach Original und Rekonstruktion unterscheidet, kann sich gerade dies aber auch als Chance für eine Weiterentwicklung historisch gewachsener Stadtbilder erweisen.

14 Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), Baukultur in Deutschland 2. Prozesskommunikation. Umfragen – Interviews, Bonn 2002, S. 27.

15 N. Schneider / A. Spellerberg, Lebensstile, Wohnbedürfnisse und räumliche Mobilität, Opladen 1999, S. 168-170.

16 H. Bodenschatz, Altstadt, Geschichte und Stadtplanung, in: Die Alte Stadt, Heft 1/2002, S. 8-17.

Zur Funktion einer intermediären Ebene

- Baukultur, auch bauliche Alltagskultur entwickelt sich in einem längeren Prozess, der durch ein Wechselspiel zwischen ökonomischen, sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen den Wünschen und Vorstellungen individueller Bauherren und intermediären Gruppierungen und Organisationen, die die Vermittlung übernehmen, gekennzeichnet ist. Die ökonomischen, sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen sind als solche bekannt, die potentiellen Bauherren auch. Woran es hier fehlt, sind die intermediären Gruppierungen und Organisationen, die die Vermittlung übernehmen. Musizieren oder Laienspiel findet in der Regel in Gruppen statt, die sich gegenseitig anregen, ergänzen, korrigieren, gemeinsam Qualitätsmaßstäbe entwickeln und auch die Vertretung ihrer Sache nach außen übernehmen. Ein Haus zu bauen, ist zwar durchaus kein einsames Geschäft. Es bringt nicht nur Bauherren, Bauleiter und Handwerker, sondern auch Verwandte, Freunde und Nachbarn zusammen, dies vor allem dann, wenn Selbsthilfe damit verbunden ist. Und es ist eingebunden in ein weit verzweigtes Netz, innerhalb dessen Erfahrungen ausgetauscht, Ratschläge eingeholt, Erfolge und Misserfolge diskutiert werden – dies aber meist ohne festes organisatorisches Gerüst, und auch nicht auf Dauer. Bauvereine und Baugenossenschaften, die es sich angelegen sein ließen, auch weniger versierten Bauwilligen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, waren und sind oft eher an wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen des Bauens interessiert als an ästhetischen. So zahlreich und gewichtig sie de facto sind, in der baukulturellen Diskussion sind die „Häuslebauer“ allenfalls als Wirtschaftsfaktor – und als Heimsuchung – vertreten.
- An Interesse für das Bauen und Gebautes fehlt es ihnen jedoch nicht. Es wird zwar immer wieder beklagt, dass das Interesse der Öffentlichkeit an zeitgenössischer Architektur so gering sei, dass etwa im Fernsehen historische Bauten mit interessierten Zuschauern rechnen könnten, moderne Architektur aber nur dann, wenn der Name eines Stars damit verbunden sei. Gleichzeitig gibt es aber 37 Zeitschriften, die sich ausschließlich dem Thema „Wohnen“ widmen – allein „Schöner Wohnen“ kann sich auf zwei Millionen Leser berufen -, und nicht in allen kommen Haus und Garten nur als Kulisse vor, und nicht in allen beherrschen pseudoantike Vitruvinnen und gefälschte Barockkommoden das Bild. Hier klaffen offenbar Abgründe des gegenseitigen Nicht-Wissens und Nicht-Verstehens, deren Überbrückung besonderer Anstrengungen bedarf.
- Diese Anstrengungen müssen sich vor allem auf die Förderung einer intermediären Ebene richten, die ihre Klientel zunächst dort „abholt“, wo sie sich gerade befindet, beim Bauen. Nationale und regionale Architekturzentren und -institute, wie es sie in anderen Ländern bereits länger und in größerer Zahl gibt,¹⁷ sollten

17 Vgl. C. Peters / S. Willinger, Architekturpolitiken in Europa. Ein Überblick, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11/2002, S. 645-654.

sich daher auch nicht auf die Hebung des Interesses an „Architektur“ allgemein beschränken, sondern auch auf die spezifischen Interessen von Bauwilligen eingehen, Beispiele und Modelle zeigen, die sich nicht allzu weit von deren Möglichkeiten und Vorstellungen entfernen, direkt verwendbare Informationen vermitteln, ob über geeignete Materialien, Bauelemente oder Gestaltungsvarianten – und dabei auch die Herstellerseite einbeziehen. „Abholen“ bedeutet aber auch, dass all dies nicht nur in Landeshauptstädten angeboten wird, sondern überall dort, wo es gebraucht wird, „vor Ort“, nicht viel weiter entfernt als der nächste Fachmarkt, bei dem man sich sonst bedient, auch. Das Internet kann dabei wichtige Hilfestellung leisten. Sicher wären auch die ohnehin nicht sehr zahlreichen Architekten, die sich schon länger in Bauherrengemeinschaften oder Selbsthilfegruppen engagieren, für eine Unterstützung von dieser Seite dankbar.

- In diesem Zusammenhang sind aber auch die Kommunen gefordert, nicht nur als Mitinitiatoren und -träger solcher Zentren, sondern auch als die Institution, die den besten Überblick über die lokale Kultur- und Vereinsszene hat und auch am ehesten die Möglichkeit, Querverbindungen auch zu solchen Gruppierungen herzustellen, die die gebaute Umwelt als Ganzes im Blick haben, wenn auch vielleicht aus einem anderem Blickwinkel. Nicht alle Heimatvereine befassen sich nur mit der Erhaltung von Brauchtum und Sitte, nicht alle Kunstvereine nur mit der Förderung von Ankäufen und Ausstellungen. Hier ist aber auch eine engere Zusammenarbeit zwischen den Bau- und den Kulturämtern, die hier vielleicht die besseren Beziehungen und die bessere Kenntnis der Schlüsselpersonen haben, gefragt.
- Schließlich zeigt ein weiterer Blick über die nationalen Grenzen auch die Bedeutung konkreter Beispiele guter Alltagsarchitektur. Wer Graubündner Dörfer kennt, wird dort nicht nur auf herausragende Bauwerke stoßen, die sie zu Wallfahrtsorten auch deutscher Architekten gemacht haben, ob in Vals oder Sumvitg, sondern auch hier auf ein umgebautes Bauernhaus, dort auf eine Scheune, die sich auf den ersten Blick im Ortsbild verstecken, auf den zweiten aber gestalterische Qualitäten aufweisen, die sie zwar merklich, aber nicht so sehr von ihren Nachbarn unterscheiden, dass sie nicht Vorbildcharakter auch für deren Um- oder Neugestaltung gewinnen könnten.¹⁸

Die Förderung von Baukultur darf sich also in der Tat nicht auf funktional oder gestalterisch herausragende Bauwerke, überhaupt nicht auf „Architektur“ im engeren Sinne beschränken. Ihr Niveau bemisst sich nicht weniger am alltäglichen Bauen, wie es millionenfach unsere bauliche Umwelt prägt. Will man hier Änderungen bewirken, so bleibt entscheidend, dass Bauwillige nicht als Laien, nicht als zu Belehrende und zu Bekehrende wahrgenommen werden, sondern als gleichberechtigte Partner in einem baukulturellen Prozess, und dass ihre Ansprüche und Vorstellungen nicht weniger ernst genommen werden als die anderer Partner auch.

18 Vgl. u.a.H. Adam: Die Schweiz – das (angebliche) Architekturwunder? In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11/12.2002, S. 673-682.

Adelheid von Saldern

Stadtfeiern im 20. Jahrhundert

1. Einführung

Wer die Homepage des deutschen Städtetags aufschlägt und die Rubrik Stadtjubiläen sucht, erhält den Eindruck, die Städte in Deutschland sähen ihre wichtigste Aufgabe darin, Stadtjubiläen zu feiern – so viele Anzeigen sind dort zu finden. Allein für das Jahr 2000 sind 102 Gemeinden aufgelistet.¹ Die Vorstellung, dass die Städte nur feierten, trägt zwar, aber richtig ist, dass Stadtfeiern eine sehr ernste und wichtige Angelegenheit städtischer Politik während des gesamten 20. Jahrhunderts gewesen sind und sich daran wohl auch in Zukunft nichts ändern wird.² Zwar gab es Stadtfeiern bekanntlich auch schon in früheren Jahrhunderten, aber deren Anzahl und Ausmaß haben im Verlauf des 20. Jahrhunderts deutlich zugenommen. Höhepunkte aller Stadtfeiern waren und sind die seit Beginn des 20. Jahrhunderts in Mode gekommenen Stadtjubiläen,³ deren Entstehungsgeschichte mit jener der nationalen

- 1 Nach S. Schraut, „...im Bewusstsein hoher Tradition.“ Stadtjubiläen im Ruhrgebiet, in: *dies.* / B. Stier (Hrsg.), Stadt und Land. Bilder, Inszenierungen und Visionen in Geschichte und Gegenwart. Wolfgang von Hippel zum 65. Geburtstag, Stuttgart 2003, S. 289-318, hier S. 306.
- 2 Zu Festen und Feiern siehe u.a.: A. Assmann, Festen und Fasten – Zur Kulturgeschichte und Krise des bürgerlichen Festes, in: W. Haug / R. Warning (Hrsg.), Das Fest, München 1989, S. 227-246; H. Bausinger, Anmerkungen zum Verhältnis von öffentlicher und privater Festkultur, in: D. Düding / P. Friedemann / P. Münch (Hrsg.), Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg, Reinbek bei Hamburg 1988, S. 390-405; M. Hettling / P. Nolte (Hrsg.), Bürgerliche Feste, Göttingen 1993; M. Maurer, Feste und Feiern als historischer Forschungsgegenstand, in: Historische Zeitschrift, 253 (1991), S. 101-130; W. Gebhardt, Fest, Feier und Alltag. Über die gesellschaftliche Wirklichkeit des Menschen und ihre Deutung, Frankfurt a.M. 1987; W. Lipp, Gesellschaft und Festkultur. Großstadtfeste der Moderne, in: Stadt und Fest. Zu Geschichte und Gegenwart europäischer Festkultur, hrsg. von P. Hugger in Zusammenarbeit mit W. Burkert / E. Lichtenhahn, Stuttgart 1987, S. 231-249. Für Kritik und Anregungen danke ich Uta C. Schmidt und Lu Seegers.
- 3 Zu den Stadtjubiläen gibt es noch kaum Forschungen. Ausnahmen sind: S. Schraut (s. A 1); G. Brunn, 750 Jahre Berlin – Notizen zu einem Jubiläum, in: IMS 1987/2, S. 1-6; U. Weiß, Stadtjubiläum und historisches Bewusstsein. Zum Beispiel Erfurt, in: IMS 1993/1, S. 10-13; E. Holtmann, Kommunale Identität als gemeinschaftliche Inszenierung. Stadtjubiläen in der frühen Nachkriegszeit: 700-Jahr-Feiern in Kamen 1948 und Unna 1950, in: Westfälische Forschungen, 41 (1999), S. 89-105; A. Kohl, Durch Verwaltungsreform zur integrativen Stadtgesellschaft? Partizipative und organisatorische Neugestaltung des kommunalen Handelns am Beispiel des Stadtjubiläums Münster, Münster 1998; K. Thijs, Die „braune“ Erzählung der Stadtgeschichte. Zur 700-Jahr-Feier der

Gedenkfeiern und Denkmalfeiern des 19. Jahrhunderts verbunden ist.⁴

Warum treiben Städte solchen Aufwand? Schließlich kosten die Feiern Geld, die Organisation macht Mühe, und die Vorbereitung erfordert Zeit. Im Folgenden soll dieser Frage ausschnittartig nachgegangen und damit zu einer historischen Rekonstruktion der Entstehung modernen Stadtkultur beigetragen werden.⁵

2. Die Stadt als Gesamtkteur

Überblickt man das 20. Jahrhundert, so zeigt sich, dass die Städte die diversen Feierlichkeiten stets als Gelegenheiten nutzten, um sich als quasi personaler Gesamtkteur zu präsentieren. Begrifflichkeiten, die an Menschen erinnern, wie die Ausdrücke „Antlitz“, „Gesicht“ und „Persönlichkeit“, sind keine Seltenheit.⁶ Die Stadt wird als eine soziale Einheit gesehen, sie tritt als Akteur auf und gibt vor, die Gesamtheit der Stadt, in der alle Interessen der Stadtbewohner aufgehoben seien, zu repräsentieren.

Aus solchem Anlass lud die Stadtverwaltung hohe Gäste aus dem In- und Ausland ein, die sich dann mit großer Geste ins Gästebuch der Stadt eintrugen, Grußbotschaften verlasen und Geschenke überreichten. In DDR-Städten kam es aus diesen Anlässen zu regelrechten Gratulationscoursen, bei denen Vertreter aller möglichen Organisationen gegenüber der Stadt, vertreten durch den Oberbürgermeister, ihre Referenz erwiesen. Ob in Ost oder in West, ob im NS-Staat oder in der Demokratie, immer bedeuteten die Stadtjubiläen die große Stunde für die Oberbürgermeister. Geschmückt wie hohe Staatsmänner repräsentierten sie vor den Gästen und der Stadt-

Reichshauptstadt und zur stadthistorischen Disziplin, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jb des Landesarchivs Berlin, 2002, S. 111-136; H. Schilling, Ortsjubiläen ohne Gedächtnis. Geschichte als Medium des lokalen Identitätsmanagement, in: Geschichte lernen, 9 (1996), H. 49, S. 60-65; D. Schott, Die Vernetzung der Stadt. Kommunale Energiepolitik, öffentlicher Nahverkehr und die „Produktion“ der modernen Stadt Darmstadt – Mannheim – Mainz 1880-1914, Darmstadt 1999; ders., Kunststadt – Pensionsstadt – Industriestadt. Die Konstruktion von Stadtprofilen durch süddeutsche Stadtverwaltungen vor 1914, in: Die Alte Stadt 4/1999; A. von Plato, Stadtjubiläen im Nationalsozialismus. Propaganda von oben oder Konsens von unten, in: Die Alte Stadt 1/2001, S. 29-38.

- 4 So feierten Braunschweig schon 1861 und Mannheim 1907 ihre Jubiläen.
- 5 Zu einem Teil beruhen die Ausführungen auf einem Forschungsprojekt über Stadtrepräsentationen zwischen 1930 und 1970, das von der VolkswagenStiftung finanziert wurde. Die Ergebnisse werden veröffentlicht in A. von Saldern (Hrsg.), Inszenierte Einigkeit. Herrschaftsrepräsentationen in DDR-Städten, Stuttgart 2003; *dies.* (Hrsg.), Inszenierter Stolz. Stadtrepräsentationen in drei politischen Systemen (1930-1970) (Arbeitstitel), Stuttgart 2004 (im Erscheinen).
- 6 Das Stadtbild habe das „historische Gesicht verloren“, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 26.6.2002, zit. n. M. Zimmermann, 1150 Jahre Stift und Stadt Essen. Die neue Suche nach einem alten Ursprung, in: P. Münch (Hrsg.), Historische Jubiläen, 2003 (im Erscheinen).

öffentlichkeit ihre Stadt, gaben sich dabei höchst „stadtmännisch“, das heißt über den Parteien und den Tagesquerelen schwebend, allein das Große, Ganze und das historische Erbe ins Auge fassend. Sie nahmen die dargereichten Huldigungen und Geschenke mit Haltung und Würde entgegen, verwiesen in ihren Reden auf die einzigartige Bedeutung ihrer Stadt in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft und dankten allen, die zu diesem schönen Fest beitrugen.

Zu solchen Gelegenheiten wurde die Stadt als Sozial- und Kulturraum zur Schau gestellt – auch dann, wenn städtische Selbstverwaltung nicht mehr existierte. So wurde in beiden Diktaturen der Verlust der demokratischen Selbstverwaltung⁷ positiv gedeutet und durch große Auftritte der Oberbürgermeister zu kompensieren versucht. Die jeweils „neue Zeit“ sei angebrochen, die Stadt sehe glanzvollen Jahren entgegen, so hieß es stets. In der NS-Zeit verwies der Reichsleiter und Münchner Oberbürgermeister Fiehler in seiner Eigenschaft als Präsident des Deutschen Gemeindetages gerne auf die Erneuerung der Selbstverwaltung im Geiste des Freiherrn vom Stein. Hierbei spielte die durch die NS-Gemeindeordnung von 1935 erzwungene Eintracht über die neue städtische Ordnung eine maßgebliche Rolle,⁸ wobei der Rekurs auf die mittelalterliche Stadtverfassung die NS-Gemeindeordnung legitimieren sollte.⁹ Auch in der DDR fühlten sich die Oberbürgermeister bei solchen Gelegenheiten veranlasst, ebenfalls die Gemeinsamkeit und Einigkeit zwischen Staat und Partei zu inszenieren und ihre äußerst beschränkten Funktionen als Repräsentanten der untersten staatlichen Verwaltungseinheit auf diese Weise geschickt zu überspielen. Sie stellten sich weiterhin als potente Akteure dar, um die Handlungsfähigkeit der Gemeinden symbolisch unter Beweis zu stellen und ungeachtet des geringen Status der Städte im staatlichen Gesamtrahmen städtischen Stolz zu verbreiten. Positiv gewendet sprachen sie von der neuen „sozialistischen Stadt“ oder von der „Stadt im Sozialismus“.¹⁰

7 Der Begriff Selbstverwaltung ist zu historisieren. Er bedeutete in der Weimarer und Bonner Demokratie anderes als im 19. Jahrhundert. Insbesondere ist auf die Finanzabhängigkeit der Kommunen von den Ländern und dem Reich/Bund hinzuweisen. Gleichwohl ist dieser Begriff erhalten geblieben. Siehe dazu die diversen Beiträge in dem Sammelband von *H. Wollmann / R. Roth* (Hrsg.), *Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland in den neunziger Jahren*, Bonn 1993 (verb. Neuauf. 1999).

8 So in Guben anlässlich des 1935 gefeierten Stadtjubiläums. *E. Rembold*, Vom „Bollwerk deutscher Kultur“ zum „Bollwerk des Friedens“. Die Gubener Stadtjubiläen von 1935 und 1960, in: *A. von Saldern*, *Inszenierter Stolz* (s. A 5).

9 *L. Seegers*, Wehrhaftigkeit, Sauberkeit und „deutsche Wertarbeit“. Die Inszenierung der Zwickauer Geschichte, Gegenwart und Zukunft bei den Stadtjubiläen im Nationalsozialismus und in der DDR, in: *A. von Saldern*, *Inszenierter Stolz* (s. A 5).

10 Vgl. zum Beispiel *A. von Plato*, Feiern in der doppelten Diaspora: Leinefelde im katholischen Eichsfeld – eine „sozialistische Stadt“ oder eine „Stadt im Sozialismus“?, in: *A. von Saldern*, *Inszenierte Einigkeit* (s. A 5), S. 235-274.

Doch auch im Kaiserreich und in den Parteienstaaten des 20. Jahrhunderts gewöhnten sich die Stadtväter daran, bei Stadtjubiläen die Begrenzungen städtischer Selbstverwaltung zu überspielen. War schon die städtische Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert durch staatliche Rahmenseetzungen beschränkt, so nahmen die materiellen Abhängigkeiten im 20. Jahrhundert erheblich zu. Insbesondere wurde die Entscheidungsautonomie im Bereich der Finanzen wesentlich eingeschränkt – beginnend mit Erzbergers Reichsfinanzreform von 1920 bis hin zur Finanzreform von 1969. Insbesondere fungier(t)en die Zweckzuweisungen als „goldene Zügel“ des Staates.¹¹ Heute, so wird in der Literatur kritisch vermerkt, sollen Großprojekte in Form von Großfeiern und Großausstellungen die Handlungsfähigkeit von Kommunalpolitik beweisen, wohingegen eine verlässliche regulative Politik nicht mehr gefragt sei. Die Planung und Durchführung solcher Events durch Sonderorganisationen, so heißt es weiter, unterhöhle die Kommunalbürokratie und die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bevölkerung. Auf die Aufbruchstimmung einer solchen „Zeitmaschine“ folge oftmals eine Katerstimmung.¹²

Hier wird die Zweischneidigkeit einer Stadtimagepolitik angesprochen, die mittels Feiern und Festen ein positives Stadtimage über die Stadtgrenzen hinweg aufzubauen und dadurch die Attraktivität der Stadt zu erhöhen versucht. Allerdings sind Stadtfeste immer nur ein Teil der städtischen Öffentlichkeitsarbeit und Informationspolitik gewesen. Stadtimagepolitik wurde in Form von gezielter Öffentlichkeitsarbeit im Laufe des 20. Jahrhunderts systematisch entwickelt, wenngleich ihr heute eine ungleich größere Funktion als früher zukommt. Im Kaiserreich wollte eine Stadt vor allem durch eine auf Lebensqualität setzende Imagepolitik wohlhabende Pensionäre anziehen, weil diese durch die gemeindlichen Zuschläge zur Einkommenssteuer der Stadt Geld einbrachten. Seit den 1920er Jahren ging es immer mehr um Touristen und wirtschaftliche Investitionen. Städtekonkurrenzen spielten zudem in allen politischen Systemen eine Rolle. Doch Ausmaß und Intensität waren verschieden. In der DDR profilierten sich Städte beispielsweise als Aushängeschilder des Staates, um leichter an Sondermittel aus Berlin zu gelangen. Mit der Globalisierung und dem Kampf um Investitionskapital hat sich die Städtekonkurrenz in der Bundesrepublik seit den 1980er Jahren verschärft;¹³ zudem sind die notwendigen Vergünstigungen, die eine Stadt bieten muss, um Kapital anzulocken, rapide gewachsen.¹⁴ Zu den „weichen Standortfaktoren“ gehören auch der Kulturbereich und das

11 *H. Nassmacher / K.-H. Nassmacher*, *Kommunalpolitik in der Bundesrepublik. Möglichkeiten und Grenzen*, Opladen 1979, S. 100; *M. Hansmann*, *Kommunal Finanzen im 20. Jahrhundert. Zäsuren und Kontinuitäten*, Hannover 2000.

12 *H. Häußermann / W. Siebel*, Die Politik der Festivalisierung und die Festivalisierung der Politik. Große Ereignisse in der Stadtpolitik, in: *dies.* (Hrsg.), *Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte*, Opladen 1993, S. 7-31, hier S. 27f., 22.

13 So auch *S. Schraut* (s. A 1), S. 304.

14 *H. Häußermann / W. Siebel* (s. A 12), S. 13.

Image, dass sich in dieser Stadt auf kulturellem Gebiet „etwas rühre“, wozu eben auch Stadtfeiern und Stadtfeste zählen.

Konkurrenz drückt sich auch in der Rhetorik bei Stadtfesten aus, so wenn betont wurde, dass beispielsweise die Ruhrmetropole Essen älter als München, Hamburg oder Berlin sei.¹⁵ „Hier wurde schon Liturgie gefeiert, als man in Berlin noch Sümpfe trocken legte“, meinte man selbstbewusst-arrogant – und der Kommentar lautete: „Mit einigem Stolz können wir darauf verweisen, dass Essen... weitaus älter ist als Berlin.“¹⁶ Was witzig klingen und vielleicht die Bedeutung Berlins als Sitz der Bundesregierung relativieren sollte, entbehrte gleichwohl nicht des ernstesten Hintergrundes städtischer Konkurrenzsituationen.

3. Der Hang zu Superlativen

Vielfach ist in heutiger Zeit die kritische Bemerkung zu hören, dass die Städte ihre Feste als Superlative ausrichteten. Die 5. Internationale Gartenbauausstellung in Stuttgart 1993 bot beispielsweise zirka 3.000 Veranstaltungen während 178 Tagen an.¹⁷ Das klingt enorm viel. Doch der Hang zu Superlativen ist zu historisieren; mit anderen Worten, er ist schon in früheren Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zu konstatieren. So wurden auch schon bei den Magdeburger Kulturwochen der frühen 1970er Jahre in drei Wochen über hundert Veranstaltungen angeboten.¹⁸ Wenn der Hang zu Superlativen historisiert wird, dann ist in Rechnung zu stellen, dass Größe und Weite selbst historische Begriffe sind. Übersetzt man den Terminus mit „bis zum äußersten Möglichen“ in einer Zeit und an einem Ort zu gehen, bzw. das bislang Erfahrene und bislang Vertraute zu übertreffen, dann kommt die Relativität von Superlativen zum Vorschein. So konnten die Organisation und Durchführung der Ostseewoche und des Rostocker Stadtjubiläums 1968 relativ mehr Kraft, Risiko und Zeit von den Akteuren erfordert haben als die erwähnte Organisation der Gartenbauausstellung in Stuttgart. Selbst die Wirkkraft konnte damals größer gewesen sein als im Fall der Feiern von 1993, weil ja auch die Sinneswahrnehmungen sowie die Rezeptionsroutinen und Aneignungsmöglichkeiten dem historischen Prozess unterliegen. Allerdings sollte die Historisierung dessen, was als groß galt und gilt, nicht davon

15 Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 26.6.2002, zit. nach M. Zimmermann (s. A 6).

16 So Altbürgermeister Hanns Sobek, der Vorsitzende des Essener Projektbeirats Stadtjubiläum, zit. in der Essener Lokalausgabe der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung, 9.5.2002, Kommentar vom gleichen Tage, zit. nach M. Zimmermann (s. A 6).

17 H. Häußermann / W. Siebel, (s. A 12), S. 7.

18 Vgl. L. Seegers, „Schaufenster zum Westen“. Das Elbepfest und die Magdeburger Kulturfesttage in den 1950er und 1960er Jahren, in: A. von Saldern, Inszenierte Einigkeit (s. A 5), S. 107-144; siehe auch dies., „Die Zukunft unserer Stadt ist bereits projektiert“: Die 750-Jahrfeier Rostocks im Rahmen der Ostseewoche 1968, in: A. von Saldern, Inszenierte Einigkeit (s. A 5), S. 61-106.

abhalten, den Trend zur Steigerung der absoluten Zahl an Angeboten zu problematisieren. Denn ab einer gewissen Größe werden die Kalkulationen immer gewagter, die Höhe der benötigten Finanzmittel nehmen zu und die Logistik wird komplizierter. Auch wenn bei weitem nicht alle Stadtfeiern bombastische Ausmaße annahmen und annehmen, so fragt man sich doch, ob nicht ein Umdenken notwendig und eine andere Feierkultur – jenseits von Superlativen – angebracht wäre.

Die Frage nach einer angemessenen Feierkultur stellt sich um so eindringlicher, als sich im Vergleich zu früheren Jahrzehnten in den letzten zwanzig Jahren die Anlässe zu Stadtfeiern vervielfältigt haben. Neben den Stadtjubiläen sind es Sportveranstaltungen, Großkonzerte, Festspiele, Museumsnächte, Flussuferfeste, Kirchentage und viele andere Events, die die Menschen in die Stadt locken sollen. Sicherlich hat es große städtische Ereignisse auch in früheren Jahrzehnten gegeben: Man denke etwa an die Dresdener Städteausstellung von 1903, an die „Große Ausstellung Düsseldorf für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen“ 1926, abgekürzt „GesLei“, oder an die Hannover-Messe nach 1945 – kurzum, an die vielen Ausstellungen, die für die betreffenden Städte immer erstrangige Ereignisse waren. Auch die Festspiele, mit denen sich die Städte schmückten, sind so neu nicht.¹⁹ In der NS-Zeit verzeichnen wir beispielsweise ein Gauvolksmusikfest in Freiburg und ein Pommersches Musikfest in Greifswald. Darüber hinaus gab es schon die Donau-eschinger Musikfeste,²⁰ Bayreuths Wagner-Festspiele und die Salzburger Festspiele. Als Höhepunkte nationaler Kultur galten die seit 1905 veranstalteten Nationalfestspiele in Weimar und die vielen Bachfeiern während des ganzen 20. Jahrhunderts. Zur Essener 1150-Jahrfeier des Stifts und der Stadt Essen 2002 wurden Veranstaltungen organisiert, die an sich nichts mit der Stadt zu tun hatten, zum Beispiel Kunstausstellungen, Theater- und Konzertpremierer auf hochrangigem Niveau.²¹ Sicherlich ist auch dies keine neue Erscheinung, sondern gehört zur Geschichte der „invention of tradition“ im 19. und 20. Jahrhundert.²² Doch scheint es in den letzten Jahrzehnten zu einer Häufung von Großausstellungen und Festspielen gekommen zu sein,²³ deren lokaler Begründungszusammenhang nicht mehr gegeben ist. Hier wird eine Publikumsnachfrage bedient und gleichzeitig stimuliert, die sich den größeren Wohlstand der breiten Mittelschichten, den verstärkten „Kulturtourismus“

19 Siehe www.festspiel-forschung.de.

20 V. Dahm, Nationale Einheit und partikulare Vielheit. Zur Frage der kulturpolitischen Gleichschaltung im Dritten Reich, in: VfZ 43 (1995), S. 221-265, hier S. 256.

21 H. Häußermann / W. Siebel (s. A 12), S. 29.

22 Dazu siehe allgemein E. Hobsbawm / T. Ranger (Hrsg.), *Invention of Tradition*, Cambridge 1983; D. Briesen / R. Gans, Regionale Identifikation als „invention of tradition“, in: Bl. für deutsche Landeskunde, 66 (1992), S. 61-73. Um 1930 wurden beispielsweise die Harzer Volkstrachten regelrecht erfunden.

23 So auch S. Schraut (s. A 1), S. 302 ff.

sowie die intensivierete städtische Image- und Prestigepolitik zunutze macht. Das wird auch an der derzeitigen Diskussion über die „Ruhr-Triennale“ deutlich. Landesgelder gibt es nur deshalb, weil man sich durch eine solche Großveranstaltung erhofft, das Interesse des Auslandes auf das Ruhrgebiet zu lenken.²⁴

4. Veranstaltungspalette

Typisches Kennzeichen aller Stadtfeste ist die relativ große Angebotspalette. Dadurch sollte die Attraktivität der Feiern erhöht und möglichst viele unterschiedliche Bevölkerungsteile angelockt werden. Die Angebotspalette zu Zeiten der beiden Diktaturen war ebenfalls auffallend breit gestreut. Der Historiker Volker Dahm weist zu Recht darauf hin, dass die „Annahme, die organisatorische Erfassung und Gleichschaltung der Bevölkerung und der kulturellen Einrichtungen habe Deutschland in eine Wüste geistiger Uniformität verwandelt“, nicht stimme.²⁵ Das macht sich eben auch bei den Stadtfeiern bemerkbar.

Zu größeren DDR-Stadtfesten gehörten so genannte hochkulturelle Angebote, wie Konzerte, Chorgesänge und Theateraufführungen; daneben gab es Moden-, Sport-, Technik- und Leistungsschauen plus diverse Ausstellungen. So wie der Anfang vielfach durch ein besonderes Zeremoniell in Form einer Eröffnungsveranstaltung gekennzeichnet war, so endeten zahlreiche Stadtfeste meist mit einem Volksfest. Das gilt im Übrigen auch für Jubiläumsfeiern in der NS-Zeit.

Die Vielfalt der Veranstaltungen darf nicht mit Pluralität verwechselt werden, weil bestimmte kulturelle Praktiken verboten und der Angebotspalette sowohl in der NS-Zeit als auch in der DDR strukturelle Grenzen gesetzt waren. Nicht erlaubt blieben selbstredend alle Gegenveranstaltungen, auf denen die Regierungen und die Herrschaftssysteme hätten kritisiert werden können. Doch waren die Veranstaltungen nicht nur durch das Fehlen von politischen Freiheits- und Grundrechten charakterisiert, ihre Bandbreite war auch in sich begrenzt: Die Nationalsozialisten verfemten bekanntlich vor allem die Werke von Juden und die der Avantgardisten. Im Allgemeinen sollte in den öffentlichen Festveranstaltungen hauptsächlich so genannte deutsche Kunst vorgeführt werden, wie Lu Seegers für die Rostocker Kulturwochen des Jahres 1934 herausgearbeitet hat.²⁶ Die als deutsche klassische Kunst deklarierten Werke hatten nicht nur das Kunstbedürfnis des Bürgertums zu befriedigen, son-

²⁴ Diesen Hinweis verdanke ich Uta C. Schmidt.

²⁵ V. Dahm, Nationale Einheit (s. A 20), S. 259. Die konstatierte Bandbreite von Veranstaltungsangeboten darf freilich nicht mit Liberalität verwechselt werden.

²⁶ Vgl. L. Seegers, Hansetradiation, niederdeutsches Volkstum und moderne Industriestadt: Die Rostocker Kulturwochen (1934-1939), in: A. von Saldern, Inszenierter Stolz (s. A 5).

dern auch die breiten Bevölkerungsschichten anzusprechen. Die Kunst sollte volkstümlich werden.²⁷ Einen Entwicklungsschub erfuhr der Festspielkult nach dem Ersten Weltkrieg, als die Deutschen sich auf ihre so genannte Hochkultur konzentrierten, um den schmerzlich erfahrenen Bedeutungsverlust, den der verlorene Erste Weltkrieg für das Bürgertum nach sich zog, zu kompensieren.²⁸ Die Hoffnungen, dass in der Weimarer Republik Festspiele als Teil republikanischen Kulturerbes definiert und erfahren werden könnten, erfüllten sich indessen nicht. Die Bayreuther Festspiele, die nach zehnjähriger Unterbrechung 1924 wieder eröffnet wurden, hätten die Chance nutzen können, den einst republikanisch gesinnten Barrikadenkämpfer Richard Wagner in den Vordergrund zu rücken, doch das wurde bewusst vom NS-nahen Netzwerk „Bayreuth“ und dem (antisemitisch und antirepublikanisch gesinnten) Nationalismus großer Teile der deutschen Eliten konterkariert. Und ausgerechnet in der Großen Wirtschaftskrise um 1930 setzte dann eine spektakulär anmutende Aktualisierung der Weimarer Klassik ein, die sich auch die Nationalsozialisten zu Nutze machten. Die Reichsbachwoche in Leipzig 1935 wurde zu einer Großdemonstration des neuen NS-Staates in einer sich selbstbewusst gebenden Stadt.

Der zweite Schwerpunkt der Veranstaltungen beruhte auf der heimatverwurzelten Regionalkultur und der Volkskunst. Entsprechende Bestrebungen zur Wiederentdeckung oder Erfindung von volkskulturellen Bräuchen sind schon seit der Jahrhundertwende zu verzeichnen, erhielten jedoch im Nationalsozialismus ein neues Gewicht und wurden mit rassistischem Gedankengut aufgeladen. Durch die Betonung einer vorgeblichen Übereinstimmung zwischen staatlich-nationaler und regional-lokaler Kultur sollten die Menschen einem transpolitischen Wertekonsens verpflichtet werden, von dem die Akteure sich erhofften, dass sich dies auf das Herrschaftssystem positiv auswirken werde. Auch ging es darum, die Negativfolgen der Industrialisierung und Urbanisierung durch bodenständige regional-lokale Volkskultur zu kompensieren, um Stabilität vorzutauschen und Zukunftsvertrauen herzustellen. Wegen ihrer großen Popularität schuf die Volkskultur, vor allem die Volksmusik (in jeweils systemadäquaten, „modernen“ Inszenierungen), für die Bevölkerung zahlreiche Identifikationsmöglichkeiten mit der Regionalkultur, von denen auch der Staat zu profitieren trachtete. Volkskultur wurde in der Weimarer Republik als Gegenkonzept zur Arbeiter(bewegungs)kultur propagiert, und in diesem Zusammenhang wurde stets der parteienübergreifende Nimbus und ihr scheinbar wertvoller Beitrag zur Versöhnung von ländlichen und städtischen Kulturtraditionen hervorgehoben. Die Nationalsozialisten bedienten sich dieses Interpretationsmusters, wobei

²⁷ A. von Saldern, „Kunst fürs Volk“. Vom Kulturkonservatismus zur nationalsozialistischen Kulturpolitik, in: dies., Politik – Stadt – Kultur. Aufsätze zur Gesellschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts, hrsg. von I. Maršolek / M. Wildt, Hamburg 1999, S. 169-205.

²⁸ Ebda.; G. Bollenbeck, Tradition, Avantgarde, Reaktion. Deutsche Kontroversen um die kulturelle Moderne 1880-1945, Frankfurt a.M. 1999.

sie die Volkskultur in ihre rassistische Deutung von Gesellschaft und Kultur integrierten.

In der DDR erfolgte die Begrenzung der an sich breiten Angebotspalette durch die Ausschaltung von Jazz und Beat als westlicher Musikform jugendkultureller Subkultur. Hoch im Kurs standen hingegen die staatlich geförderte Laienkunst sowie Theater und sonstige Veranstaltungen, die von Laien bestritten wurden. Orientiert an der Feierkultur der Sowjetunion wurden Massenformationen und Massenfestspiele inszeniert, und deshalb bestand vorgeblich kein Anlass, die äußere Ähnlichkeit des Feierstils mit jener im NS-Staat zu thematisieren, geschweige denn zu problematisieren.

Die beträchtlich große Veranstaltungspalette in den beiden Diktaturen verweist auf die Notwendigkeit von Herrschaftsanalysen, in denen das Augenmerk nicht nur auf politisierte Veranstaltungen fällt, sondern in denen das gesamte Veranstaltungsangebot als Ensemble in den Blick gerät. Der Herrschaftszusammenhang wird erkennbar, wenn „hinter die Kulissen“ geschaut wird. So wurde die Jugendclique „Lutherspinne“ in Zwickau 1968 und die Beatgruppe in Rostock im selben Jahr anlässlich des jeweiligen Stadtjubiläums zerschlagen.²⁹ Und noch eine Überlegung sei angestellt, diesmal über die NS-Zeit: War es vorstellbar, dass ein Jude oder eine Jüdin beim Geraer Stadtjubiläum 1937 teilnehmen und sich vielleicht vergnügen würde? Doch wohl kaum, waren sie doch längst aus der Stadtgemeinschaft ausgeschlossen worden, selbst dann, wenn bei solchen Feiern antisemitische Ausfälle rar waren. Zu solchen Exklusionen, die den Herrschaftszusammenhang auch der unpolitischen Veranstaltungen verdeutlichen, kamen die direkt politisierten Veranstaltungen. Doch in der NS-Zeit ist der Grad der direkten Politisierung bei Stadtjubiläen nicht so stark gewesen, wie man vielleicht erwarten würde. Das hing mit der Zielsetzung der Feiern zusammen, die darauf hinauslief, städtische Volksgemeinschaft zu inszenieren und ein positives Gemeinschaftsgefühl durch die Bildung einer „community“ zu erzeugen,³⁰ um auf diese Weise in der Bevölkerung Wohlwollen gegenüber dem NS-System zu verbreiten bzw. zu stärken. Die Stadtfeste spielten also für die Herrschaftssicherung eine nicht geringe Rolle, denn eine freundliche oder „neutrale“ Grundstimmung der Bevölkerung gegenüber dem Regime reichte allein schon aus, um rassistische und terroristische Politik in die Tat umzusetzen ohne größeren Widerstand fürchten zu müssen.

Während in den beiden Diktaturen die Angebotspalette zwar breit war, aber in einem diktatoralen Herrschaftszusammenhang stand, vermitteln die Veranstaltungsprogramme bei bundesrepublikanischen Stadtjubiläen und anderen Stadtfesten den

29 L. Seegers (s. A 18).

30 Gemeint ist damit eine Gemeinschaft, die nicht auf sozialer Interaktion, sondern auf gemeinsamer Teilnahme an rituellen Praktiken beruht. Das schließt selbstredend nicht aus, dass unter den aktiven Teilnehmern soziale Interaktionen, besonders bei den Vorbereitungen, stattgefunden haben.

Eindruck eines im Prinzip offenen Verständnisses von Kultur. Allerdings sind gegenüber einer solchen Sichtweise Einschränkungen vorzunehmen. So kommt es entscheidend darauf an, auf welches bundesrepublikanische Jahrzehnt der Blick fällt. Eine Öffnung des kulturellen Raumes erfolgte bekanntlich erst seit den 1960er Jahren,³¹ wobei dieser Prozess keineswegs einen einfachen Verlauf nahm. Beispielsweise kam es immer wieder zu kulturellen Abschließungsversuchen, etwa wenn gegen die Aufstellung und Einweihung neuer moderner Plastiken im Stadtraum angegangen wurde, die Gastarbeiterinnen beim Lüdenscheider Stadtjubiläum als Exotinnen marschierten.³² Deswegen bietet es sich an, von der Vorstellung umkämpfter Räume gerade in Demokratien auszugehen und etwaige Positionsverschiebungen hinsichtlich der Deutungshoheit herauszuarbeiten.

Bemerkenswert ist, dass die Resonanz der Stadtbevölkerung auf Stadtfeste in der Regel eine positive war. Das gilt für die Stadtfeste in allen politischen Systemen, auch für das Essener Stadtjubiläum von 2002. Äußerer Gradmesser ist die Beteiligung von Zuschauern und die positiven Erinnerungen. Erklärlich wird die positive Resonanz dadurch, dass sich die Stadtfeste für recht unterschiedliche Aneignungsweisen eigneten. Hinzu kommt die Neigung vieler Menschen nach außergewöhnlichen Ereignissen, denn Feste unterbrechen bekanntlich die Routine des Alltags.³³ Doch auch Kritik ist überliefert. Beim Münchner historischen Festzug von 1937 konnten sich die Zuschauer zwar nicht der Faszination des Spektakels entziehen, doch wurden angeblich auch die verschwendeten Steuergelder moniert.³⁴ Und beim Bochumer Festzug von 1971 schauten von vornherein nur wenige Menschen zu – vermutlich, weil der Tag verregnet war.³⁵

31 Dazu siehe die Überblicksstudien: A. Schildt / D. Siegfried / K. Chr. Lammers (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000, insb. die Einleitung des Hrsg., S. 11-21; U. Herbert (Hrsg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980*, Göttingen 2002, hier ebenfalls insb. die Einleitung des Hrsg.

32 U.C. Schmidt, „Auf dem Berg, nicht hinter dem Berg zu Hause...“ Die 700-Jahr-Feier der Stadt Lüdenscheid 1968; in: A von Saldern, *Inszenierter Stolz* (s. A 5).

33 Diese konnte aber auch als Nische dienen. Oberbürgermeister Lippert hat beispielsweise die Stadtjubiläumsfeier in Berlin 1937 in einer Weise inszeniert, dass sich Goebbels rückblickend in seinem Tagebuch sehr abfällig äußerte. So sei der Festzug ein Durcheinander gewesen und ohne Phantasie durchgeführt worden; Goebbels, *Tagebücher*, Bd. 3, S. 230, 235 und 237, zit. aus R. Stremmel, *Modell und Moloch. Berlin in der Wahrnehmung deutscher Politiker vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg*, Bonn 1992, S. 282.

34 H.G. Hockerts, *Mythos, Kult und Feste. München im nationalsozialistischen „Feierjahr“*, in: München – „Hauptstadt der Bewegung“. Bayerns Metropole und der Nationalsozialismus, hrsg. von R. Bauer u.a., München 1993, S. 331-349, hier S. 341.

35 S. Schraut (s. A 1), S. 301.

5. Transstädtische Referenzen: Staat, Vaterland, Nation

Da Städte in der Regel stets auch zu größeren Politikeinheiten, wie Land und Staat gehörten, nimmt es nicht wunder, dass sich eine Reihe von transstädtischen Bezügen auch bei Stadtfeiern aufzeigen lassen.³⁶

In der neueren amerikanischen Forschung über die Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik wird die nationale Sinnstiftung als Synonym für die lokale Sinnstiftung angesehen – zusammengefasst in einem Buchtitel als „The Nation as a local metaphor“.³⁷ Dafür gibt es in der Tat auf der Ebene der Referenzerweisung zahlreiche Beispiele. So wurde beim Stadtjubiläum in Gütersloh 1925 der dortige Heimatsinn mit jenem von Preußen und Deutschland eng verbunden: „Was wir daher für unsere Stadt tun, das tun wir fürs Vaterland... Gütersloh und Deutschland, Preußen und Gütersloh sie gehören zusammen.“³⁸ Doch die Einheit, die hier als Selbstverständlichkeit zum Besten gegeben wurde, war in zahlreichen Fällen alles andere als selbstverständlich. Zu denken ist zum Beispiel an die Separatistenbewegung im Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg oder an die Sonderrolle, die Bayern stets zu spielen verstand.³⁹ Noch weniger trifft eine solche In-Eins-Setzung für die Bevölkerungsmentalitäten zu. Weil die inneren und äußeren Beziehungen zwischen den Ländern und dem Deutschen Reich recht komplex waren und auch die Städte auf Grund ihrer oft alten Geschichte nicht im nationalen Vaterland aufgingen, waren solche Stadtfeiern auch für Staatspolitiker wichtig. Dabei ging es nicht nur darum, eine wohlsynchronisierte Harmonie zwischen Heimatstadt, Land und Vaterland rhetorisch zum Ausdruck zu bringen, sondern mittels solcher Feiern auch zu versuchen, eine Synchronisierung zwischen den multiplen Identitäten überhaupt erst zu erreichen bzw. zu verfestigen.

In der NS-Zeit, als alle Deutschen auf den Führer und die rassistisch konzipierte Volksgemeinschaft eingeschworen werden sollten, wurde dementsprechend nicht zuletzt bei Stadtfeiern stets versucht, das Lokale in das Große, Ganze der Nation münden und keinen Lokalismus aufkommen zu lassen. Die (staatsbezogene) Nazifizierung der historischen Festzüge schlug sich nicht nur im Straßenfahnschmuck und in anderen NS-Symbolen nieder, sondern vor allem im jeweiligen Abschlussblock, in der die diversen NS-Formationen die „neue Zeit“ repräsentierten.⁴⁰

36 Mit dem Begriff des Transstädtischen sind also Bezüge gemeint, die auf größere sozialräumliche und politische Einheiten gemünzt sind.

37 A. Confino, *The Nation as a Local Metaphor*. Württemberg, Imperial Germany and National Memory 1871-1918, Chapel Hill and London 1999.

38 Zit. in: K. Minner / H. Vieregge, *Politik und Stadtgesellschaft. Bürger zwischen Liberalismus, Erweckung und Königstreue*, in: W. Freitag (Hrsg.), *Geschichte der Stadt Gütersloh*, Bielefeld 2001, S. 315-402, hier S. 372.

39 Bayern hatte bis 1919 Sonderrechte innerhalb der Deutschen Reichsverfassung.

40 Vgl. dazu z.B. H.G. Hockerts (s. A 34), S. 339.

Hier wurden die Parteistärke und die (para)militärische Kraft zur Schau gestellt, die auf den von der Partei bestimmten nationalen Gesamtzusammenhang verweisen sollten.

In der DDR standen bei großen Feiern, wie beim Doppeljubiläum des Leipziger Messe- und Stadtjubiläum im Jahre 1965 sowie bei der Doppelfeier von Ostseewoche und Rostocker Stadtjubiläum 1968 die Staatsziele an erster Stelle, was zu manchen Friktionen mit den mehr an der Verfestigung der Stadtidentität interessierten Akteuren führte.⁴¹ In der Bundesrepublik spielte und spielt die Nationsbezogenheit bei Stadtfesten nach außen hin keine entscheidende Rolle mehr. Das hat weniger mit der Demokratie als Staatsform zu tun – wie ein Vergleich mit Stadtfesten in der Weimarer Republik zeigt, sondern mehr mit der „Kultur des Politischen“ der geteilten Nation Bundesrepublik, bei der die Nation relativ wenige Bezugspunkte abgab, die zu bedienen notwendig oder vordringlich erschienen.⁴² Gleichwohl war der Bezug zur Nation auf Stadtfesten nicht verschwunden, sondern dieser „verflüssigte“ sich und wurde in andere Kontexte eingebettet bzw. in höhere Werteinheiten überführt. So wurde in den frühen 1950er Jahren in den Reden bei Stadtfeiern und anderswo nicht selten auf das christliche Abendland Bezug genommen. Beispielsweise kam beim Essener Jubiläum von 1952 eine vage christliche Abendland-Vorstellung zum Tragen, die der technisierten, entfremdeten und vermassten Gegenwart entgegengestellt wurde. Dementsprechend pries man die Jahrhunderte vor 1789, und alles Übel der folgenden Zeiten, inklusive des Nationalsozialismus, wurde der Säkularisierung angelastet. Doch konnten solche Reminiszenzen schon damals durch andere Bezüge aufgefangen werden, in diesem Fall durch die Eröffnung des Amerikahauses 1952, das Weltoffenheit und Zukunftssicherheit ausstrahlte. Zudem wurde 1952 der Abfall von Gott nicht mehr mit dem Vordringen des „modern-jüdischen Geistes“ in Verbindung gebracht – im Unterschied zu gängigen Aussagen bei konservativ-völkisch orientierten Festen während der 1920er Jahre.⁴³

Auch in späteren Phasen der Bundesrepublik wurde die Nation auf rhetorischer Ebene als Verlustgeschichte thematisiert, das heißt, es wurde über das gemeinsame Vaterland in der Vergangenheit gesprochen, und zwar in einer Weise, dass positive Gefühle ausgelöst wurden, während die Verbrechen, die dieses Vaterland begangen hatte, nicht zur Sprache kamen.⁴⁴ Zudem erwies sich das Gedenken an die Brüder

41 E. Rembold „Mein Leipzig lob ich mir, weil wir die Hausherrn sind“ – Das Stadtjubiläum von 1965, in: A. von Saldern, *Inszenierte Einigkeit* (s. A 5), S. 313-354; dies., *Die Leipziger Jubiläumsmesse 1965: Bühne der DDR-Außenpolitik und Ereignis für die Stadtbevölkerung*, in: ebd., S. 277-312; L. Seegers, „Die Zukunft“ (s. A 18).

42 Dies zeigen die Beispiele von U. Schmidt (s. A 32); Th. Siemon, *Das Jubiläum als Eklat*. Der 100. Gründungstag von Wilhelmshaven 1969, in: A. von Saldern, *Inszenierter Stolz* (s. A 5).

43 M. Zimmermann (s. A. 6).

44 Zum Beispiel Lüdenscheid; siehe U. Schmidt (s. A 32).

und Schwestern in der DDR als eine gute Möglichkeit, um an die (verlorene) Nation zu erinnern.⁴⁵ Auch eignete sich der Rekurs auf das vereinte Europa dazu, eine so große Projektionsfläche zu schaffen, dass auf ihr zum einen allein das „westliche“ Europa, zum anderen das „ganze Europa“, inklusive des wiedervereinigten Deutschlands, eingeschrieben werden konnten.⁴⁶

6. Geschichte als kulturelles Kapital für die Zukunftssicherung

Durchgängiges Strukturprinzip aller Stadtfeiern war, die lokale Geschichte gebührend herauszustellen. Mit anderen Worten: Ohne Geschichtsdarstellung kein Stadtjubiläum. Eine lange Geschichte zu haben, verursachte an sich Stolz. Zurückhaltung war allerdings immer dann geboten, wenn vorrangig die positiv gedeutete Gegenwart als entscheidendes kulturelles Kapital für die Zukunft angesehen wurde, wie dies insbesondere bei DDR-Stadtfeiern der Fall war.⁴⁷

Doch im Allgemeinen wurde neben dem Stolz auf die Gegenwart auch die auf die Geschichte artikuliert. Dies gilt insbesondere für die bundesrepublikanischen Städte. In der Geschichte suchte man Trost und aus ihr schöpfte man Vertrauen auf die Zukunft. So formulierte der Chefredakteur der Westfälischen Allgemeinen Zeitung anlässlich des Essener Jubiläums eine Logik besonderer Art, wenn er feststellte bzw. prognostizierte: „Hier an der Ruhr war keine Wüste vor Kohle und Stahl – und hier wird keine Wüste wachsen nach Kohle und Stahl.“⁴⁸ Häufig wurden, wie auch dieses Zitat zeigt, die Krisen angedeutet, die überwunden worden sind, oder die es zu überwinden galt.⁴⁹

Währte das politische System schon einige Jahre, so wurde jeweils auf die tatsächlichen oder vermeintlichen Aufbauleistungen hingewiesen, so in der NS-Zeit, in der DDR und in der BRD, ja, man kann sagen, dass der jüngsten Vergangenheit stets eine besondere Bedeutung zugeschrieben wurde. Dabei galt es, die häufig schöngefärbten Erzählungen über die Aufbauleistungen des jeweiligen Staates mit jenen der betreffenden Stadt zu verzahnen. Hierzu boten sich vor allem sichtbare Objekte,

45 Allgemein: E. Wolfrum, *Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung*, Göttingen 2001; *ders.*, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990*, Darmstadt 1999; konkrete Beispiele bei U. Schmidt (s. A 32) und T. Siemon (s. A 42).

46 Zum Beispiel Lüdenscheid; siehe U. Schmidt (s. A 32).

47 Vgl. die lokale Talkshow anlässlich der Essener 1150 Jahr-Feier, die unter der rhetorischen Frage stand: „Essen – geschichtslos?“, in: M. Zimmermann (s. A 6).

48 Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 19.6.2002, zit aus: M. Zimmermann (s. A 6).

49 So Bochum 1921 und 1971 und Dortmund 1982; S. Schraut (s. A 1), S. 304. In der DDR wurde hauptsächlich die Gegenwart, inklusive der Zukunft, fokussiert, was zu Lasten der Geschichtskultur ging.

wie Neubauten sowie neue Industrierwerke, Kaufhäuser und Straßen an. Doch auch große Events in Form von Ausstellungen, Kulturveranstaltungen und hohe Gastbesuche sowie erfahrbare Verbesserungen der sozialen Lebenslagen und der Konsummöglichkeiten eigneten sich dazu, die Aufbauleistungen in Staat und Stadt in Erinnerung zu rufen. Während sich die Nationalsozialisten die Überwindung der einmalig großen Wirtschaftskrise zugute schrieben und diese mit ihrer besonders seit 1936 massiven Aufrüstungspolitik geschickt verzahnten, verwiesen die beiden Nachfolgestaaten auf ihre systemkonkurrierenden Wiederaufbauleistungen nach dem Zweiten Weltkrieg. In den 1960er Jahren konnten entsprechende „local narratives“ bei Stadtfeiern in der DDR noch gewisse Glaubwürdigkeit für sich beanspruchen, doch in den beiden folgenden Jahrzehnten bröckelte diese zunehmend ab. Es war gerade der sinnlich wahrnehmbare Verfall bestimmter Innenstadtbereiche, der Rückschlüsse auf den Verfall des Staates nahe legte.

Waren die Inhalte der jeweils selektierten Stadtgeschichte auch verschieden, so ähnelten sich doch die Darstellungsstrukturen über die politischen Systeme hinweg. Gemeint ist die Tatsache, dass Geschichte dramatisiert und aus ihren strukturellen Zusammenhängen gerissen, als Ereignisgeschichte in Szene gesetzt wurde und wird. Das Außerordentliche und nicht das Alltägliche sollte gezeigt werden, geschichtliche Zusammenhänge gerieten dabei in den Hintergrund. Geschichte wurde und wird in die Erlebniswelt der Menschen eingebaut.⁵⁰ Besonders deutlich wird der Erlebnischarakter, wenn man den Blick auf die historischen Festzüge oder die beliebten historischen Märkte zu DDR-Zeiten lenkt. Die Geschichte des 10-jährigen U-Bahnbau in Hannover von 1965 bis 1975 zeigt, wie die Stadtverwaltung schrittweise die Bedeutung von Events für die Akzeptanz dieses Riesenprojekts erkennt und deshalb Feste sowie groß aufgemachte unterirdische Besichtigungen für die hannoversche Stadtbevölkerung organisierte.⁵¹ Hinsichtlich der Suche nach Erlebnissen unterschieden sich die heutigen Stadtfeiern nicht wesentlich von jenen in früheren Phasen des 20. Jahrhunderts.⁵² Doch die Ansprüche und auch die technischen Möglichkeiten waren ehemals geringer als im letzten Viertel dieses Jahrhunderts.

Bei den Stadtfeiern ging es in allen politischen Systemen nicht um Geschichte im Allgemeinen, sondern um die so genannte „richtige Auswahl“ der geschichtli-

50 Allgemein: D. Schubert, *Festival Market Places als Revitalisierungsstrategie für brachgefallene innenstadtnahe Hafen- und Uferzonen in den USA*, in: *Die Alte Stadt 2/2001*, S. 130-154.

51 L. Seegers, „Dom des 20. Jahrhunderts“. Der U-Bahnbau in Hannover im Kontext städtischer Kommunikations- und Imagepolitik, in: A. von Saldern, *Inszenierter Stolz* (s. A 5).

52 Gleichermaßen gilt, dass man es mit der Frage der Stadtgründung nicht so ernst nahm. Dies zeigt die relative Beliebigkeit bei der Entscheidung, wann zu feiern sei. Die Ausgangspunkte sind ganz verschiedene: Stadtgründung, erste urkundliche Erwähnung, Markterhebung, kaiserliche Bewilligung der Stadtrechte, Gründung der Stadtgarde, Zusammenschluss von Gemeinden und Stadtteilen etc.

chen Überlieferung einer Stadt. Ob in Form von Ausstellungen, in Vorträgen, in Festschriften oder in historischen Festzügen – immer wurde und wird Geschichte selektiert: Glanzvolle Ereignisse in lange zurückliegenden Perioden hatten die größten Chancen, herausgehoben zu werden, Kriegswirren und Hungersnöte fanden ebenfalls Beachtung – häufig aus dem Grund, um dann die Überwindung dieser schlechten Zeiten um so besser herausarbeiten zu können. Die Nationalsozialisten wussten auf dieser Klaviatur besonders gut zu spielen, indem sie in ihren Festreden und Ehrungen einerseits den Ersten Weltkrieg als Heldengeschichte, andererseits die Zeit der Weimarer Republik als einen dramatischen Niedergang Deutschlands darstellten, um auf dieser Negativfolie den Anbruch der neuen Zeit seit 1933 besonders deutlich in Erscheinung treten zu lassen. Bei allen Stadtfeiern kam es darauf an, ein positives Geschichtsbild von der Gegenwart zu vermitteln und gleichzeitig die Hoffnungen auf eine bessere Zukunft zu stärken.⁵³

Fast immer handelte es sich übrigens um Männer, die bei den Festzügen als jene erschienen, die die Geschichte machten, während Frauen allenfalls als schmückendes Beiwerk oder auf der Ebene der Symbole in Erscheinung traten. Ansonsten halfen sie bei den Vorbereitungen, vor allem beim Säubern und Schmücken der Häuser und Straßen. In der Zeit des „Dritten Reiches“ gewährte man zudem der NS-Frauenschafter einen Tag zur eigenen Gestaltung, so beim Stadtjubiläum in Gera 1937.⁵⁴ In der Bundesrepublik waren es bezeichnenderweise die Hausfrauen, die berücksichtigt wurden. So wurde beim Bochumer Stadtjubiläum von 1971 für die Frauen ein Hausfrauennachmittag mit Modenschau und Tombola organisiert,⁵⁵ und beim Lüdenscheider Jubiläum 1968 war ebenfalls der Hausfrauenbund aktiv geworden.⁵⁶ In der DDR wurden Frauen durch die Massenorganisationen in die Festzugsgestaltung eingebunden. Ansonsten waren die Festzüge – ungeachtet der offiziellen Gleichstellung – dort auch recht männlich geprägt. In jenen Bereichen, in denen die Frauenfrage nicht direkt fokussiert wurde, sickerten leicht alte Geschlechtermuster durch oder kamen gar zum Tragen – so auch in den Festzügen. An diesem Eindruck änderte auch die Tatsache nichts, dass beim Festzug in Gera 1987 auf einem Wagen barbusige Frauen die Zuschauermengen erfreuen sollten.⁵⁷

53 In der Geschichtsschreibung wird die Bedeutung der Zukunftserwartungen für die Menschen und für die politischen Systeme oft vernachlässigt. Die Forschungen über die DDR brachten hier eine Wende. Herausgearbeitet wurde, dass so lange die DDR Zukunftshoffnungen erfolgreich transportieren konnte, wie noch in den 1960er Jahren, solange war auch das Gesamtsystem einigermaßen gesichert.

54 A. von Plato, Ein „Fest der Volksgemeinschaft“. Die 700-Jahr-Feier von Gera (1937), in: A. von Saldern, Inszenierter Stolz (s. A 5).

55 S. Schraut (s. A 1), S. 301.

56 U. Schmidt (s. A 32)

57 A. von Plato (s. A 54).

Eine weitere Konstante der Festzüge ist die Selbstrepräsentation der verschiedenen Handwerksberufe, die für die jeweilige Stadt typisch waren. Hierdurch wurden der Arbeitsfleiß und die deutsche Wertarbeit nicht nur auf die Industrie, sondern auch auf die Handwerksberufe bezogen, wobei die Gewichtung unterschiedlich ausfiel.⁵⁸ Hier trafen sich die Interessen des organisierten Handwerks mit jenen der Stadtväter. Das Handwerk hatte den großen Vorteil, dass es eine lange städtische Tradition aufwies, die bis in die Gegenwart erfolgreich und intensiv kultiviert wurde, so dass sie im kulturellen Gedächtnis einen festen Platz einnahm, und zwar in allen Regimen, selbst in der DDR, die ansonsten ihre Identität in der Industrie und nicht im Handwerk suchte. So wurde auch in der DDR der Handwerksfleiß szenisch dargestellt, wenn auch in historische Zeiten versetzt.⁵⁹ Hinzu kommt, dass sich das Handwerk auch gut inszenieren ließ und seine Symbole den Menschen vertraut waren. In der NS-Zeit und in der Bundesrepublik gelang es dem Handwerk sogar, sein kulturelles Kapital in Form einer handwerkerfreundlichen Gesetzgebung in politisches bzw. ökonomisches Kapital umzusetzen.⁶⁰

Zwar fand und findet die Selektion von Geschichte bei Stadtfeiern unter allen politischen Systemen statt, doch müssen Besonderheiten herausgearbeitet werden, wenn es um die Stadtgeschichtsdarstellungen in der NS-Zeit einerseits und jener in der DDR-Zeit andererseits geht. In beiden an sich so unterschiedlichen Herrschaftssystemen wurde die Geschichte auf die jeweilige große Wende hin zugeschnitten, im einen Fall auf das Jahr 1933, im anderen auf das Jahr 1945. Während der Zeit des Nationalsozialismus wurde diese Botschaft mit der bildlichen Erzählung des „Ewigen Kampfes“ des Volkes verbunden, während in der DDR-Geschichtskultur die dargestellten (Klassen-)Kämpfe als Vorgeschichte des Sozialismus interpretiert werden konnten und sollten. Lokale und nationale Erzählungen wurden zusammengefügt, ohne dass sie völlig ineinander aufgingen. Die Präsentation von Gegenwart (ab 1945) und Zukunft wurden stets für wichtiger gehalten als historische Rückblicke, was sich auf die Festzugsgestaltung auswirkte.

Ein Problemfeld besonderer Art war für die beiden Gesellschaften nach 1945 die Darstellung des Nationalsozialismus. Auf den DDR-Stadtfesten wurde die Zeit des Nationalsozialismus lediglich durch den antifaschistischen Widerstand erinnert,

58 So erwies man beim Gubener Jubiläum 1960 dem neuen Chemiewerk und beim Zwickauer Jubiläum 1968 dem großen Autowerk seine Referenz; L. Seegers (s. A 9); E. Rembold, Die Stadt an der Oder-Neiße-Friedensgrenze. Die 725-Jahrfeier der Stadt Guben 1960, in: A. von Saldern, Inszenierter Stolz (s. A 5).

59 Siehe zum Beispiel U. Schmidt (s. A 32).

60 Über die erfolgreichen Selbst- und Fremdrepräsentationen des Handwerks im 20. Jahrhundert bedarf es noch empirischer Studien. Siehe zum NS-Zusammenhang A von Saldern, Leistungsdruck im Handwerk während der NS-Zeit, in: Th. Großbölting / R. Schmidt (Hrsg.), Unternehmerwirtschaft zwischen Markt und Lenkung. Organisationsformen, politischer Einfluss und ökonomisches Verhalten 1930-1960, München 2002, S. 39-67.

während die Frage, auf welche Weise die Stadt in die Verbrechen der NS-Zeit verwickelt war, ausgeblendet blieb. Hier ist eine „negative Gemeinsamkeit“ mit den Stadtfeiern in der Bundesrepublik zu konstatieren, die erst seit den späten 1970er und 1980er Jahren durch Geschichtswerkstätten und gewerkschaftsnahe Arbeitsgruppen sowie durch aufklärungsorientierte Personen aufgebrochen wurde. Doch wird die Geschichte des Nationalsozialismus noch immer dort ausgeblendet, wo es solche Organisationen und Einzelgänger nicht gibt, wie aus der Kilianstädter Jubiläumsschrift von 1989 entnommen werden kann.⁶¹ Hier, wie auch anderenorts dient die Aufbereitung der Geschichte hauptsächlich der mit ihr beabsichtigten Legitimitätssicherung städtischer Eliten, weswegen man in der Bundesrepublik noch immer eine geschönte Geschichte vorfindet – allenfalls mit Andeutungen aus dem Arsenal der Verdunkelungsmetaphern, insbesondere was die NS-Zeit angeht.⁶² Während die NS-Geschichte auf nationaler Ebene schon seit den 1960er Jahren ins Visier vieler kritischer Forscher und Forscherinnen der BRD geriet, und in den 1990er Jahre eine neue Epoche der Vergangenheitsbewältigung einsetzte,⁶³ blieb offensichtlich der „Schmutz vor der eigenen Haustür“ unverhältnismäßig lange unentdeckt und „un-aufgeräumt“. So fällt die Erforschung des Schicksals der jüdischen Mitbürger in den einzelnen Städten sowie die Geschichte der Zwangsarbeiter und anderer Verfolgter erst in die 1980er, teilweise sogar erst in die 1990er Jahre. Der Hang der Stadtväter, auf ihren Stadtfeiern hauptsächlich positiv klingende Erzählungen zum Besten zu geben, verschüttete die Chancen, die die Feiern stets auch zur Aufarbeitung der Vergangenheit boten.

Sinn der historischen Rekurse bei städtischen Festrivalen war offenbar jedoch nicht Aufklärung, sondern die Schaffung eines kollektiven Gedächtnisses, das sich zu Gunsten der Stadt identitätsstiftend auswirken sollte. Die ganze Stadt wurde aus solchen Anlässen zum positiv besetzten Erinnerungsort gemacht, und zwar nicht nur zum jeweils gegenwärtigen, sondern auch zum zukünftigen. Mit anderen Worten: Ein historischer Festzug diente nicht nur dazu, sich der stolzen Vergangenheit des Mittelalters zu vergewissern, sondern durch den Festzug sollte auch ein Ereignis geschaffen werden, dass seinerseits wiederum in späteren Jahren positiv erinnert werden würde.

Zur Erinnerungsproduktion gehören auch die Souvenirartikel, die ebenfalls die Reminiszenz an das Erlebte wach halten sollten und dies auch taten. Die Souvenirs spielten selbst in der DDR eine beträchtliche Rolle, wobei jeder Produktvorschlag von den entsprechenden Organisationskomitees überprüft wurde. Daran wird deut-

61 Ebda., S. 61.

62 Ebda. S. 63.

63 H. König, Die Zukunft der Vergangenheit. Der Nationalsozialismus im politischen Bewusstsein der Bundesrepublik, Frankfurt a.M. 2003, S. 11.

lich, wie wichtig die Produktion von Erinnerung in der DDR genommen wurde, wie am Beispiel des Rostocker Stadtjubiläums herausgearbeitet wurde.⁶⁴

Wie lange solche Stadtfeiern als das außergewöhnliche Ereignis zum Alltagsleben erinnert wurden, zeigen Interviews. So blieben beispielsweise die Feiern die im Kontext der Internationalen Gartenbauausstellung im Erfurt der 1960er Jahre stattfanden, in den folgenden drei Jahrzehnten im kommunikativen Gedächtnis gespeichert.⁶⁵ Zudem hat eine neuere Studie ergeben, dass die bei NS-Stadtfeiern entfaltete NS-Geschichtskultur sogar noch um das Jahr 2000 (positiv) erinnert wurde, während die Erfahrungswelten der Weimarer Republik nicht mehr präsent waren, also nicht vom kollektiven ins kulturelle Gedächtnis überführt worden waren.⁶⁶

7. Identifizierungsangebote, Partizipation und Konsensstiftung

Die Stadtsoziologen Häußermann und Siebel weisen darauf hin, dass heute Identifikationsangebote in Form von aufwendigen Stadtfeiern „notwendig“ geworden seien, weil der Gemeinsinn des Stadtbürgertums erodiert sei und weil es den Akteuren darum gehe, Identifikationsangebote zu schaffen, die nicht von Bürgerinitiativen, also nicht „von unten“ gewachsen und im Alltag verwurzelt seien.⁶⁷ Eine Identität der Einwohner mit der Stadt werde auf künstliche Weise hergestellt, die sonst eben nicht mehr selbstverständlich vorhanden sei. Feste hätten die Funktion, die Entgrenzung der Stadt zu kompensieren, um den Bürgern und Bürgerinnen die „identifikationsfähige Stadt“ zu bewahren.⁶⁸ Wer die Festrede des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters von Lüdenscheid 1968 hörte, in der er „nur“ die parlamentarische Demokratie lobpreiste, was gegen den Strich gelesen bedeutete, dass er mit außerparlamentarischen Bewegungen, wie den damals aufkommenden Bürgerinitiativen in den Städten, insbesondere mit der Studentenbewegung, nichts anzufangen wusste, der oder die fühlt sich durch die genannten stadtsoziologischen Problemskizzen bestätigt.⁶⁹ Doch der genauere Blick auf die Stadtfeiern führt zu einem differenzierteren Bild.

64 L. Seegers (s. A 18).

65 Alice von Plato „Gartenkunst und Blütenzauber.“ Die Internationale Gartenbauausstellung als Erfurter Angelegenheit, in: A. von Saldern, Inszenierte Einigkeit (s. A 5), S. 183-234.

66 J.-Chr. Caron, Stolze Erinnerungen an das „Dritte Reich“. Ein theatrales NS-Gedenkfest im Gau Westfalen-Nord und seine Wirkungsgeschichte bis in die 1990er Jahre, in: Westf. Forschungen, 51 (2001), S. 283-308. Allgemein: A. Assmann, Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses, München 1999; J. Assmann, Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1997.

67 Vgl. H. Häußermann / W. Siebel (s. A 12). Zuspitzung durch mich.

68 Ebda., S. 15.

69 U. Schmidt (s. A 32).

Auffallend ist die für Stadtfeiern in der Regel charakteristische aktive Teilnahme großer Teile der Bevölkerung. Gemeinsinn wurde nicht nur inszeniert, sondern auch praktiziert. Das gilt für die Feste in allen politischen Systemen. Die Partizipation fand in verschiedenen Formen statt. In der NS-Zeit waren es vielfach die gleichgeschalteten Verkehrsvereine und andere Vereine, die maßgeblich an der Durchführung der Feiern beteiligt wurden. Dazu gehörten auch die gemeinsam organisierten Vorbereitungen. Allgemein üblich war das Schmücken der Häuser und der Straßen durch die Bewohner.⁷⁰ Die aktive Teilnahme der Menschen sollte den Funken überspringen lassen von der positiven Erfahrung gemeinsamer Praktiken hin zu einer positiven Einstellung gegenüber der Stadt bzw. dem Herrschaftssystem.

Zur aktiven Teilnahme der Menschen wurde nicht nur in der Presse aufgerufen, sondern auch durch Organisationen und Institutionen. Es waren die Betriebe, die Massenorganisationen und die Bildungseinrichtungen sowie der Kulturbund, die in der DDR das Mitmachen einforderten. Dabei handelte es sich um einen freiwilligen Zwang oder gar um regelrechten Druck von oben, etwa wenn es um die Teilnahme an Massenaufmärschen ging. Weil der Umzug bei der Eröffnungsfeier der Ostseewoche in Rostock offensichtlich nicht sehr beliebt war, wurde Druck ausgeübt.⁷¹ Im Unterschied dazu waren die Menschen zum Mitmachen bei historischen Festzügen stets recht leicht zu bewegen. In der Bundesrepublik fiel der Zwang weg, wenngleich in kleineren Städten der soziale Druck blieb und auch die Presse mit deutlichen Worten zum Mitmachen und Mithelfen aufforderte.

In der Regel stellten die vielen verschiedenen Vereine die stadtgesellschaftliche Basis dar, die nötig war, um Stadtfeste zu gestalten. Vereine stehen zwar in einem Zusammenhang zur Gründungsgeschichte der bürgerlichen Gesellschaft, aber sie sind im Verlaufe der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts zur allgemein üblichen gesellschaftlichen Organisationsform geworden. Sie weisen demnach einen Doppelcharakter auf, der auch den Stadtfeiern ihr Gepräge gab: oft (klein-)bürgerlich im soziologischen Sinn, oft bürgerbezogen im stadt- und staatsrechtlichen Sinn.⁷² Dieser Doppelcharakter der Vereine erleichtert die Zusammenarbeit mit den Stadtverwaltungen und deren Ansinnen, die Feiern in dem vereinsorganisierten Teil der Stadtbevölkerung zu verankern. Die vereinsbezogene Versäulung der Feiern war gut geeignet, um selbst große Feiern zu organisieren, gleichwohl die Ordnung zu gewährleisten. Dafür zahlten die Stadtakteure gerne ihren Preis, der darin bestand, dass die Chancen für vereinsunabhängige Spontanität und Kreativität hierdurch minimalisiert wurden.

Einen beliebten Bereich des Mitmachens während des ganzen 20. Jahrhunderts boten – neben den Chorgesängen und den Massenfestspielen in der DDR – die histo-

70 Vgl. z.B. *K. Thijs* (s. A 3), S. 114 f.

71 *L. Seegers* (s. A 18).

72 Dies gilt allerdings nicht für die so genannten AusländerInnen.

rischen Festzüge. Das gilt auch für die Stadtfeste in der Bundesrepublik, zum Beispiel für die Landshuter Hochzeit. Die Menschen schlüpfen bei solchen Festzügen in Rollen, spielten Fürsten, Mönche und Germanen.⁷³ Die Laien suchten nach Identität und ihren Platz in einer imaginierten Ständegesellschaft, bewegten sich dementsprechend und inszenierten somit ein Gegenstück zur anonymen Welt. Vieles wurde dabei romantisiert und konstruiert, schließlich sprach der Verkleidete selbst so wie ein Fürst. Dies wurde von kulturwissenschaftlicher Seite als Sehnsucht nach kollektiver Identität gedeutet. Selbst die Zuschauer konnten sich der Attraktivität solcher Schauspiele meist nicht entziehen und konstruierten womöglich auf der Basis des Gesehenen ihr Bild von der Geschichte ihrer Stadt.

Durch die massenhafte Partizipation der städtischen Bevölkerung entstand in der Tat Stadtöffentlichkeit, aber diese Stadtöffentlichkeit wies bestimmte Strukturen auf: Menschen spielten Rollen aus Zeiten, von denen sie keine umfassende Vorstellung hatten. Vielfach war diese Art von Stadtöffentlichkeit auch durch Exklusionen gekennzeichnet, und selbst heute können das Fremde und die Fremden meist nur als Exotik oder als Nischenkultur wirksam werden. Die Gastarbeiterinnen als verschleierte Bauchtänzerinnen beim Lüdenscheider Festzug 1968 sind hierfür ein aussagekräftiges Beispiel, bedienten diese doch mittels Vorführung einer „invention of tradition“ die auf eine (klein-)bürgerlich-männliche Imagination der exotischen weiblichen Verführung.⁷⁴

Anders gelagert war hingegen die Präsentation der Flüchtlinge und Vertriebenen bei der Lüdenscheider Stadtfeier 1968. Zwar zeigt dieses Beispiel die Bemühungen der alten und der neuen Bürger, bei solchen Anlässen aufeinander zuzugehen, aber die Neubürger präsentierten sich noch in ihrer Doppelidentität, indem sie sich einerseits als zu Lüdenscheid zugehörig definierten und als aktive Neubürger in Erscheinung traten, andererseits durch heimatliche Trachtenschauen ihre Fremdheit und Andersartigkeit in Stadt und Region symbolisch zum Ausdruck brachten.⁷⁵

Die positive Resonanz, die die Stadtfeste im allgemeinen in der Bevölkerung hervorriefen, lassen sich schließlich darauf zurückführen, dass ungeachtet aller Inszenierungskünste von oben ausreichend Zwischen-Räume und Zwischen-Zeiten blieben, die nach eigenen Interessen, soweit diese legalisiert waren, gefüllt werden konnten. Gerade die im Zuge von Stadtfeiern gebotenen informellen Öffentlichkeiten eröffneten den Teilnehmenden die Möglichkeiten, sich die Darbietungen und die Situationen auf ihre Weise anzueignen und mit anderen zu kommunizieren.

73 Vgl. dazu die Beobachtungen und Recherchen über die Landshuter Hochzeit von *H.P. Pöschko*, *Historische Traditionen und öffentliches Bewusstsein am Beispiel historischer Festveranstaltungen*, in: *P. Knoch / Th. Leeb* (Hrsg.), *Heimat oder Region? Grundzüge einer Didaktik der Regionalgeschichte*, Frankfurt a.M. 1984, S. 52-68.

74 *U. Schmidt* (s. A 32).

75 Ebda.

8. Von der Bürgerlichkeit zur Kommerzialisierung und Medialisierung

Wie im 19. Jahrhundert waren auch die Stadtjubiläen in der Zeit der Weimarer Republik im Wesentlichen bürgerliche Feste. So wurden die Vorbereitungen beim Gütersloher Stadtjubiläum 1925 von Vertretern des Bürgertums durchgeführt. „Lehrer, Kaufleute und höhere Beamte zeichneten für die Ausgestaltung der Jahrhundertfeier verantwortlich.“⁷⁶ Diese bürgerliche Elite agierte nach wie vor als führende gesellschaftliche Schicht der Stadt.⁷⁷ Für den bürgerlichen Charakter des Festes sprach zudem die Tatsache, dass dieses auf einen Werktag gelegt wurde. Auch beim Eröffnungsfest im Rathaus und beim anschließenden Festessen war das Bürgertum unter sich. Dunkler Anzug, Zylinder, Orden und Ehrenzeichen fungierten als Symbole alter Bürgerlichkeit in neuer Zeit. In den Reden wurde ebenfalls die Bürgerlichkeit zum Ausdruck gebracht, insofern von Bürgersinn, Bürgertugend und Bürgerstolz gesprochen wurde, so als ob man sich noch im 19. Jahrhundert befände. Selbstredend waren solche Begriffe doppelbödig, denn sie konnten auch im Sinne von „Citizen“ verstanden werden, entsprachen also nach außen hin einer „politischen Korrektheit“. Doch die Indizien für den bürgerlichen und nicht den bürgerschaftlichen Charakter des Festes häufen sich. So waren zwar die Sozialdemokratie bzw. die Gewerkschaften formal vertreten, de facto hielten sie sich aber aus den Vorbereitungen heraus und glänzten durch Abwesenheit,⁷⁸ wohl weil sie spürten, dass es nicht *ihr* Fest war.⁷⁹

Anders verhielt es sich in der Bundesrepublik, vor allem seit in den 1970er Jahren. Erstmals hat sich im 20. Jahrhundert bei diesen Feiern ein Konsens durchgesetzt, der auf dem Prinzip der Pluralität beruht, auf einer Pluralität, die als Integrationskonzept fungiert und das städtische Selbstbewusstsein kennzeichnet. Der Historiker Michael Zimmermann konstatiert, dass ein solches „plurales Selbstverständnis“ seine Integrationskraft eben nicht aus einem „konzeptionellen Oktroi“, sondern aus der „konfliktreichen gegenseitigen Beeinflussung und Vernetzung verschiedener Strömungen der Stadtgesellschaft“ bezöge.⁸⁰ So wiesen die Stadtjubiläen, etwa das von Essen 2002, zwar zahlreiche Veranstaltungen auf, die zur Idealisierung der Vergangenheit tendierten; daneben habe es aber, wie Zimmermann schreibt, auch

76 K. Minner / H. Vieregge (s. A 38), S. 373.

77 Allerdings hatte sich das Bürgertum selbst gewandelt, insofern ein Teil der neuen Angestellten einbezogen wurde.

78 K. Minner / H. Vieregge (s. A 38), S. 373f.

79 Städtische Bürgerlichkeit konstatiert auch J. Guckes, „Stätte des Willens und der Tat, der Arbeit und des Erfolgs“. Städtische Selbstbilder und Städtebaudebatten in Dortmund in der Weimarer Republik, in: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark, Bd. 92/93, Essen 2002, S. 175-220.

80 M. Zimmermann (s. A 6).

stadtkritische Veranstaltungen gegeben, etwa jene, die sich mit der Zeit des Nationalsozialismus auseinander setzten. Doch das war nicht immer so. Beim Lüdenscheider Fest 1968 fehlten bezeichnenderweise Ausdrucksformen einer eigenständigen Jugendsubkultur.⁸¹ Eine Nische hat beim Essener Stadtfest auch die „MigrantInnenkultur“ gefunden.⁸² Im Vergleich zum Lüdenscheider Stadtjubiläum von 1968, bei dem, wie bereits erwähnt, die türkischen Gastarbeiterinnen sich noch im Schleier und als Bauchtänzerinnen inszenierten, hat sich demnach einiges verändert.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass auch in der Bundesrepublik seit den 1960er Jahren trotz Öffnung des kulturellen Raumes um Ausmaß und Formen der Repräsentation einzelner Gruppen gerungen wurde und wird. Denn die Asymmetrie der Gestaltungs- und Partizipationschancen hat sich erhalten. Zwar verfolgen Stadtjubiläen und -feiern heute nicht mehr den Zweck, das städtische Bürgertum durch kulturelle Praktiken abzusichern und sie durch Rückgriffe auf die Geschichte zu legitimieren, wohl aber verfolgen die lokalen Eliten solche Strategien.

Trotzdem hat sich in den Städten, zumindest in den Großstädten, ein offeneres Stadtklima allmählich durchgesetzt – ein Klima, in dem das (distanzierte) Nebeneinander von diversen kulturellen Praktiken toleriert wird. Die Veränderung wird besonders deutlich, wenn die Stadtfeste mit jenen aus der ersten Demokratie verglichen werden. In der Weimarer Republik feierte vielfach die Arbeiterschaft noch ihre eigenen Feste, die Festkultur war fragmentierter und klassenbezogener als in der Bundesrepublik. In der DDR wurden über große Zeitspannen hinweg die Unangepassten, zum Beispiel Beat-Gruppen, unerwünschte Fremde oder so genannte Asoziale sowie politische Gegner, ausgeschaltet.⁸³

Das Konzept der Pluralität, das allerdings in der praktischen Umsetzung viel zu wünschen übrig lässt, ist zudem seit der Mitte der 1970er Jahre zunehmend durch eine Festivalisierung der Stadtpolitik überformt worden. Diese Festivalisierung der Stadtpolitik sei, so die Stadtsoziologen Häußermann und Siebel, deshalb so problematisch, weil sie mit einem Strukturwandel der Städte, der Desurbanisierung, einhergehe, bei der viele Arbeitsplätze verloren gegangen seien. Hinzu kommt die Amerikanisierung der Stadträume – ein relativ neues Phänomen, das auch erst die jüngere Geschichte der Bundesrepublik kennzeichnet. Dazu gehören die MacDonaldisierung der Stadtwelten⁸⁴ und die Urban Entertainment Centers. Hierbei handele es sich um die Inszenierung von Stadträumen und Produkten, bei der weder die Stadtspezifität noch die Stadtgeschichte eine Rolle spielen. Mit anderen Worten: Die Stadtfeiern finden in amerikanisierten, standardisierten und zunehmend entfremdeten

81 U. Schmidt (s. A 32).

82 M. Zimmermann (s. A 6).

83 L. Seegers (s. A 18).

84 V. Kirchberg, Die McDonaldisierung von Stadtwelten und Stadtimage, in: Die Alte Stadt 1/2001, S. 58-71.

Räumen statt. Während in früheren Phasen des 20. Jahrhunderts doch noch meist der inhaltliche Bezug zur Stadt erkennbar wurde, tendiert die Stadt heute dazu, sich lediglich als Bühne zu exponieren. Dies verändert auch den Charakter der Stadtfeste, insofern diese in Bezug auf das städtische Ambiente vertauschbar werden.

Außerdem wird moniert, dass die Stadt-Events Oasencharakter hätten, dass städtische Sozial- und Minderheitenpolitik, städtische Ökologienpolitik und städtische Stadtentwicklungspolitik nicht mehr systematisch entfaltet und durchgeführt werden könnten,⁸⁵ sondern nur noch dann, wenn diese sich in Event-Projekte integrieren ließen. Eine projektbezogene Punktualisierung von Strukturentwicklungspolitik sei die Folge. Heute bestehe die Gefahr, dass die Feste und Events überhand nähmen und quasi eine Grundstruktur städtischer Politik abgäben, bei der andere Politikräume ausgetrocknet würden.⁸⁶

Mit der Festivalisierung ist eine Kommerzialisierung der Stadtfeste verbunden. Im Prinzip ist diese Verbindung keine neue Erscheinung der Bundesrepublik. In früheren politischen Systemen, inklusive der DDR, hatten Stadtfeste immer auch eine (staats-)kommerzielle Seite, sei es durch die Einnahmen bei den Eintrittskarten, sei es durch den Verzehr von Genussmitteln oder durch den Fremdenverkehr, sei es durch den Verkauf von Souvenirs. Auch vielfältige Werbemaßnahmen sind zu verzeichnen. Diese Kommerzialisierung erfuhr in der späten Bundesrepublik eine Art Quantensprung. So erfordert die Organisation eines Stadtjubiläums heutzutage ein professionelles Management, das ein hochwertiges, identitätsstiftendes Produkt mit entsprechenden begleitenden Werbemaßnahmen entwickelt. Die Kritik an der zunehmenden Kommerzialisierung der Feiern ist deshalb sicherlich berechtigt, doch relativiert sie sich im Lichte der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Der Blick zurück zeigt nämlich, dass es im ganzen 20. Jahrhundert keine besseren Alternativen gegeben hat. Entweder es dominierte wie in der Weimarer Republik die Bürgerlichkeit eines überkommenen Bürgertums oder es wurde eine rigide Rahmensetzung durch diktatorische Herrschaftssysteme vorgenommen oder es fehlte die kulturelle und politische Öffnung wie in der frühen und mittleren Bundesrepublik. Insofern ist die Kommerzialisierung aus der Retrospektive gesehen bisher als das kleinste Übel im 20. Jahrhundert einzuschätzen.

Der Hinweis, dass es im ganzen 20. Jahrhundert keine bessere Alternative gegeben hat, gilt auch für die Medialisierung der Stadtgesellschaft. Die Medialisierung von Stadtfesten, wie die von anderen Ereignissen, durchzieht alle Dezennien. Presseberichte, Rundfunk- und später die Fernsehübertragungen sowie Dokumentar- und Werbefilme gehören dazu. Dadurch wurde und wird das Fest einer großen Anzahl von Nicht-Teilnehmern bekannt. Doch auch für jene, die dabei waren, wurde und wird das Fest aufbereitet, wodurch die eigenen Wahrnehmungen verstärkt oder über-

85 H. Häußermann / W. Siebel (s. A 12), S. 28, 8 f.

86 Ebda., S. 28.

formt werden. Das gilt auch für die DDR, in der in der Lokalpresse ausführlich über die Festivitäten berichtet wurde.

Die Problematik, die in der jüngsten Zeitgeschichte von der Medialisierung der Gesellschaft und der Stadt ausging, hat sich allerdings heute durch die intensiviertere Medienpräsenz vergrößert. Die Stadt muss sich mediengerecht inszenieren, um überhaupt wahrgenommen zu werden. Das verlangt Zugeständnisse und ein Sich-Einlassen auf die Handlungslogiken der Medien. Oder anders formuliert: Die zunehmende Macht der Medien hat den Festcharakter mit der Zeit verändert. Medien begleiten nicht mehr allein die Stadtfeiern und Stadtereignisse, sondern sie konstituieren diese. Jedoch stehen die Medien wenigstens nicht mehr im Dienste autokratischer Herrschaftssysteme.

9. Zusammenfassung

Die Ausführungen zeigten die Chancen, aber auch die Probleme von Vergleichen dieser Art. Die Chancen liegen darin, jene Trends und Kontinuitäten herauszuarbeiten, die den Wechsel der Regime überdauert haben, etwa die Stadtimagepolitik, die Identifikationsofferten oder die breite Angebotspalette. Doch auch wenn viele Feierstrukturen und Festelemente auf der phänomenologischen Ebene große Ähnlichkeiten aufweisen, so bedeuten diese doch recht Unterschiedliches, weil die Herrschaftszusammenhänge grundlegend verschieden waren und sind.

Ungeachtet dieser methodischen Vorbehalte, können einige verallgemeinernde Aussagen getroffen werden. So konnten die Unterschiede herausgearbeitet werden, die die heutigen Stadtfeste von jenen in früheren Phasen des 20. Jahrhunderts kennzeichnen. Die Amerikanisierung der Stadträume, die Medialisierung der Stadtgesellschaften sowie die verschärfte Städtekonkurrenz auf Grund der Globalisierung – all dies hat die Städte in den letzten 20 bis 30 Jahren stark verändert und auch den Stadtfesten einen neuen Stempel aufgedrückt. Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite zeigt eine Geschichte der Stadtfeste im 20. Jahrhundert, in deren Verlauf sich zwar die Größendimensionen der Stadtfeste gesteigert, die Grundfunktionen der Stadtfeste aber nicht wesentlich verändert haben. Freilich waren diese Grundfunktionen in einem Teil Deutschlands – im Osten – ein halbes Jahrhundert lang in zwei diktatoralen Systemen eingebunden, in denen die Handlungsspielräume für die Kommunen und die Bürger stark eingeschränkt waren. Heute sind die Stadtfeste im Vergleich zu früher viel weniger staatlichen Einwirkungen ausgesetzt und viel weniger in staatliche Zielsetzungen eingebunden, dafür um so mehr kommerzialisiert. Und noch ein Unterschied ist zu konstatieren: Waren die Stadtjubiläen in der Weimarer Republik eine Angelegenheit städtischen Bürgertums, so sind sie in der heutigen Bundesrepublik eine Angelegenheit der städtischen Eliten, die publikumswirksame Stadtfeiern als notwendig und sinnvoll erachten.

Wie gezeigt, trägt die Untersuchung von Stadtfeiern zur Analyse der Herrschaftssysteme bei, und zwar gerade durch die Rekonstruktion von kulturellen Praktiken, denen insbesondere in Diktaturen eine überproportionale Rolle zukommt. Bei Stadtfeiern wurden verschiedene Formen städtischer Öffentlichkeiten organisiert und inszeniert sowie in die jeweiligen Herrschaftskontexte eingepasst. Zwar sollten sich die aktiven und passiven Teilnehmer die Veranstaltungsangebote nach vorgefertigten Denkmustern aneignen, doch die tatsächlichen Aneignungsweisen waren in der Regel zu vielschichtig und mehrdeutig, um in Schablonen gepresst zu werden.⁸⁷

Stadtfeste in der bundesrepublikanischen Demokratie förderten tendenziell den Korporativismus der Funktionseliten samt einem event-orientierten Populismus⁸⁸ und haben deshalb mit Demokratie und der Demokratisierung der Stadtgesellschaft an sich wenig zu tun. Doch können Stadtfeste auch den Sinn für plurale Lebensweisen in einer Stadt erhöhen und vor allem direkt erfahrbar machen. Initiativen von unten können Gehör finden, die oft schwierige Organisation der Feste und Feiern stellt die Kraft eigenen Einsatzes und die Leistungsfähigkeit von Gruppenarbeit unter Beweis. Dabei kommt den Vereinen und in der DDR den Massenorganisationen eine wichtige Rolle zu. Vereinsstrukturen in der Bundesrepublik werden als eine verlässliche Grundlage für eine Kooperation mit den Akteuren der jeweiligen Stadtverwaltung angesehen, weswegen Bürgerinitiativen und subkulturelle Gruppen von vornherein sich hinsichtlich ihrer Partizipationsmöglichkeiten in einer schlechteren Ausgangslage befinden.

Gleichwohl bieten Stadtfeste Chancen, die recht verschieden genutzt werden können und auch unterschiedlich genutzt wurden. Trotz der großen Unterschiedlichkeit der Herrschaftssysteme kann eine Gesamtbewertung der Feiern deren Ambivalenzcharakter nach keiner Seite hin auflösen und durch eine Interpretation der Eindeutigkeit ersetzen, auch wenn sich Inhalt und Struktur der Ambivalenzen in den verschiedenen Herrschaftssystemen grundsätzlich voneinander unterscheiden.

87 Ausführlich dazu: Öffentlichkeiten in Diktaturen. Zu Herrschaftspraktiken im Deutschland des 20. Jahrhunderts, in: G. Heydemann / H. Oberreuter (Hrsg.), Diktaturen in Deutschland. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen im Vergleich, Bonn 2003 (im Erscheinen).

88 H. Häußermann / W. Siebel (s. A 12), S. 30.

Bruno Flierl

Das alte Berliner Schloss in der neuen Hauptstadt Deutschlands

Realität und Metapher aufgehobener Geschichte?

1. Einführung

Der Deutsche Bundestag beschloss am 4. Juli 2002 Parteien übergreifend und mit beeindruckender Zwei-Drittel-Mehrheit, den Palast der Republik aus der Zeit der DDR abzureißen und an dessen Stelle das alte Berliner Schloss wieder zu errichten, das durch Kriegszerstörungen und den Nachkriegsaufbau verloren gegangen war. Dieser Beschluss gilt als irreversibel. Er wurde zweifelsohne nach bestem Gewissen gefasst, ob aber auch nach bestem Wissen, ist zu bezweifeln. Denn den Abgeordneten ging es primär um die Sicherstellung eines neuen Schlossgebäudes in der alten Gestalt und mit den Barockfassaden von Schlüter, nicht so sehr um Zielsetzungen für eine sinnstiftende Nutzung und um Voraussetzungen für eine realisierbare Finanzierung. Der Wunsch nach dem Bild vom alten Schloss am traditionellen Ort in der Mitte der Stadt bildete den eigentlichen Inhalt des Beschlusses, seine Umsetzung in die gebaute Realität des Gebäudes hinsichtlich Funktion und Ökonomie wurde der Bundesregierung und dem Senat von Berlin überantwortet. Eine dafür brauchbare Lösung steht jedoch noch aus.

In dieser Situation macht es Sinn, danach zu fragen, wann und wie es denn zu diesem starken Verlangen nach dem Bild vom alten Schloss gekommen ist, das schon seit über 50 Jahren nicht mehr existiert, sein Verlust aber fast vier Jahrzehnte lang in Ost Und West so gut wie verdrängt, ja überwunden zu sein schien. Auch ist die Frage zu stellen, wie denn *Aufhebung* verloren gegangener gebauter Vergangenheit der Stadt zu bewerkstelligen sei.

Erwarten Sie von mir keine fertigen Antworten auf diese Fragen, sondern eher eine kritische Analyse des Umgangs mit gebauter Geschichte Berlins am Ort Mitte Spreeinsel seit dem Zweiten Weltkrieg – und neue Fragen dazu.

1945 war die Reichshauptstadt Berlin in den Trümmern des Krieges untergegangen und von den Siegermächten aufgeteilt worden. Berlin als Hauptstadt ist wieder aufstanden – zuerst in Ostberlin von 1949 bis 1990 als Hauptstadt der DDR, seit 1991 im vereinten Berlin als Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland. Diese beiden Etappen der Hauptstadtwerdung Berlins nach dem Krieg bestimmten den Umgang mit der Vergangenheit „Schloss“ grundlegend.



Abb. 1: Zwei historische Entwicklungsetappen am Ort „Mitte Spreeinsel“: Schloss und Palast der Republik (*Landesbildstelle Berlin*).

2. Keine Chance für das Schloss in der Hauptstadt der DDR

Als die DDR 1949 vor der Aufgabe stand, sich mit ihren führenden politischen Institutionen im Ostteil der Stadt räumlich zu inszenieren, fiel die Wahl auf die alte historische Mitte der Stadt, die ihr durch die Teilung Berlins zugefallen war. Diese alte Mitte der Stadt lag nun aber plötzlich azentral zum Ostberliner Stadtgebiet. Daraus entsprang eine zweifache Aufgabenstellung: erstens die Herausbildung einer neuen gesellschaftlichen Zentralität am alten Ort politischer Macht und zweitens die Entwicklung einer verkehrsmäßig effektiven und zugleich städtebaulich repräsentativen Anbindung des Ostteils der Stadt an die neue Mitte.

Zum neuen zentralen Ort der Stadt wurde der traditionelle Ort Mitte Spreeinsel bestimmt, an dem das Schloss den Bombenkrieg – vor allem den schwersten Angriff am 25. Februar 1945 – nur noch als Ruine überlebt hatte, ohne Chance, bewahrt und wieder hergestellt zu werden. Dafür gab es damals keinerlei ökonomische Voraussetzungen und schon gar keine politisch-ideologischen Interessen. Die neue Zeit, die gekommen schien, sollte auch einen neuen baulichen Ausdruck haben. „Weg mit



Abb. 2: Initiale städtebauliche Entscheidungen zur baulichen Inszenierung Ostberlins als Hauptstadt der DDR 1950: Abriss des Schlosses (1) und Errichtung eines Regierungshochhauses als Zentrales Gebäude (2) sowie Planung der Stalinallee entlang der Frankfurter Allee (3) (*SenStadt Berlin, Einzeichnung: B. Flierl*).

den Trümmern und was Neues hingebaut!“, hieß es im Aufbauled von Bertolt Brecht. Zur zentralen Straße vom Osten in die Mitte der Stadt wurde die Frankfurter Allee als Stalinallee aufgebaut – als Ostarm der seit Beginn des 20. Jahrhunderts immer wieder geplanten, aber nie realisierten Ost-West-Achse Berlins.

Weit schwieriger als der Aufbau an der Stalinallee erwies sich die Gestaltung des zentralen Ortes. Walter Ulbricht ging es in erster Linie um die Anlage eines großen zentralen Platzes für Demonstrationen und Feste, und zwar auf einem erweiterten Lustgarten, wie er durch den Abriss des Schlosses entstehen würde. Das verkündete er auf dem III. Parteitag der SED im Juni 1950. Richard Paulick hingegen schlug einen Monat später vor, den geforderten zentralen Platz am Roten Rathaus anzulegen, um das Schloss für einen Wiederaufbau zu erhalten. Diese Idee wurde abrupt abgelehnt. Spätestens im August war klar, dass das gesuchte zentrale Gebäude östlich der Spree errichtet werden sollte, im Blick aus der Straße Unter den Linden und vom neuen zentralen Platz her. Es sollte ein multifunktionales Kongressgebäude sein, eine Art Volkshaus in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung, niedriger als Dom und Rathaus. Aber schon Ende August setzte sich Walter Ulbricht mit der Idee durch, das zentrale Gebäude als ein Regierungshochhaus zu errichten. Obwohl dafür noch kein Entwurf parat war, diente diese Idee zunächst erst einmal der Verabschiedung des Aufbauplans am 30. August 1950, der den Abriss des Schlosses und die Anlage des zentralen Platzes an dessen Stelle vorsah. Hans Scharoun hatte noch kurz zuvor den Versuch gemacht, vom Schloss wenigstens den Schlüterhof zu erhalten und ihn mit der geforderten Tribünenanlage auf dem neuen großen Platz zu verbinden. Vergeblich. Das ruinöse Schloss wurde abgerissen. Am 1. Mai 1951 wurde der neue Platz als Marx-Engels-Platz eingeweiht. Das Regierungshochhaus ist viele Jahre lang immer wieder von anderen Architekten projiziert, aber nie

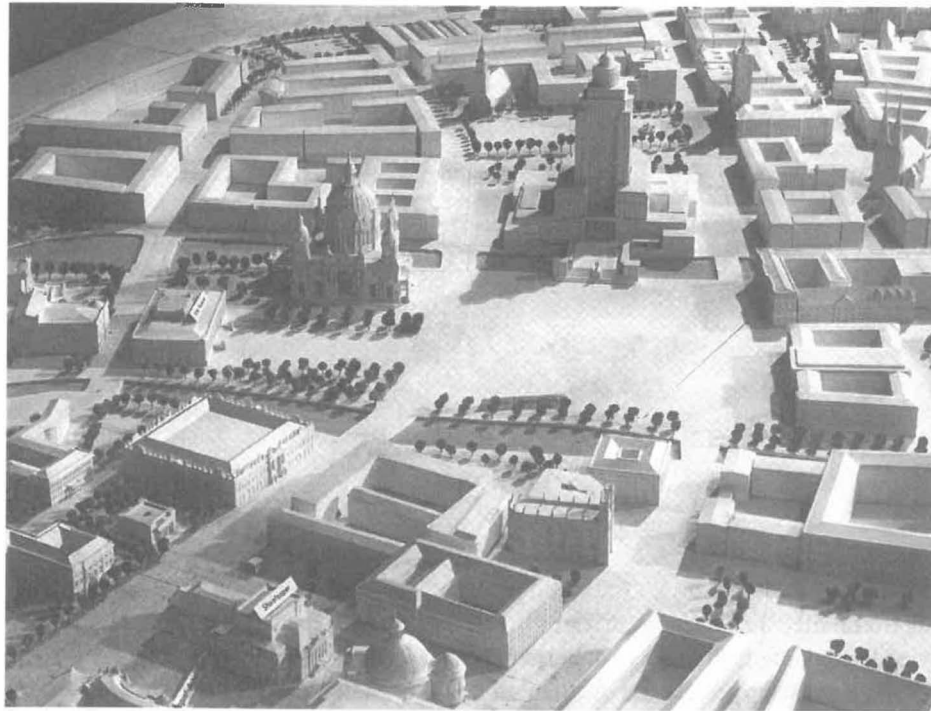


Abb. 3: Das Zentrale Gebäude am Marx-Engels-Platz: Entwurf von Richard Paulick, 1951 (Variante A: Planen und bauen 1950, H. 12, S. 13, Variante B: Jörn Düwel, aus *W. Durth / J. Düwel / N. Gutschow*, Aufbau. Städtebau und Architektur in der DDR, Bd. 2, Frankfurt a.M. 1998, S. 236).

gebaut worden, anfangs vor allem aus ökonomischen Gründen, später aus neu gewonnener Einsicht.

Ein erster Entwurf für das Regierungshochhaus stammte von Richard Paulick aus dem Jahr 1951: bestehend aus einem Hochhaus für den Ministerrat, 150 m hoch, und einem Flachbau für die Volkskammer der DDR in normaler Berliner Höhe. Ein Entwurf von Gerhard Kosel aus dem Jahr 1958 zeigte eine moderne architektonische Variante dieser baulichen Konfiguration – zugleich aber auch eine moderne Fassung der von Anfang an verfolgten Idee der räumlichen Erschließung der alten Mitte von Osten her. Im Widerspruch dazu schlug Hermann Henselmann 1959 vor, statt eines Regierungshochhauses einen Fernsehturm ins Zentrum zu stellen, unmittelbar am Rand des zentralen Platzes und ihn semantisch als „Turm der Signale“, nämlich als Zeichen für Sozialismus, Wissenschaft und Fortschritt zu begreifen. Diese Idee wurde als unangemessen kritisiert und zurückgewiesen. Umso mehr musste es



Abb. 4: Zentrumsband mit dem Fernsehturm 1969 und dem Palast der Republik 1976 (*Sen-StadtUm Berlin*).

überraschen, dass sie 1964 in gewandelter Form aufgegriffen wurde: Als zentrales Gebäude östlich der Spree sollte nunmehr ein Kongressgebäude für die Volkskammer und andere Veranstaltungen gebaut und in der Nähe des Alexanderplatzes der für Berlin notwendig gewordene Fernsehturm errichtet werden – quasi als vertikale Ersatzdominante für das bislang geplante Regierungshochhaus – gut sichtbar in den Radialen der Stadt, insbesondere in der Karl-Marx-Allee. Der Turm, 365 m hoch, stand 1969. Das Kongressgebäude wurde erst in den Jahren von 1973 bis 1976 errichtet: als Palast der Republik, nun aber nicht mehr östlich der Spree, sondern auf dem Marx-Engels-Platz selbst: ein öffentliches und offen zugängliches Haus für jedermann, halb Volkspalast, halb Staatspalast und daher beliebt in der ganzen Gesellschaft: beim Volk und beim Staat. Den Entwurf dazu lieferte ein Architektenkollektiv unter Leitung von Heinz Graffunder.

Der Bau des Palastes der Republik wurde von der DDR-Führung als Schlussstein der sozialistischen Umgestaltung des Stadtzentrums betrachtet – nicht nur als Höhepunkt der Gestaltung des Marx-Engels-Platzes als dem Staatsforum der DDR, an dem zuvor schon das Außenministerium und das Staatsratsgebäude entstanden waren, sondern zugleich auch als markanter Mittelpunkt eines räumlichen Zentrums-

bandes, das vom Forum Fridericianum Unter den Linden über den grünen Freiraum am Fernsehturm bis zum Alexanderplatz reichte – als der zentral gelegene Abschnitt in der Verbindung der Straße Unter den Linden und der Karl-Marx-Allee.

Angesichts dieser städtebaulich-architektonischen Entwicklung seit 1951 war von einem Wiederaufbau des Schlosses keine Rede mehr – nicht nur in Ostberlin, auch nicht in Westberlin, selbst nicht einmal beim westlichen Wettbewerb „Hauptstadt Berlin“ 1957/58, der sich mit dem Anspruch, für ganz Deutschland zu planen, auch auf das Territorium des Ostberliner Stadtzentrums bezog, das real-politisch gar nicht zur Verfügung stand. Es ist festzuhalten, dass das Schloss im westlichen wie im östlichen Zentrums-Wettbewerb weder in der Ausschreibung noch in den vielen Entwürfen überhaupt existierte.

Die DDR war es, die 1967 positiv an das Schloss erinnerte, als sie das rekonstruierte Schlossportal IV als Eingang in das Staatsratsgebäude einfügte: zur Erinnerung an die Verkündung der Sozialistischen Republik Deutschland am 9. November 1918 durch Karl Liebknecht. Dieser relativ bescheidene Akt einer Aufhebung von Geschichte durch originale Wiederherstellung in gewandeltem Kontext war nicht nur ein Stück Wiedergutmachung für den Abriss des Schlosses, er diente natürlich vor allem zur eigenen historischen Legitimation der sozialistischen DDR und ihres Staatsoberhauptes – desselben Walter Ulbricht, der den Befehl zum Abriss des Schlosses erteilt hatte.

3. Neue Chance für das Schloss in der Hauptstadt der Bundesrepublik

Eine neue Chance für ein bauliches Comeback des Berliner Schlosses entstand mit der deutschen Vereinigung im Oktober 1990 und der zunächst formellen Festschreibung Berlins als Bundeshauptstadt, weil dadurch ein neuer politischer und ökonomischer Zugriff auf den Ort Mitte Spreeinsel möglich wurde. Zunächst freilich ging es um andere, weit wichtigere Bauaufgaben der realen gesellschaftlichen und städtebaulichen Vereinigung der so lange Zeit geteilten Stadt auf der Grundlage neuer Investitionen. Dabei trat zuerst die Große Wirtschaft auf den Plan, vor allem mit der Idee, am Potsdamer Platz – im entstandenen Niemandsland zwischen der City Ost und der City West – eine neue City Mitte zu gründen. Dieser Idee folgte das von der FAZ und dem DAM zum Jahreswechsel 1990/91 veranlasste Medienspektakel mit Architekturentwürfen für „Berlin morgen – Ideen für das Herz einer Großstadt“, insbesondere mit Hochhausentwürfen für die erwartete Weltstadt Berlin. Erst nachdem sich dann der Deutsche Bundestag im Juni 1991 für Berlin auch als Sitz der Regierung und des Parlaments ausgesprochen hatte, kam die Große Politik als Großinvestor ins Spiel. Die Standorte für beide Großinvestitionen wurden mit der Arbeit am Flächennutzungsplan geklärt:

- Hauptstandorte der Wirtschaft wurden die Bereiche: Potsdamer Platz, Friedrichstraße und Alexanderplatz,
- Hauptstandorte der Politik wurden die Bereiche: Spreebogen, Wilhelmstraße und Mitte Spreeinsel.

Bis zur formellen Verabschiedung des Flächennutzungsplanes 1994 waren alle diese Hauptstandorte durch städtebauliche Ideenwettbewerbe abgeklärt. Einige von ihnen sind heute baulich bereits weitgehend realisiert: die Bereiche Potsdamer Platz, Spreebogen und Friedrichstraße – andere dagegen noch nicht: so die Bereiche Alexanderplatz und Mitte Spreeinsel.

Die Idee, dass Schloss als Ikone der Erinnerung wiederzugewinnen, tauchte zuerst Ende der 1980er Jahre in einem postmodernen Erinnerungsplan des britischen Architekten Colin Rowe auf. Den ausdrücklichen Wunsch nach dem Schloss äußerte als erster der Historiker Joachim Fest anlässlich der Veröffentlichung der Architekturentwürfe für „Berlin morgen“ 1991 – nota bene: allesamt Entwürfe, in denen das Schloss nicht vorkam. Den ersten ernsthaften Vorschlag zur Wiedergewinnung des Schlosses – nämlich „Zur Restitution von Stadtraum und Schloss“ – unterbreitete der Bauhistoriker Goerd Peschken zusammen mit dem Architekten Frank Augustin Ende 1991. Seine Idee war es, zunächst mit einer Stadtraumkulisse, später mit geplanter baulicher Verwirklichung in Etappen, wieder ein Stück Schloss herzustellen, vor dem Palast der Republik, ohne diesen jedoch abzureißen, sondern mit der Absicht, ihn zu ergänzen und zugleich durch einen großen Schloss-Spiegel visuell auszublenden. Der auf diese Weise inszenierte bauliche Widerspruch als Ausdruck historischer Brüche an diesem Ort sollte auch in der Fassadengestaltung sichtbar werden, und zwar dadurch, dass auf elektronischem Wege abwechselnd die heile Barockfassade des ehemaligen Schlüterbaus und die zerstörte Fassade nach den Luftangriffen im Zweiten Weltkrieg virtuell vorgeführt wird – dies alles, um Geschichte an diesem Ort nicht genussvoll beruhigend, sondern kritisch mahnend in Erinnerung zu halten. Die Öffentlichkeit war nicht bereit, dies zu akzeptieren. Sie wollte, wenn schon Schloss, ein schönes Bild von ihm. Was die Öffentlichkeit verstand und begeistert begrüßte, das war der Schlosskulissenbau, den Wilhelm v. Boddien 1993/94 nach dem Vorbild von Peschken samt Spiegel – nun aber 1:1 und deshalb so wirkungsvoll – in Szene setzte, im Unterschied zu Peschken jedoch mit der klar ausgesprochenen Absicht, das Schloss als Ganzes wieder aufzubauen und den DDR-Palast abzureißen. Alle – auch die Kritiker der mit diesem Kulissenbau demonstrierten Schlosspläne – waren davon beeindruckt, wie wichtig es ist, den leeren und öden Platz vor dem Palast der Republik zu bebauen, in etwa mit einem Baukörper wie dem des nicht mehr existenten Schlosses. Geteilte Meinungen gab es darüber, ob dies *conditio sine qua non* mit einem wieder aufgebauten Schloss erreicht und noch dazu mit dem Abriss des Palastes der Republik bezahlt werden müsse.

Den Fürsprechern des Schlosses kam entgegen, dass der Palast der Republik bereits im August 1990 wegen Asbestverseuchung geschlossen worden war und seit-

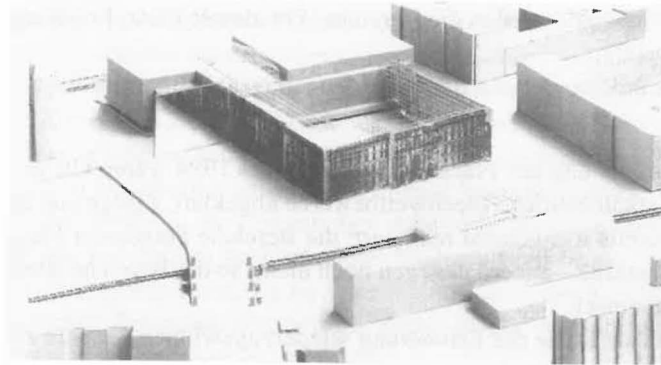


Abb. 5: Vorschlag von Goerd Peschken und Frank Augustin "Zur Restitution von Stadtraum und Schloss" 1991 (aus: G. Peschken / F. Augustin, Zur Restitution von Stadtraum und Schloss, Berlin 1991).

dem auf seine Sanierung wartete. Die daraus hergeleitete Aussicht, den gewünschten Abriss des Palastes als identitätsstiftendes Symbolbauwerk der DDR mit Ökologie und nicht vordergründig mit Politik rechtfertigen und damit die verloren gegangene bauliche Vergangenheit vor der DDR reproduzieren zu können, ergriff mehr und mehr die öffentliche Meinung, unterstützt und gelenkt durch die Medien und auch von führenden Politikern – ohne sich Rechenschaft darüber abzugeben, was ein solcher Umgang mit Geschichte für die noch in den Anfängen steckende innere Vereinigung der Deutschen aus Ost und West – und unterschiedlich in Ost und West – politisch und psychologisch bedeutet. Der von der Bundesregierung und dem Berliner Senat 1993/94 durchgeführte Wettbewerb „Spreeinsel“ ging jedenfalls vom Abriss des Palastes der Republik aus und empfahl als Neubau das alte Schloss. Dass dieser Wettbewerb trotz seines riesigen materiellen und propagandistischen Aufwandes kein brauchbares Ergebnis brachte, auch nicht der preisgekrönte Entwurf, lag in erster Linie an der viel zu vagen Ausschreibung und an der Tatsache, dass Mittel zum Bauen eh nicht zur Verfügung standen. Umso mehr gewann die Idee von Wilhelm v. Boddien an Attraktivität, zumal er nun von Architekten konkrete Entwürfe für eine Schlossrekonstruktion ausarbeiten ließ und öffentlich vorzeigte. Übrigens von denselben Architekten, Schüler & Schüler-Witte, die Jahre zuvor das ICC projektiert hatten, das ebenfalls asbestverseucht war, deswegen aber nicht zum Abriss bestimmt wurde, weil es ja nur ökologisch, nicht aber auch ideologisch kontaminiert war.

Inzwischen hatte Wilhelm v. Boddien für den Wiederaufbau des Schlosses eine Art kultur- und geschichtsphilosophische Argumentation geschaffen. Zu der gehörte insbesondere der Begriff Identität. Danach sei die Identität der Berliner mit Berlin durch den Verlust des Schlosses derart gestört, ja beschädigt, dass sie erst durch die Wiedergeburt des Schlosses zurück gewonnen werden könne. Die entstandene Wunde im Herzen der Stadt – und also im Herzen der Berliner – müsse aber geheilt werden. Denn nach einem Wort von Wolf Jobst Siedler aus dem Jahre 1993, das Wilhelm v.

Boddien immer wieder gern zitierte, sei die Sache doch so: „Das Schloss lag nicht in Berlin – Berlin war das Schloss“. Damit Berlin also wieder Berlin sein kann, muss es das Schloss wieder haben. So einfach – und so absurd. Immerhin: Dieses Identitätskonzept, das auf keinerlei rationaler und historischer Logik beruht, vielleicht, weil es eben diesen intellektuellen Makel nicht hat, entsprach dem heutzutage weit verbreiteten gesellschaftlichen Selbstverständnis von der heilenden Zuflucht in die Werte der Vergangenheit, schon aus dem so offensichtlichen Mangel an gegenwärtigen und zukunftsorientierten Werten. Vor allem aber ließ sich auf diese Weise am wirkungsvollsten ein historisch geadelter Wert Jahrhunderte alter deutscher Geschichte wie das Schloss gut ausspielen gegen den Unwert des Palastes der Republik als Bau und Symbol einer kurzfristig vorüber gegangenen Gesellschaft.

Unter dem Eindruck einer solchen Argumentation wurde der Marx-Engels-Platz, an dem der Palast der Republik noch stand und an dem das Schloss wieder errichtet werden soll, in Schlossplatz umgetauft, obwohl von der Geschichte her doch klar ist, dass Schlossplatz ursprünglich nur der Platzraum vor dem Portal I, später dann nach dem Abriss der Dominikanerkirche auch vor dem Portal II war und sonst nichts. Natürlich war dieser Namenswechsel ein Programm. Mit der vorauseilenden Neuaneignung des Ortes durch den Namen sollte seine bauliche Aneignung schon angekündigt werden: das Schloss auf dem Schlossplatz. Politische verantwortlich dafür war der Regierende Bürgermeister der Stadt: Eberhard Diepgen.

In allen diesen Jahren einer dominant ideologisch und auch ästhetisch geführten Diskussion „Schloss contra Palast“ blieben die grundlegenden Probleme einer für die Gesellschaft optimalen Neuaneignung des Ortes Mitte Spreeinsel weitgehend ungeklärt: Probleme einer sinnstiftenden Nutzung und realisierbaren Finanzierung wie auch Probleme des stadträumlichen Kontextes und der architektonischen Gestaltung.

4. Probleme der Neuaneignung des Ortes Mitte Spreeinsel

4.1 Probleme Nutzung und Finanzierung

Die Frage nach der Nutzung des Ortes Mitte Spreeinsel ist vom Praktischen her eine Frage, wer diesen Ort für wen und wofür nutzen will/soll, und zugleich vom Symbolischen her eine Frage, was für eine Bedeutung er in der historischen Mitte der Bundeshauptstadt Berlin haben soll. Es geht um die grundlegende Frage nach einer neuen Wertsetzung: praktisch und symbolisch.

Während zu Beginn Ideen auftauchten, den Palast umzubauen – zu einem Kaufhaus oder Hotel, aber auch zu einer Bibliothek, oder aber an seiner Stelle ein modernes „Kulturschloss“ zu errichten –, orientierten andere Vorschläge darauf, den von der DDR geprägten gesellschaftlichen Ort des Staates zum staatlichen Ort der Bun-

desrepublik Deutschland umzufunktionieren und zu diesem Zweck umzugestalten. Diese Überlegungen fanden ein Ende, nachdem im Oktober 1991 der Beschluss gefasst worden war, das neue Regierungsviertel im Spreebogen zu entwickeln, und Bundeskanzler Kohl den Vorschlag unterbreitete, auf der Mitte Spreeinsel – bei Abriss des Palastes der Republik – ein staatliches Kongresszentrum zu bauen. Dieser Vorschlag bildete dann auch den Kern des Programms für den Wettbewerb „Spreeinsel“ 1993/94, der ohne Folgen blieb, weil weder der Bund noch das Land Berlin ausreichende ökonomische Voraussetzungen zum Bauen hatten.

Von da an verabschiedeten sich beide von der Idee, selbst als Bauträger und zugleich als Nutzer der anstehenden baulichen Neuaneignung des Areals Mitte Spreeinsel aufzutreten. Als Ausweg aus der eingetretenen Lage inszenierten sie 1997/98 mit einem weiter entwickelten Programm – Kongresszentrum plus Hotel, Bibliothek, Gastronomie und Tourismus-Shops – ein Interessenbekundungsverfahren mit privaten Investoren als Developern und Nutzern, in das sie selbst lediglich die in ihrem Eigentum befindlichen Grundstücke am Ort einbrachten. Das Ergebnis war derart enttäuschend, dass es lange Zeit der Öffentlichkeit vorenthalten wurde. Denn, wie sich herausstellte, aber zuvor natürlich schon vorauszusehen war, gelang es den privaten Investoren mit ihren Vorschlägen – auch der Hanseatica mit einem verbesserten Schloss-Entwurf des „Fördervereins Berliner Stadtschloss“ unter Leitung von Wilhelm v. Boddien – nicht, den Ort Mitte Spreeinsel angemessen öffentlich zu entwickeln, ihn also vor unangemessener Kommerzialisierung zu bewahren und damit zumindest das zu leisten, was die DDR mit dem Palast der Republik an Öffentlichkeit und offener Zugänglichkeit bereits geleistet hatte. Die Auslober zogen daraus die richtige Schlussfolgerung, dass es notwendig sei, für die Neuaneignung dieses historisch so bedeutenden Ortes mehr Kapital der öffentlichen Hand einzubringen als nur das Grundkapital der ihnen gehörenden Immobilien. Aber woher nehmen?

In dieser Situation der Ratlosigkeit musste der vom Präsidenten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Klaus Lehmann, 1999 eingebrachte Vorschlag, mit den Dahlemer Museen außereuropäischer Kunst als Institutionen öffentlicher Hand auf die Spreeinsel umzuziehen, geradezu wie eine Erlösung wirken – auch wenn er im Grunde nur eine Verlegenheitslösung darstellte. Dieser Vorschlag entsprang naturgemäß zunächst ganz eigenen Interessen: Die Museen in Dahlem waren durch ihre Lage weit außerhalb des Zentrums, aber auch durch ihren schlechten baulichen Zustand ins Abseits geraten. Ein Umzug in die Mitte der Stadt sollte diese Museen, aber auch die Mitte selbst aufwerten helfen. Ähnliche räumliche Probleme hatten auch andere Institutionen der öffentlichen Hand: die Humboldt-Universität zu Berlin mit ihren wegen Raummangels selten vorzeigbaren musealen Wissenschaftssammlungen und die Zentrale Landesbibliothek mit ihren zwei Standorten in Berlin. Sie alle versprachen sich eine Stärkung ihrer eigenen Position, wenn sie sich auf der Mitte Spreeinsel ansiedeln könnten. Bund und Land Berlin versprachen sich die Lösung des Pro-

blems einer gesellschaftlich bedeutungsvollen und nun auch finanzierbaren Neuaneignung des „Schlossplatzareals“. Diese Aussicht bewog die Bundesregierung und den Berliner Senat, eine Internationale Expertenkommission zur Ausarbeitung von Empfehlungen für diesen Ort einzuberufen. Die Kommission hat dieses Nutzungskonzept mangels anderer Angebote weitgehend übernommen.

4.2 Problem stadträumlicher Kontext

Im Unterschied zur Vergangenheit vor dem Krieg hat der Ort Mitte Spreeinsel durch die Neugestaltung nach dem Krieg einen völlig neuen stadträumlichen Kontext erhalten. Wie auch immer der Verlust der historischen Bausubstanz und Stadtgestalt im Bereich der ehemaligen mittelalterlichen Stadt zu bedauern ist, so borniert wäre es, nicht auch den Gewinn der eingetretenen Veränderung zu bemerken, nämlich die Tatsache der neuen Bipolarität des Ortes gegenüber seiner früheren Monopolarität.

Die Frage ist, wie damit umzugehen sei – nicht zuletzt in Hinsicht auf eine neue bauliche Aneignung des Ortes Mitte Spreeinsel, an dem nach Wunsch so vieler wieder das Schloss stehen soll. Eines jedenfalls ist klar: der städtebauliche Kontext, über den es für diesen Ort auf der Insel zu entscheiden gilt, reicht vom Zeughaus bis zum Alexanderplatz.

Die Stadtplaner des Senats von Berlin, an ihrer Spitze Senatsbaudirektor Hans Stimmann, plädierten ganz im Sinne ihres „Planwerks Innenstadt“ für den Rückbau des neuen offenen Raumes östlich der Spree in die Struktur und Gestalt der alten Stadt und damit in die Zeit vor der DDR. Dadurch ließe sich nicht nur ein neu zu bauendes Schloss im Kontext traditioneller Stadt realisieren, sondern auch ein wesentliches Stück gebauter Stadt der DDR beseitigen. Kritiker dieses Planwerks Innenstadt verwiesen darauf, dass ein solcher Rückbau ein Zurückweichen vor der Aufgabe sei – nicht zuletzt unter dem Aspekt der deutschen Vereinigung, eben nicht unter dem Aspekt der Vereinnahmung -, die zu Raum und Stein gewordene geteilte Entwicklung Berlins produktiv aufzuheben in eine vereinte Weiterentwicklung der Stadt als deutscher Bundeshauptstadt. Wie das geschehen könne, müsse eben versucht und gesucht werden bei Bewahrung der historisch entstandenen Bipolarität in der Mitte der alten Stadt. Unbestritten notwendig dagegen wäre es, und darüber bestand auch Konsens, den leeren und sinnlos gewordenen Platzraum vor dem Palast der Republik in den früheren baulich-räumlichen Kontext zurück zu bauen, um die Qualitäten des Übergangs zur Straße Unter den Linden und zum Lustgarten zurück zu gewinnen.

In welchem Maße die Rückbau-Ideologie des Planwerks Innenstadt immer nur die historisch eingetretenen Verluste alter Stadtstruktur und Stadtgestalt, nicht aber auch den entstandenen Zugewinn zur Kenntnis nimmt, offenbart die Sicht auf die Berliner Stadtentwicklung in gern gezeigten Darstellungen, deren beabsichtigte

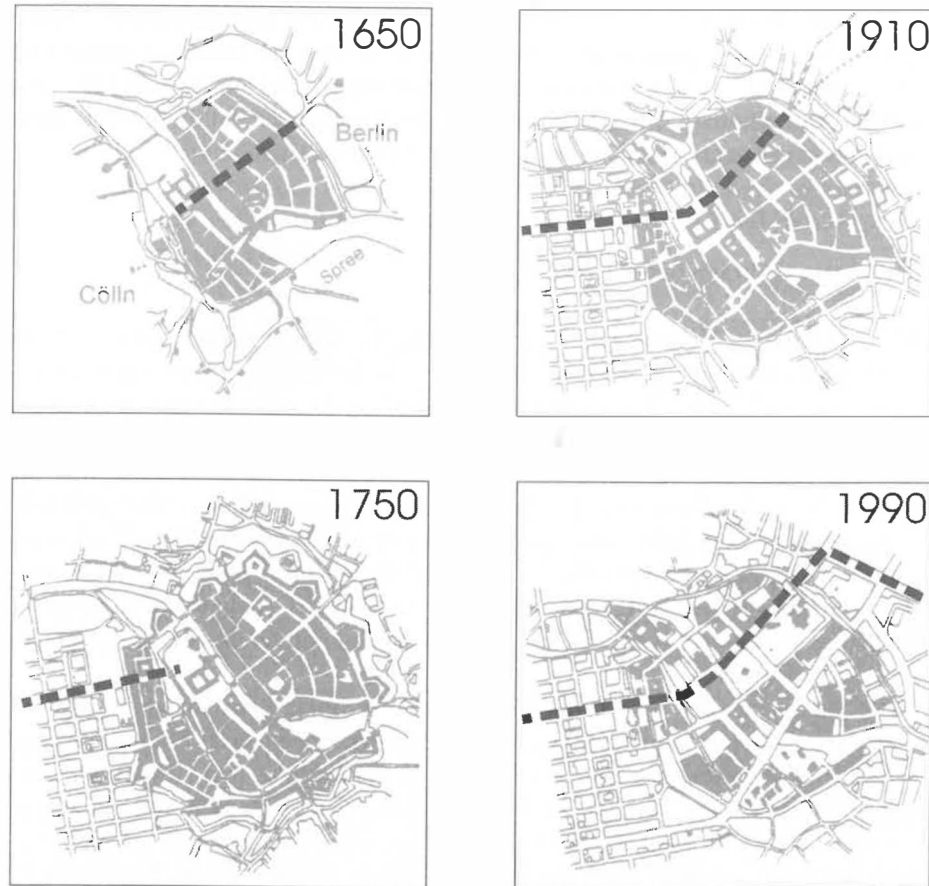


Abb. 6: Historische Mitte Berlin, Etappen ihrer Entwicklung. Hervorgehoben ist die stadträumliche Orientierung auf den Ort "Mitte Spreeinsel" mit dem Schloss und später mit dem Palast der Republik (Zeichnung: B. Flierl).

Aussage lautet: mutwillige Zerstörung der Stadtstruktur und Stadtgestalt durch den Nachkriegsaufbau der historischen Mitte Berlins durch die DDR. Wird in die Darstellung der durch Bausubstanz belegten Stadtgeschichte aber auch die Geschichte der dominanten stadträumlichen Orientierungen eingetragen, ergibt sich eine ganz andere Interpretation von Kontinuität und Diskontinuität der historischen Mitte von Berlin:

Der im 15. Jahrhundert zunächst als Zwingburg errichtete und danach als Schloss ausgebaute Herrschaftssitz der Brandenburgischen Kurfürsten lag am Rande der mittelalterlichen Bürgerstadt und wurde von dieser primär über ihre Hauptstraße,

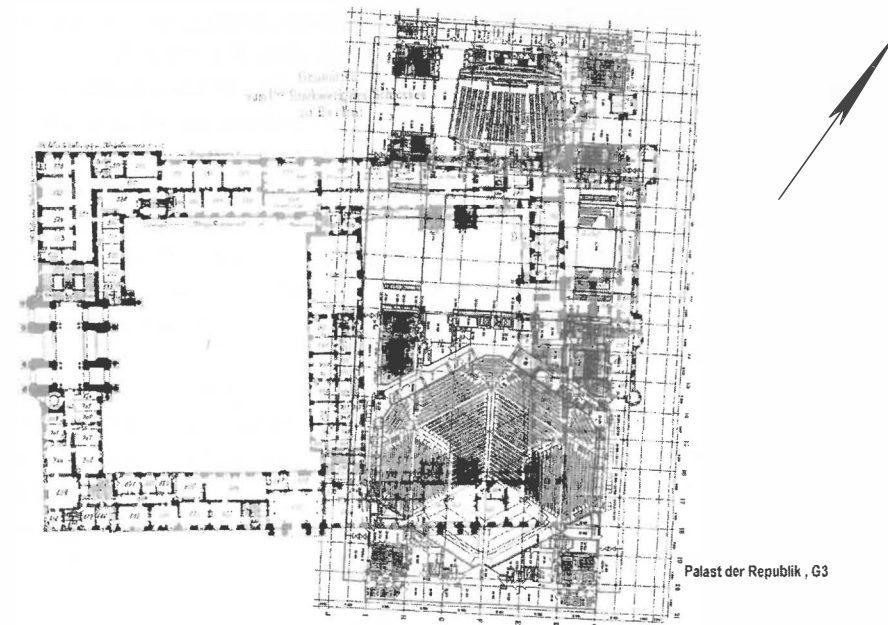


Abb. 7: Unmöglichkeit einer baulichen Fusion von Palast der Republik und Schloss wegen Überschneidung von Großem Saal im Palast und Schlüterhof im Schloss, falls auf keines der beiden inneren Raumelemente verzichtet würde (*SenStadt Berlin*).

die heutige Rathausstraße, erreicht. Anlässlich des Einzugs des 1701 in Königsberg gekrönten Königs zu Preußen in das Berliner Schloss begann der barocke Umbau des Schlosses durch Andreas Schlüter und zugleich die Planung für einen repräsentativen Schlossplatz mit einem neuen Dom anstelle der dort befindlichen, aber baufälligen alten Kirche. Daraus wurde jedoch nichts. 1747 entschied dann Friedrich II, den alten Kirchenbau abzureißen und den neuen Dom auf dem Lustgarten zu errichten. Dadurch gerieten das inzwischen schon erweiterte Schloss und der neue Dom in den Wahrnehmungsraum der Straße unter den Linden als der neuen Stadtachse der absolutistischen Stadterweiterung bis zum Brandenburger Tor. Die mit dem Standortwechsel der Domkirche markierte neue stadträumliche Orientierung des Schlosses in der gewachsenen Stadt blieb in der Entwicklung Berlins bis ins späte 19. Jahrhundert erhalten. Dabei wurde das Schloss selbst zur sozial-räumlichen Barriere zwischen einer Stadt des Absolutismus vor ihm und einer Stadt der Bürger hinter ihm. Erst mit dem nicht aufhaltbaren Drang des Verkehrs in der werdenden Metropole Berlin, die seit 1871 Hauptstadt des Deutschen Reiches geworden war, wurde 1885 zwischen Schloss und Dom, der einen Neubau erhalten sollte, eine Brücke über die Spree gelegt und die Straße Unter den Linden am Schloss vorbei in Ost-

West-Richtung durch die Stadt geführt. Versuche, diese Straßenführung später als Ost-West-Achse auszubauen, scheiterten schon nach dem Wettbewerb „Großstadt Berlin 1910“, aber auch nach dem Planungskonzept für die „Welthauptstadt Germania“ 1937-42. Die DDR realisierte mit dem Aufbau entlang der Stalinallee/Karl-Marx-Allee den Ostarm dieser räumlichen Verbindung durch die Stadt hindurch und verlieh eben dadurch dem Ort Mitte Spreeinsel eine neue räumliche Bipolarität.

Wichtig zu wissen ist, dass der Palast der Republik der neuen Bipolarität des Ortes Mitte Spreeinsel schon von seiner Planung her Rechnung getragen hat, indem er die räumliche Achse vom Brandenburger Tor bis zum Fernsehturm genau an ihrem Knick durch sein gläsernes Foyer transparent vermittelte und eben dadurch sich selbst stadträumlich wirkungsvoll fixierte.

Solche Analysen der stadträumlichen Lage und Wahrnehmung von Schloss und Palast wie auch möglicher anderer baulicher Gestalten wären eine wichtige Voraussetzung für jedwede bauliche Lösung am Ort Mitte Spreeinsel. Wer sich ohne solche Prüfung gleich das Schloss und den Rückbau der alten Stadt östlich der Spree wünscht, braucht freilich über solche Probleme der Aufhebung heute vorhandener gebauter Geschichte nicht nachzudenken.

4.3 Problem Bauwerk

Die wichtigste Erkenntnis für jegliche bauliche Lösung am Ort von Schloss und Palast ist, dass beide Bauwerke nicht ohne Verlust miteinander fusionieren können: Wer den Schlüterhof will, muss auf den Großen Saal im Palast verzichten – und umgekehrt. Andererseits ließe sich der Volkskammersaal in ein wieder aufgebautes Schloss nur mit größten Schwierigkeiten einbeziehen, auch wenn das manche gern möchten, um am originalen Ort an die „frei gewählte Volkskammer der DDR“ zu erinnern. Ökonomisch wäre ein solches Verlangen nicht zu verantworten, wenn nicht bewiesen werden könnte, dass gerade dieser Teil des Palastes, der übrigens architektonisch der schlechteste war, nicht auch aus anderen funktionellen Gründen als nur wegen des Gedenkens gebraucht würde.

Theoretisch gesehen gibt es drei Varianten, mit Schloss und Palast baulich umzugehen:

- Variante 1: Erhaltung des Palastes plus Weiterbau auf dem Platz vor ihm.
- Variante 2: Schloss statt Palast.
- Variante 3: Neubau mit Elementen von Palast und Schloss.

Für alle drei Varianten sind in den letzten zwölf Jahren zahlreiche Architekten-Entwürfe entstanden, die allesamt keine Realisierungschancen hatten, weil ihnen allen eines fehlte: nämlich ein auch nur einigermaßen funktionell fundierter und finanziell abgesicherter Auftrag. Dies vor allem deshalb, weil es keinen institutionalisierten Auftraggeber dafür gab, weil der für diesen Ort zuständige politische Auftragge-

ber – die Bundesregierung und der Berliner Senat – vor der historisch anstehenden Aufgabe versagte.

Die Öffentlichkeit allerdings gab die Schuld am Misserfolg der Architekten-Ideen in erster Linie den Architekten selbst, speziell jenen, die moderne Entwürfe vorgelegt hatten. Das wiederum festigte die Meinung der Schlossbefürworter, die eine Neuaneignung des Schlossplatzareals mit einer modernen baulichen Lösung ohnehin nicht für möglich halten.

Nach Einberufung der Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“ war zunächst die Hoffnung groß, nun endlich zu einer Lösung der vielen Probleme an diesem Ort zu gelangen. Die Lösung aber war die der Variante 2: Schloss statt Palast.

5. Empfehlungen zum Wiederaufbau des Schlosses

Die Expertenkommission arbeitete von Januar 2001 bis April 2002 unter der Leitung von Hannes Swoboda aus Wien. Ihr selbst gesetztes Ziel war es, zunächst über Probleme der Nutzung, des Stadtraums und der Finanzierung zu diskutieren und dann erst über Probleme des erwarteten Bauwerks. Auf diese Weise sollte vermieden werden, den jahrelangen Streit Schloss contra Palast unreflektiert fortzusetzen. Alles schien noch offen für produktives Denken. Aber es kam anders.

Die drei von sich aus selbst auf den Plan getretenen und vom politischen Auftraggeber, Bund und Land Berlin, protégieren Hauptnutzer – die Stiftung Preussischer Kulturbesitz, die Humboldt-Universität zu Berlin und die Zentrale Landesbibliothek Berlin – waren nicht in der Lage, ein kooperatives und synergetisch durchdachtes Nutzungskonzept zu erarbeiten, wozu sie aufgefordert waren, und darüber hinaus gehende Forderungen einer jahrelang geführten öffentlichen Diskussion nach einem kulturell-kommunikativem Bürgerforum darin einzubeziehen. Sie hatten vordergründig nur die Verortung ihrer eigenen Beiträge zu einer musealen und bibliophilen Bildungslandschaft im Sinne, die sie als „Humboldt-Forum“ verstanden wissen wollten, aber wenig Verständnis für eine „Agora“ als Ort für Themen des 3. Jahrtausends in der Dimension Deutschland, Europa und die Welt. Es fiel ihnen auch schwer, die künftige gesellschaftliche Rolle des Ortes Mitte Spreeinsel im funktionellen und stadträumlichen Kontext anderer gesellschaftlich bedeutender Orte in der Mitte Berlins zu denken – außer in Relation zur Museumsinsel. Erst nachdem Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin in seiner Funktion als einer der politischen Moderatoren der Expertenkommission sich für die Vereinigung der mit Humboldt-Forum und Agora bezeichneten Nutzungsideen einsetzte und für die Agora 20% der Nutzungsfläche sicherte, konnte der entstandene Konflikt gelöst werden. Das war im Herbst 2001. Doch erst im Dezember lag die ausformulierte, in ihren inneren Verflechtungen jedoch keineswegs schon geklärte komplexe Nutzungskonzeption vor. Und auch erst zu diesem Zeitpunkt, weil von der Nutzungskonzeption

abhängig, konnte das erwartete Finanzierungskonzept vorgelegt werden. Es orientierte auf die Finanzierung durch eine Aktiengesellschaft in public private partnership – also nicht mehr wie früher entweder allein auf staatliche oder private Finanzierung mit der ausdrücklichen Betonung der Dominanz des Öffentlichen gegenüber dem Privaten.

Die bedauerliche Verzögerung, ja das viel zu lange Ausbleiben einer rechtzeitig geklärten Nutzungskonzeption führte nicht zuletzt auch unter dem von den Medien entfachten Erwartungsdruck der Öffentlichkeit dazu, dass die Kommission unter der Regie ihres Vorsitzenden Hannes Swoboda und ihres Beraters in Sachen Städtebau, Senatsbaudirektor Hans Stimmann, genau das tat, was sie ursprünglich nicht tun wollte, nämlich dominant vom städtebaulichen Kontext her – und also unabhängig von der Nutzungskonzeption und der mit ihr verbundenen Sinnstiftung für den historisch so bedeutenden Ort Mitte Spreeinsel – ein „Schlossgebäude“ mit den Barockfassaden von Schlüter als beste bauliche Lösung und neue Sinnstiftung ins Auge zu nehmen. Dies wurde der Öffentlichkeit als mehrheitliche Ansicht der Kommission in einer Pressekonferenz am 13. Juli 2001, also auf halbem Wege der Arbeit mitgeteilt. Von da an war die weitere Richtung klar. Im September gab es dann noch ein Event der besonderen Art: ein nichtöffentliches Verständigungstreffen zwischen Vertretern großer deutscher Industrieunternehmen und Banken mit Mitgliedern der Expertenkommission in den Räumen der Deutschen Bank in Berlin, moderiert von Wilhelm v. Boddien. Einige Zeit später verlautete intern, dass an einer Mitfinanzierung der Wiedererrichtung des „Schlossgebäudes“ durch das große deutsche Kapital Interesse bestünde, wenn das neue Gebäude auch aussähe wie das alte Schloss, das heißt: mit den Barockfassaden von Schlüter.

Bis in diesem Sinne alles geklärt und ausformuliert war – und dazu gehörte auch die Zurückweisung der Forderung nach einem öffentlichen Wettbewerb zum Ort und zum Gebäude am Ort, und zwar auf der Grundlage einer abgeklärten Aufgabenstellung –, dauerte es noch eine Weile, bis dann am 17. April 2002 das Ergebnis der Kommissionsarbeit dem Auftraggeber übergeben werden konnte. Das Ergebnis lautete:

- Abriss des Palastes der Republik, aber eine zeitlich befristete Zwischennutzung des vom Asbest bereinigten Gebäudes.
- Errichtung eines Schlossgebäudes, das heißt, eines Gebäudes in den geometrischen Abmessungen des Schlosses und mit den Barockfassaden von Schlüter an den drei Außenseiten und im Schlüterhof, mit einer Überbauung des vorderen Schlosshofes zur Unterbringung der neuen Nutzungen, aber ohne die Kuppel von Stühler. Offen blieb die Gestaltung der Spreeseite des Gebäudes und die noch zu prüfende Einbeziehung des ehemaligen Volkskammersaales des Palastes der Republik anstelle einer Rekonstruktion des Renaissancegebäudeflügels mit der ehemaligen Schlossapotheke. Zur Lösung der damit verbundenen baulichen Probleme des Gebäudes soll ein Architekturwettbewerb ausgeschrieben werden.

- Nutzer des Gebäudes sind die Stiftung Preußischer Kulturbesitz mit den Museen für außereuropäische Kunst, die Humboldt-Universität zu Berlin mit ihren musealen Wissenschaftssammlungen, die Zentrale Landesbibliothek Berlin und der Betreiber der Agora. Alle Nutzungen, die im Schlossgebäude keinen Platz finden, sollen im Umfeld untergebracht werden: in den vorhandenen Gebäuden am alten Schlossplatz sowie in Neubauten entlang der Schlossfreiheit.
- Die Finanzierung erfolgt nach dem Modell einer Aktiengesellschaft in public private partnership.

Der Auftraggeber, vertreten durch den Bundesbauminister, Kurt Bodewig, und den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, nahmen das Ergebnis der Kommissionsarbeit dankend entgegen und versprachen, durch eine spezielle Arbeitsgruppe die Empfehlungen zur Nutzung und Finanzierung auf ihre Realisierbarkeit prüfen zu lassen, um dann den empfohlenen Wettbewerb ausschreiben zu können, bei dem – so ihre übereinstimmend geäußerte Ansicht – durchaus auch variante Fassadenlösungen möglich sein sollten.

Ausgelöst durch diese zusätzliche und von der Kommissionsempfehlung abweichende Bemerkung erhob sich im Lager der Schlossanhänger lautstarker Protest, weil sie darin eine Gefahr erblickten für die Realisierung des gewünschten Bildes vom Schloss mit den Barockfassaden. Unterstützt von einer breiten Pressekampagne begannen die Fraktionen des Deutschen Bundestages Beschlussempfehlungen zur Verteidigung des Schlossneubaus mit Barockfassaden zu formulieren. Das führte schließlich zu einer konzertierten Beschlussvorlage aller Bundestagsparteien außer der PDS mit dem Ziel, der Empfehlung der Expertenkommission zum Schloss „ohne Wenn und Aber“ zuzustimmen. So geschah es dann auch am 4. Juli 2002 mit beispiellosem Erfolg. Entscheidenden Anteil daran hatte der Bundestagspräsident, Wolfgang Thierse, der zuvor politischer Moderator der Expertenkommission war.

Begleitet wurde dieser auch als Kritik an der Bundesregierung und dem Berliner Senat verstandene demokratische Akt des Bundestages von einer emotional ausufernden Presse, die deutlich machen wollte, wie sehr doch der deutschen Öffentlichkeit, dem Volk, am Schloss liegt. So war am 4. Juli, also am Tag der Bundestag-Diskussion über das Schloss, quasi zur Ermunterung der Abgeordneten, in der „Welt“ zu lesen: „Wir sind das Schloss“. Was für eine Verkehrung der historischen Losung der revoltierenden DDR-Bevölkerung von 1989: „Wir sind das Volk“! Auf dem Weg von dieser Losung über die Losung „Wir sind ein Volk“ waren „wir“ also inzwischen „das Schloss“ geworden. Wen das noch nicht überzeugte, der konnte am Tag danach im „Tagesspiegel“ den Bericht lesen: „Das demokratische Schloss“. Nur weil ein demokratisches Gremium wie der Bundestag für das Schloss, wenn auch nur für einen Schloss-Verschnitt, plädierte, sollte also das Gebäude selbst schon demokratisch sein und, wie es im Text weiter heißt, als Symbol einer „wundersamen deutschen Einheit“ gelten! Was sind das für wundersame Geschichtsfälschungen! Zum Lachen sind sie jedenfalls nicht!

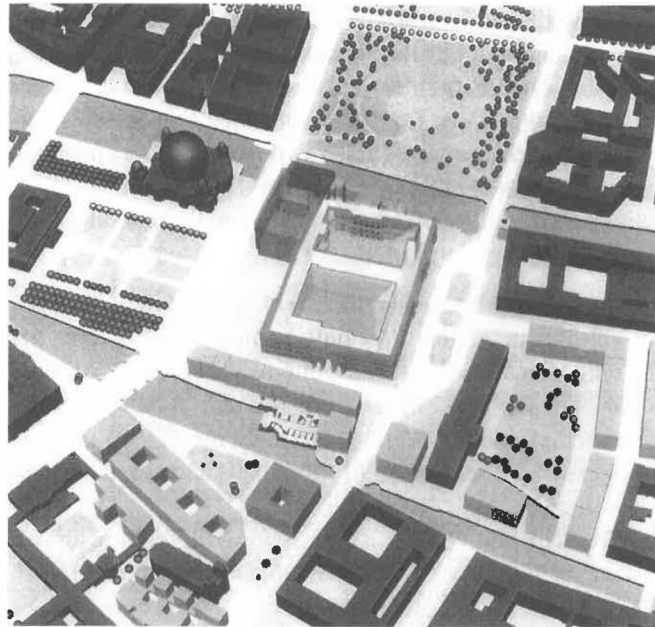


Abb. 8: Empfehlungen der Internationalen Expertenkommission "Historische Mitte Berlin" 2002 zum Wiederaufbau des Schlosses (SenStadt Berlin).

Seit Juli vergangenen Jahres versucht nun die von der Bundesregierung und vom Berliner Senat eingesetzte Arbeitsgruppe die Fragen zu beantworten, für die sich der Bundestag, vordergründig auf das Bild vom Schloss fixiert, nicht sonderlich zu interessieren schien, nämlich vor allem: Wer soll das Gebäude wozu bauen und nutzen, bezahlen und betreiben? Das scheint weit schwieriger als erwartet zu sein, wie einem Zwischenbericht von Christina Weiss, der neuen Kulturstaatsministerin und Leiterin der Arbeitsgruppe, im Februar zu entnehmen war. Danach sind die Flächen für die geforderten Nutzungen im neuen Schlossgebäude zu groß. Kein Wunder, wenn wie geschehen zuerst die Form des Gebäudes fixiert und dann seine Funktion wie der Inhalt in den Topf gegossen wird und also „Überlauf“ entsteht, für den, wie sich jetzt herausstellt, auch im Umfeld kein Platz vorhanden ist, weil die geplante Bebauung an der Schlossfreiheit nicht realisiert und das Staatsratsgebäude der Unterbringung einer privaten „European Business School of Management and Technology“ geopfert wird. Auch das Finanzierungskonzept scheint inzwischen verändert worden zu sein. Wie schon in der Beschlussvorlage des Bundestages ist nicht mehr von public private partnership, sondern von Privat-öffentlicher Partnerschaft die Rede, was einer Umkehrung der Finanzierungsmachtverhältnisse gleich kommt und mit Sicherheit negative Auswirkungen auf den Charakter und den Grad von Öffentlichkeit und offen zugänglicher Nutzung des Gebäudes haben wird. Last not least: Im

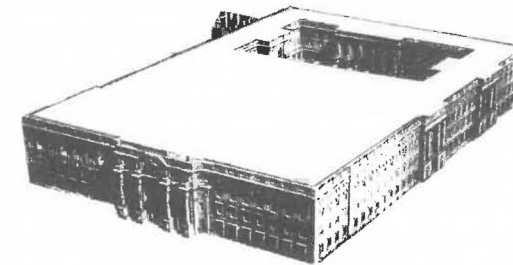
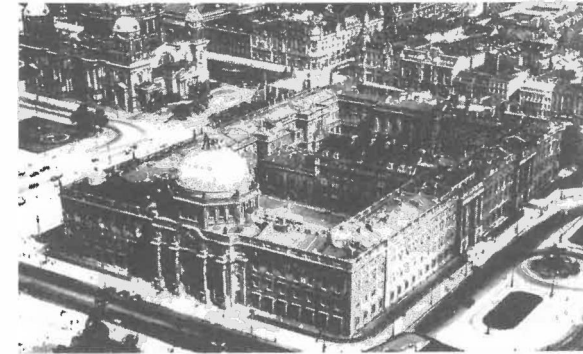


Abb. 9: Das wieder aufgebaute Schloss als "Schlossverschnitt" und Scheinwelt der Geschichte (Landesbildstelle Berlin, Zeichnung: B. Flierl).

März war in der Presse zu lesen, dass ein konkreter Baubeginn für das Schloss noch sehr in den Sternen stünde und deshalb überlegt werden müsse, die Dahlemer Museen zunächst an ihrem jetzigen Ort zu belassen und baulich zu sichern. Diese Aussicht führte zu ganz entgegen gesetzten Reaktionen. Auf der einen Seite begünstigte sie die Aktivitäten der Interessenten einer Zwischennutzung des Palastrohbaus für kulturelle Zwecke, zeitlich begrenzt auf drei Jahre: von 2004 bis 2006. Auf der anderen Seite ermutigte sie alle, die sich den Abriss des DDR-Palastes ohne Wenn und Aber schon immer gewünscht hatten, zu der Forderung, damit nun endlich sofort zu beginnen. Wenn schon so bald kein Schloss, dann auf keinen Fall noch länger den Palast! Eine grüne Wiese an diesem zentralen Ort der Hauptstadt – als Grabstätte widersprüchlicher deutscher Vergangenheit im versöhnenden Bild der Natur – ist ihnen lieber als der beunruhigende Blick auf bauliche Reste der jüngsten deutschen Vergangenheit an diesem Ort, dessen Zukunft noch so ungewiss ist: baulich und gesellschaftlich.

Nach dieser Analyse der Vorschläge und Entscheidungen auf dem Weg zum alten Schloss in der neuen Bundeshauptstadt abschließend nun einige Fragen. Fragen

zum Schloss und zum Ort des Schlosses. Fragen, die ich mir selber stelle, aber nicht für mich behalten möchte:

Erste Frage: Was bedeutet das alte Schloss als neue Sinnstiftung?

Was wird das sein, was laut Empfehlung der Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“ und nach dem Beschluss des Deutschen Bundestages auf der Mitte Spreeinsel entstehen soll? Das alte Schloss? Doch wohl nur von außen, dem Schein nach, nicht auch innen. Im Inneren wird etwas ganz anderes sein als von außen zu vermuten oder gar zu erwarten ist. Und dazu nicht einmal etwas Adäquates: museale Räume für Exponate, die an diesem historischen Ort und auch für das Schlossgebäude an ihm keinen Sinn machen, als Ergänzung der Museumsinsel gedacht aber das Schloss nicht brauchen.

Dieses Auseinanderfallen von Außenwelt als Scheinwelt Schloss in der Realwelt Mitte Berlin und von Innenwelt als Realwelt Museum in der Scheinwelt Schloss als Hülle schadet dem Ort, dem Gebäude an ihm und der Nutzung in ihm. Wer denkt bei diesem Auseinanderfallen von Realwelt und Scheinwelt nicht unwillkürlich an Las Vegas mit den Scheinwelten inszenierter Themenparks wie Luxor, Paris, Venice usw. als äußerer kultureller Verpackung der inneren Realwelt Casino? „Learning from Las Vegas“, nämlich „architecture as a decorated shed“ zu machen, wie Roberto Venturi das empfohlen hat, jetzt also auch in Berlin? Das Schloss als Themenpark Geschichte mit Schlüters Barock als Dekoration für Museen außereuropäischer Kunst mit Exponaten wie mexikanischen Skulpturen, indischen Teppichen und ostasiatischen Segelbooten? Was daran ist für eine Neuaneignung dieses bedeutenden historischen Ortes – wie es keinen zweiten in Berlin gibt – die Sinnstiftung als zukunftsorientierter Wert? Neuaneignung eines Ortes als Aufgabe und Leistung der Gegenwart kann doch nur als Aufhebung von Vergangenheit für die Zukunft vollbracht werden – aufheben dialektisch verstanden als Einheit von negieren, bewahren und emporheben auf eine neue Stufe der Entwicklung. Das führt zur zweiten Frage:

Zweite Frage: Was ist das Schloss als aufgehobene Geschichte wert?

Wie kann das gegenwärtig nicht vorhandene Schloss zur aufgehobenen Geschichte werden, wenn es zu diesem Zweck zunächst erst einmal materiell wieder hergestellt werden muss, um aufgehoben werden zu können in eine neue Zukunft an diesem Ort, dies aber den Abriss des Palastes der Republik zur Voraussetzung hat, der – noch als Rohbau, zu dem er wieder wurde – existente gebaute Realität und Metapher jüngster deutscher Geschichte ist?

Was also an Geschichte wird durch ein wieder aufgebautes Schloss aufgehoben, und was an Geschichte wird entsorgt? Was hat eine solche Korrektur von abgelaufener Geschichte mit Aufhebung von Geschichte zu tun? Zumal ein solcher Umgang mit Geschichte ja nicht auf den Palast als Gebäude beschränkt bleibt, sondern die konstituierenden Elemente der städtebaulichen Inszenierung Ostberlins zur DDR-

Hauptstadt insgesamt umfasst: neben dem Palast auch den Fernsehturm, die beide aus der ehemals geplanten Zentraldominante als gesplittete Dominanz hervorgegangen sind. Der Palast wird materiell entsorgt, der Fernsehturm – da er technisch noch brauchbar ist – wird hinsichtlich seiner Wahrnehmung in der großen Stadtradiale der Karl-Marx-Allee visuell entsorgt: Denn: Auf dem gesamten Weg entlang der Karl-Marx-Allee in die Stadtmitte verdeckt laut Planung für den Alexanderplatz eines der vorgesehenen Hochhäuser – das DEGEWO-Hochhaus, Ecke Grunerstraße/Alexanderstraße – absichtsvoll den Schaft des Fernsehturms und beschädigt auf diese Weise seine Rolle in der Stadtgestalt. Fehlt noch, wie schon erwähnt, der erwogene, nur noch nicht realisierte Rückbau des großen zentralen Grünraums zwischen Spree und Fernsehturm. Dann wäre es geschafft, wesentliche gebaute Geschichte der DDR-Hauptstadt entsorgt zu haben, als hätte sie es nie gegeben. Was aber ist dann das alte Schloss am alten Ort in der Mitte der Stadt als aufgehobene deutsche Geschichte wirklich wert? Es hat den Wert eines ausgewählten Teils zurück gebauter deutscher Geschichte.

Nicht genug damit. Das wieder aufgebaute Schloss wird selbst nur eine zurück gebaute Auswahl seiner eigenen Geschichte darstellen. Denn es soll ja – noch dazu nur im äußeren Bild – ausschließlich als Barockschloss reproduziert werden, so, wie es nie bestand und auch bis zum Krieg nicht zu sehen war, nämlich: ohne den Renaissancebau des Schlossapothekenflügel und ohne die Kuppel in der klassizistischen Architektur von Stühler, und dies alles angeblich zu Ehren von Andreas Schlüter, dem Schöpfer des Schlosses, um den ein geradezu peinlich wirkender Personenkult entfacht wurde, um nicht über Könige und Kaiser des Schlosses reden zu müssen. Ein Schloss für die Bundesrepublik als zeitlose Erfindung. Nur gut, dass wie kürzlich erst zu hören war die von der Expertenkommission empfohlene und vom Bundestag nicht bestrittene Idee aus finanziellen Mitteln nicht realisiert werden kann, vor dem Schloss wiederum auch noch Gebäude an der alten Schlossfreiheit erstehen zu lassen, wenn auch in zeitgemäßer Architektur, also eine bauliche Situation zu reproduzieren, die 1890 dem Preußisch-Deutschen Nationaldenkmal weichen musste. Aus welcher Zeit eigentlich sollen das Schloss und der Ort des Schlosses aufgehobene Geschichte sein? Das führt zur dritten und letzten Frage:

Dritte Frage: Worum geht es am Ort Mitte Spreeinsel?

Geht es an diesem Ort hauptsächlich um das Schloss oder um den Palast der Republik als Wert? Geht es um das Schloss als sinnstiftenden Schlussstein der bundesdeutschen Umgestaltung des Stadtzentrums von Berlin, wie gesagt wird, um vergessen zu machen, dass zuvor schon der Palast der Republik als Schlussstein sozialistischer Stadtumgestaltung galt? Geht es nicht vielmehr und zu allererst um eine neue gesellschaftliche Wertsetzung für die Mitte der Stadt, wie sie durch sinnstiftende Aufhebung von Geschichte entstünde, durch Aufhebung von so vielfach gebrochener deutscher Geschichte gerade an diesem Ort, nicht zuletzt jüngster geteilter deut-

scher Geschichte? Wäre die produktive Auseinandersetzung darüber – in der Dimension der deutschen Vereinigung von Ost und West sowie der fortschreitenden europäischen Integration und der weltweiten Globalisierung – nicht eigentlich das Hauptthema für eine kreative Neuaneignung des Ortes Mitte Spreeinsel? Wer dafür ein wieder aufgebautes Schloss braucht, gäbe ihm dann wenigstens schon von der Funktion her einen zukunftsorientierten Sinn und Wert aus dem Interesse heutiger Menschen an einer veränderbaren Zukunft. Nicht das Schlossgebäude – schon gar nicht das auf das bloße Bild reduzierte Schloss – wäre dann die Lösung für die Erlösung von den Übeln der Geschichte, in die wir Deutschen mit dem Zweiten Weltkrieg und mit der Teilung Deutschlands, aber auch mit den Schwierigkeiten der Vereinigung geraten sind, sondern umgekehrt: Die gesellschaftlich motivierte Aufhebung von Vergangenheit in eine andere Zukunft als Aufgabe und Tat der Gegenwart ist es, die eine bauliche Aufhebung des Schlosses überhaupt erst sinnvoll macht, zugleich aber auch die Frage nach dem Sinn einer baulichen Aufhebung des Palastes der Republik provoziert.

Darüber hätte ein politisches Gremium wie der Deutsche Bundestag debattieren müssen. Nicht primär über das architektonische Bild der Geschichte, sondern über den historischen Ort der Geschichte zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit ihr.

Gerade angesichts der nach dem Krieg in Berlin vollbrachten großen Leistungen gesellschaftlicher und baulicher Aufhebung von Geschichte – zunächst geteilt in Ost und West und jetzt in der vereinten Stadt – hätte in Hinsicht auf den noch nicht neu angeeigneten Ort Mitte Spreeinsel die wirklich wesentliche Frage lauten müssen: Was ist uns Deutschen dieser Ort wert – und: was sind wir uns wert an diesem Ort?

Kurt Fluri

Die Kulturpolitik der Stadt Solothurn (Schweiz)

Auch die Kulturpolitik basiert unter anderem auf der Geschichte, auf den politischen und rechtlichen sowie natürlich auf den finanziellen Rahmenbedingungen. In dieser Reihenfolge stelle ich Ihnen nun unsere Kulturpolitik vor:

Am ältesten Gebäude der Stadt, am Zeitglockenturm am Marktplatz, findet sich eine Inschrift, wonach Solothurn neben Trier die älteste Stadt in keltischen Landen, d.h. nördlich der Alpen, sei: „In Celtis nihil est Salodoro antiquius unis exceptis Treveris, quarum ego dicta soror“, was soviel heisst wie: dass es keine ältere Stadt in keltischen Landen als Solothurn mit Ausnahme von Trier gebe, weshalb man sie Schwestern nenne. Dieser Text hat sich tatsächlich auch an der früheren St. Paulinskirche in Trier vorgefunden mit folgender Inschrift von Franz Haffner: „Der Stadt Trier und Salodor/thuns wenig Stätt an Alter vor“ aus dem Jahre 1666. Diese Kirche ist allerdings dann 1674 bei einer Besetzung der Stadt durch französische Truppen zerstört worden, und mit ihr ist offenbar auch die Inschrift untergegangen, jedenfalls ist sie an der heutigen St. Paulinskirche in Trier nicht wieder zu finden.

Vermutlich aber ist lediglich der antike Name „Salodurum“ mit Sicherheit keltischen Ursprungs, der archäologische Nachweis eines keltischen Solothurn steht nämlich immer noch aus. Der keltische Ursprung des späteren römischen „Castrum Salodurum“ hingegen bedeutet ein „Wassertor“, eine „Flussenge“. Und das wiederum ist wohl unbestritten auch der Hauptgrund für die Gründung eines Römischen Vicus' eben hier an der engen Stelle der Aare, wo es günstig erschienen ist, über den Fluss zu setzen und einen gesicherten Brückenkopf an der bedeutenden Route zwischen Aventicum (Avenches) einerseits und Augusta Raurica (Kaiseraugst) bzw. Vindonissa (Windisch) anderseits zu sichern.

Im 12. Jahrhundert prägten die Zähringer die Altstadt Solothurns ebenso wie diejenigen von Bern und den beiden Freiburg in der Schweiz und im Breisgau sowie vieler anderer Städte im alemannischen Raum. Charakteristisch hierfür ist das historische Stadtbild ohne geplante Plätze, die in Zähringerstädten am Altstadtrand oder durch Häuserabbrüche bei Straßengabelungen entstanden sind.

Vor allem aber ist heute noch der französische Einfluss klar erkennbar. In der Zeit zwischen 1530 und 1792 weilte nämlich der französische Ambassador wegen des Söldnerwesens im kleinen Solothurn mit etwa 4.000 Einwohnern. Die Hauptgründe, dass Solothurn überhaupt Ambassadorsstadt wurde, waren folgende:

- die katholische Religion, welche im Gegensatz zur reformierten das Söldnerwesen zuließ,

- die jahrhundertealten engen Beziehungen Solothurns zur Westschweiz und
- die seit der Zugehörigkeit Solothurns zum Herzogtum Burgund unerschütterte Treue Solothurns zu Frankreich und zum französischen Solddienst.

Zahlreiche solothurnische Söldnerführer wurden in den französischen Diensten geadelt, kehrten reich versehen mit Pensionen und Renten zurück und errichteten hier feudale Herrschaftshäuser in der Stadt bzw. Sommersitze außerhalb der Stadt. Aufgrund der aus dieser Zeit stammenden barocken Bauelemente gilt Solothurn als „Schönste Barockstadt der Schweiz“.

Kulturpolitik gemäß eidgenössischem und kantonalem Verfassungsrecht

Die schweizerische Kulturpolitik ruht größtenteils auf den Schultern der Gliedstaaten, der Kantone, sowie der Gemeinden. Dies ergibt sich aufgrund folgender Bestimmungen von Bundes-, Kantons- und Gemeindeverfassung:

Art. 69 der Bundesverfassung (BV) in der Fassung vom 1.1.2000 lautet:

1. Für den Bereich der Kultur sind die Kantone zuständig.
2. Der Bund kann kulturelle Bestrebungen von gesamtschweizerischem Interesse unterstützen sowie Kunst und Musik, insbesondere im Bereich der Ausbildung, fördern.
3. Er nimmt bei der Erfüllung seiner Aufgaben Rücksicht auf die kulturelle und sprachliche Vielfalt des Landes.

Art. 69 BV ist aber nur ein Teil des neuen Kulturverfassungsrechts. Das Kulturstaatsverständnis zeigt sich auch in anderen Artikeln der Bundesverfassung: In der Zweckbestimmung von Art. 2 Abs. 2 BV fördert die Eidgenossenschaft unter anderem die „kulturelle Vielfalt des Landes“. Art. 4 BV hält die vier Landessprachen fest. Art. 18 BV gewährleistet die Sprachen-, Art. 21 die Kunstfreiheit. Art. 35 BV verpflichtet den Bund zur Verwirklichung der Grundrechte und damit auch zur Gewährleistung dieser Freiheiten. Art. 102 der Verfassung des Kantons Solothurn vom 8.6.1986 lautet:

1. Kanton und Gemeinden fördern die individuelle schöpferische Entfaltung und erleichtern die Teilnahme am kulturellen Leben.
2. Sie schützen und erhalten das Kulturgut.“

Und schließlich formuliert § 3 der Gemeindeordnung der Stadt Solothurn: „...sie unterstützt kulturelle Bestrebungen, die sinnvolle Freizeitgestaltung, die Jugendarbeit und den Sport.“

Die städtische Kulturpolitik

Die städtische Kulturpolitik wird in Solothurn nicht durch ein Kulturamt übernommen, sondern die Kulturpolitik wird im Rahmen seiner politischen Führungstätigkeit direkt durch den Stadtpräsidenten verantwortet.

Die Stadt Solothurn mit ihren rund 15.000 Einwohnerinnen und Einwohnern legt seit langer Zeit großen Wert auf die Erhaltung eines reichen Kulturlebens. Ein zweisprachiges Zweispartentheater zusammen mit der zweisprachigen Stadt Biel im Westen von Solothurn (das einzige zweisprachige und das kleinste Berufstheater der Schweiz), drei städtische Museen, ein Begegnungszentrum im Alten Spital, die mit dem Kanton gemeinsam getragene Kantonsbibliothek, seit bald 40 Jahren die Solothurner Filmtage, seit 25 Jahren die Solothurner Literaturtage, eine öffentliche Musikschule sowie unzählige Veranstaltungen mit Unterstützung der Stadt führen zu Kulturausgaben in der Höhe von netto rund 5 Mio. Franken (ca. 3,3 Mio. EURO) oder 6% des Budgets bzw. 8.6% des Steuerertrages.

Im schweizerischen Vergleich stehen wir somit derzeit nach Basel, Luzern, Genf und Lausanne an fünfter Stelle der Schweizer Städte, gemessen an den Pro-Kopf-Ausgaben.

Diese 5 Mio. Franken würden hingegen niemals reichen, das Kulturleben unserer Stadt in diesem Ausmaß zu betreiben. Glücklicherweise haben traditionell private Kreise stets als Mäzene (nicht als Sponsoren!) oder als Initiatoren gewirkt, wenn es darum ging, Kunst zu sammeln oder kulturelle Veranstaltungen zu organisieren und auch zu finanzieren. So besitzt zum Beispiel unser Kunstmuseum Sammlungen von nationaler, ja internationaler Bekanntheit dank Stiftungen von Privaten, u.a. auch hervorragende Bestände an Schweizer Kunst der Moderne. Eine neueste Schenkung zum Beispiel im vergangenen Jahr aus Solothurner Privatbesitz beglückte uns mit Werken von Alberto Giacometti und Meret Oppenheim. Etwa 10 Kunstgalerien tragen völlig privat zum Kunstleben bei. Aber auch die Filmtage und Literaturtage oder das ebenfalls bereits seit mehr als 10 Jahren abgehaltene Classic Openair sind privater Begeisterung für die jeweilige Kulturrichtung entsprungen und leben noch heute weitestgehend davon. Die Stadt Solothurn kann sich auf die Finanzierung des Betriebes und Gebäudes im Falle der Museen bzw. auf Subventionsbeiträge an die anderen Veranstaltungen beschränken. Lediglich das Städtebundtheater ist zur Hauptsache durch die öffentliche Hand alimentiert. Dabei wird sie teilweise von den Regiogemeinden unterstützt, auf rein freiwilliger Basis und zur Zeit in der Höhe von rund Fr. 900.000.– (ca. 600.000 EURO). Zudem unterstützen private Gönnervereine die verschiedenen Institutionen nicht nur finanziell, sondern sie sorgen auch für deren breite politische und gesellschaftliche Verankerung.

Daneben wird auch die sog. alternative Kulturszene gepflegt, denn auch diese vermittelt Werte, wenn auch vielleicht nicht hergebrachte und allgemein akzeptier-

te, aber doch solche, die in unserer glücklicherweise heterogenen und mehrdimensionalen Gesellschaft auch vorhanden und vertreten sind. Und schließlich war jede heute etablierte Kulturform irgendwann auch einmal neu, alternativ, aufmüpfig und unkonventionell. So waren gerade die Filmtage in ihrer Anfangszeit ausgesprochene Veranstaltungen, die vom 1968er-Geist geprägt waren und die Bürgerschaft entsprechend verunsicherten. Aber auch das etablierte Stadttheater hat in seinem Leistungsauftrag ausdrücklich die Aufgabe, auch avantgardistische Stücke zu bringen, obwohl das im Hinblick auf das Abonnentenpublikum mit seiner Vorliebe eher zum konventionellen Theater nicht unproblematisch werden kann.

Kultur braucht keine Legitimation, schon gar keine ökonomische

Das Bekenntnis unserer politischen Behörden zur Kultur stützt sich dabei auf folgende Überlegungen:

Nicht nur in Zeiten, in welchen die öffentliche Hand in finanziellen Problemen steckt, sondern ganz generell wird immer wieder die Unterstützung kultureller Veranstaltungen und Organisationen durch das Gemeinwesen speziell mit dem Hinweis darauf begründet (und gefordert), dass Kulturausgaben dank der sog. „Umwegrentabilität“ schließlich die Wirtschaft und damit indirekt via Steuereinnahmen wiederum die öffentliche Hand alimentierten. Und tatsächlich belegen zahlreiche Studien, dass jeder für kulturelle Zwecke ausgegebene Franken fast das Dreifache an Nachfragewirkungen auslöst.

Hinter diese Feststellungen möchten wir zwei Fragezeichen setzen: Zum einen halten wir es für durchaus möglich, dass dieser Multiplikator- oder zumindest Verstärkungsfaktor für die Wirtschaft effektiv zutrifft. Eine andere Frage ist es aber, ob davon auch das Gemeinwesen in ähnlichem Ausmaß profitiert. Nach unseren Feststellungen verdünnt sich der Strom der im Hinblick auf und während Kulturevents getätigten Konsumausgaben nach Durchlaufen der Betriebsbuchhaltungen und der Steuererklärungen zu einem recht dünnen Rinnsal, welches schließlich noch beim Fiskus anlangt. Von einer Vervielfachung für das Gemeinwesen kann keine Rede sein.

Zweitens aber geht es uns vor allem darum, dass die ökonomische Begründung von Kulturausgaben der öffentlichen Hand für die Kultur sogar gefährlich werden kann. Wird nämlich eine finanzwirksame Kulturpolitik mit der Umwegrentabilität begründet, so muss sie sich gefallen lassen, dass sie mit der Rentabilität anderer, nichtkultureller Aufwendungen von öffentlichen Geldern verglichen wird. Und hier spricht einiges dafür, dass viele nicht-kulturelle Mittelverwendungen höhere Umwegrentabilitäten haben und damit konsequenterweise bevorzugt werden müssten. Der Vergleich auf der Ebene der kurzfristigen Nachfragewirkung muss für die Kultur ungünstig ausfallen. Neben dieser sehr konkreten Gefahr für die Kultur wird mit

dieser Argumentation dem kulturellen Bereich aber auch seine Einmaligkeit für die Gesellschaft genommen. Die Kulturschaffenden, aber auch die an ideellen Werten orientierten Kulturpolitikerinnen und -politiker tun also gut daran, das Argument der Umwegrentabilität nicht allzu häufig zu gebrauchen und sich wieder auf die klassischen Argumente zugunsten der Kultur zu konzentrieren, die da sind: Kultur ist Lebensgestaltung und Lebensausdruck, Kultur ist Wertevermittlung, Kultur ist ein Wert an sich, der keine weitere Legitimation braucht, schon gar keine ökonomische. Die Förderung der Kultur durch die öffentliche Hand ist eine öffentliche Aufgabe wie andere auch, also wie die Bildung oder der Straßenbau. Selbstverständlich sind wir uns bewusst, dass gerade in der heutigen Situation der öffentlichen Hand, aber auch in einer Epoche, in welcher die materiellen Werte scheinbar alles andere dominieren, das kurzfristige und an Zahlen und Bilanzen orientierte Denken überwiegt. Gerade in solchen Zeiten aber ist es umso nötiger, auf absolute, nichtmaterielle Werte hinzuweisen und sie zu betonen. Die Kultur hat es nicht nötig, an materiellen Werten gemessen zu werden.

Aus dieser Werthaltung heraus lehnen wir es ab, Kultur primär als Teil der Standortpromotion oder Tourismusförderung zu propagieren. Dies wäre unseres Erachtens eine Degradierung der Kultur zum Mittel zum Zweck. So haben Behörden und auch die Bevölkerung unserer Stadt auch in den ärgsten Zeiten der Finanzknappheit Mitte der 1990er Jahre ohne Einschränkung und vorbehaltlos die wichtige Stellung der Kultur für unser Zusammenleben anerkannt und damit zugleich auch den Sammlungen, den Mäzenen und Leihgebern ihre Referenz erwiesen. Sie unterstreichen dies zum Beispiel noch zusätzlich dadurch, dass die drei Museen nach wie vor ohne Eintrittspreis zugänglich bleiben. Auch damit soll der Bildungsauftrag der Kultur unterstrichen, gewürdigt und verstärkt werden. Zwischen 1994 und 1998 erhöhte sich so der Anteil der Kultur an den Gesamtausgaben, weil diese in allen anderen Bereichen hinuntergefahren werden mussten.

Im Übrigen wird auch immer wieder versucht, die Kunst in den städtischen Alltag zu integrieren. Die Stadt stellt für jeweils maximal 3 Monate im Begegnungszentrum Altes Spital auswärtigen Kunstschaffenden ein Künstleratelier unentgeltlich zur Verfügung, damit sie während ihres Aufenthaltes in Wechselwirkung mit der Stadt künstlerisch tätig sein können. Im letzten Jahr zum Beispiel beobachtete eine Berliner Künstlerin den öffentlichen Raum der Stadt unter dem Thema „Raum – Einengung und Raum – Ausweitung“ und brachte an den meist frequentierten Standpunkten Markierungen an. Zur Zeit wird das Ergebnis einer Zusammenarbeit von Kunstschaffenden aus Solothurn und Philadelphia ebenfalls in einem dieser Künstlerateliers unter dem Titel „So-Phil-Art“ gezeigt, und in der nächsten Theatersaison sucht unser Städtebundtheater den Weg zum Publikum und vor allem zur Jugend mit der Aufführung des Stückes „Klamms Krieg“, in welchem ein Schauspieler im Schulzimmer Themen wie Autorität, Schule, Gesellschaft und die Lehrerrolle mit all sei-

nen Nöten unmittelbar theatralisch und situativ abspielt und anschließend mit den Schülerinnen und Schülern darüber diskutiert.

Und schließlich spielt die Kultur als Kontaktmittel zu unserer deutschen Partnerstadt Heilbronn eine wichtige Rolle, finden doch beinahe jährlich Ausstellungen von Kunstschaffenden der einen in der anderen Partnerstadt statt.

Zusammenfassend möchte ich unsere Auffassung von Kulturpolitik mit den Worten des Philosophen Hans Saner wie folgt ausdrücken: „[Die Kunst]... braucht einfach Raum, in dem sie sein und leben darf, auch wenn sie zu nichts zu gebrauchen und ökonomisch disfunktional ist. Sie braucht nicht Duldung – denn das wäre eine Beleidigung der Kunst –, sondern ein Recht auf Leben und Gedeihen.“

Unsere Kulturpolitik ist es nun, zu versuchen, der Kultur diesen Raum geistig, finanziell und infrastrukturell zur freien Entfaltung zu bieten.

Hermann Vogler

Städtepartnerschaften

Ein Beitrag zum kulturellen Selbstverständnis

Nach Jehudi Menuhin ist Kultur „Die Gesamtheit der Lebensäußerungen einer Gemeinschaft. Kultur definiert die eigene Art des Ausdrucks eines jeden Menschen, seine Gefühle und Gedanken über sich selbst, sein Wertbewusstsein, seine Beziehung zu anderen Menschen, zur Erde und zu ihren Bewohnern. Kultur reicht von der Sprache bis hin zu Formen des Handwerks und zu dem individuellen Lebens- und Denkstil, zu der Art wie man sich ernährt und kleidet. Zur Kultur des Menschen gehören die Formen seines Glaubens und seines Aberglaubens, gehören Mythen und Symbole, Bilder, Worte und Musik. All dies gehört zur echten Kultur, die sich gravierend von den Kräften unterscheidet, die sich darum bemühen, eine Vielfalt von Kulturen unter eine Flagge oder eine Religion zu zwingen.“

Bundespräsident Rau spricht in seiner Berliner Rede vom Mai 2002 über die Chancen und Gefahren der Globalisierung: „Für viele Menschen bedeutet Globalisierung, dass ihre Traditionen und ihre Welt sich verdrängt und überlagert werden. Sie merken, wie wenig ihre Überlieferung, ihre Kultur, einfach ihr Anders-Sein respektiert wird, wenn es darum geht, dem wirtschaftlichen Fortschritt den Weg zu ebnen. Diese Menschen fühlen sich in ihrer Würde verletzt.“

In der gemeinsamen Veröffentlichung des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz vom Februar 1997 „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ heißt es: „Zum Grundkonsens einer zukunftsfähigen Gesellschaft gehört auch die Wahrnehmung internationaler Verantwortung – eine verbindliche weltweite Rahmenordnung für wirtschaftliches und soziales Handeln ist dringlich.“

Verantwortliches Handeln braucht ein Lernfeld „Global denken – lokal handeln“. Städte und Gemeinden bieten diese Lernfelder in den familiären, lokalen und regionalen Gemeinschaften der Bürgergesellschaft. Hier muss die Politik die Menschen abholen und mitnehmen – denn vor Ort erfahren sie Orientierung und Solidarität, sozialen Kontakt und Gemeinschaft, Motivation für neue Herausforderungen.

So hat auch der Gemeinderat der Stadt Ravensburg im Juli 2002 zum Mehrjahresprogramm für die Städtepartnerschaft folgendes beschlossen: „Ravensburg unterstützt das Zusammenwachsen in Europa und die internationale Verständigung mit Städtepartnerschaften, Schulpartnerschaften und über freundschaftliche Verbindungen von lokalen Initiativen. Austauschprogramme werden zur Erweiterung der sprachlichen und kulturellen Kompetenz sowie mit Blick auf neue Lerngemeinschaften gefördert.“

Ravensburg liegt in der Bodenseeregion. Die Stadt verdankt ihren Reichtum im Mittelalter und die Schönheit ihrer gotischen Altstadt dem Handel mit ganz Europa – zwischen Wilna und Barcelona, zwischen Amsterdam und Sizilien. Unseren Wohlstand heute verdanken wir dem Glück dieser Geschichte, dem Wunder, dass wir im Zweiten Weltkrieg von Bomben verschont geblieben sind, dem „Zufall“, dass wir nach 1945 auf der Sonnenseite der Welt lagen und nicht zuletzt den Unternehmen unserer Stadt und Region – und vielen engagierten Menschen in der „Bürgerstadt“.

Wie in anderen Städte auch hat Ravensburg in den letzten 40 Jahren Städtepartnerschaften begründet: über politisch bewusste Initiativen, persönliche Freundschaften, aber auch aufgrund zufälliger Kontakte und Begegnungen – im „Geleitzug“ oder als Vorläufer von Entwicklungen in der internationalen Politik.

Zur deutsch-französischen Verständigung hat Ravensburg mit seiner Partnerschaft mit der südfranzösischen Stadt Montélimar seit 1964 beigetragen. Auch in Ravensburg haben wir erlebt, wie aus einer historischen Feindschaft viele Freundschaften gewachsen sind.

Die deutsch-französische Verständigung war der Grundstein für den Weg nach Europa, den die Städte und Gemeinden mit Partnerschaften begleitet und gefestigt haben. In Ravensburg waren dies 1983 Rivoli im Piemont, 1994 Rhondda Cynon Taff in Süd-Wales und seit 2002 erste Kontakte mit Mollet de Vallès in Katalonien.

Christine Landfried beschreibt in der Süddeutschen Zeitung vom Dezember 2002 dieses Europa als einen wahren Energiespeicher an Vielfalt der Kulturen und an Leistungsfähigkeit. Sie spricht von einem „immensen Reichtum an Verschiedenartigkeit. Es ist die Verschiedenartigkeit der Sprachen, der Musik, der großen und kleinen Theater, der Malerei, der Literatur, der Architektur, der Landschaften, der politischen Kulturen, Institutionen und Lebensformen.“

„Ebenso wichtig wie die Vielfalt an Differenz ist die europäische Erfahrung in der Auseinandersetzung mit Differenz. Im Lauf einer langen Geschichte mit Konflikten, verheerenden Kriegen und Verbrechen an der Menschheit haben die Europäer gelernt“, so zitiert Christine Landfried Jürgen Habermas, „mit der Konkurrenz zwischen geistlichen und weltlichen Mächten, mit dem Streit der Konfessionen, mit der Rivalität zwischen Nationalstaaten friedlich umzugehen. Die Erinnerung an die Folgen nationalistischer Exzesse können den Übergang zu einer postnationalen Demokratie ebnen, die auf der gegenseitigen Anerkennung der Differenzen zwischen stolzen Nationalkulturen beruht.“

Erinnern und Begegnen steht über einer ganz anderen kulturellen Herausforderung: die Auseinandersetzung mit unserer jüngsten Geschichte, mit dem Nazi-Regime. Wie in den meisten Städten, so hat diese Auseinandersetzung auch in Ravensburg relativ spät, nämlich erst in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre begonnen. Dabei ging es nicht nur um äußere Zeichen der Erinnerung – etwa an jüdische Familien, die 1938 nach der Reichspogromnacht vertrieben wurden.

Auf Initiative von Pinchas Erlanger, dem Sohn einer vertriebenen Familie, der

heute in Israel lebt, wurde eine Partnerschaft als Projekt zur Begegnung zwischen der Highschool in Nahariya in Nordisrael und zwei Gymnasien bei uns gegründet, angeregt auch durch den Ende der 1980er Jahre wieder aufflammenden Rechtsradikalismus und durch die Erfahrung, dass sich die leidvolle Geschichte der Juden in Deutschland um Unterricht nur noch schwer vermitteln lässt.

Pinchas Erlanger hat zehn Jahre später zu dieser Partnerschaft folgendes gesagt: „Diese Schulpartnerschaften und dieser Austausch ist weit mehr als ein touristisches Ereignis für die Schüler. Für diese ist es lebendige Geschichte, wie sie besser in keinem Schulzimmer gelehrt und gelernt werden könnte und hat sie hoffentlich für ihr ganzes Leben gegen das Gift des Rassismus und Radikalismus gefeit. Das Motto ‚Erinnern und Begegnen‘ unter dem dieser Austausch steht, könnte sinniger nicht sein.“

Eine bewusst politische Entscheidung war der Weg in die Partnerschaft mit einer Stadt in der ehemaligen Sowjetunion. Im August 1987 hat eine Delegation des Stadtrates mit Vertretern der damals deutsch-sowjetischen Gesellschaft – heute West-Ost-Gesellschaft – drei Städte in Weißrussland und in der Ukraine besucht. Im September 1989, wenige Wochen vor dem Fall der Mauer, haben wir in Brest in Belarus den Partnerschaftsvertrag unterzeichnet – in einer Welt, in der wir uns damals fast wie auf einem anderen Stern vorgekommen sind. Als Verbindung mit einer Stadt, die 1941 beim Angriff von Deutschland auf die Sowjetunion total zerstört wurde.

Und kurz danach der Fall der Mauer und die Deutsche Einheit, „die deutsche Mondlandung“ wie Heribert Prantl zehn Jahre später zum 1. Oktober 2000 in der Süddeutschen Zeitung schreibt: „Deutschland im Einheitsjahr 1990: die Hälfte aller Deutschen waren nach dem Zweiten Weltkrieg geboren, sie hatten das einig Vaterland nicht mehr erlebt. Als wir zur Welt gekommen waren, gab es kein Mecklenburg und Vorpommern mehr, kein Thüringen, keine Mark Brandenburg. Die alten Ländernamen waren abgeschafft. Im Westen hießen sie nun eine Schulzeit lang SBZ, Sowjetische Besatzungszone. Für den, der keine Verwandten dort hatte, war das ein seltsames Land, bevölkert von Toten und Sagengestalten: Karl Mai, Martin Luther, Rubezahl und Johann Sebastian Bach.“

Unser Partner ist seit Februar 1990 Coswig bei Dresden im Oberen Elbtal. Es war mehr als notwendig, die Menschen in unserer Region im Süden auf diesem Weg in die Deutsche Vereinigung mitzunehmen, damit Menschen aus beiden Städten sich kennen lernen, Vorurteile abbauen und Mauern in den Köpfen niedriger werden. Auch wir im Süden waren damals im „Tal der Ahnungslosen“.

Die Hochwasserflut im vergangenen Jahr 2002 war eine zweite Chance – eine neue Hoffnung. Werden sie wie nutzen? „Die deutsche Einheit ist schwieriger als eine Mondlandung. Auf dem Mond hat es genügt, mit technischem Gerät zu landen, eine Fahne aufzupflanzen und ein paar bewegende Sätze zu sagen. Im Osten genügt das nicht. Die Arbeit an der Einheit hat erst begonnen“, so Heribert Prantl in seinem oben genannten Artikel.

Die jüngste Partnerschaft sind wir mit Varazdin in Kroatien eingegangen – im Dreiländereck Kroatien/Slowenien/Ungarn. Vorausgegangen waren jahrelange Kontakte zwischen den beiden deutsch-kroatischen Gesellschaften und die Aufnahme von Familien und Kindern in unserer Region während des Krieges in den 1990er Jahren im ehemaligen Jugoslawien.

Bereits seit den 1960er Jahren leben viele Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien – auch aus Kroatien – in unserer Region. Deren Kinder haben vielfach längst einen deutschen Pass und sprechen unseren Dialekt.

In seiner Rede zur Globalisierung im Mai 2002 sagt Bundespräsident Rau: „Die Entwicklungsländer müssen stärkeres Gewicht bekommen in den Entscheidungsgremien der Welt. diese Organisationen sind den Menschen auf dem ganzen Globus verpflichtet und nicht wirtschaftlichen oder anderen Einzelinteressen. Wir Europäer müssen unsere Vorstellung in einer sozial und ökologisch verpflichteten Marktwirtschaft noch stärker als bisher einbringen.“

Die entwickelten Regionen der nördlichen Halbkugel sind einseitige Nutznießer der ungerechten Weltwirtschaftsordnung – und dort wiederum sind es in erster Linie die Städte und Stadtregionen. Somit haben gerade die Städte eine besondere Verantwortung sich dieser Aufgabe zuzuwenden. Es geht darum, unseren Kindern die „Eine Welt“ zu vermitteln und die eigene Entwicklung auf eine nachhaltige Nutzung der Naturgüter umzustellen. Wir brauchen eine Neuorientierung von Werten und Verhaltensmustern.

Neben vielen Initiativen, Vereinen und Kirchengemeinden unserer Stadt, die sich in solchen Projekten engagieren und in einer Agenda-Gruppe verbunden sind, engagiert sich Ravensburg seit 1993 in einer Partnerschaft mit der Stadt Huehuetenango in Guatemala mit Projekten zur Alphabetisierung unserer Stadtentwicklung – Schulbücher, Stadtbücherei, Landapotheken, ländlicher Wegebau.

Als Touristen sind wir neugierig auf fremde Länder und interessieren uns für unbekannte Kulturen. Nicht wenige lassen es aber im eigenen Land an der Wertschätzung und Anerkennung der anderen kulturellen Herkunft fehlen – mit der gedankenlosen mitteleuropäischen Herablassung und Überheblichkeit. Dabei haben auch bei uns die Wanderungen längst zu einer Vielfalt von Herkunft und Identität geführt – und wie in anderen Regionen der Welt auch, in der Folge vielfach zur Abschottung und zur Angst vor dem Fremden.

Im Gegensatz zum Tourismus üblicher Art können Städtepartnerschaften ein Baustein für das Zusammenleben und die Integration in der eigenen Stadt werden. Motoren der Integration sind neben Betrieben, Kirchengemeinden und Vereinen vor allem die Schulen. Deswegen steht auch in Ravensburg seit jeher der Schüler- und Jugendaustausch im Mittelpunkt der Städtepartnerschaften. Er lässt sich unkompliziert gestalten und erlaubt unbefangene und private Begegnung junger Menschen in den Gastfamilien. Schülerinnen werden für Fremdsprachen motiviert. Alle Jugendlichen einer Klasse können unabhängig vom Geldbeutel der Eltern an solchen Begegnungen teilnehmen.

Traditionell sind es schon wegen der Fremdsprachenkenntnisse Kinder und Jugendliche der Gymnasien, die am Schüleraustausch teilhaben. In Ravensburg haben wir ganz bewusst auch Austauschprogramme für Hauptschulen, Realschulen und berufliche Schulen.

Regelmäßig an den Partnerschaftsbegegnungen sind auch Vertreterinnen des Schülerrates beteiligt. Sie planen jetzt für den Herbst 2003 zusammen mit ihren Kolleginnen und Kollegen in den Partnerstädten eine internationale Jugendkonferenz, auf der sie sich mit ihren Lebenswelten, der Kultur ihrer Heimat und Zukunftschancen für junge Menschen in Europa auseinandersetzen. Aus den offiziellen Begegnungen, häufig als „Funktionärstourismus“ abgetan, haben wir in Ravensburg seit einigen Jahren eine kommunal-politische Lerngemeinschaft entwickelt. Wir wollen zusammen mit unseren Partnerstädten eine neue Art von Begegnungen voranbringen: die fünf bzw. sieben Partnerstädte werden sich nach ersten Erfahrungen regelmäßig treffen, um konkrete kommunalpolitische Themen aufzugreifen und gegenseitig von den unterschiedlichen Verhältnissen zu lernen.

Städtepartnerschaften sind Begegnungen von Menschen, aus denen verlässliche, konkrete und persönliche Verbindungen und Freundschaften wachsen. Vor diesem Hintergrund und mit den Erfahrungen in vielen anderen Städten hat Ravensburg im Herbst 2002 eine Partnerschaftsgesellschaft gegründet. Deren Mitglieder sind Bürgerinnen und Bürger der Stadt und der Region, sie sollen das Programm und die Inhalte der Städtepartnerschaften mitbestimmen.

„Zum Grundkonsens einer zukunftsfähigen Gesellschaft gehört auch die Wahrnehmung internationaler Verantwortung“ heißt es in der gemeinsamen Erklärung der beiden Kirchen. Die Städte stellen sich dieser Verantwortung.

Autoren

HERMANN GLASER (1928), Dr. phil.; Studium der Germanistik, Anglistik, Geschichte und Philosophie in Erlangen und Bristol, Promotion 1952. 1964-1990 Kulturdezernent der Stadt Nürnberg. Honorarprofessor für Kulturvermittlung an der TU Berlin. Zahlreiche Bücher und Veröffentlichungen zu sozialwissenschaftlichen, pädagogischen, kulturhistorischen und kulturpolitischen Themen; u.a. „Spießerideologie“ (1964), „Angst vor der Zukunft“ (1978), „Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland“ (1986 ff.).

BRUNO FLIERL (1927), Dr. Ing. Dr. sc. phil., publiziert seit 1952 wissenschaftliche Arbeiten zu Problemen der Theorie und Geschichte der Architektur und des Städtebaus. Bruno Flierl war zunächst Mitarbeiter der Deutschen Bundesbauakademie, danach Dozent an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit 1984 ist er freiberuflich als Bauhistoriker und Architekturkritiker tätig.

KURT FLURI (1955), Stadtpräsident der Stadt Solothurn/Schweiz (Mitgliedsstadt der AG Die Alte Stadt), studierte Rechtswissenschaften an den Universitäten Bern und Basel. Abschluss lic.jur. 1981 sowie als Rechtsanwalt und Notar 1984, danach eigenes Anwaltsbüro. 1985 Wahl in den Gemeinderat von Solothurn, 1989 Wahl in das Kantonsparlament, 1993 Wahl als Stadtpräsident und 2003 Wahl in den Nationalrat (Große Kammer des Eidg. Parlamentes).

ADELHEID VON SALDERN, Dr. phil., Professorin für Geschichte an der Universität Hannover. Besonderer Forschungsschwerpunkt sind stadtgeschichtliche Themen wie Stadtpolitik, städtische Lebenswelten, Wohnungspolitik und Wohnen. Mitherausgeberin der Zeitschrift WerkstattGeschichte sowie Mitgliedschaft in mehreren wissenschaftlichen Beiräten und Kommissionen. Stellvertretende Vorsitzende der neu gegründeten Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung (gsu).

ERIKA SPIEGEL; Dr. phil., Universitätsprofessorin (em) an der TU Hamburg-Harburg für Stadt- und Planungssoziologie. Studium der Soziologie, Nationalökonomie und Öffentliches Recht an der Universität Heidelberg. Promotion im Jahre 1956. Zahlreiche Veröffentlichungen zu stadtsoziologischen Themen, z.B.: Die Stadt, der Städter und die städtische Gesellschaft – Was hält sie zusammen? (1998). Mitherausgeberin der Zeitschrift „Die alte Stadt“.

HERMANN VOGLER (1944) ist Oberbürgermeister von Ravensburg (Mitgliedsstadt der AG Die alte Stadt). Nach dem Studium der Landschafts- und Raumplanung an der TU München Direktor Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben 1974-1987; Lehrauftrag an der Fachhochschule Konstanz, Honorarprofessor; Mitglied im Europaausschuss des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und im Vorstand des Baden-Württembergischen Städtetags.

FORUM

Noch ist das Kieler Schloss nicht gerettet

In Berlin und Braunschweig sollen Schlösser „wieder aufgebaut“ werden, dem Kieler Schloss hingegen drohte der Abriss. Dieses erscheint nur auf dem ersten Blick kontradiktorisch, tatsächlich ist es Ausdruck der gleichen zeittypischen Betrachtungsweise, Geschichte und Architekturqualität nur unter Gesichtspunkten der Vermarktung zu sehen. Das Kieler Schloss ist als Einkaufszentrum nicht geeignet: Es liegt abseits der City und seine Gestalt wird durch das Nebeneinander originaler, rekonstruierter und neuer Bauteile geprägt, die zusammen wenig von dem vermitteln, was man üblicherweise von einem Schloss erwartet.

Die Landesregierung beabsichtigt seit langem, den Schlosskomplex zu veräußern, da sie die „Immobilie“ nicht mehr zu benötigen glaubt, der Unterhalt zu teuer sei und die Gebäude sich nicht für andere Nutzungen eignen. Schon einmal standen die Verhandlungen mit einem Investor, der nach Abbruch wesentlicher Teile des Schlosses ein Altenpflegeheim mit Seniorenresidenz errichten und baulich ergänzen wollte, vor dem Abschluss. Nach Aufdeckung obskurer Vorgänge erfolgte ohne Erfolg eine europaweite Ausschreibung zum Verkauf. Nunmehr soll der Komplex für einen symbolischen Euro an den Betreiber der Veranstaltungsräume verkauft und der Status quo

erhalten werden. Wer die Privatisierung in anderen Bereichen beobachtet, weiß, dass das Schloss damit noch lange nicht gerettet ist.

Das Kieler Schloss steht an der Stelle einer Burg der Schauenburger Grafen und ist ein „geschichtsschwerer Ort“ (J. Habich). Es erfüllte die Funktion einer Neben- und zeitweise auch Hauptresidenz der Gottorfer Herzöge, später eines Witwen- und Verwaltungssitzes, und war Schauplatz bedeutender Ereignisse: 1460 unterzeichnete König Christian I. von Dänemark einen Grundlagenvertrag der 400 Jahre währenden staatlichen Ordnung des dem dänischen Gesamtstaat angehörenden, „up ewig ungedeelten“ Schleswig-Holsteins. Hier fanden 1665 die Feiern zur Gründung der Kieler Universität statt, 1745 die Vermählung des späteren Zarenpaares Peter III. und Katharina die Große. Eine letzte Glanzzeit erlebte das Schloss Ende des 19. Jh. als Wohnsitz des Prinzen Heinrich, Bruder des letzten deutschen Kaisers, der sich ebenfalls mehrmals hier aufhielt.

Von der mittelalterlichen Burg ist nur ein Granitsockel geblieben, auf dem sich ab 1558/68 der „Adolfbau“, ein später mehrfach verändertes Wohnschloss, erhob. Gegenüber entstand kurz vor 1700 der sog. „Pellibau“ des Architekten D. Pelli, ein nüchterner und ungegliederter Backsteinbau mit hohem Walmdach.



Abb.: Das Kieler Schloss: links der rekonstruierte Pellibau, dahinter die aufgeständerte Landeshalle, im Hintergrund der moderne Adolfbau mit dem rekonstruierten NW-Turm.

Beide Gebäude wurden durch einen niedrigen Südflügel verbunden, der den Schlosshof zur Stadt hin abschloss, während der Hof zum Schlossgarten offen blieb.

1938 brannte das Schloss aus und wurde durch ein Notdach gesichert. Während des Zweiten Weltkrieges versanken 78% der Stadt in Trümmern, nach einem Bombenangriff am 4.11.1944 standen vom Schloss nur noch die ausgebrannten Umfassungsmauern. Beim Wiederaufbau verzichtete man bewusst auf eine historisierende Rekonstruktion und setzte den Entwurf der Architekten H. Sprotte und P. Neve von 1957 als freie Interpretation der historischen Bauten um. Zu-

gleich hatte der damalige Stadtbaurat H. Jensen die Verknüpfung der Altstadt mit dem Landschaftsraum der Förde als Planungsziel definiert. Der kubische Hauptbau auf dem mittelalterlichen Granitsokkel mit rekonstruiertem Nordwestturm folgt der Kontur des verlorenen Adolfbaus, der Pellibau wurde dagegen instand gesetzt, der Südflügel durch einen aufgeständerten Ausstellungsbau ersetzt. Damit entspricht die Kubatur des neuen Schlosses weitgehend der des älteren Baus. Der Schlosskomplex erfuhr nach Süden eine Ergänzung durch einen Konzertsaal, der die funktionale Neudefinition des Schlosses als Kulturschloss und das Bekenntnis der Landesregierung zu diesem Ort von Kultur- und Landesgeschichte bekräftigte. Diese Funktion hat das Schloss aber nur teilweise erfüllt: Bei den Bürgern waren die Veranstaltungsräume und ein Restaurant in den mittelalterlichen Gewölben stets beliebt, Landesbibliothek und Denkmalamt entfalten dagegen ebenso wenig Ausstrahlung nach außen wie die Pommernstiftung mit einer hochrangigen Kunstsammlung im Pellibau. Nach Auszug aller Institutionen – die Pommernstiftung nach Greifswald – stehen die Gebäude nunmehr weitgehend leer.

Architektonisch ist das Schloss durch die für Norddeutschland charakteristische und in der Reformarchitektur der 1920er Jahre wurzelnde moderat-konservative Moderne der 1960/1970er Jahre geprägt. Der backsteinsichtige Hauptbau zeichnet sich durch blockhafte Fernwirkung und subtile Balance horizontaler und vertikaler Gliederungselemente aus; Schlichtheit und flächenhafte Geschlos-

senheit finden ihre Entsprechung in der ungegliederten Lochfassade des Pellibaus. Neben dem Bemühen, an die Geschichte des Ortes anzuknüpfen, lassen Ablesbarkeit der Funktionen, Offenheit zu Landschaft und Wasser sowie architektonische Gestaltung das neue Schlossensemble zu einem gültigen Beispiel der Nachkriegsmoderne werden, das dem unter Denkmalschutz stehenden Rathaus in Aschaffenburg von D. Brandi verwandt ist. Für Tietz ist es ein „Stück „kritischer Rekonstruktion“ zu einer Zeit, als man anderswo noch gar nicht wusste, was das eigentlich ist.

Eine öffentliche Diskussion findet kaum statt. Zu sehr haben das oberflächlich gesehene „moderne“ Aussehen des Schlosses, ein vernachlässigtes Umfeld und die Verlagerung der innerstädtischen Hauptattraktionsbereiche von der Altstadt weg nach Süden das Schloss im Bewusstsein der Bürger getilgt; es gibt nur wenige, die sich dafür wirklich interessieren. Vom Oberbürgermeister wurde immerhin eine der Bedeutung des Ortes angemessene Nutzung angemahnt, während die Vorbereitungen zur Verstämmelung des Schlosses weitergingen. Die Vertreter der staatlichen Denkmalpflege hielten sich auffällig zurück, dagegen hat die Architekten- und Ingenieurkammer S.-H. eindeutig Position für das Schloss bezogen.

Vom Forum Architektur + Stadt, gebildet durch die Berufsverbände BDA, SRL, BDLA u.a. folgte 2001 ein zweitägiger Workshop, in dem Potenziale zur Aufwertung der Altstadt und Nutzungsmöglichkeiten für das Schloss diskutiert wurden. Die Ergebnisse waren allerdings

Wasser auf die Mühlen der Privatisierer, denn es entstand mehrheitlich der beliebige Nutzungs-Mix wie allorts: Hotel, Einkaufsstätten gehobenen Anspruchs, Multifunktionshallen u.ä. Völlig unscharf war dabei stets der Begriff des öffentlichen Raumes: Ort für Vielfalt, Spontanes, Widersprüchliches, auch Ärgerliches oder Raum in privater Verfügbarkeit, zugänglich für eine zahlungskräftige Klientel? Vorschläge zur Schaffung kultureller Einrichtungen wurden dagegen wegen fehlender Finanzierbarkeit abgelehnt, obwohl zeitgleich über ein Historisches Ausstellungszentrum der Stadt, ein Schiffahrtsmuseum und ein Haus der Landesgeschichte (natürlich in Neubauten) debattiert wurde. Das Forum hat noch mehrmals intern und ohne Ergebnis über das Schloss diskutiert. Eine weitere öffentliche Veranstaltung kam aber nicht zustande, zu sehr gerieten privatwirtschaftliche Interessen mit öffentlichen Bekenntnissen zur Baukultur in Widerspruch. Auch das geringe öffentliche Interesse ist noch geringer geworden. Seitdem konnte sich jeder Interessent per Internet am Schlosskauf beteiligen. Neuerdings hat sich die über die Mehrheit im Stadtrat verfügende Koalition von CDU und Bündnis 90/Die Grünen zum verantwortungsvollen Umgang mit dem Schloss bekannt, ohne allerdings zu definieren, was das konkret bedeutet. Die nunmehr bekannt gewordenen neuesten Pläne zur Veräußerung und die Erhaltung des Status quo lassen alle Denkmodelle vom „guten Ausgang“ über den Konkurs eines neuen Eigentümers bis zur Demolierung des gesamten Komplexes als denkbar erscheinen. Das

Land würde im Ernstfall das Schloss sicher auch nicht geschenkt wieder übernehmen wollen. Noch ist das Kieler Schloss also nicht gerettet!

Das alles könnte eine Randnotiz für „Kommunales“ sein, wenn nicht hier eine Reihe grundsätzlicher Fragen der Baukultur fokussierte: das Verständnis der politisch Verantwortlichen von Geschichte und Stadt, das Rollenverständnis von den „genius loci“ beschwörenden und gleichzeitig die Stadt der Belieblichkeit ausliefernden Planern, der gesellschaftliche Auftrag der Denkmalpflege und deren Selbstverständnis, das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit als Determinanten der europäischen Stadt (gibt es die noch?), Rolle und Bedeutung

von Baukultur im Spannungsfeld wirtschaftlicher Interessen und Baukulturrhetorik. Nachbau verlorener Bauten und Abriss authentischer Geschichtsdokumente geben sich damit als Ausdruck der gleichen (Un-)Geisteshaltung zu erkennen.

Dieter-J. Mehlhorn, Kiel

Literatur: *J. Habich*, Ein geschichtsträchtiger Ort. Im Kieler Schloss besiegelten Herrscher ihre Staatsverträge und Ehen, in: Wege ins Land, Ein Kulturmagazin der Kieler Nachrichten; *D. Lafrenz*, Workshop zum Kieler Schloss, Januar 2001, hrsg vom Forum Architektur + Stadt, Kiel 2002; *J. Tietz*, Der Zweite Blick: Das Kieler Schloss, in: Deutsches Architektenblatt 6/2003

Von der Treppe zur Scalalogie

Die Gesellschaft für Treppenforschung

Die „Gesellschaft für Treppenforschung (Scalalogie) e.V.“ kann in diesem Jahr auf eine zwanzigjährige Tätigkeit zurückblicken. 1983 gründete Friedrich Mielke (vgl. Die Alte Stadt, 28. Jg. 3/2001) die Gesellschaft, die sich mit der Interdependenz von Mensch und Treppe befasst. Der Forschungsgegenstand der wissenschaftlichen „Treppenkunde“ ist die Art der Überwindung von Höhenunterschieden durch die Konstruktion von Stufen. Die Ergebnisse einer solchen Forschung sind für Praktiker, die selbst Treppen bauen oder konstruieren, gleichermaßen von Interesse wie für Archi-

tektur- oder Kunsthistoriker.

Die Ergebnisse der Forschungsarbeiten werden seit 1985 unter dem Titel „Scalalogia. Schriften zur internationalen Treppenforschung“ in einer eigenen von Mielke herausgegebenen Zeitschrift bzw. Reihe veröffentlicht. Inzwischen liegen 13 Bände vor. Davon behandeln fünf monographisch Treppen und die dazu gehörige Architektur in den Städten Breslau (1990), Eichstätt (1989), Ingolstadt (1992), Potsdam (1994) und Wien (1990). 4 Sammelbände kamen zwischen 1985 und 2001 mit Aufsätzen zu den verschiedensten Aspekten der

Treppenkunde unter dem Titel „Collec-taneen“ heraus. Band 9 der Reihe beschäftigte sich 1999 mit den „Treppen der Gotik und Renaissance“ und die sich daran anschließende Arbeit nahm sich 2001 dann generell die „Treppen in der Kunst“ zum Thema. Spezielle orientalische Truppen wurden in Band 13 vorgestellt. Man warf hier 2002 einen Blick auf „steinernen Wendeltreppen in türkischen Minaretten“. Treppen als Symbole und Metaphern, etwa als „Himmeltreppe“ oder „Tugendleiter“, wurden 2001 im Band 12 „Geistige Treppen, Treppen des Geistes“ behandelt.

Bis auf den ersten Band, der vergriffen ist, können alle Arbeiten noch beim

Verlag Ernst Vögel, Stamsried, bezogen werden. Der Umfang der Bände variiert zwischen 60 und 350 Seiten. Alle Arbeiten sind mit zahlreichen Fotos, Plänen und Zeichnungen illustriert. Leider ist der Bestand der Schriften in öffentlichen Bibliotheken nicht in dem Maße gegeben, wie es der Bedeutung der Reihe entspräche. Lediglich in Buchereien der sechs Städte Berlin, Hannover, Heidelberg, München, Münster und Nürnberg ist die „Scalalogia“ bis jetzt vollständig nachgewiesen.

Winfried Mönch, Stuttgart

Council for the European Urbanism

Gründung eines europäischen Netzwerkes für Städtebaureform in Brüssel/Brügge

Sprachlosigkeit und Separatismus, Lagerbildung und Abschottung kennzeichnen allzu oft die Situation in den fachlichen Debatten Europas – auch im Städtebau. Was aber tun? Ein ungewöhnlicher Personenkreis unterschiedlicher Professionen und Positionen kam in der ersten Aprilwoche 2003 zusammen, um den „Council for European Urbanism“, ein europaweites Netzwerk für den Umbau der Städte und Regionen, zu gründen. Eingeladen hatte eine europäisch-amerikanische Initiative, der Eurocouncil. 75 Vertreter aus nahezu allen westeuropäischen und wenigen osteuropäischen Ländern sowie den USA waren der Einladung zu diesem informellen Treffen ge-

folgt. Organisiert hatte es der belgische Unternehmer Christian Lasserre. Symbolträchtig und mit Bedacht waren die europäische „Hauptstadt“ Brüssel und die altehrwürdige Nachbarstadt Brügge, seit 2000 Weltkulturerbe und im Jahr 2002 Kulturhauptstadt Europas, als Begegnungsstätten ausgewählt worden.

Schillernd bot sich das Spektrum der Teilnehmer dar: Neoklassizistische Architekten aus Portugal oder Italien um den „Papst“ der Szene, Leon Krier, waren ebenso vertreten wie Planer aus der Schule des modernen Wohnungsbaus der Niederlande oder Schwedens. Institutionen wie die Prince's Foundation (London), IPHS (International Planning Hi-

story Society) und INTBAU (England und Norwegen) sowie Architekten, Developer, Soziologen, Verkehrs-, Stadt- und Regionalplaner markierten das Spektrum derer, die eine Städtebaureform im sich wandelnden Europa für notwendig halten. Sicher war dies keine repräsentative Gruppierung, die da zusammenkam, und schon gar nicht war sie irgendwie legitimiert: Doch die Herausforderungen, die sich aus der EU-Erweiterung, vor allem aber aus dem Wandel der Städte selbst ergeben, ermuntern zu einem Grenzen überschreitenden, vernetzenden Handeln.

Beflügelt wurde die Debatte durch die Vertreter des amerikanischen New Urbanism, einer vor 10 Jahren entstandenen Bewegung gegen den suburban Sprawl, gegen die Zersiedlung und Desurbanisierung der USA. Bemerkenswert für die europäischen Akteure sind vor allem der interdisziplinäre Charakter und die konsequente Praxisorientierung dieser Bewegung. Die Ziele des Congress for the New Urbanism (CNU) und die Bedingungen, unter denen in den USA eine Reform auf den Weg gebracht wurde, sind allerdings sehr verschieden von denen Europas. Daher bietet der New Urbanism zwar Anregungen, kann aber nicht einfach kopiert werden.

Im Zentrum der Debatte stand denn auch zunächst die vorhandene alte Stadt in Europa: Ihrer Erneuerung bzw. Rekonstruktion galt die Aufmerksamkeit. Es zeigte sich aber bald, dass die Hauptprobleme weiter gefasst werden müssen: Die gigantischen Neubaugebiete an den Rändern der Städte, insbesondere in den mittel- und osteuropäischen Ländern, die sog. Plattenbaugebiete, die zwischen

Sheffield und Moskau das Bild der „europäischen Stadt“ prägen, avancierten zum „Top-Thema“ der Zusammenkunft. Die „Slab-Urbs“ sind ein wenig das Gegenstück zum amerikanischen Sprawl. Ein Katalog von insgesamt „13 Herausforderungen“ fand die Zustimmung der Teilnehmer, der als Basis für eine weiterführende Debatte, ja als Einstieg in den Aufbau eines europäischen Netzwerkes für Städtebaureform dient:

- *Unzulängliche Wohngebiete: Großsiedlungen in Plattenbauweise sowie wenig verdichteter Siedlungsbrei*
- *Separierte öffentliche Funktionsbereiche: Gewerbe-Parks, Einkaufs- und Unterhaltungszentren „auf der grünen Wiese“*
- *Zunahme an „Wegwerf-Bauten“*
- *Verschwinden von lokalen, regionalen und nationalen Besonderheiten*
- *Entwertung des öffentlichen Raumes*
- *Autodominanz des Transportsystems*
- *Inakzeptable Gestaltung von Straßen und Wegen*
- *Unverbundene Straßennetze*
- *Autokratische Planung und Überregulierung*
- *Verfall und Aufgabe von Dörfern und ländlichen Strukturen*
- *Maßstabsprengende Implantate in historischen Stadtgebieten*
- *Voreingenommenheit gegenüber kontextueller Gestaltung in historischen Gebieten seitens der Charta von Venedig und Krakow*
- *Mangelnde regionale und soziale Kohäsion.*

Mit der Fixierung dieser „Herausforderungen“ ist die Diskussion keineswegs

abgeschlossen. Im Gegenteil, sie dauert an und präzisiert die Inhalte weiter, bis diese dann im Herbst als gemeinsames Verständnis der Problemlagen in den europäischen Städten in eine Charta einfließen können.

Ob Neoklassizist oder Bauhaus-Verfehrer, ob Developer oder Dorfgestalter, ob Stadtsoziologe oder Plattenbausanieierer, in diesen Punkten fanden alle Teilnehmer ihre gemeinsame Basis für eine strategisch anzulegende Reform. Besonders betont wurde die Offenheit des Netzwerkes für alle, die sich dem Anliegen einer Erneuerung des Städtebaus verpflichtet fühlen. Keine berufsständischen Zugehörigkeiten, keine stilistischen Auffassungsunterschiede oder gesellschaftlichen Positionen bestimmen die Mitarbeit – ein ehernes Anliegen jedenfalls, das die oft festzustellenden Kommunikationsbarrieren überwinden will. Gleichzeitig sollen die bereits vorliegenden Reformvorschläge und die zahlreichen Projektpartnerschaftlich diskutiert werden.

Damit konnte der Grundstein gelegt werden für den Aufbau des „Council for European Urbanism“ (CEU). Eine Charta und eine Projektliste, die entlang der Kriterien dieser 13 Punkte Ziele und Möglichkeiten einer Städtebaureform in Europa veranschaulichen und damit natürlich zur Debatte aufrufen soll, sind in Arbeit. Erste nationale Netzwerke gründen sich bzw. sind in der Diskussion. Das CEU–German Network ist im Aufbau und wird sich im November in Wittenberg erstmals treffen. Und dann richtet sich der Blick auf den weiteren Höhepunkt der Kommunikation: 2005 soll ein Weltkongress der beiden nichtstaatlichen Netzwerke für Städtebaureform, CNU und CEU, stattfinden.

Gründungsvertreter im CEU aus Deutschland sind: Harald Bodenschatz, Harald Kegler, Karl-Heinz Maschmeier, Duane Phillip. Kontakte: CEU–German Network: Dr. Harald Kegler, Ziebigkerstraße 28, 06846 Dessau.

Harald Kegler, Dessau

BESPRECHUNGEN

SUSANNE GÄNSHIRT-HEINEMANN, *Der Krögel. Die Entdeckung und Ästhetisierung der Altstadt Berlins in Fotografien 1887 bis 1938 (= Publikationen der historischen Kommission zu Berlin), Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag 2003, 183 S., 45 Abb., Euro 9,95.*

Die wohl an der Stelle eines kleinen ehemaligen Wasserlaufs zwischen Molkenmarkt und Spree im Zentrum Alt-Berlins entstandene Häusergruppe hat eine erstaunliche Karriere erfahren: Die eher abseitige Wohn- und Gewerbegasse wurde zur Berliner „Altstadt“ an sich stilisiert und damit auf eine „Bedeutungsebene“ erhoben. Mit dem tatsächlichen, vom Mittelalter an immer wieder veränderten Baubestand, der in einem „imaginären Gang durch den Krögel“ dem Leser nahe gebracht wird, hatte dies wenig zu tun. Die Abfolge der für Berlin untypischen verschachtelten Gassen- und Hofansichten auf engem Raum dienten als Ersatz und Projektion für eine in der preußischen Metropole ansonsten nicht mehr sichtbare Altstadt.

Es war die Fotografie, die den Krögel als malerischen Ort einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht hat und zugleich den Ort mit seinem Bestand und letzten Veränderungen dokumentieren sollte. Erst der Blick der Fotografen, hier ist F. Albert Schwartz an erster Stelle zu nennen, hat das Gefühl für die Qualität des Gebietes, dessen Gebäude von der an künstlerischen Einzelleistungen orientierten Denkmalpflege nicht beachtet wurden, bekannt gemacht. In den vom Märkischen Museum 1911 bis 1914 herausgegebenen Alben „Malerisches Berlin“, hatten die Winkel des Krögel ebenfalls ihren

Ort. Doch in dem 1898 erschienenen Werk „Die Bau- und Kunstdenkmäler von Berlin“ kam der Krögel nicht vor. Auch der Heimatschutzgedanke, in dem ja dem historischen Idyll eine besondere Rolle zukam, konnte – so zeigt die Autorin auf – auch keinen nachhaltigen Schutz für das Gebiet bringen. Das aus dem Geist dieser Zeit heraus entstandene „Ortsstatut zum Schutz der Stadt Berlin gegen Verunstaltungen“ von 1909 war ebenfalls für diesen Bereich nicht anwendbar. Die spezifischen Traditionen der preußischen Denkmalpflege haben sich – so scheint es dem Rezensenten – als stärker erwiesen.

Mit der Entwicklung des Städtetourismus im frühen 20. Jahrhundert entstand das Bedürfnis, dem Berlin-Besucher auch eine „Altstadt“, zu präsentieren. Auch dieses Bedürfnis wurde mit dem Besuch des Krögels, der inzwischen in die Reiseführerliteratur als „Tourismusziel“ aufgenommen wurde, abgedeckt und bildete einen reizvollen Kontrast zu den ebenfalls besuchten Bauten der Moderne.

Die Kehrseite der malerischen Hofidylle, die dahinter liegenden schlecht beleuchteten und belüfteten Wohnungen, wurden erst als Ärgernis in der Öffentlichkeit bekannt, als es darum ging, auch hier eine Neubebauung vorzubereiten. Ein Massenproblem gab es hier nicht, waren doch nur 121 Wohnungen genutzt. Unter den Mietern befanden sich auffällig viele Unterbeamte. Die ungepflegte Bausubstanz und das niedrige Ausstattungsniveau der Wohnungen wurden in der Presse herausgestellt und verhinderten eine breite Bewegung zugunsten des Erhalts des bekannten Ortes. Diesen Abschnitt fasst die Autorin unter dem Begriff „Stigmatisierung“ zusammen. Wie in vielen anderen Fällen waren es flankierende Maßnahmen bei der Anlage großer Verkehrsbauten – hier dem Ausbau der Mühlendamm Schleuse und ihrer Brücke –, denen schließlich das als solches nicht geschützte Ensemble ab 1935 zu Opfer fiel.

In einer Phase der „Musealisierung“ wurde ein aufwändiges Modell des abgerissenen Baukörpers angefertigt. Die Reste zerstörte der Krieg. Der Aufstieg und Fall des nur als Straßename fortlebenden Krögels vollzog sich – wie Susanne Gänschirt-Heinemann zeigt – auf mehreren Ebenen. Das Bedürfnis, in der größten deutschen Stadt eine „Altstadt“ vorzufinden, überstand indes den Abriss und die Auslöschung des Krögels. Im „Nikolaiviertel“, ist daher eine fragwürdige Karikatur einer Altstadt entstanden, deren Genese freilich nicht mehr im Rahmen der vorliegenden Arbeit behandelt werden konnte. Doch ist das Problem keineswegs eine Berliner Spezialität. Es lohnt sich, für die „Traditionsinseln“ innerhalb vielfach veränderter Stadtkerne anderer deutscher Städte vergleichende Untersuchungen anzustellen.

Felix Escher, Berlin

JUST LÜBBEN, *Die Nordwestdeutsche Zeitung 1895 bis 1933/45. Ein Beitrag zur Entwicklung und politischen Ausrichtung der Generalanzeigerpresse in Deutschland (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bremerhaven, 13), Bremerhaven 1999, 220 S., Euro 19,—.*

OLAF SCHULZE, *„Zum Nutzen und Bequemlichkeit der Einwohner“. Geschichte der Pforzheimer Zeitungen, Redaktionelle Bearbeitung: CHRISTIAN GROH (Materialien zur Stadtgeschichte, hrsg. vom Stadtarchiv Pforzheim, 13), Ubstadt-Weiher: Verlag Regionalkultur 1999, 214 S., Euro 14,90.*

Zwei fulminante Bücher zur Pressegeschichte des deutschen Nord- und Südwestens gilt es vorzustellen. Beide Werke haben einen lokalhistorischen Ausgangspunkt und stellen für die jeweilige örtliche Pressegeschichte

einen Meilenstein dar. Aber beide Werke, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, sind auch für die allgemeine Pressegeschichte von großem Interesse. Damit sind die Gemeinsamkeiten aber noch nicht erschöpft. Beide haben fast dasselbe Format und Umfang und wurden herausgegeben von den jeweiligen Stadtarchiven in ihrer Reihe als Band 13.

Bei dem Buch von Jost Lübben handelt es sich ursprünglich um eine Dissertation von – für heutige Verhältnisse – sensationeller Kürze. Darunter hat aber die Tiefe und Detailfreude der Darstellung nicht gelitten, aber Übersichtlichkeit und Prägnanz erheblich gewonnen. Es geht dem Autor nicht in erster Linie um eine Firmengeschichte, die aber selbstverständlich ebenfalls geboten wird, sondern um die grundsätzliche Frage, welche Rolle der neue Zeitungstypus des „Generalanzeigers“ gespielt hat, exemplarisch untersucht an der Bremerhavener Nordwestdeutschen Zeitung (NWZ). Der Untersuchungszeitraum ist dadurch begrenzt, nämlich auf den Erscheinungszeitraum des besagten Organs.

In aller Kürze, doch in ausreichender Klarheit, werden anfangs die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklungen der aufstrebenden Hafenstadt und Neugründung der Stadt Bremen und ihres Umfeldes geschildert. In den sich entwickelnden Städten an der Unterweser gab es Ende des 19. Jahrhunderts nur kleinere Lokalzeitungen oder parteipolitisch orientierte Blätter, auch die Bremer Zeitungen hatten noch nicht Fuß gefasst, so dass die Neugründung eines hauptsächlich von Anzeigen getragenen parteipolitisch neutralen Blattes Erfolg versprach.

Gegründet von Kaufleuten und einem Bankier – insgesamt zeichneten 120 Gesellschafter Anteilsscheine von mindestens 500,- Mark – diente das Blatt in erster Linie dem Gelderwerb. Ein Ziel das ausweislich der guten Dividendenzahlungen auch erreicht wurde.

Tatsächlich hatte die übliche Strategie – anfangs wurden die Zeitungen gratis verteilt und allein über Anzeigen finanziert, danach wurde versucht, mit niedrigen Gebühren Abonnenten zu gewinnen – auch hier Erfolg, denn die NWZ war bald die auflagenstärkste in der Gegend.

An Hand der Biografien der Chefredakteure, soweit diese noch nachgezeichnet werden konnten, zeigt sich, dass auf Hochschulbildung von Anfang an Wert gelegt wurde, ja dass einige sogar promoviert waren. Zur Schilderung werden durchgängig alle verfügbaren Quellen aus privaten und öffentlichen Archiven und Veröffentlichungen zu Rate gezogen, so dass sich eine quellensatte Abhandlung ergibt.

Im vorliegenden Buch wird nicht nur die Geschichte der NWZ geschildert, sondern auch die Presselandschaft der Unterweser insgesamt beschrieben. Besonders dramatisch ist die Schilderung, wie die dortige SPD-Zeitung versucht hat, im Jahre 1933 ihrem Verbot zu entgehen, bzw. nach dem Verbot versucht wurde dieses zu umgehen. Von allgemeinhistorischem Interesse ist auch die quellenkritische Untersuchung der „Hunnenrede“ von Kaiser Wilhelm II., die der Oberbefehlshaber vor seinen nach China zur Niederschlagung des Boxeraufstandes in Bremerhaven eingeschifften Truppen gehalten hatte und die der entsprechende Redakteur mit eigenen Ohren hörte. So kommt der Darstellung der NWZ, wonach der Kaiser „kein Pardon geben wollte“, nach Meinung des Autors, eine wesentlich größere Authentizität zu, als der später offiziös verbreiteten und entschärften Version. Die Aufregung, die die „Hunnenrede“ auch international hervorrief, ging entscheidend auf die Berichterstattung der NWZ zurück.

Die starken Vorbehalte gegenüber diesem Zeitungstyp speisten sich aus der Befürchtung, sie würden von ihren Inserenten abhängen. Die vorliegende Untersuchung – detailliert wird die Kommentierung wichtiger politischer Ereignisse, wie z.B. der Beginn des

Ersten Weltkrieges, die Novemberrevolution und die „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten untersucht – zeigt nun keine Abhängigkeit von Inserenten, aber einen starken Leseropportunismus, d.h. die Redaktion und die Herausgeber richteten sich in der Berichterstattung nach dem vermeintlichen Willen der Leser. Das führte dazu, dass die politische Richtung, die sich als bürgerlich charakterisierte, von vorsichtiger Rücksichtnahme auf die starke SPD-Anhängerschaft unter den Arbeitern bis zur vorsichtigen Verteidigung der Republik beim Kapp-Putsch und zur scharfen Verurteilung des Hitler-Putsches, schließlich bei der begeisterten Begrüßung der Kanzlerschaft Hitlers endete. Was allerdings den Chefredakteur nicht vor dem Unmut der Nazis rettete. Diese zumindest hatten nicht vergessen, dass er sich zehn Jahre zuvor noch äußerst abfällig über Hitler geäußert hatte. 1936 musste er gehen. Immerhin gelang es dem Verlag, sich den Beteiligungsversuchen des Nazi-Verlages zu widersetzen, so dass der Verlag wirtschaftlich unabhängig blieb, wenn er auch inhaltlich völlig gleichgeschaltet wurde.

Während das Buch über den Norden einen kurzen Zeitraum sehr tiefgehend untersucht, wird in dem Band über die Zeitungsgeschichte im Südwesten ein Zeitraum von fast 200 Jahren beleuchtet. Hierbei geht es um die Geschichte und die Bedeutung der Lokalpresse – heute immer noch das gedruckte Medium mit dem größten Verbreitungsgrad. Vor Einführung von Radio und Fernsehen als Massenmedium sogar konkurrenzlos. In dieser Arbeit, die ursprünglich innerhalb eines Jahres als Fortsetzungsgeschichte in einer Pforzheimer Zeitung erschien und nun mit Hilfe des Stadtarchivars redaktionell überarbeitet und mit Anmerkungen und zahlreichen Bildern versehen als Buch vorliegt, wird einerseits die Entwicklung aller je in Pforzheim nachweisbaren Zeitungen und andererseits die Berichterstattung über wichtige politische Entwicklungen in der Lokalpresse beschrieben. Lokale Entwicklungen

werden eher am Rande gestreift, vor allem wenn sie etwas skurriler Natur sind.

Bereits 1794 wurde unter dem Titel „Wöchentliche Nachrichten von und für Pforzheim“ die erste Lokalzeitung gegründet; zuvor hatte man sich seit 1757 im „Carlsruher Wochenblatt“ über die Vorgänge in der Stadt am Nordrande des Schwarzwaldes informieren können.

Anfangs erschien das Blatt nur einmal pro Woche und war nicht sehr aktuell. Bedingt durch die liberalen Zustände in Baden erfreute man sich im Jahre 1832 einer kurzfristigen Pressefreiheit, die auf Druck des Deutschen Bundes wieder zurückgenommen werden musste, was im „Beobachter“, wie das Blatt inzwischen hieß, kritisch kommentiert wurde und sei es, indem weiße Stellen auf der Seite verblieben. Der „Pforzheimer Beobachter“ überlebte das Zeitungsterben nach der 1848er Revolution, um im folgenden Jahrzehnt zum wochentäglichen Erscheinen überzugehen.

Wie in den meisten deutschen Städte nahm die Einwohnerzahl von Pforzheim im 19. Jahrhundert gewaltig zu – allein zwischen 1852 und 1914 von knapp 10.000 auf 80.000, was nicht zuletzt dem Markgraf von Baden zu danken war, der die Stadt zur nationalen Schmuckschatulle gemacht hatte. Mit dieser Bevölkerungszunahme kam es auch zu weiteren Zeitungsgründungen besonders ab den 1860er Jahren, wie des „Pforzheimer Tagblattes“, der „Pforzheimer Zeitung“ oder des „Pforzheimer Anzeigers“. Anfang des 20. Jahrhunderts kam noch ein Parteiorgan der Sozialdemokraten dazu, die „Pforzheimer freie Presse“.

Von den Vorgängen während des Ersten Weltkrieges erfuhren die Daheimgebliebenen vor allem durch die Zeitungen, die nun teilweise mehrmals täglich erschienen. Bei besonders dramatischen Vorfällen sammelten sich Menscentrauben vor den Verlagen, um die neuesten Sonderblätter zu ergattern. Die Berichterstattung war natürlich kriegsbedingt eingeschränkt, später auch der Papierver-

brauch. Die Nachkriegswirren und die Inflation überlebten nicht alle Zeitungen, so musste auch die traditionsreichste – inzwischen in „Pforzheimer Neueste Nachrichten“ umbenannt – im Jahre 1922 ihr Erscheinen einstellen.

In den Jahren nach Ende der Inflation wurden dafür eine Reihe neuer Zeitungen gegründet, darunter auch erstmals eine Zeitung, die sich an der katholischen Zentrums-partei orientierte, das „Pforzheimer Morgenblatt“. Die politischen Meinungskämpfe in der Endphase der Weimarer Republik spiegelten sich auch in der Pforzheimer Presselandschaft wider. Eine Besonderheit bestand darin, dass die Nationalsozialisten keine örtliche Ausgabe ihrer Parteizeitung herausgaben, weil die auflagenstärkste Zeitung, der „Pforzheimer Anzeiger“, auf Betreiben des Verlagsleiters Dr. Paul Bode kurz nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten in ein Sprachrohr der neuen Machthaber verwandelt wurde, indem die übrigen Mitgesellschafter aus dem Familienbetrieb ausgeschaltet wurden. Gauleiter Robert Wagner dankte dies, indem er im Oktober des Jahres 1933 den „Anzeiger“ zum „parteiämtlichen Organ der NSDAP für den Amtsbezirk Pforzheim“ ernannte.

In Pforzheim, eine Hochburg der Nazis schon vor 1933, wurden die politischen Zeitungen schnell zum Schweigen gebracht, allein die rechtskonservative „Pforzheimer Rundschau“ konnte gleichgeschaltet bis 1943 überleben, während das Zentrumsblatt, nachdem es trotz wiederholter Verbote noch mutig gegen den Stachel gelockt hatte, 1934 endgültig verboten wurde.

1946 erschien für Pforzheim, das erst unter französischer dann unter amerikanischer Besatzung stand, mit einer Regionalausgabe der Badischen Neuesten Nachrichten aus Karlsruhe wieder eine lizenzierte Tageszeitung, woraus 1948 der „Pforzheimer Kurier“ entstand. Einer der Lizenzträger war Wilhelm Baur (CDU), der seit den 1920er Jahren aufs Engste mit dem „Pforzheimer

Morgenblatt“, der Zentrumszeitung, verbunden war. 1947 wurde Pforzheim mit dem Vorläufer der späteren „Pforzheimer Zeitung“ dann wieder Verlagsort eines Presseorgans. Nach Aufhebung der Lizenzpflicht versuchten auch andere Verleger ihr Glück. Kein Blatt konnte sich aber gegen die beiden Lizenzblätter behaupten. Der Comebackversuch des „Pforzheimer Anzeigers“ scheiterte ebenfalls kläglich. Auch die Parteiblätter konnten nicht mehr an die Verhältnisse vor dem Krieg anknüpfen, da die Leser genug hatten von parteipolitisch ausgerichteten Blättern.

Im Anhang des Buches ist eine Liste aller in Pforzheim oder für Pforzheim erschienenen Zeitungen mit Erscheinungsjahren und Standorten noch vorhandener Bestände angefügt, was besonders für die Lokalgeschichte sehr hilfreich ist, weil sämtliche städtischen Akten dem verheerenden Luftangriff im Februar 1945 zum Opfer fielen, so dass die Zeitungsbestände, die z.T. ebenfalls dezimiert wurden, häufig die einzig noch vorhandene Quelle darstellen. Die Arbeit selber stützt sich denn auch überwiegend auf Zeitungsberichte, aber auch die einschlägigen lokalhistorischen Bücher und die Akten des Stadtarchivs wurden herangezogen.

Rainald Schröder, Diepholz

HELMUT ERFURTH, *Zwischen Biedermeier und Bauhaus. Ein Rundgang durch das historische Dessau, Dessau: Anhalt Edition Dessau 2002, zahlr. Abb., 127 S., Euro 27,—.*

Städte haben, wie man neudeutsch sagt, ihr „Image“. Zu diesem gehören Vorstellungen, die man mit einem bestimmten Ort in Verbindung bringt. Der eine mag bei „Dessau“ an Flugzeuge und Warmwasserbereiter denken, weil hier die Junkerswerke ansässig

waren. Ein anderer erinnert sich an Preußens Gloria und verwelktes Lorbeer, wenn er den Namen der Stadt hört; brachte es doch Feldmarschall Leopold I. von Anhalt-Dessau, besser bekannt unter seinem Beinamen der „Alte Dessauer“, im 18. Jahrhundert zu Ruhm und Ehre. Dem Zeitgenossen von heute dürfte allerdings zuerst die Verbindung von Dessau und Bauhaus als Inbegriff „moderner“ Architektur in den Sinn kommen. Und alle drei Themen bringt natürlich auch Erfurth in seinem Buch zur Sprache.

Doch dabei bleibt es nicht. Die Geschichte der Stadt wird mittels des vielfach zu Unrecht unterschätzten Mediums der Bildpostkarte ausführlich vorgestellt und illustriert. Die überwiegend farbigen Vorlagen werden in Originalgröße reproduziert. Die sachkundigen Erläuterungen zu den abgebildeten Häusern, Straßen und Stadtansichten sind für sich häufig schon kleine stadthistorische Essays mit einem hohen Informationswert, der weit über das hinausgeht, was man sonst in der Gattung der städtischen Bildbände üblicherweise zu lesen bekommt. Allerdings hätte man sich am Schluss des Buches ein kleines Verzeichnis weiterführender Literatur gewünscht.

Die Bildpostkarte war das visuelle Massenmedium der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Mit seiner Ästhetik und der Vielfalt des Abgebildeten zieht es den Betrachter nach wie vor in seinen Bann. Und so liegt die überregionale Bedeutung von Erfurths Buch jenseits der lokalhistorischen Darstellung im Verweis auf den genuinen Wert von Bildpostkarten als historischer Quellengattung eigener Art. Erfurth entwickelt anhand seines Dessauer Materials anregende Fragen und Thesen zu einer speziellen „Ansichts- bzw. Bildpostkartenforschung“, die sich des Mediums mittels seiner eigenen bildgestalterischen Geschichte annimmt. So werden, soweit dies auf den Karten ersichtlich ist, Fotografien, Verlage und Verlagsorte aufgeführt. Für jedes Bild wird das ihm zugrunde liegende Druckverfahren genannt. Mit dem Wan-

del dieser Verfahren änderte sich im Laufe der Zeit auch der Charakter der Ansichtskarten. Die meisten Bilder aus der Kaiserzeit waren farbenprächtig. Die verschiedenen damals verwendeten Herstellungsverfahren gaben den Bildern eine spezifische farbliche Note mit einem eigenen Reiz. In den 1920er Jahren kamen Schwarz-Weiß-Ansichtskarten unter der Bezeichnung „Echte Photographie“ in Mode. Die Fotografie des Bauhauses bediente sich fast ausschließlich dieses Mittels zur Darstellung seiner Architektur. Das schroffe Schwarz-Weiß der Bauhausfotos und der damit gegebene Hell- und Dunkel-Kontrast heben sich nachdrücklich vom Bunt der traditionellen Dessauer Stadtansichten ab. Erfurths Werk setzt Maßstäbe, an denen sich zukünftig lokale Bildbände und Editionen von Bildpostkarten messen lassen müssen. Es ist in des Wortes eigentlicher und übertragener Bedeutung „vorbildlich“.

Winfried Mönch, Stuttgart

KLAUS JORDAN, *Bibliographie zur Geschichte des Festungsbaues von den Anfängen bis 1914. Festungsbau(kunst), Angriff und Verteidigung von Festungen, Belagerungs- und Festungskrieg, Küstenbefestigung, Feldbefestigung, Minir(kunst), Geschichte der Ingenieur-Korps, mit Anhang: Militärische Enzyklopädien, Lexika und Wörterbücher, chronologisches Kurztitelverzeichnis, Sachregister, Marburg: Deutsche Gesellschaft für Festungsforschung e.V., 2003, 432 S., 54 Euro.*

„Stadt“ und „Festung“ waren vom Beginn der Neuzeit bis weit ins 19. Jahrhundert hinein eine durchaus übliche Kombination. Militärische Bedrohung auf der einen und vermeintlicher Schutz durch Wehrbauten auf der anderen Seite prägten über einen sehr langen Zeitraum hinweg das Stadt- und Landschafts-

bild. Städtebau war immer auch Festungsbau und umgekehrt. Barocke Idealstädte wären etwa ohne die entsprechenden Fortifikationen unvollständig gewesen. Riesige Festungsanlagen entstanden an den politisch neuralgischen Punkten ihrer Zeit. Die Karte Europas war überzogen von Festungen und Festungsstädten. Belagerungen bestimmten vielfach den Kriegsverlauf.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erwachte in Deutschland das Interesse an erhaltenen Festungen und zeitgemäßer, ziviler Nutzung der erhaltenen Anlagen erst relativ spät. Das Verdienst, dass sich dies inzwischen ein wenig geändert hat, gebührt sicherlich auch der Deutschen Gesellschaft für Festungsforschung e.V. Seit Anfang der 1980er Jahre war sie bemüht, ein Bewusstsein für den Denkmalswert von Festungen und deren Erhaltungswürdigkeit zu wecken. Die Gesellschaft hat nun im Rahmen ihrer publizistischen Tätigkeit eine Bibliographie herausgegeben, die der profunde Kenner und Sammler historischer Festungsbauliteratur Klaus Jordan geschaffen hat. Jordan listet mit einem gewissen Anspruch auf Vollständigkeit die Monographien auf, die zur Technik des Festungsbaues vom Ende des 15. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts erschienen sind. Selbstverständlich war die Wissenschaft vom Festungsbau zugleich auch die Lehre von der Fortifikationszerstörung, d.h. Angriff und Verteidigung bedingten sich in ihrer Vorgehensweise wechselseitig.

Der Hauptteil der Bibliographie besteht aus 4.220 Titeln, die alphabetisch nach Autoren sortiert sind. Schriften großer Festungsbauer wie Vauban stehen so neben Arbeiten von Verfassern, die heute unbekannt oder nur einem Fachpublikum geläufig sind. Dazu kommen noch einmal 242 Nummern mit militärischen Nachschlagewerken. Dieser immense Fundus von beinahe 4.500 Titeln wird anschließend chronologisch aufgeschlüsselt. Der erste Nachweis stammt aus dem Jahre 1472. Seit dem 16. Jahrhundert erschienen dann fast jedes Jahr immer mehr neue Bü-

cher über den Festungsbau im Allgemeinen und über die verschiedensten Manieren und Systeme im Besonderen. Es entwickelte sich eine richtige Wissenschaft, die auf mathematischer Grundlage immer neue Fortifikationsvarianten für befestigte oder zu befestigende Orte schuf. Pläne und Risse von Städten und Festungen, die dabei entstanden, haben mit ihren Kreisen und Polygonen, die in mannigfacher Variation dargeboten wurden, einen eigenen ästhetischen Reiz.

Jordan hat die verzeichneten Bücher mehrheitlich per Autopsie gesichtet, anhand der Forschungsliteratur verifiziert und fast immer mindestens einen Standort in deutschen und österreichischen Bibliotheken nachgewiesen. Jordan geht es um die „Theorie“ und nicht um die „Praxis“, d.h. die umfangreiche Literatur zu einzelnen Belagerungen, bei denen sich Festungen, gegen Angreifer behaupten mussten, konnte daher nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Reproduktionen von Titelblättern ausgesuchter Bücher vermitteln einen Eindruck von der Typographie ihrer Entstehungszeit. Leider fehlt ein Ortsregister. Das Sachregister weist fast nur die im Untertitel der Bibliographie genannten Begriffe auf, was der Benutzbarkeit nicht eben förderlich ist. Es stehen einfach zu viele Nummern unter einem einzelnen Begriff, um eine schnelle Orientierung zu ermöglichen. Nichtsdestoweniger ist das Werk ein unverzichtbares Handwerkszeug für Antiquare, Bibliophile, Bibliothekare, Architektur- und Kunsthistoriker, Militärhistoriker und Stadtgeschichtler. Es dürfte in Zukunft sicherlich schwer fallen, alte Literatur zum Thema Festungsbau zu finden, die nicht in Jordans Werk nachgewiesen wäre. So wird es dann sicherlich stets heißen: „Siehe Jordan Nr. ...“.

Winfried Mönch, Stuttgart

STEINBACH, MATTHIAS, *Abgrund Metz. Kriegserfahrung, Belagerungsalltag und nationale Erziehung im Schatten einer Festung 1870/71* (Pariser Historische Studien, Bd. 56), München: Oldenbourg 2002, VII, 167 S., 18 Abb., Euro 29,80.

Das Schicksal und die Rolle von Städten im Krieg ist ein von der Stadtgeschichtsforschung wie auch von der Militärgeschichtsschreibung lange sträflich vernachlässigtes Thema. So ist der vorliegende Band eines jungen Historikers, der sich mit der Belagerung der Festungsstadt Metz im Deutsch-Französischen Krieg befasst, grundsätzlich erst einmal zu begrüßen. Die Belagerung von Metz – oder genauer die Blockade, denn eine eigentliche Belagerung mit systematischer Annäherung des Angreifers und der gezielten Zerstörung der Festungswerke, um eine Eroberung vorzubereiten, fand nicht statt – war einer der entscheidenden Vorgänge dieses heute jenseits seiner politischen Aspekte heute erstaunlich vergessenen Krieges.

Metz, „der Ort des Geschehens“ war schon in der Frühen Neuzeit zu einer der stärksten Festungsstädte Frankreichs ausgebaut worden, wurde stets weiter modernisiert und sozial von der Eigenschaft als Garnison- und Militärstadt geprägt. Die Friedensbesatzung der 48.000 Einwohner zählenden Stadt betrug bereits rund 9.000 Soldaten. Als eines der stärksten Glieder des französischen Festungsgürtels war die Stadt in allen großen Kriegen gefährdet, doch kam es bis 1870 nie zu einem nennenswerten Angriff.

Nach den Schlachten von Colombey-Nouilly, Mars-la-Tour und Gravelotte am 14., 16. und 18. August hatte sich die französische Rheinarmee unter Bazaine auf die Hauptfestung Metz zurückgezogen. Die Blockade dauerte vom 19. August bis zum 27. Oktober 1870 und endete mit der Kapitulation der ganzen französischen „Rheinarmee“, die sich aus Mangel an Verpflegung nicht länger halten konnte. Die Dimensionen

waren erheblich: Eine deutsche Armee von zeitweilig bis zu über 180.000 Mann bildete einen Ring von rund 50 km Umfang um die Festungsstadt, wobei die Vorposten sich den Außenforts bis auf wenige Kilometer näherten. Auf dem Areal der Festung lagerte die Rheinarmee mit ebenfalls rund 180.000 Soldaten; mit den Einwohnern und 28.000 Flüchtlingen aus dem Umland summierte sich die Zahl der Eingeschlossenen auf rund 250.000 Menschen. Während die Stärke der Verteidiger einen Angriff auf die Festung praktisch verbot, war es klar, dass die auf engem Raum zusammengedrückte Menschenmasse in relativ kurzer Zeit ausgehungert sein würde. Abgesehen von einigen großen Ausfallgefechten, darunter der Schlacht von Noisseville, lag der Schwerpunkt der Kämpfe auf dem ständigen Kleinkrieg der vorgeschobenen Infanterie beider Seiten.

Die Lektüre ist durchaus unterhaltsam, zumal der Autor ausführlich aus „Augenzeugenberichten“, seiner zentralen Quellengruppe, zitiert; einzelne wichtige Beobachtungen und besonders einige aus den Quellen entwickelte Passagen sind ebenso eindrucklich wie erhellend. Dass man das Buch dann aber doch etwas enttäuscht aus der Hand legt, hängt mit dem erheblichen Abstand zusammen, der zwischen den Erwartungen liegt, die der Titel im Leser weckt und die durch die Veröffentlichung in einer renommierten wissenschaftlichen Reihe bekräftigt werden, und der in jeder Hinsicht schmalbrüstigen Darstellung. Dass der Gesamtüberblick über das Thema und die Literatur- und Quellenbasis, namentlich hinsichtlich militärgeschichtlicher Grundlagen, relativ begrenzt und unvollständig sind, möchte man dem Autor nicht a priori vorwerfen, entstand die Studie doch zunächst als Staatsexamensarbeit unter den entsprechenden Bedingungen und stellt als solche eine gewiss sehr beachtliche Leistung dar. Dass es zur Publikation in Buchform kam, verwundert freilich umso mehr, als etwa die Hälfte des Textes mit dem Kernstück der

Untersuchung schon früher als Aufsatz veröffentlicht worden ist (Matthias Steinbach, Metz 1870 – Zum Alltag einer Belagerung im Deutsch-Französischen Krieg, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 55 (1996), Heft 1).

Der Autor erliegt sowohl der Begeisterung für sein Material als auch einem allgemeinen Mitteilungsbedürfnis, er reißt viel mehr Aspekte an, als er zu verarbeiten in der Lage ist, so muss dem Text letztlich die notwendige Konzentration auf ein Thema fehlen. Auf nur 136 Seiten Fragen zum „Kriegsalltag aus Sicht des „kleinen Mannes“, zur „Nationsbildung qua kollektiver Identität“, nach dem „zivil-militärischen Verhältnis“ beantworten zu wollen, solche der „Geschlechter- und schließlich der Medizingeschichte“ zu erörtern und damit auch noch „eine gewisse Versöhnung von Alltags- und Sozialgeschichte im Rahmen der erzählenden Form“ (4) erreichen zu wollen, ist schon sehr mutig. So interessant Steinbachs Beobachtungen zu den Schlachten im Umfeld der Festung, zum Einsatz der Kavallerie, zur erschütternden Situation Schwerverwundeter u.s.w. sind, so sehr füllen sie den Raum, der für die Erörterung der spezifischen Probleme und der Situation des Belagerungskrieges, um den es doch eigentlich gehen soll, fehlt. So sind den „Zustände[n] in Metz“ nur knapp zehn Seiten gewidmet (73-82), was nicht nur den Städtehistoriker enttäuschen muss. Zum Zustand der Festung und den daraus resultierenden Folgen für das militärische Handeln erfährt man praktisch nichts, kaum etwas über die Bedeutung der Artillerie; widersprüchlich erscheinende Behauptungen wie die, dass der Kampf um Metz „von vor-modernen Zügen geprägt“ gewesen sei, andererseits aber sich der „Charakter des maschinellen Krieges der Zukunft“ angedeutet habe (134) bleiben letztlich ungestützt im Raum stehen. Auch der an sich löbliche Versuch, das tatsächliche Geschehen kritisch mit dessen Verarbeitung und Umwertung in persönlichen Erinnerungen und nationalpatrio-

tischem Gedenken zu vergleichen, resultiert eher in Unschärfen der Darstellung als in nachvollziehbarer Quellenkritik.

Hätte sich der Autor mehr Zeit zum Lesen und Schreiben gegönnt, wäre entweder eine umfangreichere Studie herausgekommen, die seinem Gespür für erzählende Passagen und wohl gewählte Quellenauszüge den nötigen Raum gelassen hätte, oder er hätte sich für einen konzentrierten historischen Essay mit klar definierter Fragestellung entscheiden müssen. Leider ist das Büchlein weder das eine noch das andere; so überwiegt am Ende die Enttäuschung.

Daniel Hohrath, Esslingen

FRANK HATJE, „Gott zu Ehren, der Armut zum Besten“. *Hospital zum Heiligen Geist und Marien-Magdalen-Kloster in der Geschichte Hamburgs vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Hamburg: Convent-Verlag 2002, 735 S., Euro 39,90.*

Spitaljubiläen sind oft der Anlass, die Geschichte der betreffenden Institution mehr oder weniger ausführlich darzustellen. Manchmal bedarf es dazu gründlicher archivalischer Quellenforschung. Wenn dann das Resultat noch über die Lokalgeschichte hinaus von Interesse ist, dann handelt es sich um einen seltenen Glücksfall. 775 Jahre Hospital zum Heiligen Geist in Hamburg war so ein Anlass. Das Ergebnis der Auftragsarbeit zum Jubiläum kann sich sehen lassen: 735 Seiten Stiftungs- und Hospitalgeschichte auf hohem Niveau, und zwar auch unter Berücksichtigung neuester und zum Teil auch internationaler Forschungen zur Geschichte bürgerlicher Stiftungen im allgemeinen und der Sozialgeschichte des Spitals im besonderen. So ist dieses Buch auch mehr als nur ein Beitrag zur Hospitalgeschichte, wie Frank Hatje – mit Recht – in der Einleitung hervorhebt.

Es liefert gleichzeitig einen wichtigen Baustein zur Bürgertums- und Eliteforschung, und zwar über die Grenzen der Hansestadt hinaus.

Zwei Einrichtungen, an denen sich der Charakter des hamburgischen Stiftungswesens besonders gut erkennen lässt, sind das Heilig-Geist-Hospital und das Marien-Magdalenen-Kloster. Sie stehen im Zentrum der historischen Analyse, wenngleich Hatje auch noch weitere kleinere Armenstiftungen in seine Untersuchung mit einbezieht. Das Heilig-Geist-Hospital wurde im zweiten Viertel des 14. Jahrhunderts gegründet. Das Franziskaner-Kloster und die Kirche St. Marien Magdalena gehen dagegen auf eine Stiftung Graf Adolfs IV. von Schauenburg hervor, die der Legende nach 1227 erfolgt sein soll. Beide Institutionen sind also ungefähr zur selben Zeit entstanden. Hatje verfolgt die Geschichte beider karitativen Einrichtungen von den Anfängen bis zu den Rechtsnachfolger-Institutionen der Gegenwart – ein spannendes Kapitel bürgerlicher Armenpflege. Die Darstellung ist in vier Zeitabschnitte gegliedert: 1227-1527, 1520-1830, 1815-1914, 1914-1953. Die leichten zeitlichen Überlappungen wurden wohl deshalb gewählt, weil die Übergänge nicht immer mit einem bestimmten Ereignis in Verbindung gebracht werden können.

Für die Leser der Zeitschrift *Die alte Stadt* dürften vor allem die beiden ersten Zeitabschnitte von Interesse sein. Während die Quellen für das Mittelalter eher spärlich sind, schöpft das Kapitel über die Frühe Neuzeit aus dem Vollen. Nicht nur erfahren wir etwas über den relativ geringen Einfluss, den die Reformation auf beide Einrichtungen hatte, wir bekommen auch einen Einblick in die Rekrutierung bürgerlicher Eliten für Verwaltungsaufgaben innerhalb des Armen- und Gemeinwesens. Daneben erfahren wir etwas über die Zusammensetzung der Spital- und Klosterinsassen, ihren Alltag im Spital. Außerdem werden die materiellen Grundlagen (Einkünfte), die die Kontinuität dieser Ein-

richtung bis in die Gegenwart sichern halfen, sorgfältig herausgearbeitet.

Fazit: eine vorbildliche Fallstudie zur Geschichte des bürgerlichen Stiftungs- und Armenwesens.

Robert Jütte, Stuttgart

ANDREW LEES, *Cities, Sin, and Social Reform in Imperial Germany, Ann Arbor: The University of Michigan Press 2002, 432 Seiten, 10 Abb., Namen-, Sach- und Ortsregister, \$ 65,—.*

Das vorzustellende Buch ist in eine Anfang der 1980er Jahre beginnende Strömung einzuordnen, die die von der Bielefelder Schule vertretene Sonderwegsthese kritisch hinterfragt. Dabei geht es Andrew Lees allerdings weniger um eine Neuinterpretation sozialer Strukturen, sondern – beeinflusst durch die neuere Kulturgeschichte – um die Ansichten und Meinungen zu denjenigen sozialen Problemlagen, die im deutschen Kaiserreich in der Folge der raschen Industrialisierung und Urbanisierung entstanden sind, sowie um die Maßnahmen und Aktivitäten einzelner Personen, des Staates und verschiedener sozialreformerischer Organisationen zur Lösung dieser Probleme. Lees betont, dass man nicht einseitig von einer kulturkritischen, kulturpessimistischen und rückwärtsgewandten „Deutschen Ideologie“ sprechen könne, sondern auch die positiven und „modernen“ Stimmen hören müsse. Mit solchen positiven und konstruktiven Antworten auf die Herausforderungen der modernen Industriegesellschaft beschäftigt sich der Großteil des Buches. Der Autor wendet sich gegen die These, dass das deutsche Bürgertum unmündig und reaktionär gewesen sei, sowie gegen die Behauptung, dass der Liberalismus versagt habe.

Das Buch besteht aus zehn selbständigen Essays, die jedoch alle in gewisser Weise miteinander verbunden sind: zum einen durch die theoretische Ausrichtung, die die Sonderwegsthese kritisiert und die modernen Strömungen, die Deutschland mit anderen westlichen Ländern vergleichbar macht, betont; zum anderen inhaltlich durch die Fokussierung auf die Stadt. Allerdings beschäftigen sich nur die ersten beiden Kapitel mit dem Thema „Stadt“, aber auch in den Kapiteln zur Unsittlichkeit, zur Kriminalität, zu einzelnen Sozialreformern, zu sozialreformerischen Organisationen sowie zur staatlichen Sozialpolitik bildet das Thema „Stadt“ so etwas wie einen Basso continuo: Die diagnostizierten Probleme und die vorgeschlagenen Maßnahmen sowie die tatsächlich durchgeführten Aktivitäten bezogen sich hauptsächlich auf die Stadt, und es war vor allem die Großstadt, die in den Augen zahlreicher der hier vorgestellten „Sozialreformer“ zum Zusammenbruch der Moral, zur Zunahme „unsittlicher“ Verhaltensweisen und zur Entstehung und Verbreitung „schmutziger“ Kunst beigetragen hat.

Im ersten Kapitel werden sowohl die großstadtfeindliche als auch die „reformerische“ Stadtkritik geschildert. Zunächst geht Lees auf die Tradition der Stadtkritik seit Riehl ein und beschreibt die gegen Ende des 19. Jahrhunderts von Hansen und Ammon formulierten Thesen, dass die Stadt aufgrund der dort herrschenden niedrigen Geburtenrate die biologische Konstitution der deutschen Nation massiv gefährde. Andere argumentierten weniger biologisch, sondern eher moralisch: Das städtische Leben untergrabe ethische Standards, denn hier würden sich soziale und religiöse Bindungen und Kontrollen auflösen und auf diese Weise Egoismus und Selbstsucht fördern. Diese Autoren verwiesen auf die Zunahme der Kriminalität, der Prostitution, des Alkoholismus und anderer „unmoralischer“ Lebensweisen, wozu auch das Anwachsen der Sozialdemokratie gezählt

wurde. Mit derartigen Argumentationsweisen ging vielfach eine strikte Ablehnung der Großstadt sowie eine Idealisierung und Verklärung ländlicher Lebensweisen einher.

Es gab aber auch Stimmen, die zwar die o.g. Kritik nicht leugneten, aber erkannten, dass die moderne Großstadt eine nicht mehr rückgängig zu machende Tatsache war. Ihre Vorschläge zur Behebung der Probleme zielten deshalb nicht auf deren Abschaffung, sondern auf Reformen des städtischen Lebens. Es waren vor allem Ökonomen, die insbesondere auf die positiven Funktionen der Stadt für das wirtschaftliche Wachstum, für die intellektuelle Auseinandersetzung sowie für die Stärke der Nation im Allgemeinen verwiesen.

Im zweiten Kapitel geht es um „a chorus of voices whose members sang complementary melodies of praise for urban society and culture. In their view, the big city throbbed with creative energies that would enable its inhabitants not only to lead fulfilling and moral lives as individuals but also to combat immorality as members of organized groups... These writers believed that city setting could help energize and bring together members of urban communities in ways that would surely add to collective as well as individual well-being“ (49). Die Stadt erschien diesen Autoren als ein Ort, der ökonomische Vorteile für den Einzelnen bietet, an dem das kulturelle Leben blüht, der eine emanzipatorische Funktion erfüllt, indem er die individuelle Freiheit fördert und unterstützt. Diese Freiheit führe aber nicht zu Egoismus, sondern in der Stadt fänden sich die Individuen aus freien Stücken in Organisationen, Vereinen, Institutionen etc. zusammen, um ihre Interessen gemeinsam zu vertreten. Die Bereitschaft, sich dem allgemeinen Willen unterzuordnen und für das Wohl aller zu arbeiten, sei in der Stadt besonders ausgeprägt.

Die beiden folgenden Abschnitte kreisen um das weite Feld des „abweichenden Verhaltens“ und die unterschiedlichen Wahrneh-

mungen und Deutungen dieses Phänomens. Wenn auch in den meisten zeitgenössischen Beiträgen zugestanden wurde, dass es nicht nur in den Großstädten Verbrechen und unmoralische Lebensweisen gab, galt doch die Stadt als Hauptort dieser moralischen Verfehlungen. Eine konservative Sichtweise des „abweichenden Verhaltens“, wie sie in Stellungnahmen von protestantischen Geistlichen, Frauen, katholischen Moralisten und Pädagogen zum Ausdruck kam, akzentuierte weniger kriminelle, sondern stärker unmoralische und unsittliche Handlungen wie Prostitution, außerehelichen Geschlechtsverkehr, Alkoholismus, das Konsumieren „anrüchiger“ Kunst, das Lesen „gefährlicher“ Bücher (z.B. von Nietzsche) und das Engagement in der Sozialdemokratie. Eine andere Perspektive wurde vielfach von den Wissenschaften eingenommen, denen es im Kern um Kriminalität und weniger um Unsittlichkeit ging. Hier konkurrierten solche Ansichten – meistens von Geistlichen und Juristen vertreten –, die die Verantwortung des Individuums für sein Tun in den Vordergrund stellten, mit denjenigen Meinungen, die eine deterministische Sicht des kriminellen Verhaltens propagierten. Die letztgenannte Vorstellung wurde hauptsächlich von Juristen und Ärzten vorgebracht, die entweder die vererbte Anlage oder das soziale Umfeld für die Taten des Verbrechens verantwortlich machten. Das hatte auch Auswirkungen auf die Vorstellungen über das Strafmaß. Die einen wollten das Individuum für seine Tat bestrafen, wollten also Vergeltung; die anderen suchten hingegen die Gesellschaft vor Verbrechen zu schützen. Die Vertreter der letztgenannten Ansicht forderten denn auch konsequenterweise Reformen der Gesellschaft sowie Maßnahmen zur positiven Beeinflussung des Kriminellen. Der sich anschließende Buchabschnitt (Kapitel 5-8) beschreibt in vier biographischen Essays das Leben, das Denken und die Aktivitäten von Viktor Böhmer, Johannes Tews, Walther Classen sowie Alice Salomon. Sie alle gehörten zu den

moralischen Kritikern der Großstadt, versuchten aber, die Probleme nicht durch eine Rückkehr zu ländlichen Lebensweisen, sondern durch Reformen innerhalb des städtischen Rahmens zu lösen. Ihre Bemühungen zielten in der Hauptsache auf eine moralische Verbesserung der Menschen durch im weitesten Sinne pädagogische Maßnahmen. Aber sie übersahen dabei keineswegs die sozialen Umstände, die von den Individuen vielfach nicht kontrolliert werden konnten, und unterstützten deshalb staatliche Aktivitäten zur Verbesserung des sozialen Umfeldes.

Im neunten und zehnten Kapitel stehen nicht Individuen, sondern sozialreformerische Organisationen und die staatliche Sozialpolitik im Mittelpunkt. Ausgehend von der Beobachtung, dass die in den vorangegangenen Kapiteln vorgestellten Sozialreformer keine Einzelgänger waren, sondern sich in zahlreichen Organisationen engagierten, die zusammen so etwas wie ein Netzwerk privater Sozialreformen bildeten und damit ein bestimmtes Klima für soziale Diskurse schufen, zeigt Lees am Beispiel der „Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen“ und der Nachfolgeorganisation „Zentralstelle für Volkswohlfahrt“ die Geschichte und die Auswirkungen solcher sozialreformerischer Institutionen.

Die städtische sowie die Sozialpolitik auf nationalstaatlicher Ebene bilden den Fokus des zehnten Kapitels, wobei Lees zu dem Schluss kommt, dass man die staatliche Sozialpolitik zwar als Versuch der Regierung und der höheren Beamten, die Arbeiterklasse zu kontrollieren und ihren Einfluss zu beschränken, interpretieren kann, dass dies aber nur eine Seite der Medaille sei. Auf der anderen Seite seien durch die Beteiligung des Reichstages an der Entstehung z.B. der Sozialversicherungsgesetze sowie durch die Einbeziehung organisierter Arbeiter in die Verwaltung der Krankenversicherung sowohl der Parlamentarismus als auch die Sozialdemokratie gestärkt worden: „Moreover, the overall coverage provided by these programs

enabled growing numbers of insured persons to avoid the civic disabilities entailed by acceptance of poor relief, further contributing to popular emancipation“ (388).

Ähnliches gelte für die städtische Sozialpolitik: „Finally, although some scholars have argued that urban social workers sought to impose new forms of social control on the lower classes, the record of reform in German cities suggests on the whole a genuine flowering of socially conscious liberalism“ (388).

Im Schlussteil liefert Lees eine Zusammenfassung seiner Argumente und zieht daraus weitergehende Folgerungen, die sich hauptsächlich auf die Auseinandersetzungen über die Rolle und die Leistungen des Wilhelmischen Bürgertums beziehen. Die vielen freiwilligen Helfer im Bereich der Sozialarbeit, der Volksbildung, der Armenfürsorge etc. zeigen nach Lees, dass auch im kaiserlichen Deutschland die bürgerliche Gesellschaft maßgeblich wirksam war. Wenn auch auf nationaler Politikenebene der politische Einfluss des Bürgertums gering gewesen sei, habe es dennoch eine beträchtliche Reihe von Erfolgen im ökonomischen und sozialen Bereich vorzuweisen. Besonders in den Städten hätten sich bürgerliche Werte in Form von Rechtsstaatlichkeit, von gewählten Stadtparlamenten und eben auch in Form der freiwilligen Aktivitäten im Bereich des Sozialen durchgesetzt. Die bürgerlichen Sozialreformer seien also keineswegs antimoderne Bremsen auf einem deutschen Sonderweg gewesen, so dass sich auf diesem Feld eher Gemeinsamkeiten zwischen Deutschland und dem Westen als Unterschiede zeigten.

In diesem Zusammenhang widmet sich Lees auch der hauptsächlich von Detlev Peukert im Anschluss an Adorno/Horkheimer vertretenen These, dass die besondere Akzentuierung der dunklen Seite der rationalen Moderne ein Kennzeichen des Nationalsozialismus gewesen sei. Lees unterschätzt keineswegs das Janusgesicht der Moderne, kommt jedoch vor dem Hintergrund seiner Analy-

sen zu dem Fazit, dass diese Interpretation differenzierter formuliert werden müsse: „The view advance here is nonetheless that such tendencies were still held in check among many members of the German Bürgertum by a humanistic insistence on the need to defend individual autonomy and dignity“ (405).

Matthias Weipert, Siegen



2003. 133 Seiten mit 1 Farb- und 92 s/w-Abbildungen auf 48 Tafeln
Geb. € 38,- / sFr 60,80.
ISBN 3-515-08344-8
(Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa, Band 18)

Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas e.V., Leipzig

Wojciech Batus

Krakau zwischen Traditionen und Wegen in die Moderne

Zur Geschichte der Architektur und der öffentlichen Grünanlagen im 19. Jahrhundert

Krakau gehört zu den schönsten und wichtigsten Städten Ostmitteleuropas. Seine Geschichte im 19. Jahrhunderts ist besonders interessant. Einerseits lag die Stadt in Österreich, andererseits galt sie für die polnische Nation als „geistige Hauptstadt“. Das Buch befaßt sich mit Architektur und Parkanlagen im Krakau des 19. Jahrhunderts. Im architekturhistorischen Teil des Buches wird gezeigt, daß die Idee der „geistigen Hauptstadt“ nicht vornehmlich als Grund für die Suche nach einem Nationalstil verwandt war, sondern vielmehr als Anstoß, die Architektur als Ausdruck der städtischen Identität zu benutzen. Der Druck der großen Vergangenheit war so mächtig, daß vielen neuentworfenen Gebäuden die Aufgabe gestellt wurde, die traditionelle Krakauer Atmosphäre zu bewahren. Neue Strömungen in der Kunst und Kultur kamen zum Vorschein in den Krakauer Parkanlagen, die im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts angelegt wurden. Aber auch in diesen modernen Werken haben sich die Tendenzen zur Modernität mit dem Kultus der nationalen Geschichte verschmolzen.

AUS DEM INHALT

Geschichte und städtebauliche Entwicklung Krakaus 1796-1918 im Überblick → Die Krakauer Architektur auf der Suche nach der städtischen Identität → Die öffentlichen Grünanlagen in Krakau: zwischen städtischer Identität und Wegen zur Modernität

Franz Steiner Verlag

Geschichte



Postfach 101061, 70009 Stuttgart
www.steiner-verlag.de
service@steiner-verlag.de